DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 16 / 46. Jahrgang
13. April 1992
4,50 DM

Geldsperre · Wählerflucht · Machtverfall

PARTEIEN IN PANIK

SPIEGEL-Gespräch mit Schmerzforscher Zenz

Mehr Morphium für Krebskranke

REVERSO.
AVANTGARDE SEIT 1931.

GGK

SEIT ÜBER 60 JAHREN FERTIGEN UNSERE MEISTER DIESE UNGEWÖHNLICHE ARMBANDUHR IN UNVERÄNDERTER REINHEIT DER ART-DECO-FORMEN. ABSOLUT EINMALIG IST DAS DREHBARE GEHÄUSE. MIT EINEM MONOGRAMM VERSEHEN, WIRD DIE REVERSO ZUM PERSÖNLICHEN SCHMUCKSTÜCK. SEIT 1931 EINE UHR MIT HOHEM SAMMELWERT.

EINE GENIALE IDEE DER SCHWEIZER MEISTERUHRMACHER AUS DER MANUFAKTUR MIT ÜBER 150 JAHREN TRADITION: DER EINZIGARTIGE DREH, MIT DEM SICH DIE REVERSO ZUM SCHMUCKSTÜCK WENDEN LÄSST.

JAEGER-LECOULTRE

MEHR ÜBER DIE UHREN VON JAEGER-LECOULTRE ERFAHREN SIE BEI DEN BESTEN JUWELIEREN ODER BEI JAEGER-LECOULTRE DEUTSCHLAND GMBH, POSTFACH 3606, 8500 NÜRNBERG 1, TELEFON (0911) 521 50 41. IN ÖSTERREICH BEI JAEGER-LECOULTRE IN BISCHOFSHOFEN, TELEFON (06462) 2502, UND IN DER SCHWEIZ BEI JAEGER-LECOULTRE IN LE SENTIER, TELEFON (021) 845 45 21.

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: Justiz, DDR

Der Staat ein Dukatenesel für CDU, CSU, SPD, FDP – vorbei, vorbei. Als der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts vorigen Donnerstag sein eigenes, parteischonendes, Urteil von 1986 korrigierte, berief er sich auf die Verfassungsrichter Böckenförde und Mahrenholz, die damals eine von der Senatsmehrheit abweichende Meinung ("dissenting opinion") zu Protokoll gegeben hatten.

Genugtuung über das neue Urteil empfand – neben Millionen Bürgern – Rolf Lamprecht, SPIEGEL-Korrespondent in Karlsruhe, der seit 25 Jahren die Irrungen und Wirrungen von Rechtsfindung und Justizpolitik, besonders der Verfassungsjustiz, verfolgt. In der Woche, als das Verfassungsgericht die Parteien unter

Lamprecht mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog

Berufung auf die abweichende Meinung von 1986 stäupte, promovierte Lamprecht, 61, an der Universität Hamburg. Thema: "'Abweichende Meinungen' und ihre Bedeutung für die Rechtskultur". Und erst recht für die Geldgier der ach so armen Parteien. Lamprechts Beitrag zum Triumph des Rechts und zur Titelgeschichte auf Seite 35.

+

Neues aus alter Zeit: "Fangt an mit Reformen, *die zu einer Vereinigung führen,* oder ihr seid verloren", drängte Sowjet-Staatschef Michail Gorbatschow im Oktober 1989 die SED-Spitze beim 40. DDR-Geburtstag in Ost-Berlin. Das enthüllt der damalige Außenminister Eduard Schewardnadse, heute Staatsratschef Georgiens, in einem SPIEGEL-Gespräch mit den Redakteuren Fritjof Meyer und Christian Neef (Seite 193). Treffpunkt: eine Datscha bei Tiflis – der Regierungspalast wurde im Bürgerkrieg zur Ruine.

Die nächste SPIEGEL-Ausgabe

wird wegen der Osterfeiertage in weiten Teilen Deutschlands bereits am Samstag, 18. April, verkauft und den Abonnenten zugestellt. Bitte beachten Sie den Aushang bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

SCHARPF TV-VIDEO-ÜBERWACHUNG

SCHARPF TV-Video-Überwachungssysteme schalten Ihnen im richtigen Moment über Bewegungsmelder die richtige Camera auf den Monitor und Langzeit-Videorecorder. Sie haben Ihre Augen überall, auch wenn Sie nicht dabei sind.

Die SCHARPF TV-Mini-Camera im Micro-Mini-Design, kleiner als eine Zigarettenschachtel, nimmt den Einbrecher am Tatort auf Video auf. Selbst wenn diese TV-Camera in CCD-Chip-Technik nicht versteckt oder getarnt ist, wird sie als TV-Camera nicht erkannt.

SCHARPF
DRAHTLOSE ALARMSYSTEME
SCHARPF ALARMSYSTEME
Am Siebenstein 2 · Postfach 301 232 · D-6072 Dreieich
Tel. (0 61 03) 6 20 61 · Telex 4 14 326 · Fax (0 61 03) 6 60 52

SICHERHEITS-COUPON
Schicken Sie mir bitte Ihre kostenlose SCHARPF TV-Video-Infomappe. SP 16/92
Name
Straße
PLZ/Wohnort
Telefon

INHALT

TITEL

Die Wähler laufen davon 26
Interview mit SPD-Vize Oskar Lafontaine über die Zusammenarbeit mit der Regierung 31
Karlsruhe stoppt Bereicherung der Parteien 35
Ingo von Münch über die Selbstbedienung der Parteien 36
Der lange Weg zu Protestwahl und Parteiverdrossenheit 39
Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) über seine Partei, die Regierung und die Asylpolitik 44

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Des Kanzlers Wunderhorn 28

DEUTSCHLAND

Panorama 14
Fall Stolpe: Belastendes aus der Gauck-Behörde 16
SPIEGEL-Gespräch mit Thüringens Bischof Werner Leich über Stasi, Stolpe und Kirche 20
Telekom: Die Staatsfirma muß kräftig abspecken 24
Republikaner: Franz Schönhubers feiner Kronprinz 62
Rechtsextremisten: Wahlerfolg für eine Phantom-Partei 68
Beamte: Viel Geld für Kinderreiche 73
Diäten: Hanseatische Koalition der Ahnungslosen 74
Waffenhandel: Deutsche Beihilfe zum Gastod 79
Geheimdienste: Moskau wirbt alte Stasi-Agenten 91
Friedensforscher: Kalter Krieg bei Egon Bahr 95
Strafjustiz: Der NS-Prozeß gegen Josef Schwammberger in Stuttgart 99
Flughäfen: Countdown für München II 108
Bücherspiegel: Politische und historische Neuerscheinungen 116
Verkehr: Kollaps bei Bus und Tram im Osten 119
Kirche: Vier Frauen auf dem Bischofsstuhl 123

WIRTSCHAFT

Trends 125
Handel: Die Metro will immer mehr 126
Löhne: Schlichter erschwert Einigung im Öffentlichen Dienst 130
Gewerkschaften: Streit um den 1. Mai 132
Japan: Börsen-Desaster in Tokio 134
Wertpapiere: Geschäfte mit gestohlenen US-Obligationen 135
Verkehr: Ost-Spediteure klagen über illegale West-Konkurrenz 139
Landwirtschaft: Berater und Betrüger machen gute Geschäfte 142

SERIE

Die Kuba-Krise von 1962 aus sowjetischer Sicht 145
General Anatolij Gribkow über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba (I) 150

„Sekretär" war fleißig und schnell

Seiten 16, 20

Stasi-Dokumente belasten nach Ansicht der Gauck-Behörde den Potsdamer Ministerpräsidenten Manfred Stolpe schwer. Danach hat IM „Sekretär" die Stasi rund 20 Jahre lang fleißig und schnell mit Kircheninterna beliefert. Der frühere DDR-Kirchenbundchef Werner Leich im SPIEGEL-Gespräch: „Ich bin überzeugt, daß er es für die Kirche getan hat."

Stolpe

Gaskammer in der Wüste

Seite 79

Deutsche waren an Giftgasprojekten im Irak stärker beteiligt als angenommen: Uno-Inspekteure fanden in der Wüste eine Gaskammer und eine Anlage, die offenbar zum Herstellen des Giftes VX taugte.

Planen für die Nacht der Nächte

Seite 108

Flughafen München II

Mitte Mai wird Münchens Flughafen ins Erdinger Moos umziehen. Die Planer sind sicher, daß in der Nacht der Nächte alles funktioniert. Weniger sicher ist, daß der normale Betrieb anschließend reibungslos läuft – Deutschlands zweitgrößter Flughafen hat viele Mängel.

Metro schluckt die Konkurrenz

Seite 126

Die Metro dehnt sich immer mehr aus, sie übernimmt Konkurrenten, und sie kauft sich in fremden Branchen ein – ein beispielloser Konzern entsteht. Jetzt steht die Asko auf der Einkaufsliste.

Duell am Abgrund

Seite 145

Kuba-Krise 1962: Die Welt stand vor einer Atom-Katastrophe. General Anatolij Gribkow, damals maßgeblich beteiligt, beschreibt in einer SPIEGEL-Serie den sowjetischen Part im Duell der Supermächte.

Sowjetischer Waffentransporter

Demokrat Clinton

Entscheidung in New York

Seiten 171, 172, 176

Clinton gegen Bush – ein Duell beschädigter Kandidaten: Sexaffären belasten den Demokraten, die Rezessionsfolgen den Republikaner. Wer siegen will, muß die Problem-Metropole New York erobern.

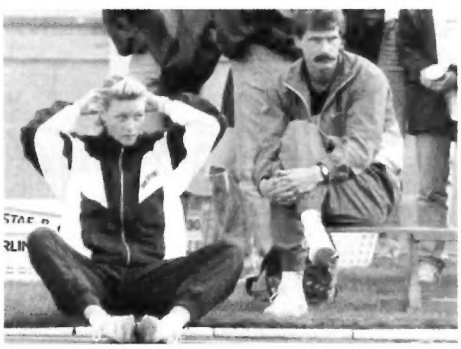
Perus populärer Putsch

Seite 169

Ein gewählter Präsident schwingt sich zum Diktator auf: Alberto Fujimori, Sohn japanischer Eltern, führt einen Kampf gegen die korrupte Fassadendemokratie Perus. Noch applaudieren seine Landsleute.

Drei identische Urinproben

Seite 275


Krabbe, Trainer Springstein

Sprinterin Katrin Krabbe wurde vom Verdacht der Manipulation freigesprochen. Doch im Verfahren wurden Beweise unterdrückt. Dopingfahnder Donike durfte neue Analysen nicht vorlegen: Krabbe und ihre Sprinter-Kolleginnen gaben insgesamt dreimal identische Urinproben ab.

Krebskranke leiden unnötig

Seite 206

Mehr als 200 000 Krebspatienten, so der Bochumer Schmerzforscher Michael Zenz in einem SPIEGEL-Gespräch, leiden unnötige Schmerzen: Wegen abstruser bürokratischer Hemmnisse verordnet nur jeder 100. deutsche Arzt wirksam schmerzlindernde Opiate.

Die Schöne und das Biest

Seite 244

Cherchez la femme: Sie wird als Zicke beschimpft, als Göttin bewundert, als Feministin ernst genommen. Doch Cher schert sich wenig um Einordnungen – lieber schockiert sie Amerika mit freizügigen Kostümen und Bekenntnissen. Nun kommt sie auf Deutschland-Tournee. Ihr Publikum begrüßt sie gern so: „Ich heiße Cher, bin 45 Jahre alt und habe seit 18 Monaten keinen Mann mehr gehabt."

Popstar Cher

AUSLAND

Panorama Ausland 162
Großbritannien: John Majors Triumph 164
Rußland: Jelzin verteidigt seine Macht 168
Peru: Putsch des Präsidenten 169
USA: Selbstzerfleischung der Demokraten 171
Sex und Schnüffelei im Wahlkampf 172
New York: Furcht vor dem Abstieg 176
Bangladesch: Die Flucht der Moslems aus Burma 184
Italien: Regionalisten im Vormarsch 189
Georgien: SPIEGEL-Gespräch mit Eduard Schewardnadse über sein Land, die Zukunft der GUS und die Deutschen 193
Sahara: Tuareg-Rebellen kämpfen um Autonomie 200
Bücher: US-Thriller gegen Japan 202

WISSENSCHAFT/TECHNIK

Medizin: SPIEGEL-Gespräch mit Professor Michael Zenz über Mangelversorgung von Tumorpatienten mit Schmerzmitteln 206
Denkmaschinen: Rückschläge für ehrgeiziges japanisches Projekt 216
Geophysik: Rhythmische Schwingungen des Erdkerns bestätigt 218
Prisma 224

KULTUR

Literatur: Der österreichische Schriftsteller Gerhard Roth 226
Bestseller 234
Theater: Der Broadway-Erfolg „Der Tod und das Mädchen" 238
Philosophie: Derrida-Streit in Cambridge 242
Stars: Das Gesamtkunstwerk Cher 244
Kunst: James Turrells Lichtprojekte in der Landschaft 254
Szene 259
Kreativität: Ist Schulunterricht verfassungswidrig? 262
Satire: Daniel Doppler über das neue Namensrecht 265
Werbung: Neues Wir-Gefühl durch Originalton Ost 268
Tarifstreit: Reklame-Kampf um Lohnprozente 270
Fernsehen: Schulz & Schulz III – Dallas in Vorpommern 271
Fernseh-Vorausschau 290

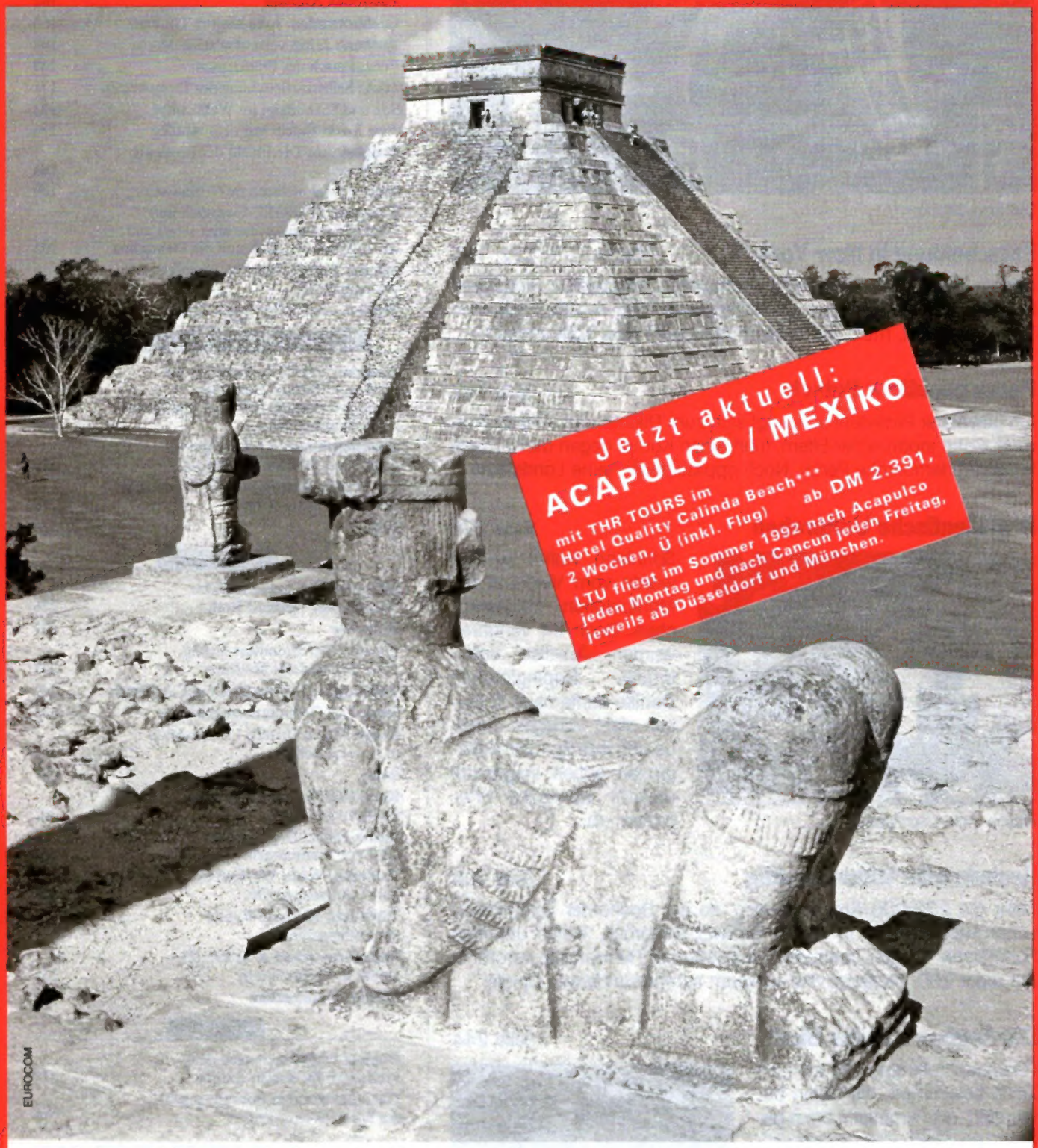
SPORT

Doping: Irritationen nach dem Freispruch für Katrin Krabbe 275
Die unterdrückten Beweise gegen die Sprint-Weltmeisterin 278

Briefe 7
Impressum 12
Personalien 286
Register 288
Hohlspiegel/Rückspiegel 294

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631-1123.

MENSCH, MAYA !



Mensch Meier! Nicht nur die Kultur der Maya ist atemberaubend, sondern auch die traumhaften Badebuchten von Acapulco. Holen Sie nur kurz Atem - LTU fliegt Sie hin.

LTU
INTERNATIONAL AIRWAYS

Urlaub auf der ganzen Linie.

Vaterländisch geträumt

(Nr. 13/1992, SPIEGEL-Titel: Die wirtschaftliche Einheit droht zu scheitern)

Mit der vorschnellen Inszenierung der deutschen Einheit à la Oggersheim hat der Bundeskanzler uns was Schönes eingebrockt.

Stuttgart KARL BÜRKLE

Die Erwartungen in den neuen Ländern waren einfach zu hoch. Man glaubte, die Mauer brauche nur zu fallen, und man habe den gleichen Wohlstand der Westländer.

Rosengarten (Nieders.) ADALBERT HÜBNER

Warum erklärt der Bundeskanzler in einer Rede an die Nation nicht endlich dem Bürger, daß dieser auch einmal den Gürtel enger zu schnallen hat? Diejenigen im Westen, die im Oktober 1990 so gejubelt hatten, sollen nun auch ihr Scherflein beitragen. Wenn es nicht allen bessergehen wird, dann wird es zumindest allen schlechtergehen. Dann ist auch eine Einheit erreicht.

Stockach (Bad.-Württ.) TIBERIUS BABIC

Sollen wir wirklich die Existenz nachfolgender Generationen den vaterländischen Träumen der alten Männer, die uns regieren, opfern? Von diesen Träumen müssen wir uns trennen, bevor es zu spät ist.

Westerland THOMAS NENNSTIEL

Die Unfähigkeit Kohls und seiner Mannschaft, die anstehenden Probleme zu bewältigen, ist mittlerweile auch dem dümmsten CDU/CSU-Wähler klar.

Aich (Bad.-Württ.) JUPP GERHARDS

Was waren das für herrliche Zeiten, als dort oben jemand saß, der Schmidt hieß!

Buxtehude (Nieders.) JOACHIM SCHALCK

Kohl ist auf dem besten Wege, vom Steuerlügen-Kanzler über den Schulden-Kanzler zum größten Pleite-Kanzler aller Zeiten zu werden!

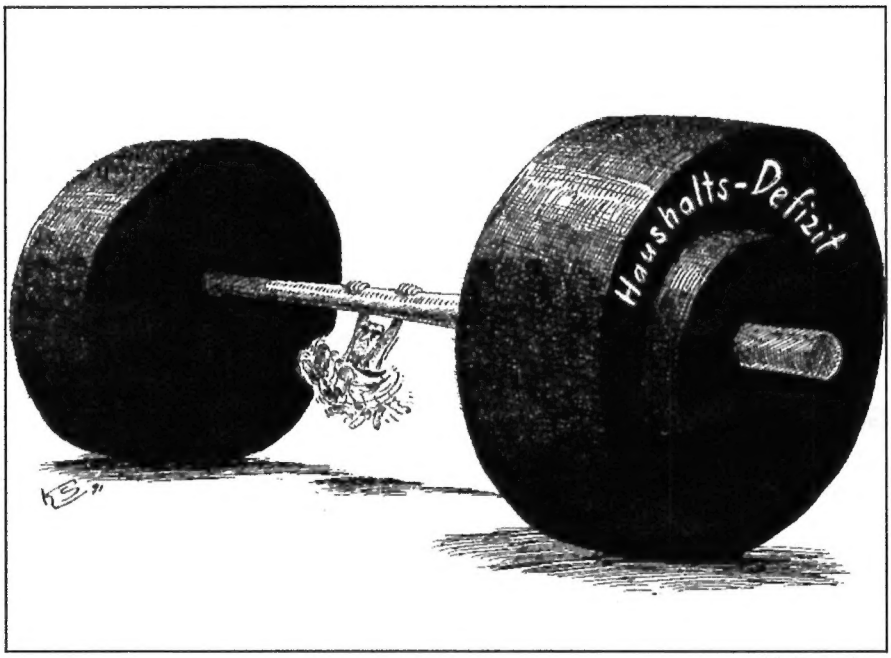
Neuss WILLI PETERS

Wann wird endlich die Partei gegründet, die darangeht, die Wiedervereinigung rückgängig zu machen?

Würzburg CLAUS HARTMANN

Herzlichen Dank für den klaren Artikel. Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Gottvater Kohl wird trotzdem nichts begreifen!

Creußen (Bayern) KARL-HEINZ MECHS



Die Tageszeitung

Den neuen Aufschwung üben . . .

Helmut Kohl prophezeite Ostbürgern „bald schon blühende Landschaften, in denen zu leben und zu arbeiten lohnt". Wir können uns fragen, ob er mit „blühenden Landschaften" vielleicht eine Agrarisierung der neuen Bundesländer im Sinne Henry Morgenthaus gemeint hat, wie sie der amerikanische Finanzminister 1944 plante.

Essen
ANDREAS und JOACHIM GROSSMANN

Das Wasser muß den Bonnern bis zum Hals stehen, wenn sie so kurz vor zwei wichtigen Wahlen die Öffentlichkeit mit Sozialabbauplänen „überraschen". Aber solange noch 80 Millionen Mark für eine Werbekampagne für neue Postleitzahlen da sind, kann das Ganze ja so schlimm nicht sein, oder?

Frankfurt SIGRID WEBER

SANYO
ÜBERSICHT IM RÜCKWÄRTSGANG

Hilfe beim Rückwärtsfahren mit dem Sanyo-Back-EYE-System: Kein Risiko, kein toter Winkel!

Freie, klare Sicht nach hinten mit dem elektronischen Auge – selbst bei Nacht.

Das preiswerte Rückfahr-Video-System für Wohnmobil und LKW. In Japan serienmäßig bei Fahrzeugen ab 6 m. In Deutschland leicht nachrüstbar.

SANYO VIDEO SYSTEME
Kontrolle ist besser.

Verkauf nur über den Fachhandel!
Informationen bei:
SANYO Industrie-Video,
Kornkamp 4, 2070 Ahrensburg.

Heimat gibt es nur im Kopf

512 Seiten. DM 44,-

In dieser Sammlung kritischer Prosa besticht Salman Rushdie durch seinen brillanten, flüssigen Stil; er erweist sich als genauer Beobachter, als überaus gebildeter und belesener Rezensent, ebenso ausgewogen in seinem Urteil wie scharf in der Bewertung: insgesamt ein Literatur- und Gesellschaftskritiker, der bei der Betrachtung anderer die strengsten Maßstäbe zuallererst an sich selbst anlegt.

KINDLER

Im Herbst 1991 Erschienen:
Salman Rushdie
HARUN UND DAS MEER DER GESCHICHTEN

256 Seiten. DM 34,-

Um Ausstieg bemüht

(Nr. 13/1992, Raumfahrt: Sowjettechnik zum Schleuderpreis)

In den vergangenen drei Monaten haben mehrere hundert deutsche Professorinnen und Professoren, darunter Nobelpreisträger, Mitglieder des Wissenschaftsrats, Direktoren von Universitäts- und Max-Planck-Instituten, in Briefen an die Minister Riesenhuber und Ortleb auf den geringen wissenschaftlichen und den fehlenden ökonomischen Wert der bemannten Raumfahrt verwiesen. Nach Ansicht der Wissenschaftler erscheint die Finanzierung der bemannten Raumfahrt um so problematischer, als die finanzielle Situation der Grundlagenforschung in Deutschland außerordentlich schwierig geworden ist, nicht zuletzt aufgrund der Belastung der öffentlichen Haushalte im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung. Minister Riesenhuber wurde daher aufgefordert, sich um einen Ausstieg aus dem europäischen Programm zur bemannten Raumfahrt, insbesondere den Projekten „Hermes" und „Columbus", zu bemühen. Der Vorwurf, daß es sich bei der bemannten Raumfahrt in erster Linie um politisch gewollte Prestige-Unternehmungen handelt, ist bisher nicht entkräftet worden.

Göttingen
PROF. DR. HANS-DIETER SÖLING
Georg-August-Universität

Soldat in der Pflicht

(Nr. 15/1992, Bundeswehr: Die Generäle wollen mehr Macht)

Als Generalinspekteur der Bundeswehr stehe ich ebenso wie alle Soldaten in der Pflicht des Grundgesetzes; eine Pflicht, die durch den soldatischen Eid zusätzliche Normen erfährt. Die Soldaten der Bundeswehr – und dazu gehöre ich – werden nichts tun und haben nichts getan, was nicht von unserer Verfassung gedeckt ist. Wir handeln auf der Grundlage von Aufträgen der politischen Leitung des Bundesverteidigungsministeriums. Den Vorwurf, der Primat der Politik werde unterlaufen, weise ich entschieden zurück. Insbesondere halte ich fest:

Es gibt keinen Auftrag von mir oder aus meinem Stab, Überlegungen für Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Vertragsgebietes anzustellen. Es gibt auch keinerlei Planungen in den Streitkräften für derartige Einsätze.

Es gibt keinen Auftrag, Veränderungen in der Befehls- und Kommandogewalt mit dem Ziel einer Unterstellung von Teilen der Bundeswehr unter den Generalinspekteur zu untersuchen.

Ich habe keine Forderung nach Kommandogewalt für den Einsatz der Truppe erhoben und auch keinerlei Forderung hinsichtlich meiner Rolle als Generalinspekteur im Bundessicherheitsrat gestellt.

General Naumann
Regionale Instabilitäten

Es gibt kein von mir autorisiertes Papier, das von Einsätzen der Bundeswehr „im Krisenbogen von Marokko bis Pakistan" spricht. Allerdings habe ich in Vorträgen in Übereinstimmung mit entsprechenden Lagebeurteilungen der Nato darauf hingewiesen, daß in dieser Region Instabilitäten bestehen, die zu Konflikten führen können. Ich habe in Darstellungen und Vorträgen aber auch immer hinzugefügt, daß die meisten der Konfliktursachen nur mit nicht-militärischen Mitteln beherrscht werden können.

Bonn
KLAUS NAUMANN
Generalinspekteur der Bundeswehr

Besinnung ist angesagt

(Nr. 13/1992, Verkehr: Tempolimit per Richterspruch)

Was Beschleunigungsminister Krause über Verkehrssicherheit und Umweltschutz jenseits der Tempo-130-Grenze verzapft, ist nichts als akustischer Müll und somit noch eine andere Form der Umweltbelastung.

Müllheim (Bad.-Württ.) ERIK CEZANNE

Wenn man im Deutschlandfunk die endlosen Verkehrsmeldungen über die ständigen Staus, Überlastungen und Verzögerungen auf den deutschen Autobahnen verfolgt, ist die Debatte über ein generelles Tempolimit ebenso lächerlich wie überflüssig.

Estepona (Spanien) GUENTHER M. JANSSEN

Für jeden Kurvenradius und Überhöhungswinkel gibt es eine Maximalgeschwindigkeit, die aus physikalischen Gründen nach den Gesetzen der Fliehkraft nicht überschritten werden

Eine Initiative der Deutschen Hochdruck-Liga
mit Unterstützung von E. Merck.

Nehmen Sie sich bitte Ihren Blutdruck zu Herzen. Bevor Ihr Herz es tut.

Mal unter uns: Kennen Sie eigentlich Ihre Blutdruckwerte? Untersuchungen zeigen, daß nur jeder 2. dies bejahen kann. Und daß vor allem jeder 5. zu hohen Blutdruck hat. Das Gefährliche daran: Man spürt ihn nicht. Man spürt nur die Folgen, vom leichten Schlaganfall bis zum schweren Herzinfarkt. Dabei gibt es heute so viele Möglichkeiten wie nie zuvor, zu hohen Blutdruck in den Griff zu bekommen. Also, lernen Sie Ihren Blutdruck kennen – eine Bekanntschaft fürs Leben.

HSR & S/SMS

kann. Warum gibt es keine Schilder mit 270 oder 310 km/h?

Bad Oeynhausen
DR. HARTWIG RAEDER

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Der Richterspruch taugt weder als Argumentationshilfe für noch gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Highways. Erst recht hat die höchste deutsche Zivilinstanz den motorisierten Rasern kein Tempolimit auf kaltem Wege quasi durch die Hintertür verordnet. Wichtig ist – wie dieser Fall zeigt – nicht nur für Manta-Fahrer: Vor dem Umdrehen des Zündschlüssels ist (sofern vorhanden) das Gehirn einzuschalten!

Bonn DIRK MINUTH

Meine Hochachtung für die Richter des Bundesgerichtshofs!

Karlsruhe THOMAS MICHAEL

Es ist absurd

(Nr. 13/1992, Europa: Europäisches und deutsches Recht sind schwer vereinbar)

Die praxisferne Regelungswut der europäischen Institutionen kennt keine Grenzen. Solange das Prinzip der Subsidiarität – die Entscheidungen sollen so nah wie möglich bei den Menschen fallen, die sie betreffen – nicht durch eindeutige Zuständigkeitsregelungen ausgefüllt wird, ist der Zug zum Euro-Zentralismus unaufhaltsam. Es ist absurd: Im Osten ist ein Weltreich am undemokratischen, bürokratischen Sowjet-Zentralismus zerbrochen; in Westeuropa sind wir dabei, einen undemokratischen, bürokratischen Euro-Zentralismus aufzubauen.

Bonn PETER CONRADI, MdB/SPD

Ausgequetschter Untertan

(Nr. 13/1992, Italien: Die Herrschaft der Mafia)

„Mafia als Methode" ist nur die eine Seite der italienischen Medaille. Die andere Seite ist die Korruption als „Regierungsmethode" (Stefano Rodotà in der Einleitung zum Buch „Mailand der Skandale"). Nicht nur illegale Forderungen, sondern auch und gerade die dem Bürger zustehenden Rechte müssen mit dem „pizzo", dem Schmiergeld, erkauft werden. „Mafia-Land" und (!) „Pizzo-(nicht Pizza-)Land", organisierte Kriminalität und korrupte Verwaltung, reichen sich die Dreckshände und quetschen beim Zudrücken den Untertan aus. Der von Ihnen zitierte Tranfaglia, Professor für zeitgenössische Geschichte an der Universität Turin, ist übrigens der erste italienische Historiker, der sich mit dem Mafia-Phänomen beschäftigt.

Mailand MANFRED H. TEUPEN

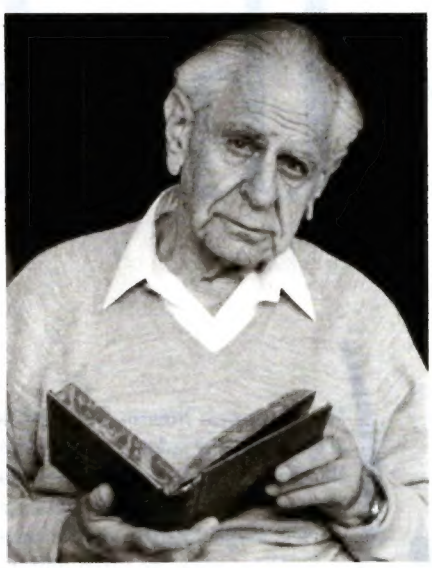
Was Sie über die Mafia schreiben, ist korrekt und detailliert. Aber es ist auch wichtig, hervorzuheben, daß große politische Umwälzungen gegen dieses kriminelle System in Vorbereitung sind. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, den Durchschnittsitaliener mit einem Mafia-Anhänger zu vergleichen, so wie man hier seit langer Zeit nicht mehr denkt, daß der Durchschnittsdeutsche Sauerkraut, Bier und Nazivergangenheit repräsentiert.

Como (Italien) DOTT. LIVIO COLOMBO

Hart, aber vernünftig

(Nr. 13/1992, Philosophie: SPIEGEL-Gespräch mit Karl R. Popper über die Zeitenwende)

Massenelend im Proletariat hat es nie gegeben, die Dritte Welt ist ein Kindergarten, das Ozonloch ist eine Segnung der Natur, und die Kapitalisten sind die liebsten Menschen von der Welt: Fürwahr: „Optimismus ist Pflicht."



Philosoph Popper
Segnung der Natur

Bremen FRANK MENG

„ . . . Die Intellektuellen wollen gescheit sein, statt zu helfen". Da hat Popper recht. Wozu also das Gelaber?

Bremen CHRISTIAN SCHMIDT

Ein ausgesprochen lesenswertes Interview, das der SPIEGEL mit Karl Popper geführt hat. Faszinierende Persönlichkeit, die er ist, bietet dieser Philosoph trotz (oder wegen?) seines hohen Alters Ansichten und Einsichten von hohem Wert.

Oxford (Großbritannien) VOLKER SCHÜTTERLE

Was ist das für ein „Frieden", um den Popper glaubt Krieg führen zu müssen? Wohl der große, endgültige Grabesfrieden?

Lindau (Schweiz) RALF WINKLER

„Wir dürfen hier nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen." Poppers Wort klingt hart, aber vernünftig – auf den ersten Blick jedenfalls. Bei genauerem Hinsehen wird nämlich deutlich, daß es durchaus an der Realität vorbeigeht: Die für den Beginn eines Kriegs de facto ausschlaggebenden Motive werden lediglich von gewissen Politikern vorgeschoben, „ins Feld" geführt, wenn es darum geht, Kriegsabsichten zu legitimieren. Diese Politiker werden Poppers Äußerungen mit Gewinn gelesen haben.

Hamburg ROLF MERTMANN

Herr Popper scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein, wenn er „Verantwortung für die Zukunft einklagt", dann aber das Ozonloch verharmlost. Der Zusammenhang FCKW und Ozonloch ist wissenschaftlich gut gesichert. Die Menschheit kann es sich nicht leisten, zu warten, bis ein derartiger Zusammenbruch hundertprozentig nachgewiesen ist, denn dann muß der Mensch vielleicht in der Tat „von der Erdoberfläche verschwinden". Kommentar Popper: „Warum nicht?"

Köln GERHARD STENKAMP

Vorschlag des Investors

(Nr. 14/1992, Ministerpräsidenten: Der Stern des Johannes Rau sinkt)

In Ihrem Artikel über die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „Das verflixte 13. Jahr" haben Sie im Zusammenhang mit der Tatsache, daß ich das Vertragswerk „Neue Mitte Oberhausen" als Notar beurkundet habe, meine frühere Zugehörigkeit zum Landtag und meine verwandtschaftlichen Beziehungen zur Frau des Ministerpräsidenten erwähnt. Es könnte dadurch der Eindruck entstehen, meine Beauftragung als Notar sei von der Landesregierung veranlaßt worden. Dieser Eindruck wäre falsch. Meine Einschaltung als Notar erfolgte ausschließlich auf Wunsch und Vorschlag des Investors.

Essen DR. PETER HEINEMANN

Heller Wahnsinn

(Nr. 12/1992, Islam: Der französische Journalist Freidoune Sahebjam über die Steinigung einer angeblichen Ehebrecherin im Iran)

Würden Sie in gleicher Weise über einen Sexualmord in Deutschland mit der Überschrift „Christentum" berichten?

Kiel GWENDA HAHNE

Mit der Veröffentlichung eines solchen Berichts unter dem Titel „Islam" wird die mühsame Arbeit derjenigen erschwert, die einen Dialog zwischen beiden Kulturen suchen. Bei den Europäern erzeugt der Bericht Haß gegen den Islam und bei den Moslems Mißtrauen und Zweifel an dem guten Willen der Industrienationen für eine Verständigung. Die öffentlichen Organe im Iran werden den Bericht wegen seiner dubiosen Angaben sowieso als Lüge zurückweisen. Es wird also neues Potential für Unruhe geschaffen. Ist das sinnvoll?

Düsseldorf FATEMEH SADR

Verdienstvollerweise hat der SPIEGEL Auszüge aus diesem Buch abgedruckt, die einem den hellen Wahnsinn vor Augen führen.

Farges (Frankreich) BETTINA COTTIN

Nur mit Abscheu kann man dies lesen.

Berlin HANS-JÖRG FIEBRANDT

Der Bericht erzeugt Abwehr, Abscheu und Ekel, verhindert aber ein politisches Bewußtsein im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und Solidarität mit Entrechteten. Den Frauen im Iran und anderswo ist damit nicht geholfen – im Gegenteil.

Köln CHRISTIANE WITTPOTH

Wann wird das iranische Parlament den Mut haben, ein Gesetz zu erlassen, das

Unser Holz nützen – heißt Umwelt schützen!

Der Wald sorgt für reine Luft und sauberes Wasser.

Seine Baumkronen filtern Gase und Staub aus unserer Luft. Sie produzieren dabei den für uns lebensnotwendigen Sauerstoff. Der Wald versorgt uns auch mit sauberem Wasser, er regelt die Luftfeuchtigkeit, schützt den Boden vor Erosion und den Menschen vor Lärm. Aber nur der sorgfältig bewirtschaftete und genutzte Wald ist in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben für den Umweltschutz zu erfüllen. Helfen wir ihm dabei. Nutzen wir sein Holz zum Bauen, Ausbauen, Anbauen und Umbauen. Für Fenster, Türen und Treppen. Für Fußböden, Wand-, Decken- und Außenverkleidungen. Für Holzkonstruktionen und für komplette Holzhäuser. Denn Holz ist der natürlichste Baustoff für das ganze Haus. Lieferant dafür ist der Wald. Sein Holz wächst ständig nach und sollte genutzt werden, damit das so bleibt.

Sorgen Sie dafür, daß das so bleibt!

UNSER HOLZ
...sympathisch in jeder Form
Gefördert durch den FORSTABSATZFONDS

COUPON
Wenn Sie mehr wissen wollen: Fordern Sie die kostenlose Informationsschrift „Ortstermin Wald" an.
Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort
SP 16/92
Schicken Sie diesen Coupon an:
CMA-Versandservice · Postfach 1111 · 4804 Versmold

diese unmenschliche Behandlung unter Todesstrafe verbietet? Wir in Europa dürfen zu solchen Mordtaten nicht schweigen.

Brüssel CATHRINE BONY

Selten hat mich ein Bericht, ob im SPIEGEL oder anderswo, mehr erschüttert. Er gehört jedem Multi-Kulti-Phantasten oder One-World-Träumer hinter den Spiegel gesteckt.

Mainhausen (Hessen) GERALD WISSLER

Werden Frauen im Iran gesteinigt, so werden Frauen in Deutschland zersägt, zerbohrt, zerstückelt, verätzt, verbrannt, erwürgt und so weiter. Der Zerfall des Maskulinums ist offensichtlich, und das global!

Heilbronn CHARLOTTE ANNE GEIGER

Egal, ob im Mittelalter fanatische Christen Hexen verbrannten oder im heutigen Iran fanatische Moslems angebliche Ehebrecherinnen steinigen, das Ergebnis ist das gleiche – Frauen werden von Männern zu Tode gequält, weil sie angeblich die Sünde verkörpern und den Mann vom „guten Weg" abbringen. Und das alles im Namen Gottes!

Siegen MICHAEL REEH

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Warenprobe der Firma Maurer + Wirtz, Tabac Original, Stolberg, beigeklebt.
Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Time Life, München, sowie des SPIEGEL-Verlages / Abo., Hamburg.

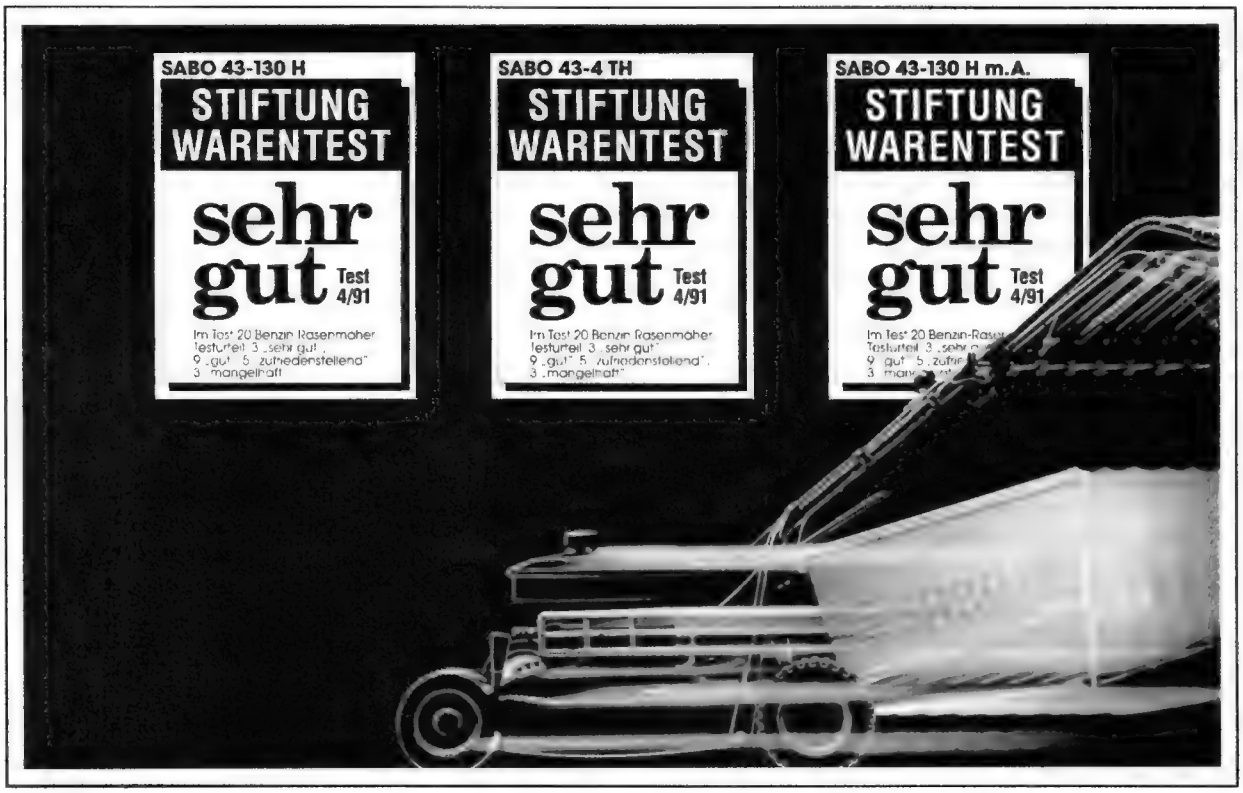
DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein
CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz
REDAKTION
Karen Andresen, Ariane Barth, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Sebastian Borger, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Dieter Degler, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Johann Groile, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Joachim Hoelzgen, Clemens Höges, Dr. Jürgen Hohmeyer, Carsten Holm, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Rainer Hupe, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Sabine Kartte-Pfähler, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Georg Mascolo, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Mathias Müller von Blumencron, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Joachim Preuß, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Andrzej Rybak, Johannes Saltzwedel, Karl-H. Schaper, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Harald Schumann, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Susanne Weingarten, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber
REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Gabor Steingart, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10
REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10; Dresden: Dietmar Pieper, Silberweg 2, O-8051 Dresden-Weißer Hirsch, Tel. (0161) 244 1076 · Düsseldorf: Ulrich Bieger, Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Oststraße 10, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 93 601-01, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Felix Kurz, Dalbergsweg 6, O-5020 Erfurt, Tel. 642 2696, Telefax 66 74 59 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Jürgen Hogrefe, Svenja Koch, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Uwe Klußmann, Detlef Pypke, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Birgit Loff, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Bert Gamerschlag, Spieltordamm 9, O-2757 Schwerin, Tel. 81 20 90, Telefax 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Jošanička 1, 11000 Belgrad, Tel. 237 1573, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 202 7540 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Dieter Bednarz, Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Matthias Matussek, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Jürgen Kremb, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Jens Glüsing, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Andreas Lorenz, Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242
ILLUSTRATION
Renata Biendarra, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Antje Klein, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Monika Zucht
SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Lutz Diedrichs, Jens Eggers, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Titelgeschichte, Lafontaine-Interview, Beamte: Dr. Gerhard Spörl; für Fall Stolpe, Leich-Gespräch, Titelgeschichte (S. 39, 44), Republikaner, Rechtsextremisten, Diäten, Waffenhandel, Geheimdienste, Friedensforscher, Bücherspiegel, Verkehr (S. 119), Kirche: Uly Foerster; für Telekom, Flughäfen, Trends, Handel, Löhne, Gewerkschaften, Japan, Wertpapiere, Verkehr (S. 139), Landwirtschaft: Armin Mahler; für Serie: Dr. Rolf Rietzler; für Panorama Ausland, Großbritannien, Rußland, USA, Italien, Schewardnadse-Gespräch, Sahara, Bücher: Dr. Romain Leick; für Zenz-Gespräch, Denkmaschinen, Geophysik, Prisma: Jürgen Petermann; für Bestseller, Philosophie, Szene, Satire: Dr. Mathias Schreiber; für Kreativität, Werbung, Tarifstreit, Fernsehen, Fernseh-Vorausschau: Hans-Dieter Degler; für Doping: Heiner Schimmöller; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)
DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Ulrich Booms, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Eriksen, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Hauke Janssen, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelbandt, Georg Wöhner
BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann
NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Abonnement-Service: Tel. 013086-3006
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage.
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 9130; Düsseldorf: Oststraße 10, 4000 Düsseldorf, Tel. 936 01 02, Telefax 36 42 95; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-545, Telefax 3007-797; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 46 vom 1. Januar 1992
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg
VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Burkhard Voges
GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

Zum Rasenmäherfortschritt: Folge 9



Dongowski&Simon

„In der Qualität setzt SABO immer wieder Zeichen."

...sagen unsere Fachhändler.

...und unsere Fachhändler wissen, daß SABO seit langem Rasenmäher baut, die mit ihrer Ausstattung, Technik und Leistung ganz einfach zu den besten gehören. Diese hohe Qualität hat die Stiftung Warentest immer wieder bestätigt. So waren insgesamt 20 Benzinrasenmäher im Test 4/91: drei SABO-Mäher, die alle das Gesamturteil „sehr gut" erhielten. Als einzige im Test! Seit Jahren schneidet SABO bei den Warentest-Sicherheitsprüfungen für Rasenmäher mit „sehr gut" ab. Und mit „sehr gut" oder „gut" auch in den übrigen Testkategorien „Mäheigenschaft", „Technische Prüfung" und „Handhabung".

Sie sehen: Das ist Qualität, mit der auch Sie ausgezeichnet abschneiden. Es versteht sich von selbst, daß Sie einen SABO nur beim qualifizierten Fachhändler für Garten- und Motorgeräte bekommen. Sie erkennen ihn an diesem Zeichen.

Wenn Sie sich jedoch schon vorab informieren möchten: SABO-Maschinenfabrik AG, Postfach 31 03 93, WA 5 S D-5270 Gummersbach, Telefon: (02261) 7 04-0, Fax: (02261) 70 41 04.

SABO

Qualitätsschmiede für Rasenmäher

Honeckers Flucht war geplant

Die Bundesregierung hat letzte Woche ein Ersuchen Chiles abgelehnt, wonach sie nicht auf sofortiger Überstellung des ehemaligen DDR-Staatschefs Erich Honecker aus seinem Moskauer Exil bestehen sollte. In einer streng vertraulichen informellen Note an die Botschafter der Bundesrepublik und Rußlands hatte die Regierung in Santiago eine „gesichtswahrende Lösung auf der Grundlage des Rechts" vorgeschlagen: Honecker solle ermöglicht werden, die chilenische Botschaft zu verlassen und vor einem Moskauer Gericht gegen das Auslieferungsbegehren der deutschen Behörden zu klagen. Bis zum Gerichtsentscheid sollte sich Honecker frei bewegen dürfen.

Der Vorschlag stieß nicht nur im Bonner Kanzleramt auf Ablehnung. Auch die russische Regierung wies die vom chilenischen Sonderbotschafter James Holger mit Honecker in Moskau ausgehandelte Lösung zurück. Falls der seinen Zufluchtsort verlasse, werde er sofort festgenommen und nach Deutschland ausgeflogen, versicherte der russische Justizminister Nikolai Fjodorow.

Zugleich haben sich Hinweise aus Santiago bestätigt, daß Honecker und seine Frau Margot ihre geplante Flucht über Moskau nach Chile von langer Hand vorbereitet hatten. Bereits im Januar 1991, zwei Monate vor dem von der sowjetischen Armee organisierten Flug nach Moskau, ließ das Ehepaar Honecker Möbel und Wertgegenstände außer Landes schaffen. Ziel des als Diplomatengut getarnten Transports: die chilenische Botschaft in Moskau.

Chiles scheidender Botschafter Clodomiro Almeyda suchte die Einlagerung des Honecker-Hausrates zu rechtfertigen: Er habe „einer Person einen Gefallen erweisen wollen, die in Ungnade gefallen ist". Über diesen – aus der Sicht des Bonner Auswärtigen Amtes – „klaren Verstoß gegen die diplomatische Praxis" hat Almeyda das Außenministerium in Santiago nicht informiert. Er habe, verteidigt sich der Diplomat und Honecker-Freund, der Sache „keine Bedeutung" beigemessen.

Haas schwer belastet

Knapp 15 Jahre, nachdem ein bewaffnetes arabisches Kommando die Lufthansa-Boeing „Landshut" von Mallorca ins somalische Mogadischu entführte, gibt es erstmals offizielle Informationen über

Haas

eine mögliche Beteiligung Deutscher an der Terroraktion. Verdächtigt wird die Frankfurterin Monika Haas, 43. Sie soll Waffen und Sprengstoff für das Hijacking nach Mallorca geschafft haben. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof lehnte ihre Entlassung aus der Untersuchungshaft mit der Begründung ab, es bestehe eine „erhebliche Wahrscheinlichkeit für eine Verurteilung". Schwer belastet wird Haas durch Ermittlungs-Ergebnisse des Bundeskriminalamtes aus dem Jahre 1980, die jetzt erst vorgelegt wurden. Die Frankfurterin war einst mit der Roten Armee Fraktion in den Nahen Osten gegangen und hatte später einen Palästinenserführer geheiratet. Seit 1981 lebte Haas wieder in Frankfurt. Der Verdacht über ihre Beteiligung an der Flugzeugentführung wurde erstmals aus einer Akte des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit bekannt (SPIEGEL 10/1992).

Aufrüstung am Golf

In der Golfregion ist ein Jahr nach dem Ende des Krieges gegen Saddam Hussein ein neuer Rüstungswettlauf im Gang. Nach einer vertraulichen Analyse des Bundesnachrichtendienstes für das Bonner Kanzleramt wächst durch die „verstärkten Rüstungsanstrengungen" aller Anrainerstaaten die „Gefahr, daß die latenten Konflikte künftig mit massiveren Mitteln ausgetragen werden als bisher". So verfüge der Irak noch immer über etwa 400 Scud-Raketen und könne nach dem Ende der Uno-Inspektionen „in wenigen Jahren" wieder den „Vorkriegsstand" seines Militärpotentials in Stellung bringen. Der Iran besitze rund 200 Scuds und versuche, seine 1980 im Krieg gegen den Irak verlorene „Hegemonialposition" wiederzugewinnen. Auch bei deutschen Firmen kauften iranische Organisationen derzeit in großem Stil „alles, was irgendwie militärisch

Militärparade in Teheran

nutzbar ist". Bei dem Wettrüsten habe der „illegale Technologietransfer" mittlerweile „zentrale Bedeutung" gewonnen.

Grüne hoffen weiter

Die schleswig-holsteinischen Grünen hoffen, daß sie doch noch in den Kieler Landtag einziehen können. Weil der Partei bei der Wahl am vorletzten Sonntag mit 4,97 Prozent nur 397 Stimmen zum Einzug in das Parlament fehlten, verlangen sie eine Neuauszählung. Andernfalls drohen sie mit einer Anfechtung der Wahl. Ihre Zuversicht auf eine nachträgliche Korrektur, die den SPD-Regierungschef Björn Engholm um seine absolute Mehrheit der Mandate bringen würde, begründen die Grünen mit „Unklarheiten und Unregelmäßigkeiten" in einzelnen Wahllokalen sowie der üblichen Fehlerquote: Vertauschte Wahlzettel, falsche Zählergebnisse oder Ungereimtheiten bei der Entscheidung über Zweifelsfälle seien bei den Wahlen der letzten Jahren „absolut normal gewesen", sagt der Münchner Wahlforscher und Grünen-Berater Andreas Kohlsch. So habe beispielsweise ein Vergleich der amtlichen Endergebnisse bei der Bundestagswahl 1972 mit der

Wochen später erfolgten Auszählung durch die statistischen Ämter Differenzen in Holsteiner Wahlbezirken ergeben. Der SPD sei damals in jedem fünften Wahlbezirk eine Stimme zuwenig, der CDU in gut jedem zweiten eine zuviel angerechnet worden. Eine vergleichbare Differenz in jedem siebten der rund 2700 Landtagswahlbezirke würde den Grünen jetzt Sitze im Parlament bringen.

Absagen für Kohl

Auf seiner Suche nach einem neuen CDU-Generalsekretär hat sich der Parteivorsitzende Helmut Kohl zwei Absagen eingehandelt. Sowohl der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium Reinhard Göhner als auch der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers lehnten es ab, die Nachfolge des ins Verteidigungsministerium gewechselten Volker Rühe anzutreten. Im Gespräch ist jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Peter Repnik aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Repnik ist CDU-Vorsitzender in Südbaden und gilt nicht als uneingeschränker Gefolgsmann Kohls.

Abschied vom Adler

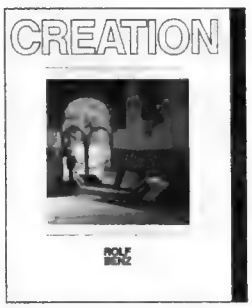
Die Baukommission des Bundestages setzt sich in aller Stille von einem Mehrheitsbeschluß des Parlaments ab. Die

Bundesadler

Abgeordneten hatten 1987 die Erwartung geäußert, daß den neuen Plenarsaal der alte Bundesadler zieren werde. Das soll nun anders kommen. Weil die Stirnwand des Plenarsaals, dem Rund der Sitzordnung folgend, konkav gewölbt ist, paßt der alte, 1,5 Tonnen schwere Gipsadler nicht mehr. Zur Parlamentseröffnung am 1. Oktober soll deshalb ein Nachfolgemodell geschaffen werden – falls die Traditionswächter nicht noch Protest einlegen.

CREATION EINE COLLECTION VON ROLF BENZ

Eleganz mit gesundem Polster.



Die Luxus-Suite. Vor ihren Spiegeln stehen die Schönen und Berühmten dieser Welt. Auch das Sofa dort ist ein Star: In vollendeter Form verbindet es die Linie klassischer Eleganz mit modernster Polstertechnik, gesunder Sitzkomfort hat hier seine höchste Stufe erreicht. Das gilt ganz wörtlich, wenn die Rückenlehne per Liftautomatik noch weiter nach oben fährt, das lose Kissen sich wohltuend weich in die bequemste Körperlage schmiegt. Ob Sofa und Sessel oder die Anreihmodelle in verschiedenen Abmessungen, allen gemeinsam ist ein Polsteraufbau der Superlative mit aufwendiger Verarbeitung bis ins feinste Detail. Mehr darüber steht im Journal ‚Creation', fordern Sie es an bei Rolf Benz, Postfach 113819 in 7270 Nagold, Tel. 07452-601220 ■ *Schweiz: Benz + Elsener, 8056 Zürich, Wehntaler Strasse 283, Tel. 01-3718888 ■ Österreich: H. Fuhrmann, 1150 Wien, Vogelweidplatz 10, Tel. 0222-922188.*

Senden Sie mir das 132-seitige Journal kostenlos CC 1019

Name:

Straße:

Ort:

ROLF BENZ

BRÜSSEL · LUXEMBURG · PARIS · ZÜRICH · WIEN · HONGKONG · SINGAPUR · TOKIO · MIAMI · NEW YORK

„Wichtiger IM in der Kirche“

Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe war nach Ansicht der Gauck-Behörde für die DDR-Staatssicherheit ein verläßlicher Inoffizieller Mitarbeiter. Aufgrund ihrer Funde schließen die Aktenverwalter, daß der ehemalige Kirchenjurist rund 20 Jahre lang die Stasi kontinuierlich und schnell mit Kircheninterna versorgte.

Die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag wollte neuer Legendenbildung gleich vorbeugen. Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) solle keinen „zeitlichen Vorlauf“ bekommen, forderte Geschäftsführerin Beate Blechinger, damit er nicht „Umfang und Inhalt der Erstveröffentlichung bestimmen“ könne. Sonst, fürchtete die CDU, werde der Regierungschef die „Sprachregelung vorgeben“.

Der Argwohn ist begründet. Stolpe hat, zu seiner Entlastung, die Öffentlichkeit bereits früher auf eigenwillige Weise informiert. Mal tat er kund, er habe seine Stasi-Akten gesehen, die ihn als Opfer kennzeichnen – in Wahrheit hatte er in einem dünnen Hefter über einen bespitzelten Studenten auch etwas über sich gefunden. Mal wollte er von Joachim Wiegand, dem einstigen Chef der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, erfahren haben, daß er von den Geheimdienstlern „abgeschöpft“ und „umfassend überwacht“ worden sei – doch Zeugen des Gesprächs erinnern sich anders (SPIEGEL 9/1992).

Ausschuß-Vorsitzender Bisky, Stolpe-Akten
Treffberichte und Kladde

Die CDU drückte deshalb eine Sondersitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch, der sich mit Stolpes Stasi-Verstrickungen befaßt: Als ein Bote von Joachim Gauck, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, am Freitag vormittag dem Ausschußvorsitzenden Lothar Bisky (PDS) neue Aktenfunde über Stolpe und ein Gutachten übergeben hatte, machten sich die Abgeordneten sofort an die Lektüre.

Die Urteile waren schon nach einem kurzen Blick in die Dokumente fertig – je nach Sichtweise. Die oppositionelle CDU fand die Analyse „belastend“, und Stolpes Koalitionspartner Bündnis 90 nannte die Papiere sogar „schwer belastend“. Die SPD hingegen konnte „keinen wesentlich neuen Wissensstoff“ entdecken.

Die Genossen müssen blind sein: Der Bericht der Gauck-Behörde zieht eine für Stolpe verheerende Bilanz. Nach Auffassung des Berliner Amtes widerlegen die Aktenfunde vor allem die Einlassungen des brandenburgischen Ministerpräsidenten, er sei, passiv und ohne sein Wissen, von der Stasi „abgeschöpft“ worden.

Damit wird die hitzige innenpolitische Debatte über den Beweiswert von Stasi-Akten neu angefacht. In den Schriftstücken, die Gauck und sein Stellvertreter Hansjörg Geiger zum Fall Stolpe zusammentragen ließen, spiegelt sich eine andere Wirklichkeit, als sie der einstige Kirchenjurist, der immer nur als Diplomat im Dienst des Glaubens gehandelt haben will, für sich in Anspruch nimmt.

Längst gehen die Fronten quer durch alle politischen Gruppierungen. So haben ehemalige DDR-Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley den früheren Kirchenfunktionär wegen allzu großer Nähe zum SED-Regime angegriffen, geht Stolpes alternativer Koalitionspartner Bündnis 90 deutlich auf Distanz. Auf der anderen Seite sind nicht nur Parteifreunde, sondern auch Konservative und Liberale dem angeschlagenen Sozialdemokraten mit regelrechten Vorfreisprüchen gegen vermeintliche Vorverurteilungen zu Hilfe geeilt.

Mit seinem klaren Verdikt, daß nicht alles so gewesen sein kann, wie Stolpe es schildert, wird sich Behörden-Chef Gauck, dem viele das Gehabe eines Großinquisitors vorwerfen, neuen Attacken aussetzen. Doch Gauck ist sich seiner Sache sicher: „Ich denke, wir haben sehr sorgfältig gearbeitet.“

Aus den Aufzeichnungen ergibt sich, laut Gauck-Behörde, daß der Kirchenjurist Stolpe rund zwei Jahrzehnte lang regelmäßigen und intensiven Kontakt mit Erich Mielkes Geheimdienst pflegte, vor allem aber, daß er – unter dem Decknamen „Sekretär“ – seine Gesprächspartner fleißig und schnell mit Kircheninterna versorgt haben soll.

Dauer und Intensität der Stasi-Kontakte wiesen Stolpe, „nach den Maßstäben“ des Ministeriums für Staatssicher-

heit (MfS), als klassischen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) aus.

Zwar fehlt eine schriftliche Verpflichtungserklärung. Aber die war bei Kirchen-IM und prominenten IM der Stasi ohnehin die Ausnahme.

Das „entscheidende Kriterium", heißt es im Bericht, sei die „Bereitschaft des IM" gewesen, „mit dem MfS fortan inoffiziell (vertraulich) zusammenzuarbeiten". Und die hatte Stolpe nach Ausweis der Akten in hohem Maße.

Bereits als Stolpe Ende Januar im SPIEGEL (Nr. 4/1992) erstmals umfassende Stasi-Kontakte bekannte, räumte er ein, daß er zu den Gesprächen mit MfS-Mitarbeitern „auch in deren Wohnungen" ging, „die wohl meist nur für dienstliche Treffs dienten" – eine zaghafte Umschreibung für konspirative Wohnungen.

Den Verdacht, daß der Kirchenmann äußerst konspirativ zu Werke ging, legt eine nun gefundene Stasi-Notiz vom 7. September 1977 nahe. Bei einem Treff am Vortag unterbreitete IM „Sekretär" seinem Führungsoffizier Klaus Roßberg angeblich Vorschläge, wie ihre Zusammenarbeit besser geheimgehalten werden könne.

Stolpe bat laut Roßberg-Bericht darum, „weitere Treffvereinbarungen nach Möglichkeit unter Ausschaltung seines Sekretariats vorzunehmen. Er schlug vor", schreibt Roßberg wörtlich, „notwendige telefonische Verbindungsaufnahmen abends zwischen 20.00 und 21.00 Uhr über seinen Privatanschluß in Potsdam vorzunehmen".

Ministerpräsident Stolpe: „Was hatte die Stasi an Leuten wie mir?"

6. Zusammenfassung

Die in aufgefundenen Unterlagen zum Einsatz des IMB "Sekretär" lassen den Schluß zu, daß er nach den Maßstäben des MfS über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren ein wichtiger IM im Bereich der Evangelischen Kirchen der DDR war.

Bemerkenswert sind u. a.

- die ungewöhnlich engen Zeiträume zwischen Ereignis und Information des MfS, unter Berufung auf die Quelle IM "Sekretär",
- der hohe Prozentsatz der auf der Basis der IM-Berichte weitergeleiteten Informationen an Führungsgremien des MfS und der SED
- die Treffen in einer konspirativen Wohnung, ein Tatbestand, der aus der Sicht des MfS die Verläßlichkeit der Verbindung dokumentiert und zur Sicherung der Konspiration wichtig war.

Gauck-Bericht (Ausriß): „Ungewöhnlich enge Zeiträume"

Zu vertraulichen Gesprächen mit der Stasi traf sich Stolpe nach den Feststellungen des Gauck-Gutachtens gelegentlich in derselben Wohnung, die auch für andere IM reserviert war. In einem von Stasi-Oberst Wiegand unterschriebenen Dokument vom 3. November 1980 heißt es, die „konspirative Wohnung ‚Hagen'" sei „als Treffobjekt für IM in leitenden Positionen" wie etwa für „Sekretär" vorgesehen.

Der Gauck-Bericht durchlöchert auch eine andere Verteidigungslinie von Stolpe. Die Aktenverwalter widersprechen der „häufig anzutreffenden Argumentation" ehemaliger Stasi-Hauptamtlicher, „zur Erhöhung des Potentials inoffizieller Quellen" sei auch mit fiktiven IM gearbeitet worden, „die nur zum Schein als solche registriert waren". Eine solche Vorgehensweise, Informationssammlungen hinter erfundenen IM-Na-

men zu tarnen, habe sich „aus den Unterlagen nicht bestätigt".

Die Recherchen hätten ergeben, daß die Auswahl von IM-Kandidaten unter kirchenleitenden Kräften „gekennzeichnet war von einer intensiven Vorlaufarbeit zum Kennenlernen der IM-Kandidaten, die nicht selten mehrere Jahre dauerte". Bei fiktiven IM hätte sich die Stasi den Vorlauf sparen können.

Stolpe hat seine Stasi-Kontakte damit gerechtfertigt, er habe „die Interessen der evangelischen Kirche gegenüber dem Staat wahrzunehmen" gehabt. Auch der thüringische Altbischof Werner Leich, einst Vorsitzender des DDR-Kirchenbunds, ist „überzeugt davon", daß Stolpe „es für die Kirche getan hat und daß er ganz auf unserer Seite stand" (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 20).

Die Gauck-Behörde aber kommt nach Sichtung der Akten zu einem anderen, für den Kirchenmann ehrenrührigen Schluß: Schon Mitte der siebziger Jahre sei Stolpe aus Sicht des MfS „eine wichtige inoffizielle Kraft" gewesen, Einsatzpläne der Stasi deuteten auf eine „offenbar wirksame Nutzung" für das MfS hin.

Die Fakten beim Einsatz des IM „Sekretär" und die mit seinem Decknamen verbundenen Informationen lassen nach Ansicht der Gauck-Behörde den Schluß zu, daß er „nach den Maßstäben des MfS über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren ein wichtiger IM im Bereich der Evangelischen Kirchen in der DDR war".

Die Rechercheure haben inzwischen so viel Material über den IM „Sekretär" gefunden, daß sie dessen Karriere von Anfang an nachzeichnen können. Anfang 1966 begab sich danach das MfS auf „verstärkte Suche und Werbung von IM mit Perspektive für den Einsatz in kirchlichen Einrichtungen". In Betracht kamen vor allem „junge Personen, die als Juristen und Verwaltungsangestellte in eine kirchliche Laufbahn eingeschleust werden".

Die Abteilung XX/4 der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam plante am 10. Mai 1966 ein Gespräch mit dem damaligen Oberkonsistorialrat der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe. Die Kontaktaufnahme sollte, wie in einem „Vorschlag" vermerkt wurde, so verlaufen:

> Stolpe wird zu Hause aufgesucht. Ihm wird gesagt, daß wir mit ihm ein Gespräch führen möchten über die Frage der Wehrdienstverweigerung aus Glaubensgründen (dem St. gegenüber als Mitarbeiter des MfS ausweisen). Es wird ihm erklärt, daß es, obwohl es keine Wehrdienstverweigerer gab, seitens der evangelischen Kirche seit der Allgemeinen Wehrpflicht Bestrebungen gibt, diese Probleme hochzuspielen.

Ob das Kontaktgespräch zustande kam, kann den erhaltenen Stasi-Unterlagen nicht entnommen werden. Sicher ist indes, daß Stolpe schon zwei Jahre zuvor als „IM-Vorlauf" unter der Nummer IV/1192/64 bei der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam registriert worden war. Mit derselben Registriernummer wurde der junge Kirchenjurist, immer noch als IM-Vorlauf, am 20. Mai 1970 an die MfS-Hauptabteilung (HA) XX, Abteilung 4, übergeben.

Doch kurz darauf wurde die Werbung offenbar vollzogen. Ein Stasi-Offizier namens Buhl notierte in seinem Vorgangsheft Nr. 3631 am 15. Juni 1970, daß für den IM „Sekretär" jeweils der erste Band der Personal- und der Arbeitsakte durch die Abteilung XII des MfS (Zentrale Auskunft) ausgegeben worden war. Die Arbeitsakte, Teil II der IM-Akte, wurde nach den Stasi-Richtlinien erst nach abgeschlossener Werbung zum IM ausgegeben.

Im Wende-Herbst versuchte die Stasi hastig, die Spuren ihrer Arbeit zu verwischen. Doch eine Karteikarte entging der Aufmerksamkeit der Aktenvernichter. Es handelte sich um die Ablichtung einer sogenannten Vorgangskarte, im MfS-Dienstgebrauch als „F 22" bezeichnet. Die Kopie war, wie es im Stasi-Jargon hieß, „neutralisiert": Die Datenfelder „Art des Vorganges" und „Deckname" waren beim Ablichten abgedeckt worden. So war für die Aktensäuberer nicht erkennbar, daß sich hinter der auf der Karte vermerkten Registriernummer IV/1192/64 der Inoffizielle Mitarbeiter „Sekretär" verbarg.

Im Materialbestand der HA XX/4 fanden die Gauck-Rechercheure zudem ein Bündel von 21 sogenannten Kerblochkarten, die zu Stolpe angelegt waren. Diese Karteikarten dienten dazu, bei der zuständigen Abteilung eingehende Hinweise anderer Diensteinheiten, von IM oder anderen Quellen zu notieren und Fundstellen zu markieren.

Auf IM „Sekretär" war, so lassen die Stasi-Akten laut Gauck-Behörde erkennen, offenkundig Verlaß. Über Jahre hinweg soll er vor allem drei Aufgabengebiete gehabt haben:

- ▷ „konspirative Beschaffung der Materialien" der Konferenz der Kirchenleitungen des DDR-Kirchenbundes,
- ▷ „sofortige Berichterstattung bei politisch relevanten Themen",
- ▷ „operative Einflußnahme bei Entscheidungen" der Kirchenoberen.

Die „wiederholte Nennung dieser Aufgaben" deutet nach Auffassung der Gauck-Behörde darauf hin, daß „der IM ‚Sekretär' aus der Sicht des MfS dafür offenbar gute Voraussetzungen besaß und sein Einsatz für das MfS als einschätzbar galt".

Den „wahren Aufschluß, wie wertvoll die IM-Informationen für das MfS wa-

DDR-Kirchenfunktionäre*: Keine Nachteile für Mitbrüder?

* Stolpe (2. v. l.) und Bischof Gottfried Forck (3. v. r.) beim „Kirchentag von unten" 1987 in Ost-Berlin.

ren", geben nach den Erkenntnissen der Behörde „oftmals erst die von den Führungsoffizieren gefertigten schriftlichen Treffberichte". Denn die MfS-Richtlinien wie die damals gültige RL 1/68 legten fest: „Die Auswertung der Treffs muß dem Zweck dienen, zu prüfen, ob das gestellte Ziel erreicht wurde und welche Möglichkeiten der weiteren Anleitung und Erziehung sowie Auftragserteilung und Überprüfung des Inoffiziellen Mitarbeiters gegeben sind."

Die Belege für ihren 61 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht haben die Rechercheure der Gauck-Behörde in fünf Aktenordnern mitgeliefert.

Einer enthält Treffberichte und inoffizielle Berichte mit Bezug zum IM „Sekretär" aus den Jahren 1973 bis 1988. In einem anderen sind inoffizielle Informationen mit indirektem „Sekretär"-Bezug aus dem Zeitraum von 1974 bis 1989 gesammelt. Die weiteren Ordner enthalten Stasi-Jahresanalysen, Einsatzpläne sowie Materialien aus dem Staatssekretariat für Kirchenfragen.

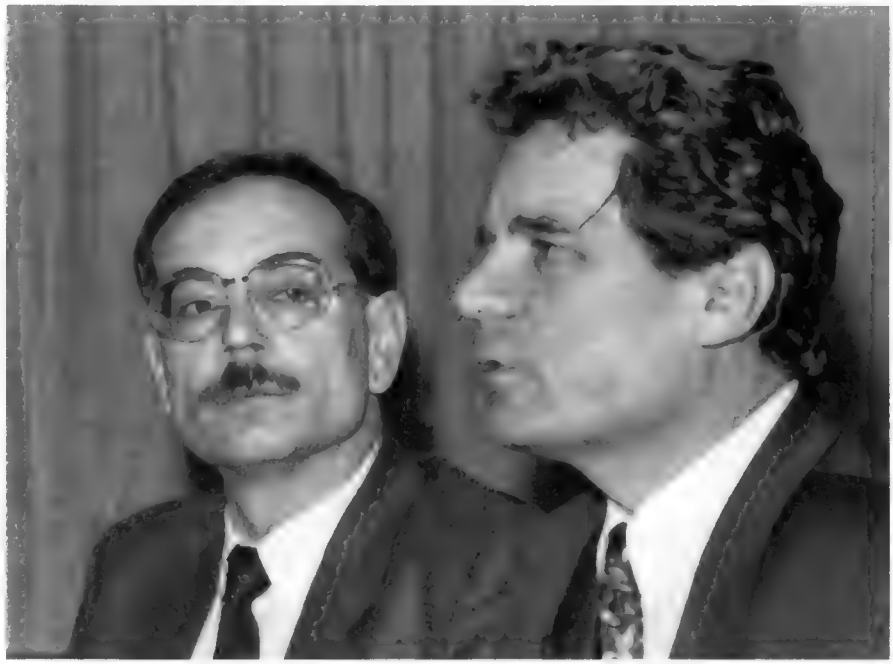
Erhalten sind unter anderem 36 Treffberichte und Informationen der HA XX/4, die direkt auf IM „Sekretär" als Quelle verweisen. Außerdem wurde eine vermutlich vom Referat Auswertung und Information der Kirchenabteilung geführte Kladde gefunden. Darin wurde der Eingang von Informationen nebst Quellen notiert. Der IM „Sekretär" ist darin 20mal vermerkt.

Zu diesen 20 Erwähnungen konnten die Rechercheure bislang erst zwei komplette Dokumente ausfindig machen. Die Gauck-Behörde folgert daraus, „daß die vorliegenden 36 Treff- und Informationsberichte nur einen Ausschnitt der Informationsgewinnung der HA XX/4 durch den IM ‚Sekretär' widerspiegeln".

Das MfS stufte den Informationswert offensichtlich hoch ein: Zwölf Berichte des IM „Sekretär" wurden an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS weitergeleitet, siebenmal wurden „Sekretär"-Informationen an die SED-Führung gegeben. Fazit der Gauck-Behörde:

> Für die SED-Führung und damit für das MfS ging es in erster Linie darum, solche Informationen zu erhalten, die die Kirchen der DDR berechenbar bzw. ausrechenbar machen sollten, inoffizielle Kräfte in kirchenleitenden Gremien zu besitzen, die das MfS rasch über Beschlüsse/Entscheidungen informieren konnten bzw. die aufgrund ihrer leitenden Stellung in der Lage waren, im Interesse des MfS Einfluß auf die Kirchenpolitik ausüben zu können.

IM „Sekretär" arbeitete offenbar ziemlich fix: Zwischen dem ausgespähten Ereignis und der Abfassung des Informationsberichts lagen nach Feststellung der Gauck-Rechercheure oft nur Stunden. Diese „ungewöhnlich engen Zeiträume zwischen Ereignis und Information" wertet die Behörde als Beweis, daß IM „Sekretär" den ständigen Kontakt zum MfS gesucht habe.



Stasi-Akten-Verwalter Geiger, Gauck: „Sorgfältig gearbeitet"

Eine wichtige Rolle spielte IM „Sekretär" nach Aktenlage bei der Vorbereitung des Spitzengesprächs zwischen der SED-Führung und der evangelischen Kirchenleitung am 6. März 1978.

Unter Berufung auf den IM „Sekretär" fertigte die HA XX/4 am 16. Januar 1978 eine Information über die Tagung des Bischofskonvents, der wenige Tage zuvor in Bad Saarow stattgefunden hatte. Bei dieser Zusammenkunft hatten die Kirchenführer die Grundkonzeption für das Spitzengespräch beraten.

Am 3. März konnte die Stasi-Kirchenabteilung eine Information über den Stand der Vorbereitungen der Kirche auf das Spitzengespräch anfertigen. Bereits einen Tag nach der Begegnung Erich Honeckers mit den Kirchenchefs berichtete das MfS über erste Reaktionen in der Kirchenleitung.

Die Rechtfertigung Stolpes für seine Stasi-Kontakte, er habe stets im Interesse der Kirche gehandelt, erscheint in solchem Kontext als fragwürdig. Die Vorab-Informationen an die SED-Führung können kaum im Sinne der Kirche gewesen sein. Auch Stolpes Behauptung, seine Kontakte zur Stasi hätten keine Nachteile für Mitbrüder gehabt, gerät ins Wanken.

So behauptet Major Roßberg in einem Treffbericht vom 27. Juli 1979, der IM habe gemeinsam mit seinem Führungsoffizier Überlegungen angestellt und eigene Vorschläge unterbreitet, wie ein politisch mißliebiger Pastor durch kirchliche Maßregelung ausgeschaltet werden könne.

Stolpe und Roßberg sollen danach beratschlagt haben, wie der Pfarrer Johannes Meinel aus Grünheide, der sich für den Regimekritiker Robert Havemann engagiert hatte, kaltgestellt werden könnte. Stolpe soll, dem Treffbericht zufolge, Vorschläge gemacht haben, wie Meinel kirchenrechtlich belangt werden oder dazu gebracht werden könnte, von sich aus seine Wegversetzung aus dem märkischen Dorf zu beantragen.

„Strengster Quellenschutz ist unbedingt zu beachten", vermerkt der Führungsoffizier bei etlichen „Sekretär"-Berichten. Diese Vorsichtsmaßregel ergibt für die Gauck-Behörde „nur dann einen Sinn, wenn dem Informationsgeber eine Offenbarung seiner Kontakte zum MfS zum Nachteil gereichen würde".

„Was hatte die Staatssicherheit an Leuten wie mir?" fragte Stolpe in seinem im SPIEGEL veröffentlichten Bekenntnis seiner Stasi-Kontakte. Seine Einschätzung: „Neue Informationen bekam sie nicht. Aufträge konnte sie nicht erteilen. Vermutlich hoffte sie, Einfluß zu nehmen, wies hin auf unerwünschte Aktionen oder auch ‚staatsfeindliche Personen'."

Das Fazit des Gauck-Berichts lautet andersherum: Dank des Einsatzes von IM „Sekretär" war die HA XX/4 „über die Vorbereitung, den Verlauf und über die konkrete Beschlußfassung" der Synodaltagungen stets „präzise informiert". Mehr noch: „Das MfS gelangte in den Besitz der entscheidenden Dokumente und war so in der Lage, unverzüglich der damaligen Partei- und Staatsführung über den Inhalt von Synodaltagungen der Evangelischen Kirchen in der DDR zu berichten."

„Ich war zu ängstlich“

Der frühere DDR-Kirchenbundvorsitzende Bischof Werner Leich über Stasi, Stolpe und Kirche

Leich beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wir haben überhaupt kein Rezept“

SPIEGEL: Herr Bischof, Sie haben vor wenigen Tagen Ihre eigenen Stasi-Akten eingesehen. Wie geht es Ihnen?

LEICH: Ich war auf einiges gefaßt. Aber noch geht es mir gut, denn ich habe erst einen Teil meiner Akte gesehen.

SPIEGEL: Was steht denn drin?

LEICH: Die Akte enthält vor allem Berichte über die Versuche, mich als Inoffiziellen Mitarbeiter zu gewinnen. Sie enthält ganz genaue Angaben über meine Person und mein Umfeld und auch eine Beschreibung meiner Eigenschaften. Im wesentlichen geht es um Gespräche, die ein sogenannter Dr. Roßbach hier im Landeskirchenamt in Eisenach, immer unter Zeugen, mit mir geführt hat. Mittlerweile weiß ich, daß der Mann in Wahrheit Roßberg heißt und auch nicht Doktor ist . . .

SPIEGEL: . . . sondern stellvertretender Leiter der Abteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit war. Die war zuständig für die Zersetzung der Kirchen.

LEICH: Roßberg hat sich immer nur ungenau vorgestellt. Er brachte auch mal einen Kollegen mit, den er als seinen Mitarbeiter vorstellte; inzwischen weiß ich, das war der sogenannte Herr Wagner, der in Wirklichkeit Joachim Wiegand hieß und Chef der XX/4 war.

SPIEGEL: Haben Sie sich wiedererkannt in den Stasi-Akten?

LEICH: Ja und nein. „Raucht nicht, trinkt wenig, hat keine Unarten“, steht da. Aber auch: „Geizig, habgierig, arrogant, unsicher, vom Bischofsamt überfordert.“

SPIEGEL: Also taugen die Akten nichts? Alles Lüge?

LEICH: Das kann man so nicht sagen. Meine eigenen Protokollaufzeichnungen, die ich über jedes Gespräch mit der Stasi gemacht und an meine Behörde, das Landeskirchenamt, weitergegeben habe, decken sich mit den sogenannten Treff-Berichten des Herrn Roßberg weitgehend, was die Darstellung des Gesprächsverlaufs betrifft. Nur die Interpretation der Gespräche ist sehr unterschiedlich.

SPIEGEL: Das heißt, die Fakten in den Stasi-Akten stimmen?

LEICH: Ja. Man muß aber auch berücksichtigen, daß durch Interpretation Fakten verändert werden. Ich sehe aus den Akten vor allem, daß ich sehr stark getäuscht worden bin. Wir haben diese Gespräche, die ich wie schon mein Vorgänger immer zusammen mit einem Juristen meiner Landeskirche geführt habe, als dienstliche Gespräche aufgefaßt. Wir haben nie allgemein, sondern stets über bestimmte aktuelle Probleme gesprochen, zum Beispiel über Schwierigkeiten der Behörden mit einzelnen Pfarrern oder über Ausreisefälle. Der Herr Roßberg aber hat diese Gespräche als Treff-Berichte deklariert . . .

SPIEGEL: . . . in Stasi-Deutsch: Er wollte den Landesbischof Leich als Inoffiziellen Mitarbeiter, als IM, anwerben?

LEICH: So ist es.

SPIEGEL: Hat es Sie nicht stutzig gemacht, daß Roßberg eigens aus Berlin angereist kam, um mit Ihnen über lokale Belange zu reden? Das wäre doch Sache der örtlichen Stasi gewesen.

Werner Leich

war von 1986 bis Anfang 1990 Chef des evangelischen Kirchenbundes der DDR. Der Geistliche, seit 1978 Bischof der thüringischen Landeskirche, wurde Anfang 1986 als Nachfolger des sächsischen Landesbischofs Johannes Hempel zum Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR gewählt, des höchsten Gremiums des DDR-Kirchenbundes. Der diplomatisch-verbindliche Leich, 65, in den sechziger Jahren ein strikter Gegner der Trennung der west- und ostdeutschen Kirchen, setzte sich als Vorsitzender des Kirchenbundes zwar für den Dialog und gesellschaftliche Veränderungen in der DDR ein, blieb aber stets in kritischer Distanz auch zur kirchennahen ostdeutschen Opposition. Nach der Wende trat Leich als Vorsitzender des Kirchenbundes zurück, Anfang dieses Jahres schied er aus Altersgründen auch aus seinem Bischofsamt.

* Mit Redakteur Ulrich Schwarz und SPIEGEL-Mitarbeiter Peter Wensierski, während der Durchsicht seiner Stasi-Akten in seinem Eisenacher Haus.

LEICH: Es gab bei den Gesprächen zwischen Staat und Kirche eine Ebenen-Verteilung, Pfarrer wurden örtlich betreut, Superintendenten vom Kreis, ein Visitator vom Bezirk ...

SPIEGEL: ... Sie sind also als Bischof standesgemäß behandelt worden. Wo haben Sie die Herren Roßberg und Wiegand denn in Eisenach empfangen?

LEICH: Immer in meinem Dienstzimmer im Landeskirchenamt.

SPIEGEL: Ein etwas pikanter Anblick: die Herren vom Ministerium für Staatssicherheit, dem MfS, unter dem großen Kreuz in Ihrem Amtszimmer.

LEICH: Ich plazierte sie immer mit dem Rücken zum Kreuz.

SPIEGEL: Um die Atmosphäre zu lokkern?

LEICH: Die Gespräche waren für mich immer mit einem unangenehmen Gefühl verbunden wegen der Art, wie sie geführt wurden. Wir haben natürlich gemerkt, daß versucht wurde, Einfluß auszuüben und uns auszuhorchen. Aber eine Gefahr habe ich deshalb nie gesehen, weil ich die Gespräche immer protokolliert weitergegeben habe und weil dem MfS bekannt war, daß ich für unsere Pfarrer Regeln ausgegeben hatte, wie sie sich gegenüber der Staatssicherheit verhalten sollten.

SPIEGEL: Und wie hießen diese Regeln?

LEICH: Erstens: kein Gespräch unter vier Augen; zweitens: kein Gespräch an neutralem Ort; drittens: keine Schweigepflicht eingehen, sondern immer mitteilen, daß das Gespräch dem Bischof gemeldet wird.

SPIEGEL: Was wollten Sie mit Ihrer Stasi-Regel bewirken?

LEICH: Also zunächst einmal, daß es kein Mißtrauen gab in der kirchlichen Gemeinschaft, in der sich ein Mitarbeiter befand, nehmen wir als Beispiel den Pfarrkonvent. Wenn in einem Pfarrkonvent der Verdacht aufgekommen wäre, einer unter uns gäbe alles weiter an andere, wäre das Vertrauensverhältnis gestört gewesen. Wenn noch dazu jemand sich verpflichtet, über Gespräche, die er geführt hat, gegenüber den Mitbrüdern zu schweigen, dann wäre das ein Vertrauensbruch ersten Ranges. Das war mein wichtigstes Motiv. Wir waren darauf angewiesen, offen miteinander umzugehen und uns auch aufeinander verlassen zu können.

Stasi-Offizier Roßberg
„Immer nur ungenau vorgestellt"

SPIEGEL: Hatten Sie als Bischof Indizien dafür, daß die Stasi versuchte, kirchliche Mitarbeiter, Pfarrer vor allem, anzuwerben?

LEICH: Ich habe eine ganze Reihe Briefe bekommen, in denen mir das mitgeteilt wurde. In unseren Gesprächen mit Roßberg haben wir immer darauf hingewiesen, daß wir die Sache öffentlich machen werden, wenn die Werbeversuche nicht aufhörten. Damit hatten wir immer Erfolg, der Betreffende wurde in Ruhe gelassen.

SPIEGEL: Über welchen Zeitraum gingen Ihre Stasi-Kontakte?

LEICH: Von 1978 an, als ich Bischof wurde. Von 1986 an, als ich Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen und damit oberster Repräsentant des DDR-Kirchenbundes wurde, habe ich weitere Gespräche grundsätzlich abgelehnt.

SPIEGEL: Warum?

LEICH: Weil ich in Martin Ziegler, dem Leiter des Sekretariates im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, einen ganz zuverlässigen Mann hatte, der die Gespräche, wenn es nötig war, führen konnte.

SPIEGEL: Ziegler war Nachfolger ...

LEICH: ... von Manfred Stolpe, ja.

SPIEGEL: Und warum haben Sie die Gespräche nicht an Manfred Stolpe delegiert, der nicht nur Kirchenjurist, sondern damals auch Ihr Stellvertreter im Amt des Kirchenbundvorsitzenden war?

LEICH: Das wäre der unübliche Weg gewesen. Das machte der Amtsleiter.

SPIEGEL: Sind Roßberg oder Wiegand Ihnen gegenüber mal so plump vertraulich geworden, daß Sie den Eindruck hatten, jetzt macht er den unsittlichen Antrag?

LEICH: Nein, nie.

SPIEGEL: Aber Sie hatten bereits einen vorläufigen Decknamen – „Meister".

LEICH: Das habe ich erst bei der Akteneinsicht erfahren.

SPIEGEL: Wie erklären Sie es sich, daß die Werbung offenbar abgebrochen wurde?

Aktennotiz: Eisenach, den 8. September 1981

Am Montag, den 7. September, spricht nach Anmeldung Herr Dr. Roßbach vom MfS Berlin, Abteilung Kirchenfragen, zu einem Gespräch vor. Auf unserer Seite nehmen teil Oberkirchenrat Zilz und der Unterzeichnete. Roßbach bringt folgendes zur Sprache.
Die Frage der Räumung der von Kathrin Schilling seit 27. 2. 1981 illegal besetzten Wohnung ist von den zuständigen Polizeiorganen untersucht worden. Die Untersuchung wurde ausgelöst durch ein Gespräch zwischen Staatssekretär Gysi und Bischof Schönherr in Begleitung von Stolpe. Das Ergebnis der Untersuchung besagt, daß die Gedächtnisprotokolle und der einleitende Brief von Pfarrer Schilling als tendenziöse Berichterstattung anzusehen ist.
Roßbach führt aus, daß sich die Untersuchung auf den Vorgang der Wohnungsräumung am 11. 4. 1981 beschränkt habe und deutet an, daß bei

Hauptabteilung XX/4 Berlin, 16. 9. 1981

Quelle KP "Meister"
entg.: Major Roßberg

T r e f f b e r i c h t

1. Pfr. [redacted] Krs. Rudolstadt (Bez. Gera)

Die KP wurde ausführlich über das Ergebnis der durchgeführten Überprüfungen einer Beschwerde leitender kirchlicher Persönlichkeiten ([redacted] Leich) gegen Maßnahmen der Volkspolizei und des MfS informiert.

Der KP wurde erklärt, daß

Leich-Aktennotiz, Stasi-Treffbericht* (Ausrisse)
„Mit dem Rücken zum Kreuz"

Stasi-Offizier Wiegand
„Der sogenannte Herr Wagner"

* Über ein Gespräch zwischen Leich und MfS-Offizier Roßberg am 7. September 1981; KP steht für Kontaktperson.

LEICH: Meine Regel, nichts geheimzuhalten, hat das einfach unmöglich gemacht, denke ich.

SPIEGEL: Galt diese Regel für alle kirchlichen Mitarbeiter der thüringischen Kirche?

LEICH: Für alle.

SPIEGEL: Haben Sie diese goldene Regel erfunden, oder galt sie allgemein in den evangelischen Landeskirchen der DDR?

LEICH: In dieser strengen Form kenne ich diese Regel aus anderen Landeskirchen nicht. Aber ich gehe davon aus, daß meine Kollegen im Bischofsamt ähnlich reagiert haben.

SPIEGEL: Ihre eigene Umgebung war offenbar durchsetzt von Stasi-Mitarbeitern, die alles direkt weiterberichtet haben, was in Konventen und vertraulichen Sitzungen, die Sie mit Ihren Amtsbrüdern abgehalten haben, besprochen worden ist.

LEICH: Die Anzeichen deuten darauf hin, dem kann ich mich nicht verschließen, es tut mir auch weh. Aber ich weigere mich, solange es nicht wirklich bewiesen ist, Anschuldigungen zu erheben. Aus meinen Akten geht hervor, daß ein IM mit Decknamen „Gerstenberger" Berichte über den Landeskirchenrat an die Stasi in Gera weitergegeben hat, und zwar in Tonbandbesprechungen.

SPIEGEL: Wann ist denn für Sie jemand überführt? Haben Sie dafür auch eine Dreierregel?

LEICH: Wir haben in der thüringischen Kirche gesagt, eines von vier Kriterien muß erfüllt sein, um jemanden als überführt anzusehen. Erstens: regelmäßig geführte Gespräche mit Abgabe von mündlichen oder schriftlichen Berichten; zweitens: das Annehmen von Vergütungen materieller oder finanzieller Art; drittens: das Eingehen der Schweigepflicht, also Konspiration; viertens: die Unterschrift, die Verpflichtungserklärung.

SPIEGEL: Die gab es nach den Erkenntnissen der Gauck-Behörde bei IM im kirchlichen Bereich kaum.

LEICH: Die war sehr selten, ja.

SPIEGEL: Herr Bischof, nicht nur Laien im Kirchendienst haben sich mit der Stasi eingelassen, sondern auch Theologen und Geistliche haben für die Stasi gegen ihre eigene Kirche gearbeitet. Haben Sie für den Seitenwechsel von Pfarrern eine plausible Erklärung?

LEICH: Man kann sich das befriedigend überhaupt nicht erklären. Aber man kann nach Motiven suchen. Auffällig ist nach meinen Erfahrungen – ich weiß aber nicht, ob die repräsentativ sind –, daß die Anwerbung häufig bereits in der Studentenzeit erfolgt ist. Einige wenige haben sicher aus marxistischer Überzeugung in der Kirche Untergrundarbeit geleistet. In den meisten Fällen ist es aber wohl viel komplizierter. Viele Kirchen-IM haben sich selbst betrogen, sie haben sich vorgemacht, sie könnten auf diesem Wege Menschen helfen. Das ist natürlich eine maßlose Überschätzung gewesen.

Kirchenführer Leich, Stolpe, SED-Chef Honecker (r.) 1987
„Eine Art Grenzgängertyp"

SPIEGEL: Pfarrer, die für die Stasi arbeiteten, haben genau das Gegenteil getan: Sie haben Menschen verraten.

LEICH: Für mich ist wichtig, daß wir, wenn solche Verdächtigungen aufkommen, dem Betroffenen immer die Möglichkeit anbieten, sich dazu zu erklären. Wir haben dafür in der thüringischen Landeskirche einen sogenannten Überprüfungsausschuß eingerichtet. Dieser Ausschuß soll auch die Auskünfte bearbeiten, die wir hoffentlich bald von der Gauck-Behörde bekommen.

SPIEGEL: Herr Bischof, es gibt in der evangelischen Kirche, gestützt auf das Bibelwort „Alle Obrigkeit ist von Gott", eine verhängnisvolle Tradition, auch diktatorische Regime mit christlichem Gehorsam und kirchlichem Segen zu begleiten. Liegt nicht in dieser Tradition einer der Gründe für die Affinität mancher Hirten und Kirchenleiter zum SED-Regime und dessen Arm, der Stasi?

LEICH: Ich glaube nicht an diese Affinität, denn dazu muß man theologisch ziemlich ungebildet sein. Die Lehre von den beiden Regimenten, auf die spielen Sie an, steht ja unter der Überschrift „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen".

SPIEGEL: Viele Ihrer Vorgänger im Bischofsamt und in anderen leitenden Kirchenämtern sind sehr ungebildet gewesen: Etwa in Preußen, wo eine unheilige Allianz von Thron und Altar bestand; etwa im Dritten Reich, in dem es eine eigene evangelische Reichskirche und die sogenannten Deutschen Christen gab.

LEICH: Die weltliche Macht, die verantwortlich ist für die Ordnung und das Zusammenleben unter den Menschen, ist nicht abhängig von ihrer Bindung an Gott in der Zwei-Reiche-Lehre.

SPIEGEL: Diese Einstellung hat in der Geschichte dazu geführt, auch verbrecherische Regime noch als gottgewollt zu propagieren.

LEICH: Das gilt nicht für die Kirche der DDR. Die Theologie, die im Bund der Evangelischen Kirche prägend war, ist sehr von Dietrich Bonhoeffer beeinflußt gewesen. Der Theologe Bonhoeffer hat sich mit dieser Frage sehr intensiv auseinandergesetzt und auch persönliche Konsequenzen gezogen. Er hat sich gegen den NS-Staat gestellt und ist dafür von den Nazis umgebracht worden.

SPIEGEL: Aber die DDR-Kirche hat nicht gehandelt wie Bonhoeffer. Sie stand nicht im Widerstand gegen das SED-Regime.

LEICH: Man kann den Nationalsozialismus und das SED-Regime nicht vergleichen. Zumindest hat die evangelische Kirche bewußt versucht, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu behaupten.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrem Abschiedsbrief an die Gemeinden der thüringischen Kirche Anfang dieses Jahres geschrieben, in den Gesprächen mit dem Staat wollten Sie häufig Wege finden, durch Unrecht erzeugtes Leid wenigstens zu mildern. Aber es sei besonders schwierig gewesen, so schreiben Sie, Unrecht als Unrecht zu benennen. „Dabei verhielt ich mich", heißt es in Ihrem Brief, „viel zu ängstlich und rücksichtsvoll."

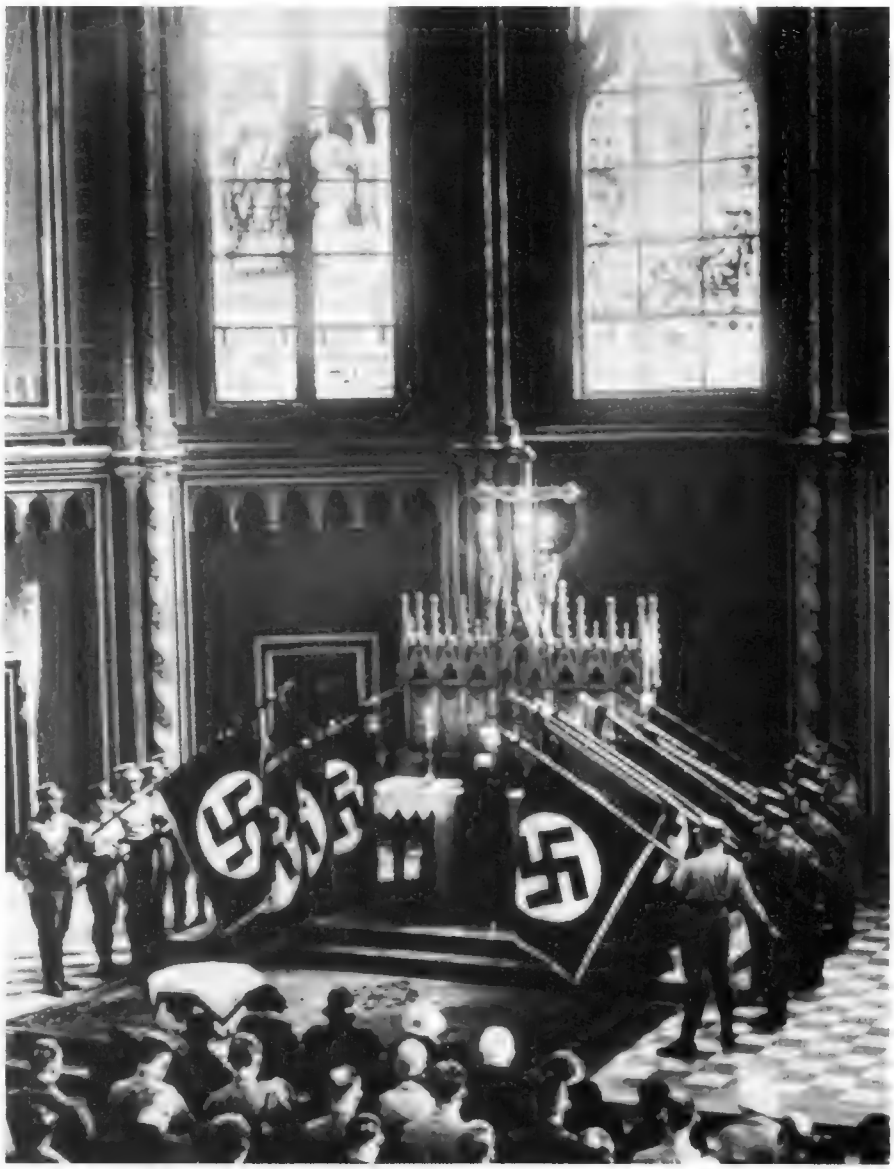
LEICH: Nach dem Abschluß politischer Entwicklungen ist man immer klüger. Ich habe bis etwa Ende 1988 nie damit gerechnet, daß es eine Verschiebung der Machtkonstellation Ost-West geben könnte, und noch weniger habe ich geglaubt, daß der Ostblock jemals die DDR entlassen könnte. In diesem Rahmen haben wir versucht – darüber kann man hinterher urteilen, wie man will –, für die Menschen, die in diesen Verhältnissen leben mußten, einzustehen und wenigstens kleine Besserungen herbeizuführen; wir waren die einzigen, die das aus einer bestimmten Unabhängigkeit tun konnten, das konnten andere nicht. Im übrigen hat die Kirche sehr wohl auch Kritik am Staat geübt. Es gab kaum eine Bundessynode, wo solche Kritik nicht geäußert worden ist.

SPIEGEL: Aber eingebettet in Loyalitätsbeteuerungen.

LEICH: Ja, Loyalität und Kritik, das war das Schema.

SPIEGEL: Aber bei Ihren Gesprächen mit der Stasi? Gab es eine Ebene, auf der sich Ihre Vorstellungen und die der Stasi-Leute getroffen haben?

LEICH: Ich hätte von denen nie Instruktionen angenommen. Aber es hat natürlich Fragen gegeben, in denen sich die Grundüberzeugungen, die ich hatte, zumindest als geeignet erwiesen haben für die Ziele, die der Staatssicherheitsdienst hatte. Ich will mal ein Beispiel nennen: Wir haben in der evangelischen Kirche ja immer hart gerungen um die Frage des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung. Die einen haben gesagt, das ist ein individuelles Recht. Jeder muß aufgrund seines Menschenrechts die Möglichkeit haben, den Wehrdienst zu verweigern. Dazu habe ich gehört. Die anderen haben gesagt, Krieg und Armeen müssen überhaupt abgeschafft werden in unserer hochgerüsteten Zeit. Deshalb ist es eigentlich eine kollektive Verpflichtung, Wehrdienst zu verneinen.



Evangelische Kirche in der NS-Zeit*: „Theologisch ziemlich ungebildet"

Die Betonung des individuellen Rechtes war natürlich dem Staat angenehmer als die grundsätzliche Verneinung – wobei allerdings die SED auch das individuelle Recht nicht gewähren wollte.

SPIEGEL: Trafen sich Stasi und viele Kirchenobere nicht auch im Konsens, bestimmte Konflikte in der ostdeutschen Gesellschaft nicht hochkochen zu lassen?

LEICH: Ich bin mir im nachhinein klar darüber, daß der Abbau von Konflikten im Grunde zwar den Menschen geholfen hat, aber eben auch dem Staat.

Im übrigen: Man muß doch auch einer Kirche zubilligen können, daß sie Erkenntnisse sammelt und daraus sich dann auch die Richtlinien ihres Handelns entwickeln. Das ist in den Jahren, in denen ich Vorsitzender des Kirchenbundes war, ganz deutlich so gewesen. Auf einer Bundessynode ist davon gesprochen worden, daß wir einen Sozialismus mit einem menschlichen Angesicht brauchen. Das hat Erich Honecker öffentlich angegriffen. Das war eine der Weichenstellungen, an denen uns deutlich geworden ist, daß wir nach außen hin kritischer und offener reden müssen.

SPIEGEL: Zumindest ein leitender Kirchenmann hat bis Ende 1989 ein ganz anderes Konzept verfolgt: Ihr Stellvertreter im Kirchenbund, Manfred Stolpe. Der Kirchenjurist Stolpe setzte auf Konspiration statt auf Offenheit, er hielt nichts von Ihrer goldenen Regel im Umgang mit der Stasi.

LEICH: Ich weiß nicht, ob er sich daran gehalten hat.

SPIEGEL: Haben Sie denn von Stolpes Kontakten zur Staatssicherheit gewußt?

LEICH: Nein, davon habe ich nichts gewußt. Ich wußte, daß er Gespräche geführt hat mit Mitgliedern des Politbüros

* SA-Gedenkgottesdienst in der neuen Garnisonskirche in Berlin 1934.

und auch des CDU-Hauptvorstandes. Davon hat er erzählt, auch um klarzumachen, mit welchen Entwicklungen wir zu rechnen hätten. Über die Gespräche mit dem Staat haben wir immer offen gesprochen.

SPIEGEL: Schwante Ihnen, daß Stolpe über seine Kontakte zur Staatsführung hinaus auch über andere glänzende Kontake verfügte?

LEICH: Nein, das habe ich nicht geahnt. Ich wußte, daß er Beziehungen hatte zum Politbüro, und das bedeutete uns sehr viel, denn dort war die Schaltzentrale. Ich bin auch heute noch davon überzeugt, daß Stolpe – selbst wenn es so sein sollte, daß es Kontakte gegeben hat, von denen wir nichts wußten – eine Art Grenzgängertyp war. Ich habe neulich einen Vergleich gehört, der hat mir sehr eingeleuchtet, und der lautet so: „Der Kanal ist verstopft, der Kanalarbeiter steigt runter, bringt alles in Ordnung, alle freuen sich. Aber als er dann oben unter den anderen steht, sagen die anderen: Du stinkst."

SPIEGEL: Stand Stolpe immer auf der richtigen Seite, auf der Seite der Kirche?

LEICH: Ich bin überzeugt davon, daß er es für die Kirche getan hat und daß er ganz auf unserer Seite stand. Er hat mir nie Anlaß gegeben, daran in irgendeiner Weise zu zweifeln.

SPIEGEL: Stolpe hat selber zugegeben, daß er Gespräche, auch in konspirativen Wohnungen unter vier Augen, mit der Stasi geführt hat. Sie haben vier Kriterien genannt, wann kirchliche Mitarbeiter Konsequenzen aus ihrem Verhalten gegenüber der Stasi ziehen müßten. Gegen zwei davon hat Stolpe nach eigenem Eingeständnis verstoßen.

LEICH: Es hat nach meiner Überzeugung immer Menschen gegeben, die in ungewöhnlichen Situationen ungewöhnlich handeln mußten, die entweder dran zerbrochen sind, die auch berühmt geworden sind dadurch, verachtet oder gelobt, je nachdem – nach meiner Überzeugung ist Stolpe so ein Mann für die Kirche der DDR gewesen.

SPIEGEL: Herr Bischof, die jetzt offenbar werdenden Verstrickungen mit der Stasi haben die evangelische Kirche in Ostdeutschland viel Vertrauen gekostet. Wie wollen Sie das zurückgewinnen?

LEICH: Wir haben überhaupt kein Rezept, um Vertrauen zurückzugewinnen. Wir können nur zweierlei machen: die belasteten kirchlichen Mitarbeiter auffordern, sich freiwillig zu stellen; und wir können den Weg gehen, den der gesamte Öffentliche Dienst auch geht, nämlich alle Kirchenleute überprüfen lassen und die Konsequenzen daraus ziehen. Einen dritten Weg gibt es nicht.

SPIEGEL: Herr Bischof, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Telekom

Weit zurück

Die Telekom hat die Entwicklung verschlafen, sie ist international kaum wettbewerbsfähig. Jetzt muß der Post-Ableger kräftig abspecken.

Die ganze Führungsmannschaft des Post-Ablegers Telekom war nach Berlin gereist, das machte die Kontrolleure des Bundesrechnungshofs mißtrauisch. Schließlich nächtigten die Beamten nicht in einem kargen Postwohnheim, sondern im feinen Hotel.

Es war kein Vergnügungstrip, der die 500 ranghöchsten Mitarbeiter der Telekom für zwei Tage zusammenführte. Hinter den verschlossenen Türen eines ehemaligen SED-Gebäudes im Osten der Stadt stimmte der Telekom-Vorstand seine Führungsmannschaft deutlich wie nie zuvor auf einen harten Sparkurs ein.

Zwei Jahre nach seinem Amtsantritt will Vorstandschef Helmut Ricke mit dem Schlendrian aufräumen, der sich in der Mammutbehörde eingenistet hat. Für die Telekom, prägte der ehemalige Loewe-Opta-Manager den leitenden Postbediensteten ein, werde kosten- und leistungsorientiertes Denken nun zur Überlebensfrage.

Die Zeit drängt. Der internationale Wettbewerb wird immer härter – und die Telekom, das belegt eine bislang unter Verschluß gehaltene Studie, ist auf die Konkurrenz nur unzureichend vorbereitet.

Allzu lange konnte das Monopol-Unternehmen den Markt ignorieren. Solange es regelmäßig Gewinne an die Regierung ablieferte, war der Postminister zufrieden.

Das änderte sich 1989. Christian Schwarz-Schilling, der zuständige Minister, teilte die Bundespost in drei juristisch selbständige Staatsunternehmen auf, die Telekom ist mit rund 50 Milliarden Mark Umsatz das größte.

Fortan sollten sich die Post-Ableger marktwirtschaftlich gebärden, ein bißchen jedenfalls. Doch noch immer sind die Gebühren politische Preise, noch immer gelten die Zwänge des Beamtenrechts, noch immer greift der Finanzminister dem Unternehmen in die Kasse, wenn er Geld braucht. Und er braucht oft Geld.

Die Reform war gutgemeint, aber sie bewirkte wenig. Die Telekom ist nach der japanischen NTT das weltweit zweitgrößte Dienstleistungs-Unternehmen der Branche, aber gemessen an seinen Leistungen liegt es weit zurück. Die Tarife, so Ricke, seien nicht am Markt orientiert, der Netzbetrieb sei zu teuer, die Produktivität der Mitarbeiter zu gering.

Nun will der Telekom-Chef nicht länger auf politische Vorgaben warten, er will die erheblichen Kostensenkungspotentiale ausschöpfen, die seine Mitarbeiter aufgespürt haben. Bis 1995 sollen zunächst die Netzkosten um elf Prozent gesenkt werden.

Das werden auch Zulieferer wie Siemens zu spüren bekommen, Telekom will künftig günstig auf dem Weltmarkt einkaufen. So lassen sich, meinen die Autoren der Studie, immerhin 25 Prozent der Anschaffungskosten für Investitionsgüter einsparen.

Postminister Schwarz-Schilling: Die Reform war gutgemeint, aber sie bewirkte wenig

Schwieriger wird es, die Personalkosten ebenfalls um ein Viertel zu drükken. Da die meisten Telekom-Mitarbeiter Beamtenstatus haben, sind Entlassungen kaum möglich.

Aber mit dem ruhigen Beamtenleben wird es wohl bald vorbei sein. Nicht wenige Telekom-Bedienstete müssen damit rechnen, an anderen Stellen im Unternehmen eingesetzt zu werden.

Zudem wird sich die Zahl der Neueinstellungen drastisch reduzieren. Mit den jetzt 232 000 Telekom-Beschäftigten will Ricke bis zum Ende des Jahrzehnts auskommen und gleichzeitig den Umsatz auf rund 80 Milliarden Mark verdoppeln.

Der Markt ist gewaltig. Seit der Telefonverkehr weltweit liberalisiert wurde, hat das Geschäft einen beachtlichen Aufschwung genommen. Inzwischen gilt die Telekommunikation als die Branche mit den besten Wachstumsaussichten aller Industriezweige.

Bereits im vergangenen Jahr wurden weltweit etwa 275 Milliarden Dollar für Telekommunikationsdienste ausgegeben, weitere 130 Milliarden Dollar kassierten die Hersteller von Telefonen, Funk- und Faxgeräten sowie anderem Zubehör. Bis 1995 soll der Gesamtumsatz der Branche auf fast 600 Milliarden Dollar steigen. Etwa ein Zehntel davon wird auf den deutschen Markt entfallen.

Auf absehbare Zeit werden zwar die Gebühren im konventionellen drahtgebundenen Telefonverkehr die Haupteinnahmequelle bleiben, in diesem Geschäft hat die Telekom nach wie vor ein Monopol.

Aber andere Geschäftszweige, etwa der Mobilfunk, die Datenkommunikation oder der Verkauf von Telefongeräten, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Und da muß sich die Post-Firma mit in- und ausländischen Konkurrenten messen.

Schon jetzt sind ausländische Fernsprechkonzerne wie AT&T, British Telecom oder US-Sprint dabei, in Deutschland flächendeckende Datennetze aufzubauen, über die Unternehmen die Datenströme ihrer Computer austauschen können. British Telecom zum Beispiel geht mit mehr als hundert Vertriebsbeauftragten bei den Großunternehmen der deutschen Industrie gezielt auf Kundenfang.

Telefon-Angebot im Handel: Der Markt ist gewaltig

„Unsere Kunden", sagt Telekom-Vorstand Carl-Friedrich Meißner, „lösen sich aus der früheren Zwangsbeziehung zur Post und saugen begierig die Mitbewerberangebote auf." Experten rechnen damit, daß der Wettbewerb um die Datennetze schon in zwei bis drei Jahren voll entbrannt sein wird.

Der Kampf um die Großkunden ist für die Telekom entscheidend. Bei ihren vier Millionen gewerblichen Kunden kassiert sie fast genausoviel Gebühren wie bei ihren 28 Millionen Privatkunden.

Die ausländischen Telefonfirmen sind für den Wettbewerb weit besser gerüstet; sie haben viel früher begonnen, ihre Produktivität zu steigern.

So reduzierte AT&T, die größte Telefongesellschaft in den USA, in den achtziger Jahren die Belegschaft um 91 000 Mitarbeiter. Bei dem ehemals staatlichen Telefonriesen NTT wurden in Japan innerhalb von fünf Jahren 55 000 Stellen gestrichen.

Die Fortschritte der Telekom-Konkurrenten kamen den Kunden zugute. Die Telefongebühren sind wesentlich niedriger als in Deutschland, das Angebot an Telefon- und Ansagediensten ist weitaus größer.

Erstaunlicherweise wuchs zumeist auch die Zufriedenheit der Kunden. Trotz verringerter Belegschaft hat sich der Service nicht verschlechtert. Die Telekom-Manager stufen ihre straff organisierten Hauptkonkurrenten AT&T sowie British Telecom sogar als besonders kundenfreundlich ein.

Das breite Angebot und der bessere Service sind die Folge starker Verbesserungen in der Telefontechnik. Doch gerade da ist die Post-Tochter, die jahrzehntelang auf die besondere Qualität des deutschen Telefonnetzes verwies, in den achtziger Jahren gewaltig ins Hintertreffen geraten. Bei der Ausstattung mit digitaler Vermittlungstechnik, durch die viele Dienstleistungsangebote erst möglich werden, liegen die Deutschen im internationalen Vergleich inzwischen an letzter Stelle.

Gerade einmal zehn Prozent der deutschen Vermittlungsstellen arbeiten mit digitaler Technik. Die Folge: Moderner Telefonkomfort, wie er in anderen Ländern längst üblich ist, läßt hierzulande weiter auf sich warten.

Die Post will ihre Kunden jetzt mit neuen Auskunfts- und Ansagediensten locken. Im internationalen Vergleich nämlich sind die Deutschen, kein Wunder bei dem mageren Angebot, ausgesprochene Telefonmuffel.

Es muß etwas geschehen, das haben die Postler inzwischen erkannt. „Entweder wir passen uns selbst an", mahnt Telekom-Organisationschef Horst Gellert seine Mitarbeiter, „oder wir werden durch die Marktkräfte zwangsweise angepaßt, wenn wir Kunden verlieren."

Telekom-Chef Ricke
Kostendenken als Überlebensfrage

„Der Wind weht von vorn“

Ein schwarzer Frühling für die etablierten Bonner Parteien – enttäuschte Wähler lassen sie im Stich. Koalition und Opposition müssen sich zu unpopulären Entscheidungen zusammenfinden. Sie müssen die Rechten niederhalten und nach einem Votum der Karlsruher Verfassungsrichter endlich ihre Finanzen reformieren.

Weit ist es mit dem Kanzler der Einheit gekommen. Im Bundesvorstand der CDU sah er sich am Tag nach dem Desaster von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein dazu veranlaßt, seine Rede zur Lage mit einer schieren Selbstverständlichkeit zu krönen: „Ich will 1994 noch mal in die Schlacht ziehen.“

Kein Beifall.

Helmut Kohl waren beunruhigende Gerüchte zu Ohren gekommen: Er habe keine Lust mehr, wolle an einem Tag X des Jahres 1993 zurücktreten, sein Bild in den Geschichtsbüchern nicht noch weiter trüben lassen. Derlei Geraune wollte Kohl abtun – und neuem Gemunkel vorbeugen, das wieder in eine Diskussion über seine Führung münden könnte.

Ist nun sogar ein Erfolg bei der nächsten Bundestagswahl in Gefahr? Es spricht einiges dafür, daß sich die Ergebnisse von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wiederholen könnten – bei mancher der insgesamt 19 Wahlen des Jahres 1994, von Kommunalvertretungen bis zum Europaparlament. Im ZDF-Politbarometer rutschte die Union im April um drei Punkte auf nur noch 39 Prozent.

Daß es diesmal schlimm werden würde, war Kohl und seinen Beratern nicht verborgen geblieben. Es kam noch schlimmer als geahnt.

An jenem schwarzen Sonntag für die Bonner Alt-Parteien verlor die CDU ihre letzte absolute Mehrheit im Westen. Sie sackte in Stuttgart um 9,4 auf 39,6 Prozent ab; im Kieler Parlament erholte sie sich mit 33,8 Prozent nicht vom Tiefstand der Barschel-Krise (33,3 Prozent). In beiden Parlamenten erhielt die CDU bedrohliche Konkurrenz am rechten Rand – 10,9 Prozent gaben für die Republikaner im Südwesten, 6,3 Prozent für die Deutsche Volksunion im Norden.

Wahlverlierer Kohl: „Wir müssen uns gewaltig anstrengen“

Die Freidemokraten (Stuttgart: 5,9 Prozent, Kiel: 5,6 Prozent) werden als Mehrheitsbeschaffer nicht gebraucht. CDU-Ministerpräsident Erwin Teufel muß sich mit den Grünen (9,5 Prozent) oder der SPD verbünden, will er weiter regieren.

Die Sozialdemokraten versagten als Alternative für unzufriedene CDU-Wähler. In Baden-Württemberg rutschten sie gar um 2,6 Prozentpunkte auf 29,4 Prozent ab, in Schleswig-Holstein verlor die Partei 8,6 Punkte. Dort hielt sie ihre absolute Mehrheit mit 46,2 Prozent nur, weil die Grünen um 397 Stimmen die 5 Prozent verfehlten.

Bestürzend für die Traditionsparteien auch das Protestpotential der Nichtwähler, die in Baden-Württemberg mit 2 126 000 die stärkste, in Schleswig-Holstein mit 589 000 Wahlenthaltungen die zweitstärkste Gruppe stellten (siehe Seite 39).

Panik machte sich breit – um so mehr, als die Alt-Parteien nicht nur vom Wähler, sondern auch vom höchsten deutschen Gericht eine schwere Rüge erhielten. Der Souverän erteilte ihnen die Quittung für Unfähigkeit und Arroganz – das Bundesverfassungsgericht stellte ihre Raffgier und Selbstherrlichkeit bloß (siehe Seite 35).

Das Gericht verwarf die 1988 ausgetüftelte Parteienfinanzierung aus Steuergeldern als verfassungswidrig. Vier Milliarden Mark während einer vierjährigen Legisla-

Arbeitnehmerprotest gegen Kanzler Kohl (in Potsdam): Kampf um jeden Pfennig Lohnaufschlag

turperiode hatten sich die Parteien von den Staatskonten gegönnt.

Bezeichnend für die Mentalität ist, daß Justizminister Klaus Kinkel die Bitte der Karlsruher Richter um Stellungnahme der Regierung zur Klage der Grünen ablehnte, „weil uns das Gesetz nicht behagte". Er hätte sonst die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen ein Gesetz darlegen müssen, das die Alt-Fraktionen dem Bundestag vorgelegt und verabschiedet hatten.

In der Kanzler-Partei herrscht eine „Mischung aus Hilflosigkeit und Nachdenklichkeit", gibt ein CDU-Oberer zu erkennen. Kohl bedrückt vor allem das Aufkommen der Rechten: „Ich befürchte großen Schaden im Ausland für das deutsche Ansehen." Auch wenn sich in Frankreich und Italien ebenfalls Rechtsradikale breitmachten – die Deutschen würden wegen ihrer Vergangenheit anders beurteilt.

Kohl muß die Rechte fürchten, weil sie bei der nächsten Bundestagswahl seine Mehrheit bedroht (siehe Seiten 62, 68). Regierungsfähig könnte die Union dann nur noch dank der Sozialdemokraten sein – eine Koalition der Verlierer, wie sie CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble jetzt schon in Baden-Württemberg als das „Wahrscheinliche" kommen sieht, obwohl die Landespartei urplötzlich schwarz-grüne Gedankenspiele hegt.

Vor Mitarbeitern hat Kohl schon vor Wochen vorausgesagt, er gehe von einer „Wende hin zum Konservativen im vereinten Deutschland" aus, insbesondere auch bei jüngeren Leuten. Diese Entwicklung gebe es bereits in den USA; sie werde, mit Zeitverzug, auch hierzulande einsetzen. Alle Überlegungen, das CDU-Programm hin zur linken Mitte zu öffnen, seien folglich nicht zeitgemäß.

Bestätigt sich der Aufwärtstrend der Rechtsradikalen, rechnet Kohl mit dem Wiederaufflammen der Diskussion um die bundesweite Ausdehnung der CSU. Peter Gauweilers Zeit kann noch kommen. Wen sonst hätte die Waigel-Partei, um deutschnationalen Rattenfängern das Handwerk zu legen? Die CDU ist nach wie vor entschlossen, sich dann nach Bayern auszudehnen.

Kohl gesteht gegen seine Gewohnheit sogar eigenes Versagen ein. Die Wahlergebnisse spiegelten den Vorwurf der Bürger an die Politiker wider, keine Lösung für überfällige Probleme zu haben. Die C-Parteien stünden vor großen Kraftanstrengungen – „der Wind weht jetzt von vorn".

Der Kanzler verspricht, von nun an werde gehandelt. Er will den starken Mann herauskehren. Im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes riskiert er Streik, weil er glaubt, der Zorn der Bürger werde sich gegen die Müllmänner im Ausstand richten (siehe Seite 130).

Kohl hält noch immer nichts vom Ratschlag seiner Kritiker, die Regierung müsse den Wählern nur die Wahrheit sagen, dann würden sie schon willig Lasten tragen: „Wer behauptet, man kann den Deutschen Opfer abverlangen, der kann an diesen Wahlen ablesen, daß dies eine Fama ist."

Verstärkt worden sei die neue Aversion gegen die Politik durch ein allgemeines Madigmachen der Parteien, meint Kohl. Dazu hätten auch Leute wie der Sozialdemokrat Hans Apel mit der öffentlichen Behauptung beigetragen, die Bonner Politiker verdienten zuviel und arbeiteten zuwenig.

Auch etliche Chef-Manager beklagen den Mangel an Sachverstand und Risikobereitschaft in Kohls Kabinett – ein wesentlicher Grund, warum es mit dem Aufbau im Osten nicht vorangehe. Hans Peter Stihl, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, gab letzten Dienstag die in der Unternehmerkaste weitverbreitete Meinung wieder: Die etablierten Parteien sollten „endlich aufhören mit dem Gelabere".

Daß die „Politikverdrossenheit noch zunimmt", erwartet FDP-Guru Hans-

Des Kanzlers Wunderhorn

RUDOLF AUGSTEIN

Wer uns, wie geschehen, nach den Landtagswahlen in Kiel und Stuttgart an das Jahr 1933 und an Adolf Hitler erinnert, ist entweder gedankenlos oder berechnend. Hitler war eine negative Jahrhundert-Figur, ein „Hanswurst im Furchtbaren". Unsere rechtsradikalen Populisten Frey und Schönhuber hingegen reichen noch nicht einmal an den Franzosen Le Pen heran, der folgerichtig mehr Stimmen einfährt.

Den Anfängen sollte man wehren? Sicherlich, aber nicht durch Gerede. Die Parteien müssen lernen, daß sie durch ihren unheiligen Egoismus viel Vertrauen verspielt haben. Sie haben ihr Monopol mißbraucht, wie das Bundesverfassungsgericht ihnen – weise *nach* den Wahlen – in einem vernichtenden Urteil bescheinigt hat. Der großmächtige Herr Kohl kann seine Partei, aber nicht den Staat regieren.

Nicht jeder, der vor Fremden Angst hat, ist ein Rassist. Nicht jeder, der die etablierten Parteien diesmal abstrafen wollte, hat mit Hitler etwas am Hut.

Etwas anderes empört die Wähler, daß man nämlich den „kleinen Leuten", also der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, stiekum Mark für Mark aus der Tasche zieht. Da sie aber rechnen können, bleibt ihnen der Zugriff nicht verborgen. Und zudem wissen sie, daß „die da oben" die Abstriche tatsächlich nicht spüren.

Warum kann dieser Staat, wenn es um die Alimentierung der Parteien geht, nichts als schummeln? Warum kann er kein Konzept für die Ausländerfrage erarbeiten? Das liegt nicht allein an Kohl und seiner CDU, nicht allein an der biestigen CSU. SPD und Liberale sitzen mit im Boot, sogar die Grünen und die vollmundigen Gewerkschaften.

Warum kann Bundesfinanzminister Theo Waigel kein halbwegs seriöses oder auch nur solides Finanzprogramm vorlegen? Entweder weil er keins hat, oder weil er die Bürger nicht erschrecken will. Dann doch lieber dem Papst in Sachen Abtreibung nach dem Munde reden.

Wie viele Regionalstaaten – als nächstes die Slowakei, dann Mazedonien, Schottland vorerst nicht – will Hans-Dietrich Genscher noch gründen, damit Bonn den Newcomern Hilfe versprechen kann? Er jedenfalls wird das an seinem bescheidenen Geldbeutel nicht verspüren. Es ist doch merkwürdig, daß diese populärste aller politischen Personen Bonns kaum noch als Wählermagnet gelten kann.

Sie ahnen es, die guten und nicht privilegierten Leute, daß Protest bei Wahlen ihre letzte und einzige Waffe ist; sie ahnen, daß sie und ihre Kinder auch in Maastricht wieder übers Ohr gehauen wurden.

Es gehört kein wirtschaftlicher Sachverstand dazu, um zu wissen, daß der „Kohäsionsfonds" zur Förderung von Umweltschutz und Infrastruktur, auf dem Spanien bestand, nie hätte akzeptiert werden dürfen. Er zwingt das Euro-Gebilde geradezu auf die schiefe Bahn. „Industriepolitik" in Frankreich, das heißt Subventionen für ein neues Disneyland zu Füßen des Eiffelturms.

Ja, die Leute ahnen, daß Länder wie Griechenland und Italien, kaum noch regierbar, aus „politischen" Gründen abendländischer Kultur ihre Eintrittskarte schon in der Tasche haben und nie wieder hinausgeschmissen werden können, egal, was der Buchstabe von Maastricht besagt. Sie ahnen ebenso, warum Kohl, der ja nicht gegenüber allen Nachbarn immer ein „guter Europäer" war, sich gerade bei den Franzosen als solcher profilieren wollte.

Warum? Weil die Vorherrschaft Frankreichs im westlich-kontinentalen Europa seit dem Fall der Mauer nicht mehr besteht. Das mag für die in Paris herrschende Schicht bitter sein, für die Franzosen als solche besagt es gar nichts. Stammtische gibt es auch in Marseille, und neuerdings wissen wir aus den berufensten Spalten der Nation, der *Frankfurter Allgemeinen*, daß Stammtische reale „Kommunikationszentren" sind – Stammtische, nicht Stimmtische.

Aber wahr ist ja, daß unter diesem Kanzler in der Währungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik nur gewurstelt wird. Auch das merken die Leute. Wohl ist die Angst um „unsere D-Mark" geschürt worden. Aber warum? Weil die führenden Politiker, alle keine Wirtschaftler, Maastricht ohne Kompetenz beschlossen und Einwände gar nicht erst zugelassen haben. Die Federführung wurde einem beamteten Staatssekretär, dem Dr. rer. pol. Horst Köhler, überlassen, einem überzeugenden Überzeugungstäter. Und die Opposition? Personalgezänk.

So mag es denn stimmen, daß etliche Sachverständige mit verschiedenen, teils einander widersprechenden Gründen gegen Maastricht auftreten. Aber ebenso richtig ist, was Hans D. Barbier, der Sachverständige der *Frankfurter Allgemeinen*, feststellt:

> Mit Argumenten, die nichts Nationalistisches an sich haben, hat der gesamte ökonomische Sachverstand (der Deutschen) vor den Beschlüssen von Maastricht gewarnt.

Theo Sommer, künftig Mitherausgeber der *Zeit*, hat die bei ihm bekannte Methode gewählt, sich mit Maastricht auseinanderzusetzen, wie ihm das schon im Vietnamkrieg und bei der deutschen Einheit so trefflich gelungen ist, in einem Nebensatz sozusagen. Er schreibt:

> Gegen die unheilige Allianz von Neonationalisten, die sich von Rudolf Augstein über *Bild* und die *FAZ* bis hin zu den Republikanern erstreckt, ist mit schwächlichen Presseverlautbarungen und gestanzten Floskeln nicht anzukommen.

Nun hat Ted Sommer sogar von seinen ärgsten Feinden (hat er überhaupt welche?) nie zu hören bekommen, ihm sei ein origineller Gedanke unterlaufen. Man kennt kein Problem, das er nicht kraft seiner berühmten Überschriften gelöst hätte.

Notfalls bedient er sich der Schlagetot-Methode. Was hat die *FAZ*, was habe ich mit Frey und Schönhuber zu tun? Karl Schiller darf er nicht nennen, sonst müßte er auch auf seinen Mitherausgeber Helmut Schmidt zu sprechen kommen. Im übrigen, was ist der Unterschied zwischen einem Neonationalisten, für den er mich ausschreit, und den Altnationalisten namens Mitterrand und Thatcher?

Maastricht kein Problem also? Es war ja die Tinte gerade erst trocken, da verlangten Spanien, Portugal und Griechenland, der „Kohäsionsfonds" dürfe auf die ohnehin bis 1997 zu verdoppelnden Strukturhilfen für die Empfängerländer nicht angerechnet werden, sonst wäre es ja nichts Besonderes. Keines dieser Länder will sich an den schon beschlossenen sechs Milliarden D-Mark Strukturhilfe für Ostdeutschland beteiligen.

Weiter so? Nur weiter so. Es soll sich dann bei der nächsten Wahl aber keiner mehr wundern.

Dietrich Genscher. Es ist ja auch kein Wunder: Kohls Regierung hat die Ängste der Bürger sträflich mißachtet. Die fühlen sich nicht ernst genommen mit ihren Sorgen um Wohnung, Arbeitsplatz und Geldwert. Im Bonner Parlament finden die Unzufriedenen keine Sachwalter ihrer Nöte.

Die SPD fällt weitgehend aus, sie schwankt zwischen Kooperation und Konfrontation. Über den Bundesrat regieren die Sozialdemokraten mit – im Bundestag sind sie halb Regierung im Wartestand, wie Hans-Ulrich Klose es gern sieht, und halb Opposition, was Oskar Lafontaine bevorzugt.

Parteichef Björn Engholm verkneift sich die Festlegung, welchen Kurs die SPD nun steuern soll. Seine Einsichten über das „Grundübel Unwahrhaftigkeit", über die „gelbe Karte für die Politik der demokratischen Parteien schlechthin" und seine Suche nach „erneuerten Parteien" verraten bloß Unsicherheit.

Mit Einladungen „an einen Runden Tisch der Vernunft" verspricht er denen eine Zukunft, die den freudlosen Job als Oppositionsabgeordnete leid sind und danach lechzen, endlich wieder mitregieren zu dürfen, sogar unter einem Kanzler Kohl.

Sein Vize Oskar Lafontaine sieht jetzt die Stunde seiner Rehabilitation gekommen. In den nächsten Wochen will der Saarländer Kohl vorführen als Kanzler, der 1990 durch „Täuschung" des Wählers über die wahren Kosten der Einheit an die Macht gekommen ist (siehe SPIEGEL-Interview Seite 31). Lafontaine über den Einheitskanzler: „Der muß jetzt runter von dem Sockel."

Fraktionschef Klose soll im Bonner Alltag die Strategie der Opposition vertreten. Er bleibt bei der sanften Tour. Im Präsidium folgte er den Parolen Lafontaines meist schweigend, immer qualmend. „Sonthofen ist mit der SPD nicht zu machen", so Klose später – im Gedenken an die These von Franz Josef Strauß in seiner berüchtigten Sonthofener Rede, es müsse alles noch viel schlimmer kommen im Lande zum Nutzen der Opposition.

Die bleibende Unentschiedenheit der Sozialdemokraten ist für Kanzler Kohl hilfreich. Er gedenkt sie zu nutzen. Gemeinsam mit Unionsfraktionschef Schäuble will er sich fallweise mit Klose verständigen. Die sozialdemokratischen Länder-Ministerpräsidenten will er nach bewährtem Muster aus der SPD-Front brechen: durch gezielte Lockangebote aus der Bundeskasse, wie im Streit um die Mehrwertsteuer. „Wir müssen uns gewaltig anstrengen", lautete Kohls Aufforderung im Kabinett. Und auch Schäuble weiß, wie dem „Protest und der Verunsicherung der Bürger" am besten zu begegnen ist: durch „rasche, klare Entscheidungen".

Handlungsfähigkeit ist gefragt – diese Lehre aus den Wahlen ist immerhin verstanden worden.

Allerdings nur in der Theorie. Nichts von alledem, was an Vorschlägen seit dem Wahl-Desaster kursiert, läßt den Willen zu entschlossenem Handeln erkennen. Immer noch werden unangenehme Wahrheiten geschönt, immer noch Scheinlösungen zu Patentrezepten erhoben. Immer noch läuft das abstoßende Ritual gegenseitiger Schuldzuweisungen. Was bisher am Widerstand des Koalitionspartners oder an der Zustimmung der Opposition scheiterte, das soll plötzlich lösbar sein. Nach Ostern, vor der Sommerpause, heißt das Versprechen, wird alles klargezogen.

Zweifel an der neuen Ehrlichkeit sind erlaubt, Gerda Hasselfeldt kann's bestätigen.

Schon im November erhielt die Gesundheitsministerin eine Expertise zur Reform des Gesundheitswesens. Vor den Landtagswahlen mochte die Unionsführung die Ministerin mit einer Schröpfkur nicht an die Öffentlichkeit lassen; sie sollte nach der Wahl ihren traurigen Auftritt haben.

Vorigen Dienstag aber wurde die CSU-Kabinettsfrau wieder zurückgepfiffen. Nach dem schwarzen Sonntag, entschied Kanzler Helmut Kohl, dürfe die Regierung das deutsche Volk erst recht nicht mit der Ankündigung neuer Lasten erschrecken.

Schweigegebot auch für FDP-Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann: Dem Liberalen ist es bis auf weiteres untersagt, seine Vorstellungen über einen Sozialabbau öffentlich zur Debatte zu stellen.

Erst müsse ein Gesamtkonzept her, verlangte der Kanzler. In der Koalition, in Gesprächen mit Ländern und Gemeinden soll dann entschieden werden, was bislang als unlösbar vertagt wurde:

- ▷ Wie können Normalverdiener und Kinderreiche angemessen mit Wohnraum versorgt werden?

„Moment mal, standen da nicht grad' noch unsere Wählerstimmen?" tz, München

- ▷ Wie ist die Pflegeversicherung zu finanzieren, wie die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 sozial zu flankieren?
- ▷ Was ist zu tun gegen die Arbeitslosigkeit und für einen Aufschwung in den neuen Ländern?
- ▷ Wie sind – dies vor allem – die Staatsfinanzen zu sanieren ?

„Wir brauchen Gesamtüberlegungen darüber", verpackte Kohl die neue Botschaft in altgewohnten Leerformeln, „wie wir die finanziellen Notwendigkeiten bewältigen können." Und: „Wir kommen nicht umhin, hierbei Prioritäten zu setzen."

Zum erstenmal in seiner Amtszeit sieht sich der Kanzler gezwungen, gemeinsame Sache mit den Sozialdemokraten zu machen. Und die Sozialdemokraten gehen offenbar darauf ein. Sie

Abtreibungsregelung (Demonstration in Karlsruhe)

Arbeitslosigkeit (Arbeitsamt Oranienburg)

Alten- und Krankenpflege

Von der Regierung nicht gelöste Probleme: „Prioritäten setzen"

sind, versprach Engholm zur Freude Kohls, zu einer gemeinsamen Politik von „Schweiß und Tränen" durchaus bereit.

In Wirklichkeit sind große Erwartungen nicht angebracht. Das Versprechen, den Berg wirtschaftlicher und sozialer Probleme im gemeinsamen nationalen Kraftakt zu lösen, ist nicht einzulösen. Die Gemeinsamkeit endet schnell, wenn abstrakten Bekenntnissen Taten folgen sollen.

In der Koalition blockieren sich mal CSU und FDP, mal CDU-Mittelstand und -Sozialausschüsse. Und zwischen den Lösungsmodellen von Regierung und Opposition liegen Welten. Definitiv schlossen CDU-Kohl, CSU-Chef Theo Waigel und FDP-Graf Otto Lambsdorff höhere Steuern und Abgaben aus. Für die Sozialdemokraten dagegen sind Ergänzungs- und Arbeitsmarktabgaben unabdingbare Bestandteile eines Wirtschafts- und Sozialpakts.

Und bevor sich die Sozialdemokraten in die Gemeinhaftung nehmen lassen, verlangen sie – Schlagwort „Kassensturz" – Kohls öffentlichen Offenbarungseid. Am lautesten ruft Lafontaine.

Kohls Bereitschaft zu Schuldbekenntnissen ist freilich nicht ausgeprägt genug, um auf dieser Basis mit der Opposition zu kooperieren. Fehlentwicklungen schreibt der Einheitskanzler vorzugsweise den Umständen zu. Meist waren sie in seiner Sicht unausweichlich, zumindest nicht zu erkennen. Das gilt für die Schuldenrekorde des Bundeshaushalts wie für die Wohnungsnot.

Sie verzweifele bald, klagte die fürs Wohnen zuständige Ressortchefin Irmgard Schwaetzer letzte Woche vor Vertrauten; ihre Parteifreunde blockierten alles, was sie vorschlage. Ihr neuester Antrag, die Grenze für eine zulässige Mieterhöhung von 30 auf 20 Prozent binnen drei Jahren zu kappen, finde zwar bei den Sozialdemokraten, nicht aber bei der FDP eine Mehrheit.

Koalitionsintern, ehe ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten gesucht werden könnte, wird auch die versprochene Pflegeversicherung blockiert; die liberalen Marktwirtschaftler wollen das Risiko, im Alter auf Pflege und Versorgung angewiesen zu sein, über Privatpolicen auffangen, die Unionsgewerkschafter dagegen im Solidarsystem.

Zwar hätte CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm womöglich die Unterstützung der SPD für sein Sozialkassenmodell. Doch fänden sich die Liberalen kaum mit dieser koalitionsübergreifenden Mehrheit ab. Zudem müßte Blüm noch eine Kleinigkeit nachliefern – eine allseits akzeptable Finanzierung seines Vorschlags.

Um die Beitragszahler nicht zusätzlich zu belasten, will der Arbeitsminister Milliarden in anderen Bereichen des Gesundheitssystems einsparen. Doch just an denselben Stellen will schon die Kollegin vom Gesundheitsressort zulangen, um weitere Kostenexplosionen im Krankenkassensystem zu verhindern.

Alle sehen es ja genauso: Um sinnvolle oder unabweisbare neue Aufgaben zu

finanzieren und neue Schulden oder höhere Steuern zu vermeiden, sind dicke Abstriche an den heutigen Staatsaktivitäten nötig. Jeder hätte den Rotstift allerdings gern an anderer Rubrik angesetzt.

Beispielhaft ist die Kontroverse um den Jäger 90 und andere High-Tech-Renommierprojekte. Der überflüssige Flieger wird – beginnend 1993 – bis zum Jahr 2005 über 12,5 Milliarden Mark kosten. Selbst in äußerster Finanznot schafft es die Regierung nicht, ein derart unsinniges Vorhaben zu stoppen. Jürgen Möllemanns Luftfahrt-Lobbyist Erich Riedl, eigentlich Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, drohte mit dem Verlust von 6000 Arbeitsplätzen.

Die Lobby macht – Einheit hin oder her – weiter wie gewohnt. Die Politiker, im Geflecht von Geschäft und Gegengeschäft verfangen, sind zu wirksamem Widerstand zu schwach.

Nicht einmal ein Verzicht auf zusätzliche Milliarden-Ausgaben für Olympiaden, Expo 2000 oder den Umzug nach Berlin ist bisher verkündet. Im Gegenteil: Die Vertreter von Partikular-Interessen kämpfen zäh um jeden Pfennig. Und selbst die Beamten-Organisationen fordern, zu allem entschlossen, Lohnaufschläge für ihre Klientel – als gäbe es noch viel zu verteilen.

Nachdenkliches ist bisher allenfalls von den Liberalen in Kohls Kabinett zu vernehmen.

„Das kann noch dramatisch werden", warnt die stellvertretende Parteivorsitzende Schwaetzer, „wenn das Hinhalten, das Rumreden und Taktieren so weitergehen."

Justizminister Kinkel findet, „statt Sprechblasen" müsse „den Leuten auch gesagt werden, was nicht geht".

Die Aussicht ist minimal. Ihr Leben lang hat die politische Führungscrew des Landes den Wettbewerb um den Wähler ausschließlich mit Versprechungen praktiziert. Sie hat nicht gelernt, das Publikum auf Verzicht einzustimmen.

Und womöglich trügt ja auch Kohls Instinkt nicht; womöglich würde ein Kanzler, der offen Opfer verlangt, mit weiteren Wahlniederlagen gestraft. Die bundesdeutsche Gesellschaft, wie die der anderen Industriestaaten, ist keine Verzichts-, sondern eine Anspruchsgesellschaft.

Noch 20 Monate bleiben der Regierung Kohl/Genscher bis zum Superwahljahr 1994. Daß sie bis dahin Ordnung in den Wirrwarr umstrittener Gesetze bringen kann; daß sie, ohne Schaden für die Koalition, Bande zur Opposition zu knüpfen vermag für die notwendigen Grundgesetzänderungen und den Aufbau des vereinten Deutschland; daß sie den Bürgern die Angst vor dem Bankrott des Staates und der eigenen Pleite zu nehmen versteht – diesem vermessenen Optimismus hängt selbst der Kanzler nicht an.

Er möchte sein Heil wie gehabt am liebsten in symbolischen Handlungen suchen, die allen wohl- und keinem weh tun. Der Kanzler will dann Ende 1993 oder Anfang 1994 mit neuen Kräften zum Wahlerfolg durchstarten.

Aber wo stecken diese Wunderkinder? Die Günstlinge von einst, Forschungsminister Heinz Riesenhuber, Postminister Christian Schwarz-Schilling, Umweltminister Klaus Töpfer, stehen nicht mehr in Kohls Kalender.

Und niemand in der CDU hat eine Vorstellung oder gar einen Plan für jenen Tag X, an dem ein Nachfolger für Kanzler Kohl, 62, zu finden wäre.

Nach Meinung eines CDU-Vorständlers gibt es in der Parteiführung drei Politiker, die glauben, sie hätten das Zeug zum Kanzler: Umweltminister Töpfer – er gilt als „zu feige" –, Fraktionschef Wolfgang Schäuble („zu krank") und Neu-Verteidigungsminister Volker Rühe („zu unerfahren").

Und allen dreien ist eine Eigenschaft gemein: „Keiner traut sich, gegen Kohl anzutreten."

„Wir weichen nicht aus"

SPIEGEL-Interview mit SPD-Vize Oskar Lafontaine über die Zusammenarbeit mit der Regierung

Sozialdemokrat Lafontaine: „Die Lage ist dramatisch"

SPIEGEL: Bundeskanzler Kohl und der SPD-Vorsitzende Engholm haben sich nach dem Rechtsruck in den beiden Landtagswahlen bereit erklärt, gemeinsam über, wie Engholm sagt, ein „Sanierungspaket der politischen Parteien" zu verhandeln. Ist die SPD bereit zu einer Großen Koalition?

LAFONTAINE: Es gibt eine klare Mehrheit im Bundestag. Eine Große Koalition steht nicht an. Entscheidend ist, Gespräche über die Staatsfinanzen zu führen, die ohne die SPD nicht saniert werden können. Es geht jetzt nicht nur um einen Finanzstatus. Der ist den Kundigen bekannt. Selbst die Bundesregierung hat für 1995 eine Staatsverschuldung von 2300 Milliarden eingeräumt. Wir wollen über ein Sanierungskonzept reden; ein solches hat die Bundesregierung nicht vorgelegt.

SPIEGEL: Früher haben Sie nach Neuwahlen gerufen.

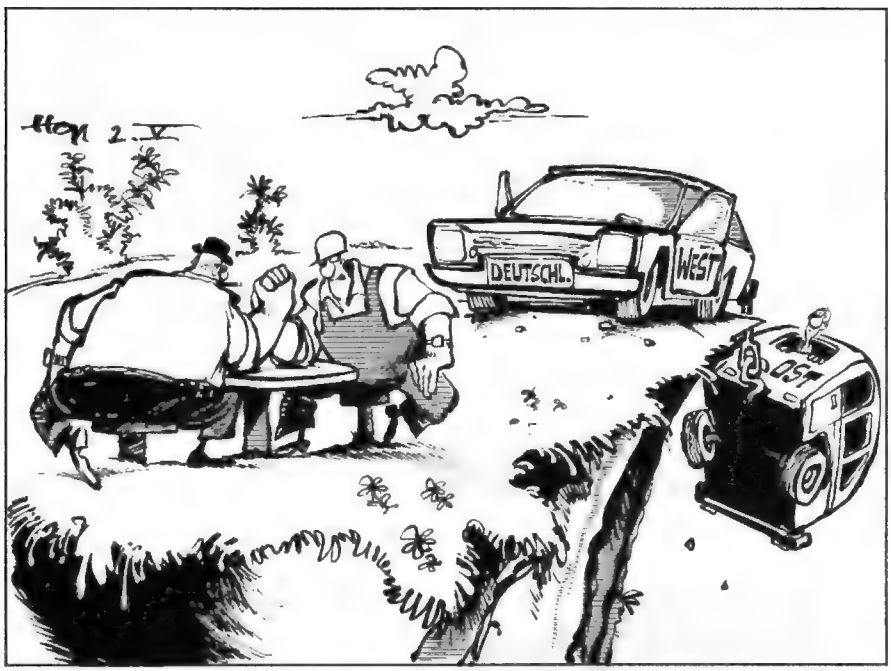
LAFONTAINE: Ich bleibe bei dem, was ich nach der Bundestagswahl gesagt habe: Wenn diese Regierung nicht mehr weiter weiß, muß es Neuwahlen geben,

weil die gegenwärtige Mandatsverteilung im Bundestag das Ergebnis eines Wahlbetruges ist.

Noch hat diese Regierung eine klare Mehrheit im Bundestag. Die Frage nach einer Großen Koalition stellt sich erst, wenn sich an diesem Zustand etwas ändert. Für diesen Fall, den ich nicht ausschließe, da die Lage der Staatsfinanzen weitaus dramatischer ist, als die Bundesregierung es wahrhaben will, sind Neuwahlen der Ausweg.

SPIEGEL: Wann und wie könnte das Ende der Regierung Kohl eintreten?

LAFONTAINE: Das Ende kommt immer, wenn die politische und soziale Basis der Regierung wegbricht. Das geschieht, wenn sich die sozialen Auseinandersetzungen weiter verschärfen.



Maiausflug

tz. München

SPIEGEL: Warum wollen Sie dann zuvor der Regierung helfen?

LAFONTAINE: Wir können uns der Verantwortung nicht verweigern. Alle wichtigen finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen können ohne die Zustimmung des Bundesrats nicht getroffen werden. Dort tragen wir die Hauptverantwortung.

SPIEGEL: Können Sie sich eine rotschwarze Koalition in Baden-Württemberg vorstellen?

LAFONTAINE: Ich gebe für Baden-Württemberg keine Ratschläge. Ich stelle nur fest: Nach den Aussagen der Beteiligten gehen dort bestimmte Koalitionen nicht. Keiner will mit den Republikanern koalieren. Eine schwarz-grüne Koalition wäre ein Novum, das offensichtlich schon an der Behandlung der Zuwanderer-Problematik scheitert. Dann bliebe nur eine Große Koalition, da Neuwahlen eine Brüskierung der Wählerinnen und Wähler wären.

SPIEGEL: Tragen nicht alle Schuld daran, daß die Zahl der Nichtwähler und die Zahl der zu den Rechtsradikalen abwandernden Wähler steigt?

LAFONTAINE: Die Verantwortlichen, besonders der Bundeskanzler, der Finanzminister, aber auch die FDP-Politiker täuschen sich über die Größe der Herausforderung. Die Tatsache, daß sich der Kanzler um 2000 bis 3000 Milliarden Mark verschätzt hat, muß zunächst einmal bewußt werden. Der Zulauf zu den Rechtsradikalen wird erst geringer, wenn die ökonomischen Herausforderungen, die sozialen Fragen und die Zuwanderung – in dieser Reihenfolge – nachvollziehbar gelöst werden.

SPIEGEL: Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm hat von „Kanzlerdämmerung" gesprochen. Teilen Sie diesen Befund?

LAFONTAINE: Ja, Kohl hat in Stuttgart die letzte CDU-Bastion im Westen Deutschlands verloren. Er hat erkennbar kein Konzept zur Bewältigung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Herausforderungen. Er sieht sich wachsender Kritik in den eigenen Reihen, auch in der Presse ausgesetzt – ein Novum nach dem Einigungsjahr.

SPIEGEL: Kritik hat Kohl schon immer ausgehalten. Sie war früher viel härter.

LAFONTAINE: Damals lebten wir in vergleichsweise komfortablen Verhältnissen. Jetzt weiß Kohl keine Antwort auf die Frage, wie wir in diesem und in den nächsten Jahren Transferzahlungen für Ostdeutschland in der Größenordnung von 180 Milliarden solide finanzieren können.

SPIEGEL: Nach unserem Eindruck fehlt in Bonn nicht nur eine Regierung, sondern auch eine Opposition, daher profitieren Sie nicht vom schlechten Bild der Koalition.

LAFONTAINE: Wir haben Stimmen verloren. Teilweise haben wir uns das selbst zuzuschreiben; aber wir haben eine absolute Mehrheit gehalten. Die CDU hat ihre verloren.

Jetzt spüren die Wählerinnen und Wähler, daß wir vor einer großen, einmaligen Herausforderung stehen, die den Westdeutschen große Opfer abverlangt. Finanz-Staatssekretär Köhler hält reale Einkommensverluste für notwendig. Die Wähler sehen, daß die Regierung kein Konzept hat. Wir haben konkrete Vorschläge für Einsparungen gemacht und ein Konzept für den Aufbau der neuen Länder vorgelegt – ein Investitionsprogramm für den Osten, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften und eine marktwirtschaftliche Industriepolitik.

Die Kurskorrektur ist mit beträchtlichen unpopulären Entscheidungen verbunden. Diese anzugehen ist Aufgabe der Regierung.

SPIEGEL: Wie sehen diese Opfer aus?

LAFONTAINE: Der erste, der darauf antworten muß, ist der Kanzler. Der erste aus dem Regierungslager, der sich vorgewagt hat, ist der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf. Er sprach von geringeren Löhnen und geringeren Sozialleistungen in den neuen Bundesländern.

SPIEGEL: Ein Rezept auch für die alten Länder?

LAFONTAINE: Im Westen sind Eingriffe in Besitzstände unausweichlich. Biedenkopf hat recht, wenn er feststellt, daß die Illusion von einer schnellen Aufholjagd im Osten aufgegeben werden muß. Alles Drumherumreden – und viele üben sich jetzt noch im Drumherumreden – nützt nichts. Wer für die Beibehaltung des bisherigen Kurses ist, muß akzeptieren, daß bald die jährlichen Transferleistungen deutlich über 200 Milliarden hinausgehen, und er muß dann die Frage beantworten, wie das finanziert werden soll. Ich sehe nur den Weg der strukturellen Eingriffe.

SPIEGEL: Welche?

LAFONTAINE: Wie kommen Einkommensverluste im Westen und ihre Übertragung in den Osten zustande? Zu Tarifabschlüssen unter Preisauftrieb kann ich den Gewerkschaften nicht raten; denn es ist nicht ihre Aufgabe, die Folgen der Fehlentscheidungen Kohls auszubaden. Im übrigen – das übersehen die, die jeden Tag zu Lohnverzicht aufrufen – bliebe das Geld, auf das die Gewerkschaften im Westen verzichten, in den Unternehmen dort und wandert nicht automatisch in den Osten. Die Regierung könnte ihren

Freitag

Steuer- und Abgabenerhöhungsrausch fortsetzen. Aber auch das ist kein Königsweg. Oder es müssen kräftige Kürzungen bei staatlichen Ausgaben und Leistungen erfolgen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, jetzt ein Paket vorzulegen.

SPIEGEL: Wird die SPD dieses Paket mittragen?

LAFONTAINE: Entscheidend ist, daß das Sanierungspaket wirtschaftspolitisch vernünftig und sozial ausgewogen ist. Die Frage, ob es zu realen Einkommensverlusten im Westen kommt, ist längst entschieden. Da hat kein Politiker noch irgend etwas zu entscheiden. Wenn Beschlüsse des Staates ausbleiben, besorgt die Inflation das – und zwar kräftiger, als viele ahnen. Ein Prozent Inflation entwertet das Sparvermögen der privaten Haushalte um 30 Milliarden. Zur Zeit haben wir etwa fünf Prozent Inflation, was beispielsweise derzeit bereits zum realen Sinken der Renten führt. Streichungen von staatlichen Leistungen für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Kürzungen von Leistungsgesetzen einerseits – gleichzeitig aber Senkung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener, das ist mit der SPD nicht zu machen.

SPIEGEL: Ihr Genosse, Ex-Kanzler Helmut Schmidt, hat den Tarifpartnern Nullrunden empfohlen.

LAFONTAINE: Diese Forderung konnte ich nicht nachvollziehen, da wir angesichts der Steuer- und Abgabenbelastung sowie der Inflationsrate derzeit schon unterhalb der Nullrunde liegen. Es gibt bereits Reallohnverluste.

SPIEGEL: Was raten Sie den Gewerkschaften?

LAFONTAINE: Sie können Kohl nicht die unpopuläre Entscheidung zwischen Inflation, Kürzung von Staatsausgaben und Erhöhung von Abgaben/Steuern abnehmen.

SPIEGEL: Welche Streichungen schlagen Sie vor?

LAFONTAINE: Ein Sanierungspaket vorzulegen ist Aufgabe des Vorstandes, der die Katastrophe des Unternehmens herbeigeführt hat, das heißt die Aufgabe der Herren Kohl, Waigel und Lambsdorff. Falls der Vorstand das nicht bringt, ist im Wirtschaftsleben die Entlassung die Folge.

SPIEGEL: Ist das nicht etwas billig für eine Partei, die gemeinsames Handeln angeboten hat?

LAFONTAINE: Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die, wie ich fairerweise sagen muß, noch nicht ausreichen, aber die Richtung anzeigen. Wir haben Kürzungen bei den Ausgaben vorgeschlagen: vier Milliarden pro Jahr im Verteidigungsetat; Streichen des „Jäger '90", Einsparung mit Zinsen 100 Milliarden; Verzicht auf Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 46 Prozent, Einsparung acht Milliarden pro Jahr.

Wir haben uns gegen die Unternehmensteuersenkung beim letzten Steuerpaket gewandt, 4,5 Milliarden pro Jahr. Das alles sind konkrete Einsparvorschläge in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr. Bei der Regierung dagegen Fehlanzeige. Wir haben die Mehrwertsteuererhöhung für falsch gehalten und statt dessen eine sozial gestaffelte, unbefristete Ergänzungsabgabe für richtig gehalten. Dies würde jährlich weit über zehn Milliarden in die Kasse leiten. Wir haben die Arbeitsmarktabgabe für Beamten- und Selbständige verlangt, um die einseitige Belastung der Arbeitnehmer zu korrigieren. Ich füge einen weiteren Vorschlag hinzu: Wer in den neuen Bundesländern für Kurzarbeit Null bezahlt wird, darf nicht mehr bekommen als derjenige, der sich neu qualifiziert und umschult. Mit einem solchen Sanierungskonzept kämen wir voran.

SPIEGEL: Sie sagen selbst, das reiche nicht. Wollen Sie an Subventionen ran?

Die Mahnwache

Kölner Stadt-Anzeiger

LAFONTAINE: Subventionen zu kürzen ist keine leichte Aufgabe. Wir haben sie jetzt gerade im Kohlebergbau abgebaut. Das wird Tausende von Arbeitsplätzen an der Saar kosten. Die Koalition kann nicht im Bergbau immer wieder kürzen, die Landwirtschaft aber zusätzlich subventionieren.

SPIEGEL: Wie stehen Sie zu Kürzungen in Leistungsgesetzen, etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall?

LAFONTAINE: Über eine Einschränkung der Lohnfortzahlung wird die SPD nicht mit sich reden lassen.

SPIEGEL: Wie stehen Sie zur Einführung der Pflegeversicherung aus Pflichtbeiträgen, die zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führt?

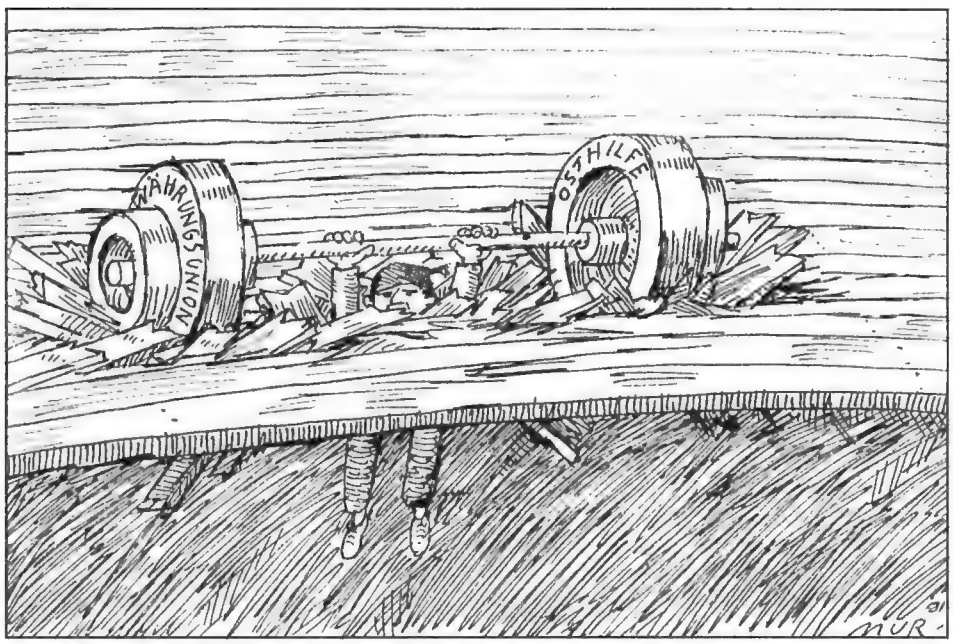
SPIEGEL: Mit welchen Kosten für die Einheit muß der Bürger rechnen?

LAFONTAINE: Finanziert werden müssen 2000 bis 3000 Milliarden. Den unvermeidbaren Belastungen müssen Kürzungsvolumina gegenübergestellt werden und eventuell auch Möglichkeiten für Mehreinnahmen.

SPIEGEL: Also Steuererhöhungen?

LAFONTAINE: Ich glaube nicht, daß es bei der Biersteuererhöhung, bei der ins Auge gefaßten Telefonsteuer oder, um eine Bagatelle hinzuzufügen, der Einführung einer Abgabe auf Bananen bleiben kann.

SPIEGEL: Können Sie als der vielleicht demnächst für Finanzen und Wirtschaft zuständige Sprecher der SPD sagen, ob



Die Zeit

Gefahr des Überhebens

LAFONTAINE: Zunächst einmal hat Norbert Blüm vor den Landtagswahlen – im Gegensatz zu seinem Bundeskanzler – selbst gesagt, die Pflegeversicherung könne nur eingeführt werden, wenn an anderer Stelle im Sozialetat gespart wird. Das heißt, er hat Kürzungen von Sozialleistungen das Wort geredet. Jetzt redet auch Waigel von Kürzungen, nur nennt er sie Umbau.

SPIEGEL: Bestehen auch SPD-Sozialpolitiker auf dieser Kompensation?

LAFONTAINE: Ich halte nichts davon, die unpopulären Entscheidungen der Inflation zu überlassen, nur weil die Politiker zu feige sind, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

SPIEGEL: Halten Sie es angesichts der dramatischen Entwicklung für erstrebenswert, den Bundestagsbeschluß zum Umzug nach Berlin zu revidieren?

LAFONTAINE: Eindeutig ja. Der Hauptstadt-Beschluß ist zwar gefallen. Die Zeittafel ist aber nicht zu halten.

Sie in der Tendenz die Neuverschuldung schneller abbauen würden als die Regierung?

LAFONTAINE: Nach den bisherigen Erfahrungen ja. Das Sanierungspaket, das wir beschließen müssen, ist nicht einfach, weil es nicht nur hinsichtlich der sozialen Belastungen der Betroffenen, sondern auch hinsichtlich der ökonomischen Folgewirkungen äußerst sensibel ist.

Ein zu starkes Beschneiden der privaten Nachfrage – die ohnehin ja in der letzten Zeit rückläufig war – würde zu weiteren konjunkturellen Belastungen und damit zu nicht gewollten weiteren sozialen Härten führen. Es ist also derzeit nicht einfach, ein sozial ausgewogenes und wirtschaftlich vernünftiges Konzept vorzulegen. Wir haben fast eine Wahl zwischen der Pest der explodierenden Staatsverschuldung und der Cholera des konjunkturellen Einbruchs.

SPIEGEL: Verpflichtet die Tradition Ihre Partei nicht zum Widerstand gegen soziale Schnitte?

LAFONTAINE: Ja. Aber die SPD-Länderregierungen müssen bereits unpopuläre Entscheidungen treffen: Kürzungen der Schulstunden, Abbau von Lehrerstellen, Abbau von Stellen bei der Polizei, Schließung von Schulen, Schließung von Krankenhäusern. Wir haben erklärt, daß wir auch im Bund bei der Sanierung der Staatsfinanzen mitwirken werden. Soweit ich gefragt bin, will ich dafür werben, daß wir unpopulären Entscheidungen nicht ausweichen. Dazu müssen allerdings auch Politiker, Wirtschaftsführer und Publizisten, die über das 10- oder 20fache eines Arbeitnehmergehaltes verfügen, Abstriche machen. Sie dürfen nicht nur über Maßhalten reden und schreiben.

SPIEGEL: Wieviel Prozent Ihres Gehaltes wollen Sie an die Landeskasse zurücküberweisen?

LAFONTAINE: Jeder Entscheidung der genannten Vorbilder schließe ich mich an.

SPIEGEL: Sie sind in Engholms Mannschaft die Nummer zwei. Werden Sie der Superminister für Wirtschaft und Finanzen im Schattenkabinett?

LAFONTAINE: Wir sind ein Team. Wenn Sie Kabinettslisten haben wollen, bitte ich Sie, sich an den Kanzlerkandidaten zu wenden. Ich weise mir weder Rollen noch Nummern, noch Ministerien zu. Ich werde weiterhin meinen Beitrag dazu leisten, daß die politischen Antworten der SPD zeitgemäß sind.

SPIEGEL: Haben Sie für diese Rolle nicht schlechte Karten, nachdem Sie 1990 nicht angetreten sind?

LAFONTAINE: Im Jahr 1990 war es für jeden erkennbar so, daß wichtige Teile der SPD meine ökonomischen und finanzpolitischen Analysen nicht für richtig gehalten haben und daher auch nicht von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik überzeugt waren. Insofern war es mir nicht möglich, diese Aufgaben zu übernehmen. Man kann diese Aufgabe nur übernehmen, wenn man sich der Zustimmung der eigenen Partei gewiß ist. Jetzt erst glaube ich, daß auch in der SPD das ganze Ausmaß der finanz- und wirtschaftspolitischen Katastrophe bewußt wird.

SPIEGEL: Sie haben sich abgefunden, daß Engholm der nächste Kanzlerkandidat ist, obwohl er sich nur selbst ausgerufen hat?

LAFONTAINE: Die Frage ist entschieden.

Verfassungsrichter Mahrenholz, Böckenförde: „Die Parteien müssen wirtschaftlich auf die Bürger angewiesen bleiben"

Ein Wähler für 7,12 Mark

Karlsruhe begrenzt die hemmungslose Selbstbereicherung der Parteien

Für den Obstbauern und Hobbyschriftsteller Helmut Palmer, 62, aus Geradstetten hat sich die Landtagswahl in Baden-Württemberg politisch kaum gelohnt. Palmer war am vorvergangenen Sonntag als parteiloser Einzelbewerber angetreten und erhielt in seinem Wahlkreis 15,5 Prozent – nicht schlecht für einen Einzelgänger, aber zuwenig, um in das Stuttgarter Parlament einziehen zu können.

Dennoch war Palmers Einsatz nicht umsonst: Die Staatskasse honoriert seine Kandidatur. Nach dem Parteiengesetz stehen ihm rund 100 000 Mark zu.

Palmers Ausgaben für seinen Wahlkampf lagen ebenfalls bei etwa 100 000 Mark – verschenkte Werbe-Äpfel und den Einsatz der Firmen-Lkw nicht mitgerechnet. „Mit Wahlen", sagt der Obstbauer, „läßt sich kein Geld machen."

Das stimmt für ihn, nicht aber für die Parteien.

Die wirklichen Verdiener sind die Schatzmeister der großen Parteien. Allein die Wahl in Baden-Württemberg füllt die Kassen von CDU, SPD, FDP, Grünen und Republikanern mit rund 35 Millionen Mark; im kleineren Schleswig-Holstein dürften es etwa 10,4 Millionen Mark sein.

Pro wahlberechtigtem Bürger bekommen die Parteien in Baden-Württemberg, wenn sie landesweit mindestens ein Prozent der Stimmen erreicht haben, fünf Mark gutgeschrieben. Dabei spielt keine Rolle, ob sie das Geld im Wahlkampf wirklich ausgegeben haben.

Die Parteien kassieren auf jeden Fall – auch unabhängig davon, wie hoch die Wahlbeteiligung ist. Der parteiverdrossene Nichtwähler wird bei der Gewinnausschüttung mitgerechnet.

Für die Gesamtsumme der Wahlkampfkostenerstattung zählt allein die Anzahl der Wahlberechtigten. Die tatsächlich abgegebenen Stimmen entscheiden nur über die Verteilung der Beute an die Parteien. Eine niedrige Wahlbeteiligung ist also lediglich ein moralischer Denkzettel für die Volksvertreter. Das Geld fließt dennoch.

In Baden-Württemberg brachte auf diese Weise jedes Kreuzchen den Parteien statt der gesetzlichen 5 Mark 7,12 Mark ein. In Schleswig-Holstein war wegen der geringfügig höheren Wahlbeteiligung jede Stimme noch 6,96 Mark wert.

Die Wahlkampfkostenerstattung ist nur eines von vielen Sonderangeboten im Selbstbedienungsladen Bundesrepublik. Ob Abgeordnete sich in seltener Eintracht die Diäten erhöhen, ob Parteien und Fraktionen sich aus der Staatskasse bedienen oder ob sie sich, wie nach der Parteispendenaffäre, eine Amnestie genehmigen wollen – stets entsteht das gleiche Bild: Wer einmal an der Macht ist, sorgt für sich und seine politischen Freunde zuerst.

Der Verfall der politischen Sitten geht einher mit wachsender Parteienverdrossenheit. Kein Wunder, daß vergangene Woche Schadenfreude aufkam, als das Bundesverfassungsgericht große Teile der Finanzierungspraxis für grundgesetzwidrig erklärte.

Die Richter strichen so ziemlich alle Vergünstigungen, die den Parteischatzmeistern lieb und billig sind:

- den Sockelbetrag, der – auf Kosten der Steuerzahler – die üppige Wahlkampfkostenerstattung aufstockt;
- den Chancenausgleich, der das Gefälle zwischen spendenarmen und spendenreichen Parteien ausgleicht;
- die steuerliche Abzugsfähigkeit von Firmenspenden – eine sprudelnde Quelle für die bürgerlichen Parteien;
- die steuerliche Begünstigung von Einzelspenden bis zur abstrusen Höhe von 60 000 Mark (bei Ehepaaren 120 000 Mark);
- die Publizitätsgrenze, die festlegt, von welchem Betrag an der Großspender namentlich genannt werden muß; sie wurde von 40 000 auf 20 000 Mark herabgesetzt.

Viel Zeit, um Ordnung zu schaffen und das Urteil zu befolgen, bleibt den Parteien nicht. Das Gericht setzte ihnen ein Ultimatum: Ende 1993. Bis dahin gelten noch alle Regelungen, die das Steuerrecht und den Chancenausgleich betreffen. Der Sockelbetrag „entfällt mit sofortiger Wirkung".

Das Urteil, das die Katerstimmung nach den Landtagswahlen noch verstärkte, war in Wahrheit ein Zeugnis

„Es geht um Selbstbedienung“

Ingo von Münch über das Verhältnis der Parteien zum Geld

Freidemokrat von Münch, 59, war von 1987 bis 1991 Bürgermeister in Hamburg. Er ist Professor für Völkerrecht in Hamburg und lehrt an Universitäten in Rostock und Berlin.

Das Wort des Jahres: Parteienverdrossenheit. Die Gründe: komplex, aber nicht undurchschaubar. Einer der Gründe gewiß: der Umgang von Parlamenten und Parteien mit dem Geld.

Während Politiker das Volk mit Spar- und Maßhalteappellen traktieren, explodieren die Ausgaben für die Politikfinanzierung. „Wachstumsraten wie im Schlaraffenland“ fand Hans Herbert von Arnim, 52, Jurist und Volkswirt*.

Es geht um Selbstbedienung, ganz besonders evident bei Diätenerhöhungen und Zuwendungen an die Fraktionen: „Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache schaffen Verstrickungen und Versuchungen, denen ohne wirksame Kontrolle nur ein Gott auf Dauer widerstehen könnte“ (Arnim).

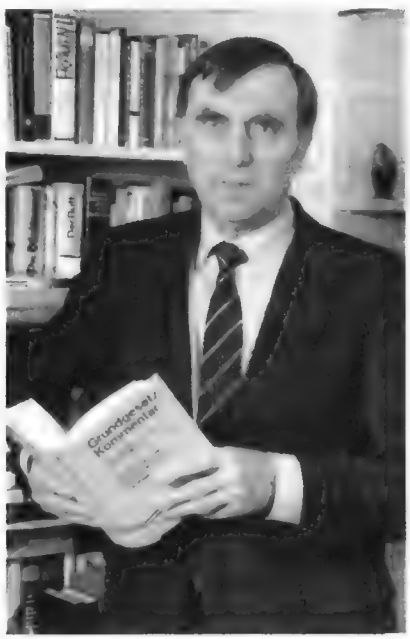
Mögen die Selbstbediener noch so oft den Zorn der Bürger als Neid abtun – das Volk hat ein ebenso waches wie richtiges Gespür dafür, daß Parlamente sich nicht einfach selbst versorgen dürfen und daß dies nicht so weitergehen kann wie bisher. Wahr ist zwar, daß das Grundgesetz die Regelung der Abgeordnetendiäten durch Gesetz vorsieht (für die Bundestags-Fraktionen fehlt eine gesetzliche Regelung). Aber das Grundgesetz kann – und sollte – geändert werden.

Die Höhe der Diäten und der Zuwendungen an Fraktionsfunktionen stellt die Frage nach der angemessenen Bezahlung von Politikern überhaupt. Der Vergleich mit Gehältern in der Wirtschaft drängt sich auf, geht aber fehl; Kriterien wie Umsatz und Gewinn können auf die Politik nicht übertragen werden.

In der Wirtschaft muß jeder Beschäftigte – vom Arbeiter bis zum Vorstandsmitglied – den Ertrag des Unternehmens selbst erwirtschaften; er lebt vom eigenen Geld. Der Politiker lebt von Steuern – also von geborgtem Geld.

Überhaupt: Wie kann man Verantwortung (Macht?) finanziell bemessen, wie soll man sie bezahlen? Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern, die Abgeordneten des Bundestages und der meisten Landtage werden mehr als ausreichend bezahlt.

Und dennoch: Als auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße in Hamburg gewaltsame Auseinandersetzungen großen Ausmaßes befürchtet wurden, saß der damalige Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi einmal aschfahl in seinem Sessel, gequält vom Problem und geärgert von seiner eigenen Partei. Ich saß neben ihm, sah in sein



Freidemokrat Münch
„Leben von geborgtem Geld“

Gesicht und dachte: Die Verantwortung, die dieser Mensch zu tragen hat, ist unbezahlbar (und dabei war es „nur“ die Verantwortung für eine Stadt).

Warum langen die Abgeordneten so kräftig zu? Eine wohlwollende Erklärung könnte sein: Die Abgeordneten werden nur für einige Jahre gewählt; sie müssen also immer gewärtig sein, daß der Diäten-Ofen in Bälde aus ist.

Die Wahrheit ist leider anders: Im Bundestag und in den Landtagen wie auch in den Regierungen sitzen die Nesthocker zuhauf. Daß Demokratie Herrschaft auf Zeit ist, wird bei jeder Kandidatenaufstellung vergessen. Alle halten sich für unersetzbar, und keiner von ihnen ist es. Langweilende Gesichter überall, von denen man schon weiß, ehe sie den Mund auftun, was sie reden.

Das Ganze ist ein Teufelskreis: Nach längerer Zeit in Parlament oder Regierung finden die Politiker nicht mehr den Weg zurück in ihre Berufe – je länger die Abwesenheit, desto schwieriger das Wiedereinfädeln in den Beruf. Also müssen die Politiker sich an ihre Sessel ankleben. Von den Parteien selbst ist wenig Remedur zu erwarten; denn die Seilschaften halten einander fest – hältst du mich, halte ich dich.

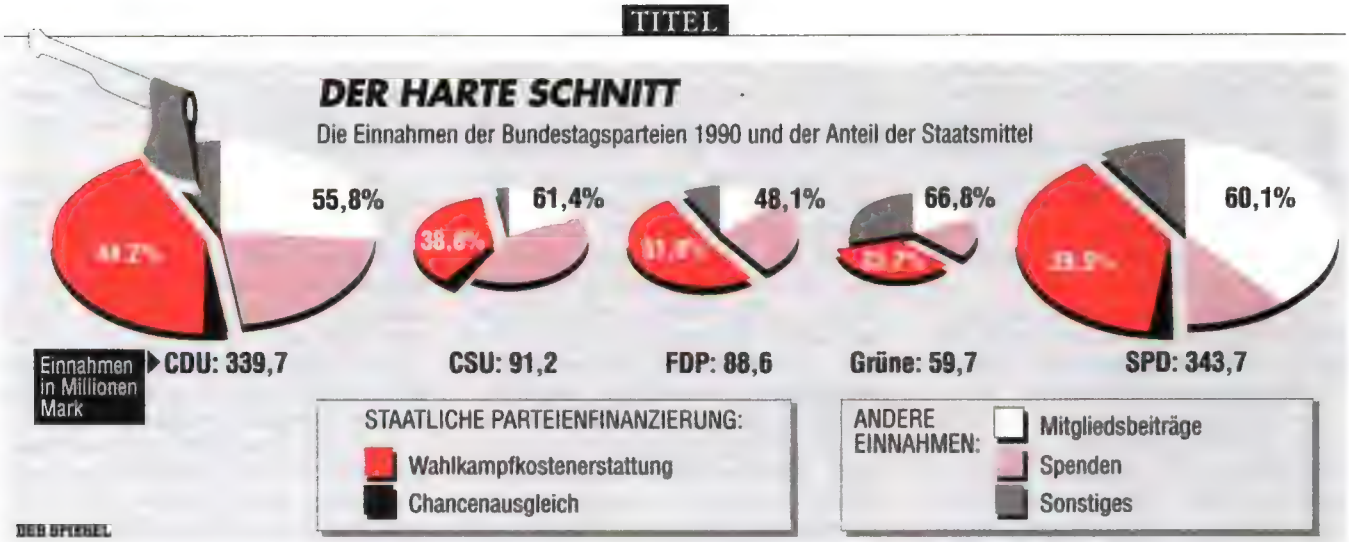
„Wer die Macht der Parteien begrenzen will, muß zuvörderst ihre Finanzierung aus öffentlichen Haushalten eindämmen“, schreibt Arnim. Ich bin nicht sicher, ob die „Eindämmung der Macht der Parteien“ das Problem ist. Unsere Demokratie kann ohne lebendige Parteien nicht leben; die Vorstellung, die Parteien schwämmen von oben bis unten im finanziellen Fett, geht für Tausende von Ortsvereinen an der Wirklichkeit vorbei.

Es klingt pathetisch, vielleicht auch rührselig: Der öffentliche Reichtum der Parteien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der überwiegende Teil der Arbeit für die Parteien ehrenamtlich verrichtet wird. Nach dem Parteiengesetz sind die Parteien „ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ – aber sie sind nach unserem Steuerrecht nicht gemeinnützig, wie viele andere relativ belanglose Vereine es sind. Die Folgen aus der Verweigerung des Status der Gemeinnützigkeit an die Parteien waren bekanntlich fürchterlich.

Unbezahlbar für die Parteien ist das Gefügigmachen von Menschen durch Ämterpatronage – ein Thema, das Arnim schon 1980 behandelt hat. Hamburg ist ein schlimmes Lehrstück dafür, wie eine Partei – hier: die SPD – eine Stadt frech und ungeniert zu ihrer Beute macht: eine Praxis, die nicht deshalb weniger verwerflich ist, weil sie in anderen Ländern der Bundesrepublik unter anderer politischer Couleur ähnlich oder ebenso praktiziert wird.

Daß auf die Wirksamkeit der öffentlichen Diskussion und Kritik (noch) zu hoffen ist, ist nicht zuletzt solch streitbaren Geistern wie dem Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer zu danken. Dem Mann gebührt ein Bürgerpreis.

* Hans Herbert von Arnim: „Die Partei, der Abgeordnete und das Geld“. v. Hase & Koehler Verlag, Mainz; 398 Seiten; 19,80 Mark.



weiser Voraussicht. Denn an der Begründung hatten die Richter schon Monate vor der Wahl gefeilt.

Und was den Parteien blühen könnte, hatten die beiden Richter Ernst-Wolfgang Böckenförde und Ernst Gottfried Mahrenholz bereits 1986 in ihrer abweichenden Meinung zum damaligen Parteienurteil vorausgesagt.

Der letzte Satz ihres Sondervotums wies darauf hin, daß eine knappe Finanzausstattung die Parteien „zu einem gewissen Abbau der Professionalisierung zwingen" könnte, „statt den Weg zu ihrem Fortschreiten zu eröffnen". Dies aber, so die Abweichler von 1986, „wäre für die lebendige Demokratie in der Bundesrepublik und die Stellung der Parteien als Mittler zwischen Bürger und Staat kein Nachteil".

Empört waren die beiden Richter damals vor allem über zwei Blankoschecks im Mehrheits-Urteil, die von den Parteien auch prompt abgerufen wurden. Schon 1986 hielten Böckenförde und Mahrenholz fest, daß die steuerliche Abzugsfähigkeit von Höchstbeträgen (das Bundesverfassungsgericht hatte eine Obergrenze von 100 000 Mark genannt, der Gesetzgeber 60 000 gewählt) „außerhalb jeder Rechtfertigungsmöglichkeit" liege. Diese Summe belaufe sich auf das Zweieinhalb- bis Dreifache des jährlichen Durchschnittseinkommens der Deutschen.

Der zweite – nun ebenfalls kassierte – Sündenfall des alten Urteils betraf die Steuerbegünstigung von „juristischen Personen (Körperschaften)". Dahinter, so schrieben Mahrenholz und Böckenförde vor sechs Jahren, stünden auch „natürliche Personen". Und die wiederum erhielten auf diese Weise „gleichheitswidrig eine zusätzliche Möglichkeit der steuerbegünstigten Einflußnahme auf die politische Willensbildung, die den anderen Bürgern vorenthalten" sei.

Aus dem Urteil können die Politiker eine Lehre ziehen – daß nämlich die Minderheitsmeinung von gestern leicht zur Mehrheitsmeinung von heute werden kann – ein Phänomen, das sich durchaus bei der Reform des Abtreibungsrechts wiederholen kann.

Einer der wichtigsten Sätze des Karlsruher Verdikts vom letzten Donnerstag steht am Schluß. Er belegt, daß die acht Richter des Senats bei ihrer Beratung über alle Parteigrenzen hinweg Konsens erzielt haben: „Die Entscheidung ist einstimmig ergangen."

Auffallend am jüngsten Verfassungsgerichtsurteil ist die Präzision, mit der die Richter den Finanzrahmen der Parteien abstecken, und die Eindringlichkeit, mit der sie an die Parteien appellieren, ihren Kontakt zum Volk nicht länger zu vernachlässigen.

Festgelegt wurde eine „relative Obergrenze" für staatliche Subventionen; sie darf die „selbst erwirtschafteten Einnahmen" der Parteien nicht überschreiten. Dazu zählen Spenden und Mitgliederbeiträge.

Die „absolute Obergrenze" ist noch unbarmherziger. Sie friert alle Zuschüsse auf den gegenwärtigen Stand der Selbstbedienung ein. Der Mittelwert aus den Subventionen der Jahre 1989 bis 1992 „bildet das Gesamtvolumen staatlicher Mittel, die den Parteien äußerstenfalls von Bund und Ländern insgesamt zugewendet werden dürfen". Das Wachstum der Selbstbedienung ist damit ein für allemal begrenzt.

Die Begründung für diese Maßstäbe hat einen fast beschwörenden Unterton. Die Parteien müßten, heißt es zum Beispiel, „nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und organisatorisch auf die Zustimmung und Unterstützung der Bürger angewiesen bleiben". Durch Subventionen dürfe ihnen „das Risiko des Fehlschlagens ihrer Bemühungen um eine hinreichende Unterstützung der Wählerschaft nicht abgenommen werden". Sie dürften sich „der Bürgerschaft insgesamt nicht entfremden".

Mit ihrem Urteil wollten die Richter verhindern, „daß der Umfang der Staatsfinanzierung der Parteien weiter anschwillt". Für manche Warnung aus Karlsruhe ist es womöglich längst zu spät. Wenn der Bürger den Eindruck gewinne, befürchten die Richter, „die Parteien ‚bedienten' sich aus der Staatskasse", müßte das „notwendig zu einer Verminderung ihres Ansehens" führen.

Dieser Rufschaden ist, wie die Wahlen beweisen, längst eingetreten.

Zur höchstrichterlichen Sorge, die Demokratie könne durch

den Beutezug der Parteien beschädigt werden, gehören auch die Ausführungen zur Publizitätspflicht. Der Wähler solle sich „über die Kräfte unterrichten können, die die Politik der Parteien bestimmen". Ziel der öffentlichen Rechenschaftslegung: die innere Ordnung der Parteien „gegen undemokratische Einflüsse" abzusichern.

Die Richter nennen nicht ausdrücklich die Flick-Affäre als warnendes Beispiel – die Erinnerung daran schwingt im Urteil jedoch allemal mit.

Die Karlsruher Richter kennen inzwischen ihre Pappenheimer und deren Schleichwege. Als Spenden seien, so hielten sie fest, neben Geldleistungen „auch geldwerte Zuwendungen aller Art wie die unentgeltliche Bereitstellung von sächlichen Mitteln, Personal oder vorhandenen Organisationsstrukturen anzusehen".

Ausgeschlossen müsse auch werden, daß ein Spender „erkennbar nur als *Strohmann* handelt". Deshalb dürfe eine Partei Spenden auch unterhalb der Publizitätsgrenze nur annehmen, wenn ihr „der wirkliche Spender bekannt ist". Die Möglichkeit von „Scheingeschäften" sei nicht „fernliegend".

Es ist durchaus möglich, daß die obersten Richter den Gesetzgebern nicht zum letztenmal erklären mußten, wo staatliche Parteienfinanzierung aufhört und unerwünschte Selbstsubventionierung beginnt.

So stand etwa die Unterstützung der parteinahen Stiftungen diesmal nicht auf dem Prüfstand. Die Stiftungen werden überwiegend aus Staatsmitteln unterhalten, 1990 kassierten sie 164,5 Millionen Mark.

Dagegen nehmen sich die Anfänge der Parteienfinanzierung geradezu bescheiden aus. 1959 stellte der Staat fünf Millionen Mark zur Verfügung, als Zuschuß „zur Förderung der politischen Bildungsarbeit". Schon drei Jahre später hieß der Posten „Sondermittel für die Parteien nach Artikel 21 GG". So wurde aus dem Grundgesetzartikel – „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit" – ein Finanztitel, der an der Vermögensbildung der Parteien mitwirkte.

1964 bewilligten die Parlamentarier bereits 38 Millionen Mark für die Parteien, allerdings nur, wenn diese im Bundestag vertreten waren. 1966 entschieden die Karlsruher Richter, alle Parteien hätten das Recht auf angemessene Erstattung ihrer Wahlkampfkosten.

Ein Jahr später beschloß die Große Koalition das Parteiengesetz, das seither die Selbstbereicherung ermöglicht. Pro Wahlberechtigtem sicherten sich die Parteien zunächst 2,50 Mark, 1974 erhöhten sie den Betrag auf 3,50 Mark, seit 1984 gibt es fünf Mark pro potentiellem Wähler.

Als schöne Einnahmequelle erwies sich die Kostenerstattung jeweils bei den Europawahlen. Der Wahlkampf wird gewöhnlich mit wenig Aufwand geführt; die Schatzmeister konnten allein 1989 runde 227 Millionen Mark kassieren.

Zusätzlich führten die Parteien 1989 den jetzt beanstandeten Sockelbetrag ein: Wer bei der Bundestagswahl 1990 mehr als zwei Prozent der Stimmen erreichte, erhielt knapp sieben Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt. Der ebenfalls verfassungswidrige Chancenausgleich brachte im selben Jahr mehr als 23 Millionen Mark in die Kassen der Bundestagsparteien.

„Wir werden weiter eisern sparen müssen", kommentierte CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep das Karlsruher Urteil. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Otto Solms bedauerte, daß Spenden an die Partei nun nicht mehr in der gewohnten Höhe von der Steuer abgezogen werden können: „Wir müssen uns verstärkt um kleinere Spenden bemühen."

Auch die Abzugsfähigkeit von Spenden bedeutet eine indirekte Parteienfinanzierung durch den Staat: Der Verzicht auf Steuergelder erhöht die Spendenfreudigkeit – um so mehr, je größer das Einkommen und damit die Steuerersparnis ist. Die Masse der Spender, so stellt der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim fest, „hat nur die Hälfte ihrer Zuwendungen selbst zu tragen, die andere Hälfte steuert der Fiskus durch hohe Steuererleichterungen bei".

Die Festlegung der Verfassungsrichter, daß eine Partei sich überwiegend selbst finanzieren muß, wird kaum Auswirkungen auf die künftigen Geldzuflüsse haben. 1990 bezog einzig die FDP mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen direkt aus Staatsquellen. Zudem werden bei der 50-Prozent-Regelung nur die unmittelbaren Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt berücksichtigt.

Alle Parteien beziehen aber neben den steuerbegünstigten Spenden noch weitere indirekte Staatsgelder. So sind alle Abgeordneten gehalten, einen Teil ihrer Diäten der Partei zur Verfügung stellen zu müssen. Diese „Abgeordnetensteuern", wie der Staatsrechtler Arnim sie nennt, werden quasi vom Staat bezahlt; das Abgeordnetenkonto fungiert nur als Zwischenlager.

Die Rüge aus Karlsruhe hat die Parteistrategen bislang nicht zu größerer Einsicht bewegen können. Einhellig taten die Schatzmeister der großen Parteien so, als hätten sie das Urteil geradezu herbeigesehnt.

So sieht SPD-Geschäftsführer Karlheinz Blessing die Parteien sogar in ihrer Handlungskraft gestärkt: Sie würden „unabhängiger vom Staatseinfluß". CDU-Schatzmeister Kiep freute sich, daß immerhin das grundsätzliche Recht auf staatliche Zuwendungen nicht in Frage gestellt wurde.

Es darf also weiter kassiert werden.

„Illegal? Verfassungswidrig? Ja wie denn das???"

tz, München

Leerer Bundestag (1990 kurz vor Beginn einer Sitzung): „Vertrauenskrise in dramatischer Weise verstärkt"

„Das ist der neue Adel"

Der lange Weg zur Parteienverdrossenheit und Protestwahl in der Bundesrepublik

Seit 40 Jahren habe ich gewählt, und ‚Nichtwählen' war für mich zuerst nur ein Modewort", erregt sich Eisenflechter Horst Strzeletzki, 60, in Hamburg-Stellingen, „aber jetzt gehe ich selber nicht mehr wählen."

Er sei mit keiner Partei mehr einverstanden, begründet der gebürtige Berliner seine Weigerung, „mit all dem Theater, daß die Politiker nichts Entschiedenes mehr machen und nicht für nötig halten, den ganzen Mißbrauch in vielen Bereichen zu bekämpfen".

Ingrimm über die etablierten Parteien empfindet auch Frührentner Miroslaw Chawawczak, 42, in Stuttgart. Doch er hat aus seiner Unzufriedenheit mit den großen Parteien eine andere Konsequenz gezogen und bei der Landtagswahl am vorletzten Sonntag die Republikaner gewählt. „Mehr aus Protest" gab ebenso ein Stuttgarter Universitätsangestellter, Nettogehalt 2200 Mark, den Rechtsradikalen seine Stimme. Seine Begründung: „Wenn ich sehe, was die Asylanten für eine großzügige Unterstützung kriegen und was ich für ein Gehalt habe . . ."

„Nichtwählen und Rechtswählen – das sind zwei Ausdrucksformen der gleichen Unzufriedenheit", erläuterte der Kölner Soziologie-Professor Erwin K. Scheuch, 63, vergangene Woche nach der „Wut-Wahl", der „ersten echten Asylwahl", wie das Lautsprecherblatt *Bild* das CDU/SPD-Debakel von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein nannte.

Politikverdruß, wie ihn Rechts- und Nichtwähler bei den Landtagswahlen in beiden Ländern bekundeten, grassiert wie nie zuvor seit Kriegsende in allen Schichten der deutschen Wählerschaft. Die Beteiligung an den Bundestagswahlen ist von früher einmal rund 90 Prozent auf 77,8 Prozent gesunken – so wenig wie noch nie seit dem Weltkrieg (siehe Schaubild Seite 41). Bei den Landtagswahlen erreichten ausgerechnet die staatstragenden Bayern vorletztes Jahr den Tiefpunkt mit 65,9 Prozent.

In Baden-Württemberg (70,2 Prozent) und Schleswig-Holstein (71,8 Prozent) wurde das Rekordtief nicht unterboten. Doch das ist kein Trost für die demokratischen Parteien. Denn die Rechtsradikalen, in Schleswig-Holstein die Deutsche Volksunion (DVU), in Baden-Württemberg die Republikaner (Rep), fanden Zulauf von Wahlberechtigten, die bisher die Stimmabgabe verweigert hatten. In Schleswig-Holstein hätte, wie das Bonner Infas-Institut ermittelte, die SPD ohne einen Sympathiebonus für Ministerpräsident Björn Engholm sogar noch mehr Stimmen verloren (siehe Seiten 62 und 68).

Kaum waren die Wahllokale geschlossen, fuhren Bundes- und Landespolitiker der Großparteien mit Beschimpfungen und Schuldzuweisungen fort, als wäre nichts geschehen. Bei der Bonner Fernseh-Runde wetteiferten sie in der Spurensuche, ob die CDU einen „Sog des Asylwahlkampfs" (SPD-Manager Karlheinz Blessing) erzeugt habe oder eine Kieler Personenkontrolle für Asylanten „widerlich" (CDU-Kollege Volker Rühe) gewesen sei, mit der die SPD-Regierung Mehrfachzahlungen von Hilfsgeldern hatte unterbinden wollen. Rep-Chef Franz Schönhuber freute sich im Stuttgarter Studio sichtlich über „dämliches Geschwätz" auf der Gegenseite.

Der hohe Stellenwert, den die Rechten mit ihren Kampagnen gegen „Asylmiß-

NEU: MICROSOFT WINDOWS 3.1 UPDATE

HABEN SIE UNSERE *NEUE* NUMMER SCHON?

Sie fanden Microsoft Windows *schon immer* benutzerfreundlich und zuverlässig? Dann sollten Sie erst mal *das neue* kennenlernen. Die *aktuelle* Nummer heißt 3.1. Die neue *Windows-Version* ist viel schneller und bedienungsfreundlicher als bisher. Sie werden *staunen*, wie einfach und *extrem* schnell z.B. Ihr *Datei-Manager* wird, wenn Sie Ihr Windows auf die *Version 3.1* updaten. Und selbstverständlich lassen echte *Freunde* einander nicht im Stich – mit dem Microsoft Windows 3.1 Update haben Sie immer ein stabiles *Betriebssystem*. Sie bekommen die neue Nummer ab April bei Ihrem Fachhändler. Oder bei uns: *Microsoft GmbH, Update-Service, Postfach 37, W-8011 Großhelfendorf.*

MICROSOFT WINDOWS

Microsoft

SOFTWARE FÜR IHRE ZUKUNFT.

brauch“ und „Scheinasylanten“ in der Wahlkampf-Thematik erreichten, wirkte sich als eine Art Katalysator auf die Wahlbeteiligung aus. Daß die Teilnahme an den Landtagswahlen dennoch weiter gesunken ist – um 1,6 Prozent in Baden-Württemberg, um 5,6 Prozent in Schleswig-Holstein –, beunruhigt Politiker und Wahlforscher. Denn sie sehen in den Nichtwählern ein noch größeres Potential für die Rechtsradikalen.

In Baden-Württemberg stellten die Wahlverweigerer (29,8 Prozent) gleichsam die stärkste Fraktion. Bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten, erreichte die CDU nur 27,4 Prozent (gleich 39,6 Prozent der Wähler), die SPD lediglich 20,4 Prozent (entsprechend 29,4 Prozent der abgegebenen Stimmen).

Anderswo war es zuvor kaum besser gegangen. So standen 1990 in Bayern den 3 Millionen CSU-Wählern über 2,9 Millionen Nichtwähler gegenüber. In Hamburg, wo im Jahr danach auch nur 66,1 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen, rutschte in einzelnen Wahllokalen die Beteiligung auf weniger als 30 Prozent ab.

Fachleute hatten schon vor den Landeswahlen vom vorletzten Wochenende gemahnt, daß die zunehmende Wahlabstinenz zu einer Radikalisierung der Politik überleiten könne. Krisenhafte Entwicklungen würden womöglich breite Wählerkreise den rechtsradikalen Parteien zutreiben, die wegen der NS-Vergangenheit noch mit einem verbreiteten gesellschaftlichen Tabu belegt sind.

So begegneten die Heidelberger Sinus-Forscher Carsten Ascheberg und Jörg Ueltzhöffer in einer Umfrage frustrierten Nichtwählern der Unter- und unteren Mittelschichten, die, wenn sie „nicht mehr an eine Veränderung in und durch die Politik“ glauben könnten, „als soziale Protestwähler zu den Republikanern“ überlaufen würden; schon in letzter Zeit war dieser Trend in früheren SPD-Milieus zu beobachten. Andererseits warnte Ueltzhöffer vor einem „schlafenden Potential“ der Rechtsradikalen auch im konservativen Verweigererlager, etwa bei den Millionen Nichtwählern in Bayern.

Die Unzufriedenheit – Motto: Parteien, nein danke – ging in Baden-Württemberg so weit, daß die Nichtwähler sich organisierten. Im badisch-gemächlichen Freiburg hatte sich die Protestpartei „Die Unabhängigen“ ein einziges Ziel gesetzt: die Wahlbürger im Lande massenhaft zur „politisch begründeten Stimmenthaltung“ aufzurufen.

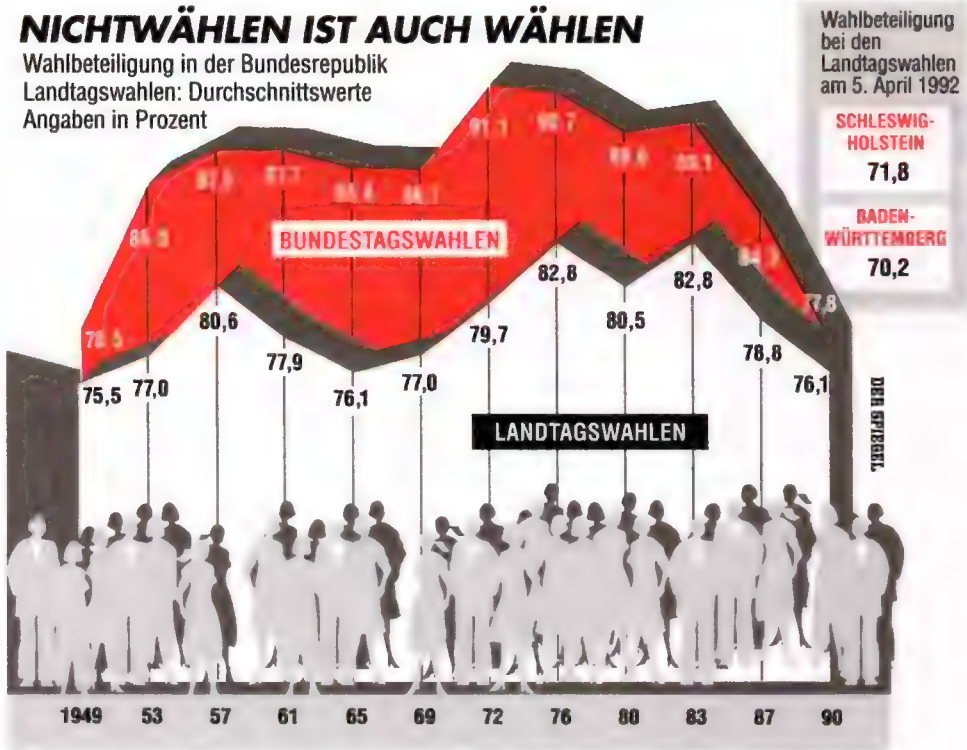
Die Tendenz zur Wahlenthaltung ging allenthalben einher mit einem erheblichen Zuwachs an Wechselwählern. Ihren Anteil an den Wahlberechtigten bezifferten Experten der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung letztes Jahr auf 43 Prozent in den alten Bundesländern.

Damit schien sich die Befindlichkeit der deutschen Wahlberechtigten, von denen rund drei Viertel jahrzehntelang durch Sympathie, Lebensstil oder soziale Interessen einer der größeren Parteien verbunden waren, den Orientierungen der amerikanischen Bevölkerung anzugleichen: Nur rund ein Drittel der US-Bürger beteiligen sich noch an Kongreßwahlen. Noch weniger, 30,2 Prozent, waren es bisher bei den diesjährigen Präsidentschaftsvorwahlen.

Doch die Anfälligkeit deutscher Wähler, in Krisenzeiten den Rechtsradikalen nachzulaufen, unterscheidet sich vom achselzuckenden Pragmatismus der Amerikaner. So unerquickliche Vorgänge wie der endlose Streit der Bonner Parteien ums Asylrecht haben den Bürgerzorn kräftig angefacht – und damit die Neigung, die Politiker durch radikales Wahlverhalten abzustrafen.

Auch das Fernbleiben von der Wahl entspringt keineswegs nur politischer Gleichgültigkeit und Resignation. „Die Wahlenthaltung stellt in zunehmendem Maß das Ergebnis einer bewußten Entscheidung durch politisch informierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger dar“, erläuterte jüngst der Tübinger Politikwissenschaftler Michael Eilfort, 28, in einer von der Adenauer-Stiftung finanzierten Studie.

Für eine Umfrage hatte Eilfort nach der letzten Bundestagswahl gut 20 000 Fragebogen an Wahlberechtigte in Stuttgart verschickt. In einer Zwischenbilanz, nach Auswertung von knapp 7000 Rücksendungen für seine Disserta-



Nichtwähler Strzeletzki
„Mißbrauch in vielen Bereichen“

Nur wenige weisen den Weg?

Führen heißt, Verantwortung übernehmen. Die Richtung muß stimmen. Sonst landen Sie am falschen Platz.

Ja!

Foto: Axel Bleyer

An KITOS können Sie sich gut orientieren. Höhe und Neigungswinkel lassen sich verändern (auf Wunsch). Oder die Formation. Das bringt Sie Ihrem Ziel ein ganzes Stück näher: Optimale Arbeitsplatzgestaltung. Über den Tag hinaus.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen.
Damit wir Sie schnell bedienen können, geben Sie bitte folgende Referenz-Nr. an: S 7

USM U. Schärer Söhne GmbH
D-7580 Bühl/Baden
Telefon (0 72 23) 8-09 40
Telefax (0 72 23) 86 77

Schweiz: USM U. Schärer Söhne AG, CH-3110 Münsingen, Tel. (0 31) 7 20 72 72, Fax (0 31) 7 20 73 10
Österreich: USM HALLER, G. Schirmer, A-1180 Wien, Erndtgasse 9–11, Tel. (02 22) 4 70 64 83, Fax (02 22) 4 70 04 03

USMKITOS

„Die flotten Enkel und die Toskana“

Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) über seine Partei, die Regierung und die Asylpolitik

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben es deutlich bewiesen: Wer den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts nicht wahrnehmen will, den bestraft der Wähler. Die SPD hat ihn nicht wahrhaben wollen; sie glaubte, das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten zu können. Wie konnte man so naiv sein und das, was die Bürger am meisten bewegt, unter den Tisch kehren?

Es zeugt von elitärer Arroganz, wenn Politiker sich Vorgaben anmaßen, welche Ängste, Sorgen und Nöte unser Souverän, der Bürger, haben darf und welche nicht. Wer selbst nicht mehr bereit oder in der Lage ist, auch auf die vielleicht noch diffusen Befürchtungen in der Bevölkerung einzugehen, der braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Es ist wenig tröstlich, daß auch die CDU und Kanzler Helmut Kohl ein Debakel hinnehmen mußten. Zum erstenmal hat das Thema Asyl, das bisher von der Union so erfolgreich vor Wahlen hochgespielt wurde, auf die Konservativen zurückgeschlagen. Offenbar haben die Bürger gemerkt, daß der Bundeskanzler gar keine durchgreifende Lösung wollte und daß die Asylproblematik über die Wahlen hinweg schwelen sollte – zur Ablenkung von den großen Versäumnissen der Bonner Koalitionsregierung.

Alles deutet zwar darauf hin, daß es sich um eine Asylwahl gehandelt hat. Aber ganz sicher sind auch allgemeine Ängste und Sorgen über die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht worden, sozusagen in einem Aufwasch. Und ich wage die Behauptung: Diese beiden Wahlen können zum Anfang vom Ende der Regierung Kohl werden, wenn die SPD die richtigen Konsequenzen zieht.

Unabdingbar scheint mir, daß die SPD möglichst schnell ihre selbstverordnete kollektive Denkblockade beim Asylmißbrauch aufgibt. Wer immer noch glaubt, die jetzige Fassung des Artikels 16 des Grundgesetzes sei auch dann noch sinnvoll, wenn er durch massenhaften Mißbrauch ausgehöhlt ist, der leidet unter Realitätsverlust.

Warum sollte sich denn nicht die SPD an die Spitze stellen im Kampf gegen den Mißbrauch? Was hindert sie, den Bundeskanzler in dieser Frage massiv zu fordern (und sich nicht nur widerwillig für eine europäische Lösung herzugeben, weil es halt nicht anders geht)?

Keine Partei, davon bin ich überzeugt, kann mehr als die SPD an einer raschen Lösung des Problems interessiert sein. Denn: Solange in der Arbeitnehmerschaft die Empörung über den Asylmißbrauch vorherrscht, so lange wird davon jedes andere Thema überlagert, das für die Bürger von existentieller Bedeutung ist.

Ist es denn, um Beispiele zu nennen, nicht niederschmetternd, wenn Rentner bei fast 5 Prozent Inflationsrate ganze 2,7 Prozent Rentenzuwachs bekommen, während Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel von der CSU gleichzeitig eine weitere große Unternehmens-Steuerreform durchpauken wollen, und wenn zur selben Zeit der Steuersatz für Spitzenverdiener von 53 auf 46 Prozent gesenkt werden soll?

Muß man nicht aufschreien, solange die Unternehmerprofite über Jahre höchste Zuwachsraten verzeichneten, während die Realeinkommen der Arbeitnehmer im letzten Jahr um bis zu 2,7 Prozent gesunken sind?

Ist es nicht ein Skandal, wenn sich in zehn Jahren Konjunktur die Zahl der Sozialhilfeempfänger nahezu verdoppelt, auf vier Millionen Menschen?

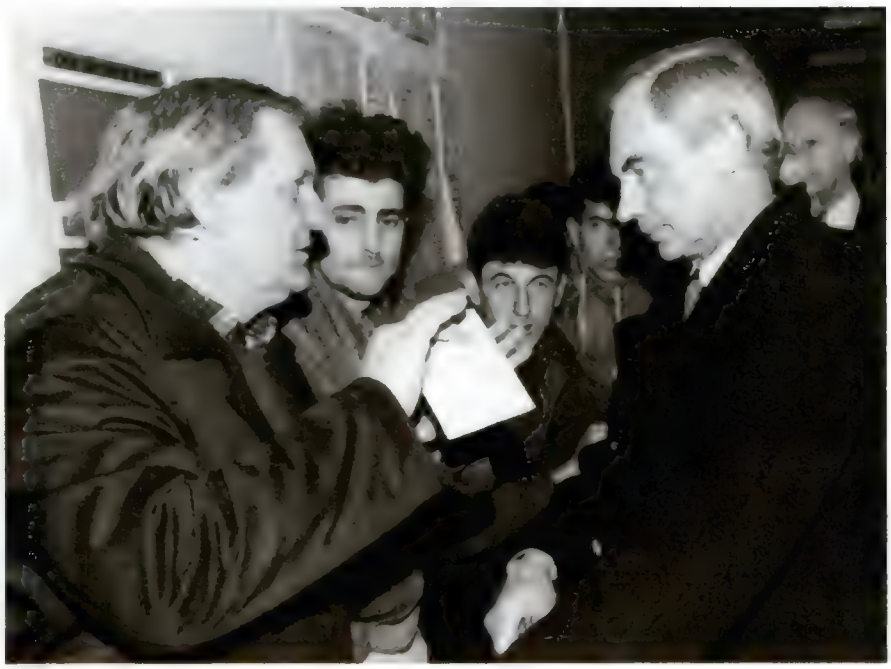
Nein, man kann es nicht begreifen, daß in konjunkturellen Blütejahren die Armen ärmer und die Reichen reicher werden. Eine Münchnerin schrieb mir: „Arm zu sein unter Armen, das kann man ertragen, aber bettelarm zu sein unter protzenhaftem Reichtum, das schmerzt und verbittert.“

Die Politik des Kanzlers zeigt ihr Janusgesicht. Kohl hat es seit 1982 verstanden, mit erbarmungsloser sozialer Kälte in allen Bereichen eine Umverteilung von unten nach oben durchzusetzen. Diese Politik ist weder sozial noch christlich, doch sie ist von Kohl gewollt, sein Werk, eine Art „Kohlismus“, vergleichbar mit dem „Thatcherismus“ in Großbritannien.

Das System besteht schlicht darin, daß ein Kartell von Privilegierten geschickt zusammenhält, bestehend aus den großen Kapital- und Vermögensbesitzern, den Mächtigen der Wirtschaft und den Geschäftemachern bis hin zu den ekelhaftesten Immobilienspekulanten, den protegierten Wirtschafts- und Berufsbereichen und einer Vielzahl von Medien, die den „Kohlismus“ stützen.

Weil in dem System, wie beim „Thatcherismus“, allergrößte Freizügigkeit im Wirtschaftsgeschehen garantiert wird, sahnen immer nur die Privilegierten und Reichen ab, die Rentner und Bezieher niedriger Einkommen werden geschröpft – jetzt in alarmierender Weise auch die Durchschnittsverdiener.

Ich bin überzeugt, daß dieses System Schiffbruch erleidet, wie in Großbritannien. Und das ist die Stunde der Opposition: Jetzt ist die SPD geradezu ver-



Sozialdemokrat Kronawitter (r.)*: „Immer sahnen nur die Reichen ab“

* Beim Gespräch mit Asylbewerbern in München.

pflichtet, den arbeitnehmerfeindlichen Kurs der Kohl-Regierung vorzuführen. Jetzt muß Björn Engholm, der SPD-Vorsitzende, zeigen, daß er führen und kämpfen kann und nicht nur moderieren. Man kann sich nicht auf leisen Sohlen an die Macht schleichen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die SPD-Führungsspitze wenig informiert ist, welche Probleme den Kumpel in Gelsenkirchen, die Krankenschwester in München oder den Polizisten in Hamburg plagen. Es scheint, daß da eine Kluft zwischen Politikern und einer Arbeitnehmerschicht überbrückt werden muß, die sich mit den Führungskräften kaum noch identifizieren kann.

Auch wenn es ungerecht sein mag: Viele Stammwähler bezweifeln, ob unsere „flotten Enkel" mit Vorlieben für französische Küche und kostbare Seidenhemden ihre Anliegen tatkräftig vertreten. Was soll der irritierte SPD-Wähler davon halten, daß von einer „Toskana-Fraktion" die Rede ist? Und daß vielleicht mancher auch noch stolz darauf sein mag, wenn er zu den Leuten mit dem gehobenen Lebensstil gerechnet wird?

Was kann einer sozialdemokratischen Partei Schlimmeres passieren, als in den Ruf zu kommen, sie habe „im Moment keinen Nerv für soziale Themen"? Das mag in der Presse überspitzt dargestellt worden sein, enthält aber einen richtigen Kern: Nur wenn es der SPD (der einstigen „Arbeiter-Partei") gelingt, von diesem Image wegzukommen, wenn ihre Stammwähler nicht länger abwandern – dann kann der Ära Kohl ein Ende bereitet werden.

In der ist, binnen zehn Jahren, eine riesige Verschiebung von Vermögen und Reichtum zuwege gebracht worden, die jedes soziale Gleichgewicht zerstört hat. Ich bin sicher, daß die Verteilungskämpfe immer heftiger werden, aber immer weniger zu verteilen sein wird.

Da muß die Opposition den Mut aufbringen, den Spitzeneinkommensbeziehern und großen Vermögensbesitzern zu Leibe zu rücken. In allen Bereichen, ob Steuerrecht, Erbrecht oder Mietrecht, sind harte Gegenpositionen zum „Kohlismus" vonnöten. Vor politischen Zuspitzungen und massiven Attacken braucht die SPD nicht zurückzuschrecken.

Und gerade weil die permanente Asyldebatte die skandalösen Zustände der deutschen Klassengesellschaft so lange verdeckt hat, gilt: Björn Engholm kann und darf Kanzler Kohl nicht mit dem vorgeschlagenen nationalen Pakt der Vernunft aus der Patsche helfen oder sich gar als Wasserträger hergeben.

Jetzt muß die SPD ihren Führungsanspruch mit Selbstbewußtsein und Vehemenz geltend machen. Die Konservativen können mitmachen oder in ihrem eigenen Saft schmoren.

Wahlkampf der Republikaner*
Aggressive Apathie

tion, ermittelte Doktorand Eilfort hohe Zustimmungswerte für Aussagen wie: „Die Politiker machen doch, was sie wollen", oder: Die Parteien sind „alle korrupt".

Weil politisches Handeln in der Demokratie entscheidend von den Parteien geprägt werde, folgerte der Wissenschaftler, schade das „schlechte Ansehen von Politikern und Parteien" über kurz oder lang „auch dem Ansehen der demokratischen Institutionen".

Auch die Sozialforscher Ascheberg und Ueltzhöffer entdeckten bei ihrer Umfrage, die sie für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung vornahmen, die neue Unzufriedenheit, die sich bisweilen bis zu „aggressiver Apathie" steigere. In den ersten Ergebnissen der von ihnen erstellten Vorstudie kamen sie im Februar auf einen Nichtwähler-Anteil von etwa 20 Prozent.

Forscherkollege Dieter Roth von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen gelangte kürzlich in den monatlichen Telefonumfragen seines Instituts, durch „indirekte Analyse", zu dem Ergebnis, daß allein für die Bundestagswahlen das Potential „bekennender Nichtwähler", wie er sagt, von zuvor 10 bis 12 Prozent der Wählerschaft auf jetzt etwa 20 Prozent zugenommen habe. Zusammen mit anderen Gruppen kann die Wahlabstinenz leicht 30 Prozent überschreiten.

„Das neuentdeckte Phänomen" sei, so Roth, daß weit mehr Wahlberechtigte als ehedem trotz meist eindeutiger Parteinähe die Nichtwahl als Instrument nutzen, „um ihren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen" – als Signal

* Landesvorsitzender Christian Käs am 8. März in Weinstadt-Endersbach (Baden-Württemberg).

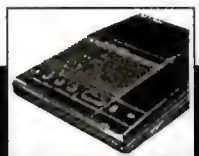
FREUDENSTADT

Gute Gedanken werden in gelöster Atmosphäre frei. Entdecken Sie die vielen angenehmen Kleinigkeiten, die den mentalen Freiraum natürlich erweitern. Finden Sie den Auslöser für große Ideen. In Freudenstadt im Schwarzwald.

Kongresszentrum Freudenstadt
Kurverwaltung Freudenstadt
Am Promenadeplatz 1 W-7290 Freudenstadt
Telefon 07441/86421 Telefax 07441/85176
Durchdacht tagen & Beschwingt entspannen!

ANRUFBEANTWORTER?

.. verlieren Sie nicht länger wichtige Anrufe durch ein endlos klingelndes Telefon! Unser postzugelassenes **Modell 2760 mit Fernabfrage** und sehr vielen wichtigen Extras informiert Ihre Anrufer bis 32 Sekunden und speichert Ihre Nachrichten auf Kassette. **Fern-Ansageänderung, Kombination mit Telefon, Anrufzeitspeicher, Doppelkassette bis 3 Minuten Ansage, Fußschalter für Diktate und noch viel mehr bei geringem Aufpreis!** Einfach einstecken und die neue Freiheit genießen! **Meistverkauftes Gerät in Deutschland, denn kein anderes** ist so modern und bietet bei so günstigem Preis fast alles wirklich Wichtige + **1 Jahr Garantie!**



nur 198,-
unverbindliche Preisempfehlung

Da fast jeder nicht nur das Preiswerte sondern auch das Beste haben will, sind unsere Geräte oft ausverkauft - bestehen Sie jedoch auf der Nr.1 im preisbewußten Fachhandel oder z.B. bei Karstadt, OTTO, STINNES Baumarkt, PHOTO - PORST, METRO, Kaufhof, Allkauf, Horten, Huma+Suma, Primus, Meister, Media-Markt, Hertie, Massa, A-Z, Wegert, Völkner, PC-Computer, Brinkmann, Schaulandt, Wertkauf und Telefonpalast, Hauptstr. 30, Berlin 62, Tel.: 030 - 784 30 62

CODE-A-PHONE
Kompetenz durch über 14 Millionen Anrufbeantworter seit 1957!

Die HUKgünstige VISA-Card.

Für MICH. Für DICH. Für ALLE.

HUK

Mit der HUK-VISA-Card genießen Sie den Schutz hochwertiger Reiseversicherungen und alle Annehmlichkeiten dieses modernen Zahlungsmittels. Die Standard-Card erhalten Sie schon für 38,– DM.

Da gibt es kaum eine Alternative.

Leben
Kranken
Unfall
Kraftfahrzeug
Rechtsschutz
Schutzbrief
Hausrat
Haftpflicht
Wohngebäude

NEU:
BAUSPAREN
HUK-VISA-Card

Mehr über das komplette VISA-Card-Angebot erfahren Sie über Coupon oder unser Service-Telefon: (0 95 61) 96-16 21 und 96-16 22

COUPON *Bitte senden Sie mir Informationen zur HUK-VISA-Card* 5 16 92

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

HUK-Coburg

Telefon (0 95 61) 96-0 · Bahnhofsplatz · 8630 Coburg

an ihre Wunschpartei: „So, wie ihr euch im Moment darstellt, sind wir nicht bereit, euch noch zu wählen“ (Roth).

Nicht nur „Desinteressierte, sondern oft Hochinteressierte“ verweigerten den Parteien ihre Stimme, sagt der Forscher: „Das ist der große Unterschied zu den siebziger Jahren und zum Anfang der achtziger.“

Schon früher äußerte sich der Verdruß über die Parteien nicht nur im Wahlverzicht. Manche Wähler gaben ihre Stimme einer anderen Partei, etwa den Grünen statt der SPD. Hohe Wähleranteile setzten bereits 1989 in Berlin auf die Republikaner (7,5 Prozent) und 1991 in Bremen auf die DVU (6,2 Prozent), die sie allerdings, wie Bremer

SPD-Kundgebung zur Bundestagswahl 1972: Rekord für Willy

DVU-Wähler im Fernsehen erklärten, gar nicht an der Macht sehen wollten.

Die Bonner Führungsstäbe der beiden großen Parteien sind über die Rechtsdrift wie über die sinkende Beteiligung alarmiert. Union und SPD können sich offenbar nicht mehr wie meist FDP und Grüne auf einen festen Anhang „treuer Wähler“ (Roth) verlassen.

„Die klassischen Milieus, aus denen die Parteien ihre Mitglieder rekrutieren, laufen auseinander“, weiß der frühere CDU-Wahlkampfmanager Peter Radunski – kein Verlaß mehr auf Katholiken bei CDU und CSU, auf Gewerkschafter bei der SPD.

Soviel Zorn und Enttäuschung über die Parteien hat es seit der Zeit der Großen Koalition und der Außerparlamentarischen Opposition nicht mehr gegeben. Damals, Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, hallten im Gefolge der Studentenrebellion lautstarke Proteste gegen paternalistisch-überständige Gesellschaftsnormen und den deutschen Beistand für den Vietnamkrieg der USA durchs Land.

Doch zugleich stabilisierte die Wählermehrheit in jenen bewegten Tagen geradezu demonstrativ die demokratischen Parteien. Die Beteiligung an den Bundestagswahlen steigerte sich zwischen 1969 und 1972 von 86,7 auf nie zuvor und danach erreichte 91,1 Prozent.

Der Rekord ging als „Willy-Wahl“ in die Geschichte ein, als Triumph des ostpolitischen Friedensvisionärs Willy Brandt („Wandel durch Annäherung“) über den schwankenden Unionskandidaten Rainer Barzel („So nicht“), der zuvor mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum im Bundestag gescheitert war. Später ging es mit der Wahlfreude der Bürger erst ganz langsam, dann aber kräftig bergab.

Mittlerweile bleiben zwei große Gruppen den Wahlkabinen fern, wie Ascheberg und Ueltzhöffer unterteilen:

- ▷ verdrossen-resignierte Angehörige der Unter- und unteren Mittelschicht, die sich durch die Politik in „Bedrohungsängste“ versetzt fühlen, und
- ▷ überwiegend jüngere Vertreter eines „neuen Individualismus“, die Politikern die Lösung globaler Großprobleme von der Nukleartechnik bis zur Luftverschmutzung nicht zutrauen.

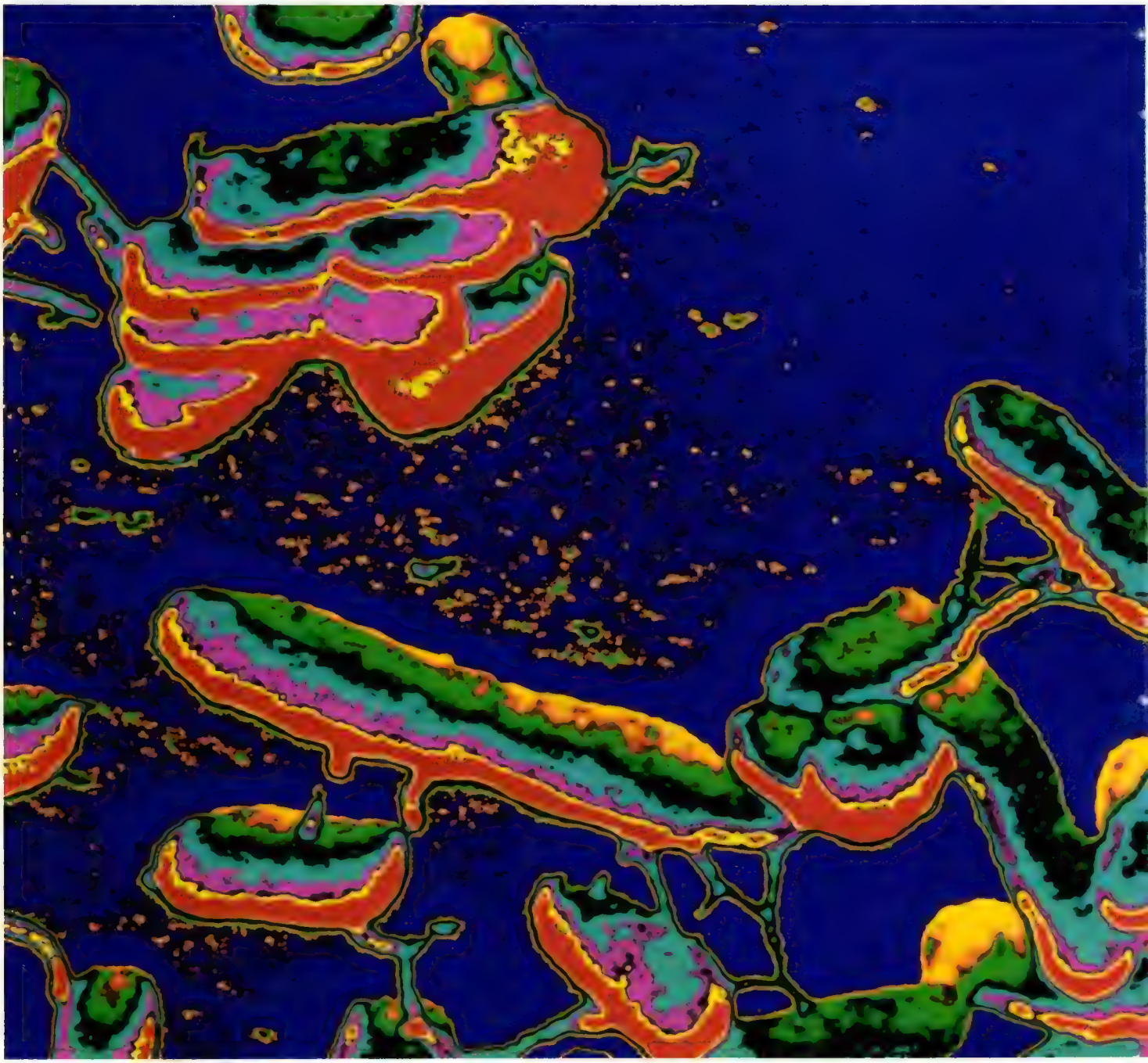
„Politik ist mir scheißegal“, erklären nach anderen Befragungen die einen, „es geht auch ohne mich.“ So kündigte der Münchner Fliesenleger Heinz Mar-

Auf unseren Aluminium-Rolläden steht Alulux, damit jeder Dieb sieht: Einbruchsversuch zwecklos!

Wir leben in unsicheren Zeiten. Einbruch und Vandalismus nehmen ständig zu.
Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung eines jeden Bauherren für Alulux-Aluminium-Rolläden eine sichere Investition in die Zukunft. Alulux steht jedoch nicht nur für erhöhten Einbruchsschutz, sondern auch für individuelle Farbgebung, hohen Bedienungskomfort, lange Lebensdauer und optimalen Sonnen-, Sicht-, Schall- und Staubschutz.
Der nachträgliche Einbau bei Altbaurenovierungen ist natürlich kein Problem!
Bitte fordern Sie doch einfach unsere Informationsbroschüre an:
Alulux Beckhoff KG,
Postfach 11 62, D-4837 Verl 1
Telefon 0 52 46 / 70 1-0
Telefax 0 52 46 / 7 01 29

ALULUX®
Der Aluminium-Rolladen

Die Zahl unserer Mitarbeiter ist soeben auf über 4

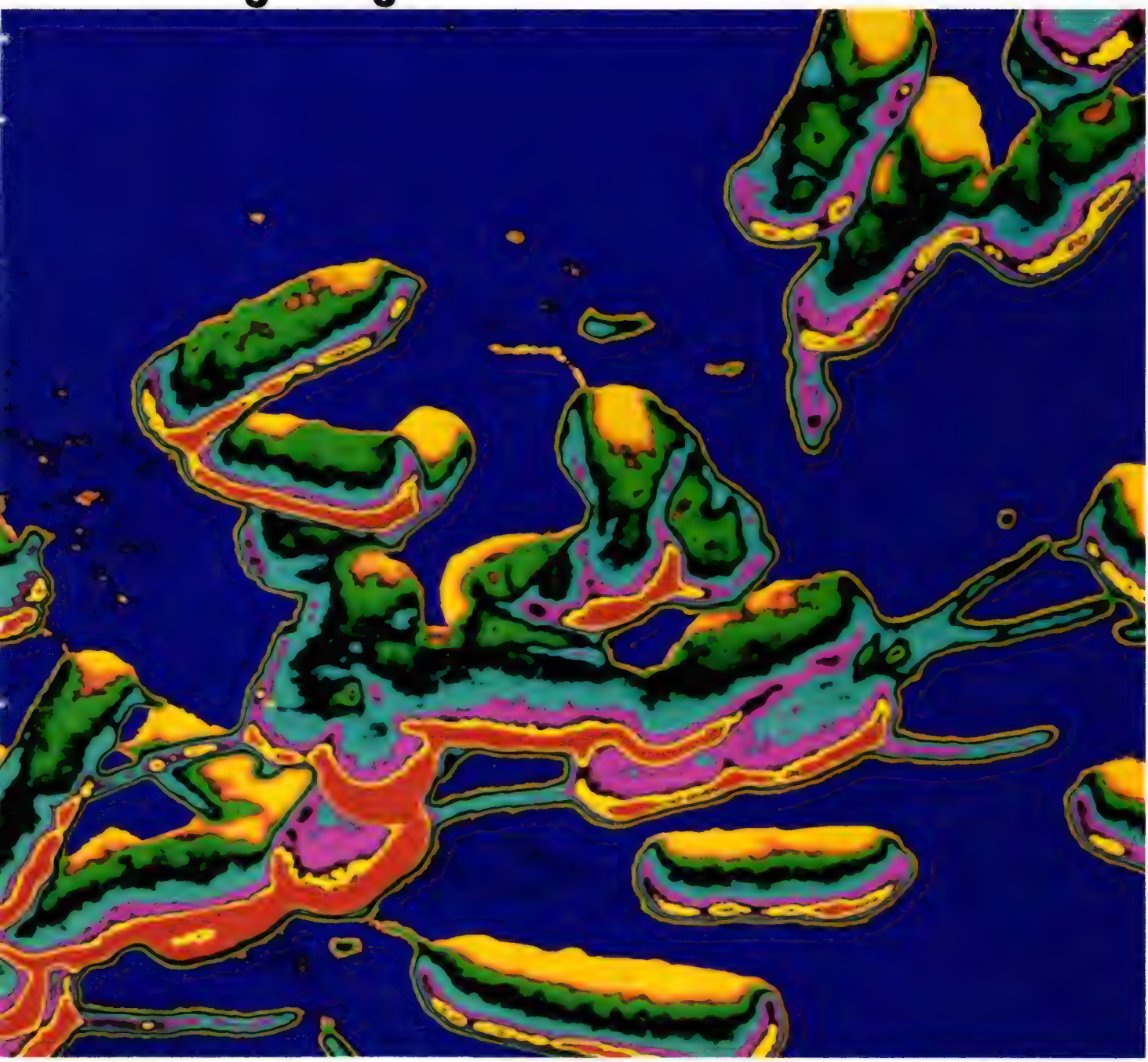


Pseudomonas Putida, einer von zahlreichen Mikroorganismen zur biologischen Bodensanierung.

Die neuesten Mitarbeiter von Aral sind Bakterien, und sie helfen uns beim Umweltschutz. Bei der Modernisierung von Tankstellen in den östlichen Bundesländern sind wir mehrfach auf ein Problem gestoßen: schadstoffbelastete Böden müssen saniert werden. Doch anstatt das ausgehobene Erdreich als Sondermüll zu deponieren, bereiten wir es, soweit möglich, biologisch wieder auf. Das erledigen

Einfach zahlen mit Ihrer ec-Karte und Geheimnummer.

Milliarden gestiegen.



für uns speziell gezüchtete Bakterien. Sie nutzen die Mineralölreste im Boden als Nahrungsquelle. Das auf diese Weise sanierte Erdreich kann dann schon bald wieder nutzbringend verwendet werden. Sogar im Landwirtschafts- und Gartenbau. Bliebe für heute nur noch zu erwähnen, daß Ihnen die bekannten Gesichter unserer Mitarbeiter an der Aral-Tankstelle natürlich auch weiterhin erhalten bleiben.

ARAL Alles super.

Wahlkämpfer Kohl in der DDR*: Nach dem Schwur die Steuerlüge

quard, 56, den Parteien („Das Volk is' dene Wurscht") die Gefolgschaft: „I wähl' nimmer, mir kennan's d' Schuah aufblas'n."

Die anderen wollen nicht „die Entscheidung der Regierung mittragen", oder sie sehen „keine echte Demokratie ohne Volksabstimmung". Auch konkrete Anlässe lösen Wahlfrust aus wie bei Realschullehrer Hans Werth im rheinischen Pulheim, der sich „mit der Wiedervereinigung von den Parteien überfahren" fühlte und deshalb erstmals nicht zur Bundestagswahl ging.

Die scheinbar schönen Ergebnisse der Großparteien nehmen sich bei Berücksichtigung der Nichtwähler weniger eindrucksvoll aus. So errang die SPD die absolute Mehrheit der Sitze in der Hamburger Bürgerschaft mit gerade 393 000 von 1,26 Millionen zugelassenen Stimmen, 31,2 Prozent der Wahlberechtigten. Selbst die absolute Mehrheit von 54,9 Prozent der abgegebenen Stimmen hatte die CSU bei der Bayern-Wahl im Jahr zuvor mit dem Votum eines guten Drittels der Wahlberechtigten erzielt.

Der Trend zur verstärkten Parteienverdrossenheit ist nicht auf die alten Bundesländer begrenzt. In Ostdeutschland laufen ähnliche Entwicklungen im Zeitraffertempo ab, obwohl dort zunächst alles ganz anders zu werden versprach.

Nach dem Mauerfall und dem Sturz der SED-Diktatur vor 29 Monaten trug eine Woge der Begeisterung und Hoffnung vor allem die Christenunion nach oben. Die von Michail Gorbatschow den Deutschen geschenkte Wiedervereinigung wurde bei der Bundestagswahl 1990 in Ost und West vor allem Helmut Kohl gutgeschrieben. Der Kanzler verhieß den Neubürgern, keinem von ihnen werde es schlechter, vielen werde es bessergehen.

Nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft schlägt sich der Frust der Leute in Politikverdrossenheit nieder. Die in Ostdeutschland neugegründete SPD leidet zudem an den politisch-psychologischen Auswirkungen des realsozialistischen Bankrotts auf das linke Spektrum: Die einst traditionsreiche Arbeiterpartei hat im Gebiet der ehemaligen DDR erst knapp 30 000 Mitglieder gewonnen (siehe Schaubild Seite 52).

Die Wahlbeteiligung ist denn auch seit der Volkskammerwahl 1990, an der noch 93,4 Prozent des Wahlvolks teilnahmen, stetig auf Westwerte zurückgegangen. In den Monatsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen ist das ostdeutsche Potential vorsätzlicher Nichtwähler mittlerweile auf überdurchschnittliche 24 Prozent angewachsen, vorübergehend sogar schon auf nahezu 29 Prozent.

Im Osten wie im Westen drückt Wahlenthaltung auch den Ärger von Bürgern über Politiker aus, denen oft theoretische und praktische Kompetenz abgesprochen wird – nicht zu Unrecht, wie Fachleute urteilen.

Seit je gehört zu den Grundproblemen der Politik, daß die Entscheidungsträger zunächst, nach ihrer Vor- und Ausbildung, „Karriere machen müssen und dafür Zeit benötigen", wie der Trierer Politologe Claus Kernig erläutert. Kernig: „Das Urteilsniveau unseres heutigen Bundestags wurde demgemäß vor zwei Jahrzehnten festgeschrieben."

Hinzu kommt, daß technologisches, zugleich politisch bedeutsames Wissen so schnell wie nie zuvor veraltet. Die Dynamik neuer Technologien wie Kernkrafterzeugung, Mikroelektronik oder Genmanipulation überrollt die Politiker. „Die politischen Institutionen werden zu Sachwaltern einer Entwicklung, die sie weder geplant haben noch gestalten können, aber doch irgendwie verantworten müssen", schreibt der Bamberger Soziologe Ulrich Beck über die „Risikogesellschaft".

Jüngere Wähler, von denen durch verlängerte Ausbildung 90 Prozent bis zum 20. Lebensjahr zu Hause wohnen, machen sich oft falsche Vorstellungen von einer Art Allmacht der Parteien. Um so größer fällt die Enttäuschung über reale Schwächen der Politik aus.

Schwächeanfälle gibt's genug. Zahlreiche Länder der Dritten Welt stehen am Rande des Zusammenbruchs. Die Armutsflüchtlinge aus dem Süden und dem Osten verschärfen das Konfliktpotential der reichen Industriestaaten, die teilweise bereits mit kaum lösbaren Anforderungen, etwa zusammenbrechenden Sozial-, Verkehrs- und Verwaltungssystemen, konfrontiert sind – bei schrumpfendem finanziellen Spielraum.

Raffen sich Parteien zum politischen Handeln auf, geraten sie häufig in Zielkonflikte. Wie widersprüchlich manche Forderungen an die Politiker sind, zeigt sich an den unterschiedlichen Motiven der Stimmverweigerer.

So äußerte eine große Gruppe der Nichtwähler, beispielsweise ältere Fami-

* Am 20. Februar 1990 in Erfurt bei einer Kundgebung der „Allianz für Deutschland" zur Volkskammerwahl.

SAINER Werbeagentur GmbH

EuroCargo von Iveco. Der strahlende Sieger.

TRUCK OF THE YEAR IVECO EuroCargo 1992

13 LKW-Fachjournalisten von 13 europäischen Fachzeitschriften haben entschieden: EuroCargo von Iveco ist „Truck of the Year 1992". Damit steht fest: EuroCargo ist zur Zeit eine der interessantesten und fortschrittlichsten LKW-Reihen von 6 - 15 Tonnen Gesamtgewicht auf dem europäischen Markt.

Was den Sieger auszeichnet:
– Varianten-Vielfalt für jede Transportaufgabe
– 8 Gewichtsklassen von 6 - 15 t GG
– 8 Motorisierungen von 75 kW (102 PS) bis 196 kW (267 PS)
– 12 verschiedene Radstände
– 3 verschiedene Fahrerhausvarianten
– 4 Federungssysteme
– 4 Scheibenbremsen bis 10 t GG

Sie finden heute keine moderneren Fahrzeuge für Ihre individuellen Transportaufgaben.

Machen Sie eine Probefahrt! Unser Iveco Partner stellt Ihnen gern einen EuroCargo direkt vor die Tür.

☎ Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Hotline unter 0130/82 31 21 zum Ortstarif zur Verfügung.

EuroCargo „Truck of the Year 1992" auf der Nutzfahrzeuge IAA in Hannover!

IVECO

Iveco Central Europe
Robert-Schuman-Straße 1 · München/Unterschleißheim

lienväter ohne Job, Verdiener mit kleinen Einkommen oder jüngere Arbeitslose, in den Sinus-Interviews die Furcht, daß ihnen zusätzliche Lasten durch die Wiedervereinigung oder die Ansiedlung von Ausländern das letzte Geld, zumindest die kleinen Ersparnisse wegzehren.

Aus offenkundiger Furcht vor einer ablehnenden Reaktion dieser Wählerschicht hatten Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel im Bundestagswahlkampf 1990 versprochen, wegen der deutschen Einheit werde es keine Steuererhöhungen geben. Bald darauf war der Wahlschwur vergessen. Die Bonner Regierung kassierte Aufschläge auf die Lohn- und Einkommensteuer, die Benzin- und Tabaksteuer, dazu Zuschläge auf die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und setzte im Februar die Mehrwertsteuer-Erhöhung um ein Prozent durch.

Unter Kleinverdienern machte das Wort von der Steuerlüge die Runde. Ganz anders die Weltsicht jüngerer Nichtwähler: Sie finden es, laut Sinus-Ergebnis, geradezu lächerlich, wenn Politiker angesichts von Klimakatastrophen, Kriegen und drohenden Menschheitsgefahren „um ein Prozent bei der Steuer streiten". Sie halten Parteien und Politiker für restlos überfordert, und sie vermissen Visionen und politische Leitfiguren.

Vor der rauhen Luft an der Basis ziehen sich viele Politiker, wenn sie nicht gerade Wahlkampf treiben, in die Raumschiff-Atmosphäre ihrer Sitzungswelten zurück, wo sie sich von Mängelrügen nicht gern behelligen lassen. Während zugleich der verbreitete Spaß der Parlamentarier an überflüssigen Überseereisen immer wieder Unmut erregt, bieten die Parlamentssäle bei Bundes- und Landtagsdebatten oft ein Bild gähnender Leere. Eine geradezu autistische Haltung gegenüber allen Einwänden nehmen Parlamentarier ein, wenn es um ihre Selbstversorgung geht.

Statt sich auf eine „angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde" Aufwandsentschädigung zu beschränken, wie es im Grundgesetz heißt, genehmigten sich die Abgeordneten in Bund und Ländern eine beamtengleiche Vollversorgung. Sie sind es so gewöhnt, denn viele von ihnen stammen aus dem Öffentlichen Dienst – im Bundestag gut 37 Prozent.

In Hamburg löste Ende letzten Jahres ein neues Pensions- und Diätengesetz heftige Bürgerproteste und einen Aufstand der SPD-Basis aus (siehe Seite 74). Mit dem Diätendesaster, wetterte die Hamburger Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, hätten SPD- und Fraktionsführung die „Vertrauenskrise staatlicher Institutionen und die Parteienverdrossenheit ohne Not in dramatischer Weise verstärkt".

Das hatten die Parteien auch schon auf andere Weise besorgt. Vor gut einem Jahrzehnt wurden während der Flick- und der Parteispendenaffäre jede Menge zwielichtige Geldgeschäfte publik: Damals kam heraus, daß die Parteien durch getarnte Einziehung von Spenden über steuerbegünstigte Stiftungen und Vereine Steuerhinterziehungen in Millionenhöhe gedeckt hatten. Der damalige FDP-Schatzmeister Otto Graf Lambsdorff kassierte eine Geldstrafe von 180 000 Mark. Eberhard von Brauchitsch, geschäftsführender Gesellschafter des Flick-Konzerns, der mit Firmen-Millionen die „Pflege der Bonner Landschaft" betrieben hatte, wurde zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und 550 000 Mark Geldbuße verdonnert.

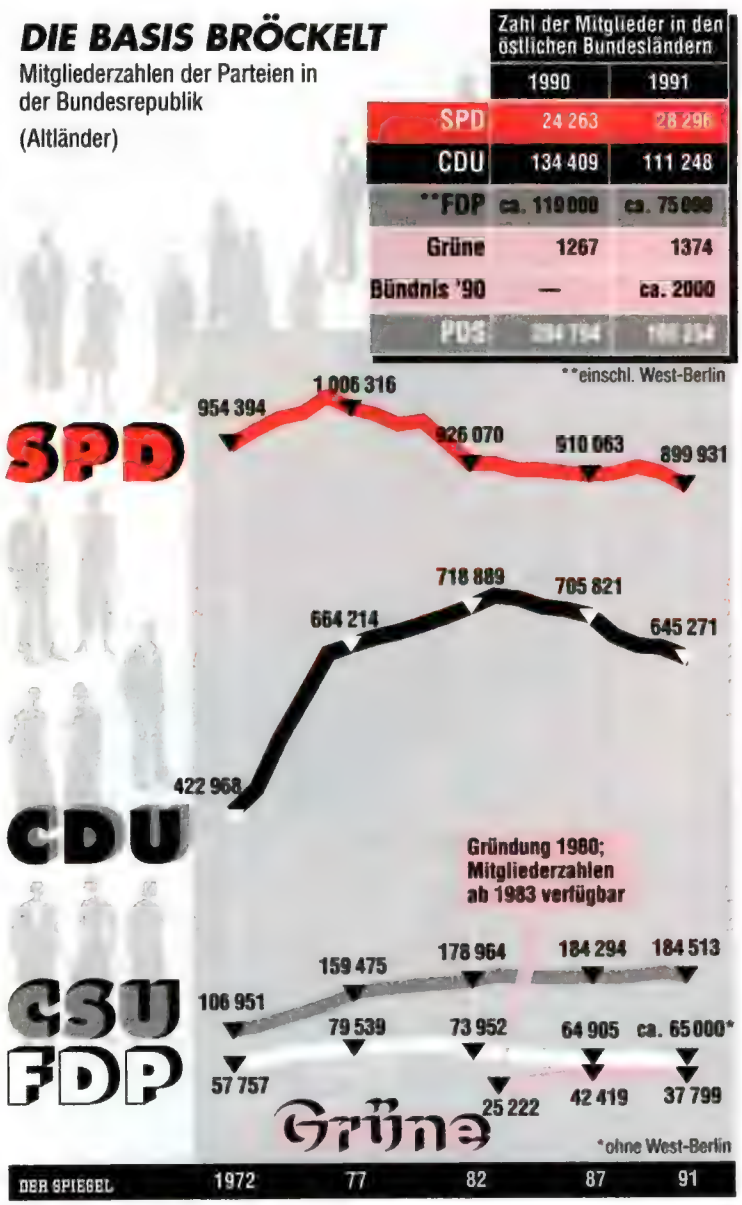
Persönliche Verfehlungen, wie sie im konservativen Spektrum auch bei der Barschel-Affäre, im sozialdemokratischen Milieu bei den Enthüllungen über die Neue Heimat und den co-op-Konzern herauskamen, erschütterten in den achtziger Jahren immer aufs neue das Vertrauen der Bürger in die politische Klasse. Doch mit deren Beteuerungen, für mehr Ehrlichkeit, mehr Transparenz und gläserne Kassen zu sorgen, war es jedesmal bald wieder vorbei.

Nicht einmal der Versuch, Kritik zwar aufzugreifen, aber produktiv zu machen, ist dem früheren Juso-Bundesvorsitzenden Ulf Skirke, 42, in Hamburg vor drei Jahren gut bekommen. In einem Thesenpapier lastete Skirke politische Defizite wie „mangelnde Sachkompetenz oder unzureichende Durchsetzungskraft" nicht einfach dem „persönlichen Versagen ‚der' Politiker" an, sondern dem Problemknäuel der Risikogesellschaft.

Prompt wurde Skirke aus dem Hamburger SPD-Landesvorstand ausgebootet, dem er angehört hatte. Der Thesenschreiber hatte es geahnt: „Die Spitzenpolitik hat längst eine Art Kaste herausgebildet."

Skirke schloß sich der Hamburger Vereinigung Demokratische Offenheit an, die für „mehr innerparteiliche Demokratie" ficht. Sie wurde neben Sozialdemokraten und Grünen von CDU-Dissidenten begründet, die den mafiaähnlichen Führungsstil des langjährigen Hamburger Parteichefs Jürgen Echternach bekämpften.

Vor allem junge Leute haben es in Parteigliederungen oft schwer, wenn sie sich nicht kantenlos anpassen. Karsten Rudolph, 29, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Westliches Westfalen, tadelte vorletztes Jahr, wie keine andere Partei habe es die SPD im



Die WestLB zum Thema Direkteinstieg:

Aufspringen oder sitzenbleiben?

Als Hochschulabsolvent befördert Sie der Direkteinstieg bei der WestLB schnell und sicher von der Theorie in die Praxis.

Im Rahmen eines „training on the job" betreuen Sie eigenständig einen Aufgabenbereich. Dabei werden Sie von erfahrenen WestLB-Mitarbeitern unterstützt. Für einen Berufsstart, wie er im Buche steht.

Die WestLB ist, bei aller Größe und Internationalität, eine kompakte und übersichtliche Bank. Eine Bank, in der jeder einzelne Mitarbeiter relativ viel bewegen kann.

Deshalb zählt selbständiges Denken und Handeln hier besonders. Aber als Direkteinsteiger fordern wir Sie nicht nur, wir fördern Sie auch. Und zwar abgestimmt auf Ihre persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Damit Sie alles in die Hand bekommen, was für eine Karriere im Bankgewerbe wichtig ist.

Verfügen Sie über einen qualifizierten wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Abschluß oder ein Diplom als Informatiker oder Mathematiker mit wirtschaftswissenschaftlicher Orientierung? Haben Sie gute Fremdsprachenkenntnisse, sind Sie mobil und nicht älter als 30 Jahre? Dann sollten Sie unsere Berufseinstiegs-Broschüre anfordern. Berufspraxis kommt Ihnen bei einer Bewerbung zugute.

Oder rufen Sie uns in der Zeit von 16.00 - 18.00 Uhr an. Wir beraten Sie gerne. Diese Beratung ist auch dann interessant für Sie, wenn Sie sich noch nicht sofort bewerben wollen.

Ansprechpartnerin ist Frau Nagel, Telefon (0211) 826 2472.

Düsseldorf, Münster, Bielefeld, Dortmund, Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln, in 16 Ländern Europas sowie in Hongkong, Melbourne, New York, Osaka, Peking, Rio de Janeiro, Singapur, Tokio, Toronto

Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Herzogstraße 15
4000 Düsseldorf 1

WestLB

Die Westdeutsche Landesbank

Leistung über den Baustoff hinaus:
hebel Unternehmensgruppe

Wo immer Sie Ihr Bauvorhaben planen und bauen, wir sind schon für Sie da.

Hervorgegangen aus einem vor über 50 Jahren gegründeten Allgäuer Familienbetrieb, ist die Hebel Unternehmensgruppe heute einer der führenden Anbieter von Baustoffen und Dienstleistungen „rund um den Bau". Die Hebel Technologie trägt weltweit dazu bei, die Qualität von Bauwerken und Bauleistungen im Wohn- und Wirtschaftsbau zu verbessern, die Bauarbeit rationeller und humaner zu gestalten.

11 Werke in Deutschland sowie 36 Lizenz- und Vertriebspartner in Europa und Übersee bieten Ihnen nicht nur massive, hochwertige Bauteile für Wand, Decke und Dach, sondern auch Service und qualifizierte Beratung bei Planung und Bauausführung bis zur Inbetriebnahme bzw. zum Einzug – wo immer Sie Ihre Investition planen.

Hebel AG
Kundeninformation
Postfach 1353
8080 Fürstenfeldbruck

hebel Bauen mit Verstand

L&S München

6/1982

48/1983

20/1984

38/1987

SPIEGEL-Titelgeschichten über politische Affären: Zwielichtige Geldgeschäfte zur finanziellen Pflege der Bonner Landschaft

Ruhrgebiet geschafft, ihren einstigen Bonus als Anwalt der Jungen „bis zum Beginn der achtziger Jahre gründlichst zu verspielen". Rudolph: „Sowohl die Grünen als auch rechtsextremistische Parteien erhalten einen überdurchschnittlichen Zulauf junger Wählerinnen und Wähler."

In einem Reformpapier verlangte der junge Historiker Schritte gegen ein „Vergreisungssyndrom", das eine „Entpolitisierung und Apathie" des Parteilebens zur Folge habe. Der Parteibezirk setzte eine „Organisationskommission" zur „Reform der Parteiarbeit" ein.

In Unionsverbänden kommen widerborstige Nachwuchskräfte noch seltener vor als bei der SPD. Hier gedeihen stromlinienförmige Karrieristen wie der frühere Junge-Union-Chef Matthias Wissmann, 42, der beim nächsten Bonner Aufstiegsschub zu dem typverwandten Freidemokraten Jürgen Möllemann aufschließen könnte.

Nach Möllemanns Ernennung zum Bundeswirtschaftsminister giftete letztes Jahr der frühere Kanzlerberater Horst Teltschik, „daß man Minister werden kann, ohne auch nur eine Spur von Sachkompetenz nachweisen zu müssen, dafür aber um so mehr an Durchsetzungsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit und Medienbegabung".

Teltschik, einmal in Fahrt: „Wie erbärmlich der Zustand der Parteien tatsächlich ist, wird bereits an einer einzigen, aber entscheidenden Frage offenbar: Wie erkläre ich heute einem jungen Menschen, daß er in eine Partei eintreten soll?"

Bei Teltschiks Unionsfreunden herrscht zumeist „Ruhe auf dem Sofa", wie der kauzige Heidelberger Linksgrafiker und Pamphletist Klaus Staeck stichelte. Staeck, sozialdemokratischer Initiator einer „Aktion für mehr Demokratie": „Die CDU/CSU besteht im wesentlichen nur noch aus Kohl."

Seit der Vertreibung des rebellischen Generalsekretärs Heiner Geißler im August 1989, der den Wählerverdruß über eine impulsgebremste CDU vorausgesehen hatte, nicht aber Kohls Glücksfall der Wiedervereinigung, thront der Kanzler mit seiner innerparteilichen Machtfülle über seinen mediokren Helfern.

Der einst von Kohl gestürzte Partei- und Fraktionschef Barzel hat kürzlich das System der Machtsicherung in Bundestag und Regierung analysiert, zu dem vor allem die Ernennung von 33 statt früher mal 7 Parlamentarischen Staatssekretären gehört. In einem Brief an den Kölner Soziologen Scheuch, der kürzlich mit einer parteikritischen Studie Aufsehen erregte, schrieb Barzel:

> Die Manipulation mit den Parlamentarischen Staatssekretären – überflüssig wie ein Kropf! –, die Ausweitung ihrer Zahl, ihre materielle und rechtliche Stellung – alles das stinkt zum Himmel. Es ist *das* Herrschaftsinstrument des Kanzlers! Denn jeder will das werden!! Biedert sich an . . .

Barzel beschrieb ein weiteres Instrument zur Kujonierung der Bundestagsabgeordneten: „Die Versorgung der Abgeordneten nach zwei Perioden ist unangemessen hoch. So duckt sich so mancher, um – wenigstens ein Mal – wiedergewählt zu werden." Den Parlamentariern steht erst nach zwei Legislaturperioden eine Pension zu – anfangs gut 3500 Mark. Haben sie sich erst mal acht Jahre lang geduckt, so das Kalkül der Parteienstrategen, ist ihnen die Lust am Widerspruch weitgehend vergangen.

Kohl ist, ob er es weiß oder nicht, ein Repräsentant der ökonomischen Politiktheorie, die ihr Schöpfer Anthony Downs 1956 so beschrieben hat: „Die Parteien treten mit politischen Konzepten hervor, um Wahlen zu gewinnen; sie gewinnen nicht die Wahlen, um mit politischen Konzepten hervortreten zu können."

Bei den Wahlen geht es folglich nicht mehr um Langfristthemen, wie Geschäftsführer Klaus-Peter Schöppner vom Bielefelder Emnid-Institut beobachtete, sondern um „Kurzfristentscheidungen über Themen, die von Parteimanagern kurzfristig kreiert werden". Schließlich hänge die politische Existenz der

Nachwuchspolitiker Skirke, Wissmann: „Ruhe auf dem Sofa"

Die neue deutsche Linie:
Mehr Gastlichkeit auf fernen Reisen.

Martina Gercke, 28
Jassin Kraft, 26
Anja Fortong, 25

An Bord unserer B747-Flotte bieten wir Ihnen jetzt mehr Komfort, Genuß, Unterhaltung.

Mehr Komfort: Damit Sie entspannt ankommen, rüsten wir unsere gesamte B747-Flotte Schritt für Schritt um. So können Sie sich auch in der Business Class auf Langstrecken so richtig langstrecken.

Mehr Genuß: Unsere Chaîne des Rôtisseurs Menüs auf allen Interkontinental-Flügen auch in der Business Class.
Mehr Unterhaltung: Musik von Klassik bis Pop jetzt in CD-Qualität. Die neuen Videosysteme, die wir in diesem Jahr einrichten, zeigen Ihnen Kino, wann Sie wollen.
Erleben Sie auf einem Ihrer nächsten Flüge, was wir Ihnen für 1992 versprechen:

Einfach ein bißchen mehr.

Lufthansa

LH 16-01/92

Soziologen-Ehepaar Scheuch: „Auf dem Weg zur Mehrparteiendiktatur"

Führungsfiguren daran, so Schöppner, „daß sie über die nächste Wahl hinwegkommen".

Gerade dieses taktische, kaum noch von erkennbaren Grundüberzeugungen geprägte Kurzfristverhalten verdrießt viele Wähler. „Egal, was gewählt wird", bekam Umfrager Eilfort von Befragten in Stuttgart schriftlich, „Änderungen gibt's sowieso keine." Vor die „Wahl zwischen ‚tweedledee' und ‚tweedledum'" gestellt, folgert Eilfort, flüchteten immer mehr Leute in die Protest- oder Nichtwahl.

Sogenannte selbstlose Wähler, die von der Partei ihrer Wahl nicht wirtschaftliche oder Steuervorteile erwarten wie Bauern oder Beamte, sondern die sich für Gemeinwohlinteressen engagieren, sind auf dem Rückzug. 1990 kam hinzu, daß dieser Wähler-Typ mit dem Kandidaten Oskar Lafontaine „wenig anzufangen wußte", so Eilfort. Kohls Einheitscoup hatte den Verfolger verwirrt und dessen Anhang gelähmt. Eilforts Fazit: „Die SPD dürfte am ehesten unter der Wahlenthaltung gelitten haben."

Daran wird sich auch nichts ändern, wenn Lafontaine und Fraktionschef Hans-Ulrich Klose weiterhin miteinander streiten oder gemeinsam auf Parteichef Engholm einschlagen. Vertrauen kosteten auch die hektischen Positionswechsel von Lafontaine, der die Nato mal abschaffen, mal bis Asien ausdehnen wollte und sich mit populistischen Manövern gegen die Mehrwertsteuer-Erhöhung oder die Schaffung der Eurowährung hervortat.

Die SPD hat noch nicht wieder zur politischen Kontinuität früherer Jahre gefunden. Alle früheren Bundeskanzler, Christ- wie Sozialdemokraten, verdankten ihre großen Wahlerfolge beharrlicher Überzeugungsarbeit. Es waren Langfristthemen, mit denen sie siegten: Konrad Adenauer mit Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, Ludwig Erhard als Schöpfer von Währungsreform und Marktwirtschaft, Willy Brandt mit der Ostpolitik und Helmut Schmidt mit der Bewältigung der Ölkrise.

Die meisten der knorrigen Gründerväter hatten zunächst andere Berufe ausgeübt, bevor sie Politiker wurden. Der gütige Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen etwa war gelernter Stukkateur gewesen, Hamburgs Max Brauer Glasbläser, der listenreiche erste CSU-Vorsitzende Josef („Ochsensepp") Müller Rechtsanwalt. Nun aber: „Woher stammt dieser polierte, wieselige, wendige, geölte, salbadrige Typus, der inzwischen und offenbar immer mehr das Feld beherrscht?" klagte schon vor Jahren der Politologe Christian Graf von Krockow.

Es ist der vorherrschende Typ des „Amtsinhabers", der, wie die *Frankfurter Allgemeine* unter Berufung auf eine psychologische Studie schrieb, „Politik als Marktveranstaltung" begreift und nicht versteht, daß die Wähler vielleicht von Politikern „verlangen, Ideen aufzugreifen und Visionen nachzuhängen".

So mancher Abgeordnete sehe sich auch gar nicht mehr als Mandatar, sondern als „Vorgesetzter des Bürgers", meint Soziologe Scheuch. In seiner Studie, die er kürzlich mit seiner Frau Ute erarbeitet hatte, wurden am Beispiel Kölns kommunale Cliquen westdeutscher Berufspolitiker beschrieben, die sich in parteiübergreifenden Gegenseitigkeitsverträgen auf Kreis- und Regio-

Wochenende in München

DM 99,- pro Person/Nacht im Doppelzimmer

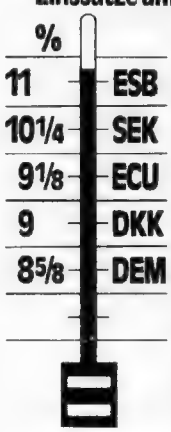
Inklusive:
- Willkommensdrink
- Übernachtung
- Frühstücksbuffet
- Benutzung des Schwimmbades u. Fitness-Centers
- Freies Parken
- Freier Eintritt in den Tierpark Hellabrunn, das Deutsche Museum oder den Olympiaturm

Gültig: Freitag bis Sonntag sowie feiertags auf Anfrage.

Sheraton München
HOTEL & TOWERS
Arabellastraße 6, D 8000 München 81
Telefon: 089/92 64-0 Fax: 089/91 68 77
ITT SHERATON. THE NATURAL CHOICE

Zellner & Glomb München

Ihr Festgeld-Barometer.
Zinssätze am 30. März 1992:



Weitere Vorteile für Sie: Es fallen bei uns keinerlei Gebühren an. Wir nehmen uns Zeit für individuelle Beratung, – und Ihre Gelder sind in Dänemark nicht steuerpflichtig.

Näheres erfahren Sie durch einen kostenlosen Anruf unter der Nummer 0130 810 751 oder durch Einsenden des Coupons.

Name SP 16/92
Adresse

Bank of Copenhagen
Østergade 4-6, DK-1100 Kopenhagen K. Fax 0045 33 93 77 14.

Grand Marnier Cordon Rouge. Der extravagante Geschmack von karibischen Bitterorangen und edlem, alten Cognac.

nalebene Listenplätze, Ämter und Versorgungsposten zuschanzen.

Die Nominierung von Wahlkandidaten wird zumeist in informellen Zirkeln vereinbart, die Mitglieder in den eigentlichen Wahlgremien dürfen nur noch zustimmen (SPIEGEL 6/1992). Nach Veröffentlichung der Studie drohte der CDU-Kreisvorsitzende Axel Rodert dem Parteifreund Scheuch prompt mit Rausschmiß.

Scheuch erhielt rund 600 Briefe, davon zwei negative. Zu seiner Verwunderung schrieb ihm auch der Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD): Er könne die Ergebnisse der Studie aufgrund seiner „langjährigen Erfahrung vollkommen bestätigen" (siehe Seite 44).

Da erst begriff der Professor richtig, daß sich die eigentlichen Kartellbrüder der Parteien oft in einer anonymen Grauzone verbergen. Vorzeigefiguren wie Kronawitter in München oder der zeitweilige Frankfurter OB Volker Hauff müssen ihnen „die Clowns" (Scheuch) für den öffentlichen Politzirkus machen.

Der frühere Bundesforschungsminister Hauff war der ruppigen Anspruchsmentalität grauer Parteikader nicht gewachsen, zumal er als kommunalpolitischer Neuling auch selber Fehler machte. Die Machtkämpfe der Karrieristen, so Hauff, hätten „jede inhaltliche Diskussion zur Farce werden" lassen. Dabei wollen es die Frankfurter Genossen auch belassen: Der Ortsvorstand unterband die parteiinterne Diskussion über scharfe Kritik in Hauffs kürzlich erschienenem Erlebnisbuch „Global denken – lokal handeln".

Als festen Kern innerparteilicher Herrschaft hat Scheuch in den Großparteien eine Art „magisches Dreieck" ausgemacht: den jeweiligen Kreisvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden und den Fraktionsgeschäftsführer. Um sie herum bilden sich häufig „Kerngruppen", die sich öffentliche Aufträge sowie Aufsichtsjobs und Führungspositionen in kommunalen Unternehmen zuschieben.

Nichts Neues: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte schon vor Jahren, als er noch Berliner Bürgermeister war, vor der Verlockung der jeweiligen Regierungsparteien gewarnt, „sich mit dem Staat gleichzusetzen". Der Einfluß der Parteien, so der Christdemokrat, habe sich „quasi ‚fettfleckartig' über nahezu alle staatlichen Institutionen immer weiter ausgebreitet".

Daran hat sich nichts geändert. Ende 1988 bemängelte der Freidemokrat Rolf-Peter Magen, Vorsitzender des Verbandes Berliner Verwaltungsjuristen, die unveränderte Praxis, freiwerdende Posten in der Berliner Verwaltung ausschließlich mit Bewerbern zu besetzen, „die den Regierungsparteien angehören oder ihnen besonders genehm sind", damals noch CDU und FDP.

Am besten funktioniert das gängige System der Ämterpatronage wohl in Bayern: In der demokratischen Glücksspirale gewinnt die CSU immer die Goldene 1. In etlichen deutschen Gauen sind die Parteimanager aber schon ein ganzes Stück weiter.

Um ihre Macht von den Unwägbarkeiten der Wahlen abzukoppeln, werden die Kartelle, wo dies wegen ungesicherter Mehrheiten opportun ist, zusätzlich durch Proporzverträge zwischen mehreren oder allen Parlamentsparteien abgesichert. Dadurch entstehen praktisch demokratiefreie Räume, deren Besetzer lediglich auf die Positionssicherung innerhalb der eigenen Gruppe achten müssen. Die Wahlergebnisse schwemmen nur noch die Hinterbänkler hin und her.

Aufbrechen lassen sich die versteinerten Machtstrukturen wohl vor allem durch eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie, über die denn auch, auf Antrag der Hamburger CDU-Dissidenten, im Sommer das Bundesverfassungsgericht verhandeln will.

Unter den bisherigen Umständen aber, folgert Soziologe Scheuch, gebe es „nicht mehr ein Mandat auf Zeit". Der Abgeordnete des inneren Zirkels trete „nicht mehr zurück ins normale Leben": „Er muß glauben, er sei in den Adelsstand versetzt worden."

So benehmen sich manche Politiker auch, und so werden sie behandelt. Ein hoheitlicher Vorgang eigener Art wurde im Januar im rheinischen Langenberg aktenkundig. Dort hatte ein Klinikum vorsorglich einen Notarztwagen bereitgestellt, als das Düsseldorfer Kabinett mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) an der Spitze einem früheren Ministerkollegen einen Empfang zum 65. Geburtstag gab.

Als in unmittelbarer Nachbarschaft ein Mann bei einer Messerstecherei schwer verletzt wurde, blieben die Regierungssanitäter eisern auf Warteposition. Dem Verletzten nebenan mußte ein Notarztwagen aus dem benachbarten Hattingen zu Hilfe eilen. CDU- und SPD-Offizielle redeten sich später auf eine Fehleinschätzung der Lage heraus. Scheuch: „Das ist der neue Adel."

Annäherung der Volksparteien

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Auffliegen kann das System gegenseitiger Machtsicherung, wenn die Begünstigten sich allzu dreist bedienen. Das passierte den verschworenen Vergütungsplanern beim Hamburger Diätenskandal.

Die Hamburger SPD-Juristen haben das neue Sicherungssystem präzise beschrieben. Statt der früheren Flügelkämpfe in der SPD verfolge Bürgermeister Henning Voscherau „im Schulterschluß" mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und FDP ein „neues, effizienteres Verfahren für Machterhalt" – „abgekoppelt von den Diskussionsprozessen in der Öffentlichkeit und auch der Parteibasis".

Dem Kölner Scheuch scheint klar, was da in Hamburg und anderswo abläuft: „Wir sind auf dem Weg zur Mehrparteiendiktatur."

Verläßlichkeit der Stärke:

Buster Keaton mit seinen Söhnen James und Robert, 1928

Die DBV-EDITION in limitierter Auflage

Wir schicken Ihnen kostenlos, solange verfügbar, ein Buster-Keaton-Poster im Format 50 x 60 cm. Bitte schreiben Sie unter Angabe Ihrer vollständigen Anschrift an: DBV Versicherungen, Fachbereich Vertrieb und Marketing/4, Frankfurter Straße 50, 6200 Wiesbaden.

ADVANTAGE

DBV Krankenversicherung

Sich und seine Familie gesund zu erhalten ist die eine Sache. Die andere: sich mit der **DBV Krankenversicherung** optimal vor den finanziellen Folgen von Krankheit zu schützen. Nutzen Sie die exklusive Partnerschaft der DBV Versicherungen und der Commerzbank . Denn hier addieren sich 120 Jahre Erfahrung im Versicherungsgeschäft und erfolgreiches Bankwesen zu einer einzigartigen Stärke in allen Fragen rund um Geld und Sicherheit. Garantiert durch einen Außendienst, in dem vorwiegend geprüfte Versicherungsfachleute arbeiten, die rund um die Uhr für Sie da sind. Leicht erreichbar über unser bundesweites Filialnetz oder jede Zweigstelle der Commerzbank .

Wenn Sie wichtige Entscheidungen für Ihre Zukunft treffen, sollten Sie auf ein Gespräch mit uns nicht verzichten. Es zahlt sich aus.

DBV VERSICHERUNGEN

Unsere Erfahrung für Ihre Zukunft

VOM FEINSTEN:

Die Fortsetzung deutscher Blechspielzeug-Tradition: HENDRIX-Modelle berühmter historischer Fahrzeuge im Maßstab 1:24 aus Blech sind nicht nur eine Spitzenleistung an Qualität (Handarbeit) und Präzision, sondern durch die sehr begrenzten Stückzahlen auch eine excellente Wertanlage.

KÜBELWAGEN TYP 82

Bereits ein Klassiker!

Originalmaße: L 16,5 cm, H 7 cm, B 6,5 cm. Türen zum Öffnen, Motorhaube aufklappbar (Motor präzise ausgeformt), Unterbau detailliert ausgeformt, Windschutzscheibe klappbar, Modell ist lenkbar, Hinterachse gefedert und vieles mehr.
Exclusiv: 149.-DM

SCHWIMMWAGEN TYP 166

Endlich wieder lieferbar!

Originalmaße: L 17 cm, H 7 cm, B 6,8 cm. Windschutzscheibe und Vordersitze wie beim Original klappbar, Motorhaube aufklappbar (Motor präzise ausgeformt), Modell ist lenkbar, Schwimmschraube nach oben klappbar und vieles mehr.
Exclusiv: 149.- DM

HENDRIX

better products for a better life

Postfach 1527, 7080 Aalen
Tel.: 07361 - 73041
Fax.: 07361 - 75300

Hiermit bestelle ich zum Einzelpreis von
149.- DM .....Stck. Kübelwagen
149.- DM ..... Stck. Schwimmwagen
Lieferung erfolgt per NN oder Vorkasse zzgl. 5.- DM Versandkostenanteil.

Name, Vorname

Strasse

PLZ Ort

Datum, Unterschrift

Geld-zurück-Garantie:
Natürlich können Sie Ihr Modell innerhalb von 14 Tagen originalverpackt und unbeschädigt an uns zurückgeben - Sie bekommen dann Ihr Geld sofort zurück.

Republikaner

Kaschmir statt Kampfanzug

Der rechte Intellektuelle Rolf Schlierer, Kronprinz von Franz Schönhuber, soll die Republikaner salonfähig machen.

Die Buhrufe verstummen. Rolf Schlierer geht durch die Absperrung und durchquert das Wahlstudio im Stuttgarter Landtag.

Zunächst leicht verlegen stellt er sich neben den Stehtisch, an dem sich wenige Minuten nach der ersten Prognose drei Spitzenpolitiker der Landtagsparteien aufgebaut haben. Die schneiden ihn und müssen dann zusammenrücken: Schlierer hat sich an den Tisch geschoben und lehnt jetzt lässig, den Ellbogen aufgestützt, wie an einer Bartheke.

Seit dem Wahlabend am vorletzten Sonntag ist Schlierer, 37, eine politisch präsente Größe im Land. Er ist der führende Kopf der baden-württembergischen Republikaner (Rep), die mit 15 Abgeordneten als drittstärkste Partei (10,9 Prozent) nach CDU und SPD in den Landtag einziehen werden.

Der unerwartete Wahlerfolg bringt die Reps bereits in Personalnot: Einige Kandidaten, die mit ihrer Wahl im Ernst gar nicht gerechnet haben, wollen ihr Mandat nicht annehmen.

Schlierer soll Fraktionsvorsitzender werden und, bei Bewährung, die Nachfolge Franz Schönhubers, 69, antreten, als neuer Führer der rechtsradikalen Partei (rund 20 000 Mitglieder).

Kronprinz Schlierer ist die intellektuelle Tarnung der Republikaner, die nach einem von 1989 bis 1990 währenden Debakel im Berliner Abgeordnetenhaus zum ersten Mal wieder in einem Landesparlament sitzen. Bei der Wahl im Südwesten trumpften die Reps vor allem in den Randlagen der Industrieregionen auf. Bis zu 30 Prozent Wählerstimmen holten sie in Revieren mit überdurchschnittlich vielen Armen, Arbeitern und Abstiegsbedrohten.

Der Doppelakademiker, Anwalt und Dr. med., soll in die Kreise der national gesinnten Intelligenz einbrechen. Die Partei, die sich bisher auf Stammtisch-Strategen und Dumpfnationale stützen mußte, will sich mit Doktoren und Professoren schmücken, die vor dem wehrsportgruppenhaften Image der Patriotentruppe noch zurückschrecken.

Dafür ist Schlierer prädestiniert: Er trägt keinen Kampfanzug, sondern Kaschmir, er ist kein Schlägertyp, sondern schmächtig mit Konfektionsgröße 48. Er schreibt keine Runen-Pamphlete zu Führers Geburtstag, sondern geriert sich als Feingeist, der seine Klassiker kennt. Kant und die „Hegelsche Dialektik" gehen dem Ex-Studenten der Philosophie leicht von den Lippen, und er grenzt sich ab gegen NS-Ungeist.

„Er ist ein sehr scharfer Denker und ein glänzender Analytiker", lobt Ziehvater Schönhuber seinen Vize. Der geschaßte, frühere stellvertretende Fernseh-Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks und Europa-Parlamentarier sieht sich zwar auch als weltgewandten Geistmenschen („Ich bin ein hochgradi-

Republikaner Schönhuber, Schlierer: „Unterscheidung von Freund und Feind"

ger Intellektueller"), hat aber eher den Ruf eines Bierzelt-Demagogen.

Schlierer dagegen, der seit zwei Jahren im Stuttgarter Gemeinderat sitzt, soll auch bei der nachwachsenden Republikanergeneration – 35 Prozent der Wähler sind unter 35 – und nördlich des Mains als Identifikationsfigur herhalten.

Daher müht sich der Nationaldenker, vorgestriges Geistesgut zu modernisieren. So beklagt er „die Zementierung eines Kleinstdeutschlands" im vereinten Germanien und fordert die „Wiedereingliederung der deutschen Ostgebiete" von Königsberg bis Breslau.

Die feierlichen Verrenkungen der deutschen Politik zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945 kritisierte er als Versuch, die deutsche Eigenbeteiligung am Faschismus zu verdrängen und „sich klammheimlich auf die Seite der Sieger zu schlagen". Zugleich aber fordert er zackig, „die Leistung des deutschen Soldaten in Erinnerung zu rufen und zu würdigen".

Und beim Asylthema, Rep-Hit Nummer eins, wird vollends deutlich, wie weit die Wirklichkeit der rechten Partei und der Anspruch ihres designierten Anführers auseinanderklaffen.

Schlierer versichert ein ums andere Mal, die Republikaner hätten mit dem „rechten Narrensaum" nichts gemein. Doch das Parteivolk darf fröhlich sein Ausländer-raus-Geschrei anstimmen (Motto: „Jedem Bürger sein Vaterland"). Der Landesvorsitzende Christian Käs beispielsweise menetekelte vor der Wahl in einem Kleintierzüchterheim bei Tübingen, daß die „Asylanten den Deutschen noch die letzte Sozialwohnung wegnehmen" würden.

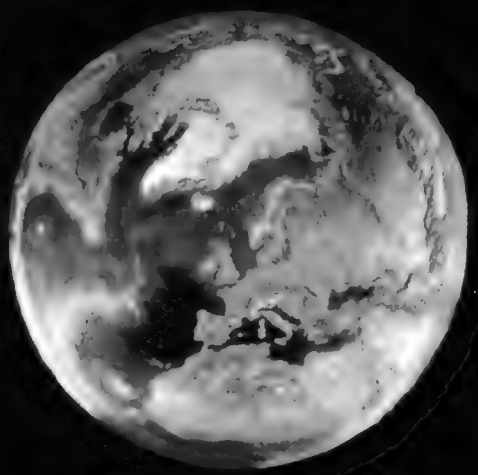
Und während Schlierer vor den TV-Kameras fein versichert, seine Partei sei alles andere als fremdenfeindlich, tönt es in seinen theoretischen Schriften doch stets latent rassistisch: Die „Überfremdung durch Ausländer" bedrohe die deutsche Nationalkultur und münde in „die unausweichliche Libanisierung der Republik".

Derlei faschistoide Denkfiguren verfaßt Schlierer in flotter Rechts-Schreibe, seine gern auch launig formulierten Zynismen präsentiert er im direkten Streitgespräch mit hintergründigem Grinsen und hämisch hochgezogenen Mundwinkeln.

Seine Analysen breitet er meist in der *Aula* aus, einer Akademiker-Postille des rechts gewirkten Chefs der Freiheitlichen Partei Österreichs, Jörg Haider. Das Blatt (Parole: „Rechts ohne Komplexe") bemüht sich, wie auch Schönhuber seit Jahren, um den Brückenbau zwischen rechtskonservativen, deutschnationalen und neofaschistischen Ideen.

Manche davon haben durchaus auch in der CDU Platz: Republikaner Schlierer jedenfalls, einst Mitdenker im „Stu-

„Kann denn mal einer den Müll runtertragen?"



Nein. Der bleibt hier!

Der Gesunde Menschenverstand: Müllproduktion gefährdet Ihre Gesundheit. Der Müll einer Generation enthält die Menge an Gift und Schadstoffen, die ausreicht, den Planeten Erde zu vernichten.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

BUND

Im Rheingarten 7
5300 Bonn 3

EXKLUSIV

URLAUB IN PORTUGAL

Die Algarve ist mit über 3000 Sonnenstunden im Jahr die sonnenreichste Region Europas mit einem Superklima. Wandern Sie, schwimmen Sie, tanken Sie Gesundheit zum Superpreis. Die schönste Küste Europas erwartet Sie.

Deutschlands größter Reiseveranstalter an die Algarve fliegt Sie hin:

neu

Mitten im Naturschutzgebiet von Quinta do Lago liegt die 4-Sterne-Anlage Valverde, das grüne Tal. Die Appartements sind umgeben von Pinien und Palmen. Mit täglicher Reinigung, Handtuchwechsel. Transfer. Deutsche Reiseleitung. Direktflug mit Boeing 737 ab allen deutschen Flughäfen, warme Mahlzeit an Bord etc.

14 Tg. alles inklusive ab 90% Kinderermäßigung.

779,-

Einfach anrufen

bis 22 Uhr – auch am Wochenende!

Supertips:
Portugal exklusiv: „SUPERVILLEN MIT POOL" inkl. Mietwagen u. Flug, 1 Woche pro Person ab 588,–!!! Campingflüge ab 390,–. Frühjahr u. Sommer '92 jetzt buchen!

DIREKT GEBUCHT – DIREKT GESPART

Kataloge PORTUGAL u. TÜRKEI '92 jetzt kostenlos anfordern.

MP TRAVEL LINE International GmbH

(069) 23 98 61

West 0201 - 67 10 11 / 67 50 35 Berlin 0037 - 22 38 56 70
Süd 0711-7 15 00 01/7 15 00 55 Leipzig 88 41 700
Nord 040 - 39 23 20 München 089 - 1 29 90 77

047/6.92

„FÜR UNS EINE KLARE SACHE: UMWELT, SICHERHEIT, OPEL ASTRA.“

DER NEUE OPEL ASTRA. EI

Wenn Opel einen neuen Kompakten vorstellt, steht dahinter auch ein neuer Gedanke: serienmäßig, was selbst in höheren Klassen noch nicht selbstverständlich ist. Der neue Opel Astra.

DAS ASTRA-
RUNDUMSCHUTZ-SYSTEM

„Überlebensraum" Kompaktklasse: vorne und hinten computerberechnete Verformungszonen, seitlich: der Astra-Seitenaufprallschutz mit Doppel-Stahlrohrverstärkungen in den Seitentüren. Wirkungsprinzip: Leitplanke, serienmäßig.

DAS ASTRA-
AKTIVGURT-SYSTEM

Höheneinstellbare Sicherheitsgurte vorne und hinten, Sitzrampen und aktive Astra-Gurtschloßstraffer für Fahrer und Beifahrer – eines der sichersten Rückhaltesysteme. Serienmäßig.

DAS ASTRA-
REINLUFT-FILTER-SYSTEM

Serienmäßig für nahezu 100% pollenfreie Luft. Wird die Umluftschaltung aktiviert, haben selbst Abgase keine Chance. Die Luft zirkuliert dabei weiter.

NE GENERATION VORAUS.

DAS ASTRA-
RECYCLING-SYSTEM

Von einem Lebenszyklus in den nächsten: der Opel Astra wird als Altfahrzeug kostenlos zurückgenommen, seine Materialien werden recycelt. Denn er hat 100% recycelbare Kunststoffe, glänzt durch Wasserlack-Technologie. Und auch als Diesel ist er schnell und sauber: z. B. mit Turboladung und Oxidationskatalysator.

DAS ASTRA-
FAHRSICHERHEITS-SYSTEM

Erst Sicherheit, dann PS: der neue Astra GSi 16V. Mit ETC (Electronic Traction Control) serienmäßig. Funktion: Berechnung des optimalen Fahrbahnkontaktes für alle vier Räder: bei nasser, trockener und verschneiter Fahrbahn. Macht mit serienmäßigem ABS das 16V-Fahren kalkulierbarer und sicherer. OPEL

DER NEUE OPEL ASTRA. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.

dienzentrum Weikersheim“ (SPIEGEL 30/1989), der neokonservativen Denkfabrik des einstigen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger, wurde heiß umworben.

Doch der Christenpartei hat er schon lange den Rücken gekehrt, obwohl er sich bis heute guter Kontakte zur CDU rühmt. Den Ring Christlich-Demokratischer Studenten, wo er in den siebziger Jahren Mitglied war, verließ er bald wieder: Ihm sei der opportunistische Karrierismus der Kommilitonen auf den Wecker gegangen.

Mit der großen Herde mitzulaufen, das habe ihm nie gelegen. Lieber war er Einzelkämpfer, schon in der Schule, am Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart. Als alle in der Klasse Anhänger der Aktion „Bürger für Brandt“ waren, hielt Arztsohn Schlierer dagegen.

An der Universität schlug er sich in der Verbindung „Germania“ und unterlief Vorlesungsstreiks, „weil keiner es gewagt hat, gegen den Marxistischen Studentenbund offen das Wort zu erheben“.

Das Verhaltensmuster ist durchgängig zu beobachten: ein lustvoller Wechsel zwischen machtvollem Aufbegehren gegen eine überstarke Mehrheit und dem gleichzeitigen Leiden an der Rolle des geprügelten Außenseiters.

Halt bot ihm da wohl sein geistiges Rüstzeug: Als andere ihren politischen Visionen von einer gerechten Gesellschaft folgten, entschied er sich für Reichskanzler Otto von Bismarck und den Staatsrechtler Carl Schmitt, einen Wegbereiter und Apologeten des Dritten Reichs. Dessen Werke habe er, so Schlierer, im juristischen Seminar aus dem „Giftschrank“ holen müssen.

Vom alten Bismarck übernahm Schlierer die Maxime, Politik nur an Machtinteressen auszurichten. Schlierer, 100 Jahre danach: „Ich möchte die Moral, wenn's geht, aus der Politik heraushalten.“ Carl Schmitt lehrte ihn, Politik schlicht zu sehen: „Für mich ist die originäre politische Kategorie die Unterscheidung von Freund und Feind“, sagt Schlierer.

Politik ist danach gleichsam ein Schlachtfeld mit Polit-Soldaten als Akteuren, laut Schmitt „eine wenigstens eventuell, das heißt der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht“.

Wenn Flüchtlinge und Asylbewerber die Bevölkerung ängstigen, wirken offenbar solche anachronistischen Kategorien als Karriere-Kick.

Schlierers Anwaltssozius Dietmar Donnerstag jedenfalls, auch er ein Rep, prophezeit seinem Kampfbruder einen glanzvollen Aufstieg: „An dem kommt wohl keiner vorbei. Wenn diese Partei Zukunft hat, dann mit ihm.“

Rechtsextremisten

Aus dem Keller

Eine rechtsextreme Phantom-Partei ohne Personal und Organisation ist durch den Wählerprotest nach oben geschwemmt worden.

Der Münchner Verleger und Bundesvorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU), Gerhard Frey, 59, führt in seinem Wortschatz einen neuen Lieblingsbegriff, den er bevorzugt variiert: „Durchbruch“.

Mit dem Wahlerfolg in Schleswig-Holstein sei seine DVU „gegen das Sperrfeuer aller durchgebrochen“, freute sich der Eigner rechtsextremer Wochenblätter wie der *Deutschen National-Zeitung* (Auflage: rund 120 000). Bei den nächsten Wahlen 1994 werde die DVU, ob zum Bundestag, zu den Länderparlamenten oder bei der Europawahl, „überall“ und „auf breiter Front durchbrechen“.

Der rechtsextremistischen Sammlungsbewegung des Verlegers, der in einem Bündel von Vereinen wie „Aktion Oder-Neiße“ oder „Ehrenbund Rudel“ bundesweit rund 30 000 Mitglieder für seine DVU zusammengetrommelt hat, ist zum zweiten Mal binnen sechs Monaten der Sprung in ein Landesparlament geglückt.

In Bremen erhielt die DVU Ende September vorigen Jahres 6,18 Prozent; in Schleswig-Holstein gaben der Rechtspartei am vorletzten Sonntag rund 93 000 Wähler (6,3 Prozent) die Stimme, so daß fortan sechs rechtsextreme Abgeordnete im Landtag sitzen. Die NPD hatte, wie an der Weser, auf eine Kandidatur verzichtet, die salonrechten Republikaner des Franz Schönhuber landeten abgeschlagen bei 1,2 Prozent.

DVU-Politikerin Voß
Propaganda aus dem Postfach

Freys „Durchbruch“ gelang, wie schon in Bremen, auch diesmal wieder nahezu aus dem Verborgenen. Den ganzen Wahlkampf über präsentierte sich die DVU im Norden als „Phantom-Partei“, so der Lübecker SPD-Geschäftsführer Bernd Saxe: ohne funktionierenden Parteiapparat, ohne Wahlkampfveranstaltungen oder gar öffentliche Auftritte von Kandidaten. Einzige zen-

DVU-Politiker Stawitz: „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“

LBS
Bausparkasse der Sparkassen

vario

Für Freiheit
ohne finanzielle
Abenteuer.

Bausparen ist die einzige risikolose, vom Staat geförderte Anlageform. Wenn Sie sich also für mehr Freiheiten entscheiden wollen, dann liegen Sie mit LBS Vario genau richtig. LBS und Sparkasse: Unternehmen der Finanzgruppe.

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

trale Adresse des Landesverbandes, der nach DVU-Angaben rund 2000 Mitglieder zählen soll, vom Verfassungsschutz aber allenfalls auf 1100 Parteigänger geschätzt wird, war ein konspirativ anmutendes Postfach. Vor allem Protestwähler, folgerten denn auch die Demoskopen, hätten sich ohne Ansehen von Programm und Person für die Rechtspartei entschieden.

In ihrem „Wahlkampf aus dem Keller", dessen sich jetzt der Landesvorsitzende Ingo Stawitz, 42, rühmt, setzte die DVU, wie gehabt, allein auf die Millionen ihres finanzstarken Gründers und Parteichefs Frey und auf massenhaft verbreitetes Propagandamaterial.

Mehrere Millionen Mark dürfte Frey auch diesmal wieder in Postwurfsendungen gesteckt haben, die nach amerikanischem Vorbild des „Direct mailing" immer wieder in den Briefkästen der Holsteiner Haushalte landeten. Eine genaue Abrechnung will die DVU noch nicht gemacht haben, rund 650 000 Mark erhält die Partei als Wahlkampfkostenerstattung aus der Staatskasse zurück.

Die Wahlunterlagen der DVU, vom Kieler Landesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextremistische Agitation" bewertet, richteten sich mal gegen Ausländer und Asylbwerber („Asyl-Betrüger machen Kasse"), mal gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der etablierten Parteien: „Deutsches Geld für Deutsche in Not."

Zigtausendfach verbreitete Wahlkampfzeitungen brachten Freys Losungen wie „Anatolien den Türken, Schleswig-Holstein den Deutschen" unters Wahlvolk. DVU-Kandidaten schauten allenfalls, möglichst hochgehängt, von schwarzrotgold umkränzten Plakaten auf die Wähler herab.

Weil das Personal der völkischen Truppe während der Wahlschlacht physisch nicht in Erscheinung trat, wiegten sich die etablierten Parteien bis zum Schluß in Sicherheit. Der sozialdemokratische Regierungschef Björn Engholm etwa vertraute bis zuletzt seinem „Gefühl" über die „Gesamtstimmung im Lande", wonach die Rechten „keine Chance zu haben" schienen.

Nach der Stimmenauszählung dann war das Entsetzen groß. „Zum Heulen" fand CDU-Spitzenkandidat Ottfried Hennig das Ergebnis. „Scheiße", schimpfte Finanzministerin Heide Simonis (SPD) ungewohnt rüde, „Scheiße wegen braun."

Dabei hätten die Parteien nicht nur wegen der Bremer Erfahrungen gewarnt sein können. Bereits bei der Europa-Wahl 1989 und zum Teil sogar bei der letzten Landtagswahl war zunehmende bräunliche Sympathie in etlichen Landstrichen erkennbar gewesen.

In DVU-Hochburgen wie Lübeck (über 9 Prozent) oder Lauenburg

Superqualität, wo führt Ganz schnell zum

Das Einsteiger-Modell:
COMPAQ DESKPRO 386s/20N

• 80386sx 20 MHz • 2 MB RAM Arbeitsspeicher
• 60 MB Festplatte • 3,5" Diskettenlaufwerk
• 2 Standardsteckplätze • VGA s/w Monitor

• Aufpreis für VGA Farbmonitor: DM 500,–

PC	DM	3.397,–
Monitor	DM	490,–
MS-DOS	DM	230,–
gesamt	DM	4.117,–
Sie sparen:	**DM**	**1.122,–**

Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
Paketpreis nur DM 2.995,–

Das Profi-Modell:
COMPAQ DESKPRO 386s/20

• 80386sx 20 MHz + assoziativer Cache (dadurch 20 % Leistungssteigerung)
• 4 MB RAM Arbeitsspeicher • 60 MB Festplatte • 3,5" Diskettenlaufwerk
• 3 freie Einbauschächte für Laufwerke • 4 freie Steckplätze • VGA s/w Monitor

• Aufpreis für VGA Farbmonitor: DM 500,–
• Aufpreis für 120 MB (statt 60 MB) Festplatte: DM 800,–

PC	DM	4.400,–
Monitor	DM	490,–
MS-DOS	DM	230,–
gesamt	DM	5.120,–
Sie sparen:	**DM**	**1.325,–**

Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
Paketpreis nur DM 3.795,–

Das 486er Power-Modell:
COMPAQ DESKPRO 486s/16M

• 80486sx 16 MHz + assoziativer 4-Wege-Cache (8 KB) • 4 MB RAM Arbeitsspeicher • 60 MB Festplatte • 3,5" Diskettenlaufwerk • 4 freie Steckplätze
• modularer Ausbau des Prozessors möglich • EISA-System • VGA s/w Monitor

• Aufpreis für VGA Farbmonitor: DM 500,–
• Aufpreis für 120 MB (statt 60 MB) Festplatte: DM 800,–

PC	DM	6.646,–
Monitor	DM	490,–
MS-DOS	DM	230,–
gesamt	DM	7.366,–
Sie sparen:	**DM**	**1.371,–**

Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
Paketpreis nur DM 5.995,–

Abb.: Bandlaufwerk und zusätzliches 5¼" Diskettenlaufwerk sind Sonderausstattungen gegen Aufpreis

FCKW frei gefertigt · intel inside · 100% TESTED · Monitore strahlungsarm

Computer mit Vorsprung

Superpreis ... das hin? Compaq Partner!

Erstaunlich, wie viel diese PCs können (sie sind eben von Compaq!) und wie wenig sie kosten. (Kaum zu glauben, aber die Preise sind auch von Compaq!) Eben Compaq Superqualität zum Compaq Superpreis! Das gibt es nur bei Ihrem COMPAQ Partner. Genug der Worte ... jetzt aber los, Sie werden bereits erwartet.

O-1058 Berlin WEMEX computer Handelsgesellschaft mbH, Telefon 00 37/2/4 47 40, 0 30/2 38 49 38

O-1080 Berlin/Mitte, CIB COMPUTER Berlin, Telefon von Ost: 0 02/22 52 52 57 von West: 00 37/2/22 52 52 57

O-1140 Berlin, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG Telefon 00 37/2/5 42 41 27

O-2300 Stralsund, Wichmann Datentechnik Stralsund GmbH, Telefon 00 37/8 21/29 26 43

O-2790 Schwerin, CITYCOMP Computer Systemlösungen GmbH, EKZ & Gewerbezentrum, Telefon 03 85/34 10 13

O-3014 Magdeburg, Wichmann Datentechnik Magdeburg GmbH Telefon 00 37/91/4 23 35

O-4020 Halle, ISD GmbH Geschäftsstelle Halle, Telefon 00 37/46/2 65 82

O-4350 Bernburg, ISD GmbH, Telefon 00 37/4 47/23 97

O-4700 Sangerhausen, Wichmann Datentechnik Sangerhausen GmbH, Telefon 00 37 4 56/73 42

O-5301 Mellingen b. Weimar, House of Computers HOC GmbH, Telefon 00 37/6 21/9 33 38

O-7033 Leipzig, STS Spectrum Text und Datensysteme GmbH, Telefon 00 37/41/4 59 15 68

O-7050 Leipzig, DATA SERVICE Computer Vertriebs-GmbH, Telefon 00 37 41/23 92 41 50

O-8027 Dresden Wichmann Datentechnik Dresden GmbH, Telefon 00 37/51/4 71 94 56

O-8080 Dresden, MB DATA GmbH, Telefon 00 37 51/5 93 27 67

1000 Berlin 12, STS Spectrum Text und Datensysteme GmbH, Telefon 0 30/8 84 18 50

1000 Berlin 15, CHG Computer Handels-Gesellschaft mbH, Telefon 0 30/88 42 40

1000 Berlin 26 MB DATA GmbH. Telefon 0 30/4 11 80 39

1000 Berlin 30 DATA SERVICE Computer Vertriebs-GmbH, Telefon 0 30/2 19 00 70

1000 Berlin 30, House of Computers Berlin G.I.C. mbH, Telefon 0 30/2 13 80 75/76

1000 Berlin 31, TCV Computer Centrum, Telefon 0 30/8 85 98 50

2000 Hamburg 1, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH, Telefon 0 40/23 60 70

2000 Hamburg 50, mbc Computer Systeme GmbH, Telefon 0 40/38 96 96

2000 Hamburg 63, CITYCOMP Computer Systemlösungen GmbH & Co., Telefon 0 40/51 30 80

2000 Hamburg 76, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 0 40/2 71 51 60

2900 Oldenburg, GOLDT Computerhaus GmbH, Telefon 04 41/9 80 40

3000 Hannover, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH Telefon 05 11/36 40 40

3000 Hannover 1, CHG Computer Handels-Gesellschaft mbH, Telefon 05 11/33 69 30

3000 Hannover 1, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 05 11/33 69 60

3000 Hannover 51, Wichmann Datentechnik GmbH, Telefon 05 11/6 18 51/55

3014 Laatzen 1, BIVG Hannover, Telefon 05 11/8 79 61 12

3300 Braunschweig Wichmann Datentechnik GmbH, Telefon 05 31/2 39 90

4000 Düsseldorf 1, Fiedler Datentechnik GmbH, Telefon 02 11/30 30 40

4030 Ratingen, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG Telefon 0 21 02/2 01 10

4030 Ratingen 1, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH, Telefon 0 21 02/4 51 60

4100 Duisburg 1, Fiedler + Stadtfeld Datentechnik GmbH, Telefon 02 03/31 20 51

4250 Bottrop, MB DATA GmbH, Telefon 0 20 41/1 09 10

4300 Essen 1, Fiedler + Betker Datentechnik GmbH, Telefon 02 01/23 71 30

4300 Essen 1 Computerland Essen GmbH, Telefon 02 01 45 00 80

4400 Münster, Dr. Ehm Mikrocomputer Software & Beratung GmbH, Telefon 02 51/7 70 68

4600 Dortmund 50 MB DATA GmbH, Telefon 02 31/75 04 02

4800 Bielefeld, MB DATA GmbH, Telefon 05 21/6 79 74

4800 Bielefeld 14, MICROTEC Gesellschaft für Microcomputervertrieb mbH, Telefon 05 21/4 59 91 50

5000 Köln 30, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG Telefon 02 21/5 97 10

5100 Aachen 1, DATA SERVICE Computer Vertriebs-GmbH, Telefon 02 41/47 08 70

5202 Hennef 1, COSMOCONFORM Computer Service, Telefon 0 22 42/50 84

5300 Bonn 1, House of Computers Bonn SHV GmbH, Telefon 02 28/63 16 49

5600 Wuppertal 11, DataSignum GmbH Telefon 02 02/73 80 16

6000 Frankfurt 50, CHG Computer Handels-Gesellschaft mbH, Telefon 0 69/58 10 38

6000 Frankfurt 50, Henneveld KG, Telefon 0 69/5 09 10 40

6000 Frankfurt 61, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 0 69/4 20 96 50

6000 Frankfurt 71, House of Computers Frankfurt HOC Vertriebs GmbH, Telefon 0 69/66 44 10

6200 Wiesbaden, Henneveld KG Telefon 06 11/27 70

6200 Wiesbaden, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH Telefon 06 11/7 40 82

6252 Diez, House of Computers Limburg Koblenz wir burosysteme Vertriebs GmbH, Telefon 0 64 32/60 50

6500 Mainz, Henneveld KG, Telefon 0 61 31/27 70

6600 Saarbrücken, DATA SERVICE Computer Vertriebs-GmbH, Telefon 06 81/58 45 80

6700 Ludwigshafen, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 06 21/69 09 40

6700 Ludwigshafen, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH, Telefon 06 21/59 60 80

6740 Landau DATA SERVICE Computer Vertriebs-GmbH, Telefon 0 63 41/3 81 90

7000 Stuttgart 1 BUROTEX GmbH, Daten- und Burosysteme, Niederlassung Stuttgart, Telefon 07 11/62 22 11

7000 Stuttgart 80, House of Computers Stuttgart Maier + Partner AG Telefon 07 11/78 89 80

7022 Leinfelden-Echterdingen KUMATRONIK Datentechnik GmbH Telefon 07 11/75 50 61/63

7060 Schorndorf, CSB Computer System Beratung GbR Telefon 0 71 81/4 40 01

7100 Heilbronn, CHG Computer Handels Gesellschaft mbH, Telefon 071 31/26 70

7100 Heilbronn, Orgaplus Vertriebs GmbH, Telefon 0 71 31/2 87 00

7302 Ostfildern 2, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 07 11/3 41 10 54

7440 Nürtingen, BUROTEX GmbH, Daten- und Burosysteme, Telefon 0 70 22/9 27 50

7500 Karlsruhe, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH, Telefon 07 21/6 27 60

7500 Karlsruhe, House of Computers Karlsruhe C-Tronic GmbH, Telefon 07 21/61 50 91

7505 Karlsruhe-Ettlingen, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 0 72 43/7 74 10

7526 Ubstadt-Weiher 3, INDAS Datentechnik, Telefon 0 72 51/6 00 01

7600 Offenburg 18 Jager & Haake Datentechnik GmbH, Telefon 07 81/5 30 81

7900 Ulm, KUMATRONIK Datentechnik GmbH, Telefon 07 31/93 51 00

7990 Friedrichshafen, KUMATRONIK Datentechnik GmbH, Telefon 0 75 41/30 60

8000 München 40, House of Computers München HOC GmbH, Telefon 0 89/3 06 10 70

8000 München 50, DATA SERVICE Computer Vertriebs GmbH, Telefon 0 89/14 97 81 31

8000 München 81, SC Stitz Computer GmbH Telefon 0 89/95 20 61

8025 Unterhaching, House of Computers Zentrale, House of Computers HOC GmbH Telefon 0 89/6 10 09 20

8045 München-Ismaning, COMSYS Daten Systeme GmbH & Co. KG, Telefon 0 89/9 60 70 40

8400 Regensburg, House of Computers Regensburg S&K Computervertrieb GmbH, Telefon 09 41/39 60 00

8450 Amberg, ARADOS EDV Beratung GmbH, Telefon 0 96 21/8 50 07

8500 Nürnberg 10, SANDATA GmbH, Unternehmensberatung & Microcomputervertrieb Telefon 09 11/9 52 32 04

8500 Nürnberg 50, House of Computers Nurnberg HOC GmbH Telefon 09 11/8 60 10

8500 Nürnberg 90, Wallfahrer Computer & Software GmbH Telefon 09 11/30 30 60

8590 Marktredwitz, ProComp GmbH, Telefon 0 92 31/86 23

COMPAQ

(10,1 Prozent) kamen die Rechten schon vor drei Jahren zusammen auf Sympathiewerte von 8 bis 9 Prozent, nur daß damals die Republikaner stärker profitierten als die DVU.

Jetzt sorgen sich die Landtagsabgeordneten der alten Parteien um den rechten parlamentarischen Umgang mit den neuen Kollegen vom extremen Rand. Eine Lösung müssen sie schon bis zur konstituierenden Landtagssitzung am 5. Mai finden, die nach parlamentarischem Brauch und geltender Geschäftsordnung vom Alterspräsidenten eröffnet und bis zur Wahl eines neuen Präsidenten auch geleitet wird.

Die Regel würde SPD-Fraktionschef Gert Börnsen am liebsten außer Kraft gesetzt sehen. Denn dieses Ehrenamt käme diesmal, ausgerechnet, einem Parlamentsneuling zu: der Rentnerin Karin Voß, 69, von der DVU.

Deren bis dato gänzlich unbekannte Parteifreunde lassen keinen Zweifel über ihre wahre Gesinnung aufkommen. Parteichef Stawitz bekannte in Interviews nach der Wahl, „Ausländerhaß" sei der Grund für seinen Parteieintritt gewesen. In die Fernsehkameras sprach er aufgeregt seine offenkundig auswendig gelernten Parolen wie „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben". Unverhohlen auch lobt der Angestellte eines norddeutschen Großverlages Hitler als Mann mit „guten deutschen Absichten".

DVU-Vize Manfred Clasen, 57, wiederum, ehemaliger Bezirksschornsteinfegermeister aus Kiel, hält die Wiedervereinigung für „nicht komplett abgeschlossen" – es fehlten noch „die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete".

Gegen den Vorwurf des Rassismus setzt sich Clasen mit dem Beispiel seines Kollegen Helmut Thienemann, 55, noch Landesbediensteter in der Registratur des Sozialministeriums, zur Wehr. Der künftige DVU-Abgeordnete sei mit einer Filipina verheiratet und habe mit ihr drei Kinder: „Ist das vielleicht ausländerfeindlich?"

Eine vergleichbare Frage hat ein anderer Landtagsneuling der DVU, der Seether Kaufmann Friese, 63, für sich offenbar bereits geklärt. Der Nordfriese, von seinen Eltern, ausgerechnet, mit dem italienisch ausgerichteten Vornamen Benvenuto-Paul geschmückt, fand, daß dies doch „wirklich ein bißchen ausländisch klingt". Er will lieber deutsch gerufen werden: „Benno".

DVU-Vormann Frey will auch in Zukunft mehr auf eigenes Geld als auf solche Kandidaten oder gar auf Unterstützung der rechten Konkurrenz vertrauen. Für eine Allianz mit den Republikanern sieht er „keine Veranlassung". Denn: „Die nächste Wählerschicht wird uns dreimal so stark wählen."

Campari Advertising

CAMPARI

CAMPARI. WAS SONST.

CAMPARI ON THE ROCKS: 4 – 5 CL CAMPARI, 2 EISWÜRFEL • CAMPARI ORANGE: 1/3 CAMPARI (MIND. 4 CL), 2/3 ORANGENSAFT, EIS.

Beamte

Der Super-Eckmann

Glückstag für kinderreiche Beamte: Es gibt Nachzahlungen bis zu 25 000 Mark.

Landauf, landab singt Kanzler Kohl das Lied vom Sparen. Beamten mit Großfamilie aber beschert ihr Dienstherr in diesem Jahr einen kleinen Lottogewinn. Wer drei Kinder hat, darf für 1990 und 1991 auf rund 5000 Mark Nachzahlung hoffen, jeder weitere Sprößling bringt weitere 4000 Mark.

Richtig Grund zum Feiern erhalten jene kinderreichen Staatsdiener, die ihrem Arbeitgeber schon immer mißtraut haben. Wer frühzeitig in den achtziger Jahren seinen „kindbezogenen Besoldungsanteil" als zu niedrig empfunden und dagegen Einspruch erhoben oder geklagt hat, der kann reichen Segens sicher sein. Die Zeit vom 1. Februar 1981 bis zum 31. Dezember 1989 bringt ihm für das dritte Kind und alle weiteren eine Nachzahlung von jeweils knapp 25 000 Mark, zahlbar 1992.

Die Zahlen stehen noch nicht im Gesetz, die Wohltaten sind von Innenminister Rudolf Seiters noch nicht politisch besiegelt. Sie finden sich im geheimen „Bericht der Arbeitsgruppe über besoldungsrechtliche Folgerungen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. März 1990", der zur Zeit in den vertraulichen Zirkeln der Besoldungsexperten von Hamburg bis München Freude und Besorgnis aufkommen läßt.

Den Spaß haben die besoldeten Väter (zuweilen auch Mütter); die Probleme – in noch ungeahnter Höhe – müssen die Finanzminister aus den Etats lösen.

Die staatliche Großzügigkeit wird durch einen Spruch der beamtengleichen Verfassungsrichter in Karlsruhe erzwungen. Schon Ende der siebziger Jahre hatten Staatsdiener mit Blick auf die Verfassung eine Benachteiligung kinderreicher Beamter moniert. Beamte werden nicht nach Leistung bezahlt, sondern „amtsangemessen alimentiert". Ein Amtmann ohne Kinder aber konnte sich mehr leisten als sein ranggleicher Kollege mit fünf Sprößlingen.

Das hieß: Zwei Gleichrangige hatten im Ergebnis einen unterschiedlichen Lebensstandard; der Kinderreiche war nicht seinem Amt angemessen alimentiert. So sahen es jedenfalls die Kläger.

Die Prozesse wanderten durch die Instanzen, immer mehr Beamte ahnten ein positives Urteil und reihten sich in die Schar derer ein, die mit Protesten, Widersprüchen und Klagen gegen ihren Dienstherrn vorgingen. Wie groß die Zahl der kinderreichen Kläger ist, hält der Innenminister streng geheim.

Am 22. März 1990 gaben die Verfassungshüter den Klägern recht. Was im Privatbereich niemanden interessiert, ist für Beamte Verfassungsbruch: Ein Studienrat mit fünf Kindern müsse sich, so die Richter, annähernd soviel leisten können wie einer ohne Kinder. Dafür müsse der Besoldungsherr durch einen Kinderzuschlag sorgen; zum Zeitpunkt des Urteils sei das aber, zumindest für alle Staatsdiener mit drei und mehr Kindern, nicht der Fall.

Anders als im Steuerrecht kann nach diesem Urteil der Bedarf für ein Beamtenkind nicht am Existenzminimum gemessen werden, muß vielmehr deutlich darüber liegen. Als zusätzlicher Maßstab soll unter anderem die „Düsseldorfer Tabelle" dienen, nach der Familienrichter Unterhaltszahlungen festlegen. Angerechnet werden sollten dagegen Kindergeld, steuerliche Kinderfreibeträge und der schon gezahlte „kinderbezogene" Bestandteil des Ortszuschlags, den jeder Beamte als Teil seiner Alimentation erhält.

Weitere Auflage für die Gesetzesmacher: Von 1981 bis Ende 1989 müssen nachträglich nur die Kläger Nachzahlungen erhalten. Vom Zeitpunkt des Urteils an aber seien Nachzahlungen für alle und Verbesserungen für die Zukunft zwingend.

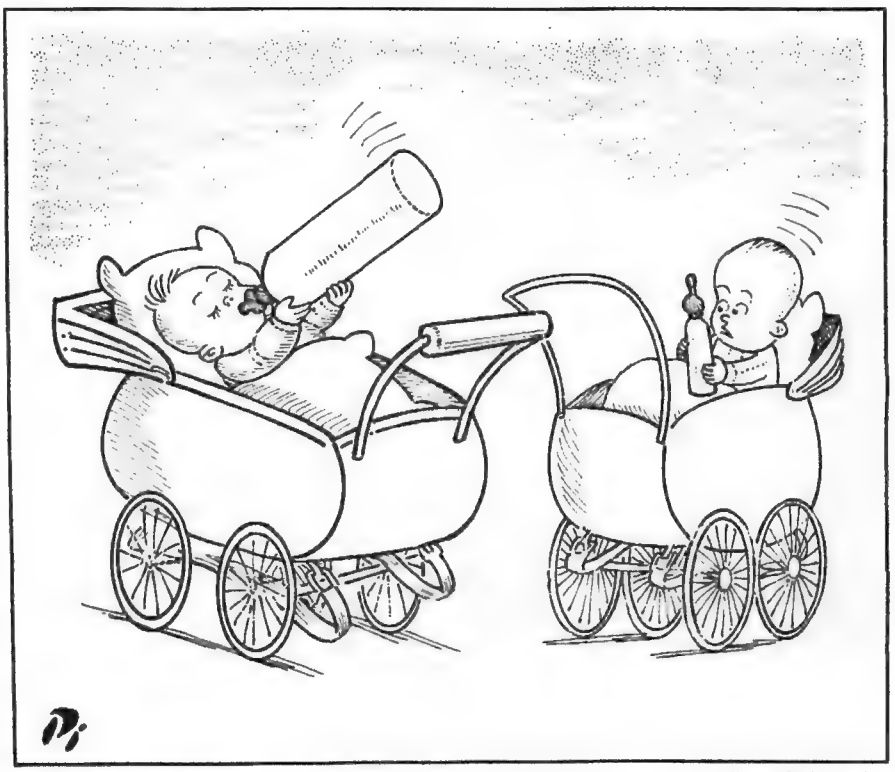
Eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern beschäftigte sich jahrelang mit dem Urteil und seinen Folgen, in mühseliger Rechenarbeit ermittelten die Experten einen für alle Ränge und kindbezogenen Leistungen repräsentativen Durchschnitts-Beamten – im Besoldungsdeutsch „Super-Eckmann".

Diesem stellten sie den nach den Maßstäben des Verfassungsgerichts ermittelten Bedarf des repräsentativen Beamtenkindes gegenüber und definierten die Differenz als verfassungswidrig vorenthaltene „Unteralimentation". Die lag in den Jahren 1981 bis 1989 unterschiedlich hoch, zwischen 161 Mark und 298 Mark brutto pro Monat, nachzahlbar vom dritten Kind an.

Seit 1990, so die Arbeitsgruppe, fehlten vom dritten Kind an 211 Mark pro Monat. Das ergibt für eine Familie mit drei Kindern eine Nachzahlung von etwa 5000 Mark für zwei Jahre, jedes weitere Kind bringt noch einmal die gleiche Summe.

Zwar ist an den Fehlbeträgen der Vergangenheit kaum zu rütteln, doch für dieses und die folgenden Jahre soll es, wünscht der Innenminister, etwas billiger werden. Schließlich sei der steuerliche Kinderfreibetrag drastisch erhöht worden. Das müsse die „Unteralimentation" zwangsläufig mindern.

Das stimmt. Doch die Sätze der „Düsseldorfer Tabelle", wesentlicher Maßstab für die Kosten eines Kindes, sind gerade drastisch – um 16 Prozent – angehoben worden.



Das Beamtenbaby

Kölner Stadt-Anzeiger

Diäten

Partieller Schwund

Vor dem Untersuchungsausschuß zur Hamburger Diäten- und Pensionsaffäre stellt sich heraus, daß die Hansestadt von lauter Ahnungslosen regiert worden ist.

Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Bodeit rutschte unruhig auf seinem Stuhl umher. Weil seine Kollegen im Hamburger Untersuchungsausschuß am Mittwochabend vorvergangener Woche immer neue Fragen an ihre Zeugen stellten, verpaßte er das Europapokalspiel FC Brügge gegen Werder Bremen.

Den Unmut des Fußballfans bekam schließlich die Abgeordnete Conny Jürgens von der Grün-Alternativen Liste (GAL) zu spüren, als sie Bodeits Parteichef Robert Vogel ungerührt ins Kreuzverhör nahm. „Nu' machen Sie schon hin", raunzte Bodeit seine Nachbarin an, als die zweite Halbzeit begann.

Die Szene hat Symbolwert: Der Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft stochert seit Mitte Februar eher widerwillig in einer Hamburger Diäten- und Pensionsaffäre herum, die bundesweit zum Synonym für Selbstbedienungsmentalität von Parteien und Abgeordneten geworden ist.

Vor allem soll das Gremium klären, weshalb ein außergewöhnlich großzügiges Versorgungsgesetz für Hamburgs Senatoren vor fünf Jahren unwidersprochen das Parlament der Hansestadt passieren konnte. Am 19. März 1987, wenige Stunden vor der Auflösung der Bürgerschaft, wurden die Altersbezüge der Regierungsmitglieder mit einem Streich um bis zu 32 Prozent erhöht. Der Senat stellte sich damit bundesweit an die Spitze der Altersversorgung.

Aufgeflogen ist der Rollgriff in die Hamburger Staatskasse erst im Zuge eines weiteren Coups Ende vorigen Jahres. Damals sollten die Bezüge der Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentspräsidentin Elisabeth Kiausch auf bis zu 19 500 Mark statt zuvor steuerfreien 5760 Mark hochschnellen – eine „schlaraffenländische Versorgung", urteilte der Speyerer Verwaltungswissenschaftler und Diäten-Kritiker Hans Herbert von Arnim. Für den Kassenstreich, so wies von Armin nach, diente das Gesetz von 1987 als Vorbild.

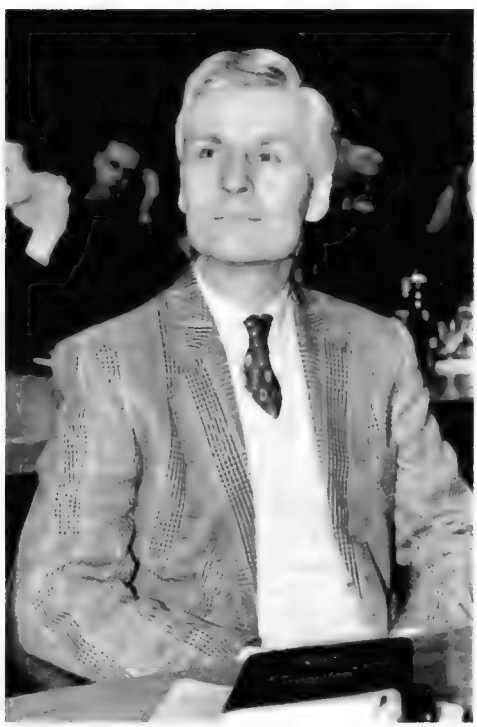
Nach wochenlangen Protesten, auch aus der Bonner SPD-Parteizentrale, mußte Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) einlenken. Das „Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und dem Geldbeutel der Politiker" habe sich wohl nach einigen Diäten-Affären wie in Hessen (SPIEGEL 26/1988) „dramatisch gewandelt", erkannte Voscherau. Er drängte schließlich seinen Senat, die Erhöhung der Diäten und Senatoren-Pensionen für nichtig zu erklären.

Das Hamburger Parlament wollte bei soviel Selbstreinigung nicht nachstehen und entschied Anfang des Jahres, wenigstens den Werdegang des Senatoren-Gesetzes von 1987 aufzuklären. Die Startbedingungen für den Untersuchungsausschuß, der diese Woche eine erste Zwischenbilanz ziehen soll, waren dabei allerdings denkbar schlecht.

Schon vor den Vernehmungen stritten die Fraktionen lauthals über den Sinn eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der in eigener Sache recherchiert. „Ein Parlament untersucht sich selbst", witzelte Ausschußmitglied Heino Vahldieck (CDU). Sein SPD-Kollege Paul Busse

Ex-Bürgermeister Dohnanyi

Ex-Innensenator Pawelczyk



Bürgermeister Voscherau

Ex-Parlamentspräsident Willich

Hamburger Diätenpolitiker: „Das ist alles lange her"

PFLEGEN

MIT DEM DUFT VON TABAC ORIGINAL

Zur individuellen Pflege nach der Rasur gibt es von TABAC ORIGINAL neben der After Shave Lotion jetzt ein neues weiteres Produkt: MILD AFTER SHAVE FLUID. Es pflegt trockene oder rasierempfindliche [illegible] auf sanfte Weise, indem es sie beruhigt [illegible] entspannt, glättet und geschmeidig [illegible]nt, ohne einen Fettfilm zu hinterlassen. Dabei unterstreicht der unverwechselbare Duft von TABAC ORIGINAL die persönliche Ausstrahlung dezenter, männlicher Pflege. TABAC ORIGINAL: Das komplette Duft- und Pflegeprogramm für den Mann.

An manchen Standorten ist es nicht leicht, den richtigen Partner zu finden.

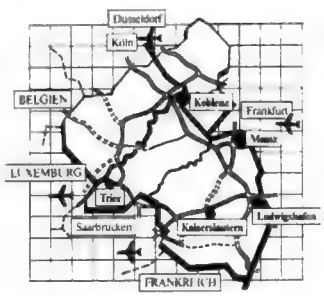
Bei der Standortsuche sollte man sich nicht auf Glück und Zufall verlassen. Sondern auf einen seriösen und erfahrenen Partner, der die Verhältnisse kennt. Und der sämtliche für die Entscheidung nötigen Daten liefern kann. Zum Beispiel über die Infrastruktur, das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die Zulieferer, die Grundstücks- und Energiepreise und vieles mehr.

Genauso wichtig ist, daß er auch die richtigen Kontakte knüpft. Und objektive Standortvorschläge nach den speziellen Anforderungen des Unternehmens ausarbeitet. Damit nicht etwa verlockende Finanzierungshilfen zu Entscheidungen führen, durch die man später völlig aus dem Tritt kommt.

In Rheinland-Pfalz haben Sie es leicht, einen zuverlässigen Partner zu finden. Denn die RPW hat fast 30 Jahre Erfahrung in der Beratung und Ansiedlung erfolgreicher Unternehmen.

Fragen Sie die RPW.

Die RPW ist die Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung. Sie erarbeitet nach Ihren Vorgaben maßgeschneiderte Standortangebote: schnell, unbürokratisch und kostenlos.



Ketchum

Mehr Erfolg im Zentrum der Märkte. Rheinland-Pfalz.

RPW
Wirtschaftsförderung
Economic Development

Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH
Erthalstraße 1 · D-6500 Mainz 1
Telefon 06131-632066/67
Telefax 06131/670725

konstatierte knapp: „Der Ausschuß ist Schwachsinn."

Ähnlich unwillig gaben sich auch die Zeugen aus Senat und Bürgerschaft. „Einen partiellen Gedächtnisschwund" attestierte der CDU-Politiker Martin Willich vor allem den Senatsmitgliedern, die durch das Gesetz von 1987 begünstigt wurden – allen voran dem damaligen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

Er habe, gab Dohnanyi an, damals mit Empörung auf die Pläne zur Pensionserhöhung reagiert. Allerdings: Wem die Empörung galt und wann er seinem Ärger Luft gemacht haben will, daran konnte sich das einstige Stadtoberhaupt „leider" nicht erinnern. Zeugen für Dohnanyis Entrüstung fanden sich bisher nicht.

Ähnliche Blackouts wiesen auch Dohnanyis einstige Kollegen aus Senat und Bürgerschaft auf. Auszüge aus den Vernehmungen:

- ▷ Bausenator Eugen Wagner: „Da ist kein Saft drin – Namen kann ich nicht nennen."
- ▷ Finanzsenator Wolfgang Curilla: „Daran entsinne ich mich nicht."
- ▷ Ex-Wirtschaftssenator Wilhelm Rahlfs: „Das ist alles lange her."
- ▷ Parlamentspräsidentin Elisabeth Kiausch: „Da klingelt bei mir nichts."

Von der Amnesie verschont blieb bei den meisten der Senatoren nur eine Tatsache: Von der satten Erhöhung ihrer Pensionen wollen sie erst nachträglich erfahren haben. Eine Riege der Ahnungslosen, so scheint es, hat Hamburg vor fünf Jahren regiert.

Ganz so unbescholten kam Voscherau dagegen nicht aus der Geschichte heraus. Er trat die Flucht nach vorn an: Natürlich habe er, als damaliger SPD-Fraktionsvorsitzender, von der Sache erfahren, gab er zu Protokoll. Die Erhöhung der Pensionen habe er für notwendig gehalten, auch wenn er „das heute nicht wieder so machen" würde.

Doch allein mochte Taktiker Voscherau die Schuld denn doch nicht auf sich sitzen lassen und verteilte die Verantwortung auf diverse Schultern: Die damalige Gesundheitssenatorin Helga Elstner habe die ganze Sache schon 1984 angeschoben. Von dort sei sie über die seinerzeitige Justizsenatorin Eva Leithäuser und den Innensenator Alfons Pawelczyk an ihn geraten. Er habe sie dann Bürgermeister Dohnanyi zur Zustimmung vorgelegt.

Ein „brennendes Interesse" habe er, Voscherau, an dem Gesetz zwar nicht gehabt, erklärt er heute, aber er habe sich trotzdem um „Akzeptanz im parlamentarischen Raum" bemüht.

Was Hamburgs Regierungschef so wolkig umschreibt, wird in den Papieren des Untersuchungsausschusses als schlichte Kungelei beschrieben: Statt die Bürgerschaft öffentlich um eine Erhöhung ihrer Pensionen zu bitten, überließen die Senatoren den Anstoß zur Selbstbedienung den Parteien im Parlament.

Die zeigten sich hilfsbereit. Der damalige Bürgerschaftspräsident und CDU-Oppositionelle Willich machte das Senatoren-Gesetz sogar zur Chefsache. Er boxte, mit Unterstützung seines Kollegen Voscherau, die Pensionserhöhung durch die Ausschüsse und brachte sie schließlich im Eilverfahren durch das Parlament.

Die meisten der Abgeordneten wußten nach heutigem Bekunden gar nicht, worum es bei der Abstimmung ging. Denn die Anhebung der Mindestpension für Senatoren von 47 auf 62 Prozent war geschickt versteckt in einem Gesetzgebungsverfahren zur Hinterbliebenenversorgung für Abgeordnete.

Willich, den der Diäten-Kritiker von Arnim als Hauptdrahtzieher des „Camouflage-Gesetzes" bezichtigt, mag die Schuldzuweisung nicht einfach auf sich sitzen lassen. „Konsens in allen Fraktionen" habe schließlich damals bestanden, das Gesetz sei zwar zügig, aber auch einstimmig verabschiedet worden.

„Mag sein", wehrt sich GAL-Ausschußmitglied Conny Jürgens, „aber wir hatten kaum eine Chance, das Gesetz in dieser Eile zu prüfen." Ihre Parteikollegin Eva Hubert assistiert: „Man hat uns über den Tisch gezogen."

Derlei Rückzüge mag Willich nicht gelten lassen: „Ein Armutszeugnis" stellten sich Mandatsträger aus, „wenn sie heute behaupten, sie hätten nichts gewußt, als sie ihren Arm zur Abstimmung hoben."

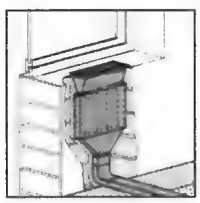
Den Hauptverantwortlichen ist solche Selbstkritik der Parlamentarier nur recht. Vor allem Voscherau kann den absehbaren Freispruch nach Punkten durch den Untersuchungsausschuß gut gebrauchen.

Sein Senat hat, zu allem anderen Ungemach, derzeit auch noch mit heftigen Kompetenzstreitigkeiten zu kämpfen: Bausenator Eugen Wagner vom rechten SPD-Flügel, im Parteijargon „Beton-Eugen" genannt, und die Senatorin für Stadtentwicklung Traute Müller vom linken SPD-Flügel können sich nicht einigen, wer welche Zuständigkeiten für zwei der drängendsten Probleme der Stadt, Wohnungsnot und Verkehrsinfarkt, haben soll. Voscherau, der den Streit bisher nicht schlichten konnte, muß längst auch in der eigenen Partei um seine Rückendeckung bangen.

Durch den anstehenden Bericht des Untersuchungsausschusses haben die Genossen jetzt die Chance, den Senatschef wenigstens beim Pensions-Coup in seiner Lieblingsrolle auftreten zu lassen: als Konsens-Verwalter, der lediglich die Pläne seiner Partei vorangetrieben haben will.

Sein Motto damals: „Ich bin bereit, liefern müßt ihr."

Schrag Klima-Zentralheizungen sind einzigartig. Sie wärmen, kühlen, befeuchten und reinigen die Luft. Darüber hinaus schaffen sie wohltemperierte Fußböden. Und von Raum zu Raum sind unterschiedliche Temperaturen einstellbar.



Das ergibt das bestmögliche Raumklima am Arbeitsplatz, ist aber genauso für anspruchsvolle Wohnräume ideal. Der Zwang zum Lüften entfällt. Und kein Lärm und auch kein Umweltschmutz dringen in die Räume ein.

SCHRAG
KOMPETENT FÜR HEIZ- UND KLIMAFRAGEN

Schrag Heizungs-Luftungs-Klima-Technik GmbH,
Hauptstraße 118, W-7333 Ebersbach/Fils,
Telefon: 0 71 63/1 70, Telefax: 0 71 63/1 71 55

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

An SCHRAG GmbH, Hauptstr. 118,
7333 Ebersbach/Fils

Ich möchte Infos über
☐ Klima-Zentralheizungen
☐ Kachelofen-Heizeinsätze
☐ Zentrale Staubsauganlagen
(Zutreffendes bitte ankreuzen) KB

CADILLAC ELDORADO TC

Was für ein Design! Schon der erste Blick läßt ahnen, daß sich unter dieser bestechend sportlichen Linienführung pure Kraft verbirgt – gebändigt durch modernste Technologie.

Dynamische 150 kW (204 PS) des starken 4.9-l-V8-Triebwerks sprechen für sich. Und für die Vernunft spricht, daß dieses noble amerikanische Sportcoupé „europäische" Verbrauchswerte erreicht, die sich mit Standards in dieser Klasse vergleichen lassen.

Hohe Standards auch in der luxuriösen Innenausstattung dieses außergewöhnlichen Coupés. Klimaanlage, ergonomisch geformte Ledersitze – in denen auch Fond-Passagiere bequem reisen, Bordcomputer und elektrische Sitzverstellung bieten den selbstverständlichen Luxus, den Sie von einem Cadillac erwarten.

Für Ihre Sicherheit sorgen ABS, lenkradintegrierter Airbag und das intelligente Fahrwerk: Das CCR-System stimmt die Federung automatisch auf die jeweilige Geschwindigkeit ab. Das spüren Sie bei sportlichen Kurvenfahrten ebenso wie beim entspannten Dahingleiten; wenn sich Autobahnen in kalifornische Highways verwandeln. It's a kind of magic! Sie fragen sich, wo dieser amerikanische Traum Realität werden kann? Ganz einfach: bei Ihrem GM Händler.

Dort erfahren Sie auch alles über die GM Garantie und das GM Protection-System. Oder rufen Sie uns an: **06074/44071.**

CADILLAC. DRIVE THE AMERICAN DREAM.

GM

„Wanzen, Flöhe, Perser, Israelis“

Inspekteure der Vereinten Nationen haben im Irak zahlreiche Beweise für die Beteiligung deutscher Firmen an der Giftgasproduktion entdeckt. Dort sollte auch VX, ein Nervengas der jüngsten Generation, hergestellt werden. Vor dem Darmstädter Landgericht beginnt der Prozeß gegen zehn deutsche Manager.

Auf dem Betriebsgelände der irakischen Staatsfirma Muthanna State Establishment war es totenstill. Keine Bewegung, kein Rauch, kein Maschinenlärm. Inspekteure der Vereinten Nationen protokollierten „Szenen unglaublicher Zerstörung“.

Die Ruinenlandschaft, 40 Kilometer vor Samarra, ist Sinnbild für die Omnipotenzphantasien des irakischen Diktators Saddam Hussein. Wie Reißzähne ragen aus dem Wüstensand die Reste zerbombter Todesfabriken – weitläufige Anlagen mit ausgefeilter Technik.

Iranische Giftgasopfer
Widerliches Geschäft

Dort wurde bis kurz nach Ausbruch der Kuweit-Krise im Oktober 1990 Senfgas in großdimensionierten Anlagen mit einer Kapazität von bis zu 1700 Tonnen im Jahr produziert – genug, um ganze Landstriche zu verpesten. In einem benachbarten Komplex mußten die Arbeiter rund um die Uhr malochen, um die Nervengase Sarin und Tabun herzustellen (siehe Schaubild Seite 81).

Als im Frühjahr 1988 der Umrührer eines Kessels ausfiel, stockte der Betrieb nur kurz. Rasch wurde die Sarin-Produktion in ein anderes Gebäude verlagert – das Tagessoll von zweieinhalb Tonnen mußte erfüllt werden, egal wie.

Das Staatskombinat bei Samarra war die Erfindung eines bösen Gehirns. Uno-Inspekteure, vom Sicherheitsrat zur Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen und ihrer Produktionsstätten ausgesandt, entdeckten auf einer Fläche von 10 mal 15 Kilometern den Tod in allen Varianten und Kalibern.

Auf dem Muthanna-Gelände wurde von Granatwerfermunition, Kaliber 122 Millimeter, bis hin zu 500-Kilogramm-Fallbomben fast das ganze konventionelle Munitionsarsenal mit Giftgas befüllt. Von 1990 an wurden in der riesigen Anlage auch die Gefechtsköpfe für Scud-Raketen, wie sie der Irak im Golfkrieg auf Israel abfeuerte, für die chemische Kriegführung umgerüstet.

In der Mabuse-Werkstatt mixten Techniker die Vorprodukte für die chemische Vernichtung von Menschen zusammen. Wissenschaftler tüftelten an Rezepturen für den Kampfstoff Soman, garantiert tödlich in winzigen Dosierungen. Das 1944 entwickelte Gift ist wie das ältere Senfgas oder die Gase Tabun und Sarin eine deutsche Erfindung.

Voraussichtlich wird es Jahre dauern, bis die Uno-Inspekteure alle Giftgasvorräte im Irak vernichtet haben. Innerhalb von zwei Jahren aber soll in Deutschland die Entstehungsgeschichte dieser einzigartigen Kampfstoffanlage aufgearbeitet werden.

Am Montag nach Ostern beginnt vor der 13. Strafkammer des Landgerichts

Uno-Inspekteur, Giftgasbomben im Irak: Tod in allen Kalibern und Varianten

Gibt's nur im Hard-Böxli.

Bei Hustenreiz und Heiserkeit: Ricola mit 13 Schweizer Kräutern. Natürlich erfrischend, für unterwegs und für jeden Geschmack: Kräuter Original, Zitronenmelisse, Orangenminze, Eukalyptus und Alpin Fresh.

Darmstadt der Prozeß gegen zehn deutsche Manager. Sie sollen am Bau der irakischen Giftgasfabrik mitgewirkt haben.

Neben Kaufleuten der einschlägig bekannten Unternehmen Karl Kolb und Pilot Plant aus dem hessischen Dreieich sowie der Hamburger Water Engineering Trading (W.E.T.) müssen auch Komparsen aus der Zulieferindustrie vor Gericht erscheinen. Ihnen werden Verstöße gegen die Außenwirtschaftsverordnung vorgeworfen, Höchststrafe: drei Jahre Gefängnis.

Die Ermittlungen hatten bereits vor fünf Jahren mit der Durchsuchung zahlreicher Firmen begonnen. Vor Beginn des Prozesses, der auf 70 bis 100 Verhandlungstage angesetzt ist, herrscht im Lager der Angeklagten Uneinigkeit. Einige sind allenfalls zu Teilgeständnissen bereit, andere wollen rückhaltlos auspacken.

Ein widerliches Geschäft sei da betrieben worden, räumt der Unternehmer Jürgen Stockmeier ein, Chef eines Zulieferbetriebes im niedersächsischen Laatzen. Eine Firma des Chemiekaufmanns hatte über 30 Tonnen Phosphoroxidchlorid ($POCl_3$) geliefert, die auf Umwegen in den Irak gelangt waren. $POCl_3$ ist Ausgangsstoff für Tabun und Sarin.

Er könne sich „ohrfeigen", weil er bei der Prüfung eines Auftrages der Hamburger W.E.T. „20 Sekunden" nicht aufgepaßt habe, sagt Stockmeier. „Ich bin von einer Gesellschaft von Mitangeklagten umgeben, die mich ankotzt." Dennoch wolle er die „Verantwortung für die Leichtfertigkeit meiner Mitarbeiter bei der Abwicklung dieses Geschäfts" übernehmen.

Solchen Bekennermut, wenn er denn ernst gemeint ist, lassen andere Manager vermissen. Und auch die Bundesregierung, durch Mitwisserschaft in die Giftgasgeschäfte verstrickt, spielt eine blamable Rolle.

Zunächst bestritt Bonn glatt die Existenz deutscher Giftgasanlagen im Irak. Obwohl eindeutige Hinweise des israelischen und amerikanischen Geheimdienstes schon Anfang 1984 vorlagen, lief die Ausfuhr des Produktionszubehörs bis 1989 heimlich weiter. Kein Politiker in den zuständigen Ressorts für Wirtschaft und Auswärtiges mochte dafür bisher Verantwortung übernehmen.

Als Bonn Mitte der achtziger Jahre Teillieferungen untersagen ließ, verlangten Kolb-Kaufleute dreist eine Entschädigung vom Staat. Die Bundesregierung verhandelte damals sogar ernsthaft mit den Managern über die Regreßforderungen.

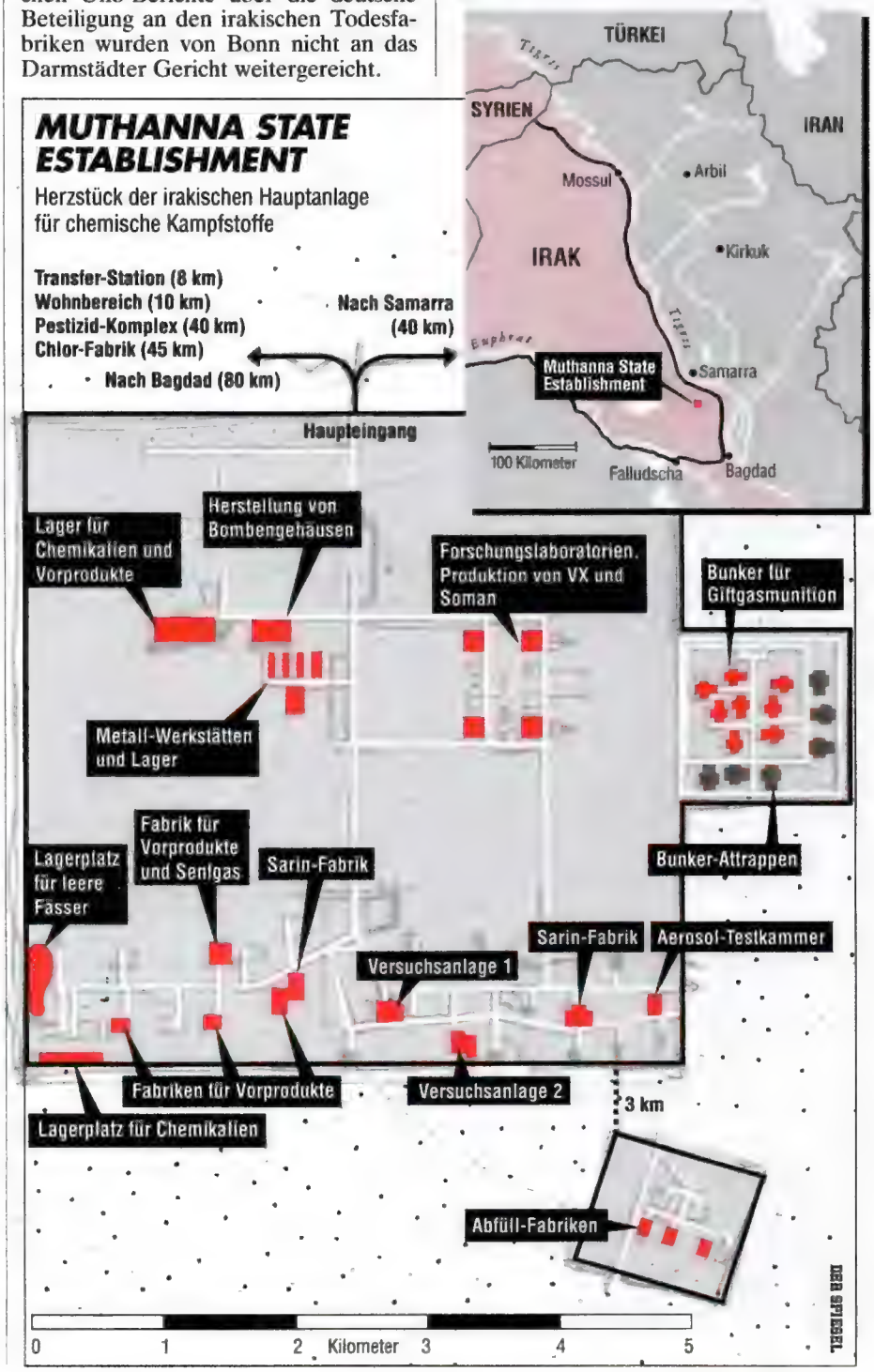
Aus bislang unter Verschluß gehaltenen Unterlagen geht hervor, daß die Bundesregierung Mitte der achtziger Jahre bereit war, den Lieferanten eine Abfindung in Höhe von sechs Millionen Mark zu zahlen, wenn sie das Geschäft sausenließen. Auch dieser Kabinettsbeschluß wird im Darmstädter Prozeß zur Sprache kommen.

Die Zusammenarbeit ging noch weiter: Den W.E.T.-Manager Peter Leifer warb der Bundesnachrichtendienst (BND) 1986 als Mitarbeiter. Fast zwei Jahre lang kungelte Leifer mit dem Geheimdienst und lieferte Informationen über den Irak.

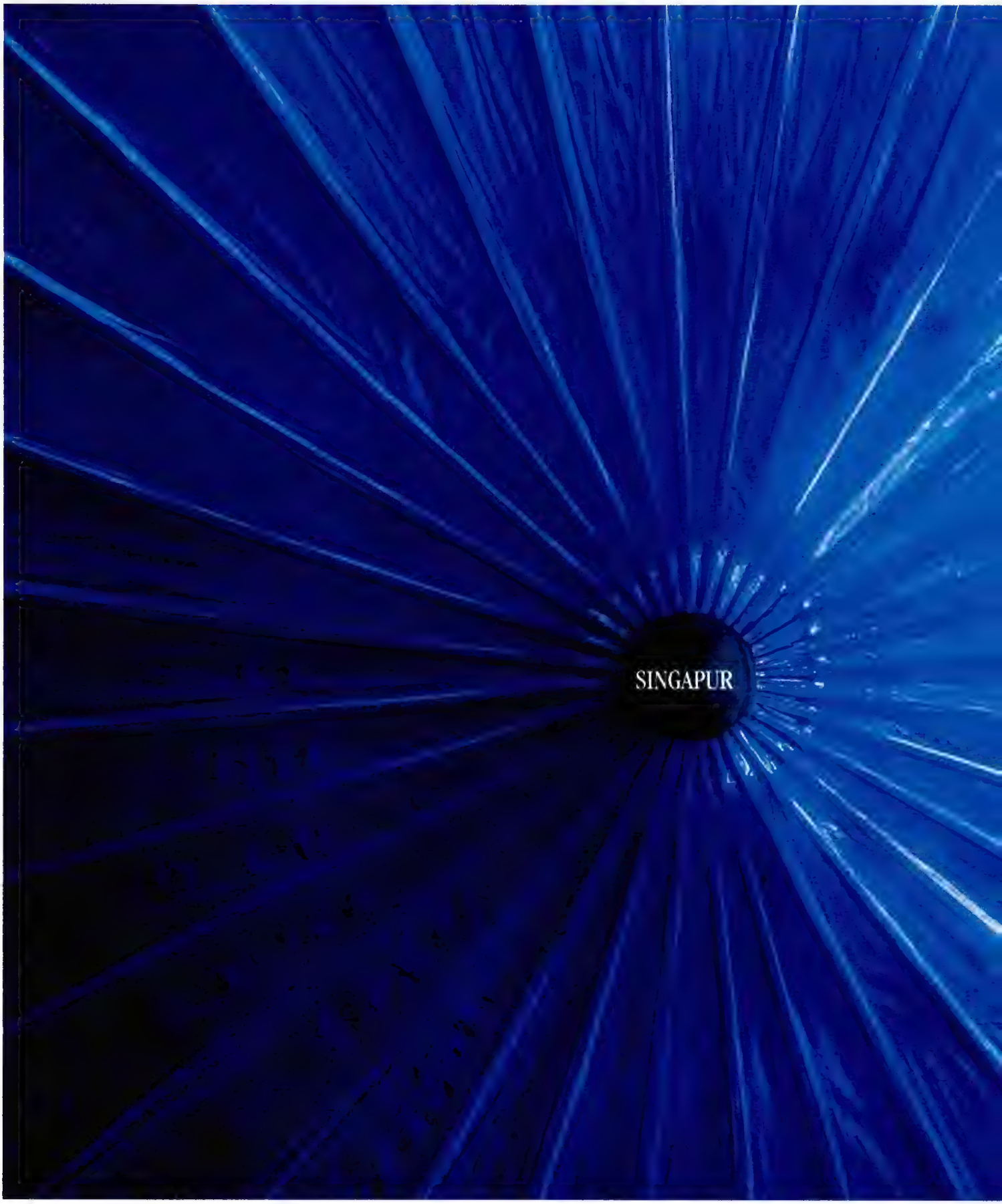
Bis heute mauert die Bundesregierung in der Giftgasaffäre: Die vertraulichen Uno-Berichte über die deutsche Beteiligung an den irakischen Todesfabriken wurden von Bonn nicht an das Darmstädter Gericht weitergereicht.

Das Außenministerium des Liberalen Hans-Dietrich Genscher erklärte dem Vorsitzenden Richter Alfred Pani, keiner der deutschen Uno-Inspekteure dürfe als Zeuge auftreten. Offizielle Begründung: Die Vereinten Nationen lehnten es strikt ab, die Schweigepflicht für Inspekteure aufzuheben.

Doch die Version aus der New Yorker Uno-Zentrale klingt weniger harsch. Zwar könne, so Tim Trevan von der Sonderkommission für den Irak, tatsächlich keine Aussagegenehmigung erteilt werden. Die Vereinten Nationen



DER BESTE WEG IN DEN FERNEN OS



Ab 31. März 1992 startet Singapore Airlines täglich ab Frankfurt, und von Berlin-Schönefeld fliegen wir zweimal wöchentlich nach Singapur. Von dort aus weiter zu den 42 wichtigsten Zielen in

TEN FÜHRT TÄGLICH ÜBER SINGAPUR

Fernost, Australien und Neuseeland. Mit dem Komfort der modernsten Flotte und einem Bordservice, über den sogar andere Fluglinien sprechen.

SINGAPORE AIRLINES

Uno-Inspektionsteam im Irak*: Beste Gifttechnik am „Sauerkraut Boulevard"

seien aber durchaus bereit, gewisse Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Das kann von Bedeutung sein. Denn die Papiere, die mittlerweile unter den Verteidigern und Staatsanwälten kursieren, bestätigen weitgehend die Puzzle-Arbeit der deutschen Ermittler.

Bislang hatten Firmen wie Kolb aus Dreieich stets beteuert, bei den exportierten Fabriken handele es sich um harmlose Anlagen zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln. Doch die Uno-Inspekteure konnten auf dem riesigen Muthanna-Gelände keine einzige Pestizidfabrik sichten.

Die wichtigsten deutschen Anlagen, die vermutlich an der Herstellung von Senfgas, Tabun und Sarin beteiligt waren, sind zwischen Februar 1983 und März 1985 geliefert worden. Nach Angaben der Iraker wurde die Giftgasproduktion 1986 aufgenommen.

Auch nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges 1988 wurden die deutschen Exporte, so die Uno-Inspekteure, heimlich fortgesetzt. Das stützt die Ergebnisse deutscher Ermittler. Bagdad räumte jetzt ein, das Giftzeug sei bis Oktober 1990 abgefüllt worden.

Ferner passen die Erkenntnisse deutscher Ermittlungsbehörden über die Standorte der Kampfstoffbetriebe weitgehend zu den Feststellungen der Uno-Rechercheure.

Wie schlechte Satire klingt angesichts der Fakten aus Muthanna ein Diskurs aus dem vergangenen Jahr. Heinrich Weiss, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hatte nach dem Golfkrieg befunden: „Es sind keine Giftgaswaffen von deutschen Unternehmen geliefert worden."

Fachblätter wie die Bonner *Wehrtechnik* assistierten. Vielleicht gebe es überhaupt „kein Giftgas aus irakischer Produktion". Und die bunte Wirtschaftsillustrierte *Forbes* aus dem Hause Burda wußte es in einer Schlagzeile ganz genau: „Die Giftgas-Lüge".

Doch all die Versuche, das widerwärtige Geschäft mit dem Tod zu verdrängen, fruchteten nicht. Auch die Hinweise, schließlich hätten Franzosen, Spanier, Italiener, Russen und Rumänen am Giftgas mitverdient, brachten keine Entlastung: Etwa 80 Prozent der Anlagen in Muthanna, so neue Erkenntnisse der Bundesregierung, stammten aus Deutschland.

Und das war kein Geheimnis. „Jeder hat gewußt, um was es ging", resümiert Ingenieur Fritz-Willi Dörflein. Der Techniker aus dem hessischen Rodgau war 1983 an Ort und Stelle im Irak. „Was macht ihr hier?" wollte er nach eigenen Angaben von einem Arbeiter wissen. Dessen Antwort laut Dörflein: „Wir stellen Mittel gegen Ungeziefer her – gegen Wanzen, Flöhe, Heuschrecken, Perser, Israelis." Dörflein will das vor Gericht bezeugen.

Hat auch jeder gewußt, was am „Sauerkraut Boulevard" los war? So nennen Uno-Inspekteure flapsig eine der Hauptstraßen des Muthanna-Areals. Anders als in der East 86th Street in New York, wo es den anderen „Sauerkraut Boulevard" gibt, waren bei Muthanna keine Kuckucksuhren aus dem Schwarzwald oder Nußknakker aus dem Erzgebirge zu haben. Gefragt war beste deutsche Technik.

Sie steckt in Versuchsanlagen, die inmitten von 13 Fabrikattrappen das Bombardement der Alliierten überstanden haben. „Das Design der Fabrik", schildern Uno-Berichterstatter den Betrieb, sei „modern und aus Höchstqualitäts-Materialien hergestellt, mit einem sehr hohen Standard an Ingenieurkunst". Obwohl die Konstruktion von den Irakern lediglich als Versuchsanlage bezeichnet werde, handele es sich um eine „beachtliche Einrichtung".

Dahinter stecke, mutmaßt Uno-Chefinspekteur Peter Dunn, eine besondere Teufelei von Saddam Hussein: In der Fabrik könne das Nervengas VX hergestellt worden sein, das in noch ge-

* Beim Reinigen kontaminierter Schutzanzüge.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet…

► Wer läßt sich schon gerne an die Leine legen? Schnurlos behalten Sie Ihre Freiheit. Zum Beispiel mit Sinus 31 von Telekom: In einem Umkreis von 200 Metern um die Feststation hält es stets treu die Verbindung.

► Doch es gibt noch mehr Gründe, sich in Sinus 31 zu verlieben: Wie bei vielen Telefonen von Telekom können Sie wahlweise dem Miet- oder dem Kaufangebot Ihr Jawort geben. Außerdem bringt Sinus 31 eine umfangreiche, komfortable (technische) Aussteuer mit. Und damit Ihrem Glück wirklich nichts im Wege steht, kümmert sich als Trauzeuge der Telekom Service um alle Fragen vom Anschluß bis zur Instandhaltung. Schnell, flexibel und zuverlässig wie alles von Telekom.

► Genießen Sie die Freiheit! Im Telekom Laden in Ihrer Nähe können Sie in Ruhe probieren und studieren, bevor Sie Ihr Herz verschenken. Schauen Sie doch mal rein, oder informieren Sie sich telefonisch zum Nulltarif: 0130 0105. **Ruf doch mal an!**

Telekom

Im Biffar Studio sind Sie gut beraten!

W-1000 Berlin 31, Bundesallee 192 (030) 2135696
O-1020 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 17
W-2000 Hamburg 1, Alstertor 21, (040) 335337
W-2300 Kiel-Gaarden, Segeberger Landstr. 1, (0431) 735573
W-2800 Bremen 1, Bgm.-Smidt-Str. 128, (0421) 13383
W-3000 Hannover 1, Theilenplatz 3, (0511) 322787
W-3100 Celle-Gr. Hehlen, Zur Hasselklink 4-6, (05141) 55116
W-3110 Uelzen, Hambrocker Str 39, (0581) 78277
W-3200 Hildesheim, Bismarckstr 7 A, (05121) 39110
O-3211 Mertzendorf, Neue Str. 1, Tel 250
W-3300 Braunschweig, Auguststr 21-22, (0531) 41286
W-3410 Northeim 1, Robert-Bosch-Str 3, (05551) 960-0
W-3500 Kassel, Werner-Hilpert-Str. 1, (0561) 102345
O-3521 Fischbeck, Friedenstr. 13, Tel 3700
W-4000 Dusseldorf, Bismarckstr. 54a, (0211) 327875
W-4040 Neuss, Friedrichstr. 44-46, (02131) 274369
W-4050 Monchengladbach, Bismarckstr. 65, (02161) 22353
O-4073 Halle, Magnolienweg 4, Funk-Tel (0161) 2838603
W-4100 Duisburg-Walsum, Römerstr 317, (0203) 472330
W-4130 Moers, Neuer Wall 38, (02841) 26867
W-4150 Krefeld, Ostwall 55-57, (02151) 611748
W-4300 Essen, Kopstadtplatz 21, (0201) 230758
O-4320 Aschersleben, Johannisplatz 8, Tel 4119
W-4350 Recklinghausen, Hohenzollernstr. 40, (02361) 13326
W-4400 Munster, Hammer Str 157, (0251) 77107
W-4420 Coesfeld, Osterw. Str./Blomenesch 2, (02541) 3083
W-4440 Rheine, Salzbergener Str 3 A, (05971) 12330
W-4500 Osnabrück, Johannisstr. 130, (0541) 804068
W-4600 Dortmund, Hoher Wall 25, (0231) 140725
W-4630 Bochum, Ostring 2-4, (0234) 12622
W-4770 Soest, Stiefernberg 13, (02921) 15133
W-4800 Bielefeld 1, Breite Str. 23, (0521) 170101
W-5000 Köln 1, Quatermarkt 5, (0221) 216042
O-5020 Erfurt, Paulstr. 29-30, (0161) 1608820
W-5030 Hurth, Altstadter Str. 1, (02233) 44288
W-5100 Aachen Franzstr. 32, (0241) 26054
W-5200 Siegburg, Kaiserstr 51, (02241) 64149
W-5300 Bonn 1, Sandkaule 11, (0228) 639445
W-5400 Koblenz, Bahnhofstr 40, (0261) 38021
W-5522 Herforst, Industriegebiet, (06562) 2036
W-5600 Wuppertal-Barmen, Fr.-Engels-Allee 51, (0202) 81001
W-5750 Menden 1 Bosperde, Holzener Str 19, (02373) 61608
W-5790 Brilon-Stadt, Oststr 22, (02961) 2572
W-5800 Hagen, Frankfurter Str. 65, (02331) 32474
O-5805 Georgenthal Parkstr. 5, Tel 5681
W-5900 Siegen, Koblenzer Str 107, (0271) 318979
W-6000 Frankfurt Bethmannstr. 50-54, (069) 285577
W-6100 Darmstadt, Elisabethenstr 29, (06151) 25810
W-6200 Wiesbaden, Drei-Lilien-Platz 1, (0611) 301011
W-6240 Königstein, Am Alten Rathaus, (06174) 23453
W-6250 Limburg, Diezer Str 29, (06431) 26098
W-6300 Gießen-Wieseck, Gießener Str 163, (0641) 54444
W-6360 Friedberg, Hanauer Str 15, (06031) 3252
W-6450 Hanau 1, Langstr 42-44
W-6500 Mainz, Ludwigstr. 1, (06131) 229900
W-6520 Worms, Friedrichstr 14, (06241) 23547
W-6600 Saarbrucken, Mainzer Str 187, (0681) 66054
W-6700 Ludwigshafen, Bahnhofstr. 10, (0621) 518998
W-6732 Edenkoben, In den Seewiesen, (06323) 80128/29
W-6749 Lug, In der Laubendöll 5, (06392) 2802
W-6750 Kaiserslautern, St. Martinsplatz 7, (0631))93695
W-6780 Pirmasens, Wiesenstr 15, (06331) 63423
W-6800 Mannheim 1, Am Friedrichsring S6, 23, (0621) 25541
O-6822 Rudolstadt/Schwarza, Breitscheidstr., Tel. 52573
W-6832 Hockenheim Untere Hauptstr 15-17, (06205) 14283
W-6908 Wiesloch, Adenauer Platz, Ecke Schloßstr (06222) 51431
W-6945 Hirschberg-Großsachsen, Breitg. 20, (06201) 51675
W-7000 Stuttgart 1, Lautenschlagerstr. 17, (0711) 294835
O-7010 Leipzig, Harkortstr 19, Tel. 2114704
O-7025 Leipzig-Mockau, Kieler Str. 51, Tel. 2411818
W-7030 Böblingen, Sindelfingerstr 13, (07031) 227536
W-7080 Aalen 1, Storchenstr. 6, (07361) 61418
W-7100 Heilbronn, Sulmerstr. 55, (07131) 81840
O-7113 Leipzig/Markleeberg, Wollstr 1
W-7320 Göppingen, Hauptstr 49, (07161) 69916
O-7401 Burkersdorf, An der Feuerwehr, Tel Altenburg 311743
W-7410 Reutlingen 1, Federnseestr 19, (07121) 320608
O-7500 Cottbus Ostrower Str. 6, Tel 33915
W-7500 Karlsruhe, Reinhold-Frank-Str. 48c, (0721) 27084
W-7530 Pforzheim, Ausstellung Karlsruhe, (07231) 358558
W-7570 Baden Baden, Eichelgartenstr 3, (07221) 9387-0
W-7700 Singen, Industriestr 14, Fa Schelle, (07731) 5991-0
W-7730 VS-Villingen, Färberstr. 12, (07721) 4422
W-7750 Konstanz, Max-Stromeyer-Str. 1, (07531) 50260
W-7800 Freiburg, Sundgauallee 108, (0761) 892037
W-7891 Weilheim-Bannholz, Gupfenstr. 5, (07755) 209
W-7900 Ulm, Herrenkellergasse 18, (0731) 64721
W-7980 Ravensburg, Obere Breite Str 40, (0751) 15979
W-8000 Munchen 2, Oberanger 35, (089) 265018
O-8021 Dresden-Striesen, Lauensteiner Str. 38, Tel 333751
O-8260 Lommatzsch, Mertitzer Str. 30, Tel 8718
W-8390 Passau 21, Neuburger Str. 61, (0851) 56699
W-8400 Regensburg, A.-Schmetzer-Str. 52, (0941) 794510
W-8500 Nurnberg 40, Peter-Henlein-Str. 75, (0911) 453833
W-8520 Erlangen Hauptstr. 55-57, (09131) 29596
W-8700 Wurzburg, Semmelstr. 37, (0931) 55157
W-8900 Augsburg, Ludwigstr 24, (0821) 33150
W-8951 Mauerstetten Bahnhofstr. 7, (08341) 74085/86
W-8960 Kempten, Bahnhofstr. 2, (0831) 201205
O-9091 Chemnitz, Flemmingstr. 2, Tel 332889
O-9304 Cranzahl, Dorfstr. 67/Ecke Karlsbader Str
O-9540 Zwickau Innere Schneeberger Str 22a, Tel 23935
O-9802 Lengenfeld, Parkstr 20, Tel 2746
CH-3000 Bern 9, Länggassstr. 19, (031) 247073
CH-8057 Zürich, Schaffhauser Str. 118, (01) 3636696
NL-2561 VN Den Haag, Copernicusplein 6, (070) 3600816
NL-6511 LV Nijmegen, 2 Walstraat 24, (080) 241144
NL-6641 SZ Beuningen, Zilverwerf 19, (08897) 77277
L-3590 Dudelange, Place de l'Hotel de Ville, Tel 512640

Biffar Haus- und Wohnungstüren: sicher, hochwertig, individuell

So schön kann Sicherheit sein

Das Biffar Türenkonzept vereint beide Aspekte: Im Inneren ist wirkungsvolle Technik gegen Einbruch untergebracht. Außen haben Sie freie Hand für Ihre Gestaltungsideen. Schöne Sicherheit bietet auch die Materialgüte, die optimale Wärmedämmung und der umfassende Montage-Service vom Fachmann. Lassen Sie sich in Ihrem Biffar Studio beraten.

Biffar®
... und Ihr Haus gewinnt an Wert

Name: _____ Straße: _____

PLZ/Ort: _____ Telefon: _____

Bitte schicken Sie mir:

☐ Den Farbbildband „Die Tür" für DM 20,– incl. Porto und Verpackung, Verrechnungsscheck liegt bei (im Studio für Selbstabholer nur DM 10,–)

Coupon auf Postkarte kleben und senden an:

weitere Informationen über:

☐ Haustüren ☐ Wohnungstüren ☐ Vordächer
☐ Neubau ☐ Renovierung
☐ Ich möchte mir lieber einen Gesamteindruck verschaffen. Bringen Sie mir kostenlos das große Biffar Musterbuch vorbei.

RQ
Ca-0492-0013

Biffar Studio Dienst, In den Seewiesen, 6732 Edenkoben, Fax (06323) 80179, Tel. (06323) 801-0

ringeren Konzentrationen als Tabun oder Sarin tödlich wirkt. Seine Vermutung stützt Dunn unter anderem, so das Uno-Protokoll, auf „das Layout" der Anlage.

Geschäftspapiere geben keinen Aufschluß mehr, die Uno-Inspekteure fanden überall nur noch „Haufen aus Asche". Eine Menge Unterlagen waren offenbar vor der Visite der Inspekteure eilig verbrannt worden. Um Aufklärung gebeten, erklärten die zuständigen Iraker, der Strom sei ausgefallen – deshalb hätten sie ein Feuerchen gemacht.

Uno-Fotograf Pernacca Sudhakaran nahm die Typenschilder in den Versuchsanlagen auf. 19 Lieferanten konnten identifiziert werden, 17 kamen aus Deutschland. „Die meisten Teile der Ausrüstung", so die Uno, „wurden von Pilot Plant geliefert." Auch Unternehmen wie die Ludwig Hammer GmbH aus dem bayerischen Kleinostheim werden aufgeführt.

Demo gegen Irak-Lieferanten*: Überall Haufen aus Asche

Die Firma hat für etliche Gebäude des Muthanna-Komplexes die Belüftungs- und Elektroanlagen geliefert. Hammer war im Irak vorwiegend Subunternehmer der Heberger Bau aus Schifferstadt. Dem pfälzischen Baulöwen, der in Muthanna insgesamt acht Gebäude hochzog, hat der Irak-Einsatz nicht geschadet. Heberger bekam erst im Vorjahr den imagefördernden Auftrag, die Villa von Kanzler Helmut Kohl in Oggersheim zu umfrieden.

Ein Stück von den Versuchsanlagen entfernt hat auch ein Gebäude, von den Inspekteuren als „Inhalationskammer" bezeichnet, den Krieg überstanden. Die Anlage aus „rostfreiem Stahl" ist deutschen Experten ein Begriff.

Die Firma Rhema Labortechnik GmbH aus Hofheim im Taunus hatte ein „Inhalationssystem für toxikologische Untersuchungen" nach Samarra verkauft. Für erste Gasversuche wurden Beagle-Hunde mitgeliefert. Später schickten die Chemiker Esel in die stählerne Gaskammer. Und dann wurde angeblich sogar getestet, wie iranische Kriegsgefangene auf Nervengas reagierten. Laut Uno könnte mit dieser „Einrichtung" die „tödliche Wirkung von Mitteln" untersucht werden.

Deutschen Ermittlern ist längst bekannt, daß diese Versuchsanlagen und die Stahlkammer von hier aus in den Irak geliefert worden sind. Dennoch tauchen die Exporte in der Darmstädter Anklage nicht auf. Der Nachweis, die Anlagen seien für den bösen Zweck besonders konstruiert worden, war nach Meinung der Strafverfolger nicht zu erbringen.

Längst nicht alle deutschen Spuren konnten beim Ortstermin in der Wüste aufgeklärt werden. Zerbombt ist beispielsweise die Abfüllanlage, die von Kaufleuten der Hamburger W.E.T. ausgestattet worden sein soll. Zerstört ist die Bombengehäusefabrik, für die das westfälische Unternehmen Schwender geliefert haben soll. Wahre Giftmüllgruben sind die meisten Anlagen von Kolb und Pilot Plant, die zur Herstellung der Kampfstoffe gedient haben sollen.

Angeklagter W.E.T.-Manager Leifer
Mit dem BND gekungelt

Bei Falludscha, ungefähr 40 Kilometer vom Muthanna-Areal entfernt, entdeckten Uno-Inspekteure immerhin Anlagen zur Herstellung von Vorprodukten. Eine solche Fabrik im Wert von rund 20 Millionen Mark hatte W.E.T. unter der Projektnummer 33/85 nach Falludscha geliefert. In einem Gebäude mit der Nummer 162 stöberten die Uno-Leute 35 Container mit 875 Kilogramm CS-Tränengas auf. Er war von Hamburg nach Kuweit geliefert worden und in den Irak gelangt.

Die Spurensucher der Uno werden auf Schritt und Tritt von wachsamen Irakern begleitet. Dr. Imad Hussein el-Ani etwa gilt als kenntnisreicher Gesprächspartner und kundiger Diskutant. Früher war der „leitende Beamte in der Organisation von Muthanna" (Uno) als Einkäufer unterwegs. Anfang der achtziger Jahre stellte er in der Bundesrepublik die Todesfabriken zusammen.

Kein Dr. No, nur ein freundlicher Handlungsreisender, der zusammen mit anderen leitenden Angestellten ein Refugium mit Basketballplatz, Schwimmbad, Billardsaal und Turnhalle bewohnen durfte – 16 Kilometer südlich der Giftgasfabriken, in sicherer Distanz.

* Vor der Firma Karl Kolb in Dreieich.

Jede Menge ab-rufbar.

LESCH + FREI

Warmwasserbereitung mit Strom bedeutet vorprogrammierten Wohnkomfort. Denn Strom erhitzt Wasser in gewünschten Mengen auf vorgewählte Temperaturen. Kochendes Wasser für die Küche fließt sogar nach Knopfdruck. Und da es

Strom immer geben wird, ist dieser Wohnkomfort auch in Zukunft gesichert. Fragen kostet nichts: Für eine individuelle Lösung im Bereich Heizung und Warmwasserbereitung mit Strom berät Sie gerne Ihr Elektrofachmann.

ELEKTROWÄRME VOM FACHMANN

DENN STROM WIRD ES IMMER GEBEN

D1 ODER D2?

Zwei digitale Mobilfunk-Netze stehen zur Wahl: D1 und D2. Mit welchem fahren Sie am besten? Welches ist an Ihrem Ort, bei Ihren Anforderungen vorteilhafter? Diese und weitere wichtige Fragen zum mobilen Telefonieren beantworten Ihnen ab sofort die Profis von proficom.

Wir beraten Sie kompetent und unabhängig. Wir vermitteln Ihnen den Einstieg in jedes der beiden Netze. Außerdem entwickeln wir exklusive Mehrwert-Dienste und betreuen Sie mit einem perfekten Rundum-Service. Dafür bürgt nicht zuletzt die Leistungskraft unserer Partner: MAN Hoesch Teleservice, ADAC, VDO und Securicor. Nutzen Sie den Vorteil: Bringen Sie die Profis von proficom ins Spiel!

proficom

Professionelle Kommunikation

Jetzt sind Sie am Zug! Fordern Sie weitere Informationen an oder vereinbaren Sie ein Beratungsgespräch:
Telefon: (02 31) 94 31-254, Telefax: (02 31) 42 33 34

Geheimdienste

Zwiebeln und Agenten

Ermittler geben sich sicher: Ehemalige Stasi-Agenten sind zum Moskauer KGB übergelaufen.

Bei seiner Ankunft in Hamburg durfte der Häftling Wolfgang Hartmann, bis zur Wende Stasi-Offizier in Neubrandenburg, über Knast oder Freiheit selbst entscheiden.

Als der Wagen mit dem Gefangenen an der hanseatischen Prachtstraße Jungfernstieg vorbeifuhr und wenig später am Untersuchungsgefängnis hielt, verkündete sein Bewacher, Hartmann könne wählen, ob er den Abend am hellen Boulevard oder im vergitterten Ziegelbau verbringen wolle.

Ex-Oberst Hartmann, 54, verstand den Wink. Dennoch blieb der Stasi-Mann schweigsam. Anders als einige seiner Kollegen von der Spionagetruppe in Erich Mielkes Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mochte er sich auf einen Deal mit der Justiz – Freiheit gegen Preisgabe von Agenten – nicht einlassen.

Seit Ende Februar sitzt Hartmann in Hamburg ein. Nach Ansicht der Ermittler ist der frühere Abteilungsleiter in der Stasi-Bezirksverwaltung Neubrandenburg ein dicker Fisch: Sie werfen dem Ex-Spionageoffizier vor, er sei noch nach dem Frühjahr 1990 für den damaligen sowjetischen Geheimdienst KGB aktiv gewesen.

Laut Haftbefehl des Bundesgerichtshofs hat Hartmann Ex-Mitarbeiter seiner Dienststelle aufgefordert, künftig für das KGB zu arbeiten. „Der hat Kollegen und Quellen hinüberführen wollen, da kulminiert die Gefahr", sagt ein Sprecher des Generalbundesanwalts.

Mit Hartmanns Hilfe, wenn er denn redet, hofft die Justiz endlich beweisen zu können, was Sicherheitsexperten und Bonner Politiker seit langem behaupten: daß Stasi-Spione von ihren ehemaligen Vorgesetzten zielstrebig zur Weiterarbeit für das KGB angehalten und dadurch womöglich schon zu Hunderten erfolgreich, so der Fachbegriff, „überworben" worden sind.

Ein Indiz dafür könnten auch die Aktivitäten einer weiteren mutmaßlichen Seilschaft sein, deren Festnahme die Bundesanwaltschaft letzte Woche bekanntgab: Ein Ex-Oberstleutnant und ein früherer Major des Stasi-Spionageapparats Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) sollen einen Angestellten der US-Botschaftsaußenstelle Berlin, der von ihnen geführt worden war, an das KGB transferiert haben.

Zwar beteuern die US-Diplomaten, der Spionageverdächtige habe nicht einmal Unterlagen der unteren Geheimhaltungsstufe „Classified" zu Gesicht bekommen; doch der Fall könnte gut in ein Muster passen, das deutsche Abwehrstellen seit Monaten beobachten:

Geheimdienstler aus der früheren UdSSR versuchen, aus der Konkursmasse HVA wo immer möglich Agenten einzusammeln. So räumt auch Ex-

* 1963 während einer Jagd in der Nähe Berlins.

Minister Mielke (2.v.r.), KGB-Offiziere*: „Da kulminiert die Gefahr"

KERNENERGIE NACHRICHTEN

Reaktor für die Zukunft

Gemeinsam für noch mehr Sicherheit: Deutsche und französische Unternehmen planen die Entwicklung eines extrem sicheren „Euro-Druckwasserreaktors". Selbst im unwahrscheinlichen Fall einer Kernschmelze kann eine radioaktive Belastung der Umwelt ausgeschlossen werden. Zusätzlichen Schutz bietet in dem neuen Euro-Kraftwerk ein wassergefülltes Auffangbecken unter dem Reaktor. Damit arbeitet dieser neue Kraftwerkstyp auf einem noch höheren Sicherheitsniveau und wird dabei auch wirtschaftlich konkurrenzfähig sein. Konzipiert für den Einsatz von Mischoxid-Brennelementen soll der Sicherheitsreaktor eine Leistung von rund 1.400 Megawatt erbringen.

Fragen zur Kernenergie beantwortet gerne:

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10 · 5300 Bonn 1
02 28/50 72 13

TRILUX – das Licht zum Leben

3E-Light –
das Beleuchtungssystem
für das Büro der Zukunft

3E-Light ist ein komplettes System für die zeitgemäße Beleuchtung moderner Büros.

3E
ergonomic
economic
electronic

3E-Light verkörpert Spitzenleistung in Lichttechnik und Elektronik, berücksichtigt die ergonomischen Bedürfnisse des Menschen hinsichtlich seiner Arbeitsumgebung und schafft Individualität und Flexibilität.

3E-Light ist das Beleuchtungssystem für das Büro der Zukunft.

TRILUX-LENZE GmbH + Co KG
D-5760 Arnsberg 1

TRILUX

Deutschlands unabhängige Berliner Morgenzeitung

Angenommen, Sie wohnen in Frankfurt, Hamburg oder München und interessieren sich für eine richtige Großstadt.

Dann kommen Sie in Deutschland kaum an Berlin vorbei. Wahrscheinlich wollen Sie jetzt Einzelheiten hören. Und damit sind Sie schon auf dem direkten Weg zum Tagesspiegel. Wir analysieren die Hauptstadt-Entwicklung nämlich grundlegend und vor Ort. So erfahren Sie bei uns deren Auswirkungen auf Frankfurt, Hamburg oder München – also auf ganz Deutschland. Ebenso wie alles, was Politik und Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa in Bewegung hält. Hintergründe inbegriffen – gemäß unserem einfachen Grundsatz „Wir gehen den Dingen auf den Grund." Zu Recht haben wir darum ungewöhnlich anspruchsvolle Leser. Sollten Sie das auch sein, dann bestellen Sie doch gleich unser kostenloses Probeabo:
Tel: 030 / 493 10 81 oder Fax: 030 / 493 10 80.
Damit sind Sie unter anderem in Frankfurt, Hamburg oder München auf das richtige Großstadtgefühl abonniert.

DER TAGESSPIEGEL

RERUM COGNOSCERE CAUSAS

VENUS & KLEIN, BERLIN

Oberst Hartmann bislang lediglich ein, daß man sich im MfS-Kollegenkreis bei „Konsultations-gesprächen" mit der Frage befaßt habe, „wie wird unsere Zukunft aussehen, wie reagieren wir, wenn Freunde uns ansprechen". Tatsächlich habe dann das KGB, mit dem die Stasi einst eng verbunden war, an ihn und einige Mitarbeiter „den Wunsch nach Zusammenarbeit herangetragen". Spionage jedoch bestreitet der Häftling.

Strafrechtlich, sagt sein Rechtsanwalt, sei der Vorgang nicht relevant, da die Kontakte noch zur Zeit der PDS-Regierung unter Hans Modrow Anfang 1990 geknüpft worden seien. Hartmann war noch offiziell im Dienst.

Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg residierte damals am Ortseingang in einem Schloß mit benachbartem Neubauviertel für Mitarbeiter. Hartmann befehligte dort an die 45 Hauptamtliche der Abteilung XV. Unter dieser Chiffre firmierten in allen MfS-Bezirksverwaltungen die Spionage-Dependancen der Ost-Berliner HVA.

Abteilung XV führte eigene Agenten in der DDR und der Bundesrepublik; die zog die Berliner Zentrale nur gelegentlich und je nach Wichtigkeit an sich, wie etwa die ursprünglich in Karl-Marx-Stadt angebundene Spionin im Bundesnachrichtendienst Gabriele Gast.

Nach der Wende arbeitete der von Kollegen als „Pragmatiker" eingestufte Hartmann zuerst als Tischler, dann vertrieb er Pflanzen für eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Einer seiner früheren Referatsleiter sah den früheren Chef zuletzt beim Verkauf von Blumenzwiebeln.

Hartmann flog auf, nachdem der Hamburger Staatsschutz im letzten Oktober einen 50jährigen Polizeihauptmeister verhaftet hatte. Der soll, so der Vorwurf der Justiz, an das MfS und später an das KGB Dienststellenpläne und Polizeimaßnahmen verraten haben. Der Polizist belastete zwei ehemalige MfS-Majore aus Neubrandenburg, die wiederum beschuldigten Hartmann.

Dessen Haftbeschwerde hat der Bundesgerichtshof wegen „Verdunkelungsgefahr" verworfen. Doch ob die Justiz den zähen HVA-Mann zum Plaudern bringt, steht dahin.

Die Staatsanwälte setzen auf Zermürbung: Aussagewillige Stasi-Leute erhalten Straferlaß für „tätige Reue" entsprechend Paragraph 153e der Strafprozeßordnung – wie etwa ein früherer Führungsoffizier des im Februar zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilten Verfassungsschutz-Maulwurfs Klaus Kuron.

Auch den beiden Majoren a.D. aus Neubrandenburg muß wohl nicht mehr bange sein. Als Lohn für ihre Aussagen gegen ihren ehemaligen Chef Hartmann wird, so die Hamburger Staatsanwaltschaft, „derzeit Straffreiheit geprüft".

Friedensforscher

Auf der Haßliste

Zoff am Friedensforschungsinstitut von Egon Bahr: Die Konfliktexperten werden mit ihren eigenen Zwistigkeiten nicht fertig.

Dem Sozialdemokraten Egon Bahr sind Krieg und Hader ein Graus: „Noch immer gilt das Recht des Stärkeren", sorgt sich der Konfliktexperte, „wir brauchen eine Welt, wo die Stärke des Rechts an diese Stelle tritt."

Doch damit hat Bahr, 70, der einst die Ostverträge auf den Weg brachte,

Friedensforscher Bahr
Kalter Krieg am Elbufer

derzeit seine Probleme. Am Friedensforschungsinstitut des Politikers im Hamburger Stadtteil Blankenese steht es mit der Stimmung nicht zum besten, enttäuschte Mitarbeiter sprechen gar vom „Kalten Krieg am Elbufer". Besonders weibliche Kollegen räumen – frustriert von dem allzu autoritären Führungsstil – ihren Arbeitsplatz oder werden vor die Tür gesetzt.

Kürzlich mußte der Chef gar im Hamburger Landesarbeitsgericht erscheinen, vor dem sich derzeit eine Mitarbeiterin gegen ihren Rausschmiß wehrt. Von Bahrs Entspannungsmaxime „Wandel durch Annäherung" ist dort keine Rede mehr, der Genosse gibt sich kämpferisch: Mit allen juristischen Mitteln geht er gegen seine Kollegin Hanne Birckenbach-Well-

Nicht alle Stühle von Grammer werden fürs Büro gebaut.

PROBESITZEN BEI 250 KM/H

Alle reden vom ICE, wir auch. Wußten Sie zum Beispiel, daß die neuen Superzüge der Bahn komplett mit Sesseln von Grammer eingerichtet sind? Eine wirklich flotte Gelegenheit zum Probesitzen. Denn ebenso wie Grammer Sitze für perfektes Reisen baut, so baut Grammer auch Bürostühle für leistungsfähiges Arbeiten.

Bei Grammer gibt es eine eigene Denkfabrik zum Thema Sitzen.

Aber Sitze von Grammer gibt es nicht nur fürs Büro oder im ICE. Auch anspruchsvolle Automobile wie Audi V8 oder Renault Espace, moderne LKWs, Baufahrzeuge, sogar Hubschrauber sind mit Sitzen von Grammer ausgestattet.

Der Erfolg hat Gründe. Grammer hat zum Beispiel eine eigene Denkfabrik geschaffen. Sie beschäftigt sich ausschließlich mit dem Thema Sitzen. Mit der Ergonomie beim Sitzen. Mit der Haltbarkeit von Materialien. Mit neuen Umwelttechniken für Herstellung und Recycling von Sitzen.

Gesammeltes Wissen und neueste Forschungsergebnisse aus der Denkfabrik von Grammer stecken in jedem Bürostuhl. Das bedeutet entspanntes Sitzen, lange Haltbarkeit und gutes Design.

Wir schicken Ihnen gerne nähere Informationen über Bürostühle von Grammer.

Grammer AG, Wernher-von-Braun-Str. 6, 8450 Amberg, Telefon 09621/601-162, Fax 09621/601-150

GRAMMER

Mein Gott, was für ein Waschlappen, das wäre mir mit ***Burt Reynolds*** nie passiert.

„Daddy schafft uns alle", die neue Unterhaltungs- und Familienserie von Tele 5. Mit Publikums-Liebling Burt Reynolds. Jeden Sonntag, 19.45 Uhr.

TELE 5

Gute Unterhaltung.

Friedensforscherin Birckenbach
Den Kohlhaas gespielt?

mann, 44, vor. „Die haben sich richtig in die Sache verbissen", weiß ein Bahr-Intimus.

Fünfmal unterlag der Friedenspolitiker bereits vor Gericht gegen seine ungeliebte Referentin. Zunächst stellten die Juristen fest, daß die Befristung von Birckenbachs Vertrag unzulässig war. Dann schickte Bahr der Frau dreimal hintereinander die Kündigung ins Haus. Stets zu Unrecht: Das Arbeitsgericht hob den Abruf jedesmal wieder auf.

Doch Bahr ließ nicht locker – und ging in die nächste Instanz. Zweimal unterlag er, die Richter wollten die Kündigungsgründe nicht akzeptieren. Was den eckigen Experten nicht daran hinderte, kürzlich mit dem dritten Rauswurf vors Berufungsgericht zu ziehen.

Bahr möchte die anerkannte Forscherin loswerden, weil er ihre Stelle für einen Osteuropa-Spezialisten braucht. Birckenbach fehle als Sozialpsychologin dafür das Fachwissen, zudem könne sie weder Ukrainisch noch Usbekisch. Bahr: „Wenn ich einen Koch brauche, hole ich mir doch keinen Gärtner."

Doch hinter den Kulissen geht es längst um Grundsätzliches. Die Friedensfrau sieht ihre Sache als Modellfall und argumentiert: „Was bei der Lösung internationaler Konflikte selbstverständlich ist, muß auch für innergesellschaftlichen Streit gelten." Dagegen ärgert sich Bahr: „Die spielt hier den Kohlhaas."

Der Streit ist auf dem besten Weg, ein Politikum zu werden. Friedensexperten debattieren den Fall auf Kongressen, verabschieden Solidaritätserklärungen oder bieten sich als Vermittler an. Wolfgang Vogt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, fürchtet gar um die Glaubwürdigkeit seiner Diziplin, wenn es nicht gelänge, die Sache gütlich zu regeln: „Ich wünsche mir Frieden in der Friedensforschung."

Den hat die Gemeinde bitter nötig. Der Konkurrenzkampf um die knappen Stellen belastet das Klima in der interdisziplinären Forschungsszene. Obendrein will der Bund bis 1994 alle Fördermittel streichen.

In langen Diskussionen streiten sich die Gelehrten um die Zukunft ihrer Wissenschaft. Fundis etwa aus dem „Netzwerk Friedensforscherinnen" fordern von den Etablierten „Herrschaftskritik statt angepaßter Politikberatung". Und engagierte Basisfrauen setzen die Institutsleiter unter Druck, die nahezu alle festen Stellen mit Männern besetzt haben.

Das vergiftete Klima schlägt durch. Wer den Sprung ins Bahr-Institut geschafft hat, lernt schnell die Benimmregeln kennen. Den Getreuen winkt die Aufnahme in die sogenannte Konfidentenrunde, einen konspirativen Zirkel um den Institutsvize Dieter Lutz. Querdenker indes finden sich bald, so klagen Ex-Mitarbeiter, auf einer imaginären „Haßliste" oder werden gar zum berüchtigten „Couchgespräch" beim Bahr-Vertreter zitiert. „Das ist die Vernichtungsdrohung", erinnert sich eine Ehemalige, „da wird Abschreckungspolitik par excellence betrieben."

Nun regt sich auch in eigenen Reihen Unmut über die sperrigen Chefs. Klaus-Jürgen Gantzel, Mitglied des Institutskuratoriums, attestiert dem Duo „verletzte männliche Eitelkeit" und „Unfähigkeit zu gütlicher Einigung".

Denn Bahr-Vize Lutz steht seinem Vorgesetzten an Streitlust nicht nach. Bis vors Oberlandesgericht zankte er sich mit der Nachwuchswissenschaftlerin Martina Fischer. Der Friedensforscher hatte die junge Frau vor die Tür gesetzt, weil sie bei einer Veröffentlichung Passagen aus seinen Schriften verwendet haben soll.

Als die junge Frau, besorgt um ihren Ruf, gegen den Plagiatsvorwurf vor Gericht zog, bekam sie prompt recht. Lutz legte eins drauf, ging in die Berufung, nur um im Januar per Vergleich die endgültige Niederlage einzugestehen.

Kein Wunder, daß sich Bahr-Aufseher Gantzel um den Kassenstand sorgt. Die Prozessiererei kostete den Steuerzahler bereits an die 25 000 Mark, die Bahr aus seinem Jahresbudget von 1,8 Millionen Mark abgezweigt hat. „So geht es nicht weiter", mahnt Gantzel.

Doch von Friedenspflicht wollen die Parteien vorerst nichts wissen, ein Vergleich scheiterte vergangene Woche. Egon Bahr hat jedenfalls schon eine Lehre gezogen: „Es ist eine Illusion, daß Frieden hergestellt werden kann, wenn alle Beteiligten nur lange genug miteinander reden."

Deutschlands großes Magazin für Studenten • Unabhängig

UNI Journal

- jetzt wieder kostenlos an allen Universitäten & Hochschulen
- das Forum für aktuelle Diskussionen
- sachlich, objektiv, engagiert
- unabhängig und überparteilich
- Service für StudentInnen
- Karriere nach dem Studium
- Tips für Absolventen
- Studienplatztausch
- Stellenmarkt
- Bücherbörse

Abo-Bestellungen, Infos und Mediadaten bei:

UNI Journal
Westfalenstraße 98
W-4300 Essen 1
Telefax: 0201 / 56 30 555
Telefon: 0201 / 56 30 5-59

MINOTAURE
EZE
BUENOS AIRES
Paloma Picasso
POUR HOMME

Angeklagter Schwammberger: „Auch kleine Leute waren nötig für den Massenmord"

Stellvertretend für das System

Gerhard Mauz über den NS-Prozeß gegen Josef Schwammberger in Stuttgart

Ein alter Mann, 80 Jahre inzwischen, am Montag dieser Woche zählt man den 62. Sitzungstag in seinem Strafprozeß, der am 26. Juni 1991 begann: Josef Schwammberger.

„Eine Bestie, die das Wort Erbarmen nicht kennt", hat Simon Wiesenthal über ihn gesagt. Er hat auch gesagt, Josef Schwammberger habe „kein Recht, in Ruhe zu sterben".

Simon Wiesenthal ist 83 Jahre alt. Aus dem 12. Konzentrationslager, das er erlitt, befreiten ihn im Mai 1945 die Amerikaner. Seine Frau und er sind die einzigen Überlebenden ihrer Familien.

Josef Schwammberger soll zwölf Menschen eigenhändig getötet haben. In 40 Fällen wird ihm Beihilfe zum Mord an 3377 Menschen vorgeworfen. Tatorte sollen das Zwangsarbeitslager Rozwadow und das Ghetto A in Przemysl gewesen sein.

1948 entkam Josef Schwammberger nach Argentinien. Dort nahm man ihn am 13. November 1987 fest. Am 3. Mai 1990 wurde er in Stuttgart an die Bundesrepublik ausgeliefert. Daran, daß Josef Schwammberger in Argentinien entdeckt und gestellt wurde, war Simon Wiesenthal beteiligt.

Zu Beginn dieses Prozesses demonstrierten auch junge Menschen vor dem Landgericht in Stuttgart. Simon Wiesenthal wurde beschimpft. Für Josef Schwammberger wurde auf einem der Plakate vorgebracht: „Schluß mit den Justizmorden an wehrlosen NS-Greisen!"

Mit dem Vertrag zwischen den Generationen haben es sich die älteren Jahrgänge in der Bundesrepublik zu leicht gemacht, was die Verbrechen des Dritten Reiches angeht. Es galt als eine Ehrenpflicht, die Last der Väter zu übernehmen. Heute ist die Schuld, zu der sich die Jugend bekennen soll, schon die Last der Großväter.

„Die Erbschaft geht auf den berufenen Erben unbeschadet des Rechtes über, sie auszuschlagen", heißt es im Bürgerlichen Gesetzbuch. Nur der „Fiskus kann die ihm als gesetzlichem Erben angefallene Erbschaft nicht ausschlagen". Er, der Staat also, soweit er bürgerlichem Recht unterliegt, muß sie gegebenenfalls annehmen, damit sie nicht herrenlos wird.

Die jeweilige Jugend ist nicht der Fiskus. Doch man hat sie nicht gebeten, die Last dieses unsäglichen Erbes auf sich zu nehmen. Es ist vielmehr zum Maßstab ihrer Qualität, ihrer Reife und ihres Charakters gemacht worden, daß sie die Erbschaft nicht ausschlägt.

Ihr wurde und wird als selbstverständliche Pflicht auferlegt, worum man sie immer wieder bitten, was man ihr unermüdlich erklären muß. Es ist so angenehm für die Alten und Älteren, ein Thema zu haben, das keine Fragen, geschweige denn Widerspruch, der jungen Leute erlaubt.

So ist es kein Wunder, daß es auch junge Menschen gibt, die sich barsch verweigern, die deutsche Schuld mit der Schuld anderer verrechnen wollen, wenn sie nicht gar bestreiten, daß es überhaupt eine Schuld gibt.

Es ist freilich nicht nur zu Beginn dieses Prozesses demonstriert und protestiert worden. Es haben auch viele, vor allem junge Menschen die Hauptverhandlung besucht. Es kamen meist Oberschüler aus dem Großraum Stuttgart, die Klassen 10 und 13, weil man

DER RENAULT CLIO 16V.

DIE RASANTE

MADE IN PARADISE.

Der Renault Clio 16V kommt schnell zur Sache. Mit 16 flotten Ventilen und ganzen 99 kW (135 PS) sorgt er für frischen Wind direkt aus dem Paradies. Inklusive ABS für die nötige Sicherheit – versteht sich. Stoßfänger, Außenspiegel, Heckspoiler und Seitenschweller sind in Wagenfarbe lackiert. Und auch in puncto Ausstattung macht er eine ausgesprochen gute Figur: Servolenkung, Sportsitze vorn, Sportlenkrad, elektrische Fensterheber vorn und PLIP (Zentralverriegelung per Infrarot-

VERFÜHRUNG.

Fernbedienung). Einfach paradiesisch eben. Genau wie die Extras: z. B. Metallic-Lackierung, Sonnendach oder 4 × 6-Watt-Stereoradio für den richtigen Sound auf spritzigen Touren. Kann man bei so viel Stärke nicht ganz schön schwach werden?

8 Jahre Garantie gegen Durchrostung.

RENAULT
AUTOS ZUM LEBEN.

„den Stoff gerade im Unterricht durchnahm".

Nach den Sommerferien und im Herbst 1991 war der Andrang stark. Anfang dieses Jahres, es war vom Ende der vorgesehenen Zeugenvernehmungen die Rede, fanden Berichterstatter einmal keinen Platz mehr im Saal. Es herrschte eine Art Torschlußpanik, man wollte noch einmal einen „echten" Nazi, „echte Opfer" sehen.

Anklage und Verteidigung konnten sich gelegentlich in der Mittagspause zur Verfügung stellen. Sie sind auch von diesen jungen Menschen gefragt worden: „Was soll das noch nach dieser langen Zeit?" Es wurde nach den Widersprüchen in den Aussagen von Zeugen gefragt, wenn gerade etwas derartiges angefallen war. Und der Verteidiger Achim Bächle, 40, mußte die Frage beantworten, warum er einen Mann vertrete, der wegen Taten angeklagt ist, die er begangen haben soll, bevor er, der Verteidiger, geboren war.

Was haben diese Besuche, diese kurzen Aufenthalte im Gericht hinterlassen, gestiftet, bewirkt? Hat man versucht, zu verarbeiten, was da für ein, zwei Stunden vorüberstreifte? Die jungen Menschen, die man an der Sitzung teilnehmen ließ, haben einen alten Mann sitzen sehen, sehr gerade im Rücken, fast immer schwieg er – einen Mann, von dem die Zeugen, wenn sie welche erlebten, Schreckliches sagten; einen Mann, über den in den Protokollen, wenn sie einer Verlesung beiwohnten, Gräßliches berichtet wurde.

Sind die überwiegend jungen, die gelegentlich sehr jungen Besucher nun der Meinung, den Nationalsozialismus erblickt zu haben? Wenn sie den Eindruck gewonnen haben sollten, daß sie da einem der Menschen begegnet sind, denen es zu wehren gilt, damit sich die Geschichte nicht wiederholt – dann hat sie ihr kurzer Aufenthalt im Gericht in die Irre geführt.

Die späten, heillos verspäteten NS-Prozesse lehren nichts mehr. Sie bestärken jene in ihrem Widerstand, die sich der Erbschaft der Väter und Großväter verweigern, weil man sich nicht um sie bemüht, weil man nur die angemessene Haltung von ihnen verlangt hat.

Josef Schwammberger war arbeitslos, als er 1933 in Österreich in die SS eintrat, stolz, die vorgeschriebene Körpergröße von 1,76 m gerade zu erreichen, und gewiß, sich in Hitler dem Mann verschrieben zu haben, der alles wenden würde. Menschen wie Josef Schwammberger findet jedes totalitäre Regime zu jeder Zeit und in Notzeiten erst recht: schwache, billig zu gewinnende Menschen, denen ihre Biographie, ihr soziales Schicksal keine Fähigkeit zur Kritik, keine Wachsamkeit ermöglicht hat.

Demonstration beim Prozeßbeginn
Barsche Verweigerung des Erbes

„Auch kleine Leute waren nötig für den Massenmord", hieß es in der mündlichen Begründung des Urteils im ersten Auschwitz-Prozeß in Frankfurt. Auch die Schwammbergers, die Menschen für die Ausführung der Befehle, für ihre Vollstreckung, wurden benötigt. Doch ein Mann wie Schwammberger ist nicht der Nationalsozialismus. Er ist benutzt worden, und daß er sich benutzen ließ, ohne sich als benutzt zu erkennen, wird ihm vorgeworfen. Und es muß ihm das, wenn wir ehrlich sind, sogar mit schlechtem Gewissen vorgeworfen werden.

Auf dem Deutschen Juristentag 1968 in Nürnberg hielt Adolf Arndt, der bis heute letzte große Jurist der SPD, eine Rede über das „Strafrecht in einer offenen Gesellschaft". Er sagte damals:

> Der General, der von den Verfolgten als jüdischen Viechern sprach, ist nicht angeklagt worden; der Mann, den man dazu kommandierte, die Verfolgten als Viecher umzulegen, wird wegen Beihilfe zum Mord bestraft. Daß neben den Tätern zwar die Handlanger und die Helfershelfer, allenfalls noch die Schreibtischtäter mit zur Verantwortung gezogen werden, nicht aber die Ideologen, ist ein kaum erträglicher Zwiespalt.

Adolf Arndt versuchte diesen Zwiespalt erträglich zu machen, zu erklären, und daran, daß ihm diese Antwort bitterschwer wurde, kann kein Zweifel sein:

> Er (der Zwiespalt) erklärt sich jedoch daraus, daß die Ideologen – die aus allen Fakultäten kamen – nirgends in der juristischen Kausalkette auch nur einer einzigen bestimmten Mordtat standen, sondern allgemein nur den Gedanken des Mordens dachten. Wann auch immer aus einer ethischen Sicht das Morden schon geschehen ist, als es vorgedacht wurde und die Realisierung bloß noch eine Vollstreckung war – das menschliche Strafen darf erst eingreifen, sobald die Schwelle zu der äußeren Tatsächlichkeit überschritten wurde und die Materialisation sich ereignete, die allein dem menschlichen Strafrecht zugänglich ist.

Man hat sie nicht nur nicht bestraft. Man hat sie weitermachen lassen, als wäre nichts gewesen. Denn sie hatten ja die Schwelle zur Tat, zum Mord nicht überschritten. Sie hatten das Morden nur vorgedacht. Sie hatten nur erklärt, daß im „deutschen Recht die Gleichheit aller artgleichen Volksgenossen" gilt und daß darum der „Ausschluß Artfremder . . . keine Verletzung, sondern eine Erfüllung" dieses Gleichheitssatzes ist. Daß die Artfremden ausgerottet wurden, nachdem man sie erst einmal ausgeschlossen hatte – daran sollen allein die Schwammbergers schuld sein.

Doch das Morden ist vorgedacht worden von den Rechtslehrern, den Philosophen, den Medizinern. Sie schufen die Atmosphäre, die Journalisten, die Schauspieler, in der es eine gesunde, völkische Reinigung war, daß man eine Endlösung betrieb. Wer sagt den jungen Leuten, die Josef Schwammberger besichtigt haben und besichtigen, daß diese Republik einmal einen Kanzler hatte, der unter Hitler in einem Ministerium des Reiches die Meldungen ausländischer Sender auswertete und das, was er über deutsche Untaten hörte, als „Greuelmeldungen" abtat; in dem sich nur ganz langsam eine Ahnung bildete, vor allem auf das Ende des Krieges hin, daß mit den Juden etwas „ganz Böses, etwas ganz Schlimmes" im Gange sei?

Wer sagt den jungen Menschen, daß ein Mann, dessen Name *den* Kommentar zum Grundgesetz schmückt, 1938 geschrieben hat, daß alle Kräfte des deutschen Hochschullehrers einem Ziel dienen müssen, der „Bezogenheit der

Franziskaner Weissbier

Der bayerische Hochgenuß.

schäumend
spritzig
frisch

Offizieller Sponsor
der
Olympiamannschaft
der Bundesrepublik
Deutschland
Albertville und
Barcelona 1992

v. Kitzing - München

HAARTRANSPLANTATION

Wir empfehlen aus Gründen der Ästhetik überwiegend die Behandlung nach der Mini-graft*- und Einzelhaarmethode

Seit 14 Jahren Deutschlands größtes Behandlungszentrum für Haartransplantation

MEDITRA GmbH

8032 München/Gräfelfing • Freihamer Straße 18
Tel: (089) 85 20 44 / 85 38 88 • Fax: (089) 854 17 03

Informationsstellen

Berlin	030/4624977	Kassel	0561/44823
Duisburg	0203/781095	Stuttgart	0711/290202
Frankfurt	06173/7202	Wien	0222/5266849
Hamburg	040/291365	Zürich	01/7847366

Informationsbroschüre selbstverständlich kostenlos

WER KOMMT SCHON FREIWILLIG NACH DEUTSCHLAND?

Krieg in Jugoslawien, Unterdrückung der Kurden in der Türkei - handfeste Gründe, um zu fliehen. Denn wo Mord und Folter herrschen, wo also Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist ein humanes Leben nicht mehr möglich. Und so suchen die Flüchtlinge, die zu uns kommen, weniger den goldenen Westen, als vielmehr Schutz. In ihrer Heimat können sie, auch wenn sie es wollen, nicht leben. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, diese Bedrohten aufzunehmen. Darum setzen wir uns für ein uneingeschränktes Asylrecht ein. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitgliedschaft im Förderverein PRO ASYL e.V. oder durch eine Spende. Wir brauchen Sie, um weiterhin die Stimme für Flüchtlinge zu erheben.

Ich unterstütze die gerechte Sache.

☐ *Ich will mich über eine Fördermitgliedschaft informieren. Bitte schicken Sie mir die entsprechenden Unterlagen.*

☐ *Bitte schicken Sie mir zunächst weitere schriftliche Informationen zu PRO ASYL.*

Vorname,Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Bitte ausschneiden, auf eine Postkarte kleben oder in einen Briefumschlag stecken und senden an: ***Förderverein PRO ASYL e.V., Neue Schlesingergasse 22, 6000 Frankfurt/M. 1,*** *Spenden bitte auf das Konto Nr. 3809 00-608, Postgiroamt Frankfurt/M., BLZ 500 100 60.*

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

Rechtswissenschaft auf die nationalsozialistische Weltanschauung"; der 1937 schrieb, daß „der Führer vor allen anderen berufen ist, das Recht zu erkennen, kundzutun und zu vollstrecken"?

Wer sagt den jungen Menschen, daß man die Richter und Staatsanwälte im Amt ließ in der Bundesrepublik, die Hitler natürlich nur treu gedient hatten, weil sie dem Gesetz unterworfen waren? Wer sagt ihnen, daß die juristische Auseinandersetzung mit den Verbrechen unter Hitler von der Politik so lange verschleppt wurde, bis man die Verjährung für Mord aufheben *mußte*, um nicht von der internationalen Empörung hinweggefegt zu werden?

So stehen nun spät, zu spät, Greise vor Gericht, so muß nun sein, was rechtlich kaum noch zu bewältigen ist. Für die Überlebenden des Holocaust steht Josef Schwammberger stellvertretend für das System vor Gericht. Doch er steht nur für die kleinen Leute, die auch nötig waren, von denen jedoch keiner das System getragen oder gar geschaffen hat; für jene, die es benutzte.

Über Josef Schwammberger ist fair verhandelt worden in Stuttgart. Man ist nicht mit ihm umgesprungen, weil er „nur ein NS-Täter" ist. Das Gericht wird gewiß den Widersprüchen in den Aussagen der Zeugen nicht ausweichen. Da sagte eine Zeugin, ob 1942 im Ghetto Kinder erschossen wurden, wisse sie heute nicht mehr. Im September 1988 hatte sie in New York zu Protokoll gegeben, etwa 15 Kinder, zwischen sieben und acht Jahre alt, seien erschossen worden, und Schwammberger habe zumindest dabeigestanden. Ein Stellvertreter Schwammbergers wird von vielen als ein Erzböser geschildert. Doch dann sagt ein Zeuge, der sei ein „guter Mensch" gewesen. Für die Zeugen steht Josef Schwammberger stellvertretend für das System vor Gericht, und niemand kann es ihnen vorwerfen.

Der Angeklagte wurde und wird von den Rechtsanwälten Dieter König und Achim Bächle sorgfältig verteidigt, und dazu gehört auch, daß die Pflichtverteidiger den Zeugen mit Achtung begegnen, wenn sie sich selbst oder anderen Zeugen widersprechen. Überraschend ist zu ihnen ein Wahlverteidiger gestoßen, der Rechtsanwalt Manfred Blessinger aus Miesbach. Der hat bemerkenswerte Anträge gestellt, zum Beispiel den, „daß es nicht möglich ist, Leichen oder auch Tierkadaver (z.B. Pferde) im Freien so zu verbrennen, daß keine Rückstände bzw. nur Asche als Rückstände verbleiben".

Er zitiert dazu aus einem Handbuch der ehemaligen DDR für Militärmedizin, Militärhygiene und Feldepidemiologie, aus den „Grundsätzen der Säuberung des Gefechtsfeldes": „Versuche

der Roten Armee bei Stalingrad, die Leichen zu verbrennen, evtl. auch noch durch Übergießen mit Treibstoffen, bewährten sich nicht. Deshalb wurde stets die Erdbestattung durchgeführt."

Das Gericht lehnt den Antrag ab. Es lehnt auch ab, die Pflichtverteidiger König und Bächle zu entpflichten. Sie haben das nach Blessingers Eintritt in die Hauptverhandlung beantragt. Wer Herrn Blessinger die Wahrnehmung des Mandats finanziell möglich macht, ist unklar. Dr. Max Wahl, 68, Herausgeber des *Eidgenoss* in Winterthur, in dem es 1991 hieß, daß die Anklage gegen Schwammberger sich auf „lügnerische Zeugen" stütze, die „dem Stamme des Menschenjägers Wiesenthal" angehören, sagt weder ja noch nein. Daß jene nicht vor Gericht kamen oder wenigstens in ihren Aktivitäten eingeschränkt wurden, die sich nur die Hände nicht blutig gemacht haben, ist daran nicht unbeteiligt, daß die kleinen Leute, die für den Massenmord auch nötig waren, blindwütige Fürsprecher fanden und finden.

Derzeit stehen außer Josef Schwammberger noch drei andere Männer wegen NS-Verbrechen vor Gericht, für die sie, falls man sie ihnen nachweist, verantwortlich gemacht werden müssen, auch wenn sie, wie Schwammberger, der bei der SS einen Dienstgrad hatte, der dem eines Feldwebels bei der Wehrmacht entsprach, nur als Werkzeug dienten.

In Münster ist Boleslavs Maikovskis angeklagt, es geht um etwa 180 Opfer, in Duisburg Heinrich Kühnemann, der einen Juden erschlagen und einen Säugling in die Gaskammer gebracht haben soll. In Hannover muß nach elfjähriger Prozeßdauer gegen Heinrich Niemeyer weiterverhandelt werden. Das Oberlandesgericht Celle entschied, daß fortzusetzen ist, nachdem das Gericht eingestellt hatte. 1979 war Niemeyer wegen zehnfachen Mordes zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, doch der BGH hatte das Urteil aufgehoben. Es müsse geprüft werden, ob Niemeyer, 22 Jahre alt, als SS-Rottenführer tatsächlich aus Rassenhaß gehandelt habe.

Wenn junge Menschen in diese Prozesse hereinschauen, können sie den Eindruck gewinnen, daß nur kleine Leute für den Massenmord verantwortlich waren. Doch vielleicht zitiert ihnen einer, was der Theologe Helmut Gollwitzer 1964 über diese Prozesse sagte: „Das Erschreckendste bei den Prozessen ist, daß die unvorstellbaren Untaten weithin von ‚normalen' Personen begangen worden sind, deren sadistische Möglichkeiten durch eine historische Grundkonstellation freigesetzt worden sind, an der das ganze Volk schuld hat, so daß hier die Mörder Opfer der Gesellschaft sind wie die von ihnen Gemordeten."

Dangowski & Simon

DAUPHIN SITZKULTUR.
IM RÜCKGRAT SEINER MITARBEITER LIEGT DIE STÄRKE EINES UNTERNEHMENS.

Daher halten immer mehr Firmen ihren Mitarbeitern den Rücken frei. Frei von langweiligen und dazu noch ungesunden Stühlen. Und damit frei von Rückenbeschwerden.
Eine Alternative: **ContourLine.**
Dauphins innovative Serie im neuen Design. Für schöneres Sitzen in jeder Position. Vom Büro bis ins Top-Management, vom Empfang bis ins Konferenzzimmer. Ein Beispiel: der abgebildete Drehstuhl CT 2347. Mit Punkt-Synchrontechnik. Denn wer Leistung erwartet, stärkt seinen Mitarbeitern den Rücken.
Fragen Sie im guten Fachgeschäft nach Dauphin.

DAUPHIN
8561 Offenhausen, Tel. (09158) 17-0, Fax 1007

Rundum fit.

Tolle Unterwassermassage, prickelndes Badevergnügen – im Alabama von Hoesch, mit Überlaufrinne für die öffentliche, aber auch für die private Nutzung.

Ein Fingertip auf den Sensortaster und es geht rund: 10 Venturi-Massagedüsen bringen mächtig Wirbel. Alternativ oder kombiniert die 90 Luftdüsen im Sitz- und Bodenbereich, volle Wirbelpower in zwei Ebenen. Die Sitzplätze sind erster Klasse: Sitzhöhe und Rückenpartien fördern die entspannte Haltung.

Hoesch-Design aus hochwertigem Sanitär-Acryl – besonders hautfreundlich, farbbrillant, belastbar und pflegeleicht. Im wesentlichen hergestellt aus Perspex SW von ICI, einem der führenden Chemieunternehmen der Welt ICI.

Legen Sie eine Runde vor für Fitness und Entspannung. Ihr Sanitär- und Schwimmbadfachhändler zeigt Ihnen wie.

Coupon — — — — — — — — — —✂

Der Prospekt zu Ihrer persönlichen Information: ☐ Whirlpools und Dampfbäder

D: Hoesch, Metall + Kunststoffwerk GmbH & Co., Abt. SP 4, Postfach 10 04 24, 5160 Düren. A: Ehrenstrasser GmbH & Co. KG, Mitterweg 25, 6020 Innsbruck. CH: Hoesch Sanitär AG, Industriestraße 4, 4658 Däniken.

HOESCH

Baden, duschen, fit sein.

HOESCH
Design
ALASKA Whirlpool, ø 265 cm

Flughafen-Baustelle in Erding bei München: „Der einzige Flughafen, der nur aus der Luft zu erreichen ist"

Postmodern mit vielen Mängeln

Auf Deutschlands größter Baustelle im Erdinger Moos beginnt in wenigen Wochen der Flugbetrieb

Alles ist exakt geplant, die Abläufe sind in komplizierten Netzplänen festgehalten. Rund 6000 Bauarbeiter, Techniker und Ingenieure mühen sich, die Vorgaben einzuhalten.

Nur wenige Wochen noch, dann sollen auf Deutschlands größter Baustelle täglich 500 Flugzeuge starten und landen sowie 35 000 Passagiere abgefertigt werden. Die Zeit wird knapp, die letzten Reserven sind bereits verbraucht.

Ganz gelassen sitzt Horst Jucha, 56, an seinem Schreibtisch, das grauweiße Haar akkurat gescheitelt, die Beine übereinandergeschlagen – von Hektik keine Spur. Was sollte er auch tun?

„Massiven Druck machen, in die Gebäude reindrängen, die Bauarbeiter rausdrängen", beschreibt er selbst seine Rolle. „Mit Streicheleinheiten geht das nicht, ich bin das Feindbild der letzten Phase."

Jucha leitet die Abteilung Inbetriebnahme. Er muß dafür sorgen, daß am 17. Mai der neue Flughafen München II im Erdinger Moos tatsächlich den Betrieb aufnehmen wird.

Das Projekt wirkt gigantisch – vor allem aus der Luft. Von oben ist es schon von weitem zu erkennen. Allein die beiden 4000 Meter langen und 60 Meter breiten Rollbahnen überziehen eine Fläche von 65 Fußballfeldern mit Beton. 8,5 Milliarden Mark sind verbaut und verbuddelt, ursprünglich sollten es nur 2 Milliarden Mark werden.

Vom Land her fällt nur der 80 Meter hohe Kontrollturm auf. Das mehr als ein Kilometer lange Abfertigungsgebäude im postmodernen High-Tech-Look – mit viel Glas und Stahl – schmiegt sich sanft in die niederbayerische Landschaft ein. 5000 frisch gepflanzte Bäume und Sträucher übertünchen den gewaltigen Eingriff in die Natur.

Es hat viel Ärger gegeben in den fast 30 Jahren, in denen der neue Flughafen geplant und gebaut wurde. 249 Erörterungstermine waren notwendig, um die 25 000 Einsprüche der Flughafen-Gegner zu behandeln. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof verhängte 1981 einen vierjährigen Baustopp. Die Richter hielten das Projekt für überdimensioniert und beanstandeten den Filz zwischen der Flughafenverwaltung und den Genehmigungsbehörden. Erst als die Planer auf eine der drei vorgesehenen Rollbahnen verzichteten und dadurch den Geländebedarf von 2050 Hektar auf 1500 Hektar verringerten, durften die Bauarbeiten wiederaufgenommen werden.

Kritiker halten die Betonfläche im Erdinger Moos noch immer für zu groß. Es werde nicht lange dauern, so glauben sie, bis Berlin dem Münchner Flughafen den Rang ablaufe. Vor allem die Osteuropa-Strecken würden zukünftig über die neue deutsche Hauptstadt führen.

Jucha kümmert das nicht. Die Planung – sei sie nun gut oder schlecht – war vorge-

geben. Er hat dafür zu sorgen, daß alles klappt.

Zeit seines Lebens hat der Luftwaffenoffizier Flughäfen geplant und logistische Probleme bewältigt. Dann, der Oberst war schon a.D., kam die größte Aufgabe seines Lebens.

Vorbilder gibt es nicht. Zuletzt wurde in Singapur ein vergleichbarer Flughafen gebaut, aber das ist schon elf Jahre her. Jucha vertraute auf seine Erfahrung. „Ein Flughafen", sagt er, „ist nicht komplexer, nur weil er größer oder kleiner ist."

Dieser ist größer, der zweitgrößte in Deutschland. 12,8 Millionen Passagiere sollen im ersten Jahr abgefertigt werden, 20 Millionen werden es, wenn die Prognosen stimmen, im Jahr 2000 sein.

Jetzt geht es vor allem darum, daß alles funktioniert. Wochenlang schleppten

Flughafen-Manager Jucha
Größte Aufgabe des Lebens

junge Männer alte Koffer durch die Hallen, an den Schaltern der Lufthansa drängelten sich lange Menschenschlangen. Lufthansa-Mitarbeiter, Flughafenangestellte, Zöllner und Sicherheitsbeamte simulierten den Flughafenbetrieb – bei zunehmender Realitätsnähe.

In der Anfangsphase wurden nur Ankunft und Abflug geübt, später kam der Umsteigeverkehr hinzu. Die Zahl der Testpassagiere stieg auf bis zu 500 Personen. Statt der Autos, die anfangs wie Flugzeuge ans Gate rollten, docken jetzt richtige Maschinen an den Terminal an.

Das Abfertigungsgebäude ist genauso lang wie der Weg von der Münchner Freiheit bis zur Feldherrenhalle, deshalb haben es die Flughafenplaner in vier Module unterteilt. Jedes wurde von anderen Firmen gebaut, jedes kann jetzt einzeln abgenommen werden.

Das hat nicht nur für Jucha und seine Mannschaft Vorteile, von dieser Bauweise sollen vor allem die Passagiere profitieren. Jedes Modul ist quasi ein

Wohnen im Garten..

... mit massiven Teakmöbeln in guter englischer Tradition.
Wetterfest rund um's Jahr. Klassisch schöne Bänke, Tische, Sessel und Liegen, Deck-Chairs, Spaliere, Sonnenschirme und Accessoires.
Direkt-Import! · Katalog frei!
M. SCHMIDT-PARIS
2057 Reinbek-Ohe · Gut Schönau
Telefon 0 41 04/30 33 · Fax 0 41 04/43 83

DER SPIEGEL

Wer jetzt den SPIEGEL abonniert, erspart sich in den nächsten 12 Monaten 52 Wege. Denn Abonnenten erhalten den SPIEGEL frei Haus. Woche für Woche. Exklusiv für Abonnenten gibt es außerdem regelmäßig die SPIEGEL-Dokumente: Protokolle, Reden und andere Zeugnisse der Zeitgeschichte. Dazu das Service-Scheckheft mit besonderen Angeboten des Verlags. Schreiben Sie einfach an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 11 04 20, 2000 Hamburg 11. Oder rufen Sie an, zum Nulltarif:

0130/86 30 06

ABO AUF ABRUF

Pfauen am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Fiat Panda. Die tollste Kiste.

Fiat Panda 1000 fire i.e. Kat mit Sonderausstattung.

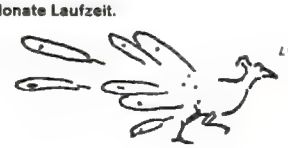
MC&LB 1102 060/92

Das Experiment (s.o.) beweist eindeutig: Dieser Fiat Panda stimuliert die Sinne. Ein Effekt, den jetzt auch Sie nutzen können. Sie besteigen einfach so einen Fiat Panda, nehmen auf dem pfauenbunten Fahrersitz Platz, legen die Hand locker auf das pfauenviolette exklusive Lederlenkrad und warten ab. Die Wirkung der prächtigen Reizfarben stellt sich schnell ein. Bald können Sie einem betörten Männchen oder Weibchen den stufenlos verstellbaren Aschenbecher, die umklappbare Rückbank oder, ganz verwegen, die omegaförmige Hinterachse zeigen. Dabei sichern Sie sich mit dem mintgrün leuchtenden Frontschutzbügel gegen anbalzende Rivalen von vorne, mit dem Flankenschutz gegen dumme Anmache von der Seite und mit den Konditionen der Fiat Kredit Bank (4,9 % effektiver Jahreszins bei 25 % Anzahlung und 36 Monaten Laufzeit) gegen Potenzprobleme im Finanzbereich.

4,9 % effektiver Jahreszins.

25 % Anzahlung.

36 Monate Laufzeit.



FIAT

Flughafen für sich, mit eigenem Parkhaus und allen Einrichtungen. Die Passagiere sollen möglichst kurze Wege haben.

Es könnte anders kommen. Das Konzept ist für einen Regionalflughafen gemacht, der Passagiere aus der Umgebung zu einem Zielflughafen befördert. Doch die Kapazitäten vor allem in Frankfurt sind knapp, die Lufthansa will München als Drehkreuz des Südens nutzen. Das bringt Umsteigepassagiere – und für die ist der Flughafen Franz Josef Strauß, wie der Airport offiziell genannt wird, nicht gebaut, sie müssen sich auf längere Entfernungen gefaßt machen.

Die weiten Wege soll ein sogenanntes Personen-Transport-System überbrücken. Die 56 Laufbänder erstrecken sich über insgesamt 3,3 Kilometer.

Noch wird geprobt, ob die Passagiere künftig ihren Weg zum Check-in-Schalter finden, noch üben die Angestellten, ob die technischen Systeme, wie etwa die Startbahn-Befeuerung und die Andock-Anlagen, funktionieren.

Doch eine Probe vermag den echten Betrieb nicht zu ersetzen. „Was wirklich passiert", weiß auch der Perfektionist Jucha, „kann man nicht simulieren."

Das betrifft vor allem die Nacht vom 16. auf den 17. Mai, von den Öffentlichkeitsarbeitern des Unternehmens „die Nacht der Nächte" getauft. Am Abend des 16. Mai wird das letzte Flugzeug in Riem landen, am Morgen des 17. Mai das erste in Erding starten – und dann soll schlagartig alles wie am Schnürchen weiterlaufen.

Schon in der ersten Betriebsstunde werden etwa 30 Maschinen auf dem neuen Airport ab- und anfliegen. „Das erfordert", sagt Jucha, „eine der größten logistischen Operationen, die je durchgeführt wurden."

Jucha begann vor gut drei Jahren mit den Vorbereitungen. Er merkte schnell, daß das gigantische Vorhaben die Fähigkeiten einer Flughafenverwaltung überfordert. „Ohne Hilfe von außen", sagte er sich, „ist so etwas nicht zu schaffen."

Der Oberst a. D. kaufte sich die notwendigen Erfahrungen ein, er engagierte die auf Industrie-Umzüge spezialisierte Firma Agi-Plan. Das Mülheimer Unternehmen stellt den Münchner Flughafenbeamten Computerexperten, Planungs-Know-how und Spezialgerät zur Verfügung.

Auch von Agi-Plan-Projektleiter Tilman Heyde hängt es daher ab, ob am 17. Mai in Erding alles glattgeht oder ob ein himmlisches Chaos ausbricht.

Jucha und Heyde begannen ihren Job mit einer Serie von Gesprächen. Sie fragten jede Firma oder Dienststelle, die auf dem Flughafen angesiedelt ist: Was habt ihr für Zeitvorstellungen? Was muß zuerst gemacht werden? Und was kommt danach? Wie lange dauert es, bis alles richtig funktioniert?

Das Ergebnis war ein Wust von 6500 Terminen. Der Zoll muß bis zum Tag X die Dateien von 90 Speditionen in seinen Computer eingespeist haben. Der Friseurladen braucht zuerst einen Warmwasseranschluß, die Bankfiliale Platz für den Panzerschrank. Die Catering-Betriebe müssen rechtzeitig Herdplatten und Töpfe einbrennen.

Als Jucha seinen Datenschatz der Bauleitung präsentierte, reagierte die so, wie es zu befürchten war. Die Männer vom Bau fühlten sich außerstande, alle Terminwünsche zu erfüllen. Erst nach langem Gefeilsche einigten sich beide Seiten auf ein Termingerüst.

Dieses Datenpuzzle, das inzwischen mehr als 8500 Termine umfaßt, fächerten Jucha und seine Experten in 28 Einzelpläne auf. Es gibt zum Beispiel einen für Fracht, einen für Gepäck oder einen für EDV. Jeder wurde in unzählige Abschnitte und Unterabschnitte aufgeteilt.

Die Planer erlebten ein paar böse Überraschungen. Die Wiedervereinigung etwa führte dazu, daß sich durch den Nachfragesog im Osten die Lieferfristen für Telefonkabel und anderes fernmeldetechnisches Gerät drastisch verlängerten. Bauarbeiter aus Jugoslawien kehrten wegen der Unruhen in ihrem Lande nach dem Urlaub nicht mehr ins Erdinger Moos zurück.

Jucha und seine Leute sind nun pausenlos damit beschäftigt, die zahlreichen Verzögerungen aufzuholen. Etwa zehnmal am Tag finden sogenannte Inbetriebnahme-Besprechungen statt, bei denen alles auf den Tisch kommt, was schiefzugehen droht. „Wir machen Crash-Management", sagt Jucha.

Flughafen-Abfertigungsgebäude: Die Planer erlebten böse Überraschungen

Für die Nacht der Nächte ist ebenfalls ein Agi-Plan-Mann zuständig. Kuno Kirchner hat, wie Jucha, sein Handwerk bei der Luftwaffe gelernt, als Offizier hat er den Einsatz eines mobilen Verbandes geleitet.

Alle relevanten Daten fütterten Kirchner und sein Drei-Mann-Team in einen Computer ein. 170 Firmen ziehen in Riem aus, über 300 in München II ein. An 130 Punkten werden die Lkw im alten Flughafen beladen, an 480 werden sie im neuen entladen.

„Das ist alles ganz einfach, wenn es nur klar geordnet ist", sagt Kirchner. Er schnürte 40 sogenannte Aufgabenpakete und holte die jeweiligen Verantwortlichen an einen Tisch.

500 Lastwagen werden in der entscheidenden Nacht zwischen Riem und Erding verkehren, die Polizei wird alle

Dort, wo wir herkommen, reist man in friedlicher Ruhe, mit viel frischer Luft in weiten Räumen und vor allem ganz entspannt.

In unserer Executive Class fängt das schon beim Einchecken an: unkomplizierte Gepäckabfertigung, einmalige Ausgabe von Bordkarten für alle direkten Anschlußflüge, komfortabler Aufenthalt in unseren Maple Leaf Lounges.

Und in der Luft können Sie dann ganz entspannt und bequem unseren individuellen Service an Bord genießen.

A BREATH OF FRESH AIR

Air Canada

Ausfahrten und Brücken bewachen, sämtliche Feuerwehren der Region werden in Alarmbereitschaft sein.

Der Einsatz des Transportgeschwaders ist genauestens vorausgeplant. Die schweren Fahrzeuge werden zu Konvois zusammengefaßt und per Funk und Polizeibegleitung vom Abfahrtsort über Sammel- und Auffangräume zum Entladungsort geleitet. Die Fahrer erhalten eine Liste, auf der exakt verzeichnet ist, welches Umzugsgut wo abzuliefern ist.

Ein Heer von Disponenten soll dafür sorgen, daß jedes Teil tatsächlich dort landet, wo es hingehört. Roland Hanus etwa ist dafür verantwortlich, daß am Abend des 16. Mai, nach dem Start des Lufthansa-Airbus nach Hamburg, die Hubbühne mit der Nummer 77119 nicht in die Unterstellhalle in Riem zurückrollt, sondern zur Verladezone 12 gebracht wird.

Kurz darauf wird die Hubbühne auf einen Tieflader gehievt und über die Autobahn zur Rampengerätestation 2 auf dem Erdinger Flughafen transportiert. Genau dort nämlich wird sie am nächsten Tag benötigt, wenn kurz nach 6.00 Uhr der reguläre Flugbetrieb beginnt.

„Wenn die erste Maschine pünktlich startet", sagt Kirchner, „ist der Nachweis erbracht, daß das Projekt klappt." Die eigentliche Bewährungsprobe für den Flughafen beginnt jedoch erst dann.

Von Anfang an warnten die Kritiker vor dem Nebel im Erdinger Moos. Mit durchschnittlich 132 Tagen im Jahr herrscht dort dreimal häufiger schlechtere Sicht als in München-Riem. Mit moderner Technik, halten die Planer entgegen, könne der Flugverkehr auch dann aufrechterhalten werden, wenn der Pilot nichts mehr sieht. Der Test steht noch aus, die Fluglotsen sind skeptisch.

Natürlich: Die Technik soll alles viel einfacher und schneller machen. Aber sie macht es, so ist zu befürchten, auch störungsanfälliger.

Das Gepäck-Beförderungssystem etwa wurde eigens entwickelt. Die zehn Kilometer langen Förderbänder mit automatischen Kodierstationen können pro Stunde bis zu 14 400 Koffer transportieren.

Hochmodern ist das elektronische Leitsystem für die anrollenden Flugzeuge. 7000 in den Boden eingelassene rote, grüne und gelbe Lampen führen die Maschinen zu ihrem Standort. Den Wagen mit der Aufschrift „Follow me" und den Mann, der das Flugzeug mit der Kelle einwinkt, wird es in Erding nicht mehr geben.

Probleme am Anfang sind da wohl unvermeidlich, das eigentliche Problem des Flughafens aber ist von anderem Kaliber – es läßt sich nicht abstellen.

25 Jahre sind seit dem ersten Planfeststellungsverfahren vergangen, eine vernünftige Verkehrsplanung gibt es immer noch nicht. Experten befürchten ein Chaos, Spötter beschreiben MUC II als den „einzigen Flughafen, der nur aus der Luft zu erreichen ist".

Die Flughafenplaner haben versäumt, den Airport ans Intercity-Netz der Bundesbahn anzuschließen. Der S-Bahnhof unter dem Zentralgebäude ist so klein, daß Fernzüge dort gar nicht halten können, der Bahnsteig ist zu kurz.

Die S-Bahn-Verbindung nach München entspricht ebenfalls nicht den heutigen Anforderungen. Die Fahrt vom Münchner Hauptbahnhof nach Erding dauert 40 Minuten, die Bahn zuckelt in einem weiten Umweg durch die Stadt. Zudem fährt sie nur alle 20 Minuten.

Mit dem Auto geht es kaum schneller, ganz im Gegenteil. Zwar wurde der neue Airport inzwischen an die Autobahn München–Passau angeschlossen. Aber die Mehrzahl der Passagiere, die mit dem Wagen aus München kommen, muß zunächst auf die Autobahn A 9 nach Nürnberg – und die ist schon jetzt morgens und abends verstopft.

Das paßt nicht zum Image von Deutschlands modernstem Flughafen, und das Bild wird auch noch durch manches andere getrübt.

Schon jetzt fehlen in Erding etwa 30 000 Quadratmeter Büro- und Ladenfläche. Doch für das geplante Airport-Center, das außer Büroraum auch Konferenz- und Tagungsräume bietet, fand sich bisher kein Investor. Das dringend erforderliche Flughafen-Hotel wird frühestens Ende nächsten Jahres eröffnet, bisher ist nur die Baugrube ausgehoben.

Zunächst aber, nach dem 17. Mai, werden die vielen kleinen Mängel im Mittelpunkt stehen, die kein Planer voraussehen kann. „Überraschungen", sagt Jucha, „wird es noch genug geben."

Flughafen-Halle: Wochenlang schleppten junge Männer alte Koffer durch das Gebäude

Bei interRent stand Ihre
Sicherheit immer an erster Stelle.

Jetzt, wo wir Europcar heißen,
sind Sie bei uns genauso gut aufgehoben.

Ihre Sicherheit hat bei uns Tradition.
Wir waren die erste Autovermietung
in Deutschland, die ABS anbot.
PKW, die niemals älter als 6 Monate
waren und vor jeder Fahrt in einem
30-Punkte-Check kontrolliert wurden,
konnten Sie ganz selbstverständlich
von uns erwarten.
Bei Europcar hat sich daran nichts
geändert. Außer, daß jetzt jeder 1992
zugelassene Mercedes, BMW oder
Porsche mit Airbag, jeder Audi mit
Proconten ausgerüstet ist.
Tradition verpflichtet.

Das neue interrent-Zeichen
steht in Zukunft für professionelle
Autovermietung. Weltweit.

Europcar interrent

Der neue Name für Deutschlands Autovermietung Nr.1

Wir ändern unseren Namen. Sonst ändert sich nichts.

Gottlose böse Leute

Klaus J. Bade (Hrsg.): „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland". Beck Verlag, München; 544 Seiten; 68 Mark.

Der Osnabrücker Zeithistoriker Klaus J. Bade hat mit 32 Fachkollegen einen fulminanten Sammelband über deutsche Emigration und Immigration vorgelegt, der Nebelwerfern in der hitzigen Debatte um Ausländer- und Asylrecht nicht behagen wird. Unbeeindruckt von „Katastrophenpropheten" und den „Platitüden professioneller Besänftiger" verfolgen die Autoren historische wie gegenwärtige Migrationsströme, die Deutschlands Sozialstruktur und Kultur nachhaltig geprägt haben.

Millionen Deutsche zog es über die Jahrhunderte in die Ferne – sei es, wie so oft, aus wirtschaftlicher Not, sei es, um politischer Unterdrückung und Verfolgung zu entfliehen: nach Siebenbürgen, an Donau und Wolga und, vor allem, nach Amerika. Umgekehrt kamen Millionen Zuwanderer nach Deutschland – ebenso in der Hoffnung auf ein besseres und freieres Leben – wie etwa französische Hugenotten, niederländische Wallonen und polnische Bergarbeiter.

Leicht hatten es Fremde in Deutschland nie. Überfremdungsängste und Vorurteile grassierten allenthalben. „Zigeuner" etwa galten nicht erst seit dem NS-Genozid als quasi vogelfreie „gottlose böse Leute". Schon im 18. Jahrhundert konnte sie jeder Bürger gefangennehmen und töten. Die „dummen Polacken" wurden spätestens zu einer „Gefahr für die öffentliche Ordnung", als Befürchtungen aufkamen, sie könnten die „Herrschaft in der Gemeindevertretung erlangen". Und Ostjuden schließlich waren selbst für den liberalen

Ankunft deutscher Auswanderer in New York 1887

und 1922 von Rechtsradikalen ermordeten Reichsaußenminister Walther Rathenau ohnehin nur eine „asiatische Horde auf märkischem Sand".

Westdeutschland nahm von 1945 bis zum Vereinigungsherbst 1990 rund 20 Millionen Zuwanderer auf – darunter 15 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler. Laut Bade sind das „einzigartige Dimensionen", aber kein Grund zur Panik, denn gebraucht würden sie alle und langfristig sogar noch mehr. Allerdings, so die Autoren, müsse man sich in Deutschland angesichts künftiger weltweiter Bevölkerungsverschiebungen endlich zu der Einsicht bequemen, Einwanderungsland geworden zu sein, und daraus politische Konsequenzen ziehen.

Verwirrend vielschichtig

Bodo Morshäuser: „Hauptsache Deutsch". edition suhrkamp 1626, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 205 Seiten; 14 Mark.

Am Anfang spaziert ein Irrer durch die norddeutsche Kleinstadt Kellinghusen, mit Deutschlandfahne

- Sie feierten
- Sie tranken
- Sie brüllten
- Sie prügelten
- Sie gestanden

Fünf Männer erschlugen eine Frau

Tat-Bericht (Ausriß)

und einem Cassettenrecorder, der nationales Liedgut plärrt. Der Mann ist ein Rattenfänger; um sich sammelt er die Jugendlichen des Ortes.

Am Ende, im März 1988, ermorden vier Skinheads eine Frau. Der Berliner Autor Bodo Morshäuser erzählt die Geschichte dieses Mordes in unterkühltem Ton: Einer der Skinheads tritt das Mordopfer „mit dem hochgezogenen Fuß, die Frau, eine leichte und zierliche Person, fällt um".

Es geht Morshäuser in seiner Reportage weniger um den Mord; es geht ihm um das „Drehbuch, das keiner gelesen, doch jeder verinnerlicht hat". Die Skinheads, die Polizei, die sogenannten Antifaschisten, die Bürger – sie alle spielen ihre Rollen mit zwingender Logik auf kleiner Bühne. Die Tat in Kellinghusen zeigt präziser als so manche soziologische Analyse, wie rechtsextreme Gewalt funktioniert.

Um das leisten zu können, nimmt Morshäuser Kellinghusen unter die Lupe. Die Masse der Skinheads dröselt er auf in Gruppen, dann in Grüppchen, bis nur noch verschiedene Einzelne übrigbleiben. Weil er so genau hinschaut, zeichnet er ein unscharfes Bild der Skinheads. Er atomisiert die Szene, bis sie so verwirrend vielschichtig dasteht – wie sie tatsächlich ist.

Kumpane im Geiste

Ernst Klee: „Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen". Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt; 191 Seiten; 14,80 Mark.

Was die Kirchen in den Jahren der Nazi-Herrschaft an Widerstand vermissen ließen, holten sie seit dem Ende der Diktatur 1945 nach – allerdings „an der Seite der Täter", so der Publizist Ernst Klee in seiner neuen Dokumentation „Persilscheine und falsche Pässe". Bissig kommentiert der Autor, der Theologie studiert hat und mit einer Pfarrerin verheiratet ist, die stille, aber äußerst effektive Hilfe der Kirchen für untergetauchte oder inhaftierte Nazis.

Geistliche organisierten nicht nur die Flucht gesuchter SS-Massenmörder wie Adolf Eichmann und Josef Mengele nach Südamerika, hohe Kirchenmänner in Deutschland machten sich auch zu Fürsprechern verurteilter Kriegsverbrecher. Dreist warfen sie den Alliierten willkürliche Siegerjustiz vor, so daß, schreibt Klee, „aus den Tätern" im Nu „wehrlose Opfer" wurden.

In den Nürnberger Prozessen, jammerte etwa der württembergische Landesbischof Theophil Wurm im Mai 1948 dem US-Ankläger Robert Kempner wahrheitswidrig vor, seien „Aussagen und Geständnisse" durch „verbrecherische Quälereien" erpreßt worden. Und sein Amtsbruder, der bayerische Landesbischof Hans Meiser, wußte ohnedies, daß die angeklagten KZ-Schergen nur

Entlassene Landsberg-Häftlinge

ihre Pflicht erfüllt hätten, weil sie „zum Lagerdienst abkommandiert" worden seien.

Unermüdlich setzten sich katholische und protestantische Würdenträger für die NS-Häftlinge in Landsberg ein und freuten sich am Glaubenseifer der plötzlich Bekehrten. Richtig gerührt war ein evangelischer Anstaltspfarrer, daß SS-Einsatzgruppenleiter Waldemar Klingelhöfer, dem die Todesstrafe drohte, „seine Sangeskunst – er ist von Beruf Opernsänger – in den Dienst der Kirche" stellte. In geheimen Denkschriften und Bittbriefen drängten Kirchenobere auf Begnadigung ihrer Schäfchen – mit Erfolg. Ende Januar 1951 wurden von 142 Landsberg-Häftlingen, die in Nürnberg verurteilt worden waren, 92 freigelassen.

Opfer-Ignoranz und aktive Täterhilfe von Kirchenführern für Nazi-Verbrecher verleiten Klee gelegentlich zu überspitzten Urteilen. „Sie waren Kumpane im Geiste", so sein Resümee. Gemeinsame Feindbilder, daran jedenfalls ist nicht zu rütteln, hatte man wahrlich genug.

Die ganze Geschichte

Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): „Adenauer im Dritten Reich". Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Siedler Verlag, Berlin; 720 Seiten, 58 Mark.

Die von den Historikern Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz herausgegebene 720-Seiten-Dokumentation „Adenauer im Dritten Reich" bietet im großen und ganzen Texte, die bereits publiziert und kommentiert worden sind – besonders breit in der jüngst abgeschlossenen Adenauer-Biographie von Schwarz, einem 2000-Seiten-Wälzer (SPIEGEL 40/1986 und 41/1991). Bislang unbekannt sind private Briefe der Eheleute und Kinder Adenauer, die weiteren Einblick in den Alltag unter den Nationalsozialisten vermitteln.

Nach der NS-Machtübernahme wählte Adenauer die innere Emigration, was hinlänglich bekannt ist; konsequent richtete er sich aufs Überleben ein. Wer wollte es ihm in einem „Staat wie dem jetzigen", in dem man nie wisse, „auf welche Weise man zu Tode kommt" (Adenauer), verdenken, zumal er anfangs

Historiker Morsey, Schwarz

zermürbenden Pressionen ausgesetzt war.

Zweimal wurde Adenauer von der Gestapo verhaftet – 1934, während des „Röhmputsches" (zwei Tage); 1944, nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler (drei Monate). 1936 hatte der Druck nachgelassen – weil Hitler die Hand über ihn hielt? Jedenfalls bedauerte der Diktator, „diesen Mann wegen seiner politischen Unvernunft nicht heranziehen zu können".

Konspirative Anfechtungen, etwa durch Parteifreunde, wies Adenauer brüsk zurück: „Lassen Sie die Finger von solchen Sachen wie Widerstand! Lächerlich! . . . Absoluter Unsinn!"

Gleichwohl hatte Bundeskanzler Adenauer nach dem Krieg leicht reden: „Wenn sich das deutsche Volk von Anfang an gewehrt hätte, so wäre die ganze Geschichte unmöglich gewesen."

Am Anfang hatte sich der prominente Zentrumspolitiker, Kölner Oberbürgermeister und Präsident des Preußischen Staatsrats über die NS-Bewegung genauso getäuscht wie viele im In- und Ausland.

„Entweder gelingt es denen, Deutschland wieder hochzubringen", lautete seine Prognose, „dann werden die Braunen nach und nach zivilisiert, oder sie wirtschaften ab." Adenauer konnte sich vorübergehend sogar mit einem Hitler als „Reichspräsidenten auf Lebenszeit" abfinden.

Zeitgenössische Adenauer-Reflexionen über den Nationalsozialismus und den NS-Staat, auf die man gespannt wäre, sind in der neuen Dokumentation ebenso rar wie in den späteren Auslassungen des Alten von Rhöndorf.

Operation Löschen

Gerhard Kaiser, Andrzej Leszek Szcześniak: „Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren". Christoph Links Verlag, Berlin; 336 Seiten; 29,80 Mark.
Czeslaw Madajczyk: „Das Drama von Katyn". Dietz Verlag, Berlin; 328 Seiten; 32 Mark.

Im Juni 1990 erkannte Sowjet-General Georgi K. Kowtun, stellvertretender Geheimdienstchef der Ukraine:

> Es ist Zeit festzustellen, daß wir eine neue, weitere Seite der schwer auf uns lastenden vergangenen Tyrannei aufgeschlagen haben . . . Die Verbrecher in der Uniform des NKWD waren sich offensichtlich dessen bewußt, daß ihre Untaten von der Geschichte eingeholt werden würden. Deshalb vernichteten die Mörder gründlich Dokumente.

Ein halbes Jahrhundert nach der Tat gestand die sowjetische Führung öffentlich den Mord an 14 587 polnischen Offizieren, zumeist Reserveoffizieren (unter ihnen zahlreiche Intellektuelle) und Unteroffizieren. Sie waren nach der Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee gefangengenommen und im April/Mai 1940 im Wald von Katyn (bei Smolensk) von Erschießungskommandos des sowjetischen Geheimdienstes NKWD brutal liquidiert worden.

1942 hatten polnische Fremdarbeiter der (Bau-) Organisation Todt die ersten Massengräber entdeckt; im März 1943 wurden die Leichen exhumiert. Seitdem beschuldigten sich Nazis und Kommunisten gegenseitig der grausamen Tat; noch vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß hielten die Sowjets ihre Anklage aufrecht.

Exhumierte Katyn-Opfer 1943

Doch lange vor dem überfälligen Geständnis aus Moskau hatte die wissenschaftliche Forschung die wahren Täter ermittelt und deren Schuld in umfänglichen Dokumentationen aufgedeckt.

Jetzt rekonstruierten die polnischen Historiker Czeslaw Madajczyk und Andrzej Leszek Szcześniak, die auch sowjetische Materialien einsehen konnten, zusammen mit dem Berliner Historiker Gerhard Kaiser das Massaker in allen Einzelheiten – die Gefangennahme, die Täuschungen und Qualen der Opfer in den drei Lagern, in die sie verschleppt worden waren, den Abtransport zur Hinrichtungsstätte – und die Operation „Löschen" (sowjetische Tarnbezeichnung).

KOMPROMISSLOS!
ORIGINAL RUSSISCHER WODKA
Moskovskaya
Cristall
0,5 l
Moskovskaya
Cristall
Sima
D-5170 Jülich · Generalimporteur für Krimsekt, echt russische Weine und Wodka

Verkehr

Tritt in die Tür

Das System von Bussen und Bahnen in Ostdeutschland, einst Vorbild auch für den Westen, steht vor dem Zusammenbruch.

An manchen Tagen denkt Bernhard Graduszewski, Chef der Nahverkehrsgesellschaft Jena, an ein letztes lohnendes Geschäft: „Wir verkaufen den ganzen alten Plunder."

Die Rumänen würden für die alten Straßenbahn-Waggons und die klapprigen Busse, sagt der Verkehrsverwalter, „sogar noch zahlen". Daheim aber bleibe praktisch „nur Verschrotten".

Doch nicht mal dafür ist Geld da.

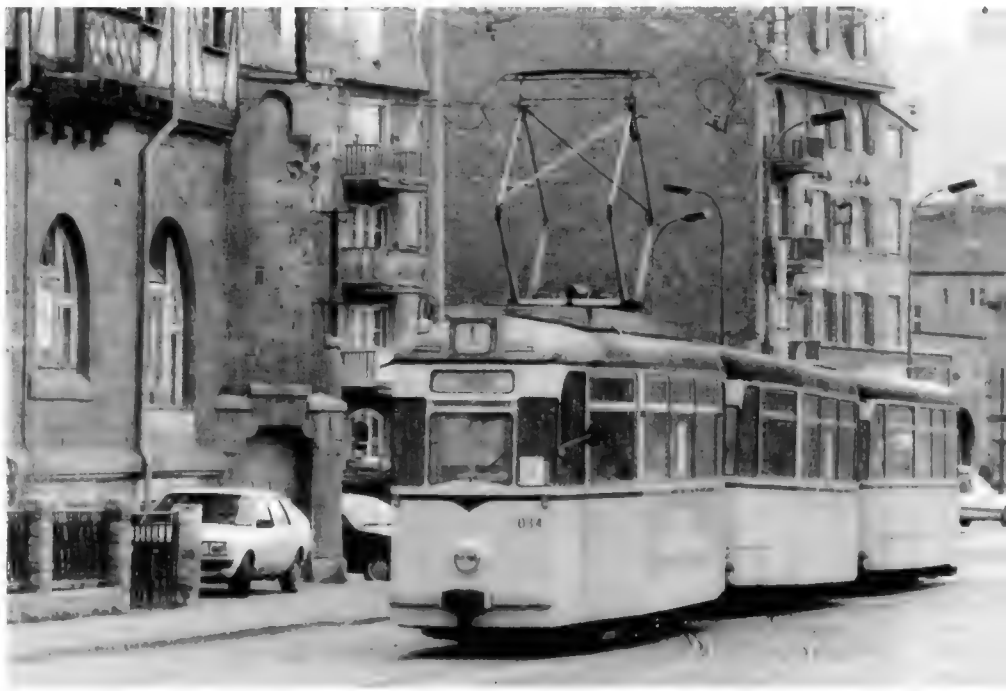
Es hilft alles nichts: Bahnen und Busse müssen weiter durch Jena fahren. Die kommunalen Unternehmen sind verpflichtet, den öffentlichen Nahverkehr aufrechtzuerhalten. Dabei stehen in den meisten ostdeutschen Städten die Verkehrsunternehmen vor der Pleite.

Damit droht einer wirklichen Errungenschaft der DDR das Ende im Chaos. Weil die Autobauer in Zwickau und Eisenach dem Bedürfnis nach Mobilität im Staate Honeckers niemals nachkommen konnten, bauten riesige Verkehrskombinate ein System des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf, das auch unter westlichen Verkehrsexperten als vorbildlich galt.

Die DDR-Bürger wurden rund um die Uhr mit Bussen und Straßenbahnen bedient, vom Ost-Takt können westdeutsche Fahrgäste nur träumen. Noch heute fährt zu Stoßzeiten alle 90 Sekunden ein Bus die Haltestellen zwischen dem Jenaer Außenbezirk Lobeda und dem Stadtzentrum an.

Die Fahrpreise machten den Arbeiter-und-Bauern-Staat wenigstens zu einem Paradies für Bus- und Tram-Passagiere. Vom Anfang bis zur Wende kostete ein Grundfahrschein zwölf Pfennig. Damit deckten die Verkehrskombinate aber nur 13 bis 15 Prozent ihrer Kosten (Kostendeckung in der Bundesrepublik: 45 bis 65 Prozent). Den Rest legte die Regierung drauf.

Nach der Wende machte sich die Treuhand als neue Eigentümerin an die Entflechtung der Kombinate, die neben dem Nahverkehr auch Speditionen, Taxis und Autowerkstätten betrieben. Anfang vorigen Jahres wurden Verkehrsgesellschaften gegründet und den Kommunen kostenlos angeboten.



Ostdeutsche Straßenbahn (in Jena): „Das war wie ein Blankoscheck"

Stadt- und Landräten wurde aber schnell klar, daß ihnen das Geschenk aus Berlin neue Millionenverluste bescheren würde. So wurden die Treuhänder in Mecklenburg-Vorpommern bis heute keinen einzigen ihrer Verkehrsbetriebe los. In Thüringen ist knapp die Hälfte kommunalisiert, eine ganze Reihe von Kreisen hat aber nicht einmal einen Antrag gestellt.

Wenig Bock auf Bus und Bahn haben auch sächsische Stadtväter. So wurden bislang erst fünf Verkehrsunternehmen kommunalisiert. Leipzig lehnte 1991 die Übernahme ab, ist inzwischen aber notgedrungen in die Verhandlungen mit der Treuhand wieder eingestiegen. In den Landkreisen, so das Wirtschaftsministerium, „ist noch alles im Fluß".

Völlig verrechnet hat sich die Treuhand mit dem Plan, bei Desinteresse der Kommunen die Verantwortung für den öffentlichen Nahverkehr in private Hände zu legen. In Thüringen etwa fand sich bislang kein einziger Privatunternehmer bereit, eine der Nahverkehrsgesellschaften zu übernehmen.

Das wird sich in Zukunft kaum ändern. Die Defizite steigen, und die Finanzierung ist fraglicher denn je. Denn die Landesregierungen wollen die Verkehrsmittel nicht länger alimentieren.

Im vergangenen Jahr übernahmen die Länder den Finanzausgleich der Verkehrsgesellschaften noch meist zu 100 Prozent. So pumpte der Schweriner Wirtschaftsminister über 180 Millionen Mark in die zu einer Verkehrs-AG zusammengefaßten ehemaligen Verkehrskombinate Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. In diesem Jahr sollen es nur noch zwischen 60 und 80 Prozent sein.

Thüringen zahlte 240 Millionen Mark zur Deckung der Verluste. Hans-Dieter Wolkwitz, Abteilungsleiter Verkehr im Erfurter Wirtschaftsministerium: „Die Betriebe mußten lediglich eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen. Aber viele taten nicht mal das. Wir haben alles bezahlt, das war wie ein Blankoscheck."

In diesem Jahr werden die Thüringer Betriebe mit etwa einem Drittel weniger Subven-

Verkehrsmanager Graduszewski
„Den alten Plunder verkaufen"

ZDF Werbefernsehen

Basis-Medium ZDF

ZDF

tionen auskommen müssen, die Landesregierung stellt nur noch 140 Millionen Mark bereit. In den Unternehmen, so Wolkwitz, „steckt betriebswirtschaftlich noch eine Menge Luft, den Rest müssen halt die Kommunen tragen".

Zwar will Wirtschaftsminister Jürgen Bohn (FDP) „den ÖPNV besser ausgebaut halten als in den alten Bundesländern". Doch seine Beamten haben Zweifel, daß die politische Vorgabe durchzuhalten ist.

Die Zweifel werden von ÖPNV-Betreibern zwischen Rostock und Suhl geteilt. Denn in die Millionendefizite bei den Betriebskosten sind dringend erforderliche Investitionen für die Modernisierung der völlig überalterten Fahrzeugparks und der maroden Betriebshöfe noch nicht eingerechnet.

Verrotteter Ost-Bahnhof (in Berlin): „Den Kostendruck erhöhen"

Und nach der Sanierung schlagen die Folgekosten höher zu Buch als zuvor. Die neuen Fahrzeuge seien derart mit Elektronik vollgestopft, so Graduszewski, daß man für die Wartung wieder teure Spezialisten brauche. Die sind bisher nicht nötig: „Wenn bei unserem Ikarus-Bus die Tür klemmt, reicht ein Tritt, und die Sache ist in Ordnung."

In allen neuen Ländern müssen die Kommunen nun die Subventionskürzungen mit dem Fahrpreis ausgleichen. So erhöhten die Jenaer um 100 Prozent auf eine Mark. In Erfurt stiegen die Fahrpreise zum 1. Januar zwar nur um 20 Prozent. Zur Jahresmitte, soviel ist sicher, werden die Erfurter Verkehrsbetriebe aber noch einmal nachfassen.

In Dresden kostet der Einzelfahrschein schon 1,20 Mark, in Chemnitz gar 1,50 Mark. Offen empfiehlt der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) auch den anderen Betreibern, den Grundfahrpreis auf 1,50 Mark zu erhöhen. „Kostendruck und Einnahmen erhöhen", so das Ministerium, „sei klare Linie der Landesregierung."

Aber selbst drastische Preiserhöhungen können die Verluste kaum reduzieren. Unter dem Kostendruck würden schon bald „Personal abgebaut, Linien aufgegeben und Taktzeiten verlängert", prophezeien Gewerkschafter wie Thüringens ÖTV-Chef Hartwick Oswald: „Da werden die Leute auf ihre Autos umsteigen, und schon bald sehen die Innenstädte im Osten aus wie im Westen."

Erste Erfahrungen in Erfurt geben Oswald recht. Selbst bei vorsichtigen Einschnitten ins Netz reagieren Ost-Fahrgäste, ohnehin verärgert über höhere Fahrpreise und klapprige Fahrzeuge, harsch. Wolfgang Dicke von den Erfurter Verkehrsbetrieben: „Bei einer Ausdünnung des Angebots verlieren wir bis zu 50 Prozent der Fahrgäste."

Die einzige Möglichkeit, den Kollaps von Verkehr und Finanzen ostdeutscher Kommunen abzuwenden, harrt derzeit einer Klärung beim Verfassungsgericht in Karlsruhe. Die Städte wollen – wie im Westen üblich – die Verkehrsdefizite mit den Gewinnen ausgleichen, die mit dem Vertrieb von Strom und Wasser zu erzielen sind.

Solche Einnahmen blieben den Ost-Gemeinden bislang vorenthalten, weil die Treuhand die Strom- und Wasserversorgung den Energieversorgungs-Konzernen aus Westdeutschland anvertraute und die Kommunen lediglich mit Kapitalanteilen abfinden wollte. Dagegen haben 160 ostdeutsche Kommunen Verfassungsbeschwerde eingelegt.

P R O B I E R E N
geht über studieren! Bei uns gibt's was zu probieren: Oliver Twist - rauchloser Tabak aus Dänemark.

In 3 verschiedenen Geschmacksrichtungen: SUNBERRY - mit dem herzhaften Aroma der schwarzen Johannisbeere, TROPICAL - angereichert mit Menthol- und Anisöl und ROYAL - mit dem Geschmack echter englischer Lakritze. Einfach ein Stückchen Tabak unter der Oberlippe plazieren und dann genießen, das ist alles!

Jeder, ab 18 Jahren, der schreibt, bekommt etwas zu tun. Also los: Coupon ausfüllen und abschicken an:

Svenska Tobaks GmbH
Postfach 10 16 06
5000 Köln 1

Name:_____
Straße:_____
Ort:_____
Alter:_____
(Bitte in Blockbuchstaben schreiben)

OLIVER® TWIST

"FOR THE TIMES YOU CAN`T LIGHT UP"

OSBORNE VETERANO

Der große Sanfte mit dem Stier.

Der große sanfte spanische Brandy. Wunderbarer milder, runder Geschmack. In Eichenfässern gereift nach der berühmten Methode der jahrelangen Durchdringung von edlem alten und jungen Brandy. OSBORNE VETERANO.

Kirche

Des Teufels Großmutter

Zum ersten Mal besetzen Frauen wirkliche Führungspositionen in der evangelischen Kirche.

Stehend applaudierten die Synodalen in der Hamburger Michaelis-Kirche. Freudenrufe hallten durch den Raum, Blumen regneten von der Empore herab. „Es herrschte eine Stimmung", schildert ein Teilnehmer, „wie bei der Siegerehrung nach einem unverhofften Weltrekord."

Auf dem Siegerpodest: Maria Jepsen, 47, mit 78 von 137 Stimmen der Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zur Bischöfin des Weltstadt-Sprengels Hamburg (940 000 Mitglieder, 334 Pastoren) gewählt.

Die Pfarrerin und Pröpstin des Kirchenkreises Hamburg-Harburg ist seit vorvergangenem Samstag die erste Bischöfin einer christlichen Kirche in Europa und die erste in der evangelisch-lutherischen Welt (60 Millionen Mitglieder). In Südostasien, Neuseeland und in den USA gibt es schon länger Frauen in diesem Amt.

Ohne Zweifel: Die Frauen sind bei den Protestanten im Kommen – nach fast 2000 Jahren kirchlicher Unterdrückung.

Christinnen stellten zwar stets die Hälfte der Kirchenmitglieder. Doch Leitungsämter waren ihnen – von der Äbtissin abgesehen – bis vor wenigen Jahrzehnten selbst in den offeneren protestantischen Kirchen verschlossen.

Die erste Theologin durfte 1908 promovieren. 1927 wurden die ersten Vikarinnen zugelassen, 1945 mangels männlicher Pfarrer die ersten Vikarinnen mit dem Recht zur Ausübung pfarramtlicher Dienste ausgestattet – sofern die Damen unverheiratet waren.

In den sechziger Jahren führte akuter Pfarrer-Mangel dazu, daß die ersten evangelischen Pfarrerinnen ordiniert wurden. Aber immer noch lehnen weit über die Hälfte aller christlichen Kirchenleitungen in der Welt die Frauen-Ordination grundsätzlich ab, darunter die römisch-katholische und die orthodoxe Hierarchie.

Doch die Anti-Frauen-Front bröckelt auch in bislang traditionsbewußteren Kirchen. Die anglikanische Kirche, eine Art Mittelding zwischen Katholiken und Protestanten, weihte 1990 in Irland erstmals zwei Priesterinnen, im australischen Perth dieses Jahr die ersten zehn. Selbst die britische Königin Elizabeth nahm vergangenes Jahr die erste Kaplanin in ihren Dienst.

Auch in die obersten Ränge dringen Frauen schon vereinzelt vor. Die Episkopalkirche der USA, eine anglikanische Zweigkirche, machte Anfang 1989 in ihrer Diözese Massachusetts Barbara Harris, 61, eine geschiedene und feministisch orientierte Schwarze, zur Weihbischöfin und damit zur ersten Bischöfin einer christlichen Kirche überhaupt. Erste anglikanische Diözesan-Bischöfin wurde 1990 Penelope Jamieson, verheiratet, drei Kinder, im neuseeländischen Dunedin.

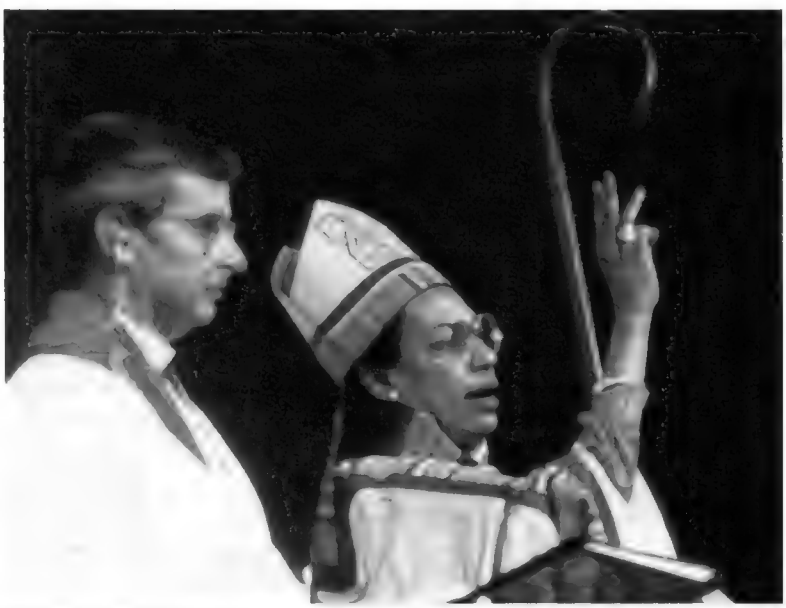
Die weltweit erste protestantische Bischöfin ist Agustina Lumentut. Sie wurde 1989 von ihrer 160 000 Mitglieder starken Gereje Kristen Sulawesi Tengah, einer protestantischen Kirche in Zentral-Sulawesi/Indonesien, an die Spitze und zur Präsidentin des Nationalen Christenrates Indonesiens gewählt – immerhin ein Ensemble von über 60 protestantischen Kirchen.

Für die protestantischen Kirchen in Deutschland gilt zwar immer noch, was der „Evangelische Pressedienst" vor Jahren konstatierte: „Frauen tragen die Kirche – Männer regieren sie." Aber der Druck von der Frauen-Basis wird stärker.

Etwa 70 Prozent der Hauptamtlichen im kirchlichen Dienst sind Frauen. Der Anteil der Frauen an den Studierenden der Theologie beträgt mittlerweile 42 Prozent, der Anteil der Vikarinnen über 35 Prozent.

Nur in den oberen Etagen ist es noch dünn. Weniger als ein Prozent der Amtsträger werden

Hamburger Bischöfin Jepsen*: „An der Basis zu Hause"



US-Bischöfin Harris: Geschieden und feministisch

* Mit Vorgänger Peter Krusche nach der Wahl in der Hamburger Michaelis-Kirche.

EXPRESS-PORTO.

WIRZ & HAINER

Flugkomfort der Extraklasse zum Normaltarif. In der Navigator-Class, z. B. auf unserem täglichen Non-Stop-Flug von Frankfurt nach Porto.

Informationen und Buchung bei Ihrem Reisebüro oder bei TAP AIR PORTUGAL:

Berlin
Telefon: 030/2 61 16 87
Hamburg
Telefon: 040/34 04 34
Düsseldorf
Telefon: 0211/807 37
Frankfurt
Telefon: 069/4 05 79-100
Stuttgart
Telefon: 0711/29 40 46-47
München
Telefon: 089/59 80 86-87

tap AIR PORTUGAL

SYMPATHISCH WIE LAND UND LEUTE.

von Frauen gestellt: Neben einigen Kirchen- und Oberkirchenrätinnen in Landeskirchenämtern arbeiten drei Pröpstinnen mit Vollmachten knapp unter dem Bischofsrang.

Daß es nun eine Frau bis ganz oben geschafft hat, war längst fällig. Im Herbst 1990 war Rut Rohrandt, Leiterin des Frauenreferats der nordelbischen Kirche, bei der Bischofswahl für den Sprengel Schleswig unterlegen, im April 1991 die hannoversche Oberkirchenrätin Käte Mahn bei der Wahl für den Sprengel Holstein-Lübeck.

Diesmal war die Stimmung so sehr auf seiten der Frau, daß sich Jepsens Gegenkandidat Helge Adolphsen, Hauptpastor an der Hamburger Michaelis-Kirche, seine Wahlniederlage so erklärte: „Wir Männer haben keine entsprechende Lobby wie die Frauen."

Doch Maria Jepsen ist alles andere als eine Quoten-Frau. Das Konzept der Norddeutschen könnte eine Kirche durchaus attraktiv machen – falls es nicht wieder nur bei Worten bleibt.

Unterschiedliche Glaubensaussagen betrachtet die Neue „als Reichtum der Kirche und nicht als Gefährdung". Es könne geradezu wichtig sein, notfalls „gegen die Tradition zu handeln". Der Paragraph 218 sollte ihrer Ansicht nach „aus dem Strafgesetzbuch verschwinden". Jepsen: „Abtreibung muß eine Gewissensfrage der Gesellschaft und vor allem der Männer werden."

Feministische Theologie (Jepsen: „Gott ist Vater und Mutter und Bruder und Schwester und vieles mehr") erscheint ihr als Schlüssel für „ein neues Miteinander". Vor allem will sie die „hierarchisch-männlichen Strukturen" knacken und eine „Kirche von unten" etablieren, in der die Hausfrau nicht „weniger zählt als ein Oberkirchenrat". „Ich bleibe als Bischöfin an der Basis zu Hause", sagt Jepsen, die sich daheim am Schreibtisch auch weiterhin ein Pfeifchen anzünden will.

Da allerdings könnte sie Schwierigkeiten bekommen mit Männer-Ängsten und mit der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis", in der eine Bischöfin eher als des Teufels Großmutter denn als Werk des Heiligen Geistes gilt. Die Wahl Jepsens, mokierte sich der Tübinger Theologieprofessor Peter Beyerhaus bereits, sei eine „der schwersten geistlichen Katastrophen". Aus Protest gegen die Bischöfin erwägen Jepsen-Gegner gar, sich vorzeitig in den Ruhestand versetzen zu lassen.

Dem Hamburger Pastor Jens-Uwe Flügel ist dagegen „eine Bischöfin so genehm wie ein Bischof". Hauptsache, sagt Flügel, „ich muß die Bewerbung auf eine neue Stelle demnächst nicht mit der Frage beginnen: Entschuldigen Sie, ich bin nur ein Mann, darf ich dennoch Pastor sein?"

Streikende Metallarbeiter

Metaller-Streiks im Norden?

In der diesjährigen Tarifrunde der Metallindustrie will die IG Metall den Pilot-Abschluß, der üblicherweise maßgebend für die anderen Bezirke ist, nicht in Baden-Württemberg aushandeln. Während des letzten Streiks 1984 konnte die IG Metall in ihrem Vorführbezirk mit Ausständen in wenigen Betrieben der Zulieferer die Produktion der Autoindustrie lahmlegen. Doch inzwischen knebelt der Paragraph 116 im Arbeitsförderungsgesetz die Streikstrategen: Die Bundesanstalt für Arbeit muß nicht mehr für die mittelbaren Arbeits- und damit Lohnausfälle aufkommen. Ein eventueller Streik in Baden-Württemberg käme die Gewerkschaft teuer zu stehen. Die IG Metall sucht deshalb nach einem wirtschaftlich weniger vernetzten Bezirk für ihren Pilot-Abschluß. Im Gespräch ist der norddeutsche Bezirk Küste. Der ehrgeizige Hamburger Bezirkschef Frank Teichmüller will schon lange einmal Primus einer Tarifrunde sein.

Manni Mertens darf wieder an die Börse

Manfred Mertens, 31, gefeuerter Wertpapierhändler der Deutschen Bank, drängt erneut ins Geschäft. Der Frankfurter Börse liegt ein Antrag des Geldexperten auf Wiederzulassung vor. Im Juli vergangenen Jahres war („Schampus-Manni") Mertens entlassen worden, weil er zum eigenen Vorteil vertrauliche Informationen mißbraucht haben soll. Der Vorgang wurde diskret unter Ausschluß des Rechtsweges behandelt: Damals hieß es freundlich umschrieben, Mertens habe gegen „interne Richtlinien" verstoßen. Die Affäre hatte die Deutsche Bank unter anderem dazu veranlaßt, eine 55köpfige Fahndungstruppe einzusetzen, um zweifelhafte Geschäfte ihrer Mitarbeiter fortan zu verhindern. Mertens allerdings hat seine bevorstehende Rückkehr an die Frankfurter Börse vor allem seinem alten Arbeitgeber zu verdanken: In einem Zeugnis, das er sich nach seinem Rausschmiß von der Deutschen Bank ausstellen ließ, werden die Fähigkeiten des Geldexperten derart überschwenglich gelobt, daß die Börsenaufsicht kaum Möglichkeiten sieht, den Antrag abzulehnen.

Mertens

Daimler-Benz: Gewinn sinkt, Dividende steigt

Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter will die Dividende des Konzerns in diesem Jahr deutlich von 12 auf 14 Mark je Aktie erhöhen. Als Grund für diese Aktion gibt Reuter eine erfreuliche Gewinnentwicklung an. Tatsächlich geht es ihm wohl darum, den Aktienkurs für eine geplante Kapitalerhöhung zu pflegen. Grund zur Freude jedenfalls gibt es kaum: Interne Zahlen belegen, daß der Stuttgarter Konzern in den vergangenen Jahren starke Ertragseinbrüche hinnehmen mußte. Bei der Tochter Mercedes-Benz, die über 90 Prozent der Konzerngewinne erwirtschaftet, sackte das Betriebsergebnis von 3,5 Milliarden Mark (1987), über 1,7 Milliarden (1988) und 940 Millionen (1989) auf 320 Millionen (1990). Im vergangenen Jahr stieg die Erfolgsgröße zwar erstmals wieder an (auf 610 Millionen), im Vergleich zu den früheren Daten ist dies aber immer noch eine erschreckend niedrige Summe. Reuter hat dem Unternehmen deshalb auch einen harten Sparkurs verordnet. Mercedes-Benz soll bis 1996 die Kosten um drei Milliarden Mark senken – notfalls durch die Streichung von bis zu 20 000 Arbeitsplätzen. Konzernintern wächst die Kritik an Reuter: Unverständlich erscheint vielen, wie Arbeitnehmern harte Sparmaßnahmen plausibel gemacht werden sollen, wenn die Aktionäre gleichzeitig eine höhere Dividende erhalten.

Spielhalle

Pechsträhne für Spielhallen

Die Hersteller und Betreiber von Geldspielautomaten haben nach Jahren hoher Zuwachsraten offenbar eine Pechsträhne erwischt. Seit einigen Monaten registrieren Spielhallen drastisch sinkende Gewinne. Die Gründe sehen Experten in Steuererhöhungen durch Bund, Länder und Kommunen sowie restriktiven Maßnahmen der Gemeinden beispielsweise im Bereich der Innenstädte. Erst in der vergangenen Woche etwa behandelte der saarländische Landtag die Schließung von Spielhallen an bestimmten Feiertagen. Branchenführer Paul Gauselmann, der mit seinen Merkur-Spielotheken und der Produktion von Spielautomaten 1991 rund eine Milliarde Mark umsetzte, sieht sein Gewerbe bereits in Gefahr: „Wir werden stranguliert, viele Betriebe werden das nicht überleben." Weil derzeit kaum neue Geräte bestellt werden und die Geschäfte auch in den eigenen Spielhallen schlechter laufen, hat Gauselmann für sein Automatenwerk im nordrhein-westfälischen Lübbecke vom 1. Mai an für mehrere Monate Kurzarbeit angemeldet.

Krake Metro und das Mehr

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich der Handelskonzern Metro in den letzten Jahren ausgebreitet. Er schluckte Konkurrenzunternehmen, kaufte sich in fremde Branchen ein – und will immer mehr. Jetzt greift die Metro nach der Handelsfirma Asko, geschickt wie immer. Die nächste Attacke wird schon vorbereitet.

Helmut Wagner, 61, witterte Ungemach. Telefonisch und per Fax trommelte der Aufsichtsratsvorsitzende der Handelskette Asko seine Ratskollegen zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Einige mußten sogar den Osterurlaub unterbrechen.

Die Eile Wagners galt einem Problem in eigener Sache. Er befürchtete, mächtige Aktionäre wollten ihn aus dem Amt jagen. Als Urheber des Komplotts hatte er Erwin Conradi, 57, den Chefmanager des mächtigen Handelsriesen Metro, ausgemacht.

Der Asko-Mann kam auf der Sitzung am Mittwoch vergangener Woche gleich zur Sache. Wie hoch denn nun der Metro-Anteil an seinem Unternehmen sei, wollte Wagner wissen. Conradi druckste zunächst. „Status quo", sagte er, sei unverändert ein Metro-Anteil von zehn Prozent.

Auf Nachfragen räumte Conradi ein, möglicherweise werde er die Anteile langfristig aufstocken. Schließlich sei die Asko ein gutgeführtes Unternehmen.

Die Antworten haben Wagner nicht viel weiter gebracht. Der frühere Asko-Chef muß jetzt davon ausgehen, daß die Metro über kurz oder lang auch seinen Konzern schlucken wird. Wagner und seine Mitstreiter glauben zu wissen, daß Conradi in ihrer Firma längst stärker engagiert ist, als er zugibt.

Innerhalb von nur zwei Monaten ist der Asko-Kurs um rund ein Drittel hochgeschnellt. Das läßt deutlich die Handschrift des einflußreichsten Handelsmanagers in Europa erkennen.

Asko-Aufsichtsratschef Wagner
Furcht vor den Aktionären

Metro-Manager Conradi: In der Sache knallhart

Bei einer Machtübernahme verfährt Conradi stets nach gleichem Muster. Zunächst kauft er einen kleinen Anteil. Helfer aus Banken und befreundeten Firmen sichern ihm dann nach und nach die Mehrheit.

Auf diese Weise verschaffte sich Conradi die Mehrheit an der Kölner Warenhaus- und Touristikgruppe Kaufhof, der Verbrauchermarktkette Massa und an einem halben Dutzend weiterer Handelsfirmen.

Auch bei Horten erwarb die Metro über den Kaufhof gut sieben Prozent. Über ein raffiniertes Beteiligungsgeflecht, mit der befreundeten Westdeutschen Landesbank (WestLB) im Mittelpunkt, beherrscht Conradi inzwischen die gesamte Horten-Kette.

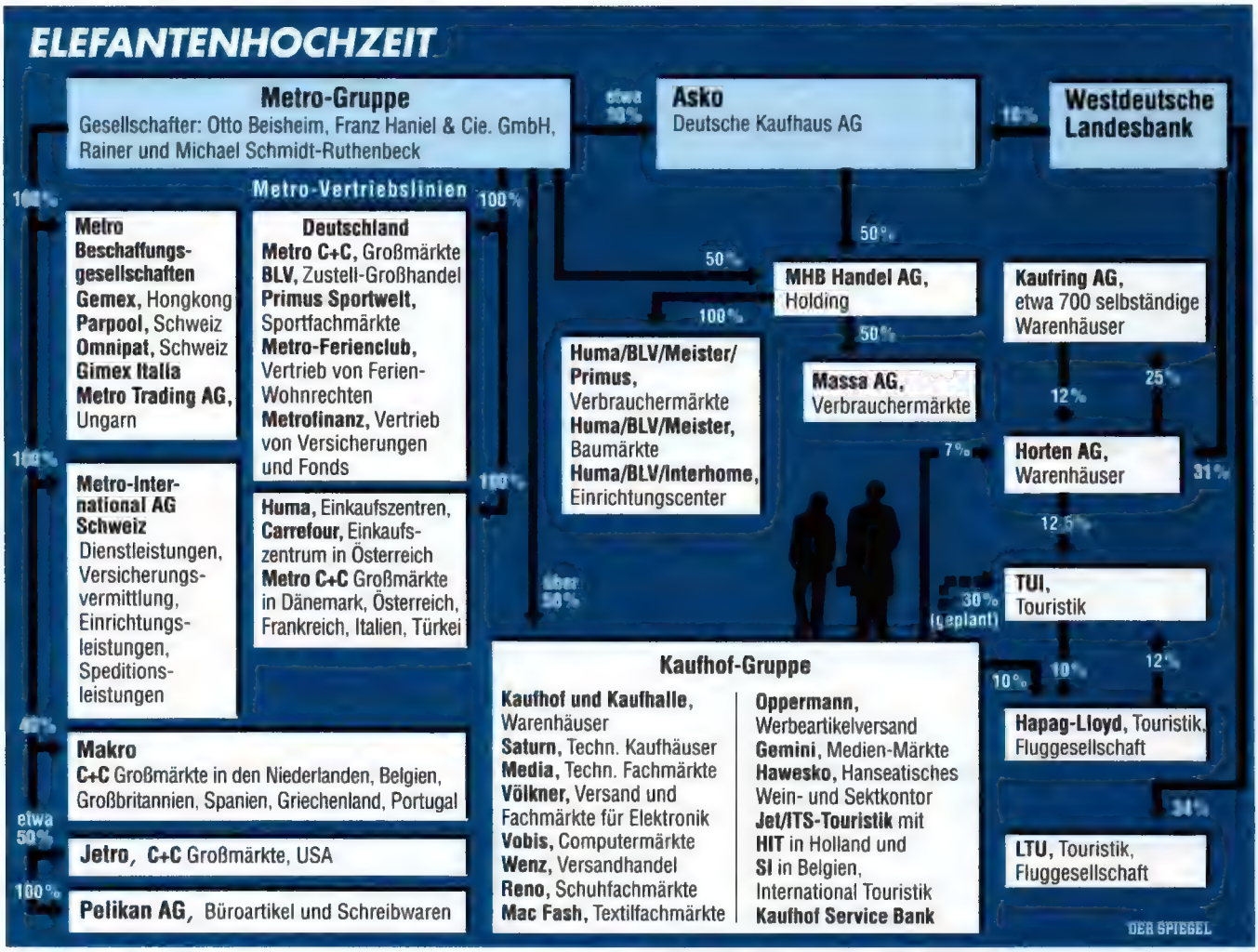
Mit ihren Beutezügen haben Mitinhaber Otto Beisheim, 68, und sein Vollstrecker Conradi eine beispiellose Expansion geschafft. Seit Gründung im Jahre 1964 ist die Metro zu einem unvergleichlichen Handelsriesen emporgewuchert.

Mit den 19 Milliarden von der Asko käme die Metro auf einen Umsatz von weltweit knapp 70 Milliarden Mark. Sie wäre damit fast so groß wie BMW und Bayer zusammen.

Das Metro-Imperium mit Hauptsitz im schweizerischen Steuerparadies Zug gleicht einem einzigartigen Superkartell. Über einen Kranz von Beteiligungen gebietet der Trust über Kaufhäuser und Großhandelsmärkte, Discounter und Versandhäuser, Bau- und Möbelmärkte, Selbstbedienungsläden und Fachmarktketten für Computer, Bücher, Schuhe und Unterhaltungselektronik.

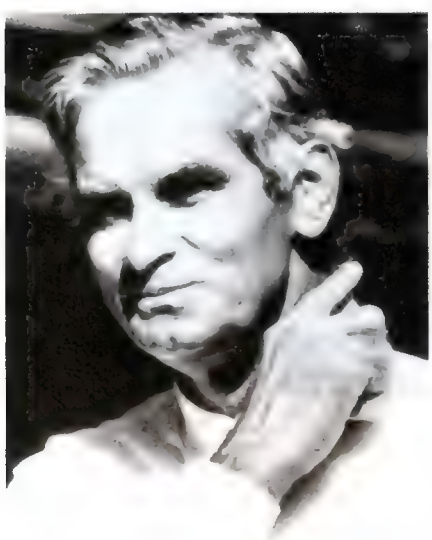
Doch ein paar Lücken gibt es noch im Reiche des Conradi. Vor allem im Discountgeschäft und im Lebensmitteleinzelhandel hat die Metro-Landkarte, im Westen und im Norden, einige weiße Flecken.

Conradi wollte deshalb zusammen mit dem englischen Firmen-Jongleur Tiny Rowland vom britischen Mischkonzern Lonrho und der Asko schon vor Jahren das marode Filialunternehmen co op



übernehmen. Zum Zug kam aber nur Wagner, der im November 1990 die besten Stücke aus dem angeschlagenen Gewerkschaftskonzern an sich riß.

Die Annäherung an seinen Wunschpartner Asko begann Conradi gewohnt vorsichtig. Nach dem Prinzip der kleinen Schritte sicherte er sich erst einmal die Mehrheit der Verbrauchermarktkette Massa. Die Tochterfirma der Asko hielt einen Anteil an der Mutterfirma von rund zehn Prozent. Dieses Paket brachte die Metro an sich.



Metro-Inhaber Beisheim
Drang in neue Märkte

Mit Conradi wollte auch ein Kuweiter in Wagners Aufsichtsrat einziehen. Der hatte sich ein zehnprozentiges Asko-Paket gesichert. Als der Golfkrieg losbrach, übernahm die WestLB den Anteil des Arabers.

Der Industrielle Klaus Jacobs kaufte sich ebenfalls, zunächst mit sieben Prozent, bei der Asko ein. Der Wahl-Schweizer sucht nach dem Verkauf seines Kaffee-Imperiums nach lukrativen Anlagen für seinen Erlös von 2,6 Milliarden Mark. Inzwischen stockte er seinen Asko-Anteil auf zehn Prozent auf. Den Kauftip hatte er von guten Bekannten erhalten, den beiden Mit-Schweizern Beisheim und Conradi.

Wagner hat mit diesem Aktionärskreis nicht gerade eine Freundesrunde im Haus. Conradi, WestLB und Jacobs wollen den ungeliebten Asko-Gründer unbedingt loswerden.

Andernfalls müssen sie fürchten, daß Chefmanager Klaus Wiegandt, 53, den Saarbrücker Handelskonzern verläßt. Der Mann, der nach Conradis Einschätzung „Charisma, Durchblick und Erfahrung hat", fand bei Asko ein verwirrendes Firmengeflecht vor. Die Banken dringen seit langem auf klare Strukturen, denn Wagner hatte in dem verzwickten Konzern auch Milliarden-Schulden versteckt.

Doch was immer Wiegandt anpackte, stets kam er mit Wagner in Konflikt. Am liebsten wäre der Manager den Gründer los. Doch es wird wohl noch ein Weilchen dauern, bis sich der Wunsch erfüllt und Wagner von der Aufsichtsratsspitze weicht.

Asko besitzt zum Schutz gegen eine fremde Übermacht eine Stimmrechtsbegrenzung von 5 Prozent. Außerdem hält eine „Asko Vereinigung e.V." an den wichtigsten Gesellschaften der Gruppe 50 Prozent der Stimmrechte. Ohne diesen Verein läuft nichts an der Asko-Spitze.

Conradi gibt sich dennoch gelassen. „Kein Markt ist so verteilt", sagt der einstiegserfahrene Manager, „daß er nicht durch revolutionäre Konzepte aufgebrochen werden könnte."

Die nächste Etappe für den Sturm auf Asko wird schon vorbereitet. WestLB und Commerzbank decken sich seit Wo-

Gyra

Girsberger GmbH Sitzmöbelfabriken, D-7833 Endingen, Tel. (07642) 68980,

P r i m a r von Girsberger – formal und funktionell gleichermassen überzeugend. Nach neuesten ergonomischen Erkenntnissen entwickelt. Gebaut in bewusstem Umgang mit Materialien, die ebenso leicht wie dauerhaft sind. Mit Primar setzt Girsberger die Firmentradition fort, dem sitzenden Menschen ein Höchstmass an individuellem Komfort zu vermitteln – ein bedeutendes Stück Lebensqualität. Zu be-sitzen als Dreh-, Konferenz- und Besucherstuhl in vielen Ausführungen.

girsberger

Fax (07642) 689844. CH: Girsberger AG, CH-4922 Bützberg. USA: Girsberger Ind., Inc., Smithfield, NC 27577

chen mit Asko-Aktien für die Metro ein. Conradi ließ auch schon bei Rowland sondieren, ob sich die kriselnde Lonrho von ihrem Asko-Anteil in Höhe von 7,5 Prozent trennen würde.

Nach Einführung des EG-Binnenmarktes 1993 muß Serienaufkäufer Conradi auch das Kartellamt nicht mehr fürchten. Dann gelten neue Wettbewerbsregeln, nach denen Fusionen von Großunternehmen wesentlich leichter genehmigt werden als bisher.

Conradi könnte dann ohne große Beanstandungen die bei den Freunden geparkten Asko-Anteile übernehmen. Auch die offizielle Machtergreifung bei Horten wäre kein Problem mehr. Bislang noch hält die WestLB für ihren Großkunden Metro 31 Prozent der Horten-Aktien.

Die Metro könnte ihren Horten-Besitz dann leicht weiter aufstocken und sich zudem das 25-Prozent-Paket der Deutschen Bank und der Commerzbank sichern. Ohne Einfluß auf die Geschäfte von Horten dürften die Geldhäuser kein großes Interesse mehr an dem Paket haben.

Dem ertragsschwachen Horten-Konzern prophezeien Branchenexperten bereits einen rigorosen Schrumpfkurs. Bei der Eingliederung in das Metro-Kaufhof-Reich wird der größte Teil der Verwaltung wegrationalisiert, unrentable Warenhäuser werden geschlossen.

Wo immer Conradi die Mehrheit besitzt, haben Mitaktionäre nichts mehr zu bestellen. Im Gespräch verbindlich, in der Sache knallhart, drückt er überall sein Konzept durch.

In der Wahl seiner Mittel war Conradi nie zimperlich. Kaum ein anderer Konzern beschäftigte Gerichte und Behörden so intensiv wie die Metro.

Mit brachialen Methoden nutzte das Cash&Carry-Unternehmen seine Nachfragemacht und schröpfte seine Lieferanten. Durch geschickte unternehmensrechtliche Konstruktionen hebelte Conradi die Mitbestimmung aus. Allenfalls noch der Filialist Aldi springt mit seinen Mitarbeitern so rüde um.

Einen der längsten Prozesse seit Bestehen der Wettbewerbsgesetze hat die Großhandelskette Metro vor kurzem verloren. Der Einzelhandelsverband wirft dem Konkurrenten vor, nicht nur Großhändler, sondern auch Privatkunden zu bedienen.

Die Einzelhändler bestehen nun auf Stichproben an den Metro-Kassen. Es soll kontrolliert werden, ob die Käufer sich tatsächlich ausschließlich mit Waren für ihre Läden, Kioske, Tankstellen oder Gaststätten eindecken.

Conradi schlug statt dessen vor, das Problem mit einer Zahlung von über zehn Millionen Mark an den Einzelhandelsverband zu bereinigen. Um die Verbandsfunktionäre unter Druck zu setzen, ließ er sein Kaufhof-Management mit Austritt drohen.

Weil der Krake Metro im Handel bald die Grenzen der Expansion erreicht hat, greift er sich auch andere Bereiche. Der milliardenschwere Drittelinhaber Beisheim und sein Zuger Imperium tasten sich seit Jahren auf Gebiete vor, die hohe Renditen versprechen, aber auch gewaltige Investitionen erfordern.

Die Metro ist inzwischen der größte Lieferant für Tankstellen-Shops. Mit Daimler-Benz und der amerikanischen Nynex, einem Konzern für Telekommunikation, ist der Handelsmulti in das Mobilfunkgeschäft eingestiegen.

Im Spätherbst 1989 drängte Beisheim in ein neues Terrain, er erwarb die Fernsehrechte für rund 2000 Filme und TV-Serien. Der Metro-Inhaber half damit dem Münchner Filmgroßhändler und Springer-Aktionär Leo Kirch aus einer finanziellen Klemme – es war der Beginn einer Partnerschaft.

Die Allianz wird derzeit ausgebaut: Gemeinsam mit Kirchs Privatfernsehen Pro 7 betreibt Beisheim seit einigen Wochen den fünften deutschen Privatsender mit dem schlichten Namen „Der Kabelkanal“ (Werbespruch: „Unterhaltungsfernsehen pur – rund um die Uhr“).

Medienexperten rechnen damit, daß Kirchs zweites Fernseh-Engagement bei Sat 1 und sein Springer-Anteil Beisheim als Türöffner für gewaltige Expansionspläne im Medienbereich dienen.

Der Riese ist unersättlich. Die Metro strebt auch im lukrativen Touristikgeschäft eine dominierende Stellung an. Ihr Kaufhof besitzt mit der ITS den viertgrößten deutschen Touristikkonzern und ist durch Zukäufe Branchenführer in Holland und Belgien.

Nun will die Kölner Warenhausgruppe mit Hilfe der WestLB, die den Flugkonzern LTU beeinflußt, den europäischen Branchenführer in ihren Besitz bringen.

Am vorigen Montag verhandelten die Manager über den Kauf eines 30prozentigen Anteils an der TUI. Einige der TUI-Inhaber, darunter auch Reisebüros, wollen sich für 300 Millionen Mark von ihren Paketen trennen.

Die Mehrheit an TUI wäre dem Imperium dann irgendwann sicher. Ein Schachzug à la Conradi: Über Horten besitzt er schon ein Achtel der TUI.

Löhne

Visite bei Wum

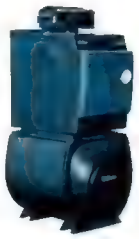
Die Schlichtung in den Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes hat einen Abschluß erschwert. Beide Seiten waren sich schon ganz nah.

Während des Abendessens am Mittwoch der vorigen Woche in Pegnitz erreichte den Schlichter eine Botschaft. Walter Krause erhob sich und verschwand.

Zwei Stunden lang plauschte der Vermittler im Tarifstreit des Öffentlichen Dienstes im „Goldnen Löwen“ von

WASCHEN MUSS SEIN. FCKW NICHT.

BUDERUS VERZICHTET VOLLSTÄNDIG AUF UMWELTSCHÄDIGENDES FCKW BEI DER HERSTELLUNG VON BRAUCHWASSERSPEICHERN.



Buderus G 105 U mit tiefliegendem Brauchwasserspeicher

Warmwasser so oft und so viel Sie wollen - ohne daß die Umwelt darunter leidet: Als einer der größten Hersteller von Heizsystemen verzichtet Buderus vollständig auf den Einsatz von FCKW-haltigen Stoffen bei der Wärmedämmung von Brauchwasserspeichern. Alle anderen Vorteile gelten unverändert: Maßgeschneiderte Lösungen für jeden Warmwasserbedarf durch ein breites Angebot an Speichern von 150 bis 4000 Litern. Serienmäßig ausgerüstet mit dauerhygienischer Thermoglasur und thermischer Schutzschaltung. Plus hohe Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit durch Integration in ein zentrales Heizsystem. Nähere Informationen erhalten Sie kostenlos bei Buderus Heiztechnik GmbH, Postfach 1220, 6330 Wetzlar 1.

Buderus
Heiztechnik

Auerbach mit ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies, in Gewerkschaftskreisen „Wum" genannt. Dann ließ Krause sich die zehn Kilometer nach Pegnitz zurückchauffieren.

Um 22.35 Uhr nahm der von der ÖTV benannte Vermittler sein Geschäft wieder auf. Wenig später präsentierte Krause, 79, den verblüfften Unterhändlern seinen Schiedsspruch: 5,4 Prozent mehr Lohn von April bis Dezember 1992, 500 Mark Nachschlag für Januar bis März, 100 Mark Zuschlag beim Urlaubsgeld sowie 150 Mark mehr für Azubis.

Ex-Minister Fritz Zimmermann, von den Arbeitgebern benannter zweiter Schlichter, wütete. Die sechs Funktionäre des Bundes, der Länder und der Gemeinden lehnten ab, die sechs Gewerkschafter stimmten zu. Mit der Stimme Krauses war der Spruch angenommen.

Das war das Ende einer der seltsamsten Schlichtungen in der

Schlichter Zimmermann, Krause: Die Situation ist verfahrener denn je

Offene Hand statt geballter Faust

Der DGB will am 1. Mai für das Teilen werben – die Basis ist dagegen

Im Ruf des Neuerers stand der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bislang nicht, durch eigene Ideen ist Heinz-Werner Meyer bisher nie aufgefallen.

Nun aber wagt sich Meyer ausgerechnet an ein Sakrileg, den 1. Mai: Der DGB-Chef will den traditionsreichen Großkampftag der Arbeiterbewegung zum Tag der Besinnung machen.

Meyers ungewohnter Reformdrang ist in den eigenen Reihen umstritten. „Teilen verbindet" soll das Motto sein, und das empfinden besonders jene Gewerkschaften als störend, die in den laufenden Tarifverhandlungen nach altem Muster um Lohnprozente kämpfen.

Umstrittenes Mai-Plakat, DGB-Mitarbeiter*
Ansätze eines neuen Stils

Plakative Arbeitgeberschelte und die traditionelle rote Nelke in geballter Faust findet die Düsseldorfer DGB-Zentrale nicht mehr zeitgemäß. Auf die „identitätsstiftende Kraft des Lagerdenkens" und die „harsche Aufforderung an die Adresse anderer" wollen die Vordenker in diesem Jahr verzichten.

Der DGB will „Ansätze eines anderen Kommunikationsstils" präsentieren: Dialog und Denkanstöße zum heiklen Thema Teilen. Statt der Faust soll an diesem 1. Mai eine offene Hand die Plaketten und Plakate zieren.

Die DGB-Oberen glauben, daß es an der Zeit ist, die Gewerkschaftsmitglieder auf einen neuen umverteilungspolitischen Kurs einzustimmen.

Ein zwölfseitiges Argumentationspapier, das der DGB an seine Bezirke und Kreise verschickt, beschreibt das wirtschaftliche Umfeld ganz klar: Die Märkte sind gesättigt, die Westkonjunktur flaut ab, Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Osten sind zusammengebrochen.

Die Westbürger, das wissen die Gewerkschaftsstrategen aus eigener Erfahrung, fühlen sich hoch und ungerecht belastet. In dieser Situation, mahnen die DGBler, müssen die Gewerkschaften mehr bieten als die alte Leier von der Umverteilung von unten nach oben.

„Wir müssen uns umstellen", will Kampagnen-Initiator Hans-Jürgen Arlt der Basis klarmachen. „Wenn wir das Thema nicht anders anpacken, kommen die Gewerkschaften aus der Defensive nicht heraus."

Stur um Lohnzuwächse zu streiten ist den Vordenkern nicht mehr genug. Die westdeutschen Arbeitnehmer sollen den Blick auf die weniger gut gefüllten Taschen dieser Welt lenken. Ein Teil der DGB-Klientel sei zahlungskräftig genug, um den Wohlstand vor allem mit den Brüdern und Schwestern im Osten zu teilen.

Kein Wunder, daß der Vorstoß aus der Zentrale vor Ort nicht ankommt.

* In der Bezirksstelle Hamburg.

Geschichte des Öffentlichen Dienstes. Der Spruch löst nichts, er erschwert beiden Seiten einen annehmbaren Kompromiß. Vor allem aber führt er möglicherweise zu einem völlig unsinnigen Streik um ein paar Zehntelprozente.

Die Unfähigkeit des stimmberechtigten Schlichters paßt gut zu dieser verpatzten Tarifrunde für die Staatsbediensteten. Monika Wulf-Mathies, die ÖTV-Chefin, muß sich profilieren, sie will im Sommer wiedergewählt werden. Und von Anfang an konnte es der Kanzler nicht lassen, sich ständig einzumischen.

Die Arbeitgeber, auch die öffentlichen, wollen in dieser Tarifrunde ein Zeichen setzen. Die öffentlichen Kassen sind leer, Schulden und Preise steigen – kräftige Lohnerhöhungen, mahnen die Konjunkturexperten, könnten die Wirtschaft abwürgen.

Jedes Lohnprozent im Öffentlichen Dienst kostet den Staat 3,1 Milliarden Mark, die er nicht hat. Zudem hätte ein hoher Abschluß im Öffentlichen Dienst Signalwirkung für die folgenden Tarifverhandlungen in anderen Branchen.

Erschwert werden die Tarifverhandlungen durch die schwierige Lage in Ostdeutschland. Immer mehr Politiker fordern Verzicht im Westen, um den Aufschwung Ost finanzieren zu können. Für zwei bis drei Jahre, meint etwa Finanzminister Theo Waigel, müßten die Arbeitnehmer im Westen auf reale Lohnerhöhungen verzichten; Lothar Späth, Chef der Ost-Firma Jenoptik Carl Zeiss in Jena, hält gar sechs bis sieben Jahre für notwendig.

Die Idee stammt von Otto Graf Lambsdorff, doch wie der neue Ost-West-Transfer in Gang kommen soll, weiß er auch nicht. Der Staat müsse intervenieren, sagt er. Aber wie, weiß er auch nicht. Da sei, sagt er, Waigel gefragt.

Selten waren Tarifverhandlungen so politisiert wie in diesem Jahr – die Verhandlungen im Öffentlichen Dienst machte Helmut Kohl zur Chefsache.

Auch den Schlichtern erschwerte der Kanzler das Geschäft. Lauthals tönte er am Dienstag vergangener Woche, der Abschluß von 5,4 Prozent bei Banken und Versicherungen dürfe keine Meßlatte für die Staatsdiener sein.

„Ich bin nicht Willy Brandt", prahlte Kohl schon mehrfach – und manövrierte sich damit selbst in eine Lage, die immer mehr Ähnlichkeit mit der Situation Brandts im Streikjahr 1974 hat. Damals hatte der SPD-Kanzler, falsch beraten, eine zweistellige Lohnerhöhung ausgeschlossen. Der ÖTV-Chef Heinz Kluncker sprach von Lohndiktat und erzwang in einem Arbeitskampf durchschnittlich 13 Prozent Zuschlag, Brandts Niedergang begann.

Zunächst jedoch verlief die Schlichtung dieses Jahres, trotz all der schlechten Vorzeichen, erstaunlich gut. Am Mittwoch mittag waren die Arbeitgeber und ihr in dieser Runde nicht stimmberechtigter Schlichter Zimmermann zuversichtlich, zu einem gemeinsamen Spruch und damit zu einem Ende des Tarifstreits zu kommen.

Am Abend bot Zimmermann fünf Prozent plus 500 Mark Sockelzahlung. Die Arbeitgeber versprachen zudem, beim nächsten Mal das Urlaubsgeld kräftig aufzubessern. Die beiden Lager waren am Ende nur noch 0,4 Prozent auseinander.

Das Angebot lag weit höher, als die Kanzler-Sprüche signalisiert hatten. Zimmermann markig: „Am Tisch wird verhandelt, da kann nun auch der Bundeskanzler nichts vorschreiben." Tatsächlich aber hatte er sich in Bonn Vollmacht geholt.

ÖTV-Unterhändler Willi Hanss, den Eindruck hatten die Arbeitgeber, hätte unterschrieben. Doch dann verschwand Krause zur Visite bei Wum – und nun ist die Situation verfahrener denn je.

Am Montag dieser Woche müssen Wulf-Mathies und ihr Gegenspieler, Innenminister Rudolf Seiters, wieder verhandeln; ein Ausweg, bei dem beide ihr Gesicht wahren können, ist nicht in Sicht.

Beide Seiten geben sich kriegerisch. Zimmermann: „Wer mehr als fünf Prozent haben will, muß streiken." ÖTV-Sprecher Rainer Hillgärtner: „Wenn der Kanzler die Peitsche sehen will, zeigen wir sie."

Doch hinter den Kulissen wird auch an Kompromissen gearbeitet, weil ein Streik, eigentlich von niemandem gewollt, bei so geringer Differenz als schiere Torheit erscheint.

Die Gewerkschaftsbasis will lieber die Faust auf den Plaketten behalten und vom Teilen nichts mehr hören. Die Botschaft der DGB-Oberen und das von Künstlerhand designte Mai-Emblem sind den Mitgliedern nicht geheuer.

Die Stuttgarter IG Metall hat die Initiative als „dünn begründet" abgelehnt, sie zieht kernigere Aussagen („Widerstand gegen Griff in unsere Taschen") vor. Die DGB-Landesbezirke Bayern und Baden-Württemberg sehen das genauso.

„Die Arbeitnehmer, die um ihren gerechten Anteil am Lohn kämpfen", moniert der bayerische DGB-Landesvorsitzende Fritz Schösser, „schreckt das Motto ab."

Vom Teilen, argumentieren die Gegner der Kampagne, hätten bislang die Arbeitgeber geredet und damit ihre Trendwende in der Lohnpolitik begründet. Viele Arbeitnehmer fragten sich, ob sie nun etwa mit denen teilen sollen.

Um die Gemüter der Mitglieder zu schonen, greift der Münchner DGB am 1. Mai lieber zur unverfänglichen Zeile „Herz allein genügt nicht".

Die DGB-Initiatoren bleiben auf ihrer neuen Botschaft und den schönen Plaketten sitzen. Deprimiert registrieren sie den Flop der Aktion.

In Nürnberg, wo der Vorsitzende Meyer am 1. Mai seine Rede halten wird, das wissen die Düsseldorfer jetzt schon, wird kein einziges ihrer Plakate zu sehen sein.

ÖTV-Chefin Wulf-Mathies: Profilierung für die Wiederwahl

Japan

Grundloser Sumpf

In Tokio stürzen die Börsen-Kurse, die Japaner fürchten eine Wirtschaftskrise.

Die Experten des New Yorker Investmenthauses Morgan Stanley gaben sich viel Mühe, sorgfältig notierten sie alle großen Börsenkräche der Wirtschaftsgeschichte zusammen.

Danach hat es oft gebebt an den Aktien- oder Rohstoffmärkten: Im 17. Jahrhundert etwa geriet die Spekulation um holländische Tulpenzwiebeln außer Rand und Band. Und am Beginn der Weltwirtschaftskrise stand der Schwarze Freitag an der Wall Street.

Jedem Crash gingen aberwitzige Kursgewinne von mehreren hundert oder gar tausend Prozent voraus – der Sturz war entsprechend tief.

Nur beim letzten der Börsen-Desaster in der Morgan-Stanley-Liste ist noch offen, wie hoch die Kursverluste letztlich sind. Der Tokioter Aktienmarkt wird von einem Börsen-Taifun geschüttelt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Seit Dezember 1989, dem Zenit einer beispiellos langen und steilen Aktien-Hausse, haben die Anteilscheine japanischer Unternehmen bereits über die Hälfte ihres Werts verloren. Und immer noch scheint es für die Kurse nur eine Richtung zu geben: abwärts. Besonders schlimm aber kam es für Japans Aktionäre in der vergangenen Woche:

An vier aufeinanderfolgenden Tagen stürzten die Kurse ab. Der Nikkei-Index, der wichtigste Börsen-Indikator Tokios, notierte am Donnerstag erstmals seit fünfeinhalb Jahren wieder unter 17 000 Punkten.

Am Freitag gingen die Kurse zwar wieder in die Höhe, an eine nachhaltige Erholung mögen aber auch Optimisten nicht glauben. Gerade die „Flatterhaftigkeit des Marktes", so ein Händler, mache mißtrauisch.

„Der Aktienmarkt ist jetzt wie ein grundloser Sumpf", entsetzte sich Yoshinari Yamashiro, Präsident des Stahlkonzerns NKK. „Japanische Aktien sind im freien Fall", klagte Takanori Tanabe, Fonds-Manager einer Tokioter Investmentfirma.

Japans führende Finanzzeitung schockte ihre Millionen-Leserschaft gar mit einem Vergleich zum Wall-Street-Krach der dreißiger Jahre. Es gebe erstaunlich viele Übereinstimmungen zwischen der Tokioter Börse in den vergangenen zehn Jahren und dem New Yorker Markt in der Zeit von 1921 bis 1932.

Selbst die größten Pessimisten unter Japans Konjunkturbeobachtern nehmen allerdings nicht an, daß die schlimmen Nachrichten von der Börse auf eine bevorstehende tiefe Wirtschaftskrise schließen lassen. Noch ist Japans Industrie robuster als etwa die amerikanische oder die deutsche.

Die weltweit gefürchtete und bewunderte Export-Maschinerie des Landes läuft nach wie vor auf hohen Touren. Der Handelsbilanzüberschuß von zwölf Milliarden Dollar im Februar war der höchste, den Japans Außenhändler jemals in einem Monat erzielten. Für das gesamte Jahr 1992 wird ein Rekordüberschuß von über 100 Milliarden Dollar erwartet.

Bei einer Arbeitslosenquote von nur zwei Prozent herrscht in Japan praktisch Vollbeschäftigung: Die Zahl der offenen Stellen ist um 25 Prozent höher als die der Job-Bewerber.

Doch die Anzeichen einer Konjunkturschwäche mehren sich. Die Gewinne – insbesondere in den Vorzeigebranchen Auto und Elektronik – fallen, die Industrieproduktion schrumpft, die Investitionen werden zurückgenommen. Und das Bruttosozialprodukt stagniert.

Das Ziel der japanischen Regierung, im neuen Haushaltsjahr ein Wachstum von 3,5 Prozent zu erreichen, gilt schon heute als nicht realisierbar. Jetzt müssen Japans Wachstumsfetischisten (eine Rate unter drei Prozent gilt bei ihnen bereits als Rezession) froh sein, wenn ihre Wirtschaft noch um zweieinhalb Prozent zulegt. Und mit jedem weiteren Kurssturz an der Börse steigt die Gefahr, daß die Konjunktur noch stärker lahmt.

Von der Baisse am schwersten betroffen sind vorerst die Banken. Ihre Aktien sind weit stärker als die der Industrieunternehmen gefallen.

Seit Anfang dieses Monats verloren die Kreditinstitute über ein Drittel ihres Marktwerts. Der Nikkei-Index ging in dieser Zeit nur um 14 Prozent zurück.

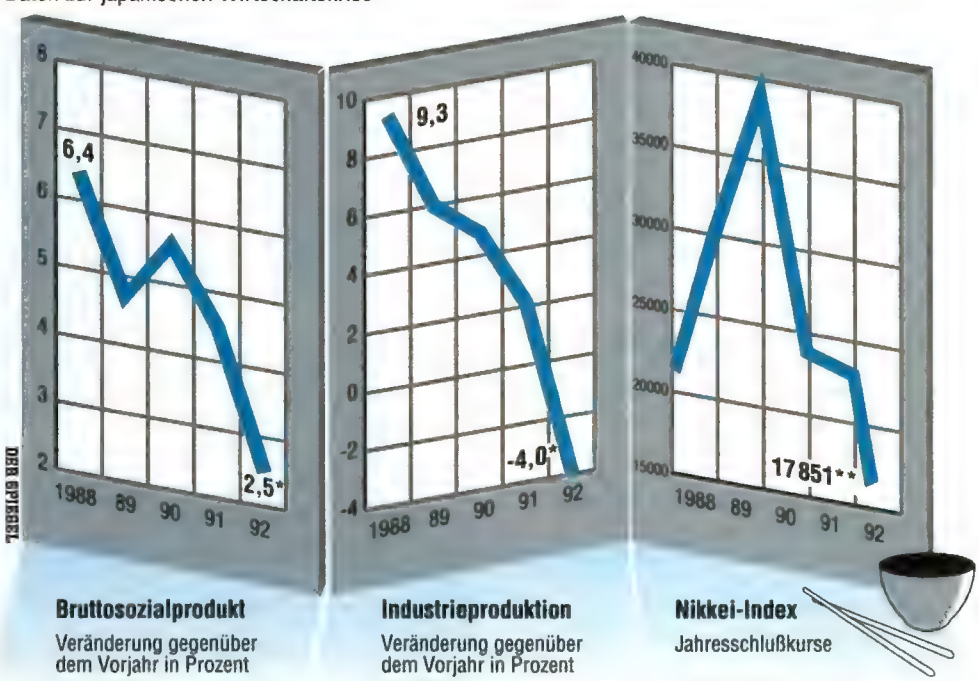
Den japanischen Banken wird nun die Rechnung für die Fehler im Spekulationstaumel der achtziger Jahre präsentiert. Als die Börsenkurse und Immobilienpreise damals in Japan in die Höhe schossen wie nie zuvor auf der Welt, schwoll der Wert der Aktienpakete, die sich in Bankenhand befanden, um Milliarden und Abermilliarden an.

Das machte Japans Banker so spendabel, daß sie bei ihrer Kreditvergabe meist nicht lange prüften, ob das von ihnen finanzierte Projekt auch ökonomisch sinnvoll sei. Aus scheinbar unerschöpflichen Kassen schaufelten sie riesige Darlehen in die inländische Wirtschaft und auch ins Ausland.

Selbst den wachstumsbesessenen Japanern war dies schließlich nicht geheuer. Im Jahre 1989 versprach der neue Notenbank-Präsident Yasushi Mieno, durch eine verschärfte Geldpolitik die „Seifenblasen-Wirtschaft" auf Normalmaß zurückzuführen. Den kontinuierlichen Kursrückgang in den vergangenen beiden Jahren nahmen die Japaner denn auch noch recht gelassen hin. Alles schien nach Mienos Plan zu laufen.

NIPPONS NIEDERGANG

Daten zur japanischen Wirtschaftskrise



Bruttosozialprodukt
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
*geschätzt

Industrieproduktion
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
*geschätzt

Nikkei-Index
Jahresschlußkurse
**am 10. April

Händler an der Tokioter Börse: „Flatterhaftigkeit des Marktes"

Doch mit zunehmenden Schwäche-Anzeichen in der Wirtschaft wurden die Anleger immer unruhiger. Und als dann auch noch eine ganze Serie von Börsenskandalen und Korruptionsaffären die japanische Finanzwelt erschütterte, glaubte kaum noch ein Investor, daß es am Tokioter Aktienmarkt bald wieder aufwärtsgehen werde.

Vergeblich versuchten die Regierung und die Bank von Japan vorletzte Woche, durch eine Zinssenkung und durch die Ankündigung vorgezogener öffentlicher Investitionen das Vertrauen der Wirtschaft in eine baldige Belebung der Konjunktur wiederherzustellen. Die Börsianer reagierten mit Panikverkäufen auf das Regierungsprogramm, das eigentlich die Kurse stützen sollte.

Der Kursverfall trifft nun die Banken besonders schwer. Die Pleiten von Immobilien- und Aktienspekulanten, denen die Kreditinstitute einst allzu freigebig Geld geliehen hatten, häufen sich.

Vergangene Woche meldete beispielsweise Mitsuhiro Kotani den Konkurs seines Investment-Syndikats Koshin an. Der Börsenspekulant hatte einen Schuldenberg von 250 Milliarden Yen (3,1 Milliarden Mark) aufgetürmt.

Insgesamt werden die uneinbringlichen Forderungen japanischer Großbanken auf mindestens 20 Billionen Yen (248 Milliarden Mark) geschätzt. Das entspricht in etwa dem gesamten Kreditvolumen einer deutschen Großbank.

Zudem schmilzt der Marktwert jener Aktienpakete rasch dahin, die von den Banken als Kapitalreserve gehalten werden. Und schließlich wird den Geldhäusern durch den Kursverfall ihrer eigenen Aktie der Weg zur Beschaffung neuen Kapitals an der Börse versperrt.

Wegen ihrer kürzeren Kapitaldecke müssen die Banken die Vergabe von Darlehen drosseln. Und damit fällt es ihren wichtigsten Kunden, den heimischen Industrieunternehmen, immer schwerer, an Geld für neue Fabriken und Maschinen heranzukommen.

Im Börsen-Fieber der Achtziger war das noch sehr einfach und äußerst billig gewesen. Die Unternehmen gaben neue Anteilscheine aus, die ihnen von den Spekulanten zu immer höheren Preisen aus den Händen gerissen wurden.

„Die japanischen Gesellschaften zahlten in den späten achtziger Jahren fast nichts für Kapital", sagt Richard Koo vom Forschungsinstitut des Tokioter Finanzkonzerns Nomura, „jetzt sind sie in die wirkliche Welt zurückgekehrt."

Für Amerikaner und Europäer besteht allerdings kaum Anlaß zur Schadenfreude, sollte die japanische Wirtschaft tatsächlich in Schwierigkeiten geraten. Denn die amerikanischen und europäischen Konjunkturprobleme werden verschärft, wenn Japans Banken nicht mehr so viele Milliarden ins Ausland lenken können und eine rezessionsgeplagte Wirtschaft ihre Importe aus Übersee verringert.

Und Vorsicht ist geboten, wenn ausländische Börsianer meinen, sie könnten sich nun billig mit japanischen Aktien eindecken. Aus der Morgan-Stanley-Liste der Börsen-Debakel geht hervor, daß sämtliche Crashs zu Verlusten von mindestens 80 Prozent führten.

Die Kurse an der Tokioter Börse haben nach unten noch reichlich Spielraum.

Wertpapiere

Zweifache Prüfung

Betrüger warfen massenhaft gestohlene US-Obligationen auf den Markt. Hinter dem Coup, vermutet das FBI, steht die Mafia.

Martin Bürgisser, Abteilungsleiter bei der Kripo in Zürich, führt einen aussichtslosen Kampf. „Wenn wir in einem Fall klarsehen", klagt er, „tauchen zwei neue auf, und wir tappen wieder im dunkeln."

In der „riesigen Affäre mit immensen Verzweigungen" (Bürgisser) geht es um Betrügereien mit gestohlenen US-Obligationen. Allein in der Schweiz, der Drehscheibe des Deals, wurden Wertschriften für 300 Millionen Dollar sichergestellt; ein gutes Dutzend Verdächtige ist bereits in Haft.

Inzwischen beschäftigt sich auch die Polizei in Deutschland und in den Niederlanden mit den Obligationen. Mit Verhaftungen ist zu rechnen.

Die Affäre begann 1981 in den USA. Eine MSM Destruction Corporation in New Jersey übernahm von der Citibank in New York den Auftrag, Schuldverschreibungen von Firmen wie Dow Chemical, Shell, Monsanto oder Armco Steel zu vernichten. Sie waren zuvor am unteren Rand perforiert und damit entwertet worden.

Die Papiere in Stückelungen von 10 000 bis zu 500 000 Dollar hatten Laufzeiten bis über die Jahrtausendwende hinaus; das FBI schätzt ihren Wert auf mindestens drei Milliarden Dollar.

Plötzlich, im vergangenen Sommer, tauchten die vermeintlich vernichteten Obligationen bündelweise in der Schweiz wieder auf. Der Rechtsanwalt Hansjörg Zürcher, 43, aus dem Städtchen Bülach beispielsweise bot über die deutsche Interbeam GmbH in Dachau der Firma Balco International B.V. in Amsterdam „AAA-Bonds im Nominalwert von 20 Millionen Dollar" an.

Anfang September eilte Balco-Chef Balakrishnan („Bally") Menon in die Schweiz und vereinbarte, den Deal über die Incofin Group AG abzuwickeln. Einziger Verwaltungsrat dieser Firma war Hansjörg Zürcher.

„Um das System zu testen", berichtete Zürcher seinen Partnern, habe er aus dem Paket „von jeder Company einen Bond" bei der Bülacher Filiale einer Großbank plaziert – mit Erfolg: Die Bank belieh die wertlosen Papiere.

Vier Wochen später, am 30. September, stockte die Geldmaschine. Das Bankhaus H. Aufhäuser in München reichte die ihm per Post zugeschickten

Parfums Lagerfeld · Paris

Gestohlene US-Obligation: Die Bank belieh das wertlose Papier

Obligationen zurück. „Die Wertpapiere", bedauerten die Bayern, könnten erst „nach einer rechtmäßigen Prüfung" ins Depot genommen werden.

Doch Zürcher – oder seine Auftraggeber – wollen so schnell nicht aufgeben. Am 23. Oktober kamen die Papiere über die Vaduzer Dalema Establishment zur Liechtensteinischen Landesbank (LLB). Die veräußerte sie, angeblich nach zweifacher Prüfung in der Schweiz und in den USA, für knapp 6,2 Millionen Dollar an die New Yorker Brokerfirma Smith Barney.

Die Amerikaner brauchten elf Tage, um herauszufinden, daß sie einem Schwindel aufgesessen waren. Sie verlangten umgehend ihr Geld zurück. Doch das war schon, über die Dalema Establishment und über die Balco, einem Konto der Haener und Kurth Finanz AG im Berner Vorort Zollikofen gutgeschrieben worden – zugunsten von Hansjörg Zürcher.

Schweizer Finanzexperten wundern sich inzwischen, wie mehrere Banken dazu kamen, entwertete Obligationen zu akzeptieren oder – genauso schlimm – die als annulliert erkannten stillschweigend zurückzuschicken. Denn Zürchers Tatendrang wurde nach dem ersten Flop und einer Strafanzeige der LLB keineswegs gestoppt.

Anfang Februar 1992 reiste im Auftrag seines Bülacher Kollegen der Jurist Roman Abegg, 58, aus Olten in die USA. Zunächst wandte er sich nach Pennsylvania, wo er bei der Miners Bank in dem kleinen Kaff Pottsville einen 600 000-Dollar-Kredit mit Obligationen finanzieren wollte. Als die Banker Alarm schlugen, war der Schweizer schon fort.

In Boca Raton in Florida wurde er am 6. Februar verhaftet, als er versuchte, Papiere im Wert von 47 Millionen Dollar zu verkaufen. Wahrscheinlich war er in eine FBI-Falle getappt. Agent Wayne Stiles behauptet jedenfalls, Abegg habe angegeben, er verfüge über Obligationen im Wert von 500 Millionen.

Später, berichtete Stiles aufgrund einer heimlich gemachten Videoaufzeichnung, habe Abegg allerdings eingeräumt, die Papiere seien entwertet, er biete sie deshalb für 15 oder 16 Cent per Dollar Nominalwert an.

Abegg bestreitet das. Doch die Beteuerungen halfen bisher wenig: Eine Woche nach Abegg verhaftete die Zürcher Polizei Zürcher und Ende Februar den wegen gewerbsmäßigen Betrugs vorbestraften Pietro Arrigo Zäch.

Zäch, 49, fanden die Ermittler heraus, war Zürchers Lieferant. Woher er die Papiere hatte, ist bislang aber nicht klar. Geklaute Obligationen tauchten jedenfalls auch anderswo auf.

US-Fahnder glauben, daß es sich bei der Obligationen-Affäre um ein professionell eingefädeltes Mafia-Geschäft handelt. Die gestohlenen Wertschriften wurden planmäßig und paketweise nach Europa lanciert – nachdem über zehn Jahre lang kein einziges der entwerteten Papiere irgendwo aufgetaucht war. „Gewöhnliche Verbrecher", weiß der Zürcher Ermittler Martin Bürgisser, „wollen nicht so lange warten."

Besonders verdächtig: Die Müllmänner von MSM Destruction Corporation in New Jersey, die vor über zehn Jahren die Obligationen vernichten sollten, gaben ihr Geschäft von einem Tag auf den andern auf. Die Hallen stehen gespenstisch leer; am Telefon meldet sich eine barsche Frauenstimme, die keine Auskunft geben will.

Nach Mitarbeitern der geheimnisvollen MSM suchte das FBI intensiv – aber bislang vergebens.

SCHOLZ & FRIENDS

COME TOGETHER

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0.8 mg Nikotin und 12 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN.)

Verkehr

Direkt in die Pleite

Mit Sonderkonzessionen rollen West-Spediteure die ehemalige DDR auf, die Ost-Konkurrenz hat keine Chance.

Bei den deutschen Fuhrunternehmen ging es bisher recht bunt zu. Rot und neurot, rosa und neurosa sowie weiß und blau – so schillerten die amtlichen Genehmigungen für den Güterfernverkehr mit Lastwagen.

Von diesem Frühjahr an verliert das Gewerbe einiges an Farbe. Mitte März verordnete Bundesverkehrsminister Günther Krause den Spediteuren eine neue Einheitsfarbe: Alles wird rot.

Die Farbenbereinigung beseitigt eine in mehr als einem halben Jahrhundert gewachsene bürokratische Artenvielfalt. Doch zugleich soll in aller Stille auch ein dunkler Fleck in der amtlichen Genehmigungspraxis entfernt werden.

Die zuständigen Minister in den neuen Bundesländern hatten an einen bevorzugten Kreis von Spediteuren massenhaft Genehmigungen verteilt, die Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) kümmerten sie dabei wenig. Die Folgen machen besonders den Fuhrunternehmen aus dem Osten zu schaffen.

„Unter etwas weiter Auslegung des Gesetzes", so der Bonner Verkehrsministerialrat Klaus Bolln, streuten die Behörden in den neuen Bundesländern rund 13 000 Ausnahmegenehmigungen auf der Grundlage des Paragraphen 19 a GüKG. Solche Konzessionen sind, das weiß auch Bolln, „an sich Katastrophengenehmigungen". Sie sollen nur kurzfristig bei saisonalen Kapazitäts-Engpässen, etwa zur Erntezeit, erteilt werden.

Doch im Osten wurde aus dem Katastrophen- der Normalfall. Die Ausnahme-Scheine haben zum Teil mehrjährige Laufzeiten und werden zum großen Teil wie die normalen Lizenzen im Dauerbetrieb benutzt.

Ursprünglich war 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR ein gesetzliches Kontingent von 12 000 Güterfernverkehrs-Konzessionen festgelegt, das war rund ein Viertel aller gesamtdeutschen Konzessionen. Den Bedarf hatte die letzte DDR-Regierung unter Lothar de Maizière offenbar ziemlich über den Daumen gepeilt.

8000 dieser Papiere gingen an 8000 private Spediteure, meistens Ein-Mann-Betriebe aus DDR-Zeiten. Für die früheren Kraftverkehrs-Kombinate blieben 4000 übrig, zuwenig für ihre bestehenden Lkw-Kapazitäten.

So erklärten die Verkehrs-Beamten in den Ländern etwas außerhalb der Legalität den Ausnahmezustand und verteilten an die drängenden Antragsteller 19-a-Genehmigungen. Der Freistaat Sachsen zeigte sich besonders freigebig. „Die sind über das Ziel hinausgeschossen", sagt Alex Schindler vom Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF).

Die wildwuchernde Vergabe unterläuft die streng reglementierte deutsche Verkehrsmarktordnung. Mit den staatlich festgesetzten Kontingenten soll der Lasterverkehr in Grenzen gehalten und die Bundesbahn vor allzu harter Konkurrenz geschützt werden.

Erbittert rangeln Laster-Lobby und Bonner Verkehrsministerium um die jeweiligen Höchstzahlen. Die Verordnung muß durch den Bundesrat gehen, die Genehmigungen werden in einem büro-

Spediteur Gröne: „Wir fahren zu Preisen wie vor zehn Jahren"

kratisch hochentwickelten Ausschreibungsverfahren vergeben.

Beim Paragraphen 19 a entfallen alle diese lästigen Formalien. Die Beamten in den Verkehrsministerien der neuen Länder teilten die begehrten Fahrlizenzen nach Belieben aus. Bis heute blikken ihre Bonner Kollegen nicht so richtig durch den Wildwuchs im Osten.

Die Fuhrleute sehen da etwas klarer. „Eine große Zahl von Ausnahmegenehmigungen wurde den Niederlassungen westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern erteilt", meint etwa der Spediteur Erich Gröne aus Weyhe bei Bremen, der selber eine Filiale in Rostock hat.

Es spricht einiges dafür, daß die westdeutschen Firmen, besonders die Großen der Branche, bevorzugt mit den illegalen Konzessionen bedient wurden. Vom offiziellen Kontingent der Ex-DDR hatten sie kaum etwas abbekommen. Dennoch sind die Laster der westlichen Konzern-Speditionen im Osten gut im Geschäft.

Die Genehmigungsflut hat, so der BDF-Manager Schindler, „zu einem Überangebot an Laderaum geführt". Das drückt auf die Preise. Die amtlich kontrollierten Tarife des Güterfernverkehrs werden mit allerlei Tricks unterboten. „Wir fahren zu Preisen wie vor zehn Jahren", klagt Spediteur Gröne.

Der Preisdruck trifft besonders die 8000 privaten Klein-Spediteure der Ex-DDR. Die meisten haben sich für die Anschaffung eines neuen Lasters westlichen Typs hoch verschuldet, dem harten Wettbewerb der West-Konkurrenz sind sie nicht gewachsen. Halbleer und viel zu billig fahren sie aus dem Sozialismus direkt in die Pleite.

Mit einer neuen „Höchstzahlenverordnung" und „Farbenbereinigung" will das Bonner Verkehrsministerium das bunte Treiben auf den ostdeutschen Straßen nun beenden. Die gesetzlichen Kontingente werden um rund acht Prozent erhöht.

Im selben Aufwasch werden auch die unsauberen 19-a-Genehmigungen bereinigt. 20 Prozent des Kontingents sind für die Umwandlung der Ausnahme-Scheine in die neuen roten Konzessionen reserviert.

Gewinner sind wieder die Spediteure, die auch schon die dubiosen 19-a-Papiere ausnutzen durften: Bei der Ausschreibung kommen nur die Inhaber der illegal verteilten Katastrophen-Konzessionen zum Zuge.

Der Audi 100. Am best eigenes Urteil.

45445

en, Sie bilden sich Ihr

Mit Sicherheit haben Sie schon den einen oder anderen Pressebericht über den Audi 100 gelesen. Nach Meinung der Tester hat er die Maßstäbe in seiner Klasse neu definiert. Und zwar in Komfort, Qualität und Sicherheit ebenso wie im Fahrverhalten. Noch überzeugender ist der Audi 100 jedoch, wenn Sie ihn selber kennenlernen.

Nehmen Sie nur einmal hinter seinem Lenkrad Platz. Wann haben Sie zuletzt in einem Auto so gut gesessen? Achten Sie aber auch auf die hohe Laufruhe seines Motors. Sie werden spüren, daß sein kraftvoller V6-Motor außergewöhnlich leise arbeitet. Und noch etwas sollten Sie kritisch vergleichen: Welches andere Automobil bietet serienmäßig das Sicherheitssystem procon-ten mit Flankenschutz, Vollverzinkung und ist zusätzlich auch mit quattro-Antrieb erhältlich?

Was nun das Fahrerlebnis anbetrifft, so möchten wir Ihnen einen Vorschlag machen: Fahren Sie den Audi 100 doch mal zur Probe – und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil.

Audi

Vorsprung durch Technik

Landwirtschaft

Zauber am Hof

Unfähige Berater und dreiste Betrüger sind seit der Wende über die Bauern in der Oberlausitz hergefallen. Jetzt droht die Pleite.

Stumm sitzen fast 600 Oberlausitzer Bauern, alle Aktionäre der Agros Agrarprodukte AG, in der buntgeschmückten Halle des Zittauer „Top". Sie sagen nichts. Sie hatten nie etwas zu sagen.

Vorn redet einer, der schon immer große Reden gehalten hatte: Heinz Warzecha, 62, der scheidende Agros-Vorstand, einst mächtiger Generaldirektor eines DDR-Kombinats. „Der Sinn des Kapitalismus", sagt Warzecha, „ist Geld zu verdienen, viel Geld."

Wie im Kapitalismus Geld zu machen ist, das haben die Bauern in den vergangenen Monaten erfahren: Berater und windige Geschäftemacher haben sich in der Oberlausitz saniert – und die ehemaligen LPG dort zugrunde gerichtet.

Im ersten Geschäftsjahr der Agros, das am 30. Juni 1991 endete, gab es ein Minus von 13,5 Millionen Mark. Seither sind vermutlich noch einmal drei bis vier Millionen versickert.

Die Agros sollte ein Modell für die Landwirtschaft im Osten sein. Bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres mußten sich die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in andere Betriebsformen umwandeln. So verlangt es das Landwirtschaftsanpassungsgesetz.

Die Voraussetzungen für die Oberlausitzer schienen günstig: sie gingen, anders als die meisten der 5000 DDR-Agrarbetriebe, ohne Schulden in die Marktwirtschaft.

Doch ganz allein konnten und wollten sich die Bauern in der neuen Freiheit nicht bewegen. Nach willigen Helfern mußten sie nicht lange suchen.

Ganze Schwärme von Experten fallen seit der Wende über die Höfe in der ehemaligen DDR her. Allein die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) nennt 900 offiziell anerkannte Berater.

In Zittau kam einer zum Zuge, der nicht auf der DLG-Liste steht: Horst Jüdemann, 59, weitgereister Unternehmensberater aus Frankfurt. Der kräftige Hesse mit Vorliebe für amerikanisches Management („Wenn sich Zahlen nicht ändern, müssen sich Köpfe ändern") ist ein Verkaufsprofi, von Landwirtschaft versteht er nichts.

Im Auftrag der Treac Berlin, einer Tochter der Münchner Beratungsfirma Trebag, hatte Jüdemann die Zittauer Bauern schnell überzeugt, ihre LPG in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Bis zu zehn Prozent Dividende soll er versprochen haben. Daß mindestens 1000 Jobs wegfallen mußten, stand nur in einem Papier für den Vorstand.

Weit über 90 Prozent der Bauern stimmten der Gründung der Agros zu. Jüdemann selbst avancierte zum Aufsichtsratsvorsitzenden.

Agros-Manager Jüdemann, Warzecha
Hohes Honorar für den Ex-Generaldirektor

Der Oberaufseher konnte mit dem, was er sah, nicht zufrieden sein: Bei der Agros regierte von Anfang an das Chaos. Rechnungen wurden verschlampt, Inventar verschwand. In Oberseifersdorf lösten sich angeblich gleich 1000 Kühe in nichts auf. Laut Jüdemann „saßen überall Dilettanten".

Der Umsatz blieb weit hinter den Prognosen zurück, dazu drückten enorme Lohnkosten. Von den ehemals 1400 Mitarbeitern der vier zusammengefaßten Genossenschaften Zittau, Wittgendorf-Eckartsberg, Oberseifersdorf und Schlegel waren im vergangenen Sommer noch knapp 700 angestellt. Für die 6000 Hektar Land und die ausgegründeten Betriebe waren das viel zu viele.

Aufsichtsrat und Vorstand der Agros tagten zwar häufig, aber nichts passierte. „Erst im März 1991", so Jüdemann, „bekamen wir konkrete Zahlen auf den Tisch." Und die waren katastrophal. Als der Aufsichtsrat endlich handelte, war es schon zu spät.

An den Aktionären vorbei sollte nun die sogenannte Primärproduktion privatisiert werden. Für diesen Job holte Jüdemann einen zweiten Trebag-Mann nach Zittau: Heinz Warzecha, den einstigen DDR-Vorzeige-Manager beim Maschinenbau-Kombinat „7. Oktober".

Warzecha rückte in den Vorstand, und das hat sich für ihn und die Trebag gelohnt: Das Honorar betrug 25 000 Mark im Monat, seine vier Kollegen, die ebenfalls in Agros-Diensten standen, begnügten sich mit je 2500 Mark.

Die Agros-Verluste blieben – Warzecha sah nur noch einen Ausweg: die Firmen stillzulegen. Spätestens zum Dezember 1991 wurden alle Mitarbeiter entlassen. Die Aktionäre erfuhren aus der Lokalausgabe der *Sächsischen Zeitung* von der geplanten Umwandlung ihrer Agros in eine Vermögensverwaltungsgesellschaft.

Als Sündenbock mußte Vorstands-Sprecher Gerhard Anton, 55, herhalten. Der Agronom war schon zu SED-Zeiten Chef der LPG Gemüse Zittau gewesen und galt als unbequemer, aber erfolgreicher Macher. Nun mußte er gehen.

Die Aktion traf zwar nicht den Schuldigen, aber auch nicht den Falschen. Das „gutmütige Schlitzohr" (Anton über Anton) hatte meist zuerst an sich selbst gedacht.

Auf der Suche nach einem Partner für einträgliche Nebengeschäfte war er auf Berthold Schmidt, Weinhändler aus Heidelberg, gestoßen. Der soll bei krummen Transfer-Rubel-Geschäften mehrere tausend Tonnen Schweinefleisch nach Polen verschoben und den Staat sowie einige Mastbetriebe um mehr als 23 Millionen Mark geprellt haben.

Anton hatte die Kontakte zu den Bauern hergestellt und Schmidt ein Büro im Verwaltungsgebäude der Agros vermietet. Wenige Tage nach der Währungsunion fuhr der „Zauberer", wie Anton in Zittau genannt wird, mit einem schwarzen 3,6-Liter Jaguar auf den Hof. Den hatte ihm der neue Freund als Provision hingestellt.

Auch sonst verstanden die beiden sich offenbar prächtig. Gemeinsam gründe-

ten sie eine ganze Reihe von Firmen, für die sich jetzt die Staatsanwaltschaft interessiert. Schmidt hat sich derweil über die Grenze nach Polen abgesetzt.

Noch peinlicher für die Agros ist der Konkurs der HVI, der ehemaligen LPG-Werkstatt. Dort hatte Peter Nestler als Geschäftsführer angeheuert und binnen weniger Wochen für einen Auftragsboom gesorgt. Zu Dumping-Preisen wurden wahre Lkw-Flotten aus Stuttgart in Zittau repariert. 70 Mechaniker wurden eingestellt.

Agros-Aktionäre Schlegel, Scholz: „Bloß raus aus der Kolchose"

Nestler übernahm 26 Prozent an der HVI, Anton ebenso. Erst als der Österreicher noch mehr wollte, holte Jüdemann eine Kreditauskunft ein. Ergebnis: Nestler ist als Bankrotteur registriert, bislang hat er es auf drei Offenbarungseide gebracht. Als seine Vorgeschichte aufflog, war die HVI konkursreif: Offene Rechnungen, nicht abgeführte Sozialabgaben – insgesamt fehlten rund 1,9 Millionen Mark.

Den Schaden haben auch Männer wie Gerhard Scholz, 69, und Helmfried Schlegel, 62, Landwirte, die nichts mit der Agros zu schaffen haben wollten. Sie wollten „bloß raus aus der Kolchose", aber nicht in die neue AG hinein. Zusammen mit 20 anderen Bauern kündigten die beiden deshalb schon vor der Gründungsversammlung.

Dennoch bekamen sie in einem netten Schreiben ihr Aktienpaket zugeteilt. Wer immer noch nicht wollte, wurde unter Druck gesetzt, von der Agros und von Nachbarn. Schlegel bekam per Telefon sogar eine Morddrohung.

Nun ist ein neuer Retter in Zittau aufgetaucht, und wieder hoffen die Bauern auf bessere Zeiten. Hermann Doerr, ein Wiesbadener Anwalt, der auch eine Kanzlei in Dresden hat, wurde im Oktober vom Vorstand als Rechtsbeistand geholt. Doch nach Durchsicht der Agros-Papiere „konnten wir uns", so der kühl auftretende Advokat, „nicht auf die Rechtsberatung beschränken".

Die Aktionärsversammlung nutzte Doerr in seinem Sinne. Ohne eine Miene zu verziehen, rechnete er vor den Aktionären mit Jüdemann ab: Jetzt müsse jemand ran, der „wenigstens etwas Kompetenz mitbringt".

Der Coup glückte. Der Anwalt konnte Arnfried Schurich, 39, früher Direktor eines DDR-Volksguts, als „Notvorstand" einsetzen.

Schon wenige Tage später schickte Schurich den Aufsichtsräten die geplante Tagesordnung für die Agros-Hauptversammlung am 16. Mai ins Haus. Unter Punkt acht heißt es lapidar: „Die Aktionärsversammlung beschließt die Liquidation der Agros AG zum 1.6.1992." Doch fürs erste konnte der Aufsichtsrat unter Jüdemanns Führung den Passus kippen.

Was nun mit ihrer AG geschehen soll, davon dürfen die Oberlausitzer Bauern sich überraschen lassen.

Vielleicht wird ja Schurichs Förderer für den Aufsichtsratsvorsitz kandidieren. Das macht nicht nur die Kontrolle leichter, notfalls könnte er einen anderen, äußerst lukrativen Job übernehmen. Die alte Tagesordnung vermerkte nämlich: „Zum Liquidator wird Herr Rechtsanwalt und Notar Hermann Doerr bestellt."

Stallgebäude der Agros in Wittgendorf-Eckartsberg: Tausend Kühe lösten sich angeblich in nichts auf

Fragen an die Brockhaus Redaktion, Stichwort *„umfassend“*.

„*Liebe Brockhaus Redaktion,* ist unsere Welt eigentlich noch zu fassen?“ „Wir versuchen es: Vom neuesten Atom-

Die Brockhaus Enzyklopädie geht für Sie in die Breite. Wer die ganze Welt erfassen will, bringt es leicht auf 1,35 kostbare Bücherregalmeter. 24 schwerwiegende Bände, standesgemäß in Leder und Leinen gewandet und in bester Buchbindertradition gearbeitet. Reich bebildert und hervorragend gedruckt.

müll bis zum ältesten Steinzeitfund wird alles gesammelt und in unserer großen Enzyklopädie auf den schwerwiegenden Stand der Dinge gebracht.“

16 von 24 schönen Bänden sind bereits erschienen. Gehen Sie doch einfach mal ans Werk und fordern unsere unverbindliche Informationsmappe an.

Venus von Willendorf

Die Brockhaus Redaktion geht für Sie in die Tiefe. Egal, ob Sie alles über die legendäre Venus von Willendorf erfahren möchten oder einen objektiven Einblick in aktuelle Umweltprobleme suchen, in der neuen Enzyklopädie finden Sie den umfassenden Stand der Dinge. Akribisch recherchiert und von allen Seiten beleuchtet.

C o u p o n

Bitte schicken Sie mir gratis und unverbindlich Ihre Info-Mappe.

Name: _____

Adresse: _____

_____

Bitte einsenden an: F.A. Brockhaus, Postfach 10 03 11, 6800 Mannheim.

An der Schwelle zum Atomkrieg

Mit der Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba im Oktober 1962 erreichte die Konfrontation der Supermächte USA und Sowjetunion ihren Höhepunkt. Zum erstenmal beschreibt jetzt einer der Hauptakteure von damals, General Anatolij Gribkow, Planung und Durchführung des Kuba-Abenteuers aus sowjetischer Sicht.

Am 16. Oktober 1962 gegen Mittag versammelt US-Präsident John F. Kennedy seine Berater um den Kabinettstisch im Weißen Haus in Washington. Eingehend betrachten sie die Fotos, die sich auf einem Ständer vor dem Kamin befinden.

Die Aufnahmen wurden zwei Tage zuvor von einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug, Typ U-2, gemacht. Sie lieferten den Beweis für das, was der Geheimdienst nur vermutet hatte: Sowjetische Soldaten bauten auf Fidel Castros Kuba, nur 150 Kilometer von der Südspitze Floridas entfernt, Stellungen für Atomraketen mit einer Reichweite über Washington hinaus.

Mit der Entdeckung der Raketen auf Kuba durch die amerikanische Aufklärung begann die dramatischste und gefährlichste Konfrontation der atomaren Großmächte USA und Sowjetunion, die, wie der Bruder und engster Berater des Präsidenten, Robert Kennedy, es formulierte, „die Welt an den Abgrund nuklearer Zerstörung brachte".

Vorgeschichte und Verlauf der Kuba-Krise sind vor allem aus amerikanischen Quellen weitgehend dokumentiert. Erstmals jedoch offenbart jetzt ein ranghoher sowjetischer General, Anatolij Gribkow, in seinen „Erinnerungen", aus denen der SPIEGEL in einer zweiteiligen Serie Auszüge vorabdruckt, bislang unbekannte Einzelheiten über den Ablauf der Aktion.

Die einzige große Streitkräfteverlegung über den Ozean in der Geschichte der Sowjetunion war dilettantisch vorbereitet und gekennzeichnet von Mißgeschick und Unheil. Armeegeneral Anatolij Gribkow war an leitender Stelle im Generalstab an der Planung beteiligt und während des Höhepunkts der Krise als Vertreter des Moskauer Verteidigungsministers Rodion Malinowski auf Kuba stationiert. Gribkow, Jahrgang 1919, war bis vor drei Jahren auch Chef des Stabes im Warschauer Pakt.

Die Sowjets setzten alles daran, ihre Operation geheimzuhalten. In den Verladehäfen, berichtet Gribkow, „wurde jede Verbindung zur Außenwelt abgebrochen, es durften weder Briefe noch Telegramme abgeschickt noch Telefongespräche geführt werden".

Erst auf hoher See erfuhren Soldaten und Schiffsbesatzungen, wohin die Rei-

US-Präsident Kennedy
Drohung mit dem Präventivschlag

Sowjetführer Chruschtschow
Raketen in Stellung gebracht

US-Aufklärungsfoto einer sowjetischen Raketenbasis auf Kuba 1962: „Logische Antwort"

MC & LB

Lindt

FÜR KENNER
KLASSISCHE AUSLESE

„Noch etwas Tee?" fragte sie.
„Noch etwas Lindt", antwortete er unbescheiden.

WAS IST SCHON WIE LINDT

se ging. Tagsüber durften die bei Temperaturen bis zu 50 Grad in den Laderäumen zusammengepferchten Soldaten nur selten an Deck. Viele Soldaten wurden krank, einige kamen unterwegs um. Völlig unzureichend durchdacht war die Lebensmittelversorgung. „Die in Kisten verladene Butter zerfloß einfach im heißen Klima der Karibik."

Die Militärs, die auf Kuba die Bedingungen für die Raketenstationierung erkundet hatten, bezeichnet Gribkow als „vollkommen inkompetente Leute": Sie hatten gemeldet, die Abschußrampen ließen sich leicht unter Palmen verbergen – ein folgenschwerer Trugschluß.

Als Gribkow mit seinem Stab nach Kuba zur Überwachung der Militäraktion flog, die zum nuklearen Holocaust hätte führen können, sah er sich Bedingungen ausgesetzt, die wenig zum Selbstbild ranghoher Großmacht-Militärs paßten.

Wie abgebrannte Rucksacktouristen mußten sich die Generäle bei einer Zwischenlandung im westafrikanischen Dakar durchschlagen. „Wir verfluchten unsere Zentralverwaltung Finanzen", bekennt Gribkow.

Wie nie zuvor, das belegt der Verlauf der Raketen-Krise, stießen sich an Kuba die feindlichen Ideologien der Supermächte. Für Kremlchef Nikita Chruschtschow war die Raketen-Stationierung „die logische Antwort" auf amerikanische Herausforderungen.

Schon zwei Jahre zuvor hatten die Amerikaner im Nato-Partnerland Türkei in unmittelbarer Nähe zur sowjetischen Grenze Atomgeschosse aufgestellt, mit denen sie Moskau und weiter entfernte Gebiete treffen konnten. Gegen das revolutionäre Regime in Kuba – das 1959 den Amerika-hörigen Diktator Fulgencio Batista gestürzt hatte – bereiteten sie umfassende Sabotage- und Invasionsoperationen vor. Ein vom US-Geheimdienst ausgeheckter Überfall exilkubanischer Söldner in der kubanischen „Schweinebucht", der im April 1961 allerdings kläglich gescheitert war, ließ keinen Zweifel, daß Washington die kommunistische Herrschaft in einem Land, das es als seinen Hinterhof ansah, nicht dulden wollte.

Auf Kuba wollten Amerikaner wie Sowjets ideologisch-weltpolitische Marksteine setzen. John F. Kennedy war überzeugt, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus werde in der Dritten Welt entschieden. Die Zuckerinsel könnte, so fürchtete er, zum Vorbild nationaler Befreiungsbewegungen und sozialistischer Entwicklungsmodelle in Lateinamerika, Südostasien und Afrika werden.

Kubanische Revolutionäre 1959
Kommunismus im amerikanischen Hinterhof

Umgekehrt wollte Nikita Chruschtschow beweisen, daß der Kommunismus auch außerhalb Europas dauerhaft Fuß fassen könne. Angesichts der gewaltigen militärischen Überlegenheit der USA setzte er darauf, daß sein Land durch das massive Kuba-Engagement eine enorme politische Aufwertung in der Dritten Welt erfahren werde.

Die Militärs im Washingtoner Pentagon drängten den Präsidenten zu einem ausgedehnten Schlag gegen Kuba mit allen Vorteilen des Überraschungsmoments. John F. Kennedy dagegen war überzeugt, daß danach „keiner von uns mehr am Leben sein wird, um ihnen zu sagen, daß sie sich geirrt haben".

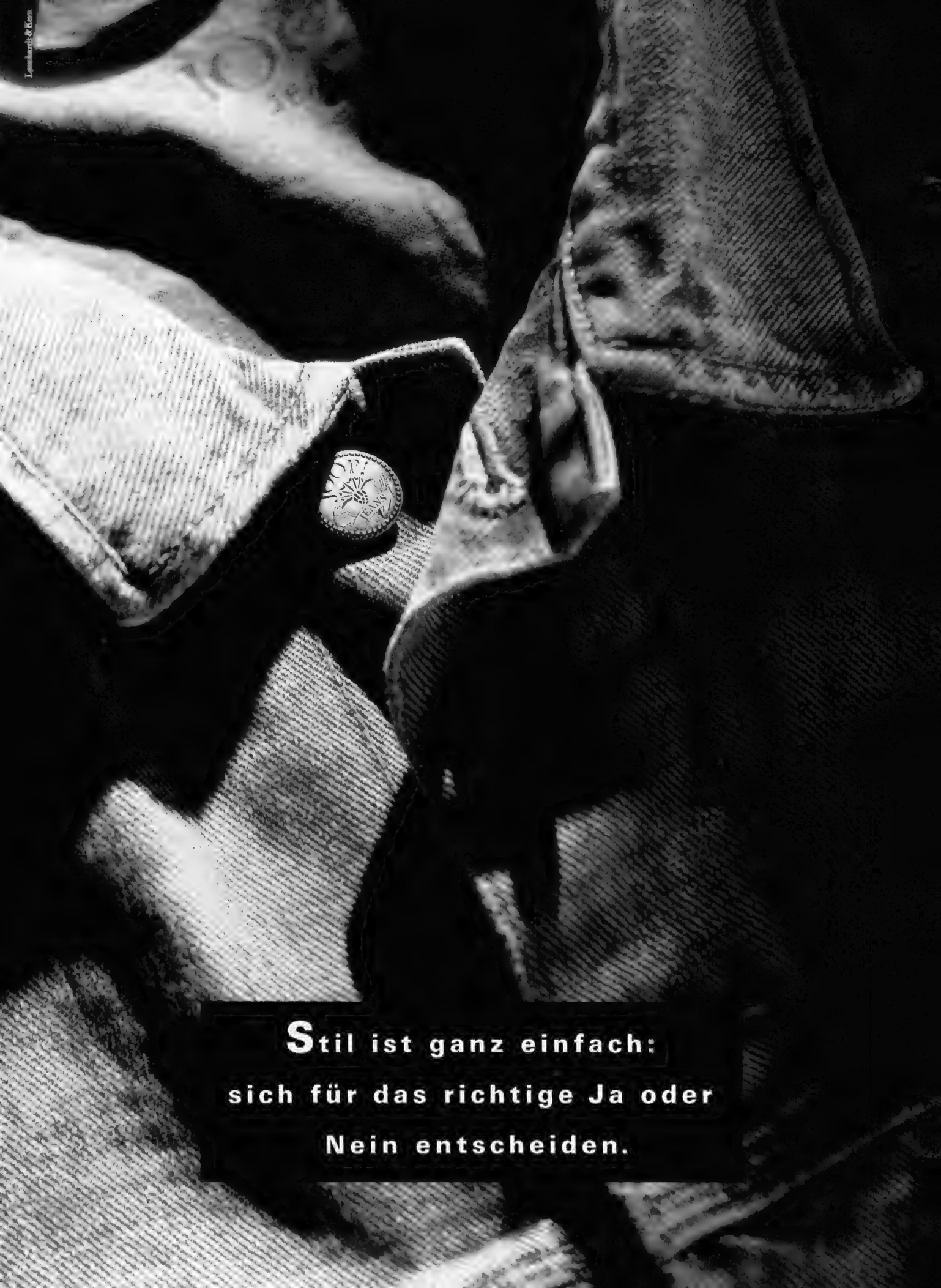
Auf Vorschlag des besonnenen Verteidigungsministers Robert McNamara verhängte der Präsident am 22. Oktober eine Seeblokkade gegen die mit sowjetischen Waffen beladenen Schiffe, die Kuba ansteuerten. Von den Russen verlangte Kennedy den Abzug der Raketen und behielt sich härtere Schritte vor.

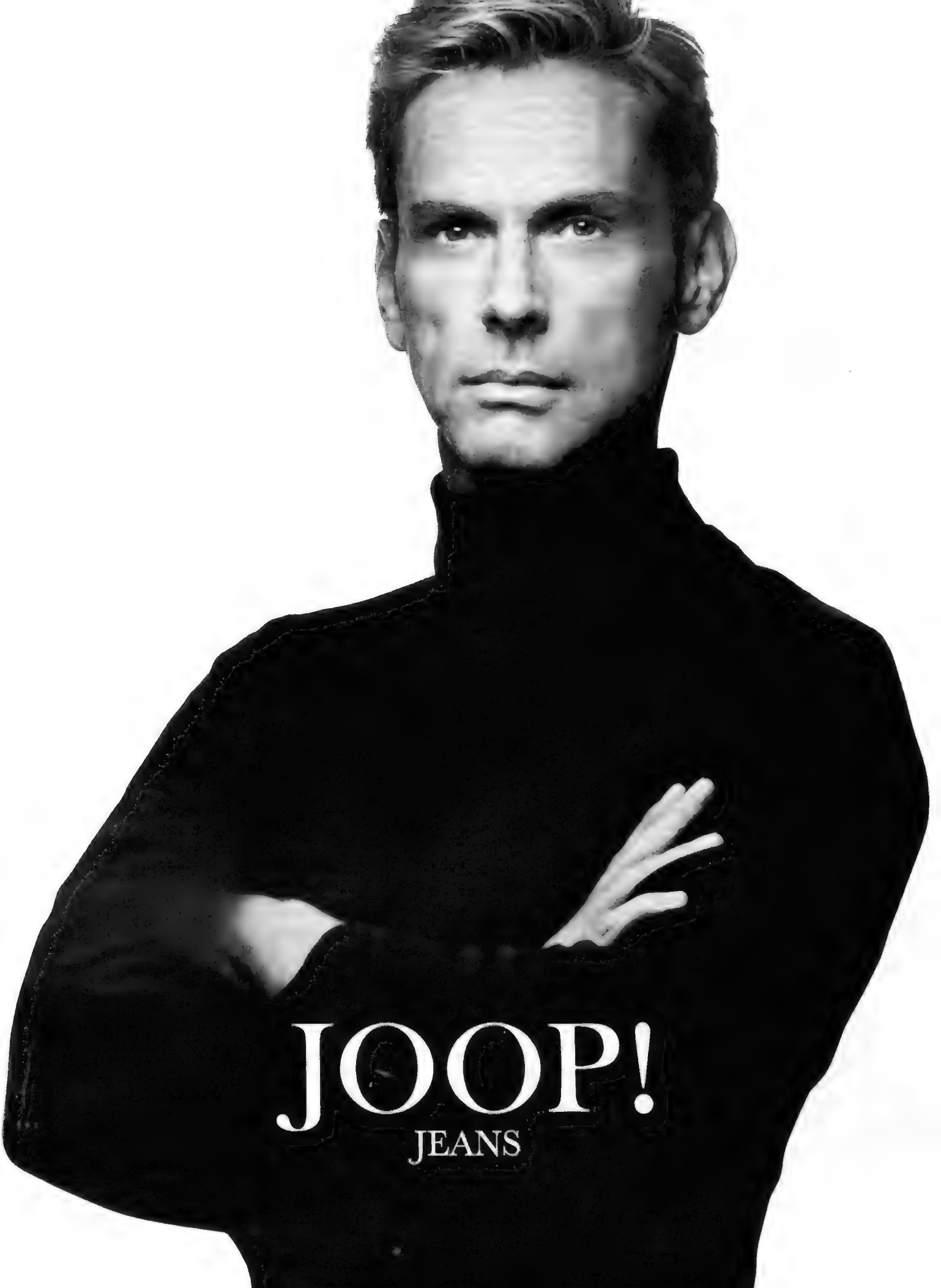
Kennedy handhabte die Blockade-Maßnahmen äußerst behutsam, um jeden Zusammenstoß mit Waffengewalt zu vermeiden – stets in Sorge, es könnte zu „Fehleinschätzungen" mit unkontrollierbaren Folgen kommen.

Chruschtschow verzichtete darauf, den Blockadering durchbrechen zu lassen – doch den Aufbau der Raketenbasen trieben die Sowjets zunächst mit Nachdruck weiter voran.

Am Samstag, dem 27. Oktober 1962, signalisierten die Sowjets Bereitschaft zum Einlenken. Ihre Bedingung für einen Raketenabzug: Garantie der Amerika-

US-Desaster in der Schweinebucht auf Kuba 1961: Fehlschlag gegen Castro


Stil ist ganz einfach:
sich für das richtige Ja oder
Nein entscheiden.


JOOP!
JEANS

ner, eine Invasion Kubas zu unterlassen. Kurze Zeit später sattelte Chruschtschow noch drauf: Auch die US-Raketen in der Türkei müßten verschwinden.

Als am gleichen Tag die Nachricht kam, ein amerikanischer Aufklärer sei über Kuba abgeschossen worden, eskalierte die Krise abermals. Am Abend stellte Robert Kennedy dem Sowjetbotschafter Anatolij Dobrynin ein Ultimatum: Wenn bis zum nächsten Tag keine Zusage über einen Raketenabbau vorliege, würden die USA am Montag oder Dienstag zum Präventivschlag ansetzen.

Wenn aber nach der Zustimmung der Sowjetunion zum Raketenabzug „Castro seine subversiven Aktivitäten in anderen zentral- und lateinamerikanischen Ländern einstellt", so Robert Kennedy, „wären auch wir bereit . . . keine Invasion von amerikanischem Boden aus zu erlauben". Außerdem sei der Präsident bereit, über die Raketen in der Türkei mit sich reden zu lassen.

Nur Stunden später übermittelte Chruschtschow über Radio Moskau seine Bereitschaft zum Rückzug.

Schon im November 1962 war Kuba wieder ohne Sowjet-Raketen, die letzte amerikanische Jupiter-Rakete verließ im April 1963 die Türkei. Máximo Líder Castro herrscht heute noch über sein Land.

Operation „Anadyr"

General Anatolij Iwanowitsch Gribkow über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba 1962 (I)

Mitte Mai 1962 stürzte Generaloberst Semjon Pawlowitsch Iwanow, Chef der Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums und stellvertretender Generalstabschef, in mein Arbeitszimmer im Generalstabsgebäude.

Ich kannte meinen direkten Vorgesetzten schon lange. Doch noch nie hatte ich ihn derart aufgeregt erlebt. Ich wußte gleich, daß er eine überaus wichtige Neuigkeit brachte.

„Anatolij Iwanowitsch", sagte er noch an der Tür und zeigte auf ein paar Blatt Papier, die er in der linken Hand hielt, „das muß unverzüglich ins reine geschrieben werden, und zwar von Hand. Einer Schreibkraft dürfen wir es noch nicht anvertrauen. Ich gestatte, daß dein Stellvertreter Generalmajor Jelissejew und Oberst Kotow hinzugezogen werden. Außer euch darf niemand einbezogen werden."

Sowjettransporter, US-Aufklärungsflugzeug: Getarnte Raketen an Deck

Diese Weisung war derart kurz und knapp, daß auch ich unwillkürlich von Semjon Pawlowitschs Erregung angesteckt wurde. Ich nahm das geheimnisvolle Manuskript und begann zu lesen. Es waren Notizen, die er als Sekretär des Verteidigungsrats während der gerade beendeten Sitzung dieses Gremiums im Kreml gemacht hatte.

Erstmals erfuhr ich so vom Beschluß der höchsten Führung unseres Landes, sowjetische Truppen auf Kuba zu stationieren und eine Operation zu beginnen, die später den willkürlichen Codenamen „Anadyr"* erhielt.

Semjon Pawlowitschs Notizen waren in aller Eile niedergeschrieben worden. Sie enthielten viele Abkürzungen, Fragezeichen und Auslassungspunkte. Deshalb mußten sie zunächst einmal „dechiffriert" und für die Reinschrift aufbereitet werden.

Ich bat meine beiden Berater, Generalmajor Jelissejew und Oberst Kotow, zu mir. Zu dritt begannen wir die Niederschrift zu entziffern.

Jelissejew war ruhig, in seinen Äußerungen zurückhaltend und auf angenehme Weise pedantisch in der Arbeit. Oberst Kotow hatte neben vielen positiven Eigenschaften auch noch eine gute Handschrift. Was wir formulierten, brachte er schließlich zu Papier.

In dieser Nacht brannte das Licht in meinem Arbeitszimmer, bis es draußen hell wurde. Das war dann noch viele, viele Nächte der Fall.

Wir drei im Generalstab hatten die Aufgabe, anhand der Notizen Semjon Pawlowitschs für den Partei- und Regierungschef und Vorsitzenden des Verteidigungsrates Nikita Chruschtschow Vor-

© 1992 edition q Berlin.

* Anadyr heißen ein Fluß und eine Stadt im äußersten Nordosten Sibiriens.

Wenn Sie aus eigenem Antrieb etwas für die Umwelt tun wollen.

Immer mehr Menschen überlassen Umweltschutz nicht mehr nur den anderen, sondern tun selbst etwas dafür.

Zum Beispiel das Auto in der Garage stehen lassen und Fahrrad fahren. Kettler macht Freizeit zum Vergnügen und unterstützt diese Bewegung mit einer großen Auswahl an Alu-Rädern.

Kettler Alu-Rad „Town & Country"

Bei Ihrem Fahrradhändler und in den Fachabteilungen der großen Warenhäuser erfahren Sie mehr darüber.

KETTLER

FREIZEIT MARKE KETTLER

Autor Gribkow (1966)
Geheimer Operationsplan, mit der Hand geschrieben

schläge für eine Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf der Insel Kuba auszuarbeiten.

Mein Vorgesetzter Semjon Pawlowitsch Iwanow half uns immer wieder mit seinen Ratschlägen und mit den Erfahrungen eines hervorragenden Stabsoffiziers. Als wir beispielsweise überlegten, wie viele Schiffe für die Verlegung der Truppen – die Gesamtstärke war auf 44 000 Mann beziffert – nach Kuba benötigt werden, sagte er:

„Diese Frage können Sie nicht allein entscheiden. Setzen Sie sich mit dem Ministerium für Hochseeschiffahrt in Verbindung. Die Zivilisten wissen besser als wir, was auf welchem Schiff transportiert werden kann, wie die Frachten zu verladen sind."

Nach den Berechnungen wurden 70 bis 80 Hochseeschiffe unterschiedlicher Typen für den Truppentransport nach Kuba benötigt. Es war für das Ministerium keineswegs leicht, die benötigten Schiffe, die auf allen Weltmeeren fuhren, zusammenzustellen und sie für ihre militärische Aufgabe vorzubereiten. Für die Verschiffung wurden Häfen der Ostsee, des Schwarzen Meeres und der Barentsee (Kronstadt, Liepaja, Baltisk, Sewastopol, Feodossija, Nikolajew, Poti, Murmansk) bestimmt.

Der von uns erarbeitete Plan für die Truppenstationierung auf Kuba war von größter Tragweite. Aus Gründen höchster Geheimhaltung gab es nur das eine Exemplar, das Oberst Kotow mit der Hand geschrieben hatte.

★

Was war diesen für mich so denkwürdigen Tagen im Frühjahr 1962 vorausgegangen, was hatte unsere Führung zu ihrem Entschluß gebracht, Truppen nach Kuba zu verlegen?

Die Kuba-Krise war nicht plötzlich, nicht an einem Tag ausgebrochen. Sie war das Ergebnis der militärpolitischen Lage auf dem amerikanischen Kontinent nach der kubanischen Revolution, die den ökonomischen Interessen der nordamerikanischen Konzerne einen empfindlichen Schlag versetzt hatte und die beispielgebend für die Völker Lateinamerikas im Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit war.

Wir kannten damals noch nicht alle Pläne der USA für den Sturz der revolutionären Regierung Kubas unter Fidel Castro. Der erste Schlag gegen Castro war die Invasion konterrevolutionärer Kräfte am 17. April 1961 an der Playa Girón („Schweinebucht"). Doch diese Kräfte wurden innerhalb von 72 Stunden vernichtend geschlagen.

Danach blieb dem Pentagon nur noch eine Möglichkeit – die Invasion eigener Truppen auf Kuba. Mit diesem Ziel wurden spezielle Invasionseinheiten gebildet. Unter dem Deckmantel von Manövern und Übungen in der Karibik trainierten diese Kräfte die Landung auf der Insel der Freiheit. Gleichzeitig wurde die Garnison des US-Marinestützpunkts Guantánamo auf Kuba verstärkt. Präsident John F. Kennedy erhielt die Einwilligung des Kongresses, 150 000 Reservisten einzuberufen. Alles sprach dafür, daß die USA ohne Rücksicht auf die Meinung der Weltöffentlichkeit sich anschickten, die kubanische Revolution mit schweigender Unterstützung ihrer Nato-, Cento- und Seato-Partner zu ersticken.

Gribkow-Chef Iwanow
Hausbesuch bei Politbüro-Mitgliedern

Aber auch die Sowjetunion war nicht vergessen worden. Auf türkischem Territorium, nahe der sowjetischen Grenze, richteten die USA einen Stützpunkt mit Jupiter-Mittelstreckenraketen ein, die mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet werden konnten.

Die Sowjetunion hatte wiederholt die US-Regierung vor Provokationen gegen das revolutionäre Kuba gewarnt und auf deren mögliche Folgen verwiesen, doch alle diese Warnungen wurden einfach ignoriert. Nun mußten Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Der Gedanke, auf Kuba Raketen mittlerer Reichweite zu installieren, war Nikita Chruschtschow ursprünglich nach einem Gespräch mit dem Ersten Vizeministerpräsidenten Anastas Mikojan gekommen. Der hatte im Februar 1960 Kuba einen Besuch abgestattet, dort Fidel und Raúl Castro, Ernesto Ché Guevara sowie andere Führer der kubanischen Revolution kennengelernt. Mikojan empfand tiefe Sympathie für die starke Freiheitsliebe der Revolutionäre. Nikita Chruschtschow wurde in seinen Gefühlen für die Kubaner noch bestärkt durch die Erzählungen naher Verwandter, die das Land besucht hatten.

Nach Meinung Chruschtschows ließ sich Kuba nicht mit konventionellen Waffen verteidigen. Nur Raketen mit nuklearen Sprengköpfen könnten als zuverlässige Abschreckung dienen. Chruschtschow bemühte sich, die Führung des Verteidigungsministeriums von seiner Ansicht zu überzeugen.

Während seines Urlaubs auf der Krim fragte Chruschtschow den damaligen Verteidigungsminister Rodion Malinowski, wie er darüber denke. Der Marschall erklärte, daß die in der Türkei stationierten amerikanischen Raketen in nur 10 Minuten lebenswichtige Zentren der Sowjetunion treffen könnten, während die sowjetischen Raketen 25 Minuten brauchten, um das Territorium der USA zu erreichen.

Offensichtlich hat dieses Gespräch Chruschtschow in dem Gedanken bestärkt, daß unverzüglich gehandelt werden müsse.

Soweit mir bekannt ist, wurde die atomare Frage im Generalstab nie erörtert. Dort war lediglich von Unterstützung durch Militärberater und konventionellen Waffen die Rede.

Während einer Beratung in Moskau erkundigte Chruschtschow sich bei Malinowski: „Wieviel Zeit würden unsere Streitkräfte brauchen, um eine 150 Kilometer von unserem Territorium entfernte Insel selbst bei hartnäckigstem Widerstand ihrer Verteidiger einzunehmen?"

„Drei bis vier Tage, nicht länger als eine Woche", antwortete Malinowski.

LÖWENBRÄU

PREMIUM PILSENER

LOWENBRAU

Wie mir General Iwanow erzählte, hatte Nikita Chruschtschow auf einer Sitzung des Verteidigungsrats, an der außer den Ratsmitgliedern das gesamte Politbüro, die ZK-Sekretäre und die Führung des Verteidigungsministeriums teilnahmen, die Frage gestellt: „Wie kann eine militärische Aggression gegen das befreundete Kuba verhindert werden, wenn die politischen und diplomatischen Schritte nicht die gewünschte Wirkung haben?"

Chruschtschow selbst schlug vor, eine bestimmte Zahl sowjetischer Raketen einschließlich Bedienungspersonal nach Kuba zu verlegen, um so die Verteidigungskraft des Landes zu stärken. Dies hätte zweifellos eine heftige Reaktion der Vereinigten Staaten zur Folge. Aber würde dies zu einem Atomkrieg führen?

Die Wahrscheinlichkeit eines derart dramatischen Verlaufs der Ereignisse war sehr hoch. Anastas Mikojan sprach sich daher zunächst dagegen aus, sowjetische Raketen und Truppen auf Kuba zu stationieren – was ihn jedoch nicht daran hinderte, später doch für die Operation „Anadyr" zu stimmen.

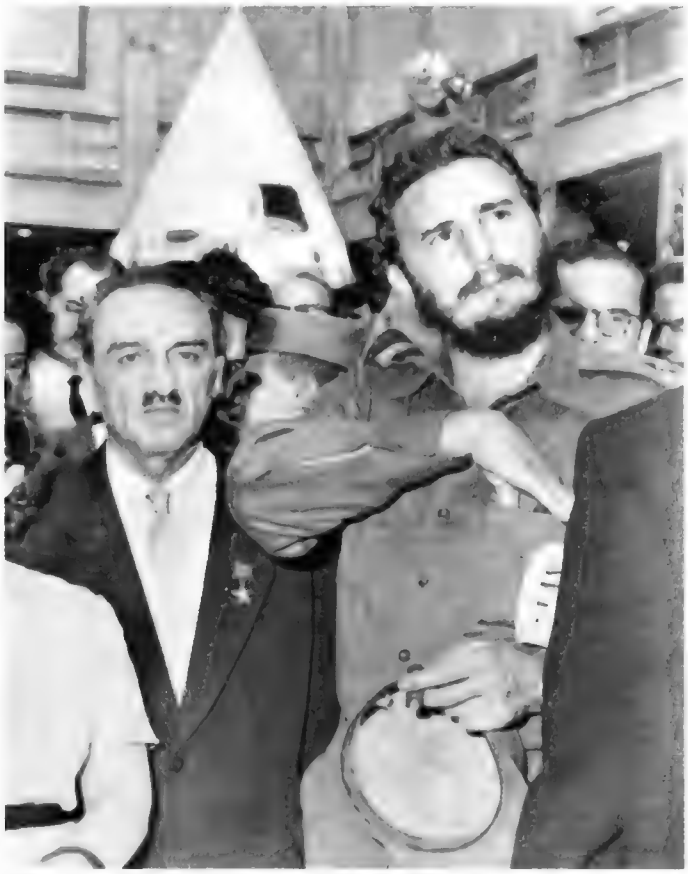
Im Verteidigungsrat wurde lange diskutiert. Die meisten Mitglieder unterstützten Chruschtschow. Bewaffneter Gewalt kann man nur mit bewaffneter Gewalt begegnen, lautete ihre Ansicht. Daraufhin wurde beschlossen: Der Ministerrat, das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Hochseeschiffahrt sollen die geheime Verlegung von Truppen und Raketen nach Kuba organisieren.

★

Der Plan, den wir daraufhin im Mai 1962 im Generalstab ausarbeiteten, stellte den sowjetischen Truppen die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Revolutionären Streitkräften des Inselstaats ein Eindringen des amerikanischen Feindes von See her oder aus der Luft zu verhindern und Kuba zu einer uneinnehmbaren Festung zu machen.

Die Raketentruppen – eine Raketendivision – sollten in Gefechtsbereitschaft versetzt werden, um im Fall der Entfesselung eines Krieges durch die US-Imperialisten auf Befehl aus Moskau die wichtigsten Objekte auf dem Territorium des Aggressors anzugreifen.

Dafür sollten drei Regimenter mit R-12-Raketen mittlerer Reichweite (Nato-Bezeichnung: SS-4) – 24 Startrampen – und zwei Regimenter mit R-14-Langstrecken-Raketen (SS-5) – 16 Startrampen – stationiert werden. Die Reichweite dieser Raketen ermöglichte die Vernichtung der wichtigsten Objekte auf dem Territorium der USA.



Genossen Mikojan, Castro (1960): Tiefe Sympathie

Die Landstreitkräfte – vier selbständige motorisierte Schützenregimenter – hatten vor allem die Aufgabe, die Raketeneinheiten sowie die militärische Führung zu sichern. Sie sollten zudem die kubanischen Revolutionären Streitkräfte bei der Abwehr gegnerischer Landeoperationen unterstützen.

Die Einheiten der Kriegsflotte sollten zusammen mit den Luft- und Landstreitkräften und im Zusammenwirken mit den Kubanern Landungsboote und Kriegsschiffe des Gegners vernichten und Landungstruppen in den wichtigsten Küstenbereichen bekämpfen.

Außerdem sollten Flottenverbände unsere Transportschiffe auf den Seewegen in der Nähe der Insel schützen, den US-Flottenstützpunkt Guantánamo auf Kuba mit Minen sperren und westlich und östlich von Kuba Aufklärung gegnerischer Aktionen betreiben.

Die Truppen der Luftabwehr (zwei Divisionen) sollten verhindern, daß gegnerische Flugzeuge in den Luftraum der Republik Kuba eindringen. Es war geplant, Flugabwehr(Fla)-Raketen im Westen und in der Mitte der Insel zu konzentrieren, wo die Raketenregimenter und die Hauptmasse der Truppen stationiert waren.

Da die Entfernung zwischen den einzelnen Fla-Stellungen groß und damit kein flächendeckender Schutz des gesamten Territoriums der Insel gewährleistet war, wurde den sowjetischen und kubanischen Jagdfliegern die Vernichtung von Zielen im Luftraum zwischen den Operationszonen dieser Divisionen übertragen.

In Küstenbereichen, wo Seelandeoperationen des Gegners mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten waren, sollten Luna-Raketen (Nato-Bezeichnung: Frog) gegnerische Landungstruppen bekämpfen. Die Entscheidung, welche Objekte für einen Raketenangriff in Frage kommen, sollten die Kommandeure der motorisierten Schützenregimenter treffen.

Als Chruschtschow den designierten Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte auf Kuba, Armeegeneral Issa Plijew, im Beisein von Malinowski und Iwanow über seine künftigen Aufgaben instruierte, wurde auch nach dem Einsatz taktischer Raketen mit Nuklearsprengköpfen gefragt. Nach einigem Nachdenken gab Chruschtschow dem Befehlshaber die Erlaubnis, Luna-Raketen nach eigenem Ermessen zum unmittelbaren Schutz der Insel einzusetzen.

Als Generaloberst Iwanow dem Generalstabschef und dem Verteidigungsminister den Operationsplan vortrug, konnte er seine innere Erregung nur schwer verbergen. Das Verteidigungsministerium der UdSSR legte der Regierung am 24. Mai 1962 die Vorschläge vor.

Alexander Alexejew, der gerade erst zum Botschafter in der Republik Kuba ernannt worden war, erinnert sich, daß Chruschtschow ihn gefragt hatte: „Wie wird sich Fidel verhalten, wenn wir ihm unseren Beschluß unterbreiten?"

Alexejew antwortete, Fidel würde seiner Meinung nach wohl kaum zustimmen, denn seine Außenpolitik und Strategie zur Verteidigung der Revolution stützten sich auf die wachsende Solidarität der Weltöffentlichkeit für Kuba. Eine Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba wäre da sehr abträglich.

Doch Fidel Castro billigte den Plan. Wenn diese Maßnahme dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt und dem

Kampf der Völker gegen die Unterdrükkung durch den amerikanischen Imperialismus diene, begründete er seine Einwilligung, sei Kuba bereit, das Risiko einzugehen und einen Teil der Verantwortung für die Stationierung sowjetischer Raketen zu übernehmen.

Marschall Sergej Birjusow sagte nach Gesprächen mit Fidel Castro auf Kuba, er habe den Eindruck gewonnen, daß die Führung in Havanna unser Vorhaben nicht so sehr als eine Rückendekkung Kubas werte. Vielmehr betrachte Castro seine grundsätzliche Zustimmung dazu als Unterstützung für die weltpolitischen Ziele der Sowjetunion.

Bald nach dem Votum der Kubaner fand am 10. Juni eine weitere Tagung des Politbüros zur Truppenentsendung statt. Anwesend waren alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, ferner die Genossen Gromyko, Malinowski, Sacharow, Jepischew, Birjusow, Tschuikow und die ZK-Sekretäre. Genosse Malinowski verlas die vom Verteidigungsministerium vorbereitete Entschließung, die alle befürworteten.

Unter diese Entschließung, die an den Vorsitzenden des Verteidigungsrats Nikita Chruschtschow gerichtet war, setzten allerdings nicht alle Anwesenden ihre Unterschrift, so daß Iwanow als Sekretär des Rats von Wohnung zu Wohnung fahren mußte, um die Unterschriften aller Teilnehmer der Politbüro-Tagung einzuholen.

Kennzeichnend ist, daß nur Chruschtschow und Kossygin das Deckblatt mit „einverstanden" abzeichneten, die übrigen setzten lediglich ihren Namen unter das Dokument.

★

Ende Juni traf in Moskau Fidel Castros Bruder Raúl, Minister der Revolutionären Streitkräfte Kubas, zu Verhandlungen mit Chruschtschow und Malinowski ein.

Ich traf ihn zum erstenmal im Generalstab. Trotz seiner Jugend kannte sich dieser braungebrannte sympathische Mann hervorragend in militärischen Fragen aus.

Die Verhandlungen mit Raúl Castro unterlagen strengster Geheimhaltung. Der Teilnehmerkreis war eng begrenzt. Für die Ausarbeitung des Vertragstextes wurde im Generalstab eine vierköpfige Gruppe unter meiner Leitung gebildet. Wir durften nicht einmal einen Juristen für Völkerrecht zu Konsultationen hinzuziehen.

Es war Sommer, durch die geschlossenen Fenster des Arbeitszimmers drang der Lärm Moskaus. Samstags stürmten die Moskauer die Vorortzüge. Ich beneidete meine Freunde, die mich eingeladen hatten, mit ihnen angeln zu gehen.

Was sollte ich ihnen sagen? Sicher ahnte keiner von ihnen, daß ich Nachschlagewerke zum Seerecht wälzte, mich anhand von Karten über die Grenzen der Territorialgewässer informierte, Schiffahrts- und Fischereiabkommen studierte. Um uns wach zu halten, tranken wir nachts Tee oder eisgekühltes Wasser aus dem Kühlschrank.

Schließlich war es geschafft. Der Vertragsentwurf wurde von Raúl Castro und Verteidigungsminister Malinowski paraphiert. Seine damalige Bezeichnung lautete: „Vertrag zwischen der Regierung der Republik Kuba und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Republik Kuba". Der Vertrag sollte zunächst für fünf Jahre gelten, danach konnte er verlängert werden. Der Text sollte Ende November 1962 während des geplanten Besuchs Nikita Chruschtschows auf Kuba veröffentlicht werden.

Doch dann schlug die kubanische Seite drei andere Vertragsbezeichnungen vor: 1. „Vertrag ... über militärische Zusammenarbeit zum Schutze des nationalen Territoriums Kubas im Fall einer Aggression"; 2. „ ... über die Teilnahme sowjetischer Streitkräfte am Schutz des nationalen Territoriums Kubas im Fall einer Aggression" und schließlich 3. „ ... über militärische Zusammenarbeit und gegenseitigen Schutz". Ergänzungen und Präzisierungen gab es zu einer Reihe von Artikeln des Vertragsentwurfs.

Der kubanische Vertragsentwurf mit diesen drei Bezeichnungsvarianten und ein persönliches Schreiben Fidel Castros für Nikita Chruschtschow wurden in Moskau in chiffrierter Form durch Fidels Vertrauten Ché Guevara und Botschafter Emilio Aragonés übergeben, die auch über weitere Aspekte und Einzelheiten des neuen Vertragstextes verhandeln sollten.

In dem Schreiben wies Castro darauf hin, daß die

Vertragspartner Raúl Castro (2. v. l.), Malinowski*: „Kubanische Variante"

* Mit den Marschällen Sacharow (l.), Birjusow (r.) und dem Oberbefehlshaber der kubanischen Streitkräfte Almeida (2. v. r.) in Moskau 1962.

JOOP!

MEN'S HAIR and BODY

JOOP!

Sowjetbefehlshaber Plijew (l.) auf Kuba (1962): Falsche Papiere für den Einsatz

vorgeschlagenen Textänderungen dazu beitragen sollten, die politische Bedeutung des Vertrages zu unterstreichen. Beide Seiten einigten sich schließlich auf die erste kubanische Variante für die Vertragsbezeichnung.

Als ich General Iwanow die Fertigstellung des Vertrags meldete, kam die Frage auf, wer ihn denn unterschreiben solle – die Staatsoberhäupter oder wer sonst?

Am 27. August 1962 ging in Moskau ein von Fidel Castro und dem Präsidenten der Republik Kuba, Osvaldo Dorticós, unterzeichnetes Schreiben ein, aus dem hervorging, daß „die Regierung der Persönlichkeit, dem Einfühlungsvermögen und den Fähigkeiten Ernesto Ché Guevaras besonderes Vertrauen entgegenbringt und ihn in jeder Hinsicht bevollmächtigt, den Militärvertrag im Namen und im Auftrag der Republik Kuba zu unterzeichnen". Unterschrieben wurde der Vertrag dann allerdings nicht, sondern nur von Ché und Verteidigungsminister Malinowski paraphiert.

Die schon längst laufende Truppenverlegung war damit auch völkerrechtlich abgesichert. Aus Gründen der Geheimhaltung fand keinerlei diplomatischer Schriftverkehr dazu statt. Verschlüsselte Mitteilungen und Funkverkehr waren ebenfalls untersagt. Die Gesamtplanung der Operation „Anadyr" war am 4. Juli 1962 vom Verteidigungsministerium bestätigt worden. Nur ein sehr begrenzter Personenkreis wurde in die Vorbereitung und Durchführung einbezogen. Dazu gehörten Generaloberst Iwanow, Generalleutnant Powali, Generalmajor Jelissejew, Oberst Kotow und ich.

Für den gesamten Ablauf der Truppenverlegung nach Kuba waren die Generale und Offiziere unserer Hauptverwaltung zuständig.

Eine besondere Frage war, wer zum Befehlshaber unserer Kuba-Streitkräfte ernannt werden sollte. Da die Raketeneinheiten den Kern bilden sollten, war ursprünglich daran gedacht, das Kommando aus dem Stab einer Raketeneinheit zu bilden und in diesen die übrigen Teilstreitkräfte einzugliedern.

Unmittelbar vor der Entsendung der Truppen nach Kuba wurde dann doch kein Raketenfachmann, sondern Armeegeneral Issa Plijew zum Befehlshaber ernannt. Chruschtschow wollte mit der Ernennung eines *Armee*generals deutlich machen, daß die Sowjetunion keine Atomwaffen einzusetzen beabsichtigte und daß diese nur zur Abschreckung gegen einen Angriff auf Kuba dienten.

Für den Geheimflug nach Kuba wurde Issa Alexandrowitsch Plijew ein Paß auf den Namen Iwan Alexandrowitsch Pawlow ausgestellt, was ihm äußerst mißfiel – er, ein berühmter Heerführer des Großen Vaterländischen Kriegs, erhielt plötzlich einen anderen Namen.

Er weigerte sich allen Ernstes, seine Papiere im Generalstab zu hinterlegen. Unter keinen Umständen wollte er sich davon trennen. Es kostete uns große Mühe, ihn zu überreden, von nun an unter einem Pseudonym zu arbeiten.

Spätere Beschwerden der Raketenoffiziere, General Plijew habe mitunter ihre Division als „Schwadron" bezeichnet, waren nicht allzu ernst zu nehmen. Schwerer wog, daß ihm das diplomatische Geschick fehlte, das – angesichts der schwierigen Bedingungen, denen die sowjetischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der USA ausgesetzt waren – für einen engen und ständigen Kontakt zu Fidel Castro eigentlich dringend erforderlich gewesen wäre.

Um höchste Geheimhaltung zu wahren, wurde die Operation „Anadyr" vom Generalstab als globales strategisches Manöver zur Verlegung von Truppen und Militärtechnik auf dem Seeweg ausgegeben.

Zunächst wurde ein Zeitplan für die Einschiffung der Truppen ausgearbeitet. Der Beginn wurde auf den 12. Juli 1962 festgelegt. Die Raketenregimenter sollten als erste auf Kuba eintreffen, weil sehr viel Zeit erforderlich war, um sie gefechtsbereit zu machen.

Doch nach einigen Überlegungen kamen wir zu dem Schluß, daß das nicht zweckmäßig sei. In den Entladehäfen und in ihren Startpositionen wären die Raketentruppen Flugzeugangriffen und der gegnerischen Aufklärung wehrlos ausgesetzt.

Aus diesem Grund wurde beschlossen, zuerst die Fla-Raketen und motorisierten Schützeneinheiten und dann erst die Raketenregimenter zu verlegen.

Für die Einschiffung galten sehr strenge Vorschriften. Kein Regimentsangehöriger durfte nach der Ankunft die Verladezone verlassen. Die Verladezone wurde von einer Spezialeinheit bewacht, die nur dem Hafenkommandanten unterstellt war. Jede Verbindung zur Außenwelt wurde abgebrochen – es durften weder Briefe und Telegramme abgeschickt noch Telefongespräche geführt werden. Dasselbe galt für die Schiffsbesatzungen und die Kapitäne.

Im Hafen von Feodossija auf der Krim klagte der Marschall der Artillerie Konstantin Kasakow mir gegenüber: „Man stellt mir ständig nur die eine Frage: Wohin fahren wir, was hat man mit uns vor? Ich erkläre, daß strategische Großmanöver mit einer Truppenverlegung auf dem Seeweg über große Entfernung bevorstehen. Doch ich spüre, daß man mir nicht glaubt. Man fragt mich immerzu, warum Partei- und Komsomolbücher, Personalausweise und Wehrpässe eingesammelt werden."

Diese Fragen stellte man auch mir als bevollmächtigtem Vertreter des Generalstabs. Was konnte ich antworten? Doch nur das gleiche: Es finden Manöver statt, in deren Verlauf sich vieles ereignen kann.

Auf den Schiffen wurde emsig gearbeitet. Die Soldaten und Mannschaften bauten in den Zwischendecks Doppelstockkojen. Die an Deck untergebrachten Raketenrampen und Feuerleitstationen wurden zur Tarnung mit Brettern verkleidet, so daß so etwas wie Schiffsaufbauten entstanden. Ebenso wurden die

Kampen,
Krabben,
Jubi...
AALBORG
Jubilæums Akvavit
Das Beste
zum Schluß.

Feldküchen getarnt, die an Deck aufgestellt waren.

Als ich in Feodossija war, wurde gerade ein Fla-Regiment auf den 25 000-Tonnen-Frachter „Leninski Komsomol" verladen. Um mögliche Flugzeug- und Schnellbootangriffe abwehren zu können, wurden einige großkalibrige vierläufige Fla-Maschinengewehre aufgestellt, die mit Abdeckhauben aus Holz verhüllt wurden.

Um jederzeit gewappnet zu sein, wurde in dem Regiment eine spezielle Gruppe zusammengestellt, die Maschinenpistolen und -gewehre immer griffbereit hatte und im Notfall sowohl Enteroperationen als auch Kampfhandlungen von Bord des Schiffes aus durchführen konnte.

„Genosse General", fragte mich ihr Kommandeur, ein sportlich aussehender Artilleriehauptmann. „Werden wir weit weg fahren?"

„Weit, Hauptmann, weit . . ."

„Nun, schätzungsweise, wie viele Tage?"

„Nun, ich schätze, ich weiß das nicht", versuchte ich zu scherzen, doch der Scherz mißlang. Das las ich von seinen Augen ab. Ich wußte, daß noch am selben Abend dieser Hauptmann genau wie seine Leute einen Zivilanzug, ein Hemd und sogar einen Hut erhalten würden. Sie alle würden sich wie rekrutierte Soldaten, die gerade erst eingekleidet wurden, vorkommen und einander nicht mehr sofort erkennen.

Sie sollten alles erst erfahren, wenn sie bereits auf dem Meer waren. Vor dem Ablegen erhielten der Regimentskommandeur und der Kapitän des Schiffes einen großen versiegelten und in Tuch eingenähten Umschlag. Darin befand sich ein kleinerer Umschlag mit der Angabe, ihn erst zu öffnen, wenn im Atlantischen Ozean eine bestimmte Position erreicht worden sei. Sie sollten dann zu dritt den Umschlag öffnen. Als dritter kam noch ein Mitarbeiter der Sonderabteilung des KGB hinzu. Erst dann sollten sie erfahren, daß sie auf der Route von Christoph Kolumbus nach dem fernen Kuba fuhren.

Für die Aufklärungsarbeit unter den Mannschaften enthielt der versiegelte Umschlag Informationsmaterial über Kuba. Dieses Material sollte den Offizieren die Aufgabe erleichtern, die Soldaten und Unteroffiziere zu unterrichten. Es wurde auch empfohlen, Mitglieder der Schiffsmannschaft, die schon einmal auf Kuba waren, zu dieser Aufgabe hinzuzuziehen.

Um während der Überfahrt die Geheimhaltung zu gewähren, wurden Kampftechnik und Spezialtechnik möglichst in den Laderäumen und Zwischendecks verstaut, während Kraftfahrzeuge und Traktoren auf dem Oberdeck untergebracht wurden. Damit sollte der Anschein erweckt werden, daß landwirtschaftliche Maschinen transportiert werden. Spezialtechnik, die auf dem Deck verstaut wurde (Raketen und Boote), wurde mit Brettern verkleidet und mit Blechen ummantelt, um zu verhindern, daß sie mit Hilfe von Infrarotaufnahmen enttarnt werden konnten.

Die Mannschaften durften nur in beschränkter Zahl an Deck. Als sich die Transporte den Bahamas näherten, ständig von Flugzeugen der U.S. Air Force und von Schiffen der U.S. Navy begleitet, wurde der Aufenthalt an Deck überhaupt verboten.

Sowjethafen Murmansk: „Genosse General, fahren wir weit weg?"

Die Luken der Zwischendecks, in denen die Mannschaften untergebracht waren, wurden mit Zeltplanen verschlossen. Frischluft gelangte nur durch Ventilatoren ins Innere. In den Zwischendecks herrschten Temperaturen von 50 Grad.

Täglich berichteten General Iwanow und ich Verteidigungsminister Malinowski über die Erfüllung des Operationsplans. Eine Zeitlang verlief alles normal. Doch dann nahm Malinowski einmal die Brille ab, legte unseren Bericht zur Seite und fragte:

„Sie beschreiben hier, wie alles nach Plan verläuft – soviel wurde abgeschickt, soviel ist eingetroffen. Aber wie ist es denn eingetroffen? Was ist mit den Schiffen und den Menschen unterwegs geschehen? Sie fahren schließlich durch den Bosporus, die Dardanellen, die Meerenge von Gibraltar, das Skagerrak, das Kattegat und das Nordmeer."

Malinowski sorgte sich: „In allen diesen Gewässern kreuzen Schiffe und U-Boote der Nato. Und über den Schiffen kreisen wahrscheinlich wie Geier ihre Flugzeuge. Verläuft wirklich alles gut? Ich für meinen Teil weiß es nicht. Ich hätte es aber gern gewußt . . ."

Wir schluckten schweigend die bittere Pille und waren uns bewußt, wie recht der Minister hatte. Doch wir hatten keine Verbindung, weder mit Kuba noch zu den Schiffen auf See.

Die Handelsflotte dagegen hatte sie. Wir nahmen Verbindung zu ihr auf und erhielten nun täglich gegen sieben Uhr Übersichten über die Standorte der Schiffe, Situationsberichte und Meldungen über Zwischenfälle auf See.

Mir war ja bekannt, daß die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere fast einen

Monat auf dem Meer in den Frachträumen wie Heringe zusammengepfercht verbringen mußten, in diesen von der Sonne erhitzten halbverschlossenen Stahlkammern.

Leider bestätigten sich dann auch noch meine schlimmsten Befürchtungen. In den letzten Berichten für den Verteidigungsminister wurden bereits Krankheits- und sogar Todesfälle von Militärangehörigen während der Überfahrt gemeldet. Die Soldaten wurden auf Seemannsart bestattet – in Segeltuch eingenäht und dem Meer übergeben.

Fast die Hälfte der Mannschaften wurde seekrank. Oberst Schorochow, Politoffizier eines Schützenregiments und während der Überfahrt beauftragter Transportleiter auf dem Schiff „Chabarowsk", erinnert sich:

> Am 20. August näherten wir uns einer Inselgruppe. Das Meer war stürmisch, und das Schiff schaukelte stark. Alle unsere Soldaten und Offiziere litten an Seekrankheit. Nachts haben findige Soldaten zwei Fässer mit sauren Gurken geöffnet und diese gegessen. Das half etwas gegen die Seekrankheit.
>
> Tagsüber umkreisen amerikanische Flugzeuge unser Schiff. Ein Kriegsschiff nimmt Funkverbindung zu unserem Frachter auf und will uns kontrollieren. Wir sind jedoch nur auf Empfang und senden nicht. Am Morgen weckte mich das laute Dröhnen eines Flugzeugs. Ein amerikanisches Jagdflugzeug flog so niedrig über unser Schiff hinweg, daß es fast die Masten berührte. Die Küste Kubas kommt in Sicht.

Nicht sorgfältig genug durchdacht war auch die Versorgung der Truppen auf See mit Lebensmitteln. Die für zwei Monate berechneten Vorräte wurden schon an den Garnisonsstandorten bereitgestellt, zusammen mit den Einheiten per Bahn transportiert und dann auf die Schiffe verladen.

Das hatte zur Folge, daß beispielsweise die in Kisten verladene Butter während der Überfahrt im heißen Klima der Karibik einfach zerfloß und auf einigen Schiffen die leeren Kisten in Butterlachen schwammen.

Essen wurde täglich nur zweimal, und das immer während der Nacht, ausgegeben. Auf einigen Schiffen war sogar die Toilettenbenutzung reglementiert.

Ich erinnere mich, daß unsere Seeleute bei der Durchfahrt durch den Bosporus niemals die Dienste von Lotsen in Anspruch genommen haben. Keines unserer Schiffe durfte von einem Ausländer betreten werden.

Als die „Admiral Nachimow" mit etwa 2000 Militärangehörigen aus dem Schwarzen Meer auslief, schrieb die Zeitung *Sarja Wostoka*: „Mit dem Passagierschiff ‚Admiral Nachimow' reisen zum erstenmal Touristen nach Kuba."

Die Haare dieser sogenannten Touristen, in der Mehrzahl junge Soldaten, waren nach militärischer Vorschrift noch kurz geschoren. Als das Schiff die Meerenge durchfuhr, durften sie die Schönheiten der Natur nicht von Deck aus, sondern nur durch die Kabinenfenster betrachten.

In der Zeit von Juli bis Oktober legten die für den Transport der sowjetischen Truppen bestimmten 85 Schiffe die Strecke nach Kuba etwa 150mal zurück. Die amerikanische Aufklärung erfuhr von dieser Operation erst, als sich der größere Teil der Truppen und der Technik bereits auf Kuba befanden.

Nun begannen Flugzeuge der U.S. Air Force, systematisch kubanisches Territorium zu überfliegen. Maschinen vom Typ F-104 überflogen in geringer Höhe (100 bis 300 Meter) wiederholt Truppenstellungen. Aus politischen Gründen hatten die sowjetischen und kubanischen Truppen keinen Befehl zu ihrem Abschuß.

Im nächsten Heft

Verschlüsselte Botschaft „an den Direktor: Die Zuckerrohrernte ist erfolgreich beendet" – Eine Kokosnuß und drei Flaschen Coca-Cola für acht sowjetische Offiziere – „Der Befehl, das Ziel 33 zu vernichten"

Sowjetsoldaten auf dem Weg nach Kuba: Saure Gurken gegen Seekrankheit

Winnie Mandelas tiefer Fall

„Sein Leben auf ganz einfache Weise teilen zu dürfen", das war Winnie Mandelas größter Wunsch gewesen während der 27 Jahre, die ihr Mann hinter Gittern verbrachte. Nelson Mandela, 73, heute Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), im Gefängnis zum Mythos des schwarzen Widerstands geworden, kam im Februar 1990 frei. Seine 16 Jahre jüngere Frau war zu diesem Zeitpunkt nicht weniger berühmt – auch sie ein Symbol des Anti-Apartheid-Kampfes.

Jetzt, zwei Jahre und zwei Monate später, scheint die Lebensgemeinschaft des prominentesten südafrikanischen Ehepaares endgültig zu zerbrechen. Neue Anschuldigungen gegen Winnie Mandela, erhoben von einer engen Vertrauten, werden schon bald die Gerichte beschäftigen und könnten sie ins Gefängnis bringen – nicht als hehre Freiheitskämpferin, sondern als Kidnapperin, Folterin, sogar Mörderin.

Es ist nicht nur eine menschliche Tragödie, die ihrem Höhepunkt entgegentreibt. Winnie Mandela ist nach Meinung vieler Südafrikaner heute eine Belastung für den ANC, in dem sie noch immer hohe Ämter innehat – etwa die Leitung des Sozialreferats.

Vor knapp einem Jahr hatte das Oberste Gericht in Johannesburg Winnie Mandela wegen Entführung und Beihilfe zur Körperverletzung zu sechs Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Zusammen mit einigen ihrer Leibwächter vom berüchtigten Mandela-United-Fußballteam soll sie in ihrem Haus Polizeispitzel bei Verhören mißhandelt haben. Der 14jährige „Stompie" Moeketsi Seipei wurde später vom Chef ihrer Wachtruppe ermordet. Gegen Kaution kam Winnie Mandela bis zur Berufungsverhandlung auf freien Fuß.

Eine der beiden Mitangeklagten, Winnie Mandelas langjährige Mitarbeiterin Xoliswa Falati, widerruft aber nun entscheidende Aussagen. Unter dem Gefühl der Bedrohung habe sie damals vor Gericht die Unwahrheit gesagt. Falatis Angaben belasten Winnie Mandela schwer und ziehen sie zudem in einen zweiten Fall hinein – den Mord an einem Arzt, der „Stompie" untersucht hatte.

Ehepaar Mandela

Mit den Aussagen der früheren Freundin beschäftigt sich nun auch die Sicherheitsabteilung des ANC. Winnie Mandela habe – so Falati – eine Todesliste entworfen, auf der auch der Generalsekretär der Organisation und mögliche Mandela-Nachfolger Cyril Ramaphosa gestanden habe.

Neue Bankregeln

Die neue bürgerliche Koalitionsregierung in Stockholm will im Mai die schwedische Bankengesetzgebung den EG-Regeln anpassen. Dabei wird auch erwogen, künftig „öffentliche Repräsentanten" – in der Regel Parteipolitiker – aus den Aufsichtsräten von Banken und Sparkassen auszusperren. Dort sollten die Politiker bislang Transparenz und Kontrolle der Bankgeschäfte garantieren. „Das hat sich nicht bewährt", heißt es aus dem Finanzministerium. Anlaß für die geplante Reform sind leichtfertige Geschäftsgebaren schwedischer Großbanken Ende der achtziger Jahre. Sie vergaben Milliardenkredite an Finanzgesellschaften, die ihrerseits ebenso hemmungslos Riesenkredite vor allem für Immobilienkäufe, aber auch internationale Kunst- und Antiquitätenspekulationen gewährten. Nun stehen fast alle schwedischen Banken mit riesigen Kreditverlusten da. Första Sparbanken, die führende Sparkasse des Landes, mußte jüngst fast sechs Milliarden Kronen an verlorenen Krediten abschreiben, Schwedens größte Bank Skandinaviska Enskilda Banken immerhin fast fünf Milliarden. Insgesamt belaufen sich die Kreditverluste der schwedischen Banken und Sparkassen inzwischen auf etwa 50 Milliarden Kronen (rund 14 Milliarden Mark).

Sohn, Vater Bush

Ordnung durch den Junior?

Im Weißen Haus herrscht Depression. Helfer bezeichnen den Gemütszustand von George Bush mal als „erbärmlich", mal als „irritiert" oder „bekümmert". Der Präsident hatte einen Wahlkampf erwartet, der ihn quasi im Spaziergang zur zweiten Amtszeit führen sollte. Statt dessen sacken seine Beliebtheitswerte kontinuierlich ab. Bush schiebt die Schuld daran auf den Stab des Weißen Hauses sowie auf eine schwache Wahlkampfleitung, deren Chefs offenbar schlecht kooperieren. In vergangenen Wahlkämpfen hatte sich Bushs Vertrauter, Außenminister James Baker, als brillanter Stratege erwiesen. Doch die naheliegende Lösung, Baker für Ordnung im Weißen Haus sorgen zu lassen, wird es vorerst nicht geben. Bush will sich nicht vorwerfen lassen, daß sein politisches Überleben wieder einmal von Baker abhängt. Baker wiederum will lieber als Staatsmann angesehen werden und nicht als Wahlmanager. Sein Vorschlag, Verteidigungsminister Richard Cheney zum Stabschef im Weißen Haus zu ernennen – eine Aufgabe, die dieser unter Präsident Gerald Ford zwei Jahre lang hervorragend bewältigt hatte –, empfand der Pentagon-Chef als Zumutung. Nun hat Bush seinen Sohn George, 45, ins Weiße Haus geholt, um Abhilfe zu schaffen. Der Präsidentensproß, Mitbesitzer und Manager eines Baseballteams in Texas, soll sich um Innenpolitik, um Terminplanung und vor allem um die

Solche Beschuldigungen nähren den Verdacht mancher Freunde, Winnie Mandela sei seelisch schwerkrank. Sie habe die langen Jahre der Trennung von ihrem Mann nicht verkraftet, leide unter einem Alkoholproblem und an Schizophrenie.

Jahrzehntelang hatte das Apartheidregime die Mutter zweier Töchter verfolgt, verbannt und verhaftet. 1985 trotzte sie den Sicherheitskräften und kehrte aus ihrem Verbannungsort Brandfort nach Soweto zurück. Ihr Aufstieg zur „Mutter der Nation", zur „Königin Afrikas" begann. Zahllose Preise wurden ihr verliehen, ein Besuch in ihrem Haus im Soweto-Stadtteil Orlando West gehörte zum Pflichtprogramm jedes kritischen Südafrika-Reisenden.

Damals schon, so beobachteten Mitarbeiter und Freunde der sich immer exzentrischer gebärdenden Frau, habe der Abstieg der von der eigenen Bedeutung überforderten Winnie Mandela begonnen. Jetzt glauben nur noch wenige ihren beschwörenden Dementis. Nelson Mandela, urteilen Vertraute, werde sich schwertun, sie zu verlassen: „Er fühlt sich verantwortlich für sie – wie ein Vater für seine mißratene Tochter."

Redenschreiber des Präsidenten kümmern, mit deren Leistung der notorische Schwachredner Bush nicht zufrieden ist. Dem Junior geht der Ruf eines Henkers voraus – bei seinem letzten Aufenthalt im Weißen Haus vor vier Monaten hatte er den sich heftig sträubenden damaligen Stabschef John Sununu zum Rücktritt bewegt. Diesmal in der Schußlinie des Bush-Sohns: der neue Stabschef Samuel Skinner und sein Stellvertreter Henson Moore.

Kairo: Tod für Sex-Täter

Das ägyptische Parlament verschärfte vorige Woche die Sittengesetzgebung. Vergewaltigungen und selbst „gröbliche Belästigungen" sollen künftig mit der Todesstrafe geahndet werden. Anlaß lieferten vier Jugendliche, die kürzlich am hellichten Tage im Zentrum von Kairo vor den Augen zahlreicher Passanten ein Mädchen überfielen. Daraufhin fühlte sich die Regierung zu rigoroseren Strafandrohungen genötigt, um der islamischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die einflußreiche Moslembruderschaft hatte den brutalen Überfall zum Anlaß genommen, um Präsident Mubarak zur raschen Einführung der islamischen Rechtsprechung zu bewegen – als Vorstufe zur Bildung einer Islamischen Republik Ägypten.

Hasch unter der Erde

Die amerikanischen Drogenfahnder, die gemeinsam mit dem Pentagon und der CIA gegen südamerikanische Kokain-Produzenten und -Lieferanten vorgehen, tun sich schwer im Kampf gegen Rauschgift-Hersteller im eigenen Land. Trotz Vernichtungsaktionen der Drug Enforcement Administration (DEA) erzeugen einheimische Marihuana-Anbauer auf Hawaii, im Tabakstaat Kentucky oder in Kalifornien unverdrossen weiter Hanf. Viele Produzenten haben mittlerweile ihre Saat in unterirdische Treibhäuser gesetzt, die von den Aufklärungsflugzeugen der DEA kaum entdeckt werden können. Eine Gegenmaßnahme der Drogenfahnder: Lieferanten und Besteller von Berieselungsanlagen, die für die Bewässerung der unterirdischen Hanffelder notwendig sind, werden überprüft.

Beschlagnahmte Hanfstauden

Ungarn will Schutzschild

Gyula Horn, der als ungarischer Außenminister 1989 wesentlich zur Öffnung des Eisernen Vorhanges beigetragen hatte und nun als Abgeordneter der Sozialistischen Partei im Budapester Parlament sitzt, forderte vergangene Woche den Beitritt seines Landes zur Nato. Aus „Gründen der nationalen Sicherheit" sei der rasche Beitritt des ehemaligen Ostblock-Staates ins westliche Verteidigungsbündnis notwendig. Denn außer in Österreich drohten in allen Nachbarländern Ungarns nationale Konflikte, die sich zu Bürgerkriegen zuspitzen und zu Grenzkonflikten führen könnten. Von der Nato erhofft sich der Ex-Kommunist einen „Schutzschirm", den sein Land nötiger habe denn je: „Die Stärkung unserer Sicherheit ist eine existentielle Frage geworden. In der ungarischen Bevölkerung wächst die Sorge, daß wir in eine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt werden könnten."

Gaddafi von Vize bedroht

Gaddafi, Vize Dschallud

Wenn Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi sich dem Uno-Ultimatum beugt und die beiden mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter ausliefert, droht ihm ein innenpolitischer Konflikt mit möglicherweise weitreichenden Folgen. Die beiden verdächtigen Geheimdienstoffiziere Amin Chalifa Fuheima, 35, und Abd el-Bassit Ali el-Mikrahi, 39, gehören dem Makraha-Stamm an. Dieser größte und einflußreichste aller libyschen Beduinenstämme siedelt vor allem in den Wüstengebieten um die Erdölfelder. Prominentester Makraha-Vertreter im Regime ist Gaddafis Stellvertreter Abd el-Salam Dschallud. Auch früher schon war Dschallud gelegentlich mit Kritik an der angeblich zu nachgiebigen Politik Gaddafis hervorgetreten. Für den Fall der Auslieferung seiner Stammesbrüder drohte Dschallud jetzt mit der Zerstörung libyscher Erdölanlagen: „Ich werde sie alle in die Luft jagen. Das Inferno in Kuweit wird dagegen nichts sein." Gaddafi, selbst Abkömmling eines kleinen und unbedeutenden Stammes, ist auf das Wohlwollen und die Unterstützung seines Vize angewiesen. Gegen den Widerstand des Makraha-Stammes könnte er sich nur schwer an der Macht behaupten.

Wahlsieger Major: Der Reparaturauftrag ging zum viertenmal an dieselbe Werkstatt

„Graue Maus wird Supermann"

Briten-Premier John Major ist endgültig aus dem Schatten der Übermutter Margaret Thatcher herausgetreten. Nach seinem unerwarteten Wahlsieg, dem vierten hintereinander für die Konservativen, muß er nun die verkrusteten Institutionen reformieren und die längste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren überwinden.

Wenn jemand dreimal den Klempner kommen läßt und immer noch „bis zur Hüfte im Wasser steht", dann – so veranschaulichte Labour-Führer Neil Kinnock den Zustand der Briten-Nation – rufe der Geschädigte diesen Versager nie mehr zu Hilfe.

Der Oppositionschef täuschte sich gewaltig: Das Britenvolk vergab den Reparaturauftrag ein viertes Mal an dieselbe Werkstatt.

Seit 150 Jahren hat in Großbritannien keine Partei eine solche Siegesserie geschafft wie die Tories, die am vorigen Donnerstag mit 336 Mandaten eine klare absolute Mehrheit vor Labour (271 Abgeordnete) und den tief enttäuschten Liberaldemokraten (20 Sitze) errangen. „Das erstaunlichste Resultat in der modernen Geschichte", wunderte sich ein BBC-Kommentator.

John Major, 49, der vor knapp 18 Monaten als Erbe Margaret Thatchers ohne Wählerauftrag in Downing Street 10 eingezogen war, kann sich nun auf ein selbstverdientes Mandat stützen. „Schön, wieder zurück zu sein", begrüßte der Premier mit neuem Selbstbewußtsein das wie Schloßbedienstete zum Gratulieren aufgereihte Personal in seinem Amtssitz.

Die Höhe des Wahlsiegs – 43 Prozent für die Tories, 35 Prozent für Labour, 18 Prozent für Liberaldemokraten – blamierte die Meinungsbefrager. Die hatten fast ausnahmslos bis zum Urnengang einen Labour-Sieg vorhergesagt. Alle objektiven Gründe schienen für die Richtigkeit ihrer Prognose zu sprechen: Großbritannien steckt in der längsten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren, die von der nach 13 Jahren an der Macht abgenutzten Regierungspartei zumindest mitverschuldet ist. Und mit Major führte ein Mann die Konservativen ins Rennen, der stets als farbloser Verwalter beschrieben worden war.

Doch die Briten zeigten wieder einmal, daß sie nichts von Experimenten halten. Mißtrauen gegen Herausforderer Kinnock, Angst vor unstabilen Verhältnissen und Widerwille gegen Steuererhöhungen hielten die Mehrheit bei der Major-Partei.

Tiefe Verzweiflung packte Labour: Wenn schon nicht mitten in einer tiefen Rezession, wann wollen die Linken dann je die Tories schlagen? „Die Konservativen haben sich als die natürliche Regierungspartei etabliert", kommentierte der Politologe und Publizist Martin Jaques den abermaligen Wahlsieg.

Typisch für die Briten: Den europäischen Trend zu Regionalgruppen, Splitter- und Protestparteien machten sie nicht mit. „Das Vereinigte Königreich", erklärte Jaques ironisch, „ist noch kein europäisches Land."

Fast im Alleingang überzeugte der zurückhaltende Major seine Landsleute davon, daß maßvolle Reformpolitik dem Land besser aus der Krise helfen könne als die von Kämpfer Kinnock geplante Brachialkur etwa durch massive Steuererhöhungen. „Viele Wähler wollten eine Wende", sagt Politprofessor Howard Machin von der London School of Economics, „aber sie wünschten keinen Umbruch nach Labour-Manier."

Für Kinnock war es die zweite persönliche Pleite nach der Niederlage gegen Maggie Thatcher 1987. „Das Land hätte etwas Besseres verdient", knurrte der Labour-Führer trotzig am Freitag; dann deutete er Rücktrittsabsichten an, mit denen er einer Abwahl durch seine frustrierten Genossen zuvorkommen will: Er wolle sich nur noch um seinen Wahlkreis kümmern oder sich „sonstwie zur Verfügung stellen". Nachfolger stehen schon bereit, zum Beispiel der populäre Schattenschatzkanzler John Smith.

Mißglückt ist Kinnocks Versuch, die während des Thatcher-Wirtschaftswunders zu den Tories übergelaufene untere Mittelklasse für Labour zurückzuerobern. „Mit 22 000 Pfund Jahreseinkommen haben wir die Schwelle für Steuererhöhungen zu tief angesetzt", erkannte reumütig der Labour-Abgeordnete Ken Livingstone. „Der Mittelstand fühlte sich bedroht."

Den Rest gab dem sommersprossigen Waliser Kinnock die übermächtige Rechtspresse. Unablässig, nicht selten mit tückischen, erfundenen Geschichten, droschen Massenblätter wie *The Sun*, *Daily Mail* oder *Daily Express* auf den Linkskandidaten ein. Der Karikaturist des *Evening Standard* zeichnete die Labour-Kundgebung von Sheffield als Reichsparteitag, stiernackige SS-Typen schwenkten Banner mit Hammer und Sichel statt mit Hakenkreuzen – von britischer Fairneß keine Spur.

Befreit von der Last, ein Premier auf Probe zu sein, braucht Thatcher-Nachfolger Major nun kaum noch Rücksicht auf die rechten Thatcheristen zu nehmen, die bislang so gern gegen ihn stichelten. Wie er die neue Freiheit nutzt, kann sich bald zeigen: Am 1. Juli übernimmt Britannien für ein halbes Jahr die EG-Ratspräsidentschaft und muß die Zwölfergemeinschaft bei so wichtigen Ereignissen wie dem europäischen Gipfel in Edinburgh führen. Da kann Major zeigen, ob er sich endgültig über die antieuropäischen Haßgefühle der Thatcher-Fans hinwegsetzen und Britannien enger in die geplante europäische Union einbinden wird.

Innenpolitisch will der bestätigte Premier – wieder einmal – die „Rezession besiegen", wie er Ende voriger Woche versprach. Teil-Privatisierung der Eisenbahn und der Kohleindustrie, private Konkurrenz für die Post sowie Steuererleichterungen sollen die Konjunktur ankurbeln.

Die Krise hat Britanniens Soziallandschaft sichtbar zernarbt: 2,6 Millionen Menschen sind arbeitslos, 850 000 mehr als bei Majors Amtsantritt vor 17 Monaten. Nachts kampiert in Eingängen von Londoner Luxusboutiquen unter Decken und Kartons ein Heer von Obdachlosen. „Das sind die Leute, auf die man tritt, wenn man aus der Oper kommt", ärgerte sich der bisherige Tory-Wohnungsminister Sir George Young.

Zehntausende von Jugendlichen lungern oft bettelnd und drogenabhängig herum; weil sie nie einen Job hatten, haben sie keinen Anspruch auf Staatsbeihilfen.

Allein in den letzten zwölf Monaten sind 50 000 britische Unternehmen bankrott gegangen. Nach Erhebungen der Londoner „Low Pay Unit" leben 10,3 Millionen Briten, ein Viertel davon Kinder, unterhalb der Armutsgrenze.

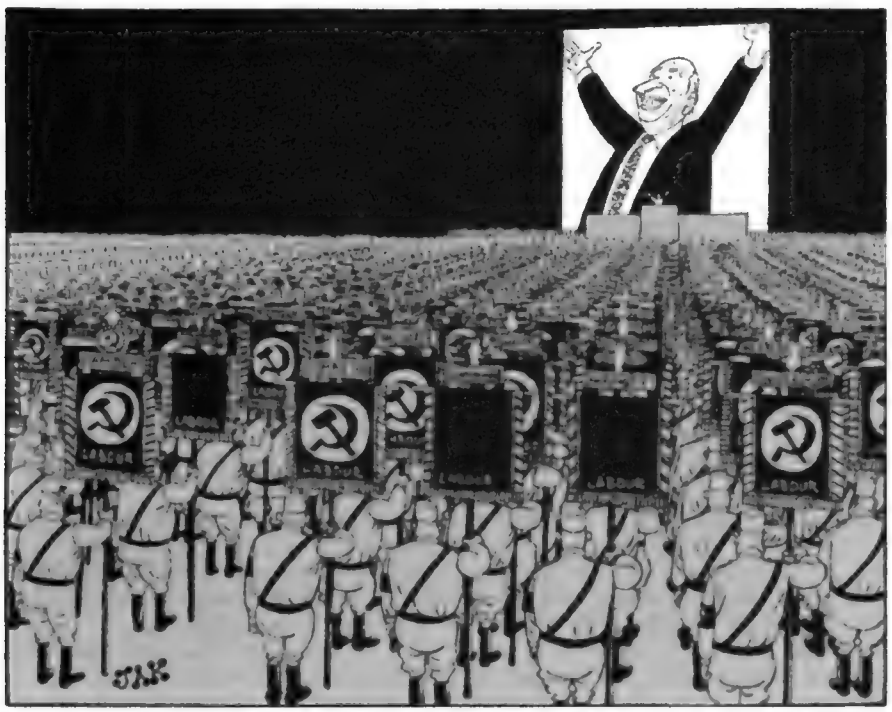
Mit dem Einkommen sank die Moral: Britannien hat heute die höchste Kriminalitätsrate aller EG-Staaten. Die sonst so gelassenen Inselbewohner sind zu einer „Nation von Beschwerdeführern" (*The Times*) geworden, Klagen prasseln nur so gegen Polizei und British Railways, Rathäuser und Versicherungen. Selbst eine der gepflegtesten Tugenden der Briten, die Tierliebe, verkommt: Vorigen Monat meldete der königliche Tierschutzbund betroffen Rekordzahlen an Tierquälerei.

Major muß zudem einen Staat reformieren, der als Mutter der Demokratie gilt, aber den Ansprüchen einer modernen Demokratie kaum noch gerecht wird. Für den früheren Labour-Minister Tony Benn, der eine geschriebene Verfassung entworfen hat, ist die Britendemokratie nur noch „Ritual um eine hohle Hülse"; Liberalenführer Paddy Ashdown sieht das System allenfalls „dem 19. Jahrhundert angemessen".

Beim flüchtigen Hinsehen scheint Britannien noch immer demokratischer zu funktionieren als andere Staaten: Im Unterhaus wird wortgewaltig debattiert, an Postschaltern und Bushaltestellen drängelt sich niemand vor, noch immer drehen Londons Bobbys unbewaffnet ihre Runden um Piccadilly Circus.

Über Jahre haben Bombenattentate der terroristischen IRA mitten in London – die vorerst jüngsten forderten am Tag nach der Wahl mehrere Todesopfer – die Briten nicht aus der Fassung gebracht; der nationale Konsens blieb erhalten: Wer frei leben wolle, müsse

Wahlverlierer Kinnock, Ehefrau: „Das Land hätte etwas Besseres verdient"



Anti-Labour-Karikatur: Von britischer Fairneß keine Spur — Evening Standard

auch Risiken in Kauf nehmen, meinten alle Parteien.

Doch wie die alte sieht sich auch die neue Tory-Regierung der immer lauteren Forderung von zwei Dritteln der Bevölkerung gegenüber, das Regierungssystem gründlich zu verändern. Regierende und Regierte steuern auf einen „frontalen Zusammenstoß" zu, so der wiedergewählte liberale Abgeordnete Archy Kirkwood. Selbst das Tory-nahe Institute of Economic Affairs ruft nach „tiefgreifenden Verfassungsreformen" fürs Königreich.

Zwei der höchsten Staatsinstanzen, Königin und Oberhaus, sind nicht durch den Volkswillen legitimiert. Der Premierminister kann das Oberhaus mit Günstlingen auffüllen, gleichzeitig aber, wie vor fünf Wochen, das gewählte Unterhaus nach Gutdünken auflösen. Der Regierungschef ernennt den Erzbischof von Canterbury und die höchsten Richter. Margaret Thatcher zwang der Inselmonarchie gegen den Willen einer Volksmehrheit die verhaßte Kopfsteuer auf (die dann ihren Sturz beschleunigte); ihr Nachfolger John Major führte Britannien in den Krieg gegen Irak, ohne das Parlament auch nur zu konsultieren.

Britannien kennt keine verankerten Grundrechte wie Versammlungs- oder Redefreiheit. So konnte die Regierung Radio- und TV-Anstalten Interviews mit Vertretern von elf verpönten Organisationen verbieten. Angehörige der (legalen) Sinn Fein, des politischen Arms der terroristischen IRA, klappen im Fernsehen wie Karpfen den Mund auf und zu; der Ton wird ihnen jeweils abgedreht.

Kinnocks Labour Party ebenso wie Paddy Ashdowns Liberaldemokraten versprachen, die verkrustete Inselmonarchie in einen offeneren, föderalistisch angehauchten Staat umzuwandeln.

Major wollte die Geheimniskrämerei der Ministerien und Behörden bislang nur kosmetisch mildern – immerhin sagte er zu, nun zu „überprüfen", ob der Zugang zu Regierungsinformationen künftig erleichtert werden soll.

In Schottland widerstanden die Tories den neuen Forderungen nach Autonomie. „Das Vereinigte Königreich droht auseinanderzubrechen", hatte Major noch vier Tage vor den Wahlen gejammert. Zwar dominiert Labour wegen seines Versprechens, den Schotten ein eigenes Parlament mit viel Selbstverwaltung zu geben, weiterhin den hohen Norden: Von den 72 dort zu vergebenden Parlamentsmandaten gewann die Kinnock-Partei 49.

Aber die Tories konnten sich leicht verbessern (elf Sitze statt bisher neun), und die separatistische „Scottish National Party" brach gar gewaltig ein: Sie verlor zwei ihrer fünf Mandate. Obwohl die fünf Millionen Schotten mehrheitlich nach mehr Selbstregierung rufen, schreckten sie offenkundig doch vor einem Bruch der 285 Jahre alten Union mit England zurück.

Schon als John Major das erstemal als Premierminister vor Downing Street 10 posierte, verhieß er dem Klassenstaat Britannien die „klassenlose Gesellschaft", in der Chancengleichheit und Leistungsprinzip herrschen sollten – einen Staat eben, in dem ein Junge wie Major aus dem Londoner Arbeitervorort Brixton Premierminister werden kann.

Das Versprechen muß er erst noch erfüllen. Denn die „upper class" ist weitgehend intakt geblieben; unverändert sind edle Herkunft, renommierte Schulnamen wie Eton sowie Oxford- und Cambridge-Diplome Freifahrtscheine für Karrieren in Politik, Justiz und Diplomatie. In der alten Tory-Fraktion im Unterhaus gehörten 166 Abgeordnete der „Oxbridge"-Zunft an.

Ende Februar stimmten 187 Tory-Abgeordnete, unter ihnen 14 Minister, im Unterhaus ein von Linken vorgelegtes Gesetz zum Verbot grausamer Fuchshatzen nieder – mit ihrem Votum für die Traditionsjagd wollten sie demonstrativ ein Stück britisches Elitetum aufrechterhalten.

Die „upper class" lebte in den Thatcher-Jahren in einem wahren Goldrausch. Nur „Geldmachen zählte", erinnerte sich verächtlich der frühere Tory-Premier Edward Heath. Zahllos sind die Pressestorys über krumme Geschäfte des zum Multimillionär aufgestiegenen Thatcher-Sohns Mark; „Mum" hielt stets die schützende Hand über ihn.

Die Unterklasse dagegen wurde in den Thatcher-Jahren systematisch geduckt: Armut war ein Indiz für persönliches Versagen, Arbeitskämpfe galten als geradezu asozial. Die Tories sorgten dafür, daß die Streikexzesse der siebziger und achtziger Jahre stets in Erinnerung blieben.

Obwohl der Labour-Führer den ganzen Wahlkampf über zu den Genossen von den Gewerkschaften auf Distanz hielt, trug deren früherer Ruf weiter zum negativen „Kinnock-Faktor" bei: Brave Briten fürchteten, daß eine Labour-Regierung den „trade unions" ihre alte Macht – und den alten Schrecken wie zu Zeiten des Bergarbeiterführers Arthur Scargill – wiedergeben könnte.

Kinnocks Ankündigung, er werde die europäische Sozialcharta unterschreiben und der sich sträubenden Industrie einen gesetzlichen Mindestlohn für Arbeiter aufzwingen (3,40 Pfund die Stunde), reichte da, um die Erinnerung an durch Arbeitskämpfe stillgelegte Fabriken, Krankenhäuser und Elektrizitätswerke wiederaufleben zu lassen.

Wenn am 6. Mai die Queen vor dem Unterhaus mit Pomp und Krone die Thronrede verliest – geschrieben wird sie vom Premierminister –, dürften die geschlagenen Linken zumindest eine Trostpille verabreicht bekommen: In seiner Angst vor einer Niederlage hatte Major geschworen, den staatlichen Gesundheitsdienst nicht mehr anzutasten.

Anderthalb Jahre lang setzten die britischen Medien den Premier als Zauderer und Bankschaltertypen herab. Nun leistete der *Evening Standard* stellvertretend Abbitte: Die „graue Maus" sei zum „Supermann" aufgestiegen.

Wir bringen Ihr Banking auf den Punkt.

Geschäftlich und privat.

Leistung ist es, was Sie überzeugt. Als Unternehmerpersönlichkeit und Privatperson stellen Sie hohe Ansprüche an Ihre Bank. Effektive Finanz-Konzepte sind Ihnen ebenso wichtig wie die individuelle Betreuung Ihres Vermögens. Beides leisten wir gern für Sie. Und noch viel mehr. Kompetent, schnell, flexibel – und immer punktgenau. Eingebunden in eine internationale Bankengruppe und mit der persönlichen Atmosphäre einer hanseatischen Privatbank. Probieren Sie es aus. Anruf genügt.

KB

KREDIETBANK-BANKVEREIN AG

DIE BANK FÜR IHREN ERFOLG

Bremen · Düsseldorf · Frankfurt/Main · Berlin
Hauptsitz Bremen, Wachtstraße 16, Tel. 0421-36841 · Niederlassung Düsseldorf, Bahnstraße 17, Tel. 0211-130750
Niederlassung Frankfurt, Mendelssohnstraße 75–77, Tel. 069-7561930 · Niederlassung Berlin, Storkower Straße 97, Tel. 00372-43201215

WACHTER BREMEN

Rußland

Alles zerstört

Moskauer Volksdeputierte wollten Jelzins Macht stutzen. Der Präsident lenkte ab – mit dem Griff nach der Schwarzmeerflotte.

Vor der malerischen Krimküste bezogen Landungsschiffe und Kreuzer Drohposition, der Stab der Schwarzmeerflotte über der Bucht von Sewastopol igelte sich hinter Panzern ein, Marineinfanteristen faßten Posten.

Das ukrainische Parlament debattierte den Abzug des Botschafters aus Rußland, den Austritt aus dem Kunstgebilde GUS und einen Notruf an den Uno-Sicherheitsrat. Der Abgeordnete Tolubko, ein General, legte am letzten Mittwoch detaillierte Pläne eines „atomaren Verteidigungsschildes gegen das aggressive Rußland" vor: vier Dutzend strategische Raketen (Reichweite: 10 000 Kilometer) rund um Kiew, um dem nördlichen Nachbarn die „territorialen Gelüste" auf die Krim zu nehmen.

Rußlands Präsident Boris Jelzin hatte seinen Vize Alexander Ruzkoi in die Flottenzentrale Sewastopol entsandt. Auf einer Kapitänsversammlung verkündete der Afghanistan-Haudegen, die Krim gehöre zu Rußland, die 373 Schiffe der Schwarzmeerflotte (Wert: 15 Milliarden Dollar) müßten wieder die alte zaristische Andreas-Flagge hissen.

„Ein Schlag gegen unsere territoriale Integrität", kommentierte Ukraine-Präsident Leonid Krawtschuk, „sämtliche Schiffe in ukrainischen Häfen gehören uns." Er unterstellte sie dem eigenen Oberbefehl und setzte einen Admiral ein: Laut GUS-Abkommen vom Dezember dürfe „nur derjenige Staat, auf dessen Territorium sich die militärischen Einheiten befinden", über ihre Weiterverwendung entscheiden – Eigenbedarf oder Abgabe an die GUS.

Jelzin reagierte tags darauf mit einem analogen Ukas, ein zweiter Kommandostab etablierte sich in Sewastopol. Die Matrosen konnten sich aussuchen, wessen Befehl sie folgen wollten.

Der Kalte Krieg zwischen Rußland und der Ukraine hatte den banalen Zweck, die Macht der Herrschenden zu stabilisieren. Jelzin empfahl sich als Vater des Vaterlands dem russischen Volkskongreß, der vorige Woche im Großen Kremlpalast tagte.

Dieses Parlament ist ein Fossil aus kommunistischer Zeit: Vor zwei Jahren aus halbfreien Wahlen hervorgegangen, sind 86 Prozent seiner 1046 Abgeordneten ehemalige Kommunisten; drei Viertel dienten als Funktionäre dem alten Regime. Nach dem gescheiterten Putsch vom vorigen August hatte Jelzin versäumt, den Volkskongreß aufzulösen – im Vertrauen auf das eigene, bislang noch ungeminderte Ansehen beim Volk.

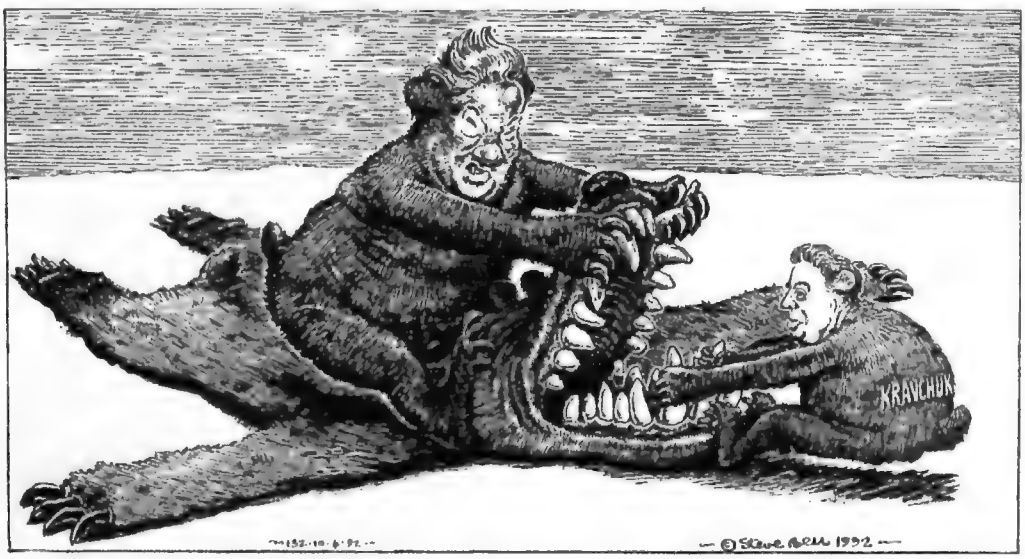
Doch die Abgeordneten nutzten die Gelegenheit, die Krise in Rußland dem Präsidenten anzulasten; das Amt des Premiers, das sie Jelzin im November auch noch überlassen hatten, wollten sie ihm nun wieder nehmen.

„Sie haben die Russen getäuscht", empörte sich sein einstiger Präsidentschaftsrivale Aman-geldi Tulejew. „Alles, was zu zerstören war, haben Sie in Rußland bereits zerstört."

Parlamentsvize Woronin forderte die Rückkehr zur Planwirtschaft. Selbst der Chef der russischen Zentralbank, Georgij Matjuchin, fiel seinem Vorgesetzten in den Rücken: Rußlands Reform sei nichts weiter als eine „Ausplünderung des Volkes". Als Jelzin eingriff und darauf verwies, der Wert des Rubel habe sich verdoppelt – von einem halben auf einen ganzen US-Cent –, erntete er nur Gelächter.

Zur Beruhigung der aufgebrachten Industrielobby und der konservativen Kolchosenchefs bot Jelzin schließlich Korrekturen an: verminderter Steuerdruck, Investitionsförderung, 70 Milliarden Rubel für die Landwirtschaft. Fürs Volk versprach er eine Erhöhung der Mindestrenten auf 800 Rubel.

Getreue verbreiteten auf den Fluren des Kremlpalasts ein Gerücht: Jelzin werde am 12. Juni, dem Jahrestag seiner triumphalen Wahl zum Präsidenten,



The Guardian

Jelzin hatte noch vor Kongreßbeginn sein Kabinett umgebildet, den Reform-Manager Jegor Gaidar etwas aus der Schußlinie genommen und in einer 200-Seiten-Analyse den Wirtschaftsaufschwung nunmehr für Anfang 1993 prophezeit.

Wie ein Buddha saß Jelzin mit verschlossener Miene allein in der obersten Reihe der Präsidiumstribüne vor einer Fahne Rußlands und hörte sich stundenlang das Protest-Stakkato der feindlichen Parlamentarier schweigend an. Vor Anhängern hatte er zuvor erklärt, Parlamentarismus sei derzeit für Rußland „Selbstmord".

„Das letzte Mal, daß eine Regierungsbildung sich nach Gesetzen wie den unseren vollzog, war unter Mussolini", donnerte der Deputierte Poloskow unter Applaus. Da stand Jelzin auf und verließ den Saal. Per Abstimmung (606 gegen 149 Stimmen) wurde er zurückbeordert, um weiter zuzuhören.

landesweit per Referendum die Vertrauensfrage stellen. Oder Neuwahlen würden ausgeschrieben – eine Drohung, den Volkskongreß auseinanderzujagen.

In einem Vierteljahr erweise sich, daß die Reformen unumkehrbar seien, bis dahin wolle er noch Premier bleiben, bot Jelzin an. Er werde auch einige „erfahrene, glaubwürdige Leute aus der Industrie" ins Kabinett aufnehmen. Mit diesem Kompromiß setzte er sich durch.

Im Ukas-Krieg mit der Ukraine hatte er tags zuvor schon in zwei Telefongesprächen einen Waffenstillstand geschlossen: Jelzin wie Krawtschuk hoben ihre Befehle auf; Parlamentarier sollen aushandeln, wem die Schwarzmeerflotte gehört – die niemand braucht.

„Boris Nikolajewitsch und ich", reagierte Kollege Krawtschuk nun fast familiär, „müssen Weisheit und Ruhe zeigen in dieser Situation."

Der Eigenputsch des Don Fuji

SPIEGEL-Reporter Carlos Widmann über die Abschaffung der Demokratie in Peru

Als der langsam näherkommende Strahl des Wasserwerfers den Mann im weißen Hemd erreichte, hatte der Getroffene einen genialen Einfall: Statt zurückzuweichen, blieb er lächelnd stehen – und machte eine höfliche Verbeugung.

Das ging natürlich nur, weil die Wasserkanone keineswegs mit vollem Druck arbeitete; sie zielte ja am letzten Montag nur schonend auf peruanische Parlamentsabgeordnete. Und der unbekannte Volksvertreter wußte die Fernsehkameras auf sich gerichtet, als er im künstlichen Regen seine kleine Zeremonie vollführte: Die Hände an der Hosennaht, verneigte er sich in Zeitlupe, förmlich, tief – genau wie ein Japaner.

Der Hintersinn dieser Steißbeuge konnte keinem Mitglied der gebildeten Stände Perus verborgen bleiben. Der Abgeordnete richtete offenkundig einen sarkastischen Gruß an seinen Staatspräsidenten, der in der Nacht davor den Notstand ausgerufen und sich die Vollmachten eines Diktators verschafft hatte: Der 53jährige Alberto Kenya Fujimori, genannt „El Chino", genannt „Don Fuji", genannt auch „Hirohito", ist ein Nisei – ein Peruaner, dessen Eltern aus Japan eingewandert sind.

Anspielungen auf die ethnische Herkunft des Staatschefs, des ersten Asiaten auf einem Präsidentenstuhl der westlichen Hemisphäre, sind nichts Ungewöhnliches mehr. Als am Donnerstag die Angestellten des geschlossenen, von Militärs umstellten Parlaments demonstrierten, trugen sie eine Fujimori-Karikatur vor sich her; sie zeigte den Präsidenten als schlitzäugigen Mandarin.

Die Oberschicht hatte sich im Juni 1990 nur mühsam damit abfinden können, daß ein Nichtweißer – in der Stichwahl gegen den Schriftsteller und peruanischen Weltbürger Mario Vargas Llosa – zum Präsidenten gewählt worden war. Schon damals wechselte Don Fuji die lilienweiße Führung von Marine und Luftwaffe aus und stützte sich fortan auf das von Indios und Mestizen beherrschte Heer, um überhaupt mit dem Regieren beginnen zu können.

Jetzt aber, fast zwei Jahre später und am dritten Tag nach dem Putsch, kann der Präsident es sich leisten, selber diskret seine asiatische Herkunft auszuspielen: In einer Rede vor dem peruanischen Exporteursverband hebt Fujimori hervor, daß die Menschen ihm auf den Straßen von Lima neuerdings mit dem Ruf „Dale, Chinito!" (Vorwärts, kleiner Chinese) zujubelten.

Präsident Fujimori
Triumphzug durch die Hauptstadt

Der Chinito hat Mut. Dies ist schließlich das Land mit der (nach den kambodschanischen Khmer Rouge) radikalsten, schlagkräftigsten und grausamsten Guerilla-Armee der Welt, den Kämpfern des Sendero Luminoso, des Leuchtenden Pfades; doch der Präsident der Republik streckt sich geschmeidig durchs offene Fenster seines gepanzerten Mercedes und fährt – den Kopf und den Oberkörper nach allen Seiten darbietend – eine halbe Stunde lang im Schrittempo durch das Menschengewimmel von Lima.

„Dale, Chinito!" rufen sie tatsächlich, die Familien auf den Trottoirs, die sich in der Siebenmillionenstadt Lima zu Hunderttausenden im Straßenhandel durchschlagen oder unter choleraträchtigen Bedingungen ihren köstlichen Ceviche, den rohen, mit Limone und Zwiebeln marinierten Fisch, zum Verzehr anrichten. Ganz anders als die Abgeordneten und Senatoren, die nun zum großen Teil in den feinen Vorstädten San Isidro und Miraflores unter Hausarrest stehen, haben diese Menschenmassen eine vorwiegend kupferbraune Hautfarbe.

Nur wenig mehr als zehn Prozent der 23 Millionen Peruaner sind reine Weiße, vielfach Abkömmlinge der Konquistadoren; die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Indios, der große Rest aus Mestizen.

Es fällt der Mehrheit der Peruaner somit nicht allzu schwer, sich nach beinahe einem halben Jahrtausend weißer Herrschaft zumindest probehalber mit dem „Chinesen" Fujimori zu identifizieren – diesem Sohn eines japanischen Blumenhändlers, der Agrarwissenschaft studieren durfte und als Nichtweißer ebenfalls unter dem Dünkel der Elite zu leiden hatte.

Seine Partei Cambio 90 (Wechsel 90) hat Don Fuji erst im September 1989 gegründet, als er noch ein völlig Unbekannter war. Sieben Monate darauf erzielte er gegen seinen Mitbewerber Mario Vargas Llosa, den auf der Welt bekanntesten Peruaner, bei der Stichwahl um die Präsidentschaft 56 Prozent der Stimmen (gegenüber nur 36 für Vargas Llosa). Beinahe zwei Jahre später, und eine Woche vor seinem Verfassungsbruch, bekam Don Fuji in den Meinungsumfragen eine Zustimmungsrate von 66 Prozent.

Putschen ist vorerst populär in Peru: Nach der Ausrufung seiner „Notstandsregierung des nationalen Wiederaufbaus" hat Alberto Fujimoris Beliebtheit – Umfragen von Meinungsforschern zufolge, deren Zuverlässigkeit unbestritten ist – die verblüffende Höhe von 75 Prozent erreicht; nur 19 Prozent sprachen sich letzte Woche gegen ihn aus.

Für das trübselige Schicksal der 60 Senatoren und 180 Abgeordneten im geschaßten peruanischen Parlament scheint indessen nur eine Minderheit ein

Herz zu finden: Trotz der Zensur hat Lima TV der Nation schon am Abend nach dem Putsch zeigen können, wie die Soldaten gegen ungebärdige Parlamentsmitglieder vorgingen – mit zufälliger, nachlässiger, betont unzimperlicher Gewaltanwendung; die Reaktion des Volkes auf die Tritte und Knüffe gegen seine gewählten Vertreter war augenscheinlich weniger von Empörung als von Schadenfreude geprägt.

Aus den frühen siebziger Jahren, als in Peru linksnationalistische Putschgeneräle zwar ehrlich, aber erfolglos einen „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchten, stammen die schweren sowjetischen Waffen: Schützenpanzer riegeln das Geviert um den ehrwürdigen Palacio Pizarro ab, in dem Präsident Fujimori die meiste Zeit residiert, und sperrige Ungetümer mit erigierten Kanonenrohren bewachen den Sitz des Obersten Gerichtshofs, den Don Fuji nicht erst jetzt, sondern schon bei seinem Amtsantritt als „Palacio de la Injusticia" definiert hat.

Geschlossenes Parlament in Lima: Putschen ist populär

In solchen Äußerungen des Präsidenten spiegelte sich durchaus die (damalige und derzeitige) Meinung der Peruaner über ihre Institutionen wider. Im Juni letzten Jahres gaben 96 Prozent an, „nur wenig oder gar kein Vertrauen" in die Justiz zu haben. Daß viele Richter käuflich sind, hatten nicht nur die üblichen Geschäftemacher gemerkt, sondern sogar die Guerrilleros vom Sendero Luminoso: Um ihre in Haft geratenen Terroristen freizubekommen, benutzten die leuchtenden Pfadfinder nicht nur Morddrohungen, sondern (noch überzeugender) üppige Geldgeschenke.

Klopfzeichen aus dem Untergrund: Ein Fernsehsender in Lima durfte am letzten Mittwoch trotz der Zensur eine Tonbandaufzeichnung des einstigen Präsidenten Alan García senden, in der Fujimoris unmittelbarer Amtsvorgänger aus seinem Versteck die Bevölkerung dazu aufrief, sich gegen das illegitime Regime Don Fujis zu erheben.

Das Volk empfindet aber noch keine derartige Neigung. Im Gegenteil: Das Parlament, in dem die Volksmehrheit sich repräsentiert fühlen sollte, ist zutiefst unbeliebt, von Klientelismus und Korruption zerfressen.

Die Mehrzahl der Peruaner hat den früheren Präsidenten Alan García in Erinnerung als einen Verschwender, der die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds ruinierte und die Inflation im Lande allein im Jahr 1989 auf 2775 Prozent zu steigern vermochte. Nach Garcías ruhmlosem Abgang vollbrachte Fujimori das Kunststück, die Hyperinflation, die 1990 noch auf 7650 Prozent geklettert war, im folgenden Jahr auf eine vergleichsweise geringe Geldentwertung von nur noch 139 Prozent zu drosseln – wobei die verarmte Mehrheit die größten Opfer bringen mußte.

„Autogolpe" pflegten die Lateinamerikaner es zu nennen, wenn ein demokratisch gewählter Präsident die Verfassung außer Kraft setzte, das Parlament nach Hause schickte und die Justiz entmündigte, um fortan mit Hilfe der Militärs zu regieren. Doch auf dem Rest des Kontinents wirkt der Eigenputsch des Don Fuji zweifellos als Anachronismus.

Dieser Staatsstreich paßte anscheinend überhaupt nicht mehr in die Landschaft Lateinamerikas – schon gar nicht in die des Landschaftsgestalters George Bush, der den (zunächst noch unblutigen) Coup Fujimoris mit Vehemenz verurteilte und alle Wirtschaftshilfe an Peru – außer der rein humanitären – abzuschneiden versprach.

Die Abschaffung der Demokratie in jedem lateinamerikanischen Land ahndet Bush als schweres Vergehen gegen seine „neue Weltordnung". Noch vor einem Jahr hatten die Amerikaner Anlaß zu glauben, nur noch das kommunistische Regime Fidel Castros stehe der vollkommenen Demokratisierung ihres Kontinents im Wege.

Seither aber ist in Haiti der messianische Befreiungstheologe Jean-Bertrand Aristide aus dem Präsidentenpalais verjagt worden, und in Venezuela muß das korrupte Regime des Sozialdemokraten Carlos Andrés Pérez sich schon wieder gegen einen Volksaufruhr zur Wehr setzen, der vom Säbelgerassel in den Kasernen begleitet wird. Das demokratische Gebäude der Hemisphäre, das Bush mindestens bis zur Wahl im November retten wollte, schwankt bedenklich.

Fujimori, vorerst Diktator auf Zeit, will in 18 Monaten eine neue Verfassung schaffen und – so beteuert er – einer echten Demokratie wenigstens den Boden bereiten. Peru mag vor dem Eigenputsch Fujimoris eine Formaldemokratie gewesen sein – ein Rechtsstaat konnte es mit der käuflichen und parteiischen Justiz niemals werden.

„El Chinito", der temperamentvolle Japaner im Palast des Eroberers Pizarro, ist kein geschmeidiger Taktiker. Mit einem Parlament, das vor allem auf Obstruktion aus war, hätte er schwerlich regieren können. Aber er ist, soweit erkennbar, der derzeit beliebteste Staatschef der amerikanischen Hemisphäre – wenngleich er sich nun auf eine von Korruption und Kokaingeschäften reichlich angekränkelte Armee stützen muß.

Falls die industrialisierte Welt Fujimori die Kredite sperrt, um in Peru der Demokratie auf die Beine zu helfen, dann dürfte in der Andenrepublik nur eine Kraft davon profitieren, deren Existenz bisher schon 25 000 Todesopfer kostete: jene Steinzeit-Kommunisten, die das Volk der Peruaner auf einem leuchtenden Pfad in den Abgrund führen wollen.

USA

Jung sterben

Selbstzerfleischung bei den Demokraten – sie schicken einen schwer angeschlagenen Kandidaten in den Kampf gegen Bush.

New York gehört den Demokraten – die Stadt so vollständig, der Bundesstaat immerhin noch so eindeutig, daß Republikaner allenfalls als gefährdete Spezies toleriert werden.

Ein demokratischer Präsidentschaftsbewerber, der bewiesen hat, daß er sich durchsetzen kann, der ein ernst zu nehmendes Programm vertritt und sich zutraut, eine von divergierenden Interessen zerrissene Gesellschaft zu einen, müßte in New York eigentlich ein Heimspiel haben.

Eine freundliche Presse, ein Parteiestablishment, dessen Unterstützung zusätzliche Stimmen bringt, und schließlich eine Wählerschaft, die sich im Vergleich zu Staaten wie etwa New Hampshire als verläßlich und berechenbar erwiesen hat – was kann da noch schiefgehen?

Pech für Bill Clinton, den demokratischen Präsidentschaftsbewerber aus Arkansas, daß New York ihn offenbar haßt.

Und wie: Die Stadtillustrierte *New York* rückte ihn in die Nähe von schmierigen Figuren wie dem als Heuchler ertappten TV-Prediger Jimmy Swaggart. Die *Post*, ein Boulevardblatt rechten Zuschnitts, wollte ihn nach Arkansas zurückschicken, damit er weiterhin auf Golfplätzen spielen könne, zu denen Schwarze keinen Zutritt haben. Die linke *Village Voice* hielt Clinton für den schlechtesten Kandidaten beider Parteien seit Richard Nixon.

Auch bei New Yorks Parteigrößen war für Clinton nichts zu holen: Der populäre Gouverneur Mario Cuomo schadete ihm mit Witzchen über den angeblich aalglatten Charakter des Bewerbers. Bürgermeister David Dinkins mochte sich ebenfalls nicht festlegen, Vorgänger Ed Koch dagegen sehr wohl. Er verkündete: „Bill Clinton hat ein Problem – seine Glaubwürdigkeit. Er hat keine."

Ähnlich niederschmetternde Aufmunterung erfuhr Clinton von New Yorks Wählern. Über 70 Prozent aller eingeschriebenen Demokraten machten sich vorigen Dienstag gar nicht erst die Mühe, an der parteiinternen Vorwahl teilzunehmen. Diejenigen, die dennoch abstimmten (vor vier Jahren waren es fast doppelt so viele), kürten Clinton zwar mit 41 Prozent zum Sieger. Doch zwei Drittel seiner Wähler erklärten anschließend in Umfragen, daß sie ihre Stimme lieber einem überzeugenderen Bewerber gegeben hätten. 50 Prozent der New Yorker halten Clinton nach wie vor für „unehrlich".

Dabei ist die Schlacht um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten eigentlich entschieden: Clintons Rivale, der ehemalige Kalifornien-Gouverneur Jerry Brown, kann den Favoriten wohl nicht mehr einholen. Paul Tsongas, der in New York den zweiten Platz belegt hatte, ohne am Wahlkampf teilzunehmen, will trotz des guten Ergebnisses nicht wieder in das Rennen einsteigen.

Daß der Parteikonvent in New York die Vorwahlergebnisse mißachten und einen unbelasteten Bewerber nominieren könnte, hoffen zwar immer mehr frustrierte Parteianhänger, aber kaum ein Funktionär rechnet ernsthaft mit dieser Möglichkeit.

Zur Halbzeit der Vorwahlsaison hat die Oppositionspartei ihren Spitzenmann bereits gründlich demoliert. Das läßt sich nicht allein mit Wählerfrust und Zukunftsangst erklären. Solche Gefühle schaden dem republikanischen Präsidenten genauso wie seinem demokratischen Herausforderer.

Aber während sich die Konservativen um George Bush sammeln, selbst wenn sie ihn nicht besonders lieben, setzen die Demokraten ihre Selbstverstümmelung fort. Im New Yorker Wahlkampf mußte sich Clinton gefallen lassen, von seinem Rivalen Brown als „Prinz des Drecks" und „Personifizierung" politischer Korruption beschimpft zu werden.

Nicht nur Anhänger des Außenseiters Brown, der bis zu den Vorwahlen im heimatlichen Kalifornien seine Rolle als Königsmörder weiterspielen will, halten Clinton für eine Katastrophe. „Wenn die New Yorker Ergebnisse irgend etwas zeigen", glaubt etwa der Parteistratege Ted Van Dyk, „dann den Willen der Partei, Clinton abzulehnen."

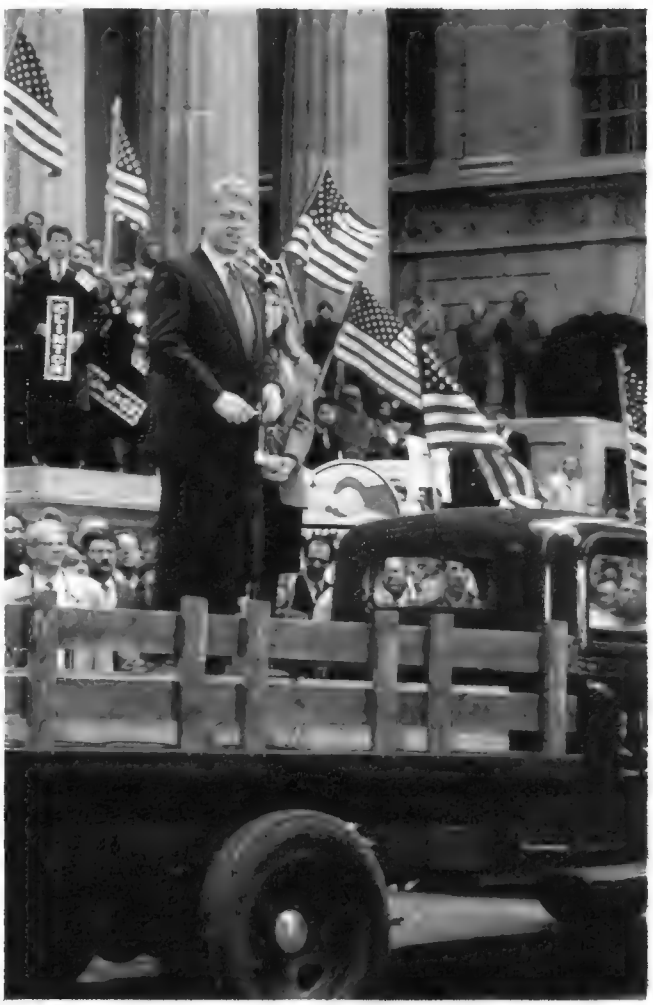
Wieder einmal, sagt der einschlägig erfahrene Ex-Vizepräsident Walter Mondale, der 1984 gegen Ronald Reagan verlor, betätigen sich Demokraten als Wahlhelfer für die Konkurrenz: „Wahrscheinlich ist Clinton unser Kandidat. Aber uns fällt nichts anderes ein, als auf ihn einzuschlagen, statt ihm Zeit zu geben, sein Programm auszufeilen oder Wahlkampfgelder einzusammeln."

Anders als die Republikaner sind Demokraten unfähig, ihren Spitzenreitern eine Niederlage zu verzeihen. Weder Nixon noch Reagan oder Bush sind im ersten Anlauf Präsident geworden – demokratische Verlierer wie Mondale oder Dukakis erhielten nie wieder eine zweite Chance.

„Wer von den Demokraten geliebt werden will", glaubt der Parteistratege und Veteran unter den demokratischen Wahlkampfprofis David Garth, „sollte am besten als junger Mann sterben."

Widerwillig müssen freilich auch parteiinterne Gegner zugeben, daß die schwer errungenen Siege Clinton zumindest zu einem kampfgestählten Kandidaten machen.

„Vor 14 Tagen hieß es überall, der Mann sei tot", sagt der Delaware-Senator Joseph Biden. Nun klinge die Parteierkenntnis „Mein Gott, er lebt ja noch" beinahe schon wie versteckte Bewunderung.



Wahlkämpfer Clinton: „Mein Gott, er lebt ja noch"

Die Geliebte

SPIEGEL-Redakteurin Ariane Barth über Sex und Politik in den USA

Neue Lüste sind in unserem Zeitalter nicht erfunden worden, aber das Gerede über die Lüste hat sich zur Hochblüte entfaltet. Der französische Philosoph Michel Foucault zeigte auf, daß die „diskursive Explosion" um den Sex („immer mehr darüber zu sprechen; von ihm sprechen zu hören und ihn zum Sprechen zu bringen in ausführlicher Erörterung und endloser Detailanhäufung") einen repressiven Charakter hat. Die Geschwätzigkeit macht ihn gleichsam „als *das* Geheimnis geltend", das es wiederum zu durchbrechen gilt, um auf es zu verweisen: eine fortwährende Spirale.

Nach Foucaults Aids-Tod outete sein letzter Geliebter Hervé Guibert den Meister in einem Buch: „Dem Freund, der mir das Leben nicht gerettet hat". Wie dem Philosophen geschah so manchem Großen oder Mächtigen; wenn sie in die Jagdgründe der Geschichte eingegangen waren, wurden ihre Leidenschaften publik: Partikel in dem gewaltigen Mahlstrom, der die voyeuristischen Phantasien der Lebenden erregt, ob es sich nun um die homoerotischen Verdrängungen von Thomas Mann handelt oder um die neckischen Plaudereien eines Dirndls von Franz Josef Strauß.

Neu in dem Kreis historischer Akteure, deren Sexleben die Massen fasziniert, ist ein lebender US-Präsident. Bisher dienten diesem Zweck nur tote Präsidenten: schon Thomas Jefferson, Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, der sich eine schwarze Sklavin, Sally Hemings, als Geliebte hielt; auch Franklin Roosevelt, der 30 Jahre zwischen seiner machtvollen Eleanor und ihrer Sekretärin, Lucy Mercer, hin- und herflippte; oder Dwight Eisenhower, der in Kriegszeiten fern von Mamie seiner flotten britischen Fahrerin Kay Summersby erlag und post mortem Held ihres Buches wurde; schließlich John F. Kennedy, der nicht nur seine Nation als Liebhaber umgarnte und an ihrem Sexidol Marilyn Monroe nicht vorbeikam, sondern sich auch noch mit dem Mafiaboß Sam Giancana die Geliebte Judith Exner teilte. „Das Weiße Haus", so die Zeitung *The Independent*, „war niemals für Heilige und Eunuchen reserviert." Nun produzierten die puritanischen Obsessionen in den Vereinigten Staaten eine neue Geschichte, einen Stoff, den der bissige Gesellschaftsschriftsteller Tom Wolfe („Fegefeuer der Eitelkeiten") nicht besser hätte erfinden können.

Das erste Kapitel spielte bereits 1987, als der Favorit der Demokraten, Gary Hart, inmitten seiner Kampagne für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat von Journalisten mit dem Fotomodell Donna Rice ertappt wurde. Hart erlebte, wie sein Stab es nannte, eine „Charakter-Hinrichtung" und resignierte mit 1,6 Millionen Dollar Schulden, die er für seine Kampagne gemacht hatte. Die Reporter stifteten die Schuhe, die sie bei den Recherchen getragen hatten, für eine Auktion an der Journalistenschule der University of Missouri.

Ehepaar Bush: Eine Jennifer?

Zweites Kapitel: Als durch das Damoklesschwert Aids die Diskriminierung von Homosexuellen wieder anstieg, brachte Michelangelo Signorile mit dem New Yorker Schwulenmagazin *Outweek* das Outing auf. Aus ehrenwerten Motiven wurden mit dem unehrenhaften Mittel der Denunziation gleichgeschlechtliche Neigungen von Prominenten öffentlich gemacht – zweifelsohne, wie Signorile selber meinte, „erst skandalös, und dann ändert sich die Gesellschaft".

Gleichwohl hatte sich das Jagdfieber verschärft, als der Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, ins Rennen um die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat ging und in das dritte Kapitel stolperte. Es genügte ein kleiner Staatsdiener in Arkansas, der gefeuert worden war, weil er auf Amtskosten mit Führern der (in der Reagan/Bush-Ära gehätschelten) Contra telefoniert hatte. Er verklagte den Staat von Arkansas auf Schadensersatz (3,5 Millionen Dollar) und führte, um „den Gouverneur zu zerstören", in das Verfahren ein, Clinton habe den Staatsapparat zum Arrangement von Affären mit fünf Frauen ausgenutzt. Der Mann zog zwar seine Klage zurück, aber die Meute hatte eine Spur.

Der *Star*, ein Millionenblatt, das in Supermärkten Auflage macht mit Storys wie „Der tote Elvis schwängerte mich", präsentierte „weltexklusiv" eine der genannten fünf. Schlagzeile: „Meine zwölfjährige Affäre mit Bill Clinton". Die Nachtklubsängerin Gennifer Flowers, versehen auch mit einem 16 000-Dollar-Job in der Clinton-Bürokratie, ging für eine Summe, die auf mindestens 50 000 Dollar geschätzt wird, bis in die sextechnischen Details. Dann leistete sie sich im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel einen großen Auftritt vor einer 200köpfigen Media-Hydra. Ihr spielte sie Tonbänder von Telefongesprächen mit Clinton vor, die sie heimlich mitgeschnitten hatte.

Führende Fernsehstationen stiegen ein. Die gewöhnlich gewahrte Abgrenzung zwischen Sensationsblättern und der seriösen Presse brach zusammen. Auch wenn man sich pflichtschuldigst distanzierte – „sexueller McCarthyismus" (*Independent*), „Presseskandal" (*Wall Street Journal*), „journalistischer Kannibalismus" (*New York Times*), „Erniedrigung der Demokratie" (*Washington Post*) – die Story lief. „Wild Bill" (*New York Post*) war, wie gespottet wurde, „defloriert".

Ehebruch, so hatten Demoskopen im Verlauf des Hart-Debakels erkundet, kostet in der zwischen Bigotterie und Permissivität zerrissenen Nation ein Drittel der Stimmen. Ein Bekenntnis zur Homosexualität würde einem Kandidaten ein Minus von 54 Prozent erbringen, während bei der Gattin eine Abtreibung mit minus 11 Prozent und Alkoholismus mit minus 6 Prozent zu Buche schlagen würden. 52 Prozent der Wahlberechtigten wünschen sich eine „supermoralische" Leitfigur, aufrecht wie ein „Sonntagsschullehrer".

Hillary Clintons Stunde kam. Die Frau des Gouverneurs hatte die Scharte auszuwetzen, daß sie nicht einfach ein weibliches Anhängsel ist. Die Juristin, die vom *National Law Journal* zu den 100 einflußreichsten Anwälten gezählt wird und mindestens viermal soviel verdient wie ihr Mann, erwarb sich durch ihre Schlagfertigkeit nicht nur Sympathien. Als sie wegen ihrer führenden Rolle in der Nominierungskampagne angegangen wurde, schnappte sie zurück: „Ich sollte wohl zu Hause sitzen, Kuchen backen und Teepartys abhalten." Die Hausfrauenfront fühlte sich schwer beleidigt.

Andererseits zog die emanzipierte Lady die Lacher auf ihre Seite, als sie auf die Frage, ob sie Vizepräsidentin ihres Mannes werden wolle, antwortete: „Am Besuch von Begräbnissen überall in der Welt bin ich nicht interessiert." Ihre Ambitionen zielen sehr viel höher: auf eine Art von Doppel-Präsidentschaft.

William Safire, Kolumnist der *New York Times*, outete „das Hillary-Problem" und desavouierte sie als „politische Wichtigtuerin", die an „foot-in-mouth disease" leide, also die eigenen Worte essen müsse. Sie übertraf Safires irrationalen Ängste vor der starken Frau virtuos.

Mit kühlem Kopf entwarf sie gegen die Flowers-Show die Taktik, ihre Ehe als in manchen Phasen steinig, aber die Probleme als überwunden darzustellen. Sie bewog ihren angeschlagenen Mann, mit ihr gemeinsam als vertrautes Paar unmittelbar nach dem Football-Endspiel um die Super Bowl in der CBS-Sendung „60 Minutes" vor etwa hundert Millionen Zuschauern zu erscheinen.

Er übernahm den Part Mea culpa: „Ich muß gestehen, daß ich Schmerzen in meiner Ehe verursacht habe." Und: „Wenn Perfektion der Standard einer Ehe ist, kann ich nicht mithalten." Als Details abgefragt werden sollten, sprang sie ein: „Ich will hier keineswegs genauer werden; was in unserem Privatleben geschah, ist für niemanden relevant außer für uns beide. Wenn das den Leuten nicht genügt, dann sollen sie eben nicht für Bill stimmen."

Sie wirkte, so der Eindruck des Interviewers Steve Kroft, „tougher und disziplinierter als er. Und sie zeigte analytischen Durchblick". Die Clintons hatten sich, wie es schien, durch Beherztheit gerettet. Zu ihren Gunsten wirkte auch, was die *International Herald Tribune* eine „Hart-Regel" nannte: Der erste springt noch in die Klinge, der zweite schon darüber. Skandale können, wie schon der Outing-Erfinder Signorile kalkuliert hatte, eben auch eine verändernde Kraft entwickeln.

Ehepaar Clinton*: Eine Gennifer?

Nach dem Medienereignis räsonierte die *New York Times*: „Sollen wir George Bush fragen, was wir Bill Clinton gefragt haben?" Damit war der Präsident als Joker im Spiel, und ein Komplott von drei Frauen schickte sich an, diese Karte raffiniert zu nutzen.

Hillary Clinton ging indirekt vor, um den Präsidenten zu outen. Dafür bot ihr die Autorin Gail Sheehy, die in den siebziger Jahren die Midlifecrisis aufgebracht und suggestiv auf eine ganze Generation gewirkt hatte, ein Forum in dem Gesellschaftsmagazin *Vanity Fair*. Den direkten Part, Bush beim Namen zu nennen und in das kitzlige Macht-Sex-Spiel einzubinden, übernahm Anne Cox Chambers, Tochter des einstigen demokratischen Präsidentschaftskandidaten James Cox. Die frühere Botschafterin in Belgien führt jetzt ein ererbtes Presseunternehmen in Atlanta und kennt sich aus im trickreichen Journalismus.

Gail also zitiert Hillary in einer 13seitigen Eloge auf die Powerfrau, die – „überkochend" über Amerikas Doppelmoral – wiederum Anne zitierte: „Ich trank Tee mit Anne Cox Chambers. Sie saß in ihrem Sonnenraum und sagte: ‚Weißt du, ich verstehe nicht, warum die denken, daß die damit durchkommen, jeder weiß doch über George Bush Bescheid.' Sie erging sich in langen Schilderungen, was Bush so treibt und was in Washington nur zu bekannt ist. Ich bin überzeugt, dabei spielt eine Rolle, daß das Establishment – gleich welcher Partei – nun mal zusammenhält. Sie bilden eine Wagenburg um Jennifer . . . und all die anderen."

Anne Cox Chambers stieß noch nach und erinnerte sich Gail Sheehy gegenüber, sie habe zu Hillary auch noch gesagt: „Ich verstehe nicht, warum niemals etwas über eine Freundin von George Bush erwähnt wurde. Ich verstehe aber, daß er auch eine Jennifer hat."

Das Weiße Haus ließ verlauten, die Angelegenheit sei „skurril", an den Verdächtigungen sei nichts dran. Gleichwohl verkündete Torie Clarke, Sprecherin von Bushs Wahlkampagne, „daß wir die Ehe von George und Barbara Bush, ihre Familie und ihre Verbundenheit mit familiären Werten herausstellen werden gegen jedermann in diesem Lande, auch gegen die Clintons". Deren Taktik sei ein Rückschuß.

Anderntags gewann Bill Clinton die Vorwahlen in New York, Wisconsin, Kansas und Minnesota. Damit ist er Favorit für die Nominierung als Herausforderer von George Bush. Gesellschaftlich werden zwei Ehen, zwei Welten und zwei 'ennifers konkurrieren, während das alte Europa, wo in derartigen Angelegenheiten die Null-Nachricht gepflegt wird, sich noch allemal französische Präsidenten und deutsche Kanzler mit oder ohne Geliebte leisten kann.

* Während der Aufzeichnung der CBS-Sendung „60 Minutes".

Sixt gibt Ihnen eine günstige Gelegenheit, alte Vorurteile über Bord zu werfen: Die S-Klasse mit Autotelefon und
Man kann endlos über
Man kann sie aber

Airbag ohne Aufpreis. Buchen Sie unter 0 89/6 14 14-480.
Sixt Autovermietung
Budget rent a car
die neue S-Klasse reden.
auch kurz mal mieten.

Problemmetropole New York: Ewiger Pendelschlag zwischen Arroganz und Weinerlichkeit

Angst vor dem neuen Kalkutta

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über Sinnkrise und Untergangspsychose in New York

Man darf nicht vergessen, daß New York eine große Stadt ist und daß in allen großen Städten Gutes und Böses auf die großartigste Weise einander aufwiegen.

CHARLES DICKENS 1842

Fast eine Million Wohlfahrtsempfänger, eine halbe Million Hascher, Kokser und Fixer, 100 000 Obdachlose, 150 000 HIV-Infizierte, sechs bis sieben Morde am Tag. Es gibt Stadtteile, da haben junge Männer eine Lebenserwartung wie junge Männer in Bangladesch. New York, New York.

And now the bad news:

Die Mehrheit der erwerbstätigen New Yorker hat ihre Stadt aufgegeben. Sie wollen nicht mehr auf bessere Zeiten warten, weil sie glauben, daß diese Zeiten nicht kommen werden. Sie wollen nur noch weg.

Nach neueren Umfragen hoffen 60 Prozent aller Bürger von Gesamt-New-York und drei Viertel aller Bürger in den von Weißen bevorzugten Wohngebieten, daß sie in fünf Jahren woanders wohnen werden. Sie wollen nicht mehr hier sein, wenn „das neue Kalkutta" wahr wird, das die *New York Times* in einer Serie angekündigt hat.

Ist das die rüde Rasse, die den Fremden mit ihrer aggressiven Abwehrhaltung auf den Wecker fällt? Die New Yorker gelten als die abgebrühtesten, aggressivsten Kosmopoliten der Welt. Geh mir aus dem Weg, oder ich hau' dir in die Fresse. Und nun diese Larmoyanz?

Ihr wetterfestes Naturell hindert die New Yorker nicht daran, sich zyklisch mit großem Lamento der kollektiven Untergangshuberei zu ergeben. Alle paar Jahre sacken sie durch. Dann ist das große Jammern in Manhattan: Alles geht vor die Hunde. Ab in die Boote.

Ein, zwei Jahre darauf ist wieder alles im Lot. Seit man denken kann, bestimmt der ewige Pendelschlag zwischen Arroganz und Weinerlichkeit die Stimmung in dieser Stadt.

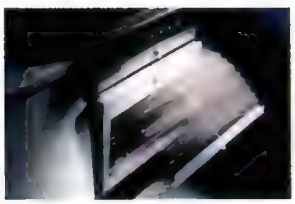
Also, kein Grund zur Aufregung?

„Diesmal ist es nicht die chronische Mutlosigkeit, die wieder vorbeigeht", sagt Innendesigner Chuck Moon. „Diesmal haben wir sachliche Gründe, mutlos zu sein." Deshalb die Fluchtpsychose. Wer es sich beruflich leisten kann, zieht fort. Die Älteren wollen hier nicht alt werden, die Jungen wollen nicht, daß ihre Kinder hier groß werden.

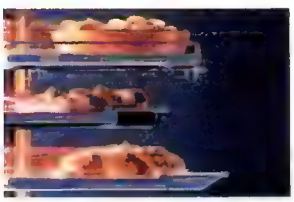
Chuck Moon kennt fast ausschließlich Leute, die genug Geld haben, um all die Einzigartigkeiten der Finanz- und Kulturhauptstadt der Vereinigten Staaten zu genießen: das beste Ballett, das beste Musicaltheater, eines der besten Symphonieorchester der Welt, die Fachgeschäfte mit 500 Sorten Vitaminpillen, die smarten Soul-Food-Lokale, in denen man bei Krokodilfüßen in Erdbeeressig und Kongo-Palmwein Sinnsuche treiben kann, während der kleine Liebling gegebenenfalls für 380 Dollar im Hundeapartment des Plaza Hotels übernachtet.

Doch will das alles nicht mehr munden. Chuck sagt: „Diese Stadt ist ein schicker, aber kein glücklicher

Elegance von Neff. Einzigartig in Funktion und Design.



Knopfdruck statt Türgriff. Dank „Soft Eject" haben Sie die Hände frei für volle Backbleche.



Sie können die Backbleche auf jeder Ebene ganz vorziehen und loslassen. Nichts kippt. Ihr Braten läßt sich beidhändig drehen und wenden - das ist der CLOU von Neff.

Keine Sorge, wenn Ihnen kleine Köche helfen wollen - dank dem LEXAN® Hitzeschild wird´s außen nicht heiß. Ausklappbarer Kinderschutzbügel, voll versenkbare Knebel und die Backofenverriegelung sorgen rundherum für Sicherheit

Der neue Neff Einbauherd Elegance wird Sie begeistern. Weniger Bücken, mehr Überblick, leichtere Bedienung und durchdachte Sicherheit rundum. Besonders zum Schutz von Kindern hat sich Neff Entscheidendes einfallen lassen. Erleben Sie den wohltuenden Unterschied beim kompetenten Fachhandel.

NEFF

Wir senden Ihnen gern Informationen.
Neff GN/VSW/SP, Hochstraße 17, W-8000 München 80

Arme in New York: „Dies ist kein Platz für die Schwachen"

Ort." Sogar die Psychiater und Psychologen klagen über schlechte Geschäfte. Zum erstenmal sind die New Yorker massenhaft unglücklich, ohne daß sie das Bedürfnis haben, sich die Ursachen mit Hilfe von professionellem Beistand zu erschließen.

In den Vereinigten Staaten sind öffentliches Glück und Immobilienpreise korrespondierende Größen. Für seine Eigentumswohnung an der Upper Westside hat Chuck vor drei Jahren ein Angebot in Höhe von 375 000 Dollar ausgeschlagen. Er könnte sich ohrfeigen. Jetzt werden dafür nur noch 200 000 Dollar geboten. Der stürmische Vertikalismus ist gebrochen. Wolkenkratzer sind keine gute Geldanlage mehr.

Auch Big Business macht sich dünn. In den siebziger Jahren hatten 15 der 30 größten amerikanischen Industrieunternehmen ihre Hauptverwaltung in New York. Heute sind es nur noch 2.

Immerhin, Wall Street hält noch. Der Börsencrash im Oktober 1987 kostete 50 000 Jobs. Seitdem hat sich die Szene konsolidiert. Die großen Maklerfirmen haben letztes Jahr sogar glänzende Geschäfte gemacht. Die Kursentwicklung war gut, bei Junk Bonds sogar phantastisch. Und das „Recession Café" um die Ecke, wo die 500 000-Dollar-Broker mittags lunchen, meldete: Hummer und Champagner fest.

Die Industriebosse sagen, sie hätten die Schnauze voll von den Schlaglöchern, den Straßensperren, dem Gepöbel der Taxifahrer, von der ständigen Angst, was über die Rübe zu kriegen.

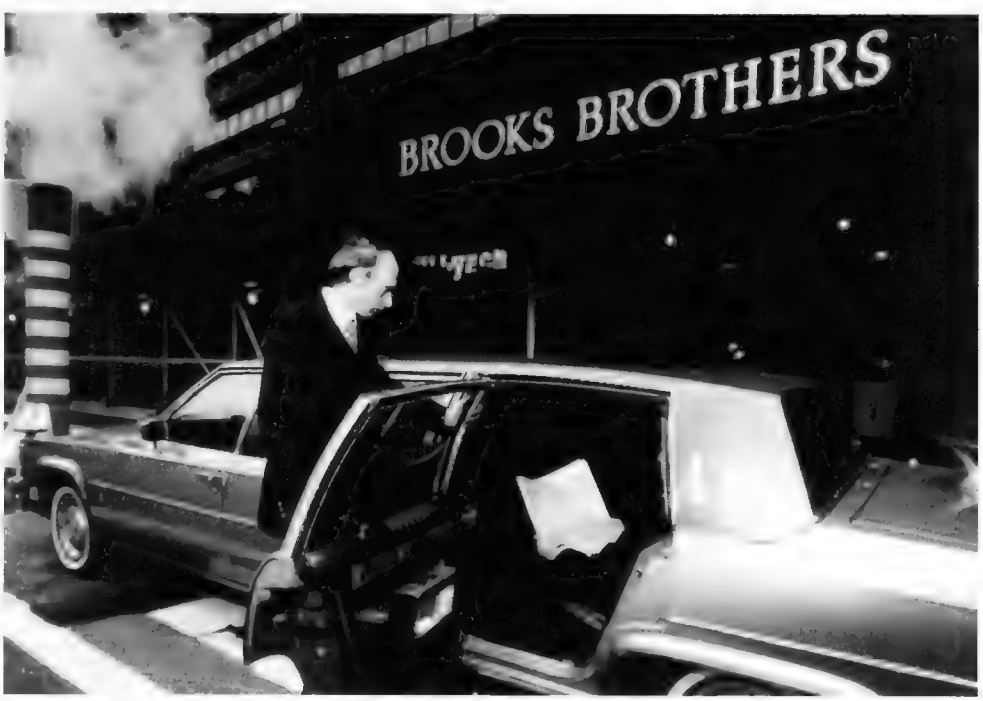
Aber andere Städte sind kaputter. In der Mordstatistik liegt New York weit hinter der Hauptstadt Washington. Viel abschreckender wirken die Kommunalsteuersätze, die hier doppelt so hoch sind wie im Bundesdurchschnitt.

In den letzten vier Jahren sind 200 000 Jobs weggeschrumpft. Noch mal gut eine Viertelmillion werden es nach Schätzungen der städtischen Rechnungsprüfer in den nächsten drei Jahren sein. Mehr Arbeitslose heißt weniger Steueraufkommen und noch mehr Soziallasten. Dann werden noch weniger Schlaglöcher zugemacht und noch mehr Brücken gesperrt, weil die Schrauben aus den Trägern fallen und weil das Geld für Reparaturen fehlt. Und je mehr die Infrastruktur zerbröselt, um so mehr schwindet auch dem großen Geld die Lust, an Hudson und East River festzumachen.

Es ist eine hundert Jahre alte Platitüde: New York muß dringend sparen. Doch die Besitzstände sind hier alle so festgezurrt, daß sich keiner traut, sie anzutasten. In den achtziger Jahren wuchs das Heer der Beamten und öffentlichen Angestellten von 190 000 auf 240 000 Mann.

Aber der Apparat hat an den falschen Stellen Muskeln angesetzt. Bei der Feuerwehr zum Beispiel. Manhattan hat heute noch genauso viele Feuerwachen wie 1890, als die Löschzüge sich noch mit Pferdekraft bewegten und als die Häuser noch hölzerne Treppen und strohunterfütterte Dächer hatten. Polizei und Sozialdienste dagegen leiden unter rachitischer Auszehrung.

Rationalisierungsspielraum sieht die Opposition auch bei den öffentlichen Schulen. Sie sind von Drogen und Korruption verseucht und kosten den Steuerzahler im Jahr 7000 Dollar pro Schüler – doppelt soviel wie die privat finanzierten katholischen Schulen, die allgemein als wesentlich leistungsfähiger



Reiche in New York: Alles geht vor die Hunde, ab in die Boote

Canon

Das menschliche Auge ist oft überfordert, die Canon EOS 1000 F ist es nicht: Dank High-Speed-Autofokus mit automatischer Schärfe-Vorausberechnung haben Sie auch die heißeste „Action" klar im Bild.
Die Canon EOS 1000 F nimmt Ihnen praktisch alles ab, was Sie vom Wichtigsten, dem Motiv, ablenken könnte. Das Ergebnis sind perfekt scharfe Fotos oder – wenn Sie wollen – Aufnahmen mit tollen Spezialeffekten. Mit eingebautem Blitz und TTL-Blitzautomatik fotografieren Sie selbst dann noch wie ein Profi, wenn der Matchball erst nach Sonnenuntergang gespielt wird. Und Ihre Kondition wird durch das geringe Gewicht der Kamera geschont. Dafür sind Materialien aus der Raumfahrt verantwortlich.

Die Canon EOS 1000 F kostet **DM 768,–*** mit eingebautem Computerblitzgerät und Objektiv EF 4,0–5,6/35–80 mm.

EOS 1000F

vwi

60 MILLION CAMERAS

* Unverbindliche Preisempfehlung der Canon Euro-Photo GmbH, Siemensring 90–92, W-4156 Willich 1 (mit Original-Canon-Garantiekarte). Irrtümer und Änderungen vorbehalten!

stabo

UNABHÄNGIG

Mit dem schwarzen oder dem weißen schnurlosen Telefon ST 960 von stabo sind Sie endlich unabhängig. Ob im Beruf oder in der Freizeit.

Schnurloses Telefon von stabo

Sie sind immer über das batteriebetriebene Bedienteil, mit einer Reichweite von 300 m vom Basisgerät entfernt, erreichbar. Das Bedienteil mit integrierter Antenne verfügt über ein multifunktionelles LC-Display. Neben dem Speicher für zehn Direktrufnummern verfügt das ST 960 über auswechselbare Batterie-Packs, die im Basisgerät computerkontrolliert nachgeladen werden, über eine Wahlsperre gegen unbefugte Benutzung und vieles mehr. Entfernt von der Basisstation werden in der als Zubehör erhältlichen Ladestation die Batterien zwischenzeitlich wieder aufgeladen, ein weiterer Pluspunkt, der Sie noch unabhängiger macht.

Informieren Sie sich bei Ihrem örtlichen Fachhändler!

stabo®
stabo Elektronik GmbH & Co KG
Münchewiese 14–16
D-3200 Hildesheim
Tel. (0 51 21) 76 20-0
Telefax (0 51 21) 51 29 79
Telex 9 27 261 stabo d

Spitzenklasse fürs Gartenhobby:

EUROSTAR

VENTZKI MTD Motorgeräte

Motorrasenmäher 46, 46S, 46SE

Der Komfortmäher

Sie suchen einen Mäher, der sofort anspringt, hohen und dichten Rasen problemlos mäht, das Gras gleichzeitig aufsammelt, einen Mäher der leise ist und nicht rostet?

Fragen Sie beim Fachhandel nach

EUROSTAR

3 Modelle von 2,6 kW (3,5 PS), 2,98 kW (4 PS), 3,7 kW (5 PS) stehen zur Wahl.

Auch mit Elektrostart

Modell 46 S mit Radantrieb, Heckauswurf und Grasfangeinrichtung.

Fordern Sie unser ausführliches Prospektmaterial über EUROSTAR Motorrasenmäher mit Händlernachweis an:

VENTZKI-MTD EISLINGEN GMBH
Industriestraße 9-30 E · Postfach 13 55
D-7332 Eislingen/Fils
Tel. 071 61/85 05 20 · Telefax 85 0570

gelten. Die Abgänger der öffentlichen Schulen können zu gut einem Drittel nicht oder kaum lesen und schreiben.

Nur, wer sich an Schulen und Feuerwehren vergreift, kommt in die Strafekke. Bürgermeister David Dinkins möchte 1993 ja wieder kandidieren. Und er weiß, daß er ohne die Gewerkschaftsbosse, die die öffentlichen Dienste kontrollieren, keine Chance auf Wiederwahl hat.

Wie werden die New Yorker mit der Rezession fertig?

Santos Harden, Straßenkehrer bei der „Grand Central Partnership", Stundenlohn sechs Dollar: „Seit dem Ende des Vietnamkriegs geht es bergab. Aber wer unten ist wie ich, braucht keine Angst mehr zu haben."

Mike McKale, Droschkenkutscher am Central Park: „Umsatz 25 Prozent runter. Der Gaul kostet tausend Bucks im Monat. Muß ich noch mehr sagen?"

Lydia McKenzie, Leiterin der McDonald's-Filiale am Times Square: „Der Laden läuft bombig, in schlechten Zeiten wollen die Leute billig essen." Und kaum Fluktuation beim Personal – bei vier bis sechs Dollar Stundenlohn.

Polizeiwachtmeister Brian Glenn: „Mehr Verbrecher, gute Zeiten für Polizisten. Nein, ich habe keine Probleme."

Reed Sterling, Chefportier im Trump Tower, reagiert ausgesprochen ärgerlich auf die Frage nach den Folgen der Rezession. „Welche Rezession? Da steckt Politik dahinter. Es ist bald Wahl, und die Demokraten brauchen Schlamm."

Big Apple sei schon in Ordnung, sagt Sterling. Jedenfalls für diejenigen, die ihre Chance nutzten. „If you can make it there, you make it anywhere." Wer hier seinen Weg macht, der schafft es überall. Allerdings, dies sei eine Stadt für Kerle und nicht für Herumlungerer.

Es ist wahr, der Trump Tower von innen ist wirklich ein schönes Stück Wohlstand: Gold, Glas und Marmor turmhoch. An den blitzenden Lifts livrierte Diener, des weiteren allerlei Publikum, das so aussieht, als würde es hauptberuflich Geld ausgeben.

Aber ist das New York? Oder sind die Bettler draußen New York, diese schattenhaften Dickens-Figuren, die im Winter bei zehn Grad minus in Kartons schlafen und die morgens um sechs, bevor die Müllabfuhr kommt, die Abfalltonnen von McDonald's nach angebissenen Hamburgern durchwühlen?

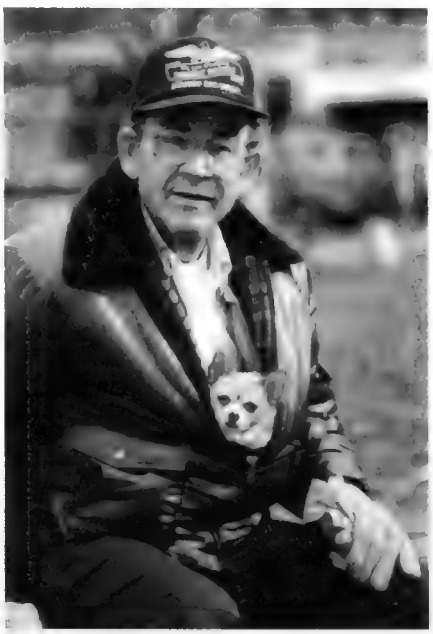
Soviel ist wahr: Die New Yorker sind kein herzloses Volk. Der Staat New York hat den höchsten Pro-Kopf-Etat für sozial Schwache unter allen Bundesstaaten der USA. Deshalb wird New York ja auch mit Zuschüssen aus Washington so kurzgehalten. Für den Sozialklimbim der Demokraten geben republikanische Präsidenten doch kein Geld aus.

McDonald's-Filialleiterin McKenzie

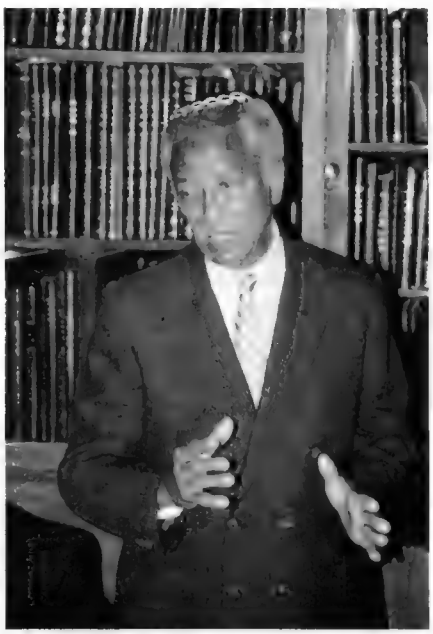
Trump-Portier Sterling

Straßenkehrer Harden

Ex-Bürgermeister Koch



Rentner Gentzeroni



Bürgermeister Dinkins

New Yorker: „Die Älteren wollen hier nicht alt werden, die Jungen wollen nicht, daß ihre Kinder hier groß werden"

Aber weil es hier mehr Herz für Obdachlose gibt als anderswo in Nordamerika, gibt es hier auch mehr Obdachlose und mehr Arbeitslose. Nur jeder zweite erwerbsfähige New Yorker geht einer Tätigkeit nach oder bemüht sich darum. Diese Quote liegt ganz erheblich unter dem amerikanischen Durchschnitt. Für die Hauptstadt der Workaholics ist das nicht gerade ein Kompliment.

Bürgermeister David Dinkins, der die Stadt jetzt im dritten Jahr regiert, hat mehr Sicherheit durch Verstärkung der Polizeikräfte versprochen. Aber für so viele Cops, wie die New Yorker für ausreichend halten, hat die Stadt kein Geld.

Der Rentner Georgio Gentzeroni von der Lower Eastside und seine Frau sind in den letzten paar Monaten siebenmal überfallen worden. Seine Frau hat bei einem der Überfälle ein Auge verloren. Gentzeroni sagt, sie hätten schon an Selbstmord gedacht, weil sie nicht mehr wüßten, wie sie sich gegen die Kriminalität schützen sollten.

Gentzeroni ist wahrhaftig kein ängstlicher Mann. Er war über 25 Jahre bei den Marines, er hat die Invasion in der Normandie und den Koreakrieg mit Anstand hinter sich gebracht. „Aber dies hier ist der gefährlichste Platz, an dem ich bisher gelebt habe", sagt er. „Dies ist kein Platz für die Schwachen."

New York sei nicht Dodge City, sagt Bürgermeister Dinkins. Richtig ist daran nur: Dinkins ist nicht Marshall Wyatt Earp. Aber sonst ist der Vergleich gar nicht so schräg. Einige Stadtteile von New York haben eine höhere Mordrate als Dodge City in seiner heißesten Phase.

Mott Haven in der South Bronx zum Beispiel, auch „murder land" genannt. Mott Haven hat kaum mehr Einwohner als Buchholz in der Nordheide, aber gut doppelt so viele Morde wie Berlin. Die Hälfte der Bevölkerung sind Sozialhilfeempfänger, das Jahreseinkommen pro Familie beträgt 7600 Dollar.

Drei von vier Jugendlichen zwischen 16 und 19 steigen hier gar nicht erst ins

Sanierungsgebiet in New York: „Diese Stadt ist ein schicker, aber kein glücklicher Ort"

Berufsleben ein, sondern gehen gleich nach der Schule auf Sozialhilfe. Unter den jungen Leuten im Alter von 18 bis 30 Jahren ist Mord hier die häufigste Todesursache. In Mott Haven singen die Kinder im Advent: „Jingle bells, jingle bells, Santa Claus is dead. Daddy took a forty five and shot him in the head."

„Es sind so wundervolle Menschen hier, aber man muß sie verstehen", sagt Martha Overall, Pastorin an der St. Anna Kirche in Mott Haven. Martha Overall hat früher als Rechtsanwältin Minderbemittelte verteidigt. Dann ging sie in den Priesterberuf, weil sie davon überzeugt war, daß sie da wertvollere Hilfe würde leisten können. Sie weiß, daß ihr Weg richtig war. Nur mit dem gegenseitigen Verstehen hapert es noch. Viele Menschen in Mott Haven sprechen nur spanisch.

Der ehemalige Vizebürgermeister Herman Badillo hat gesagt, New York sei „im Stadium des Übergangs von einer Stadt der überwiegend weißen Mittelklasse zu einer Stadt der überwiegend schwarzen und karibischen Unterklasse". Hispanics und Schwarze sind heute in der Mehrheit. Die „Wasps", die weißen angelsächsischen Protestanten, die über 200 Jahre lang das Gesicht dieser Stadt geprägt haben, werden in einer Generation nur noch eine kleine Minderheit sein. Die Stadt erlebt zur Zeit den größten Einwanderungsschub seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Die wenigsten Immigranten kommen aus Europa.

Aus Angst vor Rassismus-Vorwürfen spricht man darüber nur in geschlossenen Gesellschaften. Aber die große Mehrzahl der Weißen ist davon überzeugt, daß Schwarze und Hispanics ihre Stadt kaputtmachen, daß am Elend von New York die Einwanderungspolitik der Regierung schuld sei, die die Europäer bremst und die Dritte Welt bevorzugt.

Rassenkrawall in Brooklyn: „Es sind so wundervolle Menschen hier"

In New York leben über 150 verschiedene ethnische Gruppen. Jedoch: „Es ist nicht mehr derselbe Mix wie früher", sagt Rosemary Scanlon, eine der Spitzenbeamten in der Dinkins-Hierarchie.

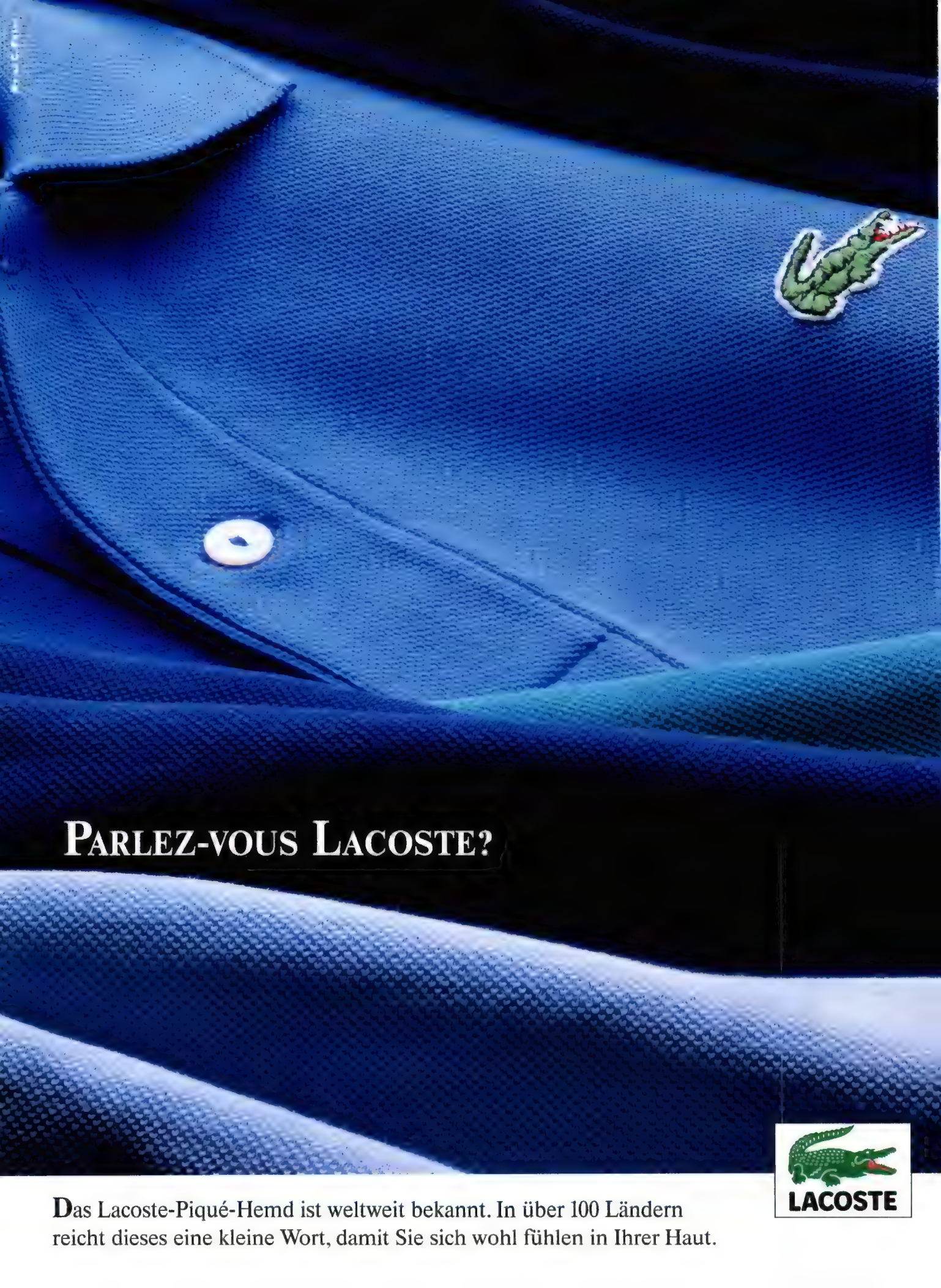
Es ist zum Teil überhaupt kein Mix mehr. Die Neubürger aus Lateinamerika wollen sich nicht mehr integrieren. Sie bleiben in ihren Vierteln und schauen „Hate TV", Hetzsendungen, die den Wolf im Zuschauer wecken: „White man beats black girl – fuck him."

New York ist vermutlich die am wenigsten rassistische Großstadt der Vereinigten Staaten. Doch die Boulevardblätter und lokalen Fernsehsender blasen – unterstützt von manchen Stadtteilpolitikern – jeden schwarzweißen Zwischenfall dermaßen auf, daß man als Fremder den Eindruck hat, hier tobe der Rassenkrieg.

Tatsache ist allerdings: Der Schmelztiegeleffekt funktioniert nicht mehr. Der Traum von der multikulturellen Gesellschaft hat sich durch Balkanisierung erledigt.

Die Einwanderer seien einerseits zwar ein Problem, sagt der Bürgermeister. Sie seien aber auch die Lösung des Problems. Beweis: Sunset Park, ein Stadtviertel nicht weit von den alten Docks in Brooklyn. Um 1900 lebten hier fast nur skandinavische Einwanderer. Dann kamen die Iren und Italiener, schließlich in den fünfziger Jahren die Puertoricaner, die dann die Grundstückspreise auf Harlem-Niveau drückten.

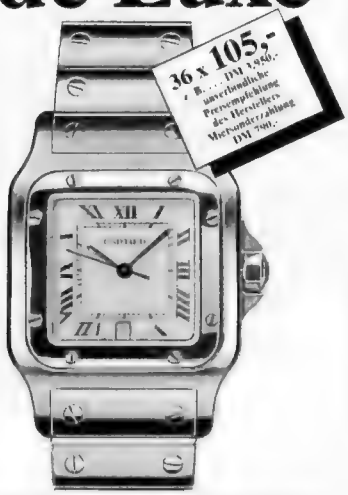
In den siebziger Jahren übernahmen dann nach und nach Chinesen und Koreaner. Heute zahlt man dort für ein solides Einfamilienhaus, das 1970 für 30 000 Dollar zu haben war, wieder 300 000 Dollar. Sunset Park gilt wieder als bevorzugte Wohngegend. Der Bür-



Das Lacoste-Piqué-Hemd ist weltweit bekannt. In über 100 Ländern reicht dieses eine kleine Wort, damit Sie sich wohl fühlen in Ihrer Haut.

Südholz-Türen
Für alles eine Lösung

Südholz-Türen · 8016 Feldkirchen · Fax 0 89/90 00 22 37

Leasing de Luxe


Mietkauf + Leasing neuer Uhren
Verkauf gebrauchter Uhren mit Garantie
(z. T. aus storn. Leasingverträgen)
Rolex · Cartier · Audemars Piguet · u. a.
rent a watch
Katalog anfordern:
An der Heide 15 · 8439 Postbauer
Tel. 09180/2599 + 2598 · Fax 09180/2600

germeister will sagen: Na bitte, es geht also doch.

Ja, aber nur wenn erst die Puertoricaner und dann die Koreaner kommen. Andersrum funktioniert es nicht.

Die New Yorker finden es normal, daß in New York alles größer, lauter, verrückter, zügelloser ist. Verwunderung gilt hier als ein Zeichen von Provinzialität. Dorfdeppen staunen, New Yorker staunen nie. In einer so vitalen Weltstadt sind eben auch die Verbrecher vitaler. Big city, big crime.

Aber die Koketterie mit dem rabiaten Charme der Kriminopolis hat nachgelassen, seit er so unmittelbar ist. Die harte Kriminalität beschränkt sich nicht mehr auf die Schmuddelviertel. Man kann heute leicht auch an der feinen Park Avenue in eine Faust rennen und die Brieftasche verlieren.

Nun ist körperliche Gewalt in New York kein ausschließlich kriminelles Phänomen. Ex-Bürgermeister Ed Koch hat einem Reporter der *New York Times* – ganz unwillentlich – die alltägliche gutbürgerliche Brutalität vorgeführt. Im Hilton Hotel, so erzählte er, sei ein Typ auf ihn zugesprungen und habe ihm die Faust aufs Auge gesetzt. Er, Koch, habe den Angreifer niedergerungen, bis ein Polizist ihm Handschellen angelegt habe. Als der Mann dann gefesselt am Boden lag, fragte sich Koch: „Wohin trittst du ihn? In die Eier, an den Kopf, was ist besser? Ich glaube, in die Eier, das spürt er mehr. Haha."

Ed Kochs Neigung zum Brachialismus ist nicht mal so erstaunlich wie seine Bereitschaft, darüber öffentlich zu reden. Sie unterstreicht das hohe Maß an Akzeptanz gegenüber roher Gewalt bei der New Yorker Gesellschaft. Ein Politiker kann sich offen dazu bekennen, daß er einem wehrlosen Gegner in die Weichteile tritt, ohne seine Reputation zu gefährden.

Ed Koch hat dann aber doch nicht getreten. „Ich dachte mir, nein, hinterher werde ich noch wegen Brutalität angezeigt und nicht dieser Drecksack." Aber das war wirklich der einzige Grund, der ihn zurückhielt.

Ed Koch ist ein typischer New Yorker. Das ist es, was ihn von seinem Nachfolger unterscheidet. Alle sagen, David Dinkins sei zu weich, kein schlechter Kerl, aber völlig ungeeignet allein schon für den Umgang mit den Gewerkschaften, die die Stadt im Würgegriff haben.

Dinkins gibt selbst zu, daß er ein Mann des Ausgleichs und des Kompromisses ist. Aber der Kompromiß gilt in dieser Stadt allgemein nicht als akzeptable Problemlösung, weil er nämlich die Grenzen zwischen gut und böse, zwischen richtig und falsch verwischt.

Ed Koch hat ein Büro im 30. Stock an der Avenue of the Americas. Da sitzt er zwischen Devotionalien aus großer Zeit und schreibt freche Kolumnen für den Rundfunk und für ein Boulevardblatt. Sein Lieblingsthema: Wieviel besser wäre alles, wenn Ed Koch noch Bürgermeister von New York wäre.

Doch das Volk soll sich bloß keine falschen Hoffnungen machen. „Die Leute haben mich rausgeschmissen, sie müssen bestraft werden." Und wer Ed Kochs betonverstärktes Selbstwertgefühl kennt, der weiß, daß er das genauso meint, wie er es sagt. Ed Koch ist in fast jeder Hinsicht ein typischer New Yorker. Nur in einer einzigen nicht: Er glaubt, daß es mit seiner Stadt bald wieder aufwärtsgeht.

Bangladesch

Meer von Menschen

Über 250 000 moslemische Flüchtlinge aus Burma belagern Bangladesch – willkommenes Reservoir für dort ansässige fundamentalistische Guerrilleros.

Halbnackte, hungrige Kinder hocken in langen Reihen auf einem ausgetrockneten Stück Land. Sie warten, daß die Sonne untergeht. Erst dann werden die leeren Näpfe, die sie in den Händen halten, mit gekochtem Reis und getrocknetem Fisch gefüllt.

Es ist Ramadan, der moslemische Fastenmonat. Auch für die Kleinen wird

Guerilla-Führer Zakaryia
„Wir müssen kämpfen"

DEUTSCHLANDS MEISTBENUTZTE KARTE

GROSSES GEWINNSPIEL

WER KENNT DEUTSCHLANDS STRASSEN?

Den Unterschied entdecken und gewinnen.

Kostenlose Teilnahme-Unterlagen erhalten Sie überall dort, wo es Die Generalkarte gibt.*

Zuverlässig bis ins kleinste Detail. Enthält jeden Ort und jede Straße.

Neue aktualisierte Auflage mit über 30.000 Änderungen. Selbst geplante Straßen sind gekennzeichnet.

Tolle Reisetips, Sehenswürdigkeiten und Stadtpläne auf der Rückseite. Mit vielen Abbildungen.

Die berühmten Generalkarten gibt es für ganz Deutschland und viele europäische Urlaubsziele. Jede Karte nur DM 7,80.

In allen Buchhandlungen, Kaufhäusern, Shell Stationen und beim ADAC.

*Oder anfordern bei
Mairs Geographischer Verlag,
Postfach 3151,
W-7302 Ostfildern 4

keine Ausnahme gemacht. Die Kinder sind Rohingya, Moslems aus Burma, jetzt Flüchtlinge in Bangladesch. Das islamische Ernährungszentrum, zu dem sie gehen, 35 Kilometer südlich von Cox's Bazar, wird von Fundamentalisten geleitet. Das Geld dafür spendet Saudi-Arabien.

„Die Religion ist unsere Stärke. Je sorgfältiger wir ihre Gesetze befolgen, desto bessere Menschen werden wir", sagt ein junger Mann, der die Nahrungsmittelverteilung beaufsichtigt.

Die Grenze zwischen Burma und Bangladesch, zwei der ärmsten Länder der Welt, ist 273 Kilometer lang. Vor einem Jahr begannen die Rohingya, eine im buddhistischen Burma lebende moslemische Minderheit, ihre Dörfer zu verlassen und in tagelangen Märschen Richtung Grenze zu fliehen. Sie erzählten entsetzliche Geschichten von Verfolgung, Mord und Vergewaltigungen durch die burmesische Armee.

Doch die Regierung von Bangladesch behandelte den Exodus monatelang wie ein Geheimnis. Internationale Hilfsorganisationen, wie das Flüchtlingskomitee der Uno, wurden daran gehindert, zu helfen. Dhaka wollte die Militärdiktatoren in Rangun nicht provozieren.

Erst im Februar, als der Flüchtlingsstrom nicht abreißen wollte, beschloß Bangladesch, die Plage publik zu machen. Das Land wußte sich nicht mehr zu helfen: Die Grenzregion hat sich noch nicht von dem Zyklon erholt, der voriges Jahr Bangladesch verwüstete und mindestens 140 000 Tote forderte. „Irgend jemand hat irgendwo beschlossen, uns in einem Meer von Menschen zu ertränken", sagt Zufrallan Chowdhury. Der Chirurg aus Dhaka steht einer privaten Stiftung vor, die im Gebiet von Cox's Bazar Hilfe leistet.

Über 250 000 Flüchtlinge bevölkern bereits eine Kette von Lagern, die eiligst entlang der Straße zwischen Cox's Bazar und Teknaf errichtet worden sind. Dabei hat Bangladesch, einer der am dichtestbesiedelten Staaten der Welt, kein Stück ungenutztes Land übrig.

Jeden Morgen setzen Dutzende von Motorbooten über den Grenzfluß und transportieren Elend und Leid an das Ufer in Bangladesch: „Die Soldaten haben mir erklärt, ich sei kein Burmese und müsse gehen", sagt Fadal Karim, 46, ein Bauer aus dem Bezirk Maungdaw, der mit Frau und acht Kindern floh. Aus einem kleinen Koffer voller geflickter Kleidungsstücke holt er ein Bündel alter Papiere und verblaßter Bilder heraus. Sie sollen beweisen, daß er tatsächlich in Burma geboren ist und regelmäßig seine Steuern bezahlt hat.

„Die Burmesen werden nicht ruhen, bis alle Moslems in ihrem Land entweder getötet oder ausgewiesen sind", erklärt ein Helfer.

Den burmesischen Fundamentalisten in Bangladesch kommt die Verfolgung ihrer Glaubensbrüder in der Heimat gerade recht. Die Massen der verzweifelten Flüchtlinge bieten ein riesiges Reservoir neuer Rekruten für ihren Guerilla-Kampf gegen Burmas Militärclique. Zudem sind sie eine Garantie dafür, daß die Geldspenden aus den arabischen Staaten – einschließlich Gaddafis Libyen – weiter reichlich fließen.

Einige unabhängige Beobachter im Flüchtlingsgebiet haben deshalb Zweifel, ob die Greuelberichte der Flüchtlinge nicht aus politischen Gründen übertrieben werden. „Zweifellos sind Frauen vergewaltigt worden, doch ist es schwer, Beweise dafür zu finden, daß dies massenhaft geschah", sagt ein Arzt.

In Burmas Provinz Arakan an der Grenze zu Bangladesch leben 1,4 Millionen Rohingya. Jahrhundertelang war das entlegene Gebiet von den Nachkommen arabischer Händler bewohnt, die im siebten Jahrhundert begonnen hatten, die asiatischen Handelsrouten zu befahren. Nachfahren der indo-islamischen Moguln ließen sich dort nieder, nachdem sie ihren Thron verloren hatten, ebenso arme bengalische Siedler aus dem Gebiet Tschittagong. Sie alle unterschieden sich durch Herkunft und Religion von den Burmesen.

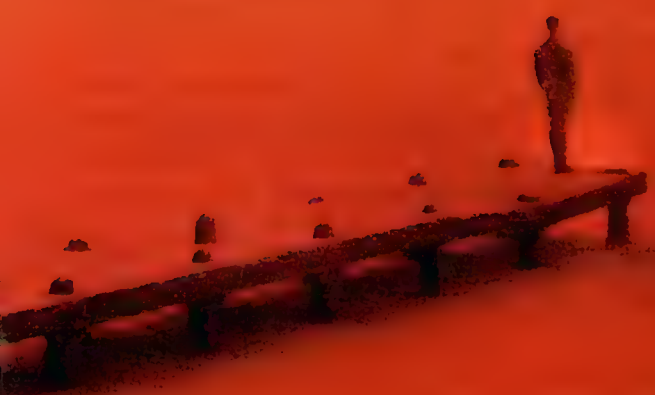
Der Konflikt zwischen dem unabhängigen moslemischen Königreich Arakan und dem buddhistischen Königreich Burma gehört deshalb zur Geschichte der Region. Cox's Bazar, eine kleine Stadt von 25 000 Einwohnern, die heute von Rohingya belagert wird, war 1799 als Flüchtlingslager entstanden – der König von Burma hatte Tausende von Arakanesen nach Westen verjagt. Die Läden an der Hauptstraße von Cox's

Flüchtlingslager in Bangladesch: Spenden aus Saudi-Arabien

ChristianDior

Fahrenheit

L'HOMME INFINIMENT.



Eau de toilette et ligne de bain.

ChristianDior
PARFUMS BEAUTÉ
AUTORISIERTES DEPOT

Garantiert einwandfreie Produktqualität nur in autorisierten Parfums Christian Dior-Depots

Ankunft von Burma-Flüchtlingen in Bangladesch: „Wie können wir sie zurückschicken?"

Bazar, das nach seinem Gründer, dem britischen Ex-Offizier Hiram Cox benannt wurde, sind immer noch im Besitz der Nachfahren jener ersten Siedler.

Etwa 2,2 Millionen Menschen leben derzeit in Arakan. Davon sind zwei Drittel noch echte Arakanesen – Rohingya eben, was soviel wie „moslemische Gemeinden" heißt. Staatsrechtlich sind sie Burmesen, aber ihre Bindungen, etwa durch die gemeinsame Sprache, an die Menschen in den Grenzgebieten von Bangladesch sind enger. „Wir sind alle Arakanesen. Wir bilden ein einziges Volk. Wie können wir sie zurückschikken?" sagt ein Bezirksbeamter im Balukali-Lager 1.

Bis zum vergangenen Jahr gab es so etwas wie einen kleinen Grenzverkehr: Mit einem Acht-Stunden-Paß konnten die Menschen die Grenze überqueren und die Märkte auf beiden Seiten besuchen. Die Kinder der reicheren Rohingya-Familien wurden in die Koranschulen von Cox's Bazar und Tschittagong geschickt. Für die burmesischen Behörden war die offene Grenze von Vorteil: Über Cox's Bazar hatten sie freien Zugang zu westlichen Konsumgütern – und sie verfügten über eine zusätzliche Route für ihre illegale Ausfuhr von Heroin.

Doch dann sahen Burmas Generale, irritiert durch jede Art von Herausforderung, in den moslemischen Rohingya plötzlich eine Bedrohung. Sie beschlossen, gegen sie genauso brutal vorzugehen wie gegen eine andere Minderheit, die christlichen Karen entlang der östlichen Grenze zu Thailand.

Bedroht fühlten sich die Machthaber vor allem durch die Aktionen moslemischer Guerrilleros, die von Bangladesch aus operieren. Zwei dieser Widerstandsgruppen, die schon vor Jahren entstanden, sind besonders aktiv: die RSO (Rohingya Solidarity Organisation) unter der Führung von Mohamad Yunus, einem aus Arakan stammenden Arzt, und die ARIF (Arakan Rohingya Islamic Front) unter der Führung von Nurul Islam. „Wir haben eine Streitmacht von 3000 Mudschahidin, aber nicht genug Waffen für alle", brüstet sich Mohamad Zakaryia, Vizepräsident und Chef der Abteilung für Militärische Angelegenheiten der RSO.

Um der vermeintlichen Gefahr zu begegnen, begann die burmesische Armee schon voriges Jahr, ganze Moslem-Dörfer zu evakuieren. Junge Männer wurden zum Ausheben von Schützengräben, Errichten von Baracken, Transport von Munition und Proviant abkommandiert. Widerstand wurde gewaltsam unterdrückt. Zugleich versetzte das Gerücht, die gesamte Moslem-Bevölkerung werde umgesiedelt, die Menschen in Panik.

Denn schon oft haben Burmas Machthaber versucht, ethnische Minderheiten zu vertreiben. Die Rohingya wurden 1978 bereits einmal verjagt. 300 000 flohen über den Naf-Fluß, zwei Drittel von ihnen kehrten später zurück. Die neuerliche Massenflucht war nicht mehr aufzuhalten.

„Als wir hier eintrafen, kamen 1000 Menschen pro Tag an, jetzt kommen 5000", sagt ein Mitarbeiter einer Hilfsorganisation. „Ich frage mich, ob wir den Exodus durch unsere Anwesenheit nicht beschleunigen."

Manche der Dienstleistungen in den Lagern machen die bitterarmen Bengalen neidisch. Schon sollen einheimische Familien sich als Rohingya-Flüchtlinge aus Burma ausgeben und in die Lager übergesiedelt sein.

Die Flüchtlinge müssen nicht unbedingt in den Lagern bleiben, sie können sich leicht mit der Lokalbevölkerung vermischen. Das hat bereits zu Spannungen geführt, da die Preise gestiegen sind, während die ohnehin niedrigen Löhne (ein Dollar pro Tag im Durchschnitt) wegen des Überangebots an Arbeitskräften sinken.

Viele der Neuankömmlinge betrachten sich nicht als vorübergehende Bewohner von Bangladesch. „Die Menschen sind nett hier, ich will bis zu meinem Lebensende bleiben", sagt ein Mann, der aus einem Dorf im burmesischen Bezirk Buthidaung gekommen ist. Nach Angaben von Flüchtlingen haben die zwei Guerilla-Organisationen eigene Agenten in Burma, um die Bevölkerung zur Flucht zu überreden.

Den moslemischen Widerstandskämpfern gegen das Regime in Burma geht es nicht um Demokratie. Ihr Fern-

ziel ist die Schaffung eines unabhängigen Staates Arakan, der auch einen Teil des heutigen Bangladesch umfassen könnte. Eine islamisch-fundamentalistische Arakan-Republik? „Das hängt ganz vom Wunsch des Volkes ab", meint RSO-Guerilla-Chef Zakaryia.

Viele Bengalen betrachten die Rohingya deshalb als Bedrohung für ihr eigenes Land. Das Militär von Bangladesch benutzt die Krise schon, um seine Forderung nach mehr Waffen zu rechtfertigen. Wenn die Rohingya nicht bald zurückgeschickt werden, sind nach ersten Scharmützeln ernsthafte militärische Zusammenstöße an der Grenze kaum zu vermeiden – die moslemischen Guerillas werden alles daransetzen, um sie zu provozieren.

„Wir müssen kämpfen, wenn wir unsere Identität als Rohingya behalten wollen", sagt Zakaryia. Einem Arzt in Cox's Bazar machen die wahren Absichten der Fundamentalisten Sorgen: „Statt diese Gewehre gegen die Diktatoren in Rangun zu richten, werden sie sie eines Tages gegen uns wenden."

Italien

Im Ätna verbrennen

Die Regionalpatrioten von der Liga Nord waren die eigentlichen Gewinner der Wahl. Jetzt wollen sie die Einheit des Staates sprengen.

Die Sieger bleiben auch im Triumph bescheiden. Senator Umberto Bossi, Chef der Regionalpatrioten von der Liga Nord, möchte seine 55 Abgeordneten und 25 Senatoren, die nun ins römische Parlament einziehen werden, in einem einzigen Gebäude kasernieren – Sammelunterkunft im Stil eines Studentenwohnheims.

Die Mannschaft macht mit. „Wir sind ein Heer im Krieg", sagt Fabio Dosi, neugewählter Anwalt aus Parma, „und nun schlagen wir unsere Zelte in der Hauptstadt auf. Verschwendung lehnen wir ab. Bei uns wird gespart."

Die Potentaten der etablierten Parteien, denen Italiens Wähler eine deutliche Abfuhr erteilten, verbunkerten sich derweil in ihren Hauptquartieren. In Marathonsitzungen versuchten sie, Auswege aus dem Dilemma zu finden, in das die Ergebnisse der großen Protestwahl gegen das scheinbar unerschütterliche Politsystem sie gestürzt hatten.

Ministerpräsident Giulio Andreotti hat die Christdemokraten, die seit mehr als 40 Jahren an der Macht sind, in die schwerste Niederlage ihrer Geschichte geführt. Die Viererkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen ist, trotz schmaler Mehrheit in der Abgeordnetenkammer und im Senat, nicht mehr handlungsfähig. Aber eine alternative Regierung kann auch nicht gebildet werden.

Von den 16 Parteien, die nun im Parlament vertreten sind, errangen 12 weniger als sechs Prozent der Stimmen – was die italienische Presse veranlaßte, von Weimarer Zuständen in Rom zu sprechen. Mit 8,7 Prozent der Stimmen für die Abgeordnetenkammer (Senat: 8,2 Prozent) ist Umberto Bossis Liga Nord zur viertstärksten politischen Kraft im Parlament geworden.

Christdemokrat Andreotti
Schwerste Niederlage der Geschichte

Wie die Emporkömmlinge mit ihrer gestiegenen Bedeutung umgehen werden, weiß bisher niemand zu sagen. Denn die regionalen Bürgerbewegungen, die sich in der Liga Nord zusammenschlossen, beruhen weniger auf Programmen als auf Gefühlen. Sie beziehen ihre Stärke aus den heftigen Ressentiments des reichen Nordens gegen den unterentwickelten Süden Italiens und aus dem Zorn auf Rom, das ihnen, so sagen sie, das Geld aus der Tasche zieht, um es an politische Klienten und an die Mafia zu verschieben – eine im Kern berechtigte Kritik.

Unumstritten herrscht Bossi, 50, über seine Protestbewegung, die ihren wundersamen Aufstieg innerhalb weniger Jahre im wesentlichen ihm verdankt. Sein eigenes Wahlergebnis war ein persönlicher Triumph: Bossi gewann 240 513 Vorzugsstimmen, weitaus mehr als alle anderen italienischen Politiker, die sich zur Wahl gestellt hatten: ein Rekord, übertroffen allein von Giulio Andreotti, den vor fünf Jahren 329 599 Wähler zum meistgewünschten Kandidaten kürten.

Umberto Bossi ist ein magerer, langer Mensch, der sich achtlos kleidet. Sein Wuschelhaar, das ihm nach Beatles-Manier in die Stirn fällt, läßt ihn jungenhaft wirken und mildert den Anflug von Fanatismus, den seine zuweilen schrille Rhetorik und seine rauhen Sprüche aufkommen lassen.

Bossi stammt aus äußerst einfachen Verhältnissen, die er nie verleugnet hat. Bis vor kurzem wohnte er mit Frau und

Triumphierende Liga-Anhänger in Mailand: „Wir sind ein Heer im Krieg"

SIE WOLLEN EXPANDIEREN.
WIR FINANZIEREN.

LINNEBACH & SCHOLTA

Erfolgreiche Unternehmensplanung braucht eine intelligente Finanzierung. Als Partner in allen Finanzfragen kreditieren wir Ihre Export-Projekte, regeln den Auslandszahlungsverkehr, decken Währungsrisiken ab und beraten Sie bei Immobilien-Geschäften. Mit Konditionen, die stimmen. In jeder Größenordnung.

Auch bei Leasing-Fragen sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Vereinbaren Sie einen Termin mit unserem Kundenberater.

Bayerische Landesbank, Brienner Str. 20, 8000 München 2.

Bayerische Landesbank

Wahlsieger Bossi
„Los von den römischen Dieben"

zwei kleinen Söhnen in einer Zweizimmerwohnung an der Peripherie von Varese, wo ihm eine Wohnküche als Büro diente.

Einen Beruf hat der Mann, der die wahrscheinlich wichtigste Volksbewegung der italienischen Nachkriegszeit ins Leben gerufen hat, nie erlernt. Nach der Schule arbeitete er als Automechaniker und Radiotechniker, gab Unterricht für Mathematik und Physik. Das anschließende Medizinstudium brach er ab.

Die Wende in Bossis Leben brachte 1979 die Begegnung mit Bruno Salvadori, dem Gründer eines norditalienischen Heimatbundes. Salvadori begeisterte ihn für die Idee, daß die vielen, historisch unterschiedlich geprägten Regionen Italiens autonom sein müßten und der römische Zentralismus das Erzübel Italiens sei. Los von den „römischen Dieben" heißt die bis heute gültige Parole.

1984 gründete Bossi die Lega Lombarda, die sich in ihren Anfangsjahren mit Hetzparolen gegen den Süden („Vorwärts Ätna, verbrenne sie alle") Zulauf verschaffte und bei den Kommunalwahlen 1990 in der Lombardei schon fast 19 Prozent der Wählerstimmen kassierte (SPIEGEL 23/1990).

Ähnlich rabiate Heimatbünde entstanden in den achtziger Jahren auch in anderen Regionen Norditaliens. Ohne ihr Eigenleben aufzugeben, taten sich die meisten 1989 zur föderativ gegliederten, aber von Bossi beherrschten Liga Nord zusammen.

Jetzt hat die Bossi-Bewegung alle Parteien geschröpft: 24 Prozent der Liga-Wähler kamen von den Christdemokraten, 19 Prozent von den Kommunisten, 11 Prozent von den Sozialisten, 6 Prozent von den Republikanern. Doch entgegen ihren eigenen Hoffnungen blieb der Erfolg auf den Norden des Landes beschränkt – dort erreichte die Liga 17,6 Prozent der Stimmen, im Zentrum und im Süden brachte sie es nur auf kümmerliche 0,3 und 0,2 Prozent.

Drastisch hat das Wahlergebnis damit die Zweiteilung Italiens, den Konflikt zwischen Nord und Süd in einem Land bestätigt, das sich im Grunde kaum jemals wirklich als *eine* Nation verstanden hat.

Als Giuseppe Garibaldi, Held der nationalen Wiedergeburt, 1860 gen Süden zog, um das Königreich beider Sizilien den Bourbonen zu entreißen, marschierte er durch einen „geographischen Begriff" – so hatte ein paar Jahrzehnte davor Fürst Metternich Italien genannt.

Nur Idealisten wie Garibaldi konnten glauben, daß zwei unterschiedliche Welten, die seit der Römerzeit kaum noch historische Gemeinsamkeiten hatten, in einem geeinten Staat zu einer modernen, homogenen Nation zusammenwachsen könnten.

Im Zweiten Weltkrieg verband zwar der patriotische Widerstand gegen Mussolinis Faschismus und die Nazis erstmals viele Italiener aus Nord und Süd. Aber die Solidarität hielt nicht lange an. Die Entscheidung christdemokratischer Regierungen in den fünfziger Jahren, Armut und Unterentwicklung des Mezzogiorno durch Milliardensummen aus Steuermitteln zu bekämpfen, verhalf nur der Mafia zu Macht und Reichtum. Sie verärgerte die Geldgeber im Norden, ohne dem Süden wirklich zu helfen.

Der Süden blieb das Armenhaus Italiens, der Norden das „Paradies der Reichen", so die Zeitung *La Repubblica*. Das schwelende Ressentiment vieler Norditaliener, die ihre Steuern wirkungslos versickern sahen, verwandelte sich in schieren Haß auf die „terroni", die „Erdfresser" aus dem Süden.

Anhänglichkeit und Zuneigung empfanden die Frustrierten nur noch für die engere Heimat. Der stallwarme örtliche Zusammenhalt samt Dialekt und heimischer Küche wurde zum Nährboden der Ligen.

Deren Anhänger sind keine ausländerfeindlichen Nationalisten wie die deutschen Republikaner oder die Gefolgsleute des Franzosen Jean-Marie Le Pen, sondern Regionalisten, die Italien am liebsten in drei Republiken zerstückeln wollen – Nord, Mitte und Süd.

Bossi glaubt sich dem Ziel schon nahe. Seine kühne Interpretation des Wahlergebnisses: „Ein vereintes Italien existiert nicht mehr."

It's High Mech.

Zeitlos klassisch und zeitgemäss mechanisch. Das sind die Uhren der High Mech Collection von ORIS. So zeitbewusst trägt der echte Liebhaber wieder Uhren aus weltberühmter Uhrmacherkunst. Hier zählt die Liebe zum Detail, die Liebe zum Handwerk, die Liebe zur klassisch eleganten Form. Rund um die Uhr. Ohne Batterie.

ORIS Complication.
Mechanisches Werk mit automatischem Aufzug, sichtbar durch den Glasboden. Anzeige einer zweiten Zeitzone, des Datums, Wochentages und der Mondphasen. Wasserdicht bis 30 m, echtes Rindslederband. Lieferbar in Goldplaque 10 Micron und in Stahl.

ORIS
Made in Switzerland
Since 1904

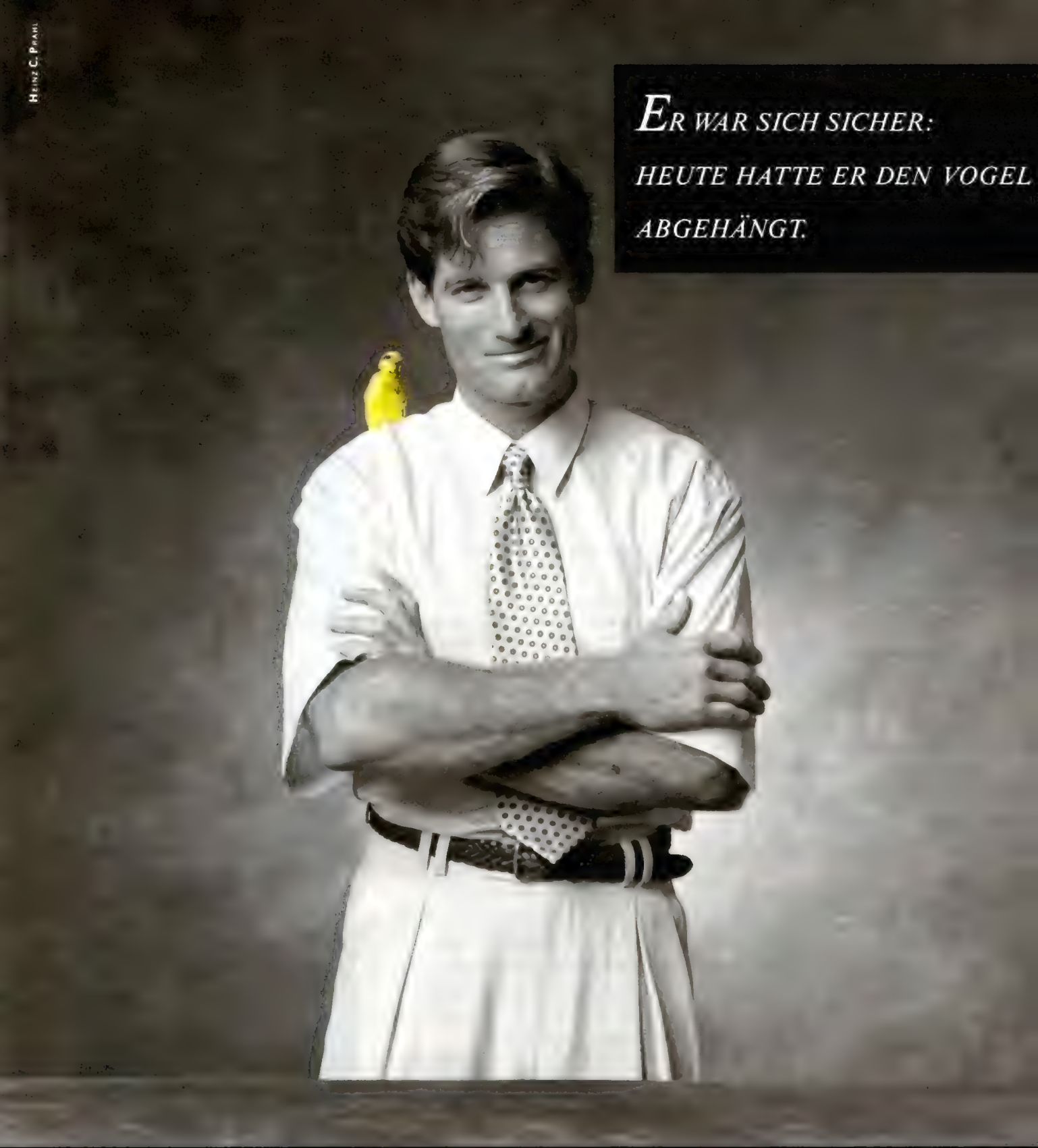
Bei ausgewählten Juwelieren und Fachgeschäften erhältlich.

Bezugsquellennachweis:
ORIS Deutschland, Fritz Arning
Südendstraße 78, D-8034 Germering
Tel. 089/84 67 85, Fax 089/8 41 41 25

ORIS Österreich, Walter Kalteis
A-3500 Krems, Tel. 02732/70647

ORIS Schweiz, CH-4434 Holstein
Tel. 061/951 11 11, Fax 061/951 20 65

HEINZ C. PRAHL



Die Kunst des Hemdenmachens kann man am besten in aller Kürze an diesem Modell erläutern: Ein sportlich-sommerliches Hemd ist bei COMMANDER eben kein normales Oberhemd mit abgeschnittenen Ärmeln. Sondern ein ganz spezielles Hemd. Mit eigenem Schnitt und eigenem Charakter. Diesen Stil finden Sie in der gesamten COMMANDER-Kollektion. Von Slip bis Slipon-Mantel. Ganz exclusiv in wenigen Fachgeschäften. Adressen nennt Ihnen COMMANDER, Postfach 10 02 33, 4300 Essen.

COMMANDER

DIE FREIHEIT, ANSPRÜCHE ZU STELLEN

„Unser Gewissen ist rein“

Der Georgier Eduard Schewardnadse über sein Land, die Zukunft der GUS und die Deutschen

SPIEGEL: Herr Präsident, nach sieben Jahren in Moskau und vielen Triumphen in der internationalen Politik sind Sie in Ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben das selbst einen riskanten Schritt genannt. Warum haben Sie ihn auf sich genommen?

SCHEWARDNADSE: Ich konnte gar nicht anders handeln. In diesem Augenblick entscheidet sich das Schicksal meiner Heimat. Wenn die politische und wirtschaftliche Stabilisierung nicht gelingt, dann ist Georgiens Unabhängigkeit verspielt. Da darf Gefahr für die eigene Person keine Rolle spielen.

SPIEGEL: Sie befinden sich jetzt wieder in jener Residenz, in der Sie 13 Jahre als Parteichef gesessen haben. Inzwischen treten Sie für Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie ein ...

SCHEWARDNADSE: Ich war Kommunist, das ist bekannt. Als ich geboren wurde, herrschte schon der Einparteienstaat. Das hat mich zunächst geprägt. Aber mein Weltbild änderte sich, nicht erst mit der Perestroika, sondern schon Anfang der siebziger Jahre.

SPIEGEL: Sie haben sich dem Westen Ende 1990 empfohlen als Warner vor einer Diktatur, vor einem Putsch. Jetzt sind Sie selbst Chef einer Junta, die den frei gewählten Präsidenten Swiad Gamsachurdia gestürzt hat. Warum wurde er gewaltsam entmachtet?

SCHEWARDNADSE: Das Resultat freier Wahlen muß noch keine Garantie für eine demokratische Entwicklung bieten. Es ging nicht um die Entmachtung einer Person, sondern um die Überwindung antidemokratischer Formen eines Regimes. Übrigens wurde auch Hitler demokratisch gewählt ...

SPIEGEL: In freien Wahlen hat Hitler nie eine Stimmenmehrheit gewonnen.

SCHEWARDNADSE: Aber die Nazis wurden zur stärksten Partei.

SPIEGEL: Was haben Sie Gamsachurdia konkret vorzuwerfen? Der Militärrat, der ihn davongejagt hat, ist ja auch nicht gerade zimperlich vorgegangen.

SCHEWARDNADSE: Persönlich habe ich ihm gar nichts vorzuwerfen.

SPIEGEL: Aber er wirft Ihnen vor, den Staatsstreich gegen ihn vorbereitet und geplant zu haben.

SCHEWARDNADSE: Man kann alles mögliche sagen, wenn der Kopf nicht die Zunge lenkt.

Schewardnadse beim SPIEGEL-Gespräch*: „Gefahr für die eigene Person“

SPIEGEL: Haben Sie Gamsachurdia jemals persönlich kennengelernt?

SCHEWARDNADSE: Kaum, ich habe ihm vielleicht mal die Hand gedrückt. Und vor einem Jahr haben wir miteinander telefoniert. Seinen Vater habe ich sehr gut gekannt, das war ein bedeutender Schriftsteller.

SPIEGEL: Gamsachurdia kam vor 20 Jahren ins Gefängnis, als Sie Innenminister waren.

SCHEWARDNADSE: Nicht nur in Georgien waren Dissidenten Verfolgungen ausgesetzt, das war typisch für das totalitäre System. Sehr schlimm, aber damals waren die Gesetze so.

SPIEGEL: Gamsachurdia hatte behauptet, die Polizei foltere. Waren seine Vorwürfe berechtigt?

SCHEWARDNADSE: Solche Fälle gab es, sie gehörten auch nach den damaligen Gesetzen vor Gericht. Aber in den Sicherheitsorganen herrschte noch der Geist des Geheimpolizeichefs Berija, der 1953 hingerichtet worden ist. Er war ein Georgier, wie Stalin.

SPIEGEL: Noch ist der Bürgerkrieg in Ihrem Land nicht beendet. Besonders in Westgeorgien hat Gamsachurdia beim einfachen Volk einen großen Anhang. Wie wollen Sie den Widerstand dort brechen – mit militärischen Mitteln?

SCHEWARDNADSE: Mit Argumenten. Die Menschen sind der Demagogie müde, sie wollen arbeiten, geistig-schöpferisch tätig sein. Vor allem die Intellektuellen haben sich gegen das autoritäre System gewehrt, weil sie verfolgt wurden und die Dunkelheit des Mittelalters wieder heraufkommen sahen. Aber es gibt keinen Grund, nun Unversöhnlichkeit zu zeigen. Die Zeit wird alles heilen, wenn eine wirkliche Demokratie herrscht.

SPIEGEL: Sie haben Neuwahlen angekündigt, dürfen da auch Gamsachurdias Anhänger kandidieren?

SCHEWARDNADSE: Jeder kann sich zur Wahl stellen, der sich nicht gegen das Volk vergangen hat.

SPIEGEL: Wer entscheidet darüber?

SCHEWARDNADSE: Der Generalstaatsanwalt entscheidet, ob Anklage zu erheben ist. Wenn es zum Prozeß kommt, werden daran internationale Beobachter teilnehmen. Auch die Wahlen sollen von Beobachtern aus

* Das Gespräch führten die Redakteure Fritjof Meyer und Christian Neef in Tiflis.

Bevor die kleine Patientin Nerven zeigen kann, ist die Prozedur schon zu Ende. Schnell und schmerzlos, ohne nachteilige Strahlung. Aufschlußreiche Bilder, gestochen scharf, bei Bedarf dreidimensional, haben dem Arzt entscheidende Hinweise gegeben. Beides – sanfte Diagnose und dreidimensionales Ergebnis – verdankt der Diagnostiker dem Magnetresonanz-Tomographen MRT 150 A, der den sanften Weg der Magnet-Diagnostik ermöglicht.

Der Weg.

Toshiba hat auf diesem Gebiet Wegweisendes geleistet. Genauso wie in dem ebenfalls maßgeblichen Bereich der Chip-Technologie – der Kunst also, Mega-Informationen auf Mikro-Raum zusammenzupacken. Prominentester Leistungsbeweis dafür ist zur Zeit der 16 MegaBit-Chip, den Toshiba als erster in Großserie auflegt. Was Toshiba Chip-Technologie sonst noch Wichtiges und Schönes für Sie bewirken kann, lesen Sie demnächst an dieser Stelle.

Im Einklang mit morgen

TOSHIBA

Für weitere Informationen: TOSHIBA MEDICAL SYSTEMS GMBH, Hellersbergstraße 4, 4040 Neuss 1
TOSHIBA ELECTRONICS EUROPE GMBH, Hansaallee 181, 4000 Düsseldorf 11
TOSHIBA MEDICAL SYSTEMS G. M. B. H., Ricoweg 40, A-2351 Wiener Neudorf, Tel.: 22 36-6 16 23
TOSHIBA MEDICAL SYSTEMS AG, Kreuzlenstraße 5, CH-8618 Oetwil am See, Tel.: (01) 9 29-13 18

anderen Ländern, darunter aus Deutschland, überwacht werden.

SPIEGEL: Was ist, wenn Gamsachurdias Anhänger gewinnen – gibt es dann wieder einen Staatsstreich?

SCHEWARDNADSE: Dann findet eben ein Regierungswechsel statt. Gewalt läßt sich nicht anwenden.

SPIEGEL: Sie waren immer ein Anhänger der Union. Früher haben Sie sogar einmal die wahre Sonne im Norden aufgehen sehen, in Rußland. Warum wenden Sie sich jetzt gegen einen Beitritt Georgiens zur GUS?

SCHEWARDNADSE: Gerade die Deutschen müßten doch wissen, daß ich immer für das Selbstbestimmungsrecht eingetreten bin. Das muß auch für Georgien gelten. Nur hatte ich mir immer vorgestellt, das lasse sich schrittweise und schmerzlos erreichen – und nicht chaotisch: Innerhalb von acht Stunden wird proklamiert, es gibt nun keine Sowjetunion mehr, jetzt gibt es eine GUS. Ich bin für einen zivilisierteren Prozeß.

SPIEGEL: Welche Chancen geben Sie denn noch der GUS?

SCHEWARDNADSE: Ich bin sehr skeptisch. Georgien hat mit der GUS nichts zu tun.

SPIEGEL: Parlamentsabgeordnete im Exil unterstellen Ihnen das Ziel, Georgien in das Einflußgebiet eines neuen russischen Imperiums zu bringen.

SCHEWARDNADSE: Ich bin immer für eine Zusammenarbeit Georgiens mit Rußland eingetreten. Historisch gesehen wäre Georgien ohne Rußlands Beistand physisch zugrunde gegangen. Die Zugehörigkeit zum großrussischen Reich hat auch schlimme Spuren hinterlassen, für die wir noch heute zahlen müssen. Künftig müssen die Beziehungen gleichberechtigt werden. Ich glaube, daß Boris Jelzin das gut versteht, auch wenn er mit der diplomatischen Anerkennung Georgiens noch zögert.

SPIEGEL: Wann rücken die GUS-Truppen aus Georgien ab? Der Chef des kaukasischen Wehrbezirks, Generaloberst Patrikejew, sieht darin eine Entblößung der südlichen Flanke Rußlands.

SCHEWARDNADSE: Das ist eine sehr ernste Sache, und darüber müssen alle europäischen Staaten gemeinsam nachdenken – und nicht nur über die Folgen für die nächsten ein oder zwei Jahre. Es handelt sich um ein Problem der europäischen Sicherheit.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Volkswirtschaft rasch in Ordnung bringen?

SCHEWARDNADSE: Die Lage ist katastrophal, alles liegt darnieder. Großbetriebe haben fünf Monate lang überhaupt nicht gearbeitet, ebensolange war der Zugverkehr zwischen Ost und West eingestellt. In Westgeorgien sind Waren im Wert von sechs Milliarden Rubel praktisch im Nichts verschwunden. Wir tun, was wir können. Die Privatisierung kommt langsam voran. Doch ohne ausländische Investitionen lösen wir das Problem nicht. Ich meine Kapital, das sich rentiert: Georgien verfügt über ein Potential, das große Perspektiven bietet. Aber die Hilfe muß sofort kommen.

Gamsachurdia-Anhänger in Westgeorgien: „Auch Hitler demokratisch gewählt"

SPIEGEL: Aus Annoncen, die Sie mit Ihrer Unterschrift in mehreren westlichen Zeitungen veröffentlicht haben, läßt sich der Vorwurf lesen: Die Georgier müssen mit ihrer Not dafür bezahlen, daß der Kommunismus zusammengebrochen und Deutschland vereinigt ist. Tut der Westen nicht genug für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

SCHEWARDNADSE: Ohne den Beistand des Westens wäre die Situation noch viel schlimmer. Aber genügt die Hilfe? Sie hat Georgien jedenfalls nicht erreicht. Georgien war bis zuletzt von der Sowjetunion politisch und wirtschaftlich isoliert worden, und der Westen sah in Georgien eine Fortsetzung des totalitären Systems.

SPIEGEL: Ist es das, was Sie in Ihrer Anzeige eine Mauer der Gleichgültigkeit nennen?

SCHEWARDNADSE: Das soll kein Vorwurf sein. Der Westen trägt keine Schuld, weil er den Kaukasus nicht kennt. Aber das muß sich ändern. Der Westen muß diesem Gebiet soviel Aufmerksamkeit widmen wie dem Balkan.

SPIEGEL: Was können die Deutschen tun?

SCHEWARDNADSE: Sie können sehr viel tun, aber auch einiges annehmen. Sie können uns bei der Privatisierung unserer Staatsindustrie behilflich sein, die Landwirtschaft entwickeln und in eine ausgesprochene Erfolgsbranche investieren, mit der sich Milliarden verdienen lassen: in den Tourismus. Georgien ist ein einzigartiges Ferienparadies.

SPIEGEL: Herr Schewardnadse, Ihr Name wird für immer verbunden sein mit der deutschen Vereinigung. Dazu möchten

Bei allem, was unsere Teams heute erforschen und entwickeln, ist der Blick nach vorne gerichtet. Die Zukunft wird die Qualität ihres Tuns an den Tag bringen. Dieser Verantwortung sind wir uns bewußt. Darum haben wir sie zu einem Teil unserer Unternehmensphilosophie gemacht.

Das sichert nicht nur unseren Kindern die Welt. Es ist zugleich Grund dafür, daß wir in unseren drei Tätigkeitsfeldern führend bleiben : in der Kommunikationstechnik, bei der Energieversorgung und dem Transportwesen.
Um dieses Denken in die Tat umzusetzen, nutzen wir

weltweit das Wissen und die Resultate unserer gesamten Unternehmensgruppe. Mehr als 100 Länder stehen im ständigen Austausch. Über 200.000 Mitarbeiter von Alcatel Alsthom geben ihre Kraft für richtungsweisende Lösungen. Ein Potential, um das Beste zu leisten, was immer auch kommen mag.

ALCATEL
ALSTHOM

Alcatel Alsthom 54, rue La Boétie 75008 Paris, France

Regierungspalast in Tiflis nach den Januar-Kämpfen: „Die Zeit wird alles heilen, wenn Demokratie herrscht"

wir gern noch erfahren, wann Sie zu der Ansicht kamen, die deutsche Zweistaatlichkeit müsse ein Ende haben.

SCHEWARDNADSE: Das war 1986, ein Jahr nach Gorbatschows Amtsantritt als Generalsekretär. Damals war es noch so gut wie unmöglich, davon zu sprechen. Die ganze Regierung und die Parteiführung waren dagegen. Gorbatschow ließ es zu, theoretisch über diese Frage nachzudenken, die früher oder später auf uns zukommen mußte.

SPIEGEL: Was hat Sie denn zu diesen unmöglichen Überlegungen gebracht?

SCHEWARDNADSE: Ich hielt es für undenkbar, eine Nation auf Dauer zu spalten. Die nationale Problematik hat mich als Georgier mehr berührt als andere. Ich meinte, es sei nicht hinzunehmen, daß dieses deutsche Volk, das ein so großes Potential in sich birgt, weiterhin zerrissen sei. Irgendwann gehöre die nationale Frage als ein heikles Problem auf die Tagesordnung. In meiner Umgebung dachte niemand daran.

SPIEGEL: Wann hat sich Gorbatschow Ihrer Meinung angeschlossen? Oder war es umgekehrt?

SCHEWARDNADSE: Wir waren einer Meinung. Er hat in Ost-Berlin den Genossen stets zugeredet: Fangt an mit Reformen, die zu einer Vereinigung führen, oder ihr seid verloren.

* Im Januar im Exil in Armenien.

Ex-Präsident Gamsachurdia*
„Dunkelheit des Mittelalters"

SPIEGEL: Und wann gelangten Sie zu der Ansicht, der einzige Weg sei ein Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der Nato?

SCHEWARDNADSE: Das war erst in der letzten Etappe, 1989. Auch als die Demonstrationen in der DDR begannen, mußten Gorbatschow und ich noch mächtig lavieren, vor allem in unseren öffentlichen Reden.

SPIEGEL: Walentin Falin sagt, es gebe noch immer keine plausible Erklärung dafür, was beim entscheidenden Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl im Kaukasus wirklich geschah. Können Sie das Geheimnis lüften?

SCHEWARDNADSE: Da gibt es nichts zu verbergen. Wir hatten alles gründlich vorbereitet und mit unseren Kollegen besprochen, auch mit den Militärs. Wir sahen keine andere Chance mehr, es ging um ein Entweder-Oder: Kriegführen oder aber am Weltprozeß teilnehmen und darauf Einfluß nehmen. Etwas anderes hätte in den dritten Weltkrieg führen können.

SPIEGEL: Glauben Sie heute, daß es richtig war, die DDR zu opfern? Sind Sie mit Ihrem Werk zufrieden?

SCHEWARDNADSE: Da wurde nichts geopfert, sondern die Gerechtigkeit wiederhergestellt. Unser Gewissen ist rein.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

BHW präsentiert Hundertwasser-Architektur

ABC/EUROCOM DÜSSELDORF

Ausstellungstermine

Hamburg
EKZ Hamburger Straße
2. 4. - 18. 4.

München
Olympia-Einkaufszentrum
24. 4. - 9. 5.

Berlin
Europa-Center
15. 5. - 30. 5.

Köln
Hürth-Park
5. 6. - 20. 6.

Frankfurt
Hessen-Center
25. 6. - 11. 7.

Oberhausen
Bero-Zentrum
16. 7. - 1. 8.

Kassel
DEZ
7. 8. - 22. 8.

Stuttgart-Leonberg
Leo-Center
27. 8. - 12. 9.

Nürnberg
Franken-Zentrum
17. 9. - 13. 10.

Augsburg
Neues Schwaben-Center
8. 10. - 24. 10.

Kreative Architektur eröffnet Freiräume zur Selbstverwirklichung. Moderne Finanzdienstleistungen, wie sie von der BHW-Gruppe angeboten werden, helfen Träume und Wünsche in den eigenen vier Wänden zu realisieren. In dem Anliegen, mehr Lebensqualität zu bieten, darin treffen sich Hundertwasser und die BHW-Gruppe. In zehn Einkaufszentren ist die Ausstellung von Hundertwasser-Architektur zu erleben.

BHW
Bank · Bausparkasse · Versicherung

Die BHW-Gruppe: BHW-Bausparkasse AG als Partner für den öffentlichen Dienst. Und für alle:
BHW Allgemeine Bausparkasse AG, BHW Bank AG, BHW Lebensversicherung AG, BHW Immobilien GmbH.

Sahara

Ritter der Wüste

Tuareg-Rebellen überfallen Touristen und kämpfen gegen Soldaten. Sie fordern ein autonomes Gebiet im Nordniger.

Früher arbeitete Rissa Ag Boula im Sahara-Tourismus in Agades, Nigers „Tor zur Wüste". Auch heute, als Rebellenchef im Air-Gebirge, präsentiert er noch gern die Schönheiten der Landschaft: bis zu 300 Meter hohe Dünen, die sich wie ein aufgewühltes Meer gegen schwarze Basaltfelsen werfen. „Die schönste Wüste der Welt", schwärmt Rissa, 36.

Zu den touristischen Attraktionen der Region zählten auch die hellhäutigen Tuareg-Nomaden, die ihre Kamel- und Ziegenherden durch die Wüstentäler treiben. Einst herrschten sie über die Sahara, kontrollierten den Karawanenhandel, suchten die schwarzen Völker des Südens heim. Heute sind sie heruntergekommene Hirten, verachtet von ihren ehemaligen Sklaven; stolz posieren sie nur noch auf Erinnerungsfotos für weiße Sahara-Urlauber als „Ritter der Wüste". Die rund 1,2 Millionen Tuareg haben keinen eigenen Staat und leben auf fünf Länder verteilt.

Doch die Männer des Rissa Ag Boula warten nicht mehr auf Touristen: Statt des Kaftan tragen sie Kampfanzüge, den traditionellen Säbel hat die Kalaschnikow ersetzt. Seit Jahresbeginn treiben die Scharmützel zwischen der Armee Nigers und den Tuareg-Rebellen der Befreiungsfront FLAA (Front de libération de l'Air et de l'Azawak) auf einen offenen Krieg zu.

Nach einem Angriff auf die Oase Iferuane, gut 200 Kilometer nördlich von Agades, rückte die Armee Anfang März massiv ins Air-Bergland ein. Die nur von Nomaden bevölkerte Region, ungefähr so groß wie die Schweiz, ist militärisches Sperrgebiet. Diplomaten in der Hauptstadt Niamey befürchten Massaker an der Zivilbevölkerung.

Der Tourismus, für die Region bisher Haupteinkommensquelle, ist versiegt. Die letzten Reisenden, die im Januar auf der Transsahara-Route von Tamanrasset nach Agades fuhren, wurden gleich zweimal überfallen, zunächst von den Rebellen, dann von der Armee.

Der Konflikt im Nordniger verwandelt die gesamte Südsahara in eine neue Krisenregion. Vorausgegangen war der Rebellion im Niger die Tuareg-Revolte in Mali, die Hunderte Menschenleben gefordert hatte. Rund 100 000 malische Flüchtlinge, in der Mehrzahl Tuareg, vegetieren in Elendslagern auf mauretanischem und algerischem Boden – Nachwuchs für die Rebellen.

Die Tuareg-Guerrilleros im Norden Nigers erhielten ihre militärische Ausbildung in Libyen. Dort hatten sie Revolutionsführer Gaddafi jahrelang als Söldner gedient, bevor sie die Wüste durchquerten und sich im Air-Gebirge einnisteten. Ihre Stärke: knapp 1000 Mann.

„Erst haben uns die Franzosen unterjocht, dann die Schwarzen. Wir sind ruiniert, machtlos, rechtlos. Aber wir werden nie wieder Schlachtvieh sein wie in Tschin-Tabaradene", sagt FLAA-Führer Rissa.

Im Gebiet dieser Unterpräfektur, 300 Kilometer südwestlich von Agades, hatte Nigers Regierung seit Ende 1989 rund 20 000 aus Libyen und Algerien repatriierte Tuareg in Notlagern untergebracht. Diese Nomaden hatten während der Dürrekatastrophen der siebziger und achtziger Jahre ihre Herden verloren und waren in die großen Städte gezogen. Auf Wunsch Nigers und mit finanzieller Hilfe aus Europa sollten die Heimkehrer zu ihrem alten Leben zurückfinden.

Doch die Hilfsgelder verschwanden in den Taschen nigrischer Beamten. Gespendete Zelte und Lebensmittel tauchten im Warenangebot auf dem Markt von Niamey auf. Als in Tschin-Tabaradene Proteste darüber in Unruhen umschlugen, griff die Armee ein. Es kam zu einem Gemetzel. 600 Tuareg, so schätzen Hilfsorganisationen, wurden im Mai 1990 ermordet.

Die Lehrzeit bei Gaddafis Islamischer Legion erklärt, warum die Rebellen den Regierungsstreitkräften an Kampferfahrung überlegen sind. Als nigrische Hunger-Flüchtlinge kamen sie Anfang der achtziger Jahre in den Kasernen des nördlichen Wüstennachbarn unter. Sie kämpften in Libyens Kriegen im Tschad, bewährten sich als revolutionäre Leihgabe Gaddafis an die Polisario, an Arafats PLO im Libanon oder sogar an die Tamil Tigers in Sri Lanka.

Den Vorwurf, sie seien Agenten libyscher Subversion im Sahel, weisen die Rebellen indes brüsk zurück. „Gaddafi hat uns verraten", klagt Issyad Mohammed Katu, ein ehemaliger Leutnant, „er hat uns für seine Zwekke ausgenutzt. Jetzt läßt er uns fallen."

In ihren Forderungen geben sich die Aufständischen gemäßigt. „Wir wollen nicht die Unabhängigkeit", betont Kommandant Rissa, „sondern nur die Umwandlung Nigers in eine Bundesrepublik, nach dem Vorbild der Schweiz oder Kanadas. Wir wollen Autonomie für Nigers Norden."

Die Chancen, damit in der Hauptstadt Niamey Gehör zu finden,

Tuareg-Rebellen in der Sahara: „Nie wieder Schlachtvieh"

Testen Sie die schnellste Post!

Worldwide Sponsor
1992 Olympic Games

Wir sind eine Tochtergesellschaft der Post. Privatwirtschaftlich organisiert und hochtrainiert.

In neuer Top-Form kurieren wir Ihre Fracht-Probleme bis 31,5 kg (bei Einlieferung am Postschalter maximal 20 kg) von Tisch zu Tisch, von Tür zu Tür. Über Nacht – in ganz Deutschland.

Also: Bei allem, was Ihnen eilig ist: Testen Sie die schnellste Post der Post.

Arbeiten Sie bei Ihrer Kurierpost ab heute mit der EMS KURIERPOST.

Für weitere Informationen rufen Sie kostenlos

0130/823 823

Oder fordern Sie Informationsmaterial an:
EMS KURIERPOST GMBH, Postfach 6000
5300 Bonn 1, Telefon: 0228/917791
Telefax: 0228/9177977 oder 9177997

Ich möchte mehr über EMS KURIERPOST wissen.

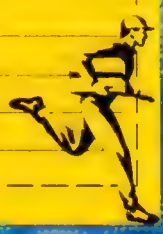
Firma:

z. Hd.

Straße

PLZ/Ort

Telefon



EMS KURIERPOST

DIE SCHNELLSTE POST

sind gering. Die Machthaber, die von der einstigen Kolonialmacht Frankreich auch den Glauben an den Zentralismus übernahmen, sehen im Föderalismus den ersten Schritt zum Separatismus.

Die Regierung fühlt sich den Aufständischen zumindest auf dem ideologischen Schlachtfeld überlegen. Vor einem Jahr begannen auch im Niger demokratische Reformen. Eine Nationalkonferenz richtete über Korruption, Unvermögen und Gewaltexzesse vergangener Herrscher und erlaubte die Gründung neuer Parteien. Binnen zwölf Monaten soll das Volk wählen dürfen.

Wenn es nicht zuvor zu einem Militärputsch kommt. Denn der Aufruhr im Norden gefährdet den Demokratisierungsprozeß. Als die Regierung Bereitschaft zum Dialog mit der FLAA zeigte, meuterte Ende Februar die Truppe.

In erster Linie forderten die Soldaten ihren seit zwei Monaten ausstehenden Sold. Gleichzeitig aber priesen sie die „Unteilbarkeit der Nation" und erpreßten die Freilassung ihres Hauptmanns, den die Nationalkonferenz wegen seiner stolz eingestandenen Beteiligung an den Massakern von Tschin-Tabaradene unter Hausarrest gestellt hatte. Seither haben sich die Fronten verhärtet. Die inzwischen umgebildete Regierung will von Verhandlungen mit den Rebellen nichts mehr wissen.

„Im Niger ist eine politische Lösung noch möglich", glaubt dagegen der nach Paris geflohene Tuareg-Politiker Mano Dayak. Frankreich und Deutschland, so fordert er, müßten Nigers Regierung zu Verhandlungen drängen. „Wir Tuareg sind in einer ähnlichen Lage wie die Kurden."

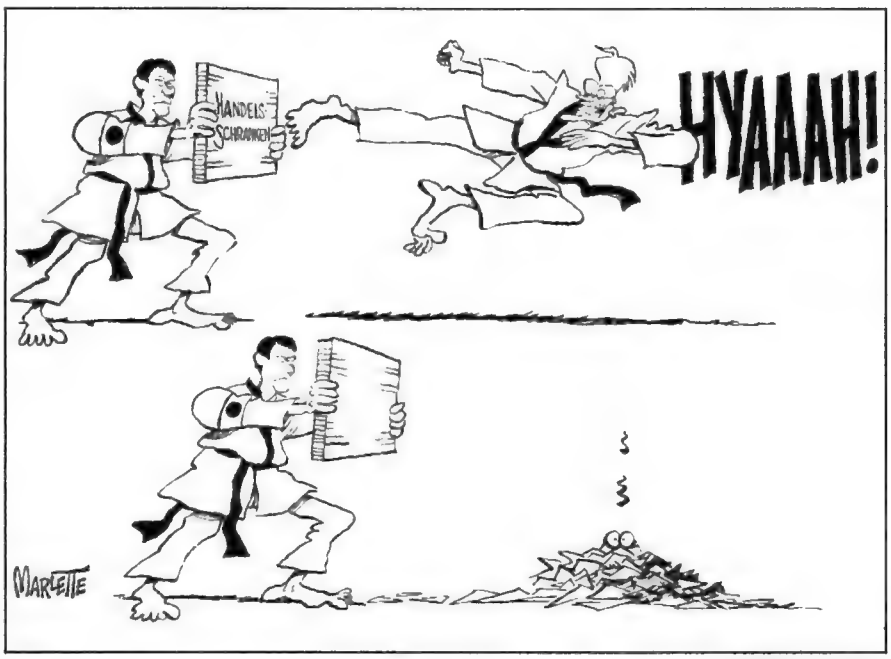
Bücher

Kampf der Titanen

Amerikas Protektionisten und Japan-Hasser haben ein neues Lieblingsbuch: Michael Crichtons „Rising Sun", einen Thriller, der vor der gelben Gefahr warnt.

Sollte es so etwas geben wie die amerikanische Volksseele, dann hat sie schwarze Wochen hinter sich. Im Stimmungstief der rezessionsgeplagten USA hagelte es Kränkungen am laufenden Band.

Erst sinkt der Präsident, der als Bittsteller nach Japan gegangen war, dort bei einem Bankett zu Boden. Dann spricht der japanische Premier nach einem US-Besuch von der „fehlenden Arbeitsmoral der Amerikaner"; andere Parlamentarier aus dem Reich der aufgehenden Sonne schmähen die „faulen und ungebildeten Arbeiter" der westlichen Supermacht. Jeder Psychiater hätte Krisenprävention angeordnet.



Newsday, New York

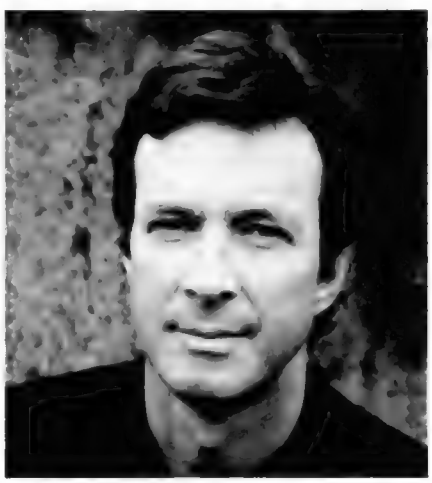
Da gelangte ein Thriller an die Spitze der Bestsellerlisten, in dem die gedemütigten Amerikaner nachlesen können, was sie immer schon über die Japaner zu wissen glaubten, aber bisher nicht auszusprechen wagten. Ein Reißer, der das japanische Wesen auf drei kurze Nenner bringt: böse, böse, böse.

Michael Crichtons „Rising Sun" ist zur Bibel der Japan-Basher geworden – jener Amerikaner, die auf alles Japanische einschlagen, oft genug gar mit Vorschlaghämmern.* Crichton, Harvard-Absolvent, Erfolgsschriftsteller und Filmregisseur („Westworld"), will Wirkung. Sein Motto: Amerika, erwache!

„Wenn mein Buch die Emotionen aufwühlt und Frustrationen abfließen läßt, hat es seinen Sinn erfüllt", sagt der Autor. „Es ist ungesund, diese Gefühle in sich zu unterdrücken." Der Roman als Abführmittel für all jene, die damit beschäftigt waren, den Weltkommunismus zu besiegen, und mit Grauen entdecken, daß die Japaner inzwischen die Golfplätze auf Hawaii aufgekauft haben.

In Crichtons Thriller haben japanische Geheimlogen, Chip-Produzenten und High-Tech-Piraten aus Fernost die amerikanische Wirtschaft fest im Griff. Mit Schmiergeldern und Erpressungen haben sie unsichtbare Netze geknüpft, in denen jeder zweite Senator zappelt.

Crichton mischt so geschickt wie bedenkenlos Fakten und Fiktion. Während der Einweihungsparty für den Nakamoto-Wolkenkratzer in Downtown Los Angeles wird die Leiche eines jungen Callgirls gefunden. Polizeileutnant Peter J. Smith trifft am Tatort auf eine Mauer des Schweigens – keiner der asiatischen Partygäste ist einem „gaijin" gegenüber auskunftsbereit. Doch Smith hat den erfahreneren Frank Connor zur Seite, der weiß, wie und wann man sich zu verbeugen hat; er hat jahrelang in Japan gelebt.



Bestseller-Autor Crichton
Amerika, erwache!

Connor und Smith sind „sempai" und „kohai", Meister und Schüler, und jede Autofahrt, jede Beschattungspause wird genutzt, um in klassischen Lehrdialogen das japanische Wesen zu erkunden.

Frank Connor weiß alles. Etwa, daß der Japaner auch kompliziertere (und mörderische) Formen des Sex zu genießen versteht, weil er das puritanische Konzept der Sünde nicht kennt. Der Japaner als solcher ist geradezu verses-

* Michael Crichton: „Rising Sun". Verlag Alfred A. Knopf, New York; 356 Seiten; 22 Dollar.

sen auf den amerikanischen Barbie-Doll-Typ. Er liebt Golf und Baseball und hat von beidem keine Ahnung. Er mag keine Weißen. Er ist Rassist. Und Geschäft ist für ihn Krieg, ein Kampf der Titanen um den Verbraucher, mit Wunderwaffen, die „Dumping" heißen und „Preisabsprache".

Das ermordete Callgirl, so ermittelt Smith, war nur das Bauernopfer in einem größeren Spiel, in dem es um die Erpressung eines Senators und – natürlich – die Übernahme einer weiteren US-Software-Firma geht.

Bald gerät auch der Polizeibeamte in die Schußlinie. Er wird nicht etwa direkt zur Strecke gebracht. Denn der Japaner an sich spielt gern über Bande: Die Gegner heuern einen Journalisten der *Los Angeles Times* an, der für Smiths Ächtung sorgt. Doch wie im wirklichen Leben hat alles ein gutes Ende.

„Rising Sun" ist ein abgründiges Vexierspiel aus Unterstellungen und Überzeichnungen, eine Psychoanalyse amerikanischer Ängste, pendelnd zwischen Größenwahn und masochistischen Unterlegenheitskomplexen.

An der Reaktion auf das Werk überrascht vor allem eines: Den Rezensenten, Kritikern und Fans ist völlig entgangen, daß Michael Crichton für Japan schwärmt – sein Buch ist eine fast pennälerhafte Liebeserklärung an ein Land, in dem alles klappt.

„In Tokio sind die Züge immer pünktlich", erzählt Meister Connor seinem Schüler. „Es gehen keine Taschen verloren. Verabredungen werden eingehalten. Die Japaner sind gebildet, kompetent und motiviert. Da gibt es keine Schlamperei." Die Gegenrechnung sieht düster aus: In Amerika sind die Straßen so kaputt wie die Schulen, die Politiker korrupt, die Menschen naiv. Crichtons „Rising Sun" – eine geballte Ladung Amerika-Bashing.

Der Thriller ist aber nur eine Etappe in der Selbsttherapie amerikanischer Selbstwertgefühle mit den Mitteln der Trivialliteratur. Mittlerweile hat das Psycho-Spiel eine neue Drehung erfahren, diesmal in der Realität. Während die US-Wirtschaft sich vorsichtig erholt, dümpelt die japanische so vor sich hin. Dem Magazin *Time* war der Abstieg eine Titelgeschichte wert. *USA Today* präsentiert mit verhaltenem Jubel japanische Fehleinkäufe: Hochhäuser, Golfplätze, van Goghs – überall purzeln die Preise.

Als der japanische Wertpapiermarkt einen neuen Tiefstand erreicht hatte, witzelte Entertainer David Letterman in seiner „Late Night Show": „Die Tokioter Börse ist im Keller. Wenn ich nicht so faul und ungebildet wäre, würde ich mich darüber freuen." Na bitte, die Volksseele kann wieder lachen.

ICH LAUFE SUPERBEQUEM.

ICH LAUFE FINNCOMFORT*.

FinnComfort Schuhe sind anders als andere Schuhe. Sie passen sich Ihrem Fuß an, nicht umgekehrt. Abroll- und auftrittsgedämpft laufen Sie auch wie ein anderer. Das Tollste: zwei auswechselbare Einlagen, das Superbequem-Bett und das vitalisierende Reflexzonen-Bett, zum zwischendurch Fitness-Training.

Finn Comfort
Made in Germany

Der Schuh mit dem phantastischen Feeling.

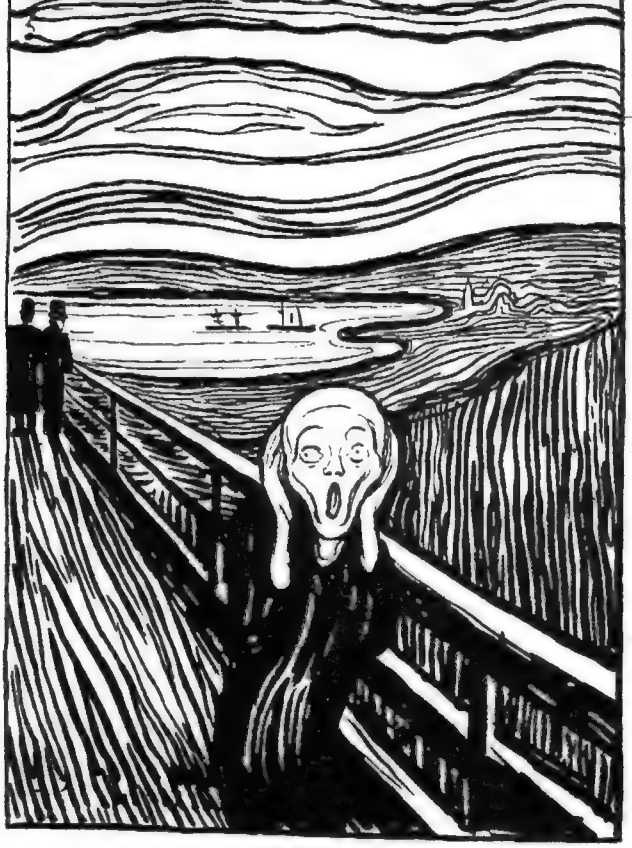
N&P Wü

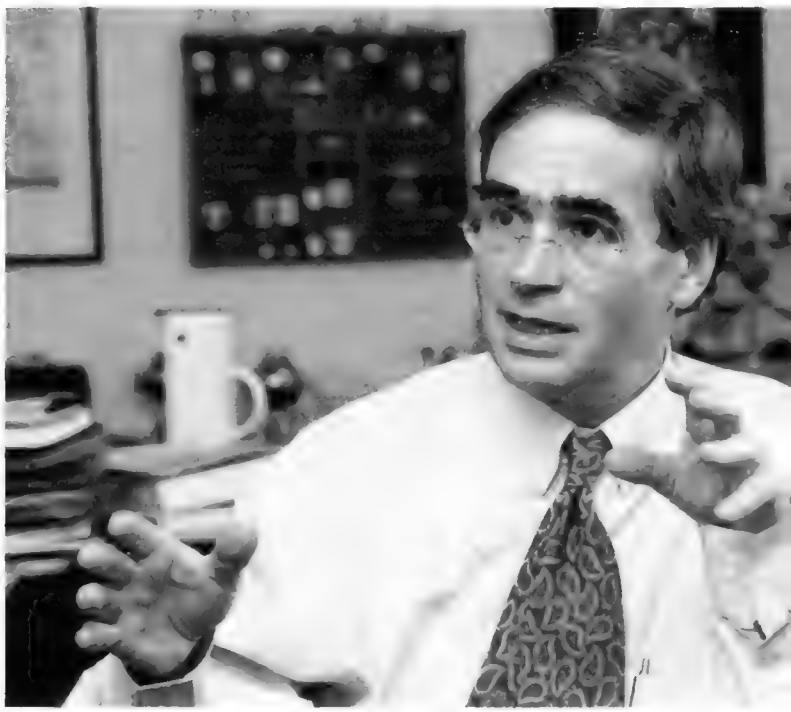
* Ein Produkt der Waldi Schuhfabrik. 8728 Haßfurt a. Main.

Dr. Klaus von Dohnanyi. American Express Mitglied seit 1977.

Bezahlen Sie mit
Ihrem guten Namen.

Tel.: 01 30-3750





Schmerz-Darstellung, Zenz beim SPIEGEL-Gespräch*: „Der Gesetzgeber lebt noch im Jahr 1920"

„Krebskranke sind ohne Lobby"

SPIEGEL-Gespräch mit Professor Michael Zenz über Mangelversorgung von Tumor-Patienten mit Schmerzmitteln

SPIEGEL: Die großen Ärzte aller Zeiten haben wohlwollend über Opium und seinen Wirkstoff, das Morphium, geurteilt. Manche haben gesagt: „Ich möchte nicht Arzt sein ohne Morphium." Würden Sie das auch sagen?

ZENZ: Ja, unbedingt. Wir können als Anästhesisten und als Schmerztherapeuten ohne Morphium und dessen Abkömmlinge weder moderne Anästhesie noch moderne Schmerztherapie betreiben.

SPIEGEL: Damit sind Sie in einer Minderheitenposition. Wieviel Prozent aller deutschen Ärzte verordnen denn noch Morphium oder dessen Derivate?

ZENZ: Wir können davon ausgehen, daß etwas unter 20 Prozent der niedergelassenen Ärzte Morphium für die Therapie chronischer Schmerzen verabreichen.

SPIEGEL: Aber die übrigen haben doch auch Krebspatienten mit sehr schweren Schmerzen. Auf dem letzten Deutschen Krebskongreß im März in Berlin wurde von allen Teilnehmern sehr energisch gefordert, daß die „skandalöse Unterversorgung" der Krebskranken mit Schmerzmitteln ein Ende haben müsse. Als ärztliches Mittel der Wahl wurden von allen Experten Opiate genannt. Bewirken diese Appelle irgend etwas?

ZENZ: Zwei Sachen dazu. Erstens: Deutschland ist eines der wenigen Länder, das keine exakten Zahlen zur Häufigkeit von Patienten mit Schmerzen bei Tumor-Erkrankungen geben kann.

Michael Zenz

gilt als einer der führenden Schmerzforscher in Deutschland. Er ist Direktor der Universitätsklinik für Anästhesiologie, Intensiv- und Schmerztherapie „Bergmannsheil" in Bochum. Der 46jährige Westfale wurde zweimal mit dem Carl-Ludwig-Schleich-Preis der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin ausgezeichnet. Als Mitglied der „Arbeitsgruppe für Krebsschmerzen" der Internationalen Gesellschaft für Schmerzforschung hat sich Zenz auf zahlreichen Kongressen für eine bessere Versorgung der Krebspatienten mit wirksamen Schmerzmitteln eingesetzt und sich bemüht, dem Vorurteil zu begegnen, eine Erleichterung der Opiat-Verschreibungspraxis würde der Drogensucht Vorschub leisten.

Auch das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg zitiert nur ausländische Studien. Danach haben wir mindestens 200 000 Patienten in der alten Bundesrepublik, die Krebs und Schmerzen haben. In den neuen Bundesländern kommen rund 50 000 Patienten dazu, alles in allem eine Viertelmillion schwer leidender Menschen.

Zweitens: Nur etwa 16 bis 20 Prozent der niedergelassenen Ärzte verordnen überhaupt irgendwann einmal Morphium oder ähnliche Substanzen. Von diesen rezeptieren aber weniger als fünf Prozent diese Substanzen regelmäßig für ihre Tumor-Patienten. Wenn wir davon ausgehen, daß ein Tumor-Patient nicht nur einmal zum Arzt kommt und dann sofort verstirbt, sondern noch etwas länger lebt, dann muß er bei chronischen Schmerzen auch chronisch versorgt werden. Die kleine Zahl der Ärzte, die regelmäßig Morphium verschreiben, beleuchtet überhaupt erst, wie gravierend die Situation ist.

SPIEGEL: Was sind die Ursachen für die Zurückhaltung der Ärzte?

ZENZ: Für mich ist es vor allem die Betäubungsmittel-Verschreibungs-Verordnung; die führt zu einer vorurteilshaften Beurteilung dieser Medikamente.

SPIEGEL: Diese Verordnung geht auf das altehrwürdige „Opiumgesetz" von

* Munch-Lithographie „Der Schrei". Das Gespräch führten die Redakteure Hans Halter und Rolf S. Müller.

1929 zurück und ist ein gutes Dutzend mal verändert und verschärft worden. Ärzte dürfen bestimmte Betäubungsmittel nur auf ganz bestimmten, dreiteiligen Rezepten verordnen. Sie müssen Grenzwerte ausrechnen und eintragen, und wenn sie sich mal verschreiben, müssen sie das ungültige Rezept drei Jahre aufbewahren. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Apothekerin Anneliese Augustin sagt, in der Verschreibungsverordnung seien „absichtlich Barrieren und Fallen" eingebaut. Der Arzt wisse, daß dort „überall Tretminen liegen", und drücke sich deshalb vor der Morphium-Therapie. Stimmt das?

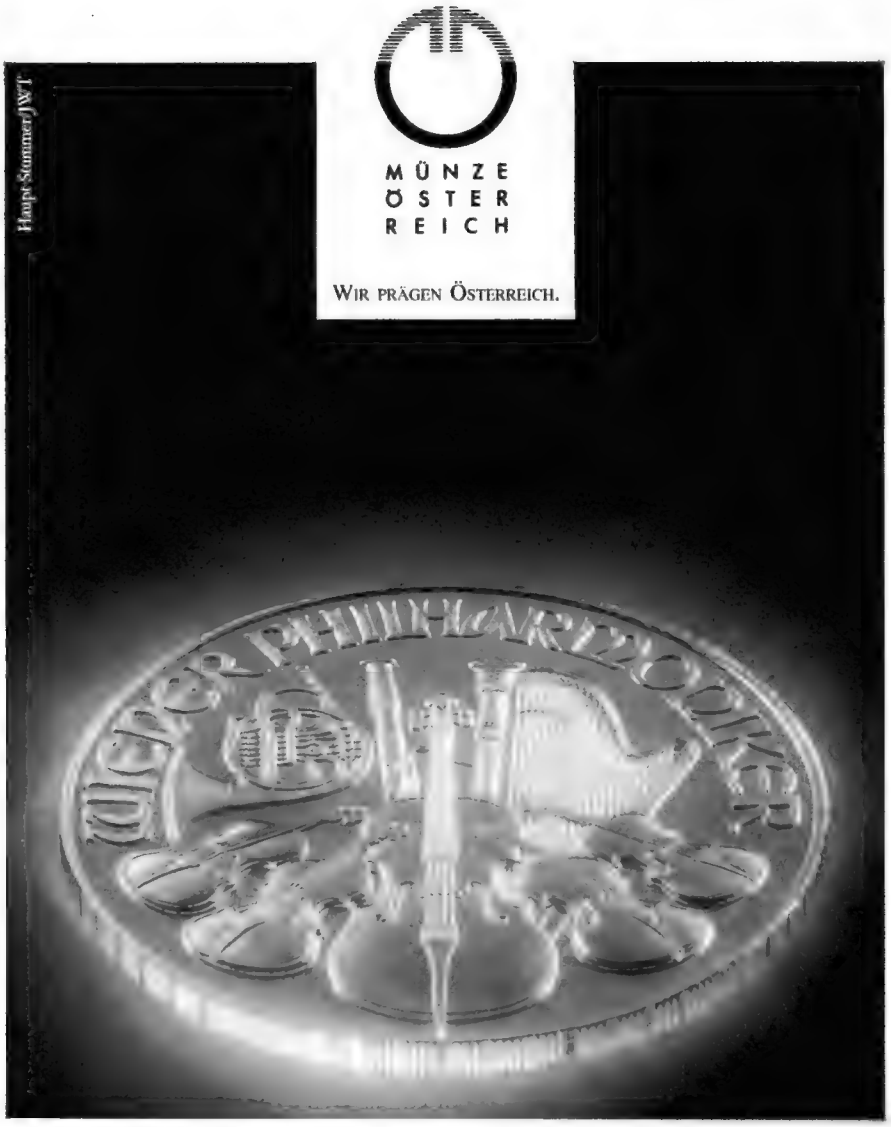
ZENZ: Ja. Obwohl die Verordnung 1986 novelliert worden ist. Man muß sich einmal vor Augen halten, bis 1986 war es so, daß ein Tumor-Patient, der Schmerzen hatte, jeden Tag – jeden Tag! – zum Arzt gehen und sich ein neues Rezept holen mußte. Seit 1986 ist es wenigstens möglich, eine solche Substanz für den Zeitraum einer Woche aufzuschreiben. Das bedeutet: Wenn es einem Tumor-Patienten endlich mal gutgeht und er mit seiner Frau drei Wochen in den Bayerischen Wald fahren will, dann kann er das nicht, weil er nur ein Rezept für eine Woche hat und der Arzt im Bayerischen Wald wahrscheinlich sagt: Nee, weißt du, Morphium kann ich dir jetzt nicht aufschreiben.

SPIEGEL: Wie erklären Sie es sich, daß die Opiatverschreibung derart repressiv gehandhabt wird, obwohl jeder approbierte Arzt auf jedem Rezeptblock Valium en gros, Cortisone, Antibiotika – kurz: alles, was gut, teuer und gefährlich ist – in völlig unbegrenzten Mengen verschreiben kann? Er braucht im Notfall nicht mal ein Rezeptblatt dafür. Er kann, wenn er will, auf dem Zeitungsrand rezeptieren. Weshalb gibt es eine „Bundesopiumstelle", die die Ärzte gängelt und einschüchtert?

ZENZ: Ich sag' das mal spitz: Weil die entsprechenden gesetzgeberischen Organe noch nicht gemerkt haben, daß wir nicht mehr im Jahre 1920 oder 1930 leben. Das Gesetz stammt aus einer Zeit des Morphinismus der Ärzte. Davon spricht und schreibt heute keiner mehr. Wir haben keine morphiumsüchtigen Ärzte mehr, die sich aus ihrer eigenen Apotheke bedienen. Es wird auch keiner so verrückt sein, das heute zu machen, weil das am Bahnhof gekaufte Heroin wesentlich besser ins Gehirn geht als unsere Medikamente.

SPIEGEL: Das Betäubungsmittelgesetz regelt nur den Umgang mit zugelassenen, von der Pharmaindustrie hergestellten Substanzen?

ZENZ: Richtig. Und die spielen in der Drogenszene überhaupt keine Rolle. Was in der Drogenszene an Opiaten gehandelt wird, das sind Substanzen, die



DER ANLAGE-PHILHARMONIKER.

Der Wiener Philharmoniker. Seit seiner Emission die meistverkaufte Anlage-Münze Europas. Aus 24karätigem Gold 999,9/1000, was dem höchstmöglichen Feinheitsgrad von Barrengold entspricht.

Fragen Sie in Ihrer Bank nach der sicheren Ergänzung Ihres Anlage-Portefeuilles. Sie erhalten den Wiener Philharmoniker zu 1 Unze (31,1 g), 1/4 Unze (7,8 g) oder zu 1/10 Unze (3,1 g) zum aktuellen Goldkurs.

UP AND AWAY. ZEIT FÜR HERCULES.

STIFTUNG WARENTEST Test 4/92 gut

HERCULES Superior. Der Trekking-Typ mit 21 Gängen von SACHS und dem Rahmen aus Chrom-Molybdän-Rohren. Die passende Größe gibt's für sie und ihn. Die große Freiheit gehört zur Serienausstattung. **Unverbindliche Preisempfehlung: DM 1399,-. Nur im Fachhandel.**

HERCULES® SACHS

Ein Unternehmen der Fichtel & Sachs-Gruppe
Postfach 3336, D-8500 Nürnberg 1

nicht zugelassen, also keine Medikamente sind.

SPIEGEL: Heroin wurde zwar in Deutschland erfunden, wird aber von der Pharmaindustrie nicht mehr hergestellt.

ZENZ: In Deutschland nicht, in England durchaus. In England ist Heroin ein zugelassenes Medikament.

SPIEGEL: In England darf jeder Arzt Heroin auf jedem ganz normalen Rezept verordnen?

ZENZ: So ist es. In England ist das Heroin aus dem Fundus der Ärzte nie entfernt worden, und zwar mit einer ganz rationalen Begründung: Heroin unterscheidet sich in der Therapie nicht sehr wesentlich von Morphium. Es hat aber einen großen Vorteil. Im Gegensatz zu Morphium kann ich in einer ganz geringen Menge wesentlich mehr Substanz Heroin unterbringen. Das heißt: Wenn ich einen Patienten mit ganz starken Schmerzen habe, der nicht mehr essen kann, dann muß ich ihm eine voluminöse Menge Morphium unter die Haut spritzen. Diese Menge tut dann weh. Für dieselbe Schmerzdämpfung reicht bei Heroin ein Milliliter.

SPIEGEL: Dennoch lebt auch die englische Rauschgiftszene nicht von dem Heroin aus der Pharmaindustrie . . .

ZENZ: . . . sicher nicht.

SPIEGEL: Wir sind also von Kulturnationen umgeben, die eine ganz andere Einstellung zum therapeutischen Gebrauch von Morphium haben. Die Dänen verordnen pro Kopf der Bevölkerung 20mal soviel, in Belgien darf es jeder Arzt auf jedem Rezept rezeptieren. Wir und die Österreicher liegen ganz am Ende dieser Skala.

ZENZ: Je nachdem, welche Statistik man nimmt, liegen wir noch hinter den Österreichern.

SPIEGEL: Liegt es am Nationalcharakter, daß die Deutschen und Österreicher dem Morphium so ablehnend gegenüberstehen? Oder liegt es nur an der Bürokratie?

ZENZ: Schwer zu beantworten. Ich glaube, daß da ein bestimmtes Grundnaturell dazugehört. Ob es jetzt das k. u. k. oder das preußische Naturell ist, was das mitbedingt – beide sind sich ja ein bißchen ähnlich.

SPIEGEL: Ist es die Sauerbruch-Mentalität: Der Patient sollte eigentlich auch Schmerzen ertragen . . .

ZENZ: . . . und auf die Zähne beißen. Dabei lernen wir Ärzte jetzt langsam, daß der Schmerz etwas ist, was funktionell und pathophysiologisch ganz gravierende Nachteile hat. Man kann sagen, daß Schmerz gefährlich ist. Nehmen Sie den Patienten, der nach einer Gallenoperation einen langen Schnitt im Oberbauch hat. Wenn der richtig atmet, tut ihm der Oberbauch weh – also wird er möglichst flach atmen. Wenn er aber flach atmet, kriegt er schnell eine Lungenentzündung, und wenn er die erst hat, ist er vital gefährdet.

Krebspatientin, Arzt: „Tumor-Schmerztherapie mit Morphium macht nicht süchtig"

SPIEGEL: Werden ihm die Schmerzen genommen . . .

ZENZ: . . . dann kann er ordentlich durchatmen, kann er Atemtherapie machen. Dann ist diese Gefahr gebannt.

SPIEGEL: Wie steht es aber mit dem Risiko, durch ärztliche Morphiumgaben süchtig zu werden? Ist diese weitverbreitete Furcht berechtigt?

ZENZ: Nein, völlig unbegründet. Das ist ein Vorurteil. Tumor-Schmerztherapie mit Morphium macht nicht süchtig. Das ist handfest nachgewiesen.

SPIEGEL: Im letzten Jahr sind 2026 Menschen in Deutschland an Heroin gestorben, aber wahrscheinlich nicht einer, der durch ärztlich verordnete Medikamente süchtig geworden und gestorben ist.

ZENZ: Es ist kein Fall bekannt – die werden ja alle nachuntersucht –, daß jemand durch ein medizinisch zugelassenes Medikament oder seinen Mißbrauch gestorben wäre.

SPIEGEL: Spüren Sie bei Ihren Patienten Widerstand gegen die Verordnung von Morphium?

ZENZ: Ja, erheblichen. Wenn ich einem Patienten sage, hör mal zu, wir haben dieses und jenes ausgeschöpft, wir sind jetzt an einer Stufe, wo – und das ist gar nicht schlimm – wir dir jetzt statt Aspirin Morphium geben müssen, dann sagt der: Um Gottes willen, muß ich denn schon so schnell sterben?

Oder die Angehörigen sagen: Das will ich nicht, ich möchte doch mit unserem Opa noch weiterreden können; wenn der jetzt Morphium bekommt, kann ich ja mit dem gar nicht mehr reden. Es ist ein völlig irrationaler Bereich. Dabei behandeln wir manche Schwerkranke jetzt schon länger als fünf Jahre mit Morphium.

SPIEGEL: Wie kommt es dann, daß Ihnen trotz dieser guten Erfahrungen so wenig Kollegen nacheifern?

ZENZ: Ich habe viel Verständnis für die Kollegen. Dutzende von Vorschriften sind zu beachten. Damit macht man vielen Ärzten Angst. Wenn ich dann noch hinzufüge, guter Mann, jetzt ist es so, wenn du einen Fehler machst – so geschehen in Hamburg –, dann kommt dir die Kripo ins Haus, dann sage ich doch als Arzt: Ach Gott, das soll doch mal der Zenz aufschreiben oder sonst irgendwer.

SPIEGEL: Was hat der Arzt zu befürchten?

ZENZ: Strafen bis zu 50 000 Mark. In Niedersachsen ist ein Kollege verurteilt worden – er hat auch bezahlt –, weil das Datum falsch war. Er hat sich um einen Tag vertan. Dabei wäre ich ja durchaus bereit, über qualitative Fehler zu diskutieren. Es wird aber gar nicht geprüft, ob beispielsweise ein Patient mit, ich sag' mal, einer Furunkulose jetzt über einen Monat fälschlicherweise Mor-

Wenn Hans-Helmut groß und stark ist, wird er Energieberater bei Herrmann. Früher brachte der Schornsteinfeger Glück, heute ist es der Energieberater. Er sorgt dafür, daß Ruß, Rauch und giftige Abgase, wie sie herkömmliche Heizanlagen tonnenweise durch den Schornstein jagen, gar nicht erst entstehen. Dabei tut er eigentlich nichts weiter als verantwortungsbewußten Bauherren zu einem neuen Herrmann Heizsystem zu raten, damit sie auch morgen noch mit gutem Gewissen höchsten Heizkomfort genießen können. Denn die Herrmann Heizsysteme der neuen Generation sind umrüstbar auf autonome Energieversorgung. Was das im einzelnen bedeutet, steht in unserer Broschüre. Bauherren erhalten sie kostenlos.

Wir kommen auf Empfehlung

H E R R M A N N

WÄRMESYSTEME

Postfach IM 1364 · 5840 Schwerte · Tel.: 02304/47900

phium bekommt. Hauptsache, das Rezept ist exakt ausgefüllt.

SPIEGEL: Politiker kümmern sich mittlerweile um die Frage, ob Heroin oder zumindest Methadon für Süchtige freigegeben werden sollen; aber offenbar hat sich in den letzten zehn Jahren kaum ein Politiker für die 200 000 oder mehr schmerzkranken Krebspatienten eingesetzt.

ZENZ: Krebskranke, die Schmerzen haben, haben keine Lobby. Niemand geht auf die Straße und fordert das Recht ein, das durch Grundgesetz, durch Ethik, durch Moral und durch Religion verbrieft ist – das Recht auf ein einigermaßen würdiges und schmerzfreies Sterben. Statt dessen beschäftigen wir uns mit den Sterbehilfe-Gesellschaften. Aber wir müssen fragen: Was ist denn die Alternative zur tödlichen Zyankalidosis? Wäre es nicht besser zu fragen: Probier erst mal aus, wie das Leben ist, wenn dir die Schmerzen komplett genommen sind, ob du dann wirklich noch sterben willst?

Ich habe heute morgen einen Tumor-Patienten behandelt, dem es wirklich drekkig geht. Er hat viele Operationen durchgemacht. Jetzt geht es ihm zusehends schlechter. Man kann das nachverfolgen. Ich habe überhaupt nicht das Empfinden, daß ein solcher Patient jemals den Wunsch äußern könnte: „Hilf mir, daß ich bald sterbe." Aber dieser Patient hat auch eine anständige Schmerztherapie, die ihm quälende Schmerzen nimmt.

SPIEGEL: Gibt es Krebsschmerzen oder Schmerzen bei anderen Leiden, bei denen auch Schmerzspezialisten wie Sie nicht mehr helfen können?

ZENZ: Ja, die gibt es.

SPIEGEL: Ist das ein großer Prozentsatz?

ZENZ: Nein, ein relativ kleiner. Aber das sind nahezu nie Tumor-Schmerzen. Wir können Tumor-Schmerzen fast immer zumindest lindern, und zwar so erheblich lindern, daß die Patienten damit leben können. Aber es gibt Schmerzen, beispielsweise bei Multipler Sklerose, nach einem Hirninfarkt oder auch nach banalen Verletzungen, die, wenn sie nicht rechtzeitig behandelt werden, dann nicht mehr therapierbar sind. Das gibt es.

SPIEGEL: Kann man, wenn die Morphiumtherapie richtig gemacht wird, sogar erreichen, daß die Patienten arbeitsfähig sind oder bleiben?

ZENZ: Ja, eindeutig.

SPIEGEL: Wie steht es mit der Fahrtüchtigkeit?

ZENZ: Das ist ein Problem mit der Fahrfähigkeit, das sich auf alle Medikamente bezieht, meiner Meinung nach aber viel mehr auf die Benzodiazepine, also auf Valium und seine chemischen Verwandten.

Sie müssen sich überlegen, wenn Sie jetzt nach Hause fahren – rein statistisch schluckt jeder Bundesbürger alle drei bis vier Wochen ein Benzodiazepin –, wieviel Kilogramm Valium Ihnen auf der Autobahn entgegenkommen. Aber ich bin sicher: Ihnen wird nicht ein Milligramm Morphin entgegenkommen. Wir haben im übrigen psychometrische Untersuchungen gemacht, die nachweisen, daß die Patienten, die wir auf einer stabilen Morphium-Dosis halten, eine bessere Leistungsfähigkeit hatten als in der Zeit, wo sie Schmerzen hatten, aber kein Morphium.

SPIEGEL: Es gibt viele Methoden der Morphium-Therapie. Man kann die Medikamente spritzen, man kann Tabletten oder Tropfen geben. Der gleichmäßige Morphium-Spiegel, den Sie eben als Voraussetzung für den Erfolg erwähnten, läßt der sich mit allen Medikamenten in gleicher Weise erzielen?

ZENZ: Nein.

SPIEGEL: Was raten Sie?

ZENZ: Das Medikament soll langsam anfluten, ohne daß der Patient plötzlich mitten am Tag einen hohen Spiegel bekommt, der ihn vielleicht müde macht. Es soll langsam anfluten, und das Medikament soll lange anhalten.

SPIEGEL: Idealerweise acht bis zwölf Stunden?

ZENZ: Genau. Das würde bedeuten: Der Patient nimmt das Medikament zwei- oder dreimal am Tag – morgens, mittags und abends – und hat dann nachts eine mindestens achtstündige Phase, wo er in Ruhe schlafen kann, ohne von Schmerzen aufzuwachen. Bei Medikamenten, die sehr schnell anfluten, besteht ein Restrisiko der Suchtauslösung.

SPIEGEL: Das Suchtpotential hätte man, wenn man es richtig macht, als Arzt . . .

ZENZ: . . . voll im Griff.

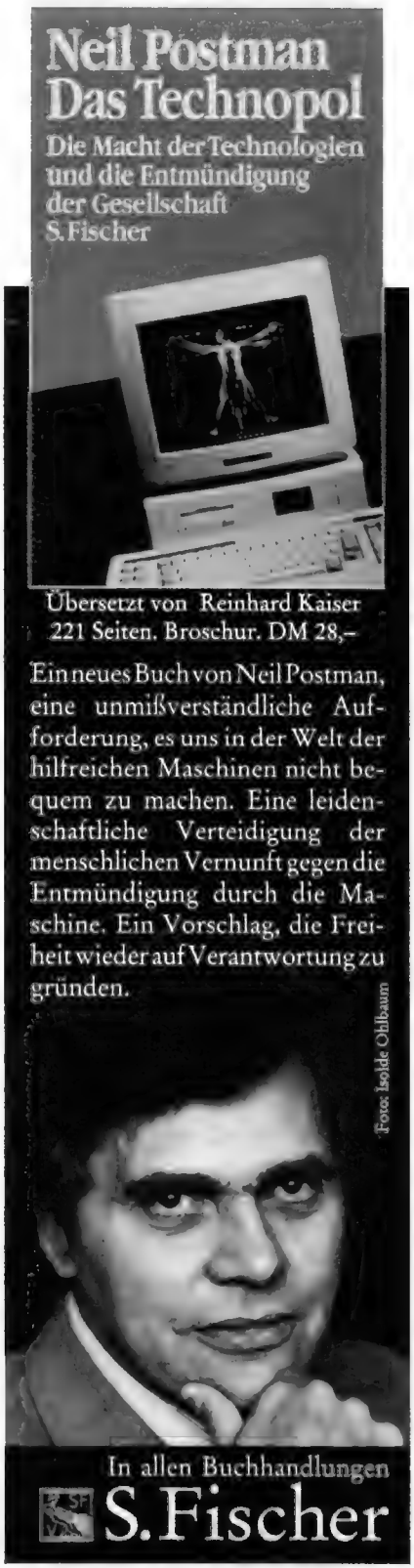
SPIEGEL: Jedes hochwirksame Medikament hat auch beträchtliche Nebenwirkungen. Wie steht es damit bei Morphium?

ZENZ: Es gibt nur eine einzige beträchtliche Nebenwirkung. Das ist die Verstopfung. Das ist eine ganz schwerwiegende Nebenwirkung, die teilweise schwerer zu behandeln ist als der Schmerz. Darüber redet kaum einer.

SPIEGEL: Wie ist es mit den neuen tragbaren Pumpen, mit denen sich Patienten selbst noch vor Einsetzen des Schmerzes geringe Dosen von Morphium zuführen können?

ZENZ: Die sind hauptsächlich für den postoperativen Bereich. In der Tumor-Schmerztherapie spielen sie nicht diese Rolle. Ich schätze sie auch nicht unbedingt, weil sie vom Psychologischen her eine Art „Spiel" mit dem Schmerz und dem Medikament sein können: Ich drükke mal auf den Knopf, ich lasse mal nach. Ich möchte aber, daß ein Patient auf die

Sinnlosigkeit und Macht der Technik



Kostet soviel wie ein Golf.

Aber was soll Ihr Driver mit einem Auto?

Handmade since 1856.

BEVERLY HILLS FRANKFURT NEW YORK
BERLIN DALLAS SINGAPORE LONDON
HONOLULU TOKYO HONG KONG PARIS

GOLD/PFEIL

Tauentzienstrasse, Unter den Linden, Berlin · Ko-Gallerie, Düsseldorf · Kaiserplatz, Frankfurt/Main
Neuer Wall, Hamburg · Kaiserstrasse, Karlsruhe · Mittelstrasse, Köln · Maximilianstrasse, München
Konigstrasse, Nurnberg · Wilhelmstrasse, Wiesbaden · Weitere Informationen zum Nulltarif: 0130-2912

CDC

notwendige Dosis eingestellt wird und dabei bleibt.

SPIEGEL: Die anderen Nebenwirkungen, zum Beispiel Übelkeit, Erbrechen . . .

ZENZ: . . . lassen nach 14 Tagen in der Regel nach.

SPIEGEL: Noch eine Frage zur Rechtslage. Im Sommer soll die Betäubungsmittel-Verordnung novelliert werden. Gehen Ihnen die vorgesehenen Änderungen weit genug, oder wünschen Sie sich größere Erleichterungen oder gar die Abkehr vom speziellen Betäubungsmittel-Rezept wie in Belgien, Schweden oder England, verbunden mit einer besseren Schulung der niedergelassenen Ärzte auf Kongressen?

ZENZ: Die bessere Schulung werden wir bekommen, weil von 1993 an Schmerztherapie Staatsexamensprüfungsfach wird. Die junge Ärzte-Generation, die dann heranwächst, wird das gelernt haben. Was ich mir aber wünschen würde, wäre eine komplette Abschaffung der Betäubungsmittel-Verschreibungs-Verordnung, weil sie zum einen sinnlos ist und zum anderen den angestrebten Zweck nicht erfüllt hat. Wir haben ständig steigende Zahlen von Drogentoten. Aber man kann den lebensgefährlichen Fixermarkt nicht austrocknen, indem man die Abgabe wirklich hilfreicher Medikamente an Schwerkranke hintertreibt.

Heroinsüchtige: „Verschreibungshemmnisse für Ärzte können den Fixermarkt nicht austrocknen"

SPIEGEL: Sind sich die deutschen Schmerzexperten in dieser Frage einig?

ZENZ: In Deutschland und auch international sind sich die Schmerztherapeuten einig, daß eine solche Verordnung keinen Sinn macht. Der Patient wird vom Apotheker schief angeguckt, wenn er so etwas abholt, und der sagt womöglich: „Meine Güte, wie furchtbar, schon wieder so ein Rezept." Es fallen dann Worte wie „Giftrezept" und „Giftschrank". Diese Worte kriegt der Patient ja auch mit. Am Ende denkt er: Das sollte ich lieber nicht nehmen, das ist ja Gift.

SPIEGEL: Eine völlige Abschaffung der repressiven Betäubungsmittel-Verschreibungs-Verordnung wird vorerst kaum durchzusetzen sein. Können Sie sich liberalere Übergangsregelungen vorstellen?

ZENZ: Natürlich, es gibt Alternativen der Kontrolle. Ich bin ja als Arzt durchaus bereit, mich einer Kontrolle zu unterwerfen. Die würde meiner Vorstellung nach so aussehen, daß bestimmte lang wirksame Morphium-Präparate auf normalen Rezepten verschreibbar sind, aber durch den Amtsarzt kontrollierbar werden. Ich mache also zum Beispiel ein C für Carzinom-Patient oder sonst irgendwas auf das Rezept, und diese Rezepte lasse ich in unregelmäßigen oder regelmäßigen Zeitabständen kontrollieren: Welche Diagnose, welche Prognose hat der Patient, welche Erfahrungen hast du damit, hast du die Dosis massiv steigern müssen? So läßt sich das kontrollieren.

Was wir im Augenblick kontrollieren, ist das Datum. Stimmt die Menge? Stimmt die Schreibweise, ist die Telefonnummer, ist die Signatur drauf? Also vier mal vier Tabletten oder sonst irgend etwas. Und da ist der völlig idiotische Satz notwendig: „Menge ärztlich begründet". Bei solchen unsinnigen Formulierungen soll es, wenn es nach dem Bundesgesundheitsministerium geht, unbedingt bleiben. Künftig soll auf dem Rezept stehen „Besonders schwerer Krankheitsfall". Ich muß also dem Patienten jede Woche schriftlich bescheinigen, daß er eine besonders schwere Krankheit hat. Da hat wohl keiner nachgedacht, was das für den Patienten bedeutet, jede Woche aufs neue.

SPIEGEL: Auch alle anderen bürokratischen Tücken und die Strafandrohungen bleiben erhalten.

ZENZ: Alles bleibt. Das einzige, was sich verändern soll, ist, daß ich jetzt für 30 Tage Medikamente aufschreiben kann. Aber da ist noch etwas völlig Unlogisches. Für 10 Tage kann ich zum Beispiel 2000 Milligramm Morphium pro Tag aufschreiben. Wenn ich aber einen Patienten habe, der für vier Wochen in Urlaub fahren will, dann kann ich dem plötzlich nur noch maximal 666 Milligramm Morphium pro Tag aufschreiben. Die 30-Tage-Regelung gilt also nur für die Patienten, die einen mittleren bis niedrigen Dosisbedarf haben. Für den Patienten, der starke Schmerzen hat und demnach viel braucht, gilt das immer noch nicht.

SPIEGEL: Und er kann auch nicht auf das EG-Recht von 1993 an hoffen, denn in der Gemeinschaft haben sich die Hardliner durchgesetzt. Auch in Deutschland gibt es Stimmen, die am liebsten noch rigoroser gegen Morphium als Medikament vorgehen würden.

ZENZ: Das sind Juristen und auch Ärzte, die wahrscheinlich noch nie einen Tumor-Patienten gesehen oder behandelt haben. Deren Einstellung ändert sich aber, wenn in der eigenen Familie plötzlich Tumor-Schmerzen zu behandeln sind. Dann relativiert sich das sehr rapide.

SPIEGEL: Herr Professor Zenz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Was, bitte, heißt eigent

Zur Klärung dieser Frage sollten Sie den Duden getrost im Regal stehenlassen. Wenden Sie sich statt dessen direkt an Ihren Volkswagen Partner. Der wird Ihnen unter der Bezeichnung „Caravelle" eindrucksvoll vorführen, was man unter einer Großraumlimousine versteht.

Beginnen wir mit dem Äußeren: harmonische Karosserielinien und große Fensterflächen prägen das Bild.

Die aerodynamische Form führt mit 0,36 zu einem cw-Spitzenwert und zusammen mit den wirtschaftlichen Motoren zu einem überaus günstigen Verbrauch.

Weitöffnende Türen laden in das komfortable Fahrerhaus ein.

lich Großraumlimousine?

Im Cockpit erwartet Sie ein Ambiente besonderer Art: bequeme, hochwertige Einzelsitze, großzügige Ablagen für Fahrer und Beifahrer und eine geschmackvoll und funktionell ausgestattete Instrumententafel.

Da ist es eigentlich müßig zu erwähnen, daß sämtliche Mitfahrer nicht minder komfortabel reisen. Hier ist reichlich Platz für Familie, Freizeit, Hobby und Beruf. Ganz nach Wunsch erhalten Sie den Caravelle mit 6, 7, 8 oder 9 Sitzen, mit Sitzbänken oder Einzelsitzen hinten und vorne sogar mit Drehsitzen. Und die Rückenlehnen der Mittelsitze lassen sich umklappen und als kleine Tischchen nutzen.

Sie möchten mehr über den Caravelle wissen? Senden Sie den Coupon an: Volkswagen Informationsdienst, Postfach 90 06 30, 5000 Köln 90. S 16 C1

Name: _____

Straße, Nr: _____

PLZ, Ort: _____

Volkswagen – da weiß man, was man hat.

Denkmaschinen

Gipfel verfehlt

Innerhalb von zehn Jahren wollten japanische Wissenschaftler einen Computer bauen, der die menschliche Sprache versteht – das Projekt ging daneben.

Die Forelle ist ein Fisch. Fische schwimmen im Wasser. Also schwimmt die Forelle im Wasser.

Was wie ein gedankliches Kinderspiel anmutet, ist für die Mehrzahl der Computer, die nur riesige Zahlenmengen fressen können, ein unverdaulicher Brocken; erst wenn Elektronengehirne hingegen dem Pfad der Forellen-Logik zu folgen vermögen, verfügen sie nach Ansicht ihrer Erbauer über Ansätze „künstlicher Intelligenz" (KI).

Icot-Direktor Fuchi: Große Jahre versprochen

Die KI hat weitreichende praktische Konsequenzen: Superrechner, die in Sekundenschnelle unzählige logische Schlüsse ziehen könnten, wären nach Expertenmeinung auch in der Lage, menschliche Sprache zu verstehen und beispielsweise gesprochene japanische Sätze simultan ins Englische zu übersetzen. Außerdem würden die „intelligenten" Denkmaschinen imstande sein, eigenständig Probleme zu lösen – etwa als Diagnosegeräte in der Medizin.

Bereits Anfang der achtziger Jahre erkannte auch das mächtige japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (Miti) die Bedeutung „benutzerfreundlicher" KI-Rechner und gründete deshalb das Institut für neue Computertechnologien (Icot), geleitet von dem Computermanager Kazuhiro Fuchi. Dessen hochgestecktes Ziel lautete, innerhalb von zehn Jahren eine aus 1000 parallel arbeitenden Mikroprozessoren aufgebaute Wundermaschine zu konstruieren, die in jeder Sekunde 200 Millionen logische Schritte, sogenannte Wenn/Dann-Entscheidungen (nach Art der schwimmenden Forelle), zu bewältigen imstande sei.

Ein solcher Computer der Fünften Generation sollte erstmals die „Fähigkeit zur natürlichen Konversation" besitzen; die vorangegangenen Computergenerationen hatten lediglich durch Verbesserung der elektronischen Komponenten, vom einfachen Transistor bis zum hochintegrierten Chip, immer neue Geschwindigkeitsrekorde aufgestellt. „Es werden große Jahre für euch", versprach damals Icot-Direktor Fuchi seinen Mitarbeitern.

Ein Jahrzehnt danach steht fest: Das ehrgeizige Vorhaben, einen „intelligenten" Rechner der Fünften Generation zu schaffen, haben die japanischen Computerbauer, trotz der Investition von 400 Millionen Dollar, nicht verwirklichen können. Erst 256 Prozessoren arbeiten bei dem bestehenden Prototyp „Pim" (Parallel Inference Machine) Hand in Hand. Der Icot-Etat wurde für das Haushaltsjahr 1992 aufgestockt; nun sollen bis zum Sommer zumindest 512 Prozessoren zusammenarbeiten.

Vor allem von der angestrebten Benutzerfreundlichkeit fehlt noch jede Spur: Nur eine Handvoll Computerexperten vermögen mit dem hochgezüchteten Gerät umzugehen. Für Anwendungen existieren bislang überhaupt noch keine einsatzreifen Programme.

„Für mich als Mitglied des Forscherteams ist es schwer, so etwas zuzugeben", bilanziert ein japanischer Wissenschaftler, „aber wir haben nicht geschafft, was wir uns eigentlich vorgenommen hatten. Nicht einmal überraschende neue Technologien haben wir entwickelt."

Unterschätzt haben die japanischen Wissenschaftler vor allem, daß es nicht genügt, einfach nach dem Baukastenprinzip Hunderte gleichartiger Mikroprozessoren zusammenzuschalten, um auf diese Weise die Rechengeschwindigkeit extrem zu steigern. Das eigentliche Problem besteht vielmehr darin, leistungsfähige Computerprogramme – die Software – zu schreiben, welche die Arbeit der Chips quasi gleichschalten.

Aber auch die Hardware blieb Stückwerk. Statt eine Computerarchitektur aus einem Guß zu schaffen, verdrahteten die Konstrukteure Pim aus Parallelrechnern ganz unterschiedlicher Hersteller wie Fujitsu, Hitachi oder Mitsubishi Electric. Herb Schorr, KI-Entwicklungschef beim amerikanischen Computerriesen IBM, vermutete allerdings schon 1988, die japanischen Forscher hätten „gewußt, daß sie es nicht in zehn Jahren schaffen werden"; die unhaltbaren Versprechungen hätten nur dazu gedient, an staatliche Subventionen heranzukommen.

Als sich Ende der achtziger Jahre abzeichnete, daß „uns die Wirklichkeit einholt", so ein Miti-Mitarbeiter, begannen die sonst eher eigenbrötlerischen Japaner, mit amerikanischen Forschungsinstituten zusammenzuarbeiten – etwa den National Institutes of Health (NIH). Doch die Kooperation geriet ebenfalls zum Flop: Die US-Forscher, denen ein Pim-Prototyp kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, bewerteten den angeblichen Wunderrechner als „langsam, schleierhaft und gespickt mit Fehlern", wie das britische Wissenschaftsblatt *Nature* berichtete.

„Wir benutzen weder ihre Hardware noch ihre Software", sagt der NIH-Genetiker George Michaels. Das ganze Unternehmen, glaubt Michaels, sei „eine einzige PR-Maßnahme" gewesen. Dafür spricht auch, daß die Dokumentation der Supercomputer aus Kanji-Schriftzeichen bestand, die noch nie ins Englische übersetzt worden waren.

Miti hat jetzt die Flucht nach vorn angetreten und kühn die Entwicklung einer „Sechsten Computergeneration" angekündigt. Das Programm soll neben

TRADITION HABEN VIELE, DIESER HAT ZUKUNFT.

Bislang gab es feste, traditionelle Vorstellungen, wie ein Füllfederhalter auszusehen hat. Wenn Sie sich davon lösen wollen, heißt die Alternative rotring 600: Füllfederhalter mit Edelstahl- oder 18 Karat Goldfeder. Dazu passend auch Kugelschreiber, Feinminenstift, Rollerball und trio-pen.

rotring

STATE OF THE ART

der parallelen Prozessorarchitektur noch andere fortgeschrittene Verfahren benützen – etwa das Konzept der „neuronalen Netze", oder die superschnellen optischen Computersysteme, die aus mikroskopisch kleinen Lasern aufgebaut werden.

Um zu zeigen, daß man aus den Fehlern des Vorgängerprogramms gelernt hat, bot Miti ausländischen Firmen und Forschungseinrichtungen an, diesmal gleich von Beginn an mit einzusteigen; auf hochtrabende Vorgaben soll dabei weitgehend verzichtet werden. Fortan sollten die Computerbauer „nicht mehr vergeblich versuchen, den Fuji zu erklimmen", erläutert Takemochi Ishii von der Universität von Tokyo den neuen Kurs, „sondern Hügelketten bewältigen".

Immerhin, ein festes Ziel haben sich die Miti-Planer trotzdem wieder gesteckt: Der Computer der Sechsten Generation, so haben die Vordenker verlautbart, müsse aus wenigstens einer Million parallel geschalteter Prozessoren bestehen.

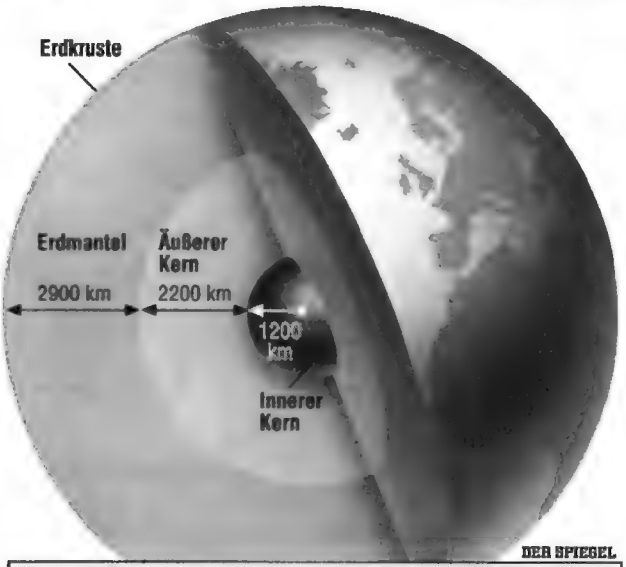
Geophysik

Rhythmisches Wackeln

Neues aus dem Erdinnern: Im Zentrum des Planeten schwingt und zappelt eine gigantische Metallkugel.

Mit 107 000 km/h rast die Erde um die Sonne – eine abgeplattete Kugel, auf deren Außenhaut 5,4 Milliarden Menschen herumkrabbeln. Würde man den Planetenkörper wie eine Torte unter der Weltbevölkerung aufteilen, stünden jedem Bürger eine Billion Tonnen Erdreich zu, genug Schutt, um viermal den Bodensee zuzuschütten.

PULSENDER PLANET Schichten-Aufbau der Erde



Unter der bis zu 80 Kilometer mächtigen Erdkruste befindet sich de Erdmantel aus glühendem Silikatgestein. Der darunterliegende Äußere Kern besteht zu 80 Prozent aus flüssigem Eisen, der Innere Kern vermutlich aus bis zu 5000 Grad heißem, stark verdichtetem festem Eisen und Nickel, die rhythmisch pulsieren.

Die Pro-Kopf-Portion an Grund und Boden wäre ziemlich breiig. Fester Fels findet sich nur in der rund 50 Kilometer mächtigen Erdkruste.

Unter der harten Schale erstreckt sich bis in 2900 Kilometer Tiefe ein zähflüssiger Sumpf aus glühendem Silikatgestein. In diesem Erdmantel wogt und schwappt es wie in einem Zementmischer. Jules Verne, der bei seiner „Reise zum Mittelpunkt der Erde" (1864) im Bauch des Planeten Saurier und Wälder aus Riesenpilzen ansiedelte, wäre enttäuscht gewesen über den Ingrimm der terrestrischen Wirklichkeit.

Noch unwirtlicher gibt sich die nächsttiefere Schicht der Erdzwiebel, der äußere Erdkern. Dickflüssiges Eisen und Nikkel, 4000 Grad heiß, kriechen und wälzen sich hier ineinander und erzeugen wie ein Riesendynamo das Erdmagnetfeld.

In der untersten Etage, im kaum erforschten inneren Erdkern, sind Geophysiker nun auf ein merkwürdiges Phänomen gestoßen: Im Mittelpunkt der Erde eiert und klötert gleichsam ein harter Metallball von 2440 Kilometern Durchmesser.

Diese These – „der Planet im Planeten" – wurde jetzt von dem kanadischen Forscher Douglas Smylie im Wissenschaftsfachblatt *Science* vorgestellt.

Geophysiker Smylie: Eiernder Kern

Erstmals konnte Smylie die Dichte der Zentralkugel bestimmen. Ihre Materie ist infolge des enormen Drucks zusammengestaucht – auf ein spezifisches Gewicht von 12,96 Gramm pro Kubikzentimeter. Anders gesagt: Das Eisen-Nikkel-Gemisch im Kern ist schwerer als Silber.

Merkwürdiger noch mutet die von Smylie beschriebene „Oszillation" an. Demnach schwingt der Metallball in drei Richtungen: Er stampft wie ein Hubkolben zwischen Nord- und Südpol. Zugleich pendelt er in der Äquatorebene und dreht sich zudem langsamer als der restliche Erdkörper.

Diesem Pulsieren des Planeten sind die Experten seit Jahren auf der Spur. 1988 stellte der Karlsruher Geophysiker Rudolf Widmer ein kompliziertes mathematisches Modell auf, „Core 11" genannt, dem zufolge der Erdkern instabil sein muß. Handfeste Beweise fehlten jedoch.

Direkte Beobachtungen des Erdinneren sind unmöglich. Das tiefste Bohrloch der Welt auf der russischen Halbinsel Kola ragt gerade 13 Kilometer in den Boden. Schon in dieser Tiefe liegen die Temperaturen bei 300 Grad Celsius.

Die Erkenntnisse über das Innenleben des Planeten haben vor allem Erdbebenwellen geliefert. Nach schweren Beben durchzittern sie den gesamten Planetenkörper und werden je nach Schicht unterschiedlich abgelenkt. Auch die Ausbreitungsgeschwindigkeit variiert je nach Gesteinsart zwischen 21 000 und 50 000 km/h.

Solche Flaschenpost aus dem Erdinneren wird seit über 100 Jahren analysiert. Bereits 1889 konnte das Observatorium in Potsdam ein weit entferntes Beben registrieren. Nach einem schweren Erdstoß in Japan waren die Schockwellen etwa 15 Minuten lang durch Felsen und Metalle gerast und hatten schließlich preußischen Boden erschüttert.

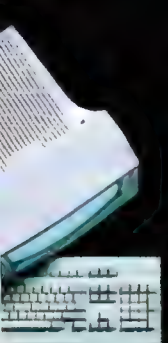
Über die vibrierende Kugel im Erdmittelpunkt können die seismischen Profile jedoch wenig aussagen. Die meisten Stoßwellen werden vom flüssigen Metall des äußeren Kerns verschluckt.

Smylies Berechnungen stützen sich auf eine andere Spürtechnik. In Straßburg, Brüssel und Bad Homburg haben Europas Geophysiker seit etwa zehn

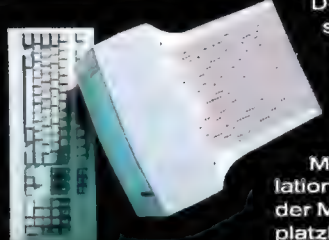
O P E N E N D

SPERLING & PARTNER

x/Open®



Wer sagt, daß ein Computersystem nie wirklich offen sein kann? Daß man die Grenzen irgendeines Systems akzeptieren muß? Für Altos gilt: Die einzige Grenze ist Ihre Vorstellungskraft. Schon seit über 10 Jahren ist Altos ein Wegbereiter für offene Systeme. Systeme, die sich an Ihren individuellen Bedürfnissen orientieren. Systeme, mit denen



Sie auf vorhandene und neue Anwendungen zugreifen – auch unter DOS! Systeme, die sich in existierende wie in künftige Netzwerke integrieren und so mit Ihren Wachstumsplänen Schritt halten. Mit über 150.000 Installationen weltweit ist Altos der Marktführer bei Mehrplatzlösungen unter UNIX.

Und jede Lösung erlaubt irgendjemandem, seine Grenzen weiter hinauszuschieben. Reden wir darüber. Tel. 089/8 54 84-0, oder Fax 089/8 54 84 38.

ALTOS
COMPUTER SYSTEMS

Zelda.

Die Belle Epoque lebt.

Ein Lebensgefühl besonderer Art erfordert keine besondere Zeit. Nur besonderen Geschmack. Um zwischen vielem, was kommt und geht, das zu finden, was bleibt. Wie Zelda, das schwungvolle Sofa, das es in drei Breiten und auch als Sessel gibt. In dieser oder jene Form setzen Sie damit ganz elegant auf Kon fort. Wofür einerseits der Name COR bürg andererseits die dauerhaft ela stische Federkernpolsterung: Vie

leicht ein bißchen üppiger als üblich, ganz sicher sehr viel einladender als manch eckiger Zeitgeist erlaubt. Kann denn Kuscheln Sünde sein? Nicht bei Zelda. Hier stellt sich nur eine Frage: Stoff oder Leder? Verbunden mit der einzigen, kleinen Unbequemlichkeit, aus einer Fülle auf- und anregender Bezüge wählen zu dürfen. Zu sehen im Prospekt, mit Händlernachweis, von *COR, SP 16, 4840 Rheda-Wiedenbrück.*

COR
zum Sitzen

GESIKA
venta
SPIEGELBILD
DYNAMISCHER
UNTERNEHMENS-
KULTUR

Möchten Sie mehr wissen?
Ihre Visitenkarte genügt.
GESIKA Büromöbelwerk GmbH & Co. KG.,
Postf. 1252, D-4787 Geseke, Abt. VAF/2

Jahren sogenannte supraleitende Gravimeter installiert: Hochleistungsgeräte zur Messung der Erdgravitation.

Die deutsche Meßstation ist im Schloß von Bad Homburg untergebracht. Im Kellergewölbe des Gebäudes steht eine blaue bauchige Stahlflasche. Ihr Innenraum ist auf minus 269 Grad Celsius heruntergekühlt und von Spulen umschlossen. Sie erzeugen ein elektromagnetisches Feld, in dem, wie von Geisterhand gestützt, eine kleine Niobiumkugel schwebt.

Die baumelnde, nur von elektromagnetischen Kräften gehaltene Metallmurmel reagiert auf Schwerkraftschwankungen mit kaum faßbarer Präzision. Das Supergravimeter schlägt noch aus, wenn die Schwerkraft der Erde nur um ein Billionstel Prozent zu- oder abnimmt.

Bei ihren Versuchsreihen konnten die Forscher ein rhythmisches Wackeln der Niobiumkugel beobachten. Ursache dieses merkwürdigen Pulsierens, so Smylie, sei das vibrierende Metalltrumm in 5100 Kilometern Tiefe. Etwa sechsmal am Tag schwingt der Erdkern zwischen Nord- und Südpol hin und her. Immer wenn er ganz nach Norden gependelt ist, nimmt die Schwerkraft in Deutschland um Bruchteile zu.

Gewichtsprobleme oder periodische Beinschwere am Nachmittag lassen sich mit dem neu entdeckten Naturphänomen nicht erklären. Die in Bad Homburg ermittelten Gravitationsausschläge liegen bei etwa einem Nanogal – eine fantastisch kleine Meßeinheit**. Selbst ein VW Golf entwickelt auf einen halben Meter Distanz infolge seiner Masse eine 50 000fach stärkere Anziehungskraft.

Dennoch erlauben die winzigen Schwerkraftschwankungen Rückschlüsse auf das Rumoren im Planeten. „Der Erdkern", sagt der Karlsruher Geophysiker Walter Zürn, „torkelt einige Zentimeter hin und her."

Ein wesentlich stärkeres Gravitationschaos verursacht der Mond. Seine Schwerkraft zerrt mit 250 000 Nanogal am Mutterplaneten. Für den Menschen ist diese Kraft nicht zu spüren. Dennoch reicht sie aus, in den Weltmeeren Ebbe und Flut auszulösen. Auch die Erdkruste wird um etwa 30 Zentimeter hochgewölbt. Die Experten sprechen bei dem Beul-Phänomen von „Erdgezeiten".

Noch größer sind die Gravitationsunterschiede zwischen Pol und Äquator. Tropenbewohner leben etwa 20 Kilometer weiter vom Erdmittelpunkt entfernt als Eskimos. Ergebnis: Bei gleichem Gewicht bringen sie weniger auf die Waage.

Jules-Verne-Vision vom Erdinnern*
Saurier und Riesenpilze

Für die Enträtselung des Planeteninneren haben die Gravimeter einen neuen Zugang erschlossen. Zum erstenmal lieferten sie den Experten einen klaren Hinweis darauf, daß die Materie zum Zentrum der Erde hin nicht in sanftem Übergang immer fester wird, sondern daß es harte Grenzlinien gibt.

Ob der Pulsschlag des Erdkerns wirklich nach dem Smylie-Rhythmus abläuft, wird indes von manchen Forschern noch bezweifelt. Geophysiker Zürn spricht der Theorie eine „äußerst schwache Evidenz" zu. Bisher gibt es weltweit nur elf Supergravimeter, vor allem auf der Südhalbkugel fehlen Meßstationen.

Der Erdkern-Denker aus Kanada ist jedoch schon in neue tiefschürfende Analysen verstrickt. Er versucht seit einigen Wochen, das Gesamtgewicht der hüpfenden Eisenkugel zu errechnen. Abschätzen läßt sich schon: Der Erdkern ist mindestens dreimal so schwer wie der Mond.

* Illustration zu „Reise zum Mittelpunkt der Erde".

** Gal (nach dem Naturforscher Galileo Galilei): Geophysikalische Einheit für Fallbeschleunigung: 1 Gal = 1 cm/s^2; bei auf die Erde zufallenden Gegenständen beträgt die Beschleunigung 981 Gal. Die Vorsilbe Nano bedeutet ein Milliardstel.

Ich war eine Dose.

Weißblech macht es leicht, umweltfreundlich zu handeln. Per Magnet werden die leeren Weißblechdosen von anderen Wertstoffen getrennt und wieder dem Rohstoffkreislauf zugeführt. Damit etwas Neues aus ihnen wird. Zum Beispiel diese neue Dose.

DER GRÜNE PUNKT

Weißblechdosen. Recycling inklusive.

WEISSBLECH RECYCLING

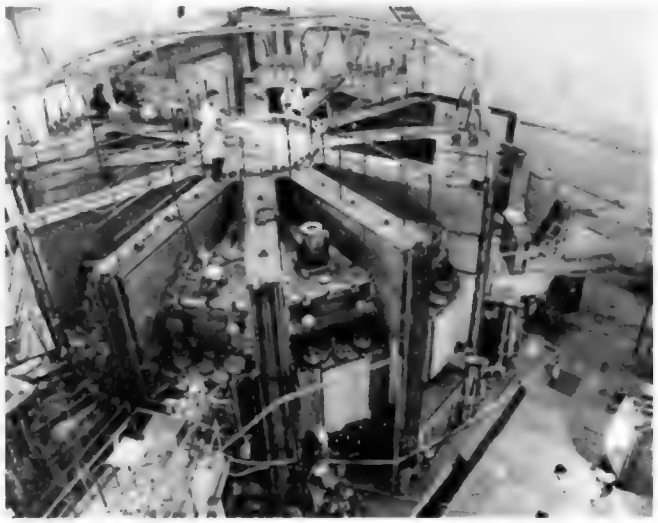
Informations-Zentrum Weißblech e.V., Kaiserswerther Str. 36, 4000 Düsseldorf 1 | IZW Mitgliedswerke: Hoesch Stahl AG, Rasselstein AG, Otto Wolff AG

Ruinöser Hunger auf Hamburger

Das Fleisch von sieben Zehn-Zentner-Stieren vertilgt jeder Amerikaner im Laufe seines Lebens, ein Appetit, der ansteckend wirkt: Weltweit werden inzwischen rund 1,3 Milliarden Wiederkäuer gemästet – mit verheerenden Folgen, wie US-Naturschützer ermittelt haben. So ist nicht zuletzt der wachsende Hunger nach Steaks und Hamburgern schuld am Verschwinden der Regenwälder, die in Weideflächen umgewandelt werden. Die Brandrodungen, aber auch die nachrückenden Hornvieh-Herden belasten die Erdatmosphäre mit den Treibhausgasen Kohlendioxid und Methan; zwölf Prozent aller Methan-Emissionen entweichen Rinderdärmen. Auch die kostbaren Trinkwasser-Reserven werden in immer größerem Maße der Fleischproduktion geopfert; Amerikas Rindvie-

Hamburger-Liebhaber

cher schlucken jährlich etwa 50 Prozent des landesweit verbrauchten Süßwassers; für jedes 220-Gramm-Steak, so haben Experten errechnet, flossen 4500 Liter Wasser. Überdies werden 70 Prozent der Weltgetreideproduktion an das Mastvieh verfüttert – eine maßlose Verschwendung angesichts einer Milliarde hungernder Menschen, meinen Kritiker: Würden allein die Weideflächen der USA als Kornfelder genutzt, so könnten mit der Ernte 400 Millionen Hungernde ausreichend ernährt werden.



Fusionsanlage Tokamak 10

Denkhilfe zu Billigst-Preisen

Für das Jahresgehalt eines einzigen westlichen Atomphysikers hat sich das amerikanische Energieministerium die Forschungsergebnisse eines 116-Mann-Teams samt Forschungsgerät am russischen Kurtschatow-Institut in Moskau gesichert. Das Institut gilt als führend auf dem Gebiet der Fusionsforschung, die sich bemüht, die Energieproduktion der Sonne auf Erden nachzuahmen. Der vorerst auf ein Jahr abgeschlossene und mit 90 000 Dollar dotierte Vertrag eröffnet eine enge Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und russischen Fusionsforschern bei dem Versuch, Millionen Grad heißes ionisiertes Gas mit Hilfe von Magnetfeldern einzuschnüren und dadurch die Atomkerne des Plasmas miteinander zu verschmelzen. Besonders verlockend finden die Amerikaner den russischen „Tokamak-Reaktor" mit der Bezeichnung T-10, der als das derzeit stärkste Gerät zur Plasmaaufheizung gilt.

Runzlige Folgen von blauem Dunst

Stärker als durch die Furcht vor einem vielleicht fernen Herzinfarkt oder Lungentumor könnten junge Menschen von der Schädlichkeit des Rauchens überzeugt werden, wenn sie wüßten, daß ihre Gesichtshaut dadurch vorzeitig altert und runzlig wird. Das jedenfalls hoffen die Autoren einer Studie, die nachprüften, ob das Entstehen von Falten im Gesicht – wie vielfach angenommen – tatsächlich durch Rauchen begünstigt wird. Das Ergebnis der Studie, über das die *Deutsche Medizinische Wochenschrift* jüngst berichtete, war eindeutig: Schon wer neun Jahre lang täglich ein Päckchen Zigaretten raucht, verdoppelt sein Risiko zu exzessiver Faltenbildung im Vergleich zum lebenslangen Nichtraucher. Wer 25 Jahre lang zwei Päckchen raucht, verfünffacht dieses Risiko. Das vorzeitige Altern der Haut bei Rauchern führen die Mediziner unter anderem auf eine Verschlechterung der Blutzirkulation im Hautbereich sowie die Zerstörung von Elastin- und Kollagenstrukturen im Bindegewebe der Unterhaut zurück.

Schonbezug gegen Graffiti

Graffiti an Münchner S-Bahn

Der amerikanische Chemiekonzern Dow Chemical hat der Zeichen- und Spray-Kultur auf Stadtbahnzügen, in Hinterhöfen und öffentlichen Toiletten den Kampf angesagt. Aus den Labors des Unternehmens wird demnächst eine Art Antibiotikum gegen Graffiti und Klosprüche kommen, kündigte der Chef-Chemiker des Forschungsprojekts, Donald Schmidt, an: Dow-Wissenschaftler haben ein Material entwickelt, das, auf eine Oberfläche aufgetragen, Wasser, Farbe, Fett, Ruß und jeden beliebigen anderen Stoff abweist. Noch hält das Unternehmen den Namen der Substanz geheim. Sie bestehe aus großen Molekülen mit hohem Fluoranteil, heißt es, und sei dem Teflon ähnlich. Anders als die bekannte Bratpfannenbeschichtung ist der Dow-Stoff leicht aufzutragen, erfordert keine speziellen Lösungsmittel und muß nicht bei hohen Temperaturen getrocknet werden. Auf Autoscheiben, die mit der neuen Substanz beschichtet sind, würden weder tote Mücken noch Blütensamen haften – und Sprayfarben würden von jeder Wand oder Klotür abperlen. Dow-Chemiker Schmidt träumt schon von Rekord-Umsätzen: „Der Tag wird kommen, da man ganz New York City mit dem Zeug einsprüht."

WINNER OF TWO
AWARDS
FOR OUTSTANDING DESIGN
Design Zentrum
Nordrhein-Westfalen, Germany.
Ministry of International Trade
and Industry (M.I.T.I.)
Tokyo, Japan

Da kriegen Ihre Enkel noch feuchte Augen.

Eine Rado ist die faszinierende Verwirklichung einer revolutionären Idee. Der Idee, eine Uhr zu schaffen, die ewig schön ist. Mit der ‚Ceramica' hat Rado die wohl konsequenteste Umsetzung dieser Philosophie geschaffen. Das gilt für das Design, siehe Bild, genauso wie für das nahezu diamantharte Material aus High-Tech-Keramik und Saphirglas. Aber dies ist nur eines der Geheimnisse, die die ‚Ceramica' so kostbar machen. Denn jedes Detail einer Rado beruht auf der gleichen Konsequenz: Höchste Vollendung durch einzigartige Materialqualität, aufwendige Verarbeitung und kompromißlose Ästhetik.

A differeut world

Die Rado DiaStar ‚Ceramica'. Ewig schön durch nahezu diamanthartes Material aus High-Tech-Keramik und Saphirglas. Nur im guten Fachhandel erhältlich.
DM 1.750,– (unverbindliche Preisempfehlung)
Unter Zeichenlizenz DWZ Nr. 686.528 «Star»

RADO
Switzerland

Generalvertretung für Deutschland
SMH Uhren und Mikroelektronik GmbH, Division Rado, 6232 Bad Soden, Tel 0 61 96/2 04-05

Gruft in der Michaelerkirche

Roth-Haus in der Steiermark

Im Land des Schweigens

SPIEGEL-Redakteurin Annette Meyhöfer über den österreichischen Schriftsteller Gerhard Roth

Am Eingang zum Reich der Träume steht eine Tafel aus grauem Stein, nicht eben auffällig: „Glaubst du eigentlich, daß an dem Hause dereinst auf einer Marmortafel zu lesen sein wird: ‚Hier enthüllte sich am 24. Juli 1895 dem Doktor Sigmund Freud das Geheimnis des Traumes.' Die Aussichten sind bis jetzt hierfür gering."

Das Haus, jenes Schloß Bellevue auf dem Cobenzl, wo Freud in den Sommern um die Jahrhundertwende sich einmietete, wurde im Zweiten Weltkrieg von Bomben zerstört. Nur die Tafel, steinernes Faksimile eines 1900 geschriebenen Briefs an Wilhelm Fließ, steht da – auf dem Berg über der Stadt, an diesem Morgen kahl und öd von den Spuren des ausgehenden Winters. Die Aussicht auf Wien ist verhangen.

Gerhard Roth spricht mit der nachsichtigen Routine eines guten Lehrers; eine Wirkung, die vor allem auf seinen graumelierten Bart, den eher behäbigen Körper sowie die schleppende Redeweise zurückzuführen ist. Er zeigt auf einen Kirchturm im Nebel, da unten den 19. Bezirk, die Müllverbrennungsanlage, von Hundertwasser gestaltet: das Panorama einer weitgehend unsichtbaren Stadt. Seiner Stadt. Die er im Kopf hat und die ihn, seit er vor sechs Jahren endgültig umzog aus der Steiermark nach Wien, in Bann hält.

Am Abend zuvor, im grellen Licht seines Arbeitszimmers, hatte er hinter dem großen hölzernen Schreibtisch gewartet wie hinter einer Barrikade. Roths Antworten sind immer zugleich Fragen, Stichproben auf Kenntnis, Genauigkeit und Übereinstimmung. Sein Werk schüchtert ein: Die früheren Romane, Theaterstücke, Erzählungen nicht mitgerechnet, sind es sieben Bände aus 13 Jahren, 2000 Seiten, Romane neben Reportagen, nüchterne Beschreibungen und seltsame Traumgespinste, das ganze zum Zyklus bestimmt, „Die Archive des Schweigens".

In seiner Kindheit, sagt er, war Österreich für ihn „das Schweigens-Reich". Wo die Vergangenheit, und das war natürlich vor allem die Nazi-Vergangenheit, vergessen sein sollte und im Geschichtsunterricht das „Endlos-Märchen von den Habsburgern" repetiert wurde, wo man die Beweise verschwinden ließ und Antworten verwehrte. Mehr und mehr geriet ihm die Arbeit zu einer Gegengeschichte Österreichs, die von Träumen und Wahn handelt, von den Außenseitern und den Vertriebenen.

Das Schreiben glich ein wenig auch einer Reise, von der Stadt aufs Land und vom Land in die Stadt, von Graz, wo er 1942 geboren ist und bis 1977 in einem Computerzentrum arbeitete, in die Gemeinde Obergreith in der Steiermark – Fundus der ersten beiden Romane, „Der Stille Ozean" und „Landläufiger Tod" – und dann nach Wien. Die Reise führte in magische Welten, weit abgehoben und schwindelerregend, und von da wieder in die Wirklichkeit, in den Stephansdom und in den Narrenturm, sodann tief hinab in die unterirdischen Gänge und Katakomben von Wien.

Roth wurde dabei „zum Archäologen, zum Ethnographen", und eine Kunstpostkarte, sagt er, habe er bei sich getragen, „Die Anatomie des Dr. Tulp" von Rembrandt. Er wollte herausfinden, wie die Stadt denkt, wie sie träumt, wie sie verdaut. Darum ist er hinuntergestiegen in die Speicher unter der Nationalbibliothek – „das ist der Kopf der Stadt" –, in das Gipsstatuendepot unter der Hofburg und in die Abwässerkanäle, durch die Orson Welles im „Dritten Mann" floh.

Er ist in die Gruft der Michaelerkirche gegangen, wo neben Knochenbergen in Särgen, zum Teil geöffnet, mumifizierte Leichen liegen, die Gesichtszüge noch erkennbar und hier und da der Fetzen eines Kleides oder ein Rosenstrauch. Und in das Männerasyl an der Meldemannstraße, im Volksmund die „Hitlervilla" genannt, weil der nämlich dort von 1909 bis 1913 lebte. Und in die Leopoldstadt, wo Karl Berger jetzt wieder wohnt, der jüdische Remigrant, dessen Leben Roth aufgezeichnet hat in der „Geschichte der Dunkelheit".

Vielleicht kam er ja durch Freud auf die ganze Geschichte. Die „fließenden Übergänge" wollte er beschreiben, „zwischen dem Sichtbaren und dem Unsichtbaren", den „normal und krankhaft benannten Seelenzuständen", wie Freud sagt. „In Wien", meint Roth, „sind Tag und Nacht nur scheinbar voneinander getrennt."

★

An den Seitenwänden seines Arbeitszimmers reihen sich in den Regalen, ordentlich, die Bücher, Kunstbände, Gesamtausgaben, ein paar Krimis auch; an der Wand hinter dem Schreibtisch lehnen Bilder der Künstler aus der psychiatrischen Klinik Gugging, über die Roth immer wieder geschrieben hat und die er liebt, die seltsamen Zeichenwelten August Wallas, die Kopffüßler Oswald Tschirtners. Auf dem Tisch, unter weiteren Büchern und Manuskripten, liegt der Titelblatt-Entwurf eines demnächst erscheinenden Materialienbandes zu den „Archiven". Und ein Photo, auf dem sieht er schlanker aus als heute.

Später am Abend, den Stuhl hat er inzwischen auf die andere Seite des Schreibtischs gezogen, erzählt er Anekdoten von einer norddeutschen Dichterschule, von den Freunden in Hamburg, wo er mit einem Stipendium ein Jahr gelebt hat. In Deutschland wurde er schon in den siebziger Jahren hochgelobt, als „einer der bedeutendsten österreichischen Gegenwartsautoren neben Peter Handke und Thomas Bernhard". Und er redet sich in Zorn über die Wiener Kritiker. Sie haben seinen Reportagenband „Eine Reise in das Innere von Wien" als alternativen – und ein wenig veralteten – Stadtführer bespottet, ihm

Gipsstatuendepot in der Wiener Hofburg

Autor Roth*, Roth-Schauplätze: „Fließende Übergänge zwischen dem Sichtbaren und dem Unsichtbaren"

nachgetragen, daß er in längst bekannten Geschichten wühle. Vielleicht wird man die „Archive des Schweigens" anders lesen, wenn die sieben Bände demnächst in einer Kassette erscheinen**.

Wenn er erzählt, sieht er jünger aus, angreifbar, und die Geschichten scheinen aus ihm herauszudrängen, er zwingt sie einem auf, mühelos Raum und Zeit überspringend. Auf den Cobenzl müsse man am Morgen, und „wissen Sie, daß am Steinhof, der psychiatrischen Klinik von Wien, einer der größten Krähenschlafplätze Europas ist, 30 000 Krähen kommen dahin in der Dämmerung".

Und im Josephinum die Wachsfiguren müsse man anschauen, die schwangere Frau, die Organ-Präparate. Als Kind, in den Jahren kurz nach dem Krieg, hat er seinen Vater, einen Arzt, oft aufs Land begleitet, zum Hamstern und um bei Operationen zu assistieren. Später hat Roth selber Medizin studiert und das Studium abgebrochen, weil er die Familie, drei Kinder, ernähren mußte.

Als Kind war er oft krank. Einmal hatte er eine Fotolinse verschluckt, konnte nicht mehr sprechen und hat den Vater nur am Hosenbein gezupft. Der hat sofort verstanden und ihm das Leben gerettet, indem er ihn an den Füßen packte und auf den Kopf stellte. Mit dem Finger hat der Vater dann die Linse herausgeholt. Später hat Roth bei seinen Spaziergängen auf dem Land immer wieder fotografiert. Über 10 000 Bilder sind in seinem Archiv.

★

Joseph II. hat die Sammlung von Wachspräparaten in dem nach ihm benannten Institutsgebäude für die Geschichte der Medizin einst begründet, und unter der Leitung zweier italienischer Ärzte wurden sie gefertigt, Nachbildungen von Leber, Niere, Herz und Hirn, über 1000 Einzelstücke, aufbewahrt in Gläsern, dazu einzelne Figuren: den Muskelmann, den Gefäßmenschen. „Schauen Sie, wie ungeheuer echt die Linien aussehen, wie genau die einzelnen Fasern eingezeichnet sind. Die Ausbildung der Ärzte war ja damals miserabel, das waren bessere Handwer-

* Mit der wächsernen Lehrpuppe „Mediceische Venus" im Josephinum in Wien.

** Gerhard Roth: „Die Archive des Schweigens". S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; insgesamt 2040 Seiten; 240 Mark.

Manchmal muß es eben Mumm sein. Der Deutsche mit dem trockenen Akzent.

JWT Ffm 8-177

ker, darum hat der Kaiser eine Akademie eingerichtet." Joseph II., der ob seiner Fortschrittlichkeit und Aufgeklärtheit gerühmte Sohn Maria Theresias, brauchte Ärzte für seine Armee.

„Die österreichische Geschichte ist eine gewalttätige", sagt Roth, „vielleicht die Geschichte überhaupt, nur daß alles verklärt und geschönt wird, und immer sind, in jedem Krieg, die anderen die Angreifer, die Barbaren." In ihrem Glassarg, gleich neben dem Eingang, liegt die Mediceische Venus, blondes Haar, um den Hals eine Perlenkette, die Andeutung eines Lächelns. Die Bauchdecke ist abgehoben, die Organe sind bloßgelegt, und in einer wächsernen durchsichtigen Blase ist in der Tat ein winziger Embryo zu erkennen.

Das „Fundament der Wirklichkeit" nennt Roth, etwas zweideutig, das Wien-Buch und den Fotoband über die Steiermark („Im tiefen Österreich"), die Anfang und Ende des Zyklus bilden. Aber die Wirklichkeit vermag an diesem Tag, auf dieser Ein-Tages-Expedition, schwer zu bestehen gegen die Bilder im Kopf. Er sei ein Wahrnehmungsmensch, er müsse alles anschauen, erklärt er, und je mehr man wisse, um so weniger sehe man. „Sind die Figuren im Josephinum nicht einfach schön?" Es gerät ihm, ob er will oder nicht, alles zum Symbol. Ein paar Blocks vom Josephinum entfernt, in der Berggasse 19, ist das Sigmund-Freud-Museum.

Nur die Krähen sind unzuverlässig. Die Dämmerung ist längst hereingebrochen über dem Steinhof, und noch andere, Touristen aus Deutschland, warten auf der Anhöhe, vor Otto Wagners Jugendstilkirche, vergeblich auf das Eintreffen der Vögel. Roth erzählt vom Verhalten der Krähen, daß sie immer eine Nachhut bilden, die sich um die Verletzten und Zurückgebliebenen kümmert. Als „riesigen Jahrmarkt aus Spiegeln, Ort roher Selbstbegegnung" beschreibt er in „Am Abgrund", dem vierten Band, den Steinhof.

Schließlich geben die Krähen nach, in kleineren Schwärmen fliegen sie, lärmend und schwarzen Punkten gleich, zum Hügel hinauf. Über der Kirche schwebt ein schwarzer Papierdrachen. Ob man die Krähen damit vertreiben wolle, fragt Roth den Pförtner.

Er wollte in den „Archiven des Schweigens" auch die Geschichte der Tiere schreiben, ihre Schönheit und die Gewalt gegen sie. Im Kofferraum eines Autos habe er einmal fünf tote Füchse liegen sehen, der Jäger erklärte, sie seien tollwütig. Im „Stillen Ozean" ist die Tollwut dann zum Gleichnis geworden für die kaum unterdrückte Brutalität, die Intoleranz, nicht nur auf dem Land: „Österreich, eine Jagdgesellschaft". Xaver Schwarzenberger hat das Buch später verfilmt.

Aufs Land war Roth 1978 gegangen wegen gesundheitlicher Schwierigkeiten, Herzproblemen vor allem. Seine Stelle im Rechenzentrum hatte er schon vorher aufgegeben, sich von der Familie getrennt, um schreiben zu können. Er mietete dann ein Haus und beendete die „Winterreise", den Roman einer Identitätskrise, Hauptthema seiner Werke damals. Im selben Jahr bekam er den SWF-Literaturpreis und für die „Winterreise" reichlich schlechte Kritiken. Das brachte ihn auf die Idee, aus seinem nächsten Helden, Ascher im „Stillen Ozean", einen Arzt zu machen, der in der Stadt einen Kunstfehler begangen hat.

Roth ruft den Mieterschutz an, um sich seiner Rechte zu versichern. Noch am Nachmittag ist er erregt, immer wieder habe er bei seinen Recherchen solche Szenen erlebt – das Mißtrauen und die Boshaftigkeit der Leute.

Einen Film über die Bienen wollte er vorführen, die inzwischen schon so etwas wie seine Haus- und Wappentiere sind. Das Bild vom „Bienenmenschen", der einen ganzen Schwarm auf sich fliegen läßt, ist häufig veröffentlicht worden, und auch in der Fernseh-Verfilmung des „Landläufigen Tods" kommt die Szene vor. Als er den Roman zu schreiben begann und nicht weiterkam, aus Verzweiflung Melvilles „Moby Dick" kopierte, über 100 Seiten, hatte ein Bienenzüchter vor seinem Haus 40 Stöcke aufgestellt, mit fast drei Millionen Bienen. Aus Angst und dann aus Neugier begann Roth nachzulesen und fand, daß die Bienen eines Stockes einen beweglichen und veränderlichen Organismus bilden, genannt der Bien. Das wurde sein Modell.

Roth-Verfilmung „Landläufiger Tod": „Der Dichter setzt zur Wehr sich wie die Biene"

Vielleicht könnte man an einem dieser Tage doch auch nach Schönbrunn fahren, wo das Habsburger-Märchen, jenes „Tu, felix Austria, nube", noch immer lebendig ist, schlägt Roth vor. In einer Nachtbar spielt Opernmusik, Verdi. „Die Menschheit träumt", denkt der Arzt Ascher im „Stillen Ozean".

★

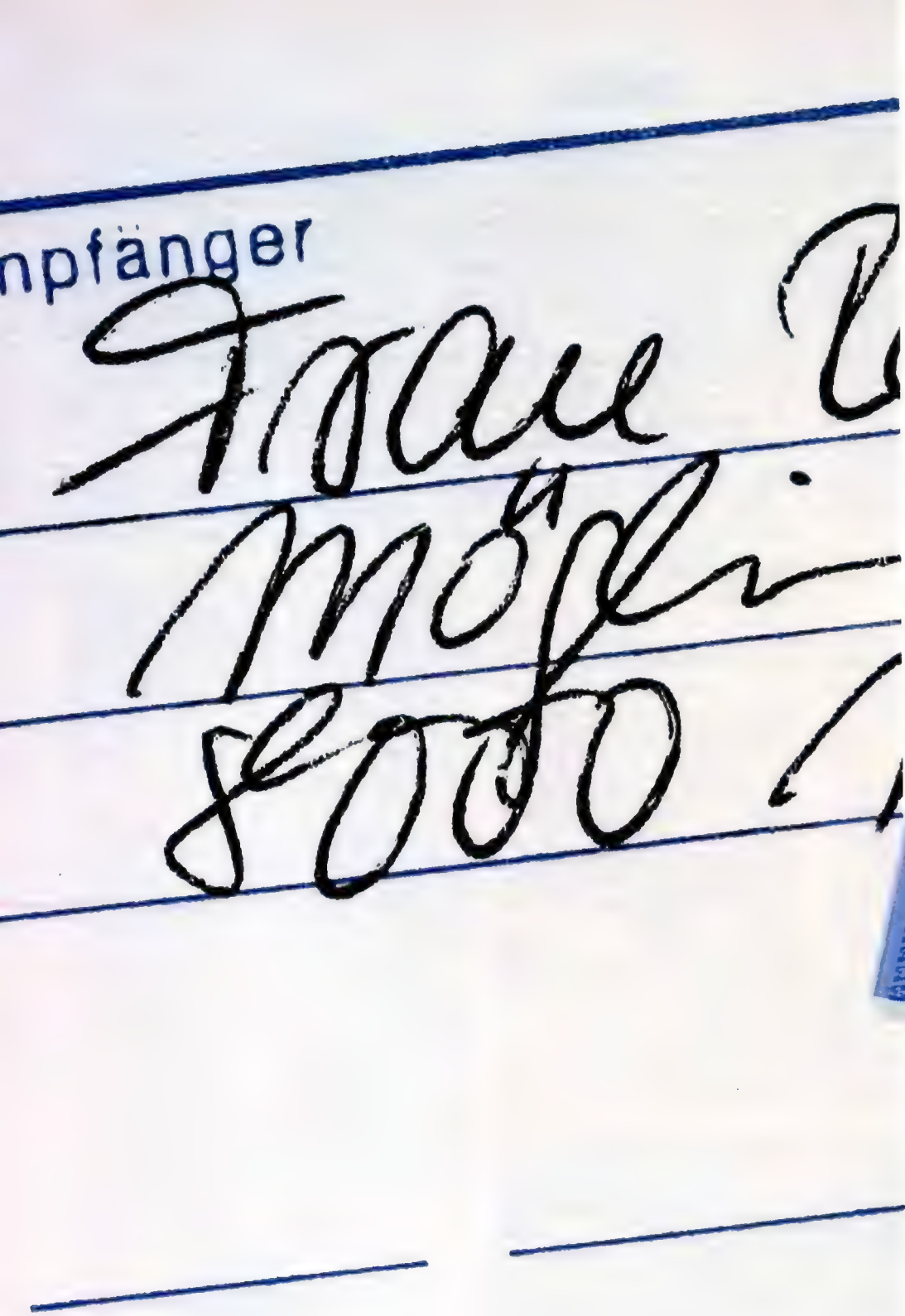
Die Stadt spielt mit und verwandelt sich allmählich in ein System von Zeichen, als mühe sie sich, aufs vollkommenste jener Beschreibung zu gleichen, die Gerhard Roth von ihr gegeben hat. Am Morgen, als der Fotograf ihn im Innenhof vor seiner Wohnung Am Heumarkt – einen Hof weiter hat Ingeborg Bachmann gewohnt – aufnehmen will, droht eine ältere Frau mit der Polizei. Das Fotografieren sei hier verboten.

Das Videogerät steht in seiner anderen Wohnung, in der er lebt, durch den Flur getrennt von den Zimmern, in denen er arbeitet. Mehrmals am Tag geht er zwischen den beiden Wohnungen hin und her, die völlig gleich geschnitten sind. Auch in den „privaten" Zimmern sind Bücherregale, bis zur Decke, dazu ein großer Eßtisch, ein rotes Sofa, an der Wand ein Gedicht von Ernst Herbeck, dem vielleicht bekanntesten der Gugginger Künstler, der sich als Dichter

0,0002 % von 800 Millionen Formularseiten sehen so aus. Das war uns einfach zuviel.

Auch wenn ihre Quote gering ist: Ausreißer kommen in der besten Familie vor. Und es wäre kaum der Rede wert, würden sie den arbeitenden Menschen nicht ausgerechnet dann am meisten löchern, wenn der Streß am größten ist.

Da uns von Zweckform auch der kleinste Makel stört, haben wir unser **Formularbuch-Sortiment** neu überdacht und neu gemacht. Neues 100 % chlorfrei gebleichtes, umweltschonendes Papier, neue Farbstruktur/Kennzeichnung zur besseren Orientierung der Sortimentslinien, beschriftete Buchrücken für mehr Übersicht am Arbeitsplatz, neuer



Dokumentendruck für Quittungsblocks, um Fälschungen besser vorzubeugen, neue patentierte Sicherheitsbindung. Und: neue Mikro-Perforation, die allen Ausreißern ein für allemal sauber und glatt das Handwerk legt.

Schon allein das wäre ein Gespräch mit Ihrem nächsten Bürobedarfs-Fachhändler wert. Oder eine Anfrage über mehr Infos bei uns: Zweckform Büro-Produkte GmbH, Postfach 12 80, 8150 Holzkirchen.

Zweckform
Nichts einfacher als das.

Lieferscl

Postellabteilung

Zweckform
Ein Unternehmen der Steinbeis-Gruppe.

Alexander nannte, berühmt geworden auch durch Heinar Kipphardts Roman „März". Im vergangenen Jahr ist Herbeck gestorben. Das Gedicht geht über die Krähen.

In dem Film, den er vorführt, hat Roth selber die Rolle des Bienenmanns übernommen, er trägt einen Schutzanzug, und es waren, erzählt er, auch nicht ganz so viele Bienen. Und er zitiert darin ein paar Zeilen des tschechischen Dichters Jan Skácel: „Der Dichter setzt zur Wehr sich wie die Biene und schenkt das eigene Sterben dem, den er verletzt."

Er will nicht mehr über sich reden, darum zeigt er noch mehr Filme, drei Stunden lang, ein Kampf beinahe, auch mit sich selber. Nach Gugging, am nächsten Morgen, will er auf keinen Fall mitkommen. Einen „Abschiedsschwindler" hat er eine seiner Figuren genannt.

★

In seinem Zimmer, das zugleich ein Kunstwerk und voll geheimer Zeichen ist, sitzt August Walla, dick und kahlköpfig, vor dem Fernseher. Auf Fragen reagiert er kaum. An den Wänden, an der Decke sieht man, wie auf all seinen Bildern: Kerzen, Kirchtürme, Teufel, vogelähnliche Gestalten, Schriftzeichen, „ÖVP.!", „KPÖ.!", Hammer und Sichel, Namen wie Adolf, August, eine Sonne. Walla, über 15 Jahre Patient in der Anstalt Gugging, muß sich die Gegenstände, Blechdosen, Schachteln anverwandeln, bemalt Straßen und Bäume, auch große Teile des „Hauses der Künstler" mit seiner Privatmythologie.

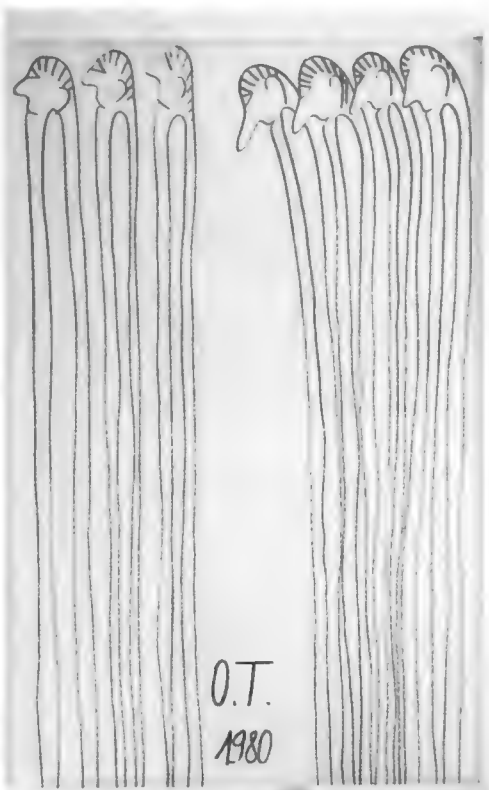
Seit 1981 gibt es dieses Haus, in dem, ein wenig abseits von den Klinikgebäuden und gleichsam zu erleichterten Bedingungen, derzeit 14 Patienten leben und arbeiten. Zum Kaffee kommen fast alle – nur Walla ist inzwischen weggegangen – in den hellen Speiseraum, wo an den Wänden ihre Bilder hängen, Johann Hausers rote Herzen, filigrane, an Giacometti-Statuen erinnernde Figuren des stillen und fast zerbrechlich wirkenden Oswald Tschirtner, die bunten Kühe von Franz Kamlander. „Eine andere Welt mit einer anderen Zeit", heißt es in Roths Reportage über das „Haus der schlafenden Vernunft".

Roth wollte immer „schreiben wie ein Verrückter". Im „Landläufigen Tod" hat er versucht, eine Welt jenseits des „Stumpfsinns der Normalmenschen" zu erfinden, eine Grenzüberschreitung, seine radikalste. Franz Lindner, sein Held, der stumme Sohn eines Bienenzüchters, der Stimmen hört und sich mit Zetteln verständigt und der immer wieder für längere Zeit in der Anstalt ist, will darin die Bibel neu erzählen: „Beim Erwachen sind die Wälder aus Kupfer/ Eisberge schwimmen im Zimmer und bersten durch die Wände . . ."

Und einen ganzen Kosmos erschafft er aus Märchen, Mythen, Wahnvorstellungen, immer wieder mit Realitätspartikeln durchsetzt, Geschichten aus dem Dorf. Woran Ascher, der mikroskopierende Arzt, scheiterte, das gelingt diesem Franz Lindner: in der Schneeflocke unter dem Vergrößerungsglas die Alpen zu entdekken, die Hieroglyphen der Geschichte zu entziffern.

Am Ende konnte Roth gar nicht mehr aufhören, so zu denken wie sein Held Franz Lindner. Am Ende verdingt sich Lindner an den Zirkus. „Ein wenig ist man in der Situation eines Vogels im Käfig", sagt Roth, „der Autor sitzt im Käfig seiner Sinnsysteme." Er kann nur versuchen, aus der Negation des Bekannten das Unbekannte zu gewinnen, durch bewußte Destruktion von Wirklichkeit. Am Ende bleibt er immer mit einem Bein auf der Erde.

Im „Untersuchungsrichter" (1988), den er selber die „Geschichte eines Entwurfs" nennt, hat Roth dann, durch die Fiktion eines Erzählers kaum getarnt, noch einmal über seine Selbstzweifel und das stets gegenwärtige Scheitern geschrieben. Immer wieder verwirft er darin die Möglichkeiten zu einer Geschichte, mischt in das, was gegen seinen Willen sich zu runden droht, Reflexionen über das Schreiben, über die eigene Existenz. Er will sich „verraten", ausbrechen aus dem „Romangefängnis, dem Stilgefängnis, dem Denkgefäng-



Psychiatrie-Patienten Walla, Tschirtner, Werke: Das Irrenhaus als Ort, an dem man sein kann, der man ist

SIEMENS

Wir bringen Farbe ins Gespräch.

Mit Design und Farbe ist das Siemens euroset 241 gut in Form und Technik. Wahlwiederholung, neun Speichertasten für 18 Rufnummern, automatische Gesprächsdauer-Anzeige, Mikrofon-Stummschaltung und vieles mehr. Ihr Händler wird zum Siemens euroset 241* gerne Farbe bekennen.

Siemens. Das Telefon zuhause.

Erhältlich im guten Fachgeschäft, Versandhandel und den Fachabteilungen der Warenhäuser.
*Unverbindliche Preisempfehlung DM 159,–

nis". Das Irrenhaus, sagt er, wäre ein Ort, an dem man endlich der sein könnte, der man ist.

★

Auf dem jüdischen Friedhof in der Seegasse, den man nur durch die Eingangshalle eines Altersheims betreten kann, stehen inzwischen wieder die alten Grabsteine. Während der Nazizeit waren sie zum Teil auf dem Zentralfriedhof unter einem Erdhügel versteckt.

Karl Berger, der nach dem „Anschluß" Österreichs emigrieren mußte, erklärt die Zeichen auf den rosa Granitsteinen, ein Fisch bedeutet, daß hier ein Dibbuk, eine wandernde Seele, begraben liegt. Unter der Überschrift „Identität" heißt es in der „Geschichte der

Bestseller

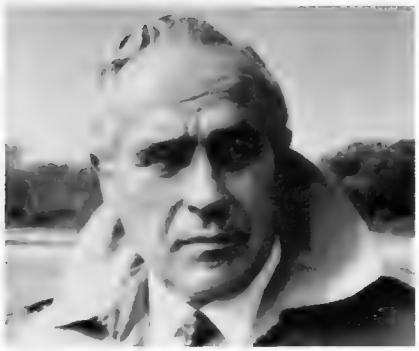
BELLETRISTIK

1	**Gordon: Der Schamane** Droemer; 44 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(3)
4	**Ripley: Scarlett** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(6)
5	**Fallaci: Inschallah** Kiepenheuer & Witsch; 49,80 Mark	(5)
6	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(9)
7	**Süskind: Die Geschichte von Herrn Sommer** Diogenes; 26,80 Mark	(4)
8	**Wood: Traumzeit** W. Krüger; 46 Mark	(7)
9	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(11)
10	**Ustinov: Der Alte Mann und Mr. Smith** Econ; 39,80 Mark	(10)
11	**Kishon: Kishon für Steuerzahler** Langen Müller; 29,80 Mark	(14)
12	**Nooteboom: Die folgende Geschichte** Suhrkamp; 28 Mark	(12)
13	**Pirinçci: Der Rumpf** Goldmann; 38 Mark	
14	**Adorf: Der Mäusetöter** Kiepenheuer & Witsch; 29,80 Mark	(15)
15	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark	

SACHBÜCHER

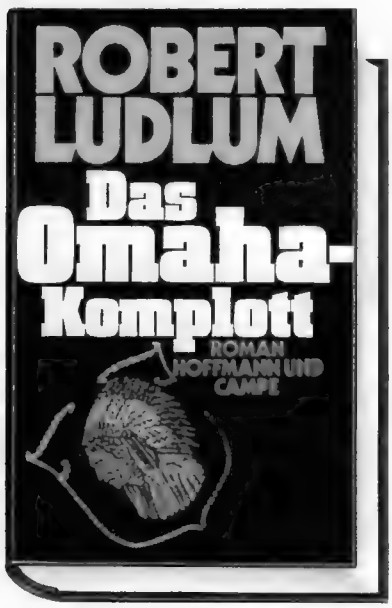
1	**Baigent/Leigh: Verschlußsache Jesus** Droemer; 39,80 Mark	(1)
2	**Krone-Schmalz: . . . an Rußland muß man einfach glauben** Econ; 39,80 Mark	(2)
3	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(3)
4	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(4)
5	**Scholl-Latour: Den Gottlosen die Hölle** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(6)
6	**de Bruyn: Zwischenbilanz** S. Fischer; 39,80 Mark	(5)
7	**Drewermann: Worum es eigentlich geht** Kösel; 34 Mark	
8	**Kelder: Die Fünf „Tibeter"** Integral; 19 Mark	
9	**Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(13)
10	**Corazza u.a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 68 Mark	(8)
11	**Richter: Umgang mit Angst** Hoffmann und Campe; 38 Mark	(7)
12	**von Krockow: Fahrten durch die Mark Brandenburg** DVA; 38 Mark	(9)
13	**Garrison: Wer erschoß John F. Kennedy?** Lübbe; 42 Mark	(11)
14	**Fisher-Ruge: Überleben in Rußland** Hoffmann und Campe; 32 Mark	(12)
15	**Bly: Eisenhans** Kindler; 38 Mark	(15)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*



Ein neuer Ludlum.

Der Großmeister der Spannungsliteratur in furioser Hochform!



600 Seiten, DM 44,–

Das Pentagon steht Kopf: Der kleine Indianerstamm der Wopotami beruft sich auf einen gültigen Vertrag mit der US-Regierung und verlangt die Besitzrechte am Bundesstaat Nebraska und damit am Kernstück der amerikanischen Verteidigung, dem Strategischen Luftkommando in Omaha. Ein atemberaubendes, turbulentes Drama um Mafiosi und Militärs, CIA und FBI, Richter und Rechtsanwälte, Killer und Karrieristen.

HOFFMANN UND CAMPE

Roth-Figur Berger*: Die Hieroglyphen der Geschichte entziffern

Dunkelheit": „Damals wäre mir lieber gewesen, kein Jude zu sein ... Ich wußte nicht mehr, was ich war. War ich Österreicher? Tscheche? War ich Jude? Oder schon Engländer? Irgend etwas mußte ich doch sein, sagte ich mir."

Berger ist, nachdem er lange in England in der Emigration gelebt hatte, in ständig wechselnden Berufen, auch in Israel sich nicht zurechtfinden konnte, mit seiner zweiten Frau, einer Deutschen, nach Wien zurückgekehrt. Heute wohnt er wieder in der Straße, in der er geboren ist. Sogar die Hausnummer ist dieselbe. Er bereut es, zurückgekehrt zu sein. Sein Sohn ging, wie er, nach Israel, kam nach Wien zurück. Vor ein paar Jahren hat sich der Sohn, 20 gerade, erschossen, in einem Altersheim, wo er für die „Security" arbeitete.

„Bergers Geschichte", sagt Roth, „sollte sich zusammensetzen, wie die Punkte einer Schwarzweißfotografie, Satz für Satz, Kapitel für Kapitel." Alle falsche Rührung sollte daraus verbannt sein, und jedes Kapitel – viele sind nur ein paar Zeilen kurz – hat er mit einer Überschrift versehen, Stationen eines zerrissenen, zerstörten Lebens.

Er habe versucht, in den „Archiven des Schweigens" für jede Person eine eigene Sprache zu finden, für den Arzt Ascher, den verrückten Lindner, den Untersuchungsrichter, den Mörder Jenner, für Berger. Und jede Geschichte sollte in Wien enden, im Anatomischen Institut, im „Haus der Künstler", im Untersuchungsgefängnis, dem „Grauen Haus", und in der Leopoldstadt, an jenen Orten, „wohin die Gesellschaft ihre Außenseiter verbannt, worauf sie ihre geheimen Ängste richtet".

Er hat vorgeschlagen, ein paar Fotos im Österreichischen Staatsarchiv zu machen. Vielleicht fehlte das noch in seinem Wienbuch, das „Gehirn der Stadt", das Zentrum der Erinnerung, der Identität. 23 Kilometer Akten, erklärt der Archivar, reihen sich hier, auf elf Stockwerken, vom 9. Jahrhundert bis 1918.

Roth fragt nach, in welcher Sprache die Akten verfaßt seien. Und ob sie denn wirklich vollständig seien? Schließlich gründete die ganze Macht der Habsburger auf einer Urkunden-Fälschung. Der Archivar korrigiert ihn freundlich. Daß es keine objektive Wahrheit gebe, müsse er doch am besten wissen.

★

In seiner Wohnung öffnet Roth Schubladen, führt seine Notizbücher vor, die Fotos. „Das Schreiben beginnt mit einem Akt der Selbstüberschätzung, danach ist man in Sicherheit." Am Abend fährt er nach Graz. Sein Vater liegt im Krankenhaus. Am nächsten Tag will er wiederkommen. Dann könnte man endlich nach Schönbrunn fahren.

Auf dem Umschlag der „Geschichte der Dunkelheit" ist, ein Entwurf von Gerhard Roth, ein Himmel-und-Hölle-Spiel gezeichnet. Man spielt es, indem man auf ein Feld einen Stein wirft und dieses dann, auf einem Bein, überspringt. Die Hölle muß man natürlich auch überhüpfen. Nur im Himmel steht man auf zwei Beinen.

* Auf dem jüdischen Friedhof in der Wiener Seegasse.

Das Mega-Business.

Trotz beispielloser Erfolge der Medizin droht „Gesundheit" zum Wunschtraum zu verkommen: Der medizinisch-industrielle Komplex ist nicht mehr finanzierbar. Das Zusammenwirken von Medizin, pharmazeutischer und medizinisch-technischer Industrie und Versicherungen ist zu einem Mega-Business geworden – zu Lasten der Beitragszahler, aber auch der Ärzte, die die Kontrolle über die Gesundheitsindustrie verloren haben. Auf Dauer haben Gesundheitspolitiker keine Chance, die Wachstumsdynamik des Gesundheitssystems in den Griff zu bekommen. Der medizinisch-industrielle Komplex ist der sozialpolitische Sprengstoff für die Zukunft.

HOFFMANN UND CAMPE

352 Seiten, DM 39,80

WELTNEUHEIT
MADE BY
GRUNDIG

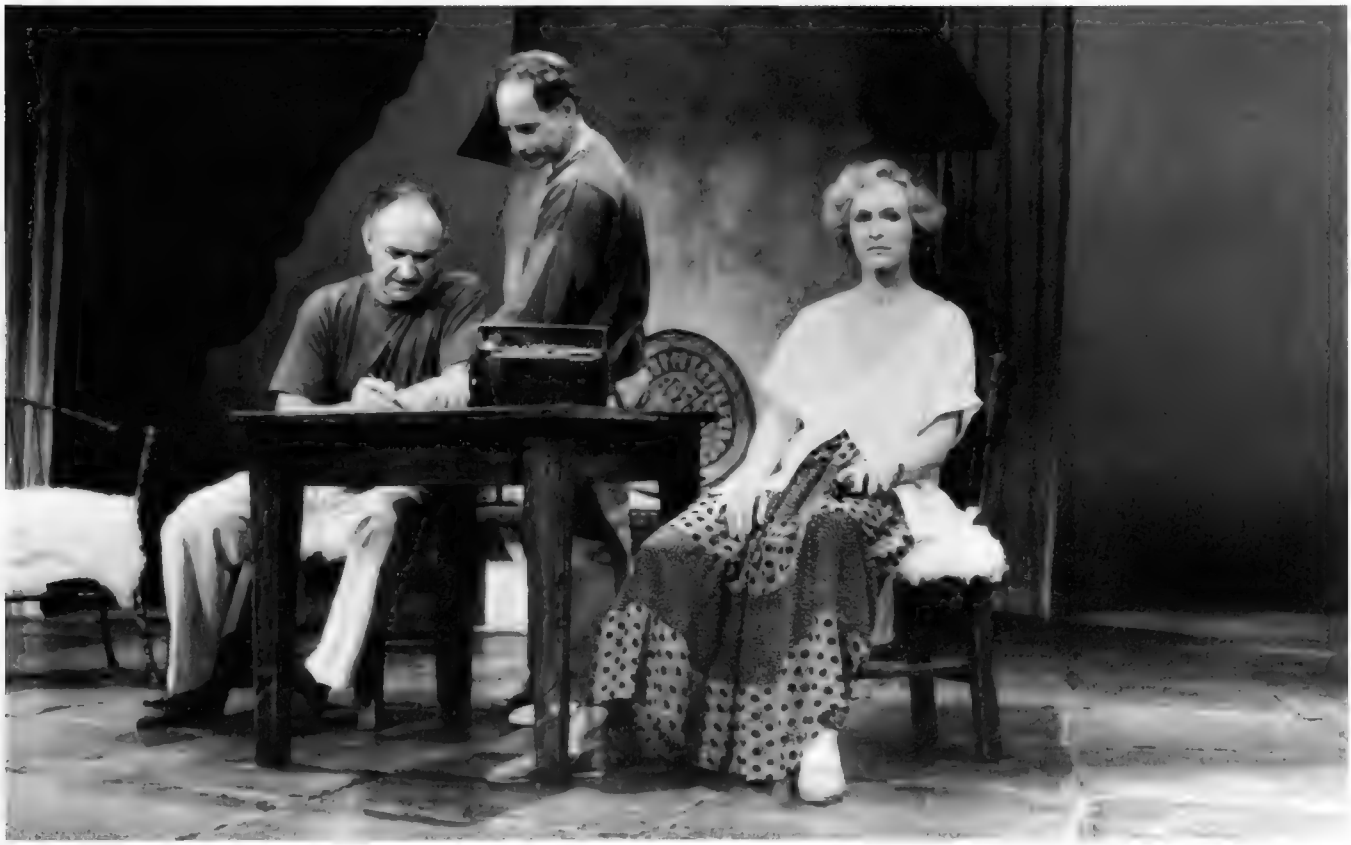
GRUNDIG

Neu. Grundig HiFi-Video-Recorder VS 960 VPT.
Mit dem innovativen
elektronischen Video-Archivsystem.

Durch diesen neuen High End HiFi-Video-Recorder mit TOP-Textprogramming setzt Grundig wieder einmal Maßstäbe in Komfort und Technik.

Nehmen wir nur das integrierte elektronische Archivsystem mit einer Speicherkapazität von bis zu 700 Titeln (erweiterbar auf 1400!). Es revolutioniert die Archivierung Ihrer Video-Cassetten und findet auf Stichwort jeden Film. Einfach und übersichtlich am Bildschirm Ihres Fernsehers. Oder die vielfältigen Möglichkeiten kreativer Video-Nachbearbeitung mit versenkbarem Jog Shuttle und integriertem Ton-Mischpult. Dazu die aufwendige 4+2+1-Kopftechnik mit rotierendem Löschkopf, der u.a. präzisen Insertschnitt garantiert.

Alles in allem Perfektion, die Sie begeistern wird. Informieren Sie sich im Fachgeschäft. Auch über die interessante Alternative des Leasings.



Dorfmans „Der Tod und das Mädchen" in New York*: Was ist ein erpreßtes Geständnis wert?

Theater

Das Lied des Monsters

Drei Weltstars proben Vergangenheitsbewältigung am Broadway – in Ariel Dorfmans Stück „Der Tod und das Mädchen".

Paulina Salas ist eine Frau mit vernarbter Seele. Vor Jahren wurde Paulina zerbrochen, als sie auf offener Straße von der Soldateska der Junta gekidnappt und verschleppt wurde, gedemütigt und vergewaltigt. Doch nun blüht das Land im Frühling der Demokratie. Nun sollen Henker und Opfer friedlich nebeneinander leben. Und Paulina Salas versucht, zur Normalität zurückzufinden. Der Ort: fast überall auf der Welt. Die Zeit: heute.

Überall auf der Welt, so könnte man meinen, hätte die böse Abrechnung des chilenischen Autors Ariel Dorfman mit der diktatorischen Vergangenheit größere Chancen als am Broadway, der Meile der amerikanischen Ohnsorg-Theater. Doch ausgerechnet dort feiert das Stück Triumphe. Denn dort, im Brooks Atkinson Theater, haben Glenn Close, Richard Dreyfuss und Gene Hackman für ein paar Wochen vergessen, daß sie eigentlich Hollywood-Stars sind, und sie tun das, was sie gelernt haben: Theater spielen. Alle drei: keine Stars, sondern Menschendarsteller.

Glenn Close ist Paulina Salas. Sie ist blond und groß und von fiebernder Kraft. Sie liebt ihren Mann Gerardo (Richard Dreyfuss), der zur Welt der Intakten gehört, und sie liebt vor allem das: seine Normalität. Gerardo ist zum Chef einer Regierungskommission ernannt worden, die die Vergangenheit untersuchen soll. Ihr Mann macht Karriere – wie schön. Das Land probiert die Demokratie – wie wundervoll.

Sie liebt ihren Mann wie eine Ertrinkende das rettende Ufer. Denn Paulina ist traumatisiert. Ihren Alltag hat sie mühsam neu erlernt – er ist stets brüchig. Glenn Close entwickelt eine faszinierende neurotische Kraft. Sie setzt jeden Schritt auf der ausgekühlten Bühne, jede Geste, jedes Wort knapp daneben – alles eine Spur zu angestrengt, zu groß. Sie lacht wie eine Frau, die Angst vor ihren Alpträumen hat.

Ihre Alpträume haben keine Gestalt, aber eine Stimme. Die Stimme des „Doktors", der sie damals erniedrigte und mißhandelte. Die Stimme eines Folterers, der klassische Musik liebte und seinen gemarterten Opfern besonders gern Schuberts „Der Tod und das Mädchen" vorspielte.

In dieser Nacht hört sie die Stimme wieder, hört sie Schuberts grausam vertraute Musik, das Lied des Monsters.

In dieser Nacht nämlich hat ihr Mann einen späten Gast. Der hatte ihm bei einer Autopanne geholfen. Nun läßt er sich überreden, im Hause Gerardos zu übernachten. Gene Hackman ist dieser Roberto Miranda, ein sympathischer, massiger Bursche mit gutmütigem Gesicht. Von ihrem Zimmer aus hört Paulina nur seine Stimme.

In dieser Nacht huscht ein dunkler Schatten über die Bühne. Ein dumpfer Schlag. Paulina schleppt ihr Opfer ins Wohnzimmer, fesselt ihn und wartet neben ihm, einen Revolver im Schoß, im dämmernden Morgen auf den neuen Tag – den Gerichtstag.

Sie ist entschlossen. Sie ist kalt. Bedenkenlos richtet sie den Revolver auf ihren Mann, der dem Gast helfen will. Sie hat keine Indizien als: die Stimme. Und den Geruch, den sie wahrnahm, als sie vor ihrem Opfer niederkniete, um es zu fesseln.

Mit ihrem entsetzten Mann feilscht sie um den Kopf Mirandas: Wenn du mich liebst – laß mich ihn töten. Wenn du möchtest, daß das Scheusal lebt, gib mir sein Geständnis. Aber was ist ein erpreßtes Geständnis wert? Ihr Mann ist seit 24 Stunden Vorsitzender einer Untersuchungskommission, ist verantwortlich für faire Spielregeln, für Demokratie. Diktaturen töten, um sich die Macht

* Mit Gene Hackman, Richard Dreyfuss, Glenn Close.

Ab sofort können Sie farbig

kopieren

mit Ihrem PC natürlich farbig

drucken

und nach Herzenslust mehrfarbig

scannen

mit nur einem System

Der neue CLC 10: die nach allen Seiten offene Farblösung.

Für den Menschen ist Farbe eines der natürlichsten Ordnungskriterien. Jetzt kann sie in jedem Büro zur Selbstverständlichkeit werden. In gewohnter CLC-Qualität - jetzt mit dem neuen CLC 10. Der kopiert, kreiert und konzentriert mit 512 Tintendüsen etwa 100.000 Farbpunkte auf jeden Quadratzentimeter Papier, Folie oder Postkarte. Ebenso stark sind seine Druckerfähigkeiten. So können Sie schon jetzt mit dem CLC 10 aus Hunderten von gängigen Softwareprogrammen vollfarbig drucken und ihnen über den bordeigenen Scanner neuen "Farbstoff" zufügen. Wir sind sicher, daß dann niemand Ihrer Farbpräsentation etwas zuzufügen hat. Weitere Informationen auf Anfrage.

Canon Deutschland GmbH
Hellersbergstraße 2-4, 4040 Neuss 1
Telefon: 0 21 31/1 25-0, Telefax: 0 21 31/12 52 55

Canon

MAN VERSTEHT SICH BESSER

Hein Gericke
CLASSICS

Kalb Nubukleder 1.290,–

Klassiker – sonst nichts

Jacken aus Elch-, Rentier- und Hirschleder. Pullover aus 4-fädigem Cashmere. Gürtel aus Pferdeleder mit echten Silberschließen. Klassische Schuhe, rahmengenäht. Werte jenseits von Mode. Direktverkauf/Versand: Düsseldorf, Hammer Str. 17, Tel. 0211/395081, Fax 396184, Hamburg, Neuer Wall 7, Tel. 040/354867, Fax 341126. Katalog kommt kostenlos.

ANDERS+KERN
AV-Kommunikations-Systeme

Nicht nur für Manager: "Management by A+K Overhead Projektor" - es den anderen mal richtig zeigen.

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial:

Name Firma

Ort Straße

SP 16 por

AV-Kommunikation Anders+Kern
Postfach 51 48, W-2000 Norderstedt
Fax 040 / 529 25 60

Überzeugend präsentieren. A+K

zu erhalten. Demokratien sind unblutig. Sie erfordern mehr Wachsamkeit. Und gleichzeitig, das zeigt Richard Dreyfuss, auch Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern und ihren Rachebedürfnissen. Dreyfuss – eine ehrliche Haut. Aber an diesem Tag kümmert sich Paulina Salas einen Dreck um Demokratie oder Ratio. Sie klagt ihr archaisches Recht ein. Ihre Therapie: Miranda soll leiden, wie sie gelitten hat.

In der Londoner Aufführung des Stückes wurde mit Roberto Miranda kurzer, politischer Prozeß gemacht. Er war schuldig. Punkt. Auch die Wiener Aufführung war sich sicher, daß Miranda tatsächlich der Schreckensdoktor ist. Am Broadway hat Gene Hackman eine intelligente Entscheidung getroffen: Er zeigt einen Kerl, der wütend ist und entsetzt über eine offensichtlich Verrückte – er zeigt einen Unschuldigen. „Nur dann macht das Stück einen Sinn", sagte er während der Proben. Glenn Close konnte darauf nur lachen: „Er ist natürlich schuldig. Ich kenne seine Stimme, seinen Geruch. Und das kann eine Frau nicht vergessen."

Diese Energien kreuzen sich, sie werden lebendig auf der Bühne, und dem Politthriller wird eine neue Dimension hinzugewonnen: die eines Dramas über sexuelle Gewalt, eines Dramas auch über die Liebe und ihre Wunden. Und unversehens sitzt der Zuschauer auf der Geschworenenbank. War er's, war er's nicht? Was ist die Unschuldsbeteuerung eines Mannes wert, der einer Vergewaltigung angeklagt wurde? Was ist die Erinnerung einer traumatisierten Frau wert? Ist die Stimme ein Indiz? Können Erinnerungen täuschen?

Der Broadway-Zuschauer sitzt im Brooks Atkinson Theater so, wie er in den Wochen und Monaten zuvor vor dem Fernseher saß, als gegen Clarence Thomas wegen sexueller Belästigung verhandelt wurde, und gegen William Kennedy Smith und Mike Tyson wegen Vergewaltigung.

Diesen Kontaktpunkt sucht Regisseur Mike Nichols. Er öffnet das Stück für ein Publikum, dem der Sturz von Diktaturen in Lateinamerika, Europa, Asien weniger erfahrbar ist. Nichols, Regisseur der klassischen Kino-Ehe-Schlacht „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?", zielt vielleicht flach, um das Broadway-Publikum zu gewinnen – aber er trifft tief. Er zeigt, daß auch politische Gewalt in allererster Linie ein persönliches Drama ist. „Man kann Politik im Theater nicht darstellen", sagt er, „aber man kann Menschen zeigen."

Diktaturen, das demonstrieren Glenn Close und Gene Hackman und Richard Dreyfuss, werfen lange Schatten. Sie manipulieren, sie vergiften weiter, auch wenn sie zerfallen sind. Wie können Täter und Opfer nebeneinander leben? Wie kann gesühnt werden? Als sich Paulina Salas erinnert, verdämmern die Bühnenlichter im Brooks Atkinson Theater, bis nur noch ein einzelner Scheinwerfer auf Glenn Close ruht, auf ihrem Gesicht, ihrem Mund, der stokkend von den Grausamkeiten des Doktors erzählt: eine Frau, die sich an die Abscheulichkeiten, die ihr widerfahren sind, herantastet wie an eine frisch aufgebrochene Wunde – es sind Geständnisse, die sie sich selber ablegt im Tunnel der Vergangenheit, denn auch Opfer müssen Verdrängungen durchbrechen, müssen sich gestehen, daß ihnen Unrecht widerfahren ist, daß sie ohnmächtig waren.

Und dort unten, dort hinten in der Vergangenheit werden die Geständnisse weitergeführt, denn der Spot wandert auf das Gesicht Roberto Mirandas. Gene Hackman versucht, sich zu erklären, wie aus einem kultivierten Musikliebhaber und Arzt ein Henker werden konnte. Er spricht über die Scham, die der Faszination weicht, absolute Macht über seine Opfer zu haben, und er spricht über den fast unauffälligen Weg, den einer beschreitet, der vom Biedermann zum Monster wird.

Während seines Geständnisses werden die Bühnenlichter allmählich wieder hochgezogen. Hier, zurück im Tages-Bewußtsein, im hellen Landhaus von Paulina und Gerardo, unterzeichnet Miranda ein Protokoll. Denn das war die Abmachung: Ein Geständnis, dann ist er frei. Doch Paulina ist in ihre eigene Falle gerannt: Was ist ein erpreßtes Geständnis wert? Hat Miranda bereut? Oder hat er das Geständnis nur erfunden, um seinen Kopf zu retten? Sie legt auf Miranda an.

Mike Nichols erlöst den Zuschauer nicht. Im Schlußbild zeigt er Paulina und Gerardo in einem Konzertsaal. Auf dem Programm steht Schuberts „Der Tod und das Mädchen". Ein verspäteter Konzertbesucher nimmt in der Reihe neben ihnen Platz. Als die ersten Takte erklingen, drehen Paulina und der Fremde die Köpfe zueinander. Er sieht aus wie Miranda. Ein Spuk der Vergangenheit? Eine Verwechslung? Eine Versöhnung?

Alle drei werden in diesem Bild hundertfach gespiegelt. Mike Nichols sagt: Die Geschichte von Paulina Salas und Gerardo Escobar und Roberto Miranda spielt nicht nur in Chile. Sie trägt sich nahezu überall auf der Welt zu. Jetzt.

Ariel Dorfmans Stück über die Bewältigung einer kaum zu bewältigenden Vergangenheit wird demnächst von Roman Polanski verfilmt und ist bereits in über 20 Länder verkauft – nach Litauen, nach Korea, in die Türkei. Und nach Deutschland, wo es in Hamburg und in München auf die Bühne kommt.

Matthias Matussek

Wenn die Milch den Kaffee küßt, kommt Leben in die Tasse.

Milch verfeinert den Geschmack und ist gut für Ihr Wohlergehen. Denn Milch harmonisiert die Wirkung des Coffeins. Kaffee mit Milch belebt und ist zugleich bekömmlicher.

Die Milch macht's.

CMA

2 D SP 16 Gefördert durch die EG-Kommission

Philosophie

Gift für den Geist

Vier Cambridger Professoren wollen dem Philosophen Jacques Derrida den Ehrendoktor verweigern. Sie arbeiten an einem kritischen Dossier über den Pariser Denker.

Das Timing stimmte. Niemand an der ehrwürdigen Universität Cambridge hatte auf der Magister-Entlassungsfeier kurz nach Ferienbeginn einen Eklat erwartet.

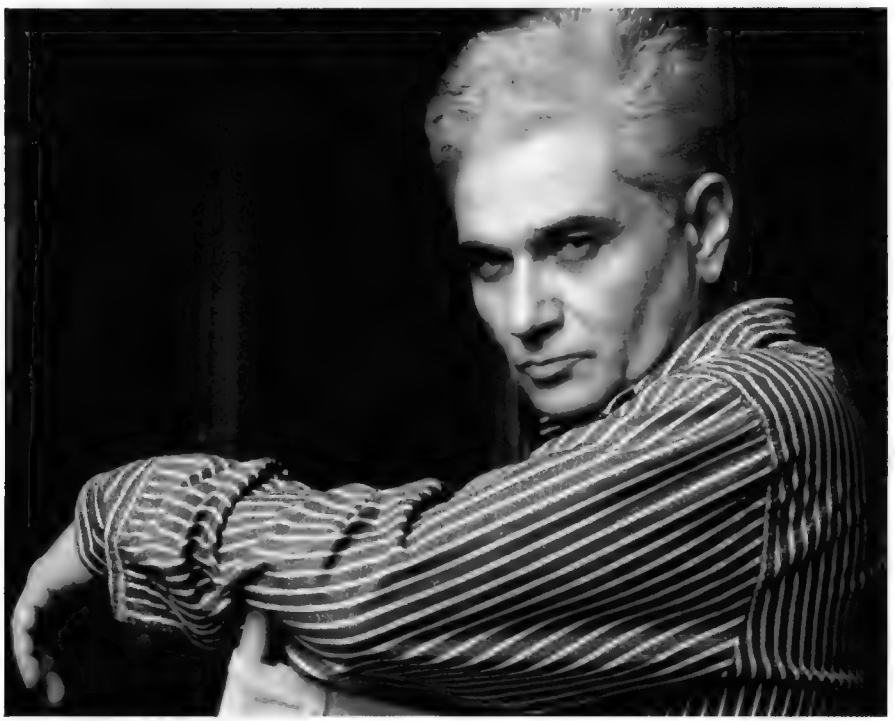
Als dann aber während des steifen Rituals im Senate House die Liste der Ehrendoktor-Kandidaten auf lateinisch zur Billigung verlesen wurde, erhoben sich bei einem Namen plötzlich vier Dozenten von den Bänken und riefen energisch: „non placet" – „es paßt mir nicht".

Der spektakuläre Protest, nach 29 Jahren der erste, richtet sich gegen die Nominierung eines Mannes, der längst ein internationaler Star ist: Jacques Derrida, 62, Philosoph aus Paris und seit einem Vierteljahrhundert bekannt für seine provozierenden Angriffe auf die Grundlagen aller Wissenschaft.

Deutendes Verstehen, von seinen Kollegen in Philosophie und Literaturkritik bisweilen „Rekonstruktion" genannt, reicht ihm nicht: Mit seiner „Dekonstruktion" stellt Derrida alle Hoffnung auf simple Verständlichkeit in Frage.

Er erklärt philosophische Texte ebenso wie Werke der Kunst und Dichtung, sogar die eigenen Bücher, zu ewig widersprüchlichen Zeichenwelten und will so jede Art von Sinnsuche als illusorisches Spiel von Sprache und Schrift entlarven – in einem bewußt rätselhaften Stil, der von Wortbildern selbst nur so wuchert. Zur ursprünglichen Bedeutung der Zeichen gelange keiner zurück – vielleicht gebe es sie gar nicht. Einziger Ausweg: weiterlesen.

Die radikale Unbestimmtheitslehre des marktgerechten Außenseiters, der bei Philosophen als Belletrist und bei Literaturkundlern als tiefer Denker auftritt, fasziniert bis heute vor allem US-Forscher. Viele englische Dons indes halten Derridas Gedanken für Anarchie, fürchten gar, daß ihre pädagogischen Bemühungen durch dessen postmoderne Bubenstücke um den Erfolg gebracht werden könnten.



Philosoph Derrida: „Wie ein Computervirus"

„Puren Nihilismus" erblickt Ästhetik-Professor Roger Scruton aus London in den Ideen des Pariser Denkers. Dekonstruktion setze einfach „die gesamte Zivilisation in Gänsefüßchen". Weit verbreitet, so seine Philosophie-Kollegin Sarah Richmond, sei bei britischen Akademikern die Meinung, Derridas Ideen bedeuteten „Gift für den Geist junger Leute". „In den Geisteswissenschaften", so der *Observer*, agiere der Dekonstrukteur „wie ein Computervirus".

Derridas Verunsicherungsprogramm sei keine strenge Wissenschaft, erklärt nun auch einer der vier Rebellen von Cambridge, Henry Erskine-Hill, Literaturwissenschaftler am Pembroke College: „Vielleicht ist Derrida nur seines Ruhms wegen berühmt." Philosophie-Professor Hugh Mellor hat die Theorien des Meisterdenkers bereits als „äußerst dumm" eingestuft. Mit ihren Verbündeten, zwei emeritierten Englisch-Professoren, arbeiten Erskine-Hill und Mellor mittlerweile an einem Dossier, das die Zweifel an der „akademischen Glaubwürdigkeit" des Störenfrieds begründen soll.

Es geht also ums Prinzip – wieder einmal. Spätestens seit Sartre gelten intellektuelle Moden aus Paris im verschulten Uni-System des Vereinigten Königreichs vorderhand als zersetzender Unsinn.

Vor allem die Philosophen, seit Kriegsende mehrheitlich der nüchternen Sprachanalyse verpflichtet, haben sich bis heute erfolgreich dagegen gewehrt, daß neuere Denk-Tendenzen an Boden gewinnen. Nur wenige wie der Oxforder Anglist John Carey halten den Protest für absurd: Derridas weltweite Wirkung sei schließlich längst ein Faktum.

Sicher ist: Weigerte Cambridge sich, Derrida zu würdigen, der bei Kennern schon längst zur historischen Figur avanciert ist und dessen Ruhm in Frankreich inzwischen eher abflaut, dann hätte die „splendid isolation" der britischen Sachlichkeitsverfechter, ihre hartnäckige Absetzung von der „continental philosophy", einen neuen Höhepunkt erreicht.

Noch aber ist es nicht soweit. Am 16. Mai, nur das haben die vier bisher mit ihrem Einspruch erreicht, dürfen alle knapp 3000 Lehrer der Universität – vorausgesetzt, sie erscheinen persönlich und im schwarzen Talar – über Derridas Nominierung abstimmen. Dann wird die einfache Mehrheit entscheiden, ob der alternde Pariser Guru britischer Ehren teilhaftig wird oder nicht.

Zum Ausgang der Wahl riskiert niemand Prognosen. Zu gut ist noch in Erinnerung, wie bei ähnlicher Gelegenheit 1985 – entgegen vielen Voraussagen – Margaret Thatcher in Oxford die nötige Mehrheit verfehlte.

Derrida selbst, den Cambridges Vizekanzler Williams im September um sein Einverständnis gefragt und auch schon für kommenden Juni eingeladen hatte, lehnt jeden bewertenden Kommentar ab. Für ihn ist die Angelegenheit „ein kleiner englischer Skandal", er habe so etwas schon mehrfach erlebt. Der Streit um den Wert seiner Leistungen, der von Anfang Mai an in Cambridge mit Handzetteln ausgetragen werden wird, sei Sache der Universität.

Sollten die gestrengen Professoren ihn wirklich zum Scharlatan erklären: halb so wild. Einen englischen Ehrendoktor besitzt er schon seit 1987 – von der Universität Essex.

Metaxa. Göttlich mild.

Der Nabel der Welt

SPIEGEL-Redakteur Claudius Seidl über die Sängerin und Schauspielerin Cher

Das Leben schreibt noch immer ganz gute Geschichten – doch besser wird es, wenn das Leben abschreibt, fälscht, plagiiert, wenn es sich schamlos bei den schäbigen Filmen und den billigen Büchern bedient.

Über Cherilyn Sarkisian beispielsweise wurde schon so viel geklatscht und kolportiert, daß der Stoff für mehrere Melodramen reicht. Und weil eine Anekdote spannender als die andere klingt und alle Stories einander widersprechen, ist die reine Wahrheit kaum noch zu ermitteln.

Sie sei ein Biest und eine Zicke, sagen viele; sie habe ihren ersten Ehemann Sonny Bono in die Bedeutungslosigkeit gedrängt und den zweiten, Gregg Allman, in die künstlerische Krise getrieben. Und wenn ein Drehtag mit ihr beendet sei, dann taumelten ihre Regisseure meist am Rande des Nervenzusammenbruchs. „Ich bin wirklich schwierig", meint hierzu die Künstlerin.

Sie sei eine Göttin, sagen andere, eine Diva wie Greta Garbo und Marilyn Monroe, und was zwischen ihr und den Kameras passiere, sei mit irdischen Gesetzen allein nicht zu erklären: Das Licht verliebe sich in sie, die Emulsion des Films erliege ihrer Faszination, die Leinwand leuchte wie verzaubert. Und jenes Tourneeplakat, das ihren nackten Hintern zeigt und zur Zeit in allen großen Städten hängt, habe eindeutig magische Wirkung – zumindest auf die Männer.

Sie sei eine Feministin, sagt manche Feministin, sie habe sich getraut, was vor ihr kein Showgirl wagte: Sie diktiere den Mächtigen der Film- und Plattenindustrie ihre eigenen Bedingungen. Sie suche sich kühl und eigensinnig die Liebhaber aus und bevorzuge, was früher den Männern vorbehalten war, die jüngeren und frischeren Jahrgänge. Sie sei mutig genug, den Fernsehmoderator David Letterman, den Helden aller Intellektuellen und Studenten, vor laufenden Kameras als Arschloch zu beschimpfen.

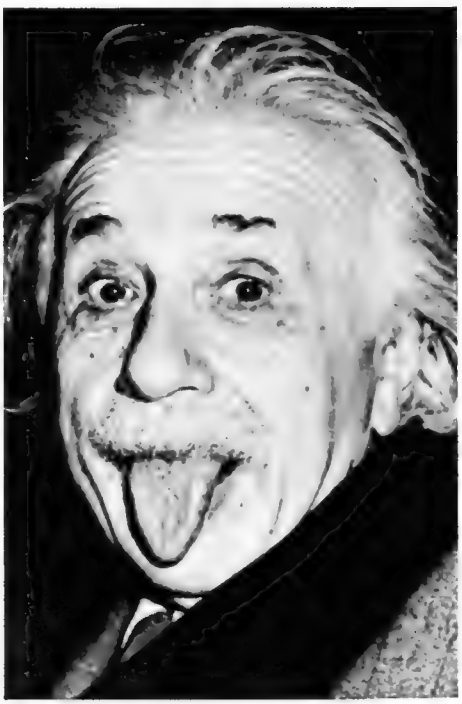
Ob all das erfunden ist, ob es stimmt oder auch nur stimmig ist – das spielt im Grunde keine Rolle. Zwischen all den Geschichten und Gerüchten verschwindet die wahre Person, und ein Mythos wird geboren: Eine Frau wie Cher braucht keine Biographie, eine Frau wie sie braucht eine Legende.

Cher weiß das, und sie arbeitet eifrig daran: Es stimme durchaus nicht, daß sie sich zum Zwecke der Verschönerung ein paar Rippen habe herausschneiden lassen, erzählt sie jedem Interviewer – aber immerhin sei das ihr eigener Körper, und wenn sie eines Tages Lust bekomme, die Brüste auf dem Rücken zu tragen, dann werde sie sich eben operieren lassen.

Es sei weiterhin falsch, daß sie im New Yorker Nachtleben auf Männerfang gehe, daß sie sich blutjunge Bur-

Gesamtkunstwerk Cher: „Glatt und geschlossen wie ein schöner glänzender Gegenstand"

Hätten Sie den jungen Einstein als Lehrling genommen?



Bekanntlich waren die Schulnoten Einsteins alles andere als befriedigend. Auch viele andere berühmte Beispiele - von Richard Wagner bis Robert Bosch und Thomas Mann - beweisen, daß die Schulleistung und die Lebensleistung oft nichts miteinander zu tun haben. Diese Tatsache sollten Sie bei der Einstellung von Lehrlingen bedenken. Geben Sie auch schwächeren Schulabgängern eine Chance, vertrauen Sie auf die Leistungsbereitschaft von ausländischen Jugendlichen oder von Körperbehinderten.

Daß das Angebot an Lehrstellenbewerbern so gering ist, liegt vor allem an der niedrigen Geburtenrate in den siebziger Jahren. Darum müssen Sie sich heute marktwirtschaftlich verhalten: Bieten Sie überzeugende Ausbildungskonzepte, laden Sie ein zu Schnupperlehre, Ferienjobs und Betriebsführungen. Und vor allem: Stellen Sie heraus, was Ihr Ausbildungsangebot besonders attraktiv macht. Bei allen Ihren Bemühungen unterstützt Sie gerne die Berufsberatung im Arbeitsamt. Rufen Sie an und bleiben Sie in ständigem Kontakt.

Ihr Arbeitsamt

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält: Marlboro Lights 0,4 mg Nikotin und 5 mg Kondensat (Teer), Marlboro Lights 100's 0,6 mg N und 7 mg K (Durchschnittswerte nach DIN)

schen aus der Menge suche und dann ihren Lakaien befehle: „Laßt ihn waschen und bringt ihn in mein Zelt!“ Aber sie formuliert dieses Dementi mit so viel Freude am Detail, daß es kaum noch wie ein Dementi klingt.

Und wenn sie glaubt, sie müsse wieder einmal was fürs Image tun, dann stellt sie sich allein auf die Bühne eines ausverkauften Konzertsaals und sorgt schon beim Begrüßen für die Erregung öffentlicher Erregung: „Mein Name ist Cher. Ich bin 45 Jahre alt und habe seit 18 Monaten keinen Mann mehr gehabt.“

Das alles hat mit Klatsch sehr viel und mit der Kunst eher wenig zu tun – doch wenn jener Imperativ der Moderne, wonach ein Kunstwerk die Grenzen sprengen müsse, überhaupt etwas taugt, dann ist Cher eine sehr bedeutende Künstlerin: Sie reißt, laut und heftig, alle Schamgrenzen nieder.

Selbstdarstellerin Cher: Öffentliche Erregung

Was aber ist die Kunst, die Cher beherrscht? Ihre Stimme klingt dunkel und selbstbewußt – doch schwarze Kolleginnen wie Diana Ross oder Aretha Franklin haben im linken Lungenflügel mehr Volumen als Cher in ihrer ganzen Brust.

Sie hat in ein paar guten und ein paar mittelmäßigen Filmen gespielt, und für „Mondsüchtig“ wurde sie mit einem Oscar belohnt – doch ihre Ausdrucksmittel sind beschränkt, und mit der Schauspielkunst von Kolleginnen wie Meryl Streep und Kathleen Turner kann Cher nicht konkurrieren.

Sie ist die Virtuosin eines anderen Genres, sie arbeitet als Autorin, Interpretin und Regisseurin an einem Kunstwerk der besonderen Art: dem Gesamtkunstwerk Cher. Folglich kommt es nicht so sehr darauf an, was sie tut oder kann – es zählt vor allem das, was sie ist. Und wenngleich das Wort durch übermäßigen und ungenauen Gebrauch ziemlich verschlissen ist, gibt es doch kein besseres: Die Lady ist ein Star, einer der letzten, einer der größten. Sie steht im Zentrum einer eigenen Welt, die von ihrer Anziehungskraft zusammengehalten und von ihrem Glamour beleuchtet wird. Très cher.

Als alles anfing, stand sie eher am Rand, und ihr Name, das four letter word, war bloß Teil eines längeren Markenartikels: Beim kalifornischen Pop-Duo Sonny and Cher herrschte strikte Arbeitsteilung, und obwohl die beiden sich als milde Hippies gaben, spielte Sonny Bono den Boß, und Cher, seine Gattin, folgte ihm. Sie sangen einfache Lieder über so einfache Dinge wie: „All I Ever Need Is You.“ Und Cher hatte schon damals diesen coolen Ton, der im warmen Los Angeles besonders gut klingt. Daß die beiden niemals ganz groß wurden, lag vermutlich an Sonny, der künstlerisch nur ein Softie war.

In den siebziger Jahren hatten die beiden keine Zukunft mehr; Cher merkte das und ließ sich scheiden. Sie bekam eine eigene Fernsehshow, entdeckte bald ihren Hang zum Exhibitionismus und überraschte ihre Fans mit immer neuen, immer gewagteren Kostümen. Schon damals vermutete sie den Nabel der Welt auf ihrem eigenen Bauch – doch fürs US-Publikum war sie bloß ein Bimbo. Eine deutsche Entsprechung dafür gibt es nicht, der Begriff konzentriert in zwei Silben jene traurige Erfahrung, daß die Grenze zwischen der Schönheit und der Mißgeburt unbestimmt ist – und manchmal so dünn wie die Nadelstiche eines Schönheitschirurgen.

Sie ging nach Las Vegas, was sie zwar künstlerisch nicht weiterbrachte, aber für die Kondition ein gutes Training war. Sie gaukelte den Touristen jene Illusion von Erotik und Verruchtheit vor, für welche die ihren Eintritt zahlten. Sie verdiente 350 000 Dollar in einer Woche und wurde doch nicht glücklich davon. Und als die Siebziger zu Ende gingen, da entdeckte sie, daß sie sich noch zu jung fühlte für ein Leben im Stil von Greisen wie Frank Sinatra, Dean Martin oder Sammy Davis junior.

Sie nahm eine Gehaltskürzung von 349 000 Dollar hin und beschloß, nach New York zu ziehen, um endlich eine Karriere als Schauspielerin zu wagen.

Sie fiel in „Silkwood“ nicht unangenehm auf und spielte in „Maske“ manierlich. Sie war in den „Hexen von Eastwick“ ganz zauberhaft und rettete „Suspect“ vor der Durchschnittlichkeit. Aber erst in „Mondsüchtig“ verschmol-

REWE-Warenkunde, 116. Folge.

EI, WO KOMMST DU DENN HER?

REWE-Zentral AG, Domstraße 20, 5000 Köln 1.

Ach du dickes Ei, sprach das Huhn, als es hörte, daß wir es auf einen jährlichen Eierverbrauch von rund 250 Stück pro Person bringen.

Und dabei hat nicht jedes Ei das Zeug zum Frühstücksei. Es muß schon ausgezeichnet sein: Güteklasse A. Durchleuchtet, kontrolliert frisch, sauber und nicht haltbar gemacht, mit angegebener Gewichtsklasse und vorschriftsmäßig aufgedrucktem Abpackzeitraum oder Verpackungsdatum.

Aber das ist nicht alles. Immer öfter ist nicht nur das Ei entscheidend, sondern auch das Huhn und die Art der Hühnerhaltung. Ist keine auf der Packung vermerkt, kommt das Ei von einem Käfighuhn, das auf einer ziemlich kleinen Fläche lebt. Bei der Volierenhaltung hat das Huhn schon etwas mehr Platz, und bei der Bodenhaltung darf es sich frei bewegen und die Eier ins Nest legen – innerhalb eines Stalles, in dem nicht mehr als 7 Tiere pro m^2 erlaubt sind. Raus an die Luft geht es bei der intensiven Auslaufhaltung, bei der sich das Huhn tagsüber draußen die Beine vertreten kann. Noch artgerechter ist dann die Freilandhaltung. Da hat das Huhn wenig Streß und jedes Tier mindestens 10 m^2 Auslauffläche für viel Bewegung.

Doch wie das Huhn auch lebt: Dem Ei ist es egal, wo es herkommt. Das eine schmeckt nicht anders als das andere. Und die paar Keime mehr, die sich auf seiner Schale tummeln, weil es aus dem Nest und nicht vom Fließband unter dem Käfig kommt, ziehen beim Kochen den kürzeren.

So ist das goldene Ei hier wohl eher eine Frage der eigenen Haltung. Und wenn die noch nicht ganz sicher ist, dann fragen Sie ruhig Ihren REWE-Kaufmann. Für den ist das Thema kein Eiertanz.

REWE

Wir kaufen gut ein, damit Sie gut einkaufen.
Die REWE und ihre Kaufleute.

REWE · R-KAUF · HL-MARKT
GROKA · STÜSSGEN · GLOBUS · PETZ · BRÜCKEN
MINIMAL · KONTRA

Bernard & Graefe-Bücherbörse

☐ Gellermann, **Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung.** 215 S. DM 29,80
☐ Gellermann, **Der Krieg, der nicht stattfand.** Chemische Kampfstoffe im 2. WK. 264 S. DM 29,80
☐ Gellermann, **Moskau ruft Heeresgruppe Mitte...** Die Einsätze des geheimen Kampfgeschwaders 200 im Zweiten Weltkrieg. 326 S. DM 48,--
☐ Gellermann, **...und lauschten für Hitler.** Geheime Reichssache und Abhörzentralen! 332 S. DM 48,--
☐ Gosztony, **Stalins fremde Heere.** 323 S. DM 58,--
☐ Hubatsch (Hg.), **Hitlers Weisungen für die Kriegführung.** 2. Auflage. 332 S. DM 29,80
☐ v. Manstein, **Verlorene Siege.** 664 S. DM 48,--
☐ Schlauch, **Rüstungshilfe der USA 1939–1945.** 2. Auflage. 176 S. DM 9,80
☐ Unruh, **Langemarck.** 216 S. DM 19,80
☐ **Jahrbuch der Wehrtechnik.** 192 S. DM 39,80
☐ Kozaczuk, **Geheimoperation Wicher.** Polen knacken Funkschlüssel. 381 S. DM 58,--
☐ **Kriegstagebuch des OKW 1940–1945.** (4 Bände + Nachtr.) 6832 S. Kpl. Halbleder. DM 1.100,--
☐ Nuhn, **Sturm über Südwest.** Deutsche Vergangenheit in Namibia. 396 S. DM 48,--
☐ Rabert, **Terrorismus in Deutschland.** 258 S. (z.B. Bekennerbriefe). DM 29,80
☐ **Sammelmappe „Alte Uniformen".** Farbreproduktionen 18/19. Jh. 24 Blätter. DM 38,--
☐ Seidler, **Die Organisation Todt.** Bauen für Staat und Wehrmacht. 332 S. DM 58,--
☐ **Tanks of the World.** Vorstellung aller Panzer der Welt. In englisch. 863 S. DM 98,--
☐ **Unruhige Welt.** Konflikt- und Kriegsursachen seit 1945. 208 S. DM 24,80
☐ Wolf, **Der Golfkrieg.** 136 S. DM 28,80
☐ Anspach/Walitschek, **Die Bw als Auftraggeber.** 2., überarbeitete Auflage. 579 S. DM 140,--
☐ **Handbuch der Bw und der Verteidigungsindustrie.** 8. Ausgabe. 598 S. DM 78,--
☐ Klein/Witzel, **Das Recht der öffentlichen Auftragsvergabe.** 480 S. DM 98,--
☐ Neumann, **Stadt und Festung Jülich auf bildlichen Darstellungen.** 860 S. DM 198,--
☐ Hahn, **Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933–1945.** Sonderausgabe. 552 S. DM 78,--
☐ Balke, **Der Luftkrieg in Europa.** (Kampfgeschwader 2) 2 Bände. Kpl. 1067 S. DM 128,--
☐ Besser, **Technik und Geschichte der Hubschrauber.** Sonderausgabe. 310 S. DM 58,--
☐ Wagner, **Kurt Tank – Konstrukteur und Testpilot bei Focke-Wulf.** 2. Auflage. 272 S. DM 78,--
☐ v. Gersdorff/Grasmann, **Flugmotoren und Strahltriebwerke.** 2. Auflage. 360 S. DM 68,--
☐ Kosin, **Die Entwicklung der deutschen Jagdflugzeuge.** 2. Auflage. 243 S. DM 78,--
☐ Trenkle, **Bordfunkgeräte – Vom Funkensender zum Bordradar.** 263 S. DM 68,--
☐ Lange, **Typenhandbuch der deutschen Luftfahrttechnik.** 413 S. DM 88,--
☐ Wagner, **Die ersten Strahlflugzeuge der Welt.** Deutsche Luftfahrtgeschichte. 260 S. DM 78,--
☐ Wagner, **Der deutsche Luftverkehr – Die Pionierjahre 1919–1925.** 320 S. DM 78,--
☐ v. Gersdorff, **Ludwig Bölkow und sein Werk – Ottobrunner Innovationen.** 334 S. DM 78,--
☐ Meyer, **Luftschiffe.** Geschichte der deutschen Zeppeline. 172 S. DM 29,80
☐ Pointner, **Mit dem Raumgleiter ins 21. Jahrhundert.** 184 S. DM 39,80
☐ Schütt, **Heeresflieger.** Die Heeresfliegertruppe der Bundeswehr. 232 S. DM 39,80
☐ Stewart, **Flugkatastrophen, die die Welt bewegten.** 256 S. DM 39,80
☐ **Klassiker der Lüfte.** Berühmte Oldtimer 1913–1935. 255 S. Farbfotos. DM 48,--
☐ **Jahrbuch der Marine.** 144 S. DM 39,80
☐ Breyer/Lapp, **Die Volksmarine der DDR.** Entwicklung, Aufgaben und Ausrüstung. 320 S. DM 19,80
☐ Gabler, **Unterseebootbau.** 150 S. DM 58,--
☐ Kirsch, **Die Galeonen.** Große Segelschiffe um 1600. 232 S. DM 48,--
☐ Koop, **Die deutschen Segelschulschiffe.** Reichs-, Kriegs- und Handelsmarine. 148 S. DM 58,--
☐ Koop/Schmolke, **Die Schlachtschiffe der Bismarck-Klasse.** 156 S. DM 58,--
☐ Koop/Schmolke, **Die Schlachtschiffe der Scharnhorst-Klasse.** 176 S. DM 58,--
☐ Koop/Schmolke, **Die Schweren Kreuzer der Admiral Hipper-Klasse.** 244 S. DM 68,--
☐ Neitzel, **Die deutschen Ubootbunker und Bunkerwerften.** 232 S. DM 78,--
☐ Terzibaschitsch, **Seemacht USA.** 852 S. DM 49,80
☐ **Weyers Flottentaschenbuch 1992/93.** Deutsch/Englisch. 900 S. DM 98,--
☐ **Gesamtkatalog** kostenlos

Gewünschte Titel bitte ankreuzen. Preise zuzgl. Vers. u. Verp. Versandkostenfrei ab DM 80,-- Bestellwert. Einsenden an: Bernard & Graefe Verlag, Postfach 14 02 61, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/64 83 0

Bestelladresse:

Datum, Unterschrift

Pop-Duo Sonny and Cher (1965): Einfache Lieder über einfache Dinge

zen jene Bilder, die der Projektor auf die Leinwand warf, mit den Projektionen eines riesigen Publikums – das Kino hat Cher zum Star gemacht.

Der Film erzählte, quasi im Zeitraffertempo, die Geschichte seiner Darstellerin – und er erzählte sie so, daß Millionen Zuschauerinnen darin ihre eigene Sehnsucht verwirklicht fanden: wie eine attraktive Frau sich von der Liebe dazu treiben läßt, ihr Gesicht den Friseusen, den Visagistinnen und Kosmetikerinnen anzuvertrauen. Und wie sie sich dabei in die schönste Frau New Yorks verwandelt.

Diese Schönheit war und ist künstlich – das verlieh der Wandlung ihre Wirkung und Relevanz: Diese Frau bekam ihr Aussehen nicht von der Natur geschenkt, sie hat die Verantwortung dafür selber übernommen. Seitdem ist Chers Gesicht ein Versprechen (und ein Vorbild für Kollegen wie Michael Jackson und Madonna).

Dieses Gesicht taugt nicht mehr als Spiegel der Seele oder als Ausdruck dessen, was in Chers Innerem vorgeht. Es ist Leinwand für die Träume des Publikums und gleichzeitig ein Zeichen von universaler Verständlichkeit: Wo eine ganze Epoche ihr Gesicht offenbart, bleibt wenig Platz für Expressionen von Cherilyn Sarkisian.

Das war auch so bei Greta Garbo und Marilyn Monroe, das war die Tragik dieser beiden Stars: Ein Zeichen altert nicht, eine Projektionsfläche darf keine Falten haben – deshalb verbarg die alternde Garbo ihr Gesicht vor der Welt, und Marilyn Monroe floh vor dem Älterwerden in den Tod. Chers Chancen stehen besser, sie nutzt die Möglichkeiten der plastischen Chirurgie – was für sie nicht bloß ein kosmetisches Problem ist, sondern eine Frage von Leben und Tod.

Und wenn sie ihren fast nackten Körper zeigt, auf Plakaten, auf der Bühne, in ihren Videoclips – dann gibt sie trotzdem nichts preis von sich selbst: Der Striptease, schreibt Roland Barthes in den „Mythen des Alltags", sei keine Entblößung und sende auch keine erotischen Signale aus. Die nackte Frau sei „irreal, glatt und geschlossen wie ein schöner glänzender Gegenstand, der gerade durch seine Extravaganz dem menschlichen Zugriff entzogen ist".

Cher beweist diese These auf künstlerische Art – sie enthüllt ihren Körper so distanziert und fast abstrakt wie ein Maler sein Bild und ein Bildhauer seine Skulptur: Genießen Sie das Gesamtkunstwerk in seiner ganzen Perfektion, und achten Sie auf die sorgfältige Verarbeitung der Details.

Dieses Kunstwerk ist, dem Chirurgen sei Dank, von enormer Haltbarkeit, aber ewig währt es nicht. Cher hat erklärt, sie werde sich immer wieder liften und straffen lassen – doch irgendwann wird auch sie einmal älter werden. Und womöglich kommt eines Tages der Moment, da Cherilyn Sarkisian im Spiegel kein Zeichen oder Symbol mehr entziffern will, sondern nur noch ein paar Spuren von sich selbst entdecken.

Es wird ein grausamer und mörderischer Moment sein – so schrecklich wie jene Seiten in Oscar Wildes Roman, da Dorian Gray jenes Gemälde betrachtet, das an seiner Statt gealtert ist.

Manchmal schreibt das Leben auch bei guten Büchern ab.

Sie sehen Urlaub auf den Spuren der Habsburger.

Fast 700 Jahre haben die Habsburger Österreich – ja, Europa – regiert und ihre Spuren hinterlassen. Folgen Sie diesen auf einer interessanten Reise durch Österreich. So manch verträumtes Schloß, so manch kulturhistorisch wertvolles Denkmal wartet darauf, von Ihnen wiederentdeckt zu werden. Und unzählige Ausstellungen geben Ihnen Einblick in das Leben von anno dazumal. Mehr darüber erfahren Sie bei der Österreich Werbung, Postfach 1231, D-W-8028 Taufkirchen (bei München). Flugverbindungen bei AUSTRIAN AIRLINES

Das Buch zur Reise: „Auf den Spuren der Habsburger", Gerhard Tötschinger, Amalthea-Verlag. Jetzt überall im Buchhandel.

Servus in Österreich

Beithan, Hefßler, Mättig

Damit Sie Exporterlösen nicht plötz-lich bye bye sagen müssen.

Waren und Dienstleistungen „Made in Germany" besitzen am Weltmarkt nach wie vor beste Erfolgsaussichten. Ob Ihr Geschäftspartner nun in Mailand, New York oder Tokio sitzt.

Doch wo sich Chancen bieten, ist das Risiko von Forderungsausfällen nicht weit. Da ist es gut, wenn man einen Export-Experten wie die Allgemeine Kredit an seiner Seite hat. Die Allgemeine Kredit kann auf fast 70 Jahre Erfahrung zurückblicken und besitzt spezielles Know-how in der Absicherung von Exportrisiken. Kompetenz und modernste Informationslogistik machen uns heute zu einem der leistungsfähigsten Kreditversicherer Europas.

Rufen Sie uns an, wenn Sie mehr wissen möchten: Telefon 0130/7739, Allgemeine Kreditversicherung Aktiengesellschaft, Postfach 1209, 6500 Mainz.

Wir zahlen, wenn Ihr Kunde nicht mehr zahlt.

Allgemeine Kredit

Gärtner des Himmels im Frisiersalon

SPIEGEL-Redakteur Jürgen Hohmeyer über den Lichtkünstler James Turrell

Dort im Osten, hinter grauen Wolken, muß er aufragen: Corrig Fada, der mythische Berg der Gegend.

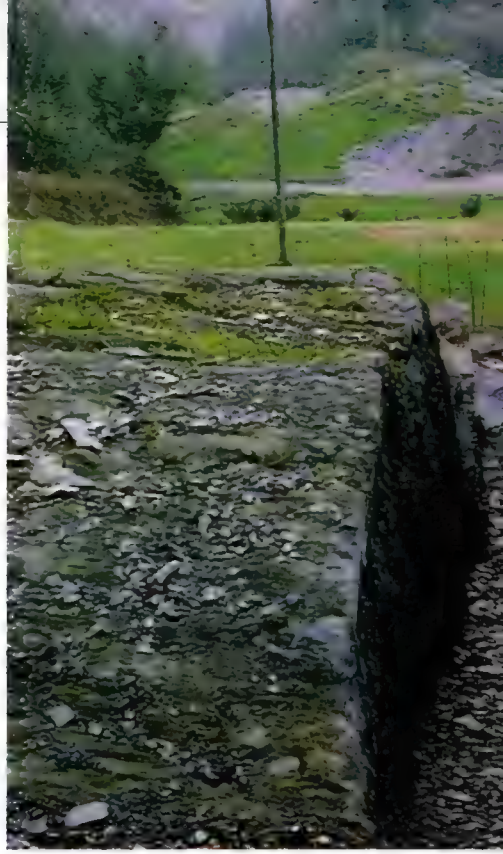
Mit einer zielstrebigen Handbewegung weist der Künstler James Turrell die Richtung und spornt so die Phantasie des Besuchers an. Der soll sich schließlich vorstellen können, etwa in dreieinhalb Jahren hier, an der feuchten, zugigen Südwestecke von Irland, in einem zylindrisch ausbetonierten Höhlenraum auf erhöhtem Steinsitz zu thronen. Er wird durch das Tür-Rechteck nach draußen blicken, und wie in einem exakt zugerichteten Rahmen wird ihm am Horizont die rund 15 Kilometer entfernte Bergpyramide erscheinen.

Um Wirklichkeit zu werden, erfordert diese Vision allerdings außer klarem Wetter auch noch gehörig Tief- und Hochbauarbeit. Vorerst ist an der Stelle des künftigen Höhleneingangs nur eine Blickschneise Richtung Corrig Fada in den Schiefer-Felsen gehauen. Provisorische Schotterwege für Bagger und Betonmischer führen in das hügelige Wald- und Wiesengelände mit seinem frühblühenden Ginstergestrüpp hinein. Weiter hangabwärts lichten Gärtner verwilderten Rhododendron aus und bepflanzen Teichufer mit Scilla.

Turrell, der graubärtige Genius loci, der zuerst vor drei Jahren aus Amerika hier eingeschwebt ist, sieht derlei naturnahes Treiben mit Sympathie, doch aus Distanz. Biotope sind nicht sein Thema, und auch Erdskulpturen oder -architekturen im „Land Art"-Stil plant er nur als Mittel zu buchstäblich höheren Zwekken: „I am gardening the sky" – statt des irischen Bodens will er glatt „den Himmel bestellen".

Erstaunliche Himmels-Erscheinungen verspricht Turrell den Pilgern durch seine „The Irish Sky Garden" genannte Kunst-Szenerie. Das Auge wird nicht allein auf prägnante und bedeutende Zielpunkte in der Landschaft gelenkt, sondern – durch Dachöffnungen projektierter Anlagen wie „Krater", „Erdwall" und „Pyramide" – auch direkt nach oben. Aufblick adelt den Menschen. Manche Tierarten, gibt Turrell zu bedenken, sehen nur zu Boden und werden daher vom Adler geholt.

Turrell-Arbeitsplatz Roden Crater in Arizona: „Das Licht bewohnt die Luft"



„Irish Sky Garden"-Gelände bei Skibbereen

An Wegstationen mit unterschiedlicher Blickfeld-Begrenzung sowie mit Lampenlicht, das auf der Netzhaut mit- und nachwirkt, soll man das Firmament einmal als ausgeprägte Kuppel, dann als flache Wölbung und schließlich als Ebene wahrnehmen. Für die Dämmerung stellt der Himmelsgärtner dramatische Farbwechsel in Aussicht, für klare Nächte Eindrücke zwischen makellosem Samtschwarz und einem Übermaß an Sternen.

Da wird der gute Glaube an die Kunst, diese notorische Schneiderwerkstatt für neue Kaiser-Kleidung, auf eine harte Probe gestellt. Aber Turrell, 48, der zu Hause in Kalifornien Wahrnehmungspsychologie studiert hat, weiß, wovon er redet. 1968 nahm er in Los Angeles an einem damals sensationellen Künstler-Forscher-Dialog („Art and Technology") teil. Schon zuvor hatte er begonnen, Räume durch Lichtwirkungen zu verwandeln.

Licht, das ist Turrells Medium, einfach Licht. Wer ihm etwas von „reinem Licht" erzählen will, den weist er herzlich lachend darauf hin, Licht habe es „schwer, unrein zu sein". Die Existenz von „künstlichem Licht" bestreitet er – Licht ist Licht, auf die Wellenlänge kommt es an, ob nun die Sonne glüht oder der Wolframfaden in einer Birne. Doch bei Turrell soll das Licht nicht irgendwelche Gegenstände erhellen und enthüllen: Es selber „ist die Enthüllung".

Aus den Ansätzen, die nun ein Vierteljahrhundert alt sind, ist mittlerweile ein eindrucksvoller, vielfältiger Werkkomplex entstanden. Projektionen gaukeln geometrische Körper im Schwebezustand vor, verdeckte Lichtquellen umge-

Künstler Turrell, Turrell-Entwurf*: „Tiere, die nicht nach oben blicken, werden vom Adler geholt"

ben den Betrachter mit nebelhaftem Schein oder zaubern ihm einen bühnenartigen „Empfindungsraum" („sensing space") vor Augen. Wandschlitze stellen die Kommunikation zwischen Innen und Außen her, Deckenöffnungen in Galerieräumen holen ähnlich den Himmel herab, wie das im „Irish Sky Garden" geschehen soll.

Noch größer und aufwendiger als dieses Projekt ist Turrells Vorhaben, einen erloschenen Vulkan in der Wüste von Arizona mit Kammern und Sehschächten zu durchlöchern – den nach einer Farmerfamilie der Region benannten „Roden Crater". In dessen Nähe, im Ort Flagstaff, hat der unerschrockene Pläneschmied seinen Hauptwohnsitz.

Mit seinen weithin körperlosen Künsten war Turrell lange auf Mäzene und darauf angewiesen, sich als Pilot und Luftfotograf, auch durch Reparatur und Nachbau von Kleinflugzeugen Leben und Betriebskosten zu verdienen. Nun, da seine Lichträume zu Preisen um 150 000 Dollar (ohne Sachkosten) international gefragt sind, hat auch bei deutschen Museen ein später, heftiger Turrell-Boom eingesetzt.

Seit vorigem Jahr zeigt das Frankfurter Museum für Moderne Kunst ein blauwaberndes Interieur namens „Twilight Arch", betitelt nach dem atmosphärischen Schattenspiel, das bei Sonnenuntergang am östlichen Himmel entstehen kann. Das Münchner Lenbachhaus sieht einem Turrell-Werk mit Tageslicht-Beimischung („Side Look") entgegen, das Sprengel-Museum in Hannover bereitet gar eine vierteilige Raumsequenz vor, und soeben hat die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf eine „Graue Dämmerung" montiert und angeknipst. Bei allen Unterschieden zu dem irischen Projekt zeigt doch auch diese Arbeit, wozu Turrell imstande ist, wohin er zielt und auf welcherlei Erfahrungen künftige „Sky Garden"-Gäste also rechnen können.

Er ist, vor allem, ein in Zeit und Raum veränderlicher Eindruck. Wer das Kabinett betritt – unsicher, weil er in der dort herrschenden Dunkelheit auf Hindernisse stoßen könnte – , glaubt an der Stirnwand nichts als eine schwache rechteckige Flächenprojektion wahrzunehmen, während an der Decke angebrachte Spots ein bißchen auf die Seitenwände funzeln.

Je mehr sich indes die Pupillen weiten, je eindeutiger sich der Raum damit als leer erweist, je weiter sich der Besucher folglich auch nach vorn traut, um so stärker leuchtet das Rechteck auf und wird zu einer pulsierenden Milchstraße von unverkennbarer, aber unabsehbarer Tiefe. An der Stirnwand selbst erweist es sich als ausgeschnittene Fensteröffnung, durch die man den Kopf stecken kann, um in den „sensing space" der grauen Dämmerung abzutauchen wie in eine andere Welt.

Dem Künstler hinter den Trick zu kommen (Licht aus einem Fluoreszenzröhren-Rahmen hinter dem Fensterausschnitt mischt sich mit dem der Glühlampen-Spots), hebt die Suggestion noch lange nicht auf. Die Erscheinung, daß Licht, nach Turrells Worten, „wie ein Klang den Raum füllt" und „die Luft bewohnt", hinterläßt Schwindelgefühle.

Es ist schon vorgekommen, daß Besucher von Turrell-Räumen, um die Orientierung gebracht, zu Fall kamen und dann Schadensersatz für erlittene Prellungen verlangten. Kaum weniger

* Links: Eingang mit Blick auf „Ringwall"-Terrain; rechts: am Platz für die „Pyramide"; unten: Zeichnung auf Luftaufnahme mit „Krater", „Ringwall", „Pyramide".

CORUM

Maîtres Artisans d'Horlogerie

SUISSE

Die ultraflache Romulus aus Massivgold. Handgravierte römische Ziffern symbolisieren klassische Antike. Romulus – Ausdruck einer Lebenshaltung. Einzeln angefertigt mit dem Können und der Sorgfalt aus langjähriger Tradition.

Romulus. Massivgold, Stahl/Gold oder Platin, wasserdicht, für den Herrn und die Dame.

Die Uhren von Corum finden Sie in führenden Juweliergeschäften.
Auskünfte durch Corum, Heinrich-Heine-Allee 4, 4000 Düsseldorf, Telefon 0211 320446.

groß nimmt sich die Gefahr aus, bei allzu inniger Versenkung könnte jemand da ins Metaphysische stürzen.

„Man sieht sich selber sehen" (Turrell) – das ist denn doch ein bißchen mehr als eine Lehrstunde in Optik oder Wahrnehmungspsychologie. Der Künstler will gewisse „spirituelle Sensibilitäten dem religiösen Vokabular entreißen", doch wo verläuft die Grenze zwischen Augen- und Gehirnwäsche? Besonders in manchen seiner „Dunkelräume" kann man viertelstundenlang sitzen und sich dann immer noch fragen, ob man den extrem schwachen Lichteffekt, den eine Gebrauchsanweisung versprochen hat, nun tatsächlich sieht oder aber halluziniert, als einen inneren Corrig Fada sozusagen.

Ein Extrembeispiel von Finsternis hat Turrell jetzt für seine Ausstellung beim Düsseldorfer Kunstverein, der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen am gleichen Platz gegenüber, hergerichtet*. In einer Einzelzelle („Solitary") sitzt es sich schaumstoffweich und absolut ohne Licht.

Turrell mag dabei an die Gefängnishaft zurückdenken, die er einst als pazifistischer Helfer von Armee-Deserteuren verbüßen mußte, oder auch an eine heikle Situation in seinem Flugzeug: Während einer schwarzen Sturmnacht auf einer Insel vor der kalifornischen Küste drohte die kleine Maschine ungeplant abzuheben, und der schläfrige Künstler-Pilot wußte bald nicht mehr, ob er wachte oder träumte, ob er am Boden oder in der Luft war.

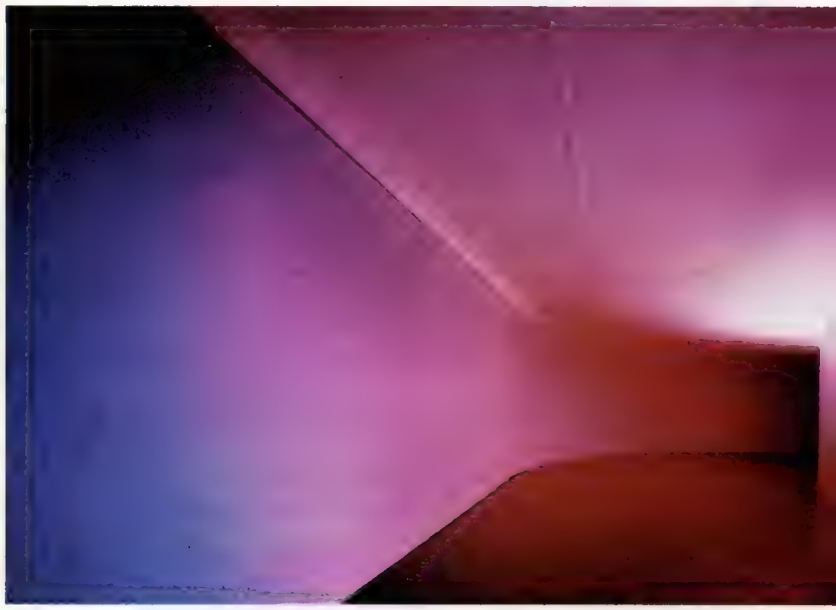
Gedankenverbindungen zum wirklichen Leben stellen sich zwanglos ein; in der überraschend bunten, handfesten Ausstellung spielt Turrell sie offen und auch erfrischend ironisch aus. Selbstparodistisch lädt er Besucher etwa unter die Trockenhauben einer Frisiersalon-Installation ein, damit sie, zu rotem, blauem oder grünem Licht, eine intensive Wärme am Hinterkopf verspüren. Das stilvolle Fünfziger-Jahre-Mobiliar, Theke und Vitrinenschrank, hat er gleich nebenan im Trödelladen „Altstadt-Flohmarkt" aufgestöbert.

Die Vorstellung von Schönheitspflege geht freilich auch in die Assoziation mit medizinischer Strahlenuntersuchung und -therapie über. Dergleichen wird zudem in einem Achteck-Pavillon praktiziert, wo Hilfspersonal den Besucher auf eine Liege bettet und in einen changierenden Farbraum emporfährt („Alien Exam"). In überkuppelten Kleinkabinen, Konstruktionen zwischen Telefonzelle und Raumkapsel, kann sich der einzelne die ihm erwünschte Himmelsbläue oder -röte, auch mit

* Bis 14. Juni, später unter anderem in Wien, Prag und Weimar. Katalog (erscheint Ende April) 88 Seiten; 38 Mark.

„Heavy Water" in Poitiers (1991)

„Meeting" in New York (1986)



„Red Around" in Paris (1983)

Turrell-Lichträume: Gefahr, ins Metaphysische abzustürzen

Stroboskop-Gewitter, selber einstellen („Change of State", „Close Call"). Die Idee weitreichender Kommunikation wird durch Isolierung erkauft.

Das ist eine Besonderheit und ein Handicap der Turrell-Kunst: Zum Massenkonsum eignet sie sich kaum. Im Erlebnisraum „Grey Dawn" wirkt jeder Mitmensch eher störend, den „Sky Garden" sollen Besucher höchstens als Minigruppen bis zu vier Personen – in großzügig bemessenen Abständen – durchstreifen, in die Zellenbauten der Ausstellung kann man ohnehin nur allein. Der Kunstverein empfiehlt Kabinen-Reservierung unter der Düsseldorfer Telefonnummer 32 31 27.

Der persönliche Entschluß zum Einstieg ist gefragt – und wenn es um nichts weiter als darum geht, unter einer Trokkenhaube Platz zu nehmen. Recht befremdet müssen aber Vernissagegäste im französischen Poitiers gewesen sein, als Turrell sie letztes Jahr in bereitliegende Badeanzüge nötigte: Nur tauchend – durch eine Art Tauf- und Reinigungsbad – erreicht man den zentralen, zum Himmel offenen Lichtraum seines „Heavy Water". Und am „Irish Sky Garden" gefällt dem Künstler auch, daß erst eine Reise machen muß, wer den eigentümlichen Bezirk erkunden will.

Das Anwesen mit Herrenhaus, nahe der Kleinstadt Skibbereen und wenige Kilometer vom Meer entfernt, ist eine Entdeckung des Zürcher und Londoner Galeristen Veith Turske, der sich ein Domizil auf dem Lande wünschte und dort auch eine Installation von Turrell. Dem aber gingen beim ersten Besuch gleich die Ideen ins Große durch.

Seither hat Turske 15 Hektar Land – für Turrells Werk und ein Natur-Reservat – in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht, die nach einem prähistorischen Ringfort auf dem Gelände „Liss Ard Foundation" heißt. Zahlende Mitglieder sind angeworben, weitere werden gesucht, ein staatlicher Zuschuß ist bewilligt. Die bislang eingesetzten Mittel von gut einer Million Mark sind erst ein Achtel der veranschlagten Gesamtsumme. In der armen Gegend von Skibbereen wird die Stiftung zu einem wichtigen Arbeit- und Auftraggeber.

Wenn der Gang über das Terrain schon jetzt den künftigen „Sky Garden" ahnen läßt, so deswegen, weil das Projekt vorhandene Geländeformationen nutzt. Aber die müssen erst noch abgetragen, mit Turrells Wunderkammern unterbaut und in präziser Geometrie neu aufgeschüttet werden: der Ringwall („Mound"), der gleich vom Eingangstor aus in der Blickachse liegt, der Krater und die Pyramide mit ihrer Panorama-Aussicht auf den See Lough Abisdealy. An ihrem Fuß soll das Bassin einer Grotte spiegelnd den Wasserüberfluß der Gegend einfangen.

Wasser überall. Turrell, von Einheimischen als „Captain Jim" respektiert, tuckert im Motorboot hinaus in die Roaringwater Bay zu der 31-Hektar-Insel Skeam West, die er dort erworben hat – mit Süßwasserquelle, ein paar kleinen Wohngebäuden und frühmittelalterlicher Kapellenruine. Ein Flugzeug-Landeplatz muß noch angelegt werden, damit auch bei rauher See die Verbindung zwischen Insel und „Sky Garden" nicht abreißt.

Das bewegte Meer reflektiert den Wolkenhimmel – und auch umgekehrt? Mit seinen „schönen Grautönen" kommt er, wie Turrell sagt, „dramatisch auf einen herab", viel näher als der Wüstenhimmel von Arizona. Im „Sky Garden" wird der irische Himmel zum „sensing space", und das heißt: Beim Blick nach oben „erhebt man sich ein bißchen über die Dinge". Das ist ein Gefühl ganz ähnlich wie Fliegen.

Entwurf „Change of State"
Einzelhaft mit Gewitter

FEMME • HOMME
ACCESSOIRES
Eine
Königliche
Laune.
Van Laack.
van Laack
NTDECKEN SIE DIE WELT VAN LAACK: AUGUST-PIEPER-STRASSE 10, 4050 MÖNCHENGLADBACH

Skurrile Bildchen

Marianne Koch liebt „die zauberhafte Stimmung" von Jacobs-Kaffee und empfiehlt Gillette-Rasierer als „das richtige Geschenk für Männer". Ach ja, die Nachkriegszeit und ihre Reklame: naiv, bieder und immer ein bißchen kitschig koloriert. Zeitschriften-Anzeigen nimmt sich Michael Kriegeskortes Bildband „Werbung in Deutschland 1945 – 1965" (DuMont Buchverlag; 39,80 Mark) vor. Der Autor präsentiert ein Kabinett skurriler Bildchen, untersucht aber auch Strategien und Entwicklungen. Was bleibt: Marianne Kochs Botschaft: „9 von 10 Hollywood-Stars verwenden Luxor-Toiletteseife."

Zeitschriften-Anzeige von 1962

Basinger, Gere in „Eiskalte Leidenschaft"

Kino-Psychiater auf Abwegen

Die Rolle des guten alten Detektivs, der von Berufs wegen in Abgründe taucht, übernimmt in Hollywood neuerdings gern der Psychotherapeut. Spannend wird das aber offenbar nur, wenn der Standeskodex gebrochen wird, der dem Seelsorger intimen Umgang mit Patienten oder deren Nächsten untersagt. Eben erst, in „Herr der Gezeiten", hat sich Barbra Streisand als Psychiaterin in den Bruder einer Patientin verliebt, demnächst, in „Basic Instinct", gerät Michael Douglas in die Fänge seiner Therapeutin, und diese Woche kommt Richard Gere als Psychiater auf Abwegen in die Kinos. Er erliegt in „Eiskalte Leidenschaft" (Regie: Phil Joanou) der Schwester einer Patientin und braucht bedenklich lange, bis ihm dämmert, daß die beiden Schönen, Kim Basinger und Uma Thurman, ausgekochte Lügnerinnen sind, die ihm einen Mord anhängen wollen. Im übrigen handelt es sich um einen jener Hochglanz-Psychothriller, denen an Plausibilität wenig und an Knalleffekten um so mehr liegt. Er lehrt, was Therapeuten schon immer wußten: Jenseits der Couch-Kante beginnt das Malheur.

Vom Leben zum Tode

Der Henker war gründlich: Zum Galgen brachte er stets seinen eigenen Strick mit. Außerdem notierte er Namen, Alter, Größe und Gewicht derjenigen, die er vom Leben zum Tode beförderte, sowie die Tiefe des Falls der Gehängten. Für Albert Pierrepoint, 90, bis 1956 Oberster Henker in Großbritannien, der es auf weit über hundert Exekutionen brachte, gehörte solche Sorgfalt zur Familientradition: Schon sein Vater und Onkel hatten als Henker gewirkt. Das makabre Notizbuch Pierrepoints wird nun, zusammen mit mehr als hundert Tötungs- und Folterinstrumenten, am 29. Mai vom Auktionshaus Christie's versteigert – für geschätzte 20 000 bis 30 000 Pfund. Noch gehört die Sammlung dem Antiquitätenhändler Michael Forman, 64, den „der pure Erfindungsreichtum der Folter, Züchtigung und Exekution" fasziniert.

Henker Pierrepoint (Gipsmaske)

Die Unke raunzt – Krieg den Kritikern

„Hören Sie, was es ab Mai 1992 zu lesen gibt" – so tönt es aus Göttingens Düsterer Straße. Der dort ansässige Steidl Verlag verschickt eine CD-Hörprobe: Günter Graß liest aus seiner neuen Erzählung „Unkenrufe". Die milde Gabe gehört zu einer PR-Kampagne, die zugleich der Literaturkritik den Krieg erklärt. Steidl durfte, so gebot es Graß, bloß zehn Vorab-Exemplare verschikken, aber nur an „ausgewählte Personen" – an Freunde des Autors. Die Kritiker werden erst nach dem Handel bedient, am 7. Mai „zur Buchpremiere in Leipzig". Der Reklame-Countdown begann mit einem Übersetzertreffen beim Dichter und gipfelt, kurz nach Leipzig, in der Verleihung des Preises „Premio Grinzane Cavour" an Graß. Worauf es da ankommt, macht ein – von Steidl verbreiteter – Artikel des *Börsenblatts* so klipp wie klar: Mit jener italienischen Ehrung seien schon zwei Schriftsteller ausgezeichnet worden, deren Rang „später durch den Literatur-Nobelpreis bestätigt" wurde. Wie raunzt Graß in den „Unkenrufen" so treffend auf Seite 91? „Jedem offenen Topf ist Wahnsinn der passende Deckel."

Graß-Selbstporträt mit Unke

Zitat

„Als Dirigent weit überschätzt. Ich habe nichts gegen ihn, außer daß er ein Arschloch ist."
Professor Joachim Kaiser, Musikkritiker der *Süddeutschen Zeitung*, über Sergiu Celibidache im *SZ-Magazin*.

Das Telefon, das neue Wege geht.

Postseidank, hier ist das Telefon, das es in Weiß, in Schwarz, auch für Schilling, aber nur von Siedle gibt. Für die Amtstelefonie und die Haustelefonie. Hinter beidem steckte bisher meist das Hantieren mit mindestens zwei Telefonen. Das neue Systemtelefon T 611-10 von Siedle packt alles in ein System: Einerseits mit der weiten Welt telefonieren – auf maximal zwei Amtsleitungen. Andererseits von der Praxis in die Privaträume rufen, und wenn der Briefträger klingelt, auch noch mit ihm reden.

Drei Sprechwege, viele Funktionen: Das Systemtelefon T 611-10 mit dem Multifunktionsmodul MFM 611-10 und dem Videomonitor MO 611-0 Ausgezeichnet mit »Design Innovationen '91 für höchste Design-Qualität, Design Zentrum Nordrhein-Westfalen«.

So einfach bleiben bis zu zehn Teilnehmer auf Draht. Ohne das laufende Gespräch beenden zu müssen. Das »Fräulein vom Amt« ist die Systemzentrale. Sie steuert und koordiniert die Amts-, Intern- und Türtelefonie. Weil Siedle stets ein bißchen mehr auf dem Kasten hat, kann auch das Systemtelefon T 611-10 mehr als telefonieren: denken und lenken. Mit vielen intelligenten Anzeige- und Steuerfunktionen. Vom Lichtanschalten bis zum Gebührenanzeigen. Noch mehr Leistung und mehr Komfort bringen die anreihbaren Module. Ob Schnellwahl oder Video. Die neuen Wege des Telefonierens beginnen mit dem Weg zum Briefkasten. Oder zu Ihrem Elektroinstallateur.

Ausstellungszentren:

Berlin: 0 30/4 34 70 52
0 30/4 34 79 28
Bremen: 04 21/45 02 71-72
Dortmund. 02 31/17 99 37
Hamburg: 0 40/6 70 00 13-14
Hannover: 0 511/74 10 33
Karlsruhe: 0 72 43/3 00 41-42
München: 0 89/6 14 15 10
Nürnberg: 0 911/9 98 15-0
Stuttgart: 0 711/41 30 23
Wiesbaden: 0 611/84 40 49
Zwickau: 2 25 01

Dänemark,
Hvidovre: 0 36/77 24 77
Niederlande,
Utrecht: 0 30/41 4 22
Österreich,
Kufstein: 0 53/64 1 32
Schweiz,
Basel: 0 61/3 31 20 44

Coupon – – – – – – – – – – ✂

Bitte senden Sie mir weitere Informationen über die Siedle Gebäudekommunikation mit System.
Siedle, SP 16, Postfach 20,
D-7743 Furtwangen 1.

Name

Straße

PLZ, Ort

Gebäudekommunikation mit System.

SSS SIEDLE

Absaug- und Reinigungs-technik

NILFISK

Natürlich!

NILFISK
Absaug- und Reinigungstechnik

NILFISK AG, Siemensstraße, 2084 Rellingen 1, Telefon (0 41 01) 3 20 84, Telefax (0 41 01) 3 63 61

RADIO R PA Info
Ihre private EURO-INFO-WELLE

Nachrichten alle 15 Minuten, 24 Stunden am Tag.
Über Kabel, Satellit, UKW und den digitalen Satellitenrundfunk DSR.

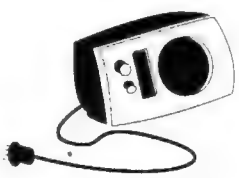
Nachrichten & Hintergründe aus Europa und der Welt.

Nur wer allumfassend informiert ist, kann mitreden und mitentscheiden. RADIOROPA®-INFO einschalten heißt, rund um die Uhr auf dem laufenden zu sein. 24 Stunden am Tag erreichen uns Berichte von Korrespondenten, Sendeanstalten, sowie Nachrichtenagenturen aus aller Welt z.B.: von unserem eigenen Studio direkt aus Bonn. Besondere Schwerpunkte bei RADIOROPA®-INFO sind die 1/4-stündlichen Nachrichten, die ein Drittel der gesamten Sendezeit ausmachen, und selbstverständlich ständig aktualisiert werden.

Fordern Sie Informationsmaterial an:

S.

RADIOROPA®-INFO, TechnicPark, Postfach 5 49, W-5568 Daun.



Kreativität

Recht auf rechts

Ein Jurist wirft dem deutschen Bildungssystem Verfassungswidrigkeit vor, weil es einseitig die Entwicklung der linken Hirnhälfte fördere.

Noch heute schaudert es Gerhard Huhn, 46, wenn er an seine triste Schulzeit zurückdenkt. Am Gymnasium der westfälischen Stadt Witten sich mühsam dem Reifezeugnis nähernd, ärgerte sich Schüler Huhn darüber, daß seine Persönlichkeit unter den Lehrmethoden litt. Als „langweilig und quälend" empfand der mittelmäßige Pennäler den Norm-Unterricht, der „uns das kreative Rückgrat brach".

Ein Vierteljahrhundert nach seinem Abitur schlägt Huhn, mittlerweile Doktor der Jurisprudenz, zurück. Er formuliert, was leidgeprüfte Pennäler immer schon fühlten, aber kaum zu artikulieren wagten: Der Unterricht an staatlichen Lehranstalten sei tendenziell verfassungswidrig, weil er das geistige Potential von Schülern einschränke.

Rechtswidrig, so die überraschende Begründung in einer von Huhn verfaßten Studie über „Kreativität und Schule"*, seien die Lehrmethoden „vor dem Hintergrund gesicherter Erkenntnisse der Hirnforschung": Gefördert werde vor allem die Entwicklung der linken, vernachlässigt die der rechten Gehirnhälfte. Dies aber verstoße gegen Artikel 2 des Grundgesetzes, in dem das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit verankert ist.

Tatsächlich haben Hirnforscher seit längerem ermittelt, daß die logisch-analytische linke Gehirnhälfte vor allem für Lesen und Schreiben, Rechnen und Detailwissen zuständig ist. Die ebenso wichtige nonverbale, visuell-räumliche rechte Hälfte ist dagegen so etwas wie die Schatzkammer der Gefühle, mit der man Ironie im Gespräch, das Prickeln beim Flirt oder Arien in Opern erlebt.

Die schwerwiegenden Folgen dieses Tatbestands sind bekannt: Vielen Schülern, so der Einser-Jurist, der heute Managern kreatives Denken beibringt, drohe wegen ihrer rechtshirnigen Begabung das Scheitern im linkshirnig orientierten Unterricht. Oft helfe nur noch der Wechsel in Privatschulen.

Der Zusammenhang zwischen Hirn- und Unterrichtsstruktur könnte mithin auch erklären, warum immer wieder Versager aus Hauptschulen und Gymnasien in Waldorfschulen reüssieren und warum

* Gerhard Huhn: „Kreativität und Schule". Synchron Verlag, Berlin; 172 Seiten; 36 Mark.

Mädchen im Gemeinschaftsunterricht mit Jungen häufig schlechter abschneiden; die weibliche Art zu denken kommt im herkömmlichen Unterricht oft zu kurz.

Huhns Forderung nach höherer Hirngerechtigkeit ist geeignet, das deutsche Bildungssystem zu erschüttern. Denn die Kultusbürokratie hinkt dem Gebot des Bundesverfassungsgerichts, bildungspolitische Entscheidungen „auf der Grundlage der Ergebnisse der Bildungsforschung" zu treffen, hinterher; das Wissen um Partnerschaft und Arbeitsteilung der beiden „funktionell asymmetrischen" Großhirnhälften ist bislang nicht in die Rahmenlehrpläne der Schulverwaltungen vorgedrungen.

Deshalb will Huhn mit seiner Behauptung von der Schutzwürdigkeit der „inneren Kommunikation" beider Hirn-

Schülerin im Mathematikunterricht
Kreatives Rückgrat gebrochen?

hälften, die den bisher vom Bundesverfassungsgericht nebulös definierten „unantastbaren inneren Kernbereich" ablösen soll, nun die Gerichte auf Trab bringen: Eltern und Schüler, so sein Wunsch, sollen gegen Lehrer, Schulräte und Kultusminister das Recht auf rechts einklagen: „Einer muß mal damit anfangen, eine Lawine loszutreten."

Der Jurist reklamiert ein „Abwehrrecht" gegen allzu linkshirnige Unterrichtspläne, einen Anspruch auf ausgewogenen Unterricht. Das eingängige Huhnsche Gesetz: Je stärker die linkshirnige Einseitigkeit und der staatliche Durchsetzungswille, desto stärker sei der verfassungswidrige Charakter der Unterrichtsregelung.

Das klingt nicht unlogisch. Der Berliner Kreativitätsexperte belegt immerhin, daß selbst in Fächern wie Musik und Kunst, die vorwiegend der rechten Gehirnhälfte zugerechnet werden, links-

Prächtige Renditen beim Kurzzeit-Sparen.

Packen Sie die Gelegenheit beim Schopf, und machen Sie kurzfristig Gewinn: Finanzierungs-Schätze bieten Ihnen auch bei kurzer Laufzeit erstklassige Zinsen.

Sie können zwischen ein- und zweijähriger Laufzeit wählen. Legen Sie Ihr Geld beispielsweise zweijährig an, so bekommen Sie für 843,80 DM einen glatten Tausender. Die aktuellen Konditionen erfahren Sie 24 Stunden täglich unter der Nummer 0 69/1 97 18.

Finanzierungs-Schätze des Bundes gibt's gebührenfrei bei Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Weitere Informationen bekommen Sie bei Ihrer Bank oder aber wenn Sie uns den Coupon einsenden.

Bitte schicken Sie mir kostenlos weitere Informationen. Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 700 562, 6000 Frankfurt/Main 70. Telefon: 0 69/43 95 90.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

BUNDES FINANZIERUNGS SCHÄTZE
BUNDESWERTPAPIERE

Kurz und gut. Finanzierungs-Schätze.

BIELEFELD & COLBATZKY

Manchmal muß man wohl erst vom richtigen Weg abkommen, um den rechten zu finden. Magari!*

War es nun Zufall? Oder war es Fügung? Jedenfalls entspricht es ganz und gar nicht Lenitas Art, bei ihren gelegentlichen Ausflügen in die Umgebung der Cinque Terre ohne zwingende Gründe auf verbotene Gefilde vorzudringen. Zumal dann nicht, wenn die Tankanzeige so munter vor sich hin blinkt. Aber diese schnurgerade Allee hatte es ihr wohl angetan, und so kam es, wie es kommen mußte. Ihr eleganter kleiner Lancia stellte einfach den Dienst ein und Lenita vor ein kleines Problem. Und das Erscheinen der beiden Herren auf der wunderschönen, aber leider privaten Allee war ihr gewiß ebenso willkommen wie peinlich. Denn schließlich gehört sie ihnen. Nebst einigen Kilometern Randstreifen rechts und links.

War es die offenkundige gemeinsame Vorliebe für rassige Fortbewegungsmittel? Oder die gleichfalls unübersehbare Gemeinsamkeit in Fragen der modischen Orientierung?

Das kleine Energieproblem war jedenfalls schnell behoben, der attraktive Eindringling fand sich unversehens ins Nachmittagsprogramm der kultivierten Alleebesitzer integriert, und am Abend sah es bereits ganz so aus, als wäre Lenita nicht zum letztenmal durch diese Allee gefahren.

Cinque (sprich: tschinkue) Terre, ein unverfälschtes Stück Italien, ca. 80 km südl. von Genua;
CINQUE, Mode für Männer und Frauen; (Bezugsquellen: Cinque, Postfach 167, 4050 Mönchengladbach 1).
** schwer übersetzbar, ital. Ausruf, paßt immer.*

CINQUE
Moda al dente

SPIEGEL-Titel 10/1992
„Unantastbarer Kernbereich"

seitige Herangehensweisen kraß dominieren.

In den Richtlinien des Faches „Textiles Gestalten" für nordrhein-westfälische Realschulen tauchen beispielsweise knapp 300mal Methodenbeschreibungen linkshirniger Inhalte auf. So soll Farbe „bewußt" eingesetzt werden, nicht etwa unbewußt. Benennen, bestimmen, erläutern, analysieren, beurteilen, bewerten, zuordnen – das sind die Vorgaben in Fächern, die sich ausdrücklich die „Förderung der Kreativität" zum Ziel gesetzt haben. Die berüchtigte „Lernerfolgskontrolle" sorgt schließlich dafür, daß sich „die rechte Gehirnhälfte resigniert zurückzieht und keine schöpferischen Impulse mehr aussendet".

Noten in künstlerischen Fächern lehnt der Schul-Kritiker folgerichtig als „schädlichen Unsinn" ab: „Genausogut könnte ich die Länge eines Gegenstandes mit einer Waage messen."

Die Wurzel des Übels sieht Huhn vor allem in der inzüchtigen Rekrutierung eines emotional verarmten Pädagogenstandes. Linkshirnige Lehrer und Professoren förderten Schüler und Studenten, die gleichfalls linksseitig orientiert seien – eine fatale Verbildungsspirale, gegen die es seiner Meinung nach nur ein Rezept gibt: Bewußtsein für das „Neue Lernen" wecken, die Schulen „verunsichern, Ratlosigkeit erzeugen, Licht in diesen grauen Bereich tragen".

Der durch Zensuren und Zensur wütend gewordene Huhn ist ein Beispiel dafür, daß es auch anders geht: Zu Schulzeiten als sprachunbegabt abqualifiziert, lernte der spätere Hirntrainer in Schweden mit der am Gymnasium unüblichen „direkten Methode" in sechs Wochen die Landessprache – so gut, daß er danach selbst auf schwedisch unterrichten konnte.

Kohl oder Birne

Daniel Doppler (geschiedener Einfach) über das neue Namensrecht

Die Gleichberechtigung ist nicht mehr aufzuhalten, sie macht selbst vor der Ehe, der perfektesten und perfidesten Unterwerfungsmaschine, die sich die Zivilisation hat einfallen lassen, nicht mehr halt.

Der Staat in seiner unendlichen Fürsorgepflicht hat jetzt, mit dem neuen Namensrecht, geregelt, wie sich die schier grenzenlose Gleichheit vor dem Gesetz in der Nomenklatur der Ehe niederzuschlagen hat. Der Gesetzentwurf, den das Kabinett gebilligt hat, „entspricht", wie Bundesfrauenministerin Angela Merkel (CDU) befriedigt feststellte, „dem Verfassungsideal einer gleichberechtigten Partnerschaft".

Lange Jahrhunderte war es ja so, daß eine Eva-Maria von Klangenburg-Cypressenhain sich dadurch, daß sie sich einem Ehemann auch rechtlich hingab, einfach Frau Schmitz wurde, während Herr Schmitz Herr Schmitz blieb, da half ihm kein Gott und kein Standesamt.

Bestenfalls konnte er seinen Namen wegen Häufigkeit durch die Geographie der Ortsansässigkeit veredeln. Kam Adam Schmitz also in den Bundestag oder den Aufsichtsrat, dann mauserte er sich zu Adam Schmitz-Rauxel, der dadurch von Herrn Schmitz-Schweppingen deutlich zu unterscheiden war.

Die geborene von Klangenburg-Cypressenhain, immerhin, konnte sich in den letzten Jahren nicht nur den Kosenamen Emma zulegen, ohne von ihrem Mann auf Unterlassung aufrührerischer Namensgebung verklagt zu werden. Nein, sie durfte sich auch Eva-Maria Schmitz-Rauxel-Klangenburg-Cypressenhain nennen.

Es waren vom Gesetzgeber nur Doppelnamen verboten, die vier Schreibmaschinenzeilen auf einem vom Standesamt genormten DIN-A4-Blatt überschritten oder die beim ungekürzten Aussprechen einen mittelschweren Asthma-Anfall provozierten.

Durch diesen Schritt in Richtung Gleichberechtigung erfreuten sich die Deutschen des wohlwollenden Spotts ihrer europäischen Nachbarn unter dem gemeinsamen Dach: Wenn Herr Schulz-Westernhagen mit seiner Frau Schulz-Westernhagen-Müller-Wipperfurt auftrat, wurde die ganze Anmutung deutscher Provinz samt Fachwerk, Fußgängerzone und Schwiegermutter spürbar. Ein heimeliger Hauch demokratischer Gesittung machte sich schon per Namensnennung breit.

Jetzt hat man die Wahl. Man kann entweder nach der Gattin Senf oder nach dem Mann Essig heißen, man kann sich für Essig-Senf und für Senf-Essig sowie für Senf-Solingen und Essig-Elberfeld entscheiden. Man darf sogar, wenn man sich nicht einigt, auf die Eheschließung verzichten – so liberal ist deutsches Recht.

Man kann aber auch, wenn man sich nicht einigt, den Standesbeamten durch das Los entscheiden lassen. Er holt eine Münze aus der Tasche, ruft dann Frau Vera Adler und Herrn Peter Zahl im Moment der gesetzlichen Vereinigung, die der Brautnacht ja nicht unbedingt mehr vorauseilt, die Frage „Kopf oder Zahl?" zu, und schon sind die beiden dank Schicksalsentscheidung Herr und Frau Adler oder Frau und Herr Zahl.

Vor dieser Möglichkeit schrecken Leute, die so wohlklingende Namen wie Pfalzgraf oder Kortzfleisch ihr eigen nennen, natürlich zurück und bleiben womöglich ledig.

Um Krisen im Eheschließungsgewerbe zu vermeiden, könnte sich der Vorschlag hören lassen, daß dem Ehevollzugsmann oder der entsprechenden Beamtin bei seinem (oder ihrem) schweren Benennungsamt mit einem Präferenzenkatalog zu helfen wäre.

Bestimmte Namen hätten den Vorrang und Vorzug vor andern, nach der Regel etwa, daß Gemüse vor Obst komme (Kohl siegt gegen Birne) oder daß höhere Tiernamen den Vorzug vor niederen genössen: Reblaus gewinnt gegen Laus, von Ochs gegen von Lambsdorff.

Außerdem sollten allen durch den Standesbeamten gewaltsam umbenannten Verehelichten eine Reuefrist und ein Regreßrecht eingeräumt werden. Für den Fall, daß sie ihren neuen Namen innerhalb von 14 Tagen bereuen, können sie den alten abgelegten wieder anlegen. Voraussetzung ist eine lebenslängliche Unterhaltszahlung an denjenigen, dessen Name auf diese Weise verschmäht wurde.

So ließen sich die letzten Ungereimtheiten und Härtefälle im ohnehin nicht einfachen Zusammenleben der gleichberechtigten Geschlechter beseitigen.

Kennen Sie viele Industrie

so großschreiben?

zweige, die Recycling

Papier gehört zu den Spitzenreitern beim Recycling.

In Deutschland werden bereits 49 % Altpapier eingesetzt.

Kein anderes Produkt wird intensiver wiederverwertet als Papier. Altpapier ist schon seit langem der wichtigste Rohstoff der deutschen Papierfabriken. Mit den weltweit modernsten Recyclingtechnologien haben sie seinen Anteil an der Papierproduktion auf durchschnittlich 49 Prozent gebracht. Zeitungspapier besteht bereits zu 68 Prozent aus Altpapier. Verpackungspapier wird in Deutschland fast ausschließlich aus Altpapier hergestellt. Auch Hygienepapiere sowie Druck- und Schreibpapiere werden immer häufiger aus Altpapier erzeugt. Altpapier kann aber nicht beliebig oft wiederverwertet werden. Denn Papier besteht zum wesentlichen Teil aus Holzfasern, die mit jedem Recyclingvorgang kürzer und dünner werden. Ein Anteil von frischen Fasern, wie sie in hochwertigen Druck- und Schreibpapieren verwendet werden, ist nötig, um so hohe Recyclingquoten zu erreichen wie die deutschen Papierhersteller.

Wollen Sie mehr über Papier wissen? Rufen Sie uns bitte an. Zum Nulltarif:
0130-837353 Die Initiative Umwelt und Papier informiert Sie gerne.

PAPIER
Kultur aus Natur

Werbung

Kosmos der Gefühle

Um die letzten Produkte aus den neuen Bundesländern zu retten, stärkt die Werbebranche mit Originalton Ost das Wir-Gefühl.

Als die Mauer fiel, war das Getränk ungefähr so populär wie Erich Honecker: Die unförmigen Flaschen verstaubten in den Regalen der HO-Läden, und den Abfüllstationen ging allmählich die Arbeit aus. Club-Cola, der paradoxe Versuch, nach kapitalistischem Vorbild ein sozialistisches Produkt zu schaffen, hatte im Coca- und Pepsi-Cola-Rausch der Wendezeit keine Chance mehr.

Knapp zweieinhalb Jahre später ist die Brause wieder da: In Anzeigen und auf Plakatwänden tritt die Zonen-Cola mit einem Spruch zum Kampf um Kunden und Marktanteile an, der punktgenau auf die von Ängsten geplagte Befindlichkeit vieler Ostdeutscher zielt: „Hurra, ich lebe noch."

Wonach Politiker, Psychologen und Kommentatoren seit dem November '89 suchten – die westdeutsche Werbebranche hat sie entdeckt: die ostdeutsche Identität. Statt mit Lifestyle-Kampagnen nach westlichem Muster das Publikum zwischen Stralsund und Dresden zum Konsum anzuregen, setzen Marketingstrategen darauf, die letzten verbliebenen Ost-Produkte mit dem Sound der alten Heimat zu vermarkten. Motto: Der gute alte Osten. Ob Babycreme oder Zigaretten beworben werden, ob Milch oder Bier verkauft werden soll – die Branche setzt auf die Heilung des beschädigten Wir-Gefühls jenseits der deutsch-deutschen Wohlstandsgrenze, ostdeutsch soll wieder in sein: „Das funktioniert wie Schulterklopfen", meint Horst Lenberger, Präsident der Berliner Werbeagentur c.t.b.: „Wir sagen den verunsicherten Menschen: Es war ja nicht alles schlecht, was ihr gemacht habt."

Das paßt zum regionalen Zeitgeist: Vorbei ist die Phase, in der die neuen Bundesbürger ihr Geld im ersten Freikaufrausch für japanische Videorecorder, schottischen Whisky und afrikanische Bananen ausgaben und sich für neue West-Wagen verschuldeten. Die Konsum-Euphorie ist einer Katerstimmung gewichen. Und mit rund 21 Prozent Arbeitslosen und Kurzarbeitern sowie Wirtschaftsprognosen, die den ersehnten Aufschwung in immer weitere Ferne schieben, hat sich bei vielen Bürgern der neuen Bundesländer eine Identitätskrise breitgemacht.

Hochgestylte West-Werbung, bei der der schöne Schein einer Marke die Frage nach der Qualität auch mal in den Hintergrund treten läßt, kommt kaum an. Fakten stehen höher im Kurs als Images: „Der Ostkonsument", wie Sebastian Turner, Werbetexter der Dresdner Dependance der Agentur Scholz & Friends, die neue Zielgruppe nennt, sei „bodenständiger und ehrlicher", man könne „ihm weniger vormachen".

Hinzu kommt die ganz alltägliche West-Allergie. Vertraute Produkte aus vertrauten Gegenden in einer vertrauten Sprache, so das Kalkül der Reklame-Experten, wecken allemal weniger Mißtrauen als alles, was nach Westen riecht.

Das funktioniert: In der Tabakbranche haben Ost-Zigaretten die Marktführerschaft vor West-Produkten erobert. Die heimische Ernährungsindustrie, deren Marktanteil nach dem Mauerfall auf zehn Prozent gefallen war, überzeugt wieder jeden dritten Ostdeutschen.

Besonders beim Kundenfang für Lebensmittel wie Brot, Wurst, Käse, Butter, Milch oder Kartoffeln spielen Werber die Heimatmelodie. Die Meierei Mark Brandenburg etwa bemüht einen Dichter: „Die landschaftlichen Schönheiten der Mark Brandenburg hat schon Fontane für uns entdeckt. Ihre anderen Vorzüge warten noch auf

Werbung für Ost-Produkte: „Das funktioniert wie Schulterklopfen – es war ja nicht alles schlecht, was ihr gemacht habt"

Fremdgehen zur Probe.

Manche werden schon beim ersten Blickkontakt schwach. Kein Wunder, bei der eleganten Form der Competence, deren ergonomische Qualitäten Sie beim näheren Kennenlernen schätzen werden. Genauso wie die Freiheiten, die Ihnen die Competence läßt: mit der höhenverstellbaren, herausnehmbaren Tastatur. Damit prüfen kann, wer sich ewig bindet, gibt's die Competence auf Probe: von Ihrem Fachhändler oder mit einem Anruf zum Nulltarif: 0130/867800.

OLYMPIA

Entdeckung." Scholz & Friends lassen die Karl-May-Figuren Winnetou und Old Shatterhand als „Zwei Sachsen" für die *Sächsische Zeitung* Reklame machen; der gleichen Kampagne dient (mit der Byline „Ein Sachse") ein Exemplar des 1920 von Julius Fromm in Leipzig erfundenen Kondoms.

Für einen Werbefeldzug der Landesregierung zur Ansiedlung neuer Industrien wirbt die Headline: „Sachsen können alles. Außer Hochdeutsch." Der Slogan ist inzwischen in die Umgangssprache eingegangen.

So schaffen die Werber mit ihren Kampagnen einen Ost-Kosmos der Gefühle, in dem Sprach-Chiffren Produkte und Umworbene verbinden und Westler ausschließen. Für die Babycreme „Elasan" beispielsweise wirbt eine Agentur mit dem Spruch „Der Storch ist wieder da". Nur echte Ossis wissen, daß die Salbe früher unter dem Namen Storchencreme bekannt war – eine Art Geheimcode, der Waren und Kunden in einer stillen Allianz gegen den Westen zusammenführen soll.

Gelegentlich wird der natürliche Feind sogar beim Namen genannt. Der Haushaltsgerätehersteller Foron hält den Slogan „Millionen Wessis können irren" für zugkräftig und erläutert ihn in Anzeigen so: „Viele unserer treuesten Kunden sitzen im Westen. Dabei wissen sie oft gar nicht, daß sie unsere Kunden sind. Millionen Kühlschränke, Waschmaschinen und Herde haben wir nach Westeuropa geliefert. Dort wurden sie unter 14 verschiedenen Warenzeichen verkauft ... Irren ist ja menschlich. Wir haben nichts dagegen, solange unsere gute Qualität nicht beeinträchtigt wird. Denn das würden selbst Wessis merken. Früher oder später jedenfalls."

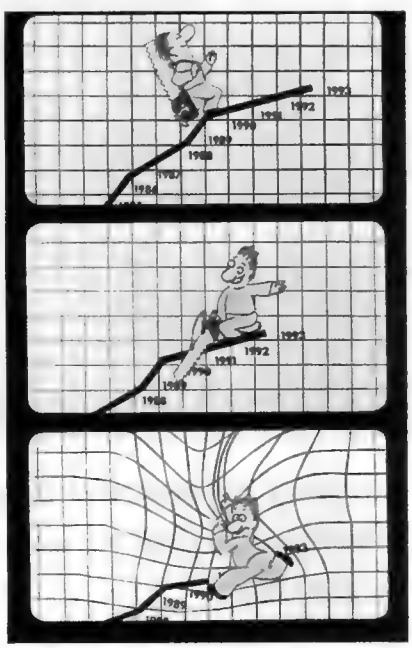
Auch die Zigarettenbranche nutzt den Originalton Ost. Die vom amerikanischen Tabakkonzern Philip Morris übernommenen Ost-Marken F6, Karo und Juwel blieben im Geschmack unverändert, Packungspapier und Farben wurden geringfügig variiert, die Werbung setzt auf Heimatgefühle.

Juwel (Slogan: „Eine für uns") bietet sich an wie im Westen weiland Jägermeister: „Ich rauche Juwel, weil die Sonne immer noch im Osten aufgeht", verkündet ein junger Bursche mit Nikkelbrille und Strubbelhaaren. Eine rothaarige Endzwanzigerin sagt kokett: „Ich rauche Juwel, weil ich lieber Miß Leipzig als mißlaunig bin."

So zielsicher die Texter formulieren, wenn sie Ost-Kundschaft im Visier haben, so schief liegen sie gelegentlich, sobald sie ein Produkt aus der ehemaligen DDR auch im Westen verkaufen sollen.

Jaulende Gitarren

begleiten Gunter Gabriel, wenn er im Rundfunk sein Loblied auf die deutsche Wirtschaft anstimmt: „Made in Germany ist Deutschlands Kraft, darauf sind wir alle stolz", tönt der Schlagersänger zur Country-Melodie. „Wir alle haben das geschafft, das Wachstum ist aus unserem Holz", holpert der Text weiter, den sich der Sänger mit der tiefen Stimme nicht selbst ausgedacht hat. Verantwortlich ist die Kölner Werbeagentur Pütz, sie hat im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall gereimt.



Arbeitgeber-Comic „Sägemann"
Mit Kino-Clips Tarife drücken?

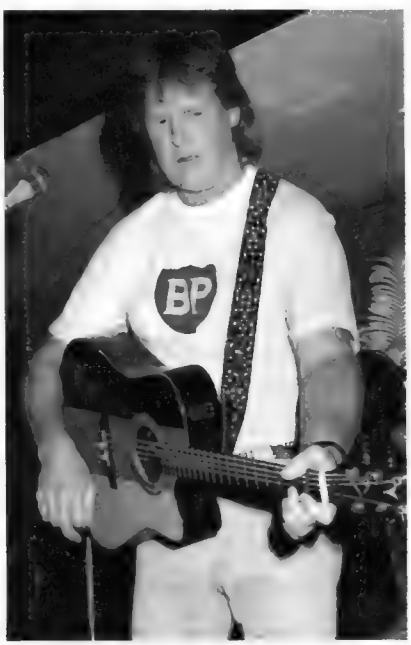
„Säg nicht am Ast" – „Ast, Ast" echot der Damenchor –, „auf dem wir sitzen", lautet die Botschaft im Refrain. Gunter Gabriel, früher mit „Hey, Boß, ich brauch' mehr Geld" als Gewerkschaftssympathisant ausgewiesen, hat die Fronten gewechselt: Im Namen seiner Auftraggeber ruft er die Arbeitnehmer zur Bescheidenheit auf.

Politische Werbung, bislang Domäne der Parteien, ist zum Mittel der Auseinandersetzung im laufenden Tarifstreit geworden. In Kinos, privaten Radiostationen, in Anzeigen und auf Plakaten versuchen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die öffentliche Meinung für ihre Argumente im Verteilungskampf zu gewinnen.

Werbe-Star der Unternehmer ist der „Sägemann": Im Kino-Spot „Evolution" schiebt sich ein rotnasiger Wurm auf der Zeitachse vorwärts, ihm wachsen Beine, in rasender Folge wird er zum Saurier, Affen, Steinzeitmenschen, Wikinger und schließlich zu einem Menschen mit Säge auf dem Rükken. Dann sägt er den Konjunkturast ab, auf dem er sitzt, weil er sich auch ein Stück „von dem schönen Fortschritt abschneiden" will – das Publikum buht die Arbeitgeber aus.

„Abschneiden, wo es was zu holen gibt", sei eben „der Zeitgeist", sagt Robert Pütz, der Erfinder der neuen Werbefigur. Und gegen den geht es auch auf Plakaten: „Wir versägen unseren Wohlstand", erfährt da ein von Tomi Ungerer gestricheltes Männchen, „wenn wir überzogenen Lohnforderungen folgen." Falls die Arbeitnehmer das schließlich auch glauben sollten, rechnen sich die Kosten der Kampagne: Für jeden heruntergehandelten Prozentpunkt sparen die Unternehmer nach eigener Aussage rund 2,8 Milliarden Mark pro Jahr.

Die Arbeitnehmer werben zurück; der DGB beauftragte den Düsseldorfer Werber Werner Butter mit der Gegenpropaganda. Ergebnis: Seit zwei Wochen verleiht ein Marktschreier dreimal täglich in Privatsendern die „vergoldete Quarkschüssel für den größten Quark des Jahres" an die „deutschen Arbeitgeber", und die Gewerkschafter geben ihrerseits Nachhilfe in Ökonomie: Mehr Einkommen bedeute mehr Kaufkraft und daher eine belebtere Konjunktur. Logische Forderung: „Gutes Geld für gute Arbeit."



Arbeitgeber-Werber Gabriel
„Säg nicht am Ast, Ast, Ast"

TV-Darsteller George, Partnerin*: Aus den Schulzes werden Ewings

Das Bier „Berliner Pilsner" zum Beispiel, bislang Marktführer im Ostteil, wird nun zwar auch in der anderen Stadthälfte angeboten. Die Slogans „Mach' auf, was schmeckt" und „Geschmack auf Zack" klingen allerdings wie preußische Kasernenhoflosungen.

Aber vaterländische Töne sind angesagt, wenn es darum geht, Ostdeutschland vor dem endgültigen Niedergang zu retten. Da möchte auch Henkel mit dem „ersten gesamtdeutschen" Waschmittel „Spee" nicht hintanstehen. Wohl werden nach der Übernahme des Genthiner Werkes von 1300 Mitarbeitern erst einmal 900 entlassen. Doch geworben wird in Schwarz-Rot-Gold und mit dem Spruch: „Jetzt wäscht zusammen, was zusammen gehört."

Fernsehen

Zukunft verfehlt

Der dritte Teil der TV-Komödie Schulz & Schulz hebt ab: Dallas auf deutsch-deutsch.

Als die deutsche Geschichte noch mit Vereinigungstempo rannte, konnte man sicher sein: Wenn das Fernsehen mit Komödien den Ereignissen nachsetzte, ging es ihm wie dem unglücklichen Hasen – der Igel Realität war all da oder schon längst weiter.

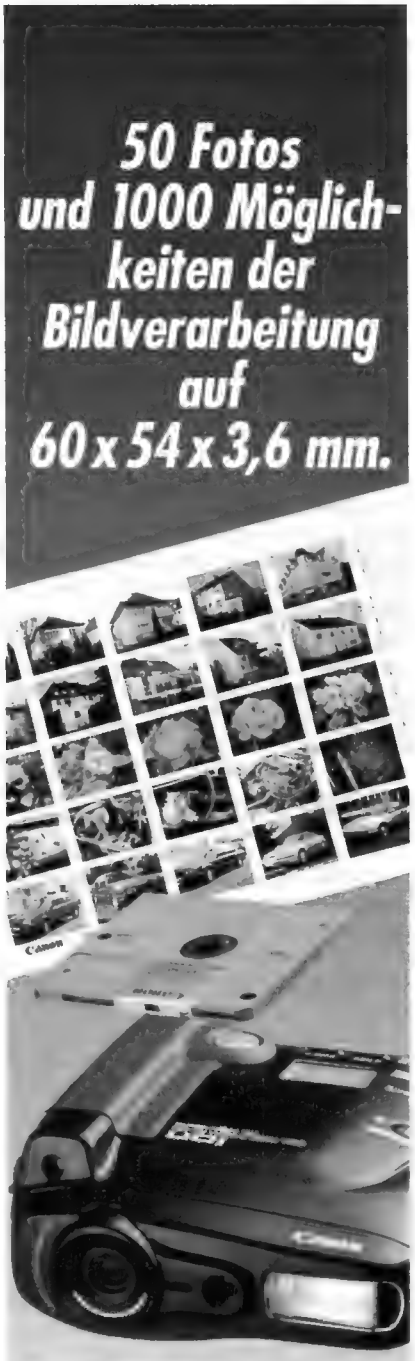
Die TV-Lustspiel-Autoren Krystian Martinek und Neithardt Riedel, die an diesem Montag um 19.20 Uhr (ZDF) in „Schulz & Schulz" Götz George zum dritten Mal als doppelt deutsches Lottchen durch die Freuden und Nöte der Vereinigung schicken, haben diese Erfahrung schon zweimal gemacht.

1987 erfanden sie das Zwillingspaar Schulz, bestehend aus Wolfgang (West), einem flotten Werbefuzzi, und Walter (Ost), einer redlichen Familienvater-Haut mit Wartburg, die in einem VEB-Schlampladen für Propaganda-Mittel als Grafiker schaffte. Der Plot: Dank totaler Verwechselbarkeit konnten die eineiigen Zwillinge durch Tausch der Pässe ungehindert auf Zeit die Identität tauschen – der Ossi tappte, von DDR-Grenzern unbehindert, in und durch die schnieke Westwelt, der Wessi mischte den dösigen Osten auf. Doch kaum war die Produktion abgeschlossen, fiel die Mauer. Die gewagte Drehbuch-Idee vom Cherchez l'identité über den Todesstreifen hinweg war über Nacht zum Schnee von gestern geworden.

Zwillings-Spiel zwo mit dem Hoffnung verheißenden Titel „Aller Anfang ist schwer" konnte die Geschichte auch nicht einholen. Da sah man, 15 Monate nach dem Mauerfall, eine Komödie, die noch mit der Einheitsbegeisterung und der Goldgräber-Euphorie in der Ex-DDR milde Späße trieb, als längst Katzenjammer herrschte.

Beim dritten Mal wollte sich das Autoren-Doppel Martinek/Riedel erkennbar nicht noch einmal vom Leben bestrafen lassen. Doch diesmal hat das Drehbuch-Duo wieder die Gegenwart

* Martina Gedeck.



(Canon Still-Video-System mit Indexprint)

Canon
Still-Video
Picture-Management

Das Hi-Tec-System zum Fotografieren, Präsentieren, Dokumentieren, Archivieren.

Detaillierte Informationen und einen Händlernachweis erhalten Sie von der Canon Euro-Photo GmbH, Siemensring 90–92, W-4156 Willich 1.

verfehlt – allerdings in Richtung Zukunft.

Sie ersannen eine Story so monströs und abenteuerlich, als läge Dallas in Vorpommern. Tief im wilden Osten lenken Alt-Genossen eine als „Medienforschungs GmbH" getarnte Schwarzgeld-Firma, residieren in prächtigen Büroräumen und tragen wie Mafiabosse millionenschwere Geldkoffer herum. Nur mit dem Wechsel vom Sächsischen ins Englische will es manchmal nicht klappen: „Thig Bink", sagt ein kahlköpfiger Ex-Parteigenosse, wenn er an ein großes Ding denkt.

Wird ein Drehbuch in Höhen geschrieben, gegen die möglichst keine Realität mehr ankommen soll, können auch die Hauptfiguren nicht mehr bleiben, was sie mal waren: Aus den deutsch-deutschen Schulzes werden nachgemachte Ewings, die sich noch raffiniertere Tricks ausdenken als die real reinkarnierte ostdeutsche Seilschafts-Oberschicht mit ihrer Schwarzgeld-Wirtschaft.

Dazu paßt, daß sich Westbruder Wolfgang so neurotisch und beziehungsgestört gebärdet wie der Dallas-Fiesling J.R. Vor der Prunkhochzeit in Stralsund mit seiner schönen Britta (Martina Gedeck) besäuft er sich so besinnungslos, daß ihn sein Ossi-Zwillingsbruder auf dem Standesamt doubeln muß – der Ost-West-Konflikt degeneriert zum Possenspiel.

Auf der Strecke bleibt, was die ersten beiden vom Sauseschritt der Geschichte abgehängten Sendungen ausgezeichnet hatte: die genaue Milieu-Schilderung, der witzige Scharfblick auf die Unterschiede zwischen Alltag Ost und Alltag West.

Bevor das Spiel ins Serien-Überall und -Nirgends abhebt, führt „Schulz & Schulz" immerhin einmal vor, wie das Stück gemeint ist: Da sieht man, wie die Nervosität des über Steuerunterlagen brütenden Stralsunder Schulz-Bruders und der neue Game-Boy-Fimmel seines Sohns ein besonders im Osten für unerschütterlich gehaltenes Ritual – Familie sitzt am Tisch und ißt gemeinsam Abendbrot – zur Verzweiflung der Mutter zersetzen.

Wo, weil es das Drehbuch so will, die Ost-West-Kontraste schwächer werden, bleibt auch für die famose Verwandlungskunst Georges immer weniger Bühne: Wenn der Ost-Bruder genauso tricky auftritt wie sein West-Ebenbild, mindert das die Lust am Bäumchenwechsle-dich-Spiel.

Ein dermaßen wiedervereinigter Götz George gerät dann nicht nur, wie es die Drehbuchautoren mit erhobenem Zeigefinger wollen, zur moralischen Negativ-Figur. Dem Komödianten widerfährt auch, was im deutschen Osten derzeit Alltag ist: Er scheitert.

Wissen kennt keine Schalterzeiten.

Unsere Zeit widmen wir Ihnen jetzt auch über die üblichen Öffnungszeiten hinaus – 71 Stunden in der Woche.

Denn mit dem HYPO-Info-Telefon☎ haben Sie unter der Telefon-Nr. 0130/838183 eine „Hot-Line" für Ihre aktuellen Fragen:

Montag bis Freitag von 8 bis 21 Uhr und Samstag von 10 bis 16 Uhr stehen Ihnen unsere Berater am Telefon zur Verfügung. Was Sie auch immer interessiert – von A bis Z. Von Anlagen bis Zero-Bonds – wir haben die richtige Antwort auf Ihre Fragen. Rufen Sie uns an.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Carola Raabe
HYPO-BANK

Die Russen kommen!

Ein Drama mit ungewissem Ende: 150 Millionen Menschen aus 100 Völkern versuchen einen neuen Anfang. GEO-Special beobachtet die vorsichtigen Gehversuche des Adels, das neue Selbstbewußtsein der Gläubigen und den sozialen Absturz der Bergarbeiter. Sie erfahren, was die Opfer des Gulag jetzt zu sagen haben, begegnen sibirischen Rentierzüchtern und entdecken den Zauber der Petersburger Schlösser. Neureiche Unternehmer verraten, wie man zu Geld kommt und die Mafia läuft wie geschmiert. Die Russen kommen – GEO-Special stellt sie Ihnen vor.

GEO-Special RUSSLAND

Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler

elbe-drei

Simpler Taschenspielertrick

Der Freispruch für die Sprint-Weltmeisterin Katrin Krabbe stürzte den internationalen Sport in ein Dilemma: Im Verfahren vor dem Rechtsausschuß des Leichtathletik-Verbandes wurden Beweise unterdrückt und falsche Tatsachen behauptet. Fieberhaft suchen Sportjuristen jetzt nach Möglichkeiten, das Urteil doch noch zu revidieren.

Sprinterin Krabbe, Verteidiger Rauball: Wie im drittklassigen Hollywood-Film

Die Bestellung, die am 10. Februar um 12.27 Uhr per Fax in der Londoner Firma Envopak Group Limited einging, sah nach einem Routinevorgang aus, obwohl der Absender um umgehende Auftragsbestätigung und exakte Festlegung der Lieferzeit bat: „Wir brauchen es sehr dringend."

Frans Stoele, der Manager des Niederländischen Zentrums für Doping-Angelegenheiten (NeCeDo), orderte für sein Institut 3000 Verpackungssiegel, Farbe rot, mit dem eingerahmten Firmenlogo und der laufenden Numerierung von 113 001 bis 114 000, 223 001 bis 224 000 und 333 001 bis 334 000. Die Londoner Firma, spezialisiert auf versiegelbare Verpackungsbehälter, belieferte den bekannten und autorisierten Kunden in den Niederlanden sofort.

Doch bereits sieben Tage nach der ersten Bestellung kam schon wieder ein Telefax aus Rotterdam. Der Auftraggeber dankte überschwenglich für die prompte Lieferung, doch seien die Siegel nicht so ausgefallen „wie erwartet". Logo und Zahlen hätten schwarz statt weiß aufgedruckt werden sollen. NeCeDo orderte noch einmal 3000 Siegel.

Beinahe unterwürfig versicherte Stoele, auch die Falschlieferung bezahlen zu wollen. Um „ganz sicherzugehen", fügte er eine Abbildung des Siegels bei, in die er die gewünschten Farben eintrug, und bat noch einmal nachdrücklich um Eile: NeCeDo wolle „seine Kontrolleure so gut wie möglich schulen".

Am vorletzten Samstag tauchten Siegel mit den Nummern 223 916, 223 928 und 223 936 überraschend in Deutschland auf – als Entlastungsbeweis im Verfahren vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) gegen die der Doping-Manipulation beschuldigten Leichtathletinnen Katrin Krabbe, Grit Breuer und Silke Möller.

Als agiere er in einem drittklassigen Hollywood-Film vor den Schranken eines Geschworenengerichts, zog der Anwalt der Weltmeisterin, Reinhard Rauball, mit großer Geste die kleinen, roten Plastikverschlüsse aus der Jackentasche und lieferte die Bewertung gleich mit: „Ich habe soeben den Beweis angetreten, daß man Siegel mit den Original-Code-Nummern jederzeit einfach nachmachen kann."

Es war nur die halbe Wahrheit: Rauball, 45, präsentierte keine nachgemachten, sondern echte Siegel. Der von ihm engagierte Gutachter, NeCeDo-Direktor Emil Vrijman, 29, hatte offensichtlich seine Position im holländischen Anti-Doping-Institut ausgenutzt, um über seinen Untergebenen Stoele und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen auf offiziellem Briefpapier die Siegel legal zu bestellen.

Rauballs simpler Taschenspielertrick („Die Siegel lagen plötzlich auf meinem Tisch") war wesentlicher Grund dafür, daß die größte deutsche Doping-Affäre auf unerwartete Weise beendet und die gesamte Sportrechtsprechung in Frage gestellt wurde: Krabbe, Möller und Breuer wurden wegen Form- und Verfahrensfehlern bei ihrer Doping-Kontrolle freigesprochen.

Eine bisher für undenkbar gehaltene große Koalition aus Athleten, Funktio-

MANFRED WOLTERS: ICH TRAGE EIN HÖRGERÄT.

„Probleme mit dem Hören hatte ich schon von klein auf. Aber so richtig bewußt geworden ist mir das erst, als ich deswegen einen Job nicht bekommen habe. Das war für mich so eine Art Schlüsselerlebnis.

Gleich nach der Meisterprüfung – ich bin gelernter Schriftsetzerlehrmeister – habe ich mich um eine Stelle als Berufsberater beim zentralen Arbeitsamt in Rheine beworben. Es waren insgesamt viele Bewerber, deshalb

mußten wir eine Einstellungsprüfung absolvieren. Die mußte ich wohl so gut abgelegt haben, daß man an einem weiteren Gespräch interessiert war.

Und nun stellen Sie sich mal vor, Sie sitzen da in einer Reihe mit zehn anderen Kandidaten. Ihnen gegenüber die Damen und Herren der Einstellungskommission, die nun darüber entscheiden wird, wer von uns die freie Stelle bekommen soll.

Dann kam der peinliche Moment: Einer der Herren stellte mir eine Frage. Ich verstand sie nicht und mußte nachfragen. Der Mann wiederholte seine Frage, aber ich habe wieder nichts verstanden. Tut mir leid, sagte ich, ich habe Ihre Frage akustisch nicht verstanden. Für den Mann war ich durchgefallen. Der soll nachher angeblich gesagt haben: Ein Schwerhöriger im Öffentlichen Dienst – undenkbar! Hätte ich damals ein Hörgerät gehabt, wäre das bestimmt ein interessanter Beruf für mich geworden.

Mir wurde also klar, ohne Hörgerät kommst du einfach nicht mehr aus. Und als ich dann das erste bekam, war das wunderbar! Das war wie eine Wiedergeburt! Ich hörte wieder die Vögel zwitschern, die Bäume im Wind rauschen, das Knarren der Stämme. Das war ja vorher alles tabu für mich, die Welt war stumm. Nur laute Geräusche kriegte ich mit: Autos, Flugzeuge, Rasenmäher...

Zuerst habe ich es heimlich getragen, unter der Mähne versteckt, wie es damals glücklicherweise gerade Mode war. Die reine Eitelkeit! Das war vielleicht anstrengend. Immer zu gucken, wie setze ich mich am besten hin, damit mein Gegenüber den Mann im Ohr nicht sieht. Aber seitdem ich das Im-Ohr-Hörgerät habe, verheimliche ich es nicht mehr. Und ich muß sagen, ich lebe phantastisch damit.

Ich bin Verkaufsberater in einer großen Druckerei, viel im Außendienst unterwegs.

Früher habe ich zehn Jahre lang im Kirchenchor gesungen, später auch als Baß in den Aufführungen der Tecklenburger Freilichtbühne. Ohne Hörgerät wäre das absolut nicht drin gewesen. Vor zwölf Jahren habe ich mit der Blechbläserei angefangen. Zuerst mit der Zugposaune, und seit einer Weile spiele ich in unserem Posaunenchor die Tuba. Da habe ich noch ein paar Probleme, was die Lautstärke angeht. Wenn der Dirigent piano sagt oder forte, wieviel piano oder forte muß ich dann geben?

Heute stehe ich im öffentlichen Leben, mehr denn je. Aber ohne mein Hörgerät hätte ich so einen Lebensweg nicht gehen können."

Manfred Wolters ist 46 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Seine Hörgeräte hat er von einem Hörgeräte-Akustiker mit diesem Zeichen:

? BESSER HÖREN

EINE ANZEIGE DER FÖRDERGEMEINSCHAFT GUTES HÖREN, WILLIBALDSTRASSE 7, D-8508 WENDELSTEIN.

nären, Politikern und Sponsoren versucht jetzt, den Schaden zu begrenzen.

Denn der Spruch des ehrenamtlich tätigen Verbandsjuristen Günter Emig, 55, im Hauptberuf Fachmann für Flurbereinigung im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium, hat ungeahnte Weiterungen. Bleibt Emigs Spruch bestehen, hält künftig kein Doping-Test einer juristischen Überprüfung stand. Ignoriert aber, was viele Experten erwarten, der Leichtathletik-Weltverband (IAAF) den nach handfester Beweisunterdrückung zustande gekommenen Freispruch, ist eine Diskussion um Legitimation und Grenzen der Sportgerichtsbarkeit unausweichlich.

Den Wandel des internationalen Spitzensports vom reinen Wettkampfvergnügen zu einem weltweit boomenden Unterhaltungsbetrieb haben nicht alle Institutionen mitgemacht. Wo Mediziner, Trainer und Athleten nach modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten, handeln die Rechtsorgane der Sportverbände nach überkommenen Statuten, die dann auch noch häufig von überforderten Freizeitjuristen angewandt werden.

Ein vor zwei Jahren abgeschlossenes Forschungsprojekt des Instituts für Internationales Recht der Universität München ergab, „daß manche Regelung in Sportsatzungen mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht zu vereinbaren ist". Angesichts einer fehlenden „wasserdichten rechtlichen Basis", sagt Professor Christoph Vedder, einer der Projektleiter, müßte die entscheidende Instanz mit unabhängigen und qualifizierten Juristen besetzt sein, die „mit Fingerspitzengefühl den ganzen Fundus der rechten Möglichkeiten nutzen".

Bei internationalen Streitfällen – vom Doping-Fall der Schweizer Langläuferin Sandra Gasser bis hin zum Bootskrieg der America's-Cup-Segler – korrigierten immer wieder ordentliche Gerichte die Verbandsrechtsprechung. Vermutlich zieht der Frankfurter Fußball-Profi Andreas Möller, den der Fußball-Weltverband nach Vertragsstreitigkeiten Juventus Turin zusprach, als nächster prominenter Sportler gegen seinen Verband vor ein Zivilgericht.

Noch nie aber wurde die Überforderung eines Verbandsrichters so klar wie im Fall Krabbe. Als Emig bei Rauballs Präsentation der Siegel zaghaft fragte, woher die Siegel stammten, beschied ihn Rauball: „Das spielt hier keine Rolle." Und als Emig bemerkte, daß die Farbe nicht mit den erbrochenen Original-Siegeln übereinstimmte, sagte der Krabbe-Anwalt kurz: „Darauf kommt es gar nicht an."

Hilflos gegenüber Rauballs rhetorischem Geschick suchte der Landesbeamte Emig sein Heil bei einem in Verwaltungsstreitigkeiten gängigen Motto: Ein

„Ein lebendes Depot"

Die unterdrückten Beweise im Fall der Sprinterinnen Krabbe und Breuer

Der „wissenschaftliche Beweis" war im Fall Krabbe nicht gefragt. Als der Kölner Doping-Analytiker Professor Manfred Donike vor dem DLV-Rechtsausschuß seine Auswertungen offenlegen wollte, hielt das der ausschließlich auf Verfahrensfehler fixierte Verwaltungsjurist Günter Emig für überflüssig.

So blieb bei der Urteilsfindung ein weiteres schwerwiegendes Indiz unberücksichtigt: Der Urin der Sprinterinnen Katrin Krabbe und Grit Breuer war nicht nur, wie bislang bekannt, bei zwei Proben identisch – sondern gleich dreimal.

Der Kölner Biochemiker hat für alle in seinem Labor geprüften Urinproben der beschuldigten Athletinnen seit dem 12. April 1991 den sogenannten Steroid-Quotienten ermittelt, der das Verhältnis von Androsteron (AN) und Etiocholanolon (ET) angibt – eine Art hormoneller Fingerabdruck, der für jeden Menschen ganz individuell ausfällt. Die Wahrscheinlichkeit, daß bei zwei Menschen dieser Steroid-Quotient bei zur gleichen Zeit abgenommenen Urinproben identisch ist, ist um ein Vielfaches geringer als die eines Lotto-Volltreffers.

Dennoch waren die Werte von Krabbe und Breuer gleich bei zwei Proben, am 22. Juli und 1. August 1991, während ihrer WM-Vorbereitung im Trainingslager von Zinnowitz deckungsgleich. Bei der Trainingskontrolle am 24. Januar im südafrikanischen Stellenbosch wies zusätzlich noch Silke Möller den Wert von Krabbe und Breuer auf.

Besonders aus dem Kurvenverlauf der Werte von Katrin Krabbe kann auf eine kontinuierliche Manipulation bei der Urinabgabe geschlossen werden. Bei den unbeanstandeten Proben erreichte sie stets Werte über 1,0, einen Monat vor Zinnowitz lag ihr Quotient gar bei 1,62. Aber beim Training für die Weltmeisterschaft in Tokio – in der Ex-DDR galt eine solche Phase als besonders dopingintensive unmittelbare Wettkampfvorbereitung – sackte Krabbes Steroid-Quotient medizinisch unerklärbar weit ab (siehe Grafik).

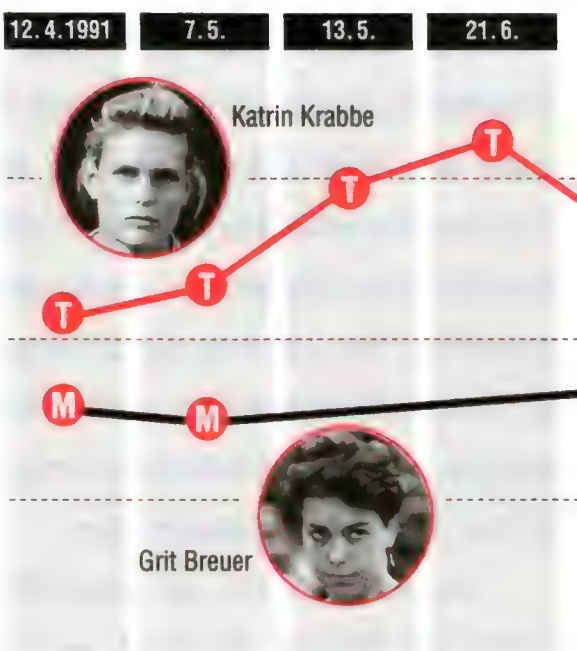
Auffällig wurden die Läuferinnen auch durch die scheinbar belanglose Angabe der benutzten Anti-Baby-Pille. Katrin Krabbe vertraute monatelang der Marke Trisiston, Grit Breuer setzte auf Minisiston – beides Pillen aus der Produktion der Ex-DDR. Doch immer dann, wenn die Identität des Urins festgestellt wurde, hatten die Läuferinnen angeblich mit Gravistat verhütet – ebenfalls ein Mittel der einst volkseigenen Jenapharm.

Diese auffälligen Wechsel, für Donike ein weiteres Indiz für Manipulation durch die Athletinnen selbst, erklärten die Neubrandenburgerinnen mit „trainingsmethodischen Gründen". Donike erkundigte sich daher beim ehemaligen Sportmedizinischen Dienst der DDR und notierte für die Verfahrensakte:

> Es gibt keinen schriftlichen Beleg in den bekannt gewordenen DDR-Dokumentationen, daß Ovulationshemmer als leistungssteigernd anzusehen sind und daß insbesondere Gravistat als leistungssteigernd empfohlen wurde. Gravistat enthält eine geringfügig höhere Dosierung an Ethinylestradiol, ein Östrogenderivat. Östrogenderivate werden als nachteilig für die Leistungsfähigkeit insbesondere bei hohen Belastungen angesehen.

Die These einer Selbst-Manipulation wird noch gestützt durch spezifische Angaben von Katrin Krabbe: Sie will innerhalb von zwei Menstruationsperioden zunächst das westdeutsche Präparat Diane genommen haben, dann in Stellenbosch zu Gravistat gewechselt und anschließend wieder zu Diane zurückgekehrt sein. Dabei ist nur der Wechsel zu

DAS URIN-WUNDER:



Diane erklärbar – diese Pillen werden Frauen empfohlen, die zu starker Aknebildung neigen. Akne wiederum blüht besonders nach Anabolika-Konsum.

Donikes These, „daß der Urin, der in Köln ankam, in Stellenbosch abgegeben“ und nicht nachträglich manipuliert worden ist, stützt sich zum einen auf den Zustand der Urinproben, zum anderen auf die von allen angegebene Malariaprophylaxe mit Chloroquin. Über diese Punkte heißt es in den Akten:

> Chloroquin ist ein Wirkstoff, der nur sehr langsam resorbiert wird. Bevor Konzentrationen von Chloroquin im Urin erscheinen, die den in den Urinproben von Stellenbosch festgestellten entsprechen, vergehen mindestens 7 Stunden. Die Höhe der Metabolitenkonzentration wird erst nach weiteren Stunden erreicht.
>
> Ein weiteres Argument gegen irgendeine Manipulation auf dem Transportweg ist das Aussehen des Urins und die Eigenschaften des Sediments. Laut mikroskopischer Untersuchung bestand das Sediment neben Urinsalzen aus Bakterien. Ein solch starker Bakterienbefall läßt sich nicht innerhalb weniger Stunden erzeugen.

Daraus ergibt sich, daß der von Emig für wahrscheinlich erachtete unbekannte Manipulator des Urins nicht nur über seherische Fähigkeiten, sondern auch über eine besondere Kaltblütigkeit verfügt haben muß.

Unter vier Proben hätte er zielsicher durch die Verpackung hindurch die Flaschen mit den Kodenummern G1 3/9 (Krabbe), B1 3/9 (Breuer) und D1 3/9 (Möller) herausfinden und die Siegel knacken müssen. Nach dem Studium der beigefügten Testprotokolle hätte dann eine Frau die Anti-Baby-Pille Gravistat und das Malariamittel Chloroquin schlucken müssen. Nach rund zwölf Stunden hätte die Spenderin 360 Milliliter Urin abgeliefert, der zudem noch einen halben Tag offen aufbewahrt und erst dann hätte abgefüllt werden können.

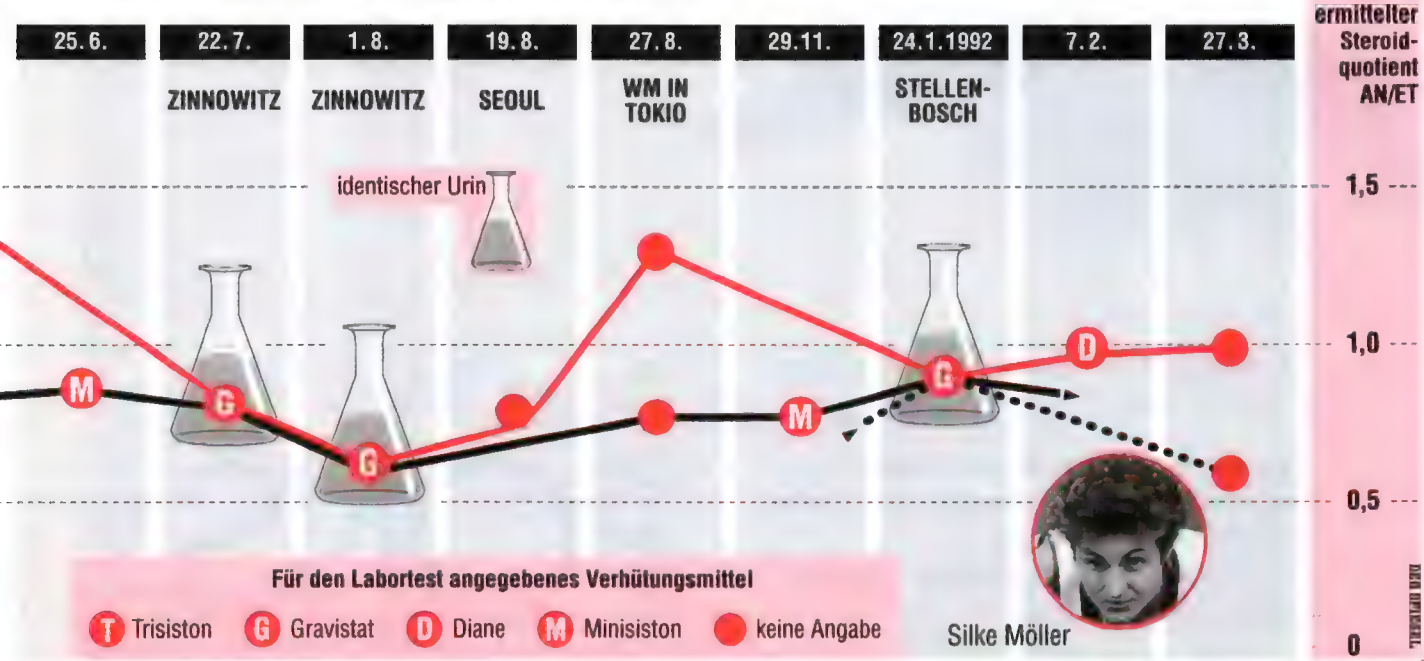
Das gesamte Täuschungsmanöver wäre also an einem Tag gar nicht zu erledigen gewesen, der Manipulator hätte sich zudem zweimal Zutritt zu den Proben verschaffen müssen. Daher kommt Donike zu dem Schluß: „Es gibt ein lebendes Depot.“ Der Biochemiker grenzt die Person dann weiter ein:

> 1.) Der unterschobene Urin stammt von einer Frau.
>
> 2.) Der Urin ist in charakteristischen Parametern so unterschiedlich, daß er nicht von in Frage kommenden Athletinnen stammen kann.
>
> 3.) Der Urin stammt infolgedessen von einer Frau, die ebenfalls mit der Trainingsgruppe Springstein trainiert oder zum Umfeld zählt. Zum Umfeld zählen in dem Falle auch die Personen, die in Südafrika waren.

Durch weitere Quervergleiche von Athletenproben kann Donike ausschließen, daß der ominöse Urin von den Läuferinnen Sigrun Grau oder Manuela Derr stammt, die zusammen mit Krabbe, Breuer und Möller in Stellenbosch trainierten. Zunächst war Staffel-Europameisterin Derr als „Depot“ verdächtigt worden, da ihre Urinprobe vom 22. Juli 1991 ebenfalls mit der von Krabbe und Breuer weitgehend übereingestimmt hatte. Nach Aktenlage ist als allzeit bereite Urinspenderin jetzt nur noch eine weibliche Person, auf die alle Verdachtsmomente zutreffen, erkennbar: Conny Springstein, die Frau des Krabbe-Trainers Thomas Springstein, die in Stellenbosch ebenfalls dabei war.

Verbandsjurist Emig, Zeuge Donike
Analysen nicht gefragt

DREIMAL ÜBEREINSTIMMENDE PROBEN



Sie genießen die Stunden in den Jugendstil-Bädern von Budapest.
Sie kennen die unberührten Gegenden, wo die Pußta noch Pußta ist.
*De tud-e Ön Jánosnál az ő nyelvén pörköltet rendelni?**

Aber können Sie bei Janosch ein Gulasch in seiner Sprache bestellen?

Man spricht PONS: Die neuen Reisewörterbücher mit mehr als 5000 Stichwörtern, typischen Redewendungen, übersichtlicher Kurzgrammatik, praktischen Reisetips.
Auch als Box mit Cassette oder CD und Begleitheft erhältlich.
Ab sofort, wo es gute Bücher gibt.

Der neue Reise-
PONS

BSS Saatchi and Partners

Verfahrensfehler macht die unbequeme Erörterung des Sachverhalts überflüssig.

So folgte Emig in seiner Urteilsbegründung willig der Rauballschen Verteidigungsstrategie:

- ▷ Er vermißte „die Rechtsgrundlage für die Probe von südafrikanischen Kontrolleuren" – sie ist eindeutig in den Statuten des Weltverbandes zu finden.
- ▷ Im Kontrollraum habe sich „eine unbefugte Person befunden" – es war Conny Springstein, die Ehefrau des Krabbe-Trainers.
- ▷ Ein „Ersetzen der Siegel" sei problemlos möglich gewesen – die Ersatzbeschaffung dauerte jedoch sechs Wochen, die Proben aber waren nur knapp 100 Stunden unterwegs.

die Athletinnen selbst (siehe Seite 278) vortragen durfte. Auch ließ er die Befragung eines Gynäkologen über die Täuschungsmöglichkeiten mittels in der Vagina versteckter Plastiksäckchen nicht zu.

Das durch das Urteil offenkundige Dilemma, nun einen falschen Spruch revidieren zu müssen, haben sich die Funktionäre selbst zuzuschreiben. Emigs Rechtsausschuß ist erste und letzte Instanz zur Überprüfung von DLV-Verbandsbeschlüssen – ein Verfahren, das den rechtsstaatlichen Mindestanforderungen in keiner Weise genügt.

Eilig versucht der Deutsche Sportbund (DSB) jetzt, den Instanzenmangel zu heilen. Am letzten Freitag beschloß das DSB-Präsidium, eine Sondersitzung ein-

Dopingverdächtigte Läuferinnen*: „Freispruch ist eine Ohrfeige"

- ▷ Die Tasche, in der die versiegelten Proben transportiert wurden, sei selbst nicht versiegelt gewesen – das verlangen die DLV-Vorschriften auch gar nicht.
- ▷ Im Labor seien die Proben von einer „untergeordneten Hilfskraft" geöffnet worden – die Öffnung der B-Probe aber, die mit der A-Probe absolut übereinstimmte, beobachteten zwei Wissenschaftler und zwei Juristen.

Entsprechend seinem selbsterteilten Auftrag („Die Suche nach einem Vergleich entspricht dem Geist des Sports") verhinderte Emig zusammen mit Rauball, daß der Kölner Doping-Analytiker Professor Manfred Donike seine Beweiskette für eine Manipulation durch zuberufen, die über die Einrichtung eines unabhängigen Schiedsgerichts für alle Verbände beraten soll.

Die Urteilsschelte der internationalen Medien reichte von „Possenspiel" *(Gazzetta dello Sport)* bis hin zu „Fiasko" *(Neue Zürcher Zeitung)*. Die Pariser Sportzeitung *L'Equipe* urteilte gar: „Eine Ohrfeige für alle, die dafür kämpfen, daß der Sport von der Perversion des Doping befreit wird."

Politiker wie Innenminister Rudolf Seiters forderten zu „rechtlichen Konsequenzen" auf. Und Wilhelm Schmidt, der Sportpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sah bereits den „amateurhaft geführten und organisierten Spitzensport am Ende".

Die anhaltenden Negativschlagzeilen haben auch die Sponsoren weiter verschreckt. Der Computer-Riese IBM dis-

* Grit Breuer, Katrin Krabbe, Silke Möller, Manuela Derr beim Training in Neubrandenburg.

KLEINE ENZYKLOPÄDIE
DER RECYCLING-PAPIERE (18)

Re|cy|cling-Pa|pier. Reines Sekundärfaser-Papier, das nach deutscher Definition aus 100% wiederaufbereitetem Altpapier besteht. Grafische Recycling-Papiere entlasten die Umwelt, die Deponien und schonen die Ressourcen.

Steinbeis Temming Recycling-Papiere bestehen aus 100% Altpapier. Das garantieren wir Ihnen mit Brief und Siegel.

Mehr über das neue Papier aus Papier erfahren Sie von Steinbeis Temming, Europas führendem Hersteller von Recycling-Papieren. Schreiben Sie uns. Wir senden Ihnen dann die „Kleine Enzyklopädie der Recycling-Papiere". Postwendend und kostenlos.

Coupon SP 16

Ja, senden Sie mir bitte die kleine Enzyklopädie der Recycling-Papiere.

Name

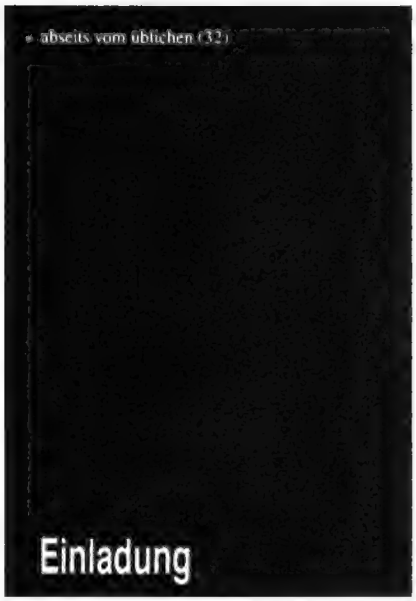
Straße

PLZ/Wohnort

Steinbeis Temming Papier
GmbH & Co
Postfach 1155
W-7121 Gemmrigheim

STEINBEIS TEMMING
PAPIER GMBH & CO

Das neue Papier aus Papier



zum Saitensprung

SAUTER

Pianos · made in Baden-Württemberg

Prospekt und
Vertretungsnachweis über:

Carl Sauter
Pianofortefabrik GmbH
Postfach 1359
Max-Planck-Straße 20
D-7208 Spaichingen
Tel.: 0 74 24 - 7 00 20
Fax: 0 74 24 - 70 02 38

Doping-Gegner Mögenburg
„Notfalls Beschattung . . .

Doping-Gegnerin Henkel
. . . durch Privatdetektive"

kutierte in der vergangenen Woche sein gesamtes Konzept zur Sportförderung, stellte sogar sein Engagement bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft 1993 in Stuttgart in Frage. Der Präsident des Deutschen Kommunikationsverbandes, Werner Ludwig, wertet den merklichen Rückzug der Industrie aus dem Sponsoring „als deutliches Alarmzeichen für die Spitzenorganisationen des Sports".

Trotz ständig intensivierter Doping-Kontrollen – in diesem Jahr werden allein 5000 Trainingstest mit einem Kostenaufwand von rund 1,5 Millionen Mark angestrebt – konnte der Imageverfall nicht gestoppt werden: Der Hochleistungssport steht sogar noch schlechter da als unmittelbar nach der Aufdeckung der deutschen Doping-Praktiken vor zwei Jahren.

Das Emig-Urteil hat auch die Gräben zwischen den Athleten neu aufgerissen. Diejenigen, die vehement für einen dopingfreien Leistungssport streiten, verlangen noch lauter nach effizienten, juristisch unanfechtbaren Kontrollen.

Immer wieder fallen die Prüfer durch Nachlässigkeiten bei den Tests auf: Mal haben die Proben zu lange in der Sonne gestanden, mal waren sie über eine Woche unterwegs (eine Krabbe-Probe beispielsweise neun Tage), ehe sie im Labor ankamen. Und hartnäckig vermuten westdeutsche Sportler, die Kontrolleure der ostdeutschen TÜV-Tochter „German Control" würden in den neuen Bundesländern bewußt schlampig arbeiten.

Notfalls, forderte Hochspringer Dietmar Mögenburg, müßten verdächtige Kollegen „durch Privatdetektive" beschattet werden.

Andere, wie die Leichtathletik-Aktivensprecherin Gabi Lesch und die Hochsprung-Weltmeisterin Heike Henkel, schlossen sich am vergangenen Freitag zu einer Schutzorganisation zusammen, die mit Hilfe eines Anwalts verhindern soll, daß die sauberen Athleten in den Medien weiterhin mit Doping-Sündern „in einen Topf geworfen werden".

Der Mut, jetzt vor ordentliche Gerichte zu ziehen, kommt nicht von ungefähr. Wann immer sich in den letzten Monaten Zivilgerichte mit Doping-Vergehen beschäftigten, wurden die Sachverhalte klarer: Viele Freisprüche durch die Verbandsorgane wurden durch Verurteilungen im Gerichtssaal wertlos.

In Bochum, Dortmund, Berlin, Dresden und Leipzig laufen noch Strafermittlungen durch die Staatsanwaltschaft gegen Trainer, Ärzte und Funktionäre wegen Mittäterschaft im Doping-Sumpf. Der ehemalige Diskus-Bundestrainer Karlheinz Steinmetz und der ehemalige Kugelstoß-Meister Kalman Konya müssen Anklagen wegen uneidlicher Falschaussagen vor Richtern oder Ermittlungsbehörden fürchten.

Die Verärgerung einiger Athleten über den Freispruch ist für Katrin Krabbe unbegreiflich. Als am Freitag auch die IAAF die internationale Startberechtigung vorläufig bestätigte, war sie sich „sicher, daß alle ehrlichen Leichtathleten jetzt aufatmen werden".

Doch Krabbes Freiheit, zu laufen, wo und gegen wen sie will, ist zeitlich begrenzt. Die IAAF ist offensichtlich entschlossen, die in Deutschland freigesprochenen Läuferinnen durch einen Beschluß des Verbandsrates international zu sperren, um die Vorwürfe dann durch das unabhängige Schiedsgericht des Weltverbandes überprüfen zu lassen. Das Gremium, in dem auch der Münchner Professor Vedder mitwirkt, wurde am letzten Freitag bereits einberufen.

Dienstleistungsunternehmen der HAUPTSTADT BERLIN

Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH · Telefon (0 69) 4 05 86–0. Telefax (0 69) 4 05 86–111. Telex 4 12 532 PRFFM D

In Zukunft Futura

In Kenntnis der besonderen Eigenschaften des ostdeutschen Marktes präsentiert sich die Futura Werbeagentur GmbH Berlin als kompetenter Ansprechpartner für westdeutsche Unternehmen mit Expansionstendenzen in Ostdeutschland.

Etabliert am Idealstandort Berlin, realisieren die 16 Mitarbeiter der Full-Service-Agentur jede Problemlösung unter entsprechender Würdigung der ostdeutschen Mentalität und des spezifischen Konsum- und Kaufverhaltens. Aus der Gesamttätigkeit haben sich inzwischen 5 Profitcenter herauskristallisiert: Verkaufsförderung, Außenwerbung, Messegestaltung, Tourismuswerbung sowie Veranstaltungen.

Futura Werbeagentur GmbH Berlin
Boxhagenerstraße 18, 0-1034 Berlin
Tel.: 0 03 72 - 5 80 72 55, Fax: 5 89 40 64
Funktelefon: 01 61 - 2 44 16 70

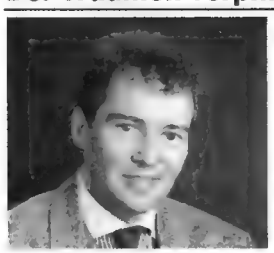
Dauerhafte Integration

Mit langfristig angelegter Betriebsberatung, Kontakterhaltung zu den Arbeitsämtern sowie persönlicher Betreuung vor Ort leistet der Fachdienst Integrations-Beratung Berlin (FIBB) einen wissenschaftlich begleiteten, wichtigen Beitrag zur dauerhaften Integration von sozial Benachteiligten, Langzeitarbeitslosen und Behinderten in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen des ersten Arbeitsmarktes.

FIBB ist ein Projekt des Instituts für Sozialforschung und Betriebspädagogik e.V. (ISB), das sich seit der Gründung im Jahre 1979 schwerpunktmäßig mit der Entwicklung und Erprobung von praxisbezogenen Fortbildungs- und Beratungskonzepten beschäftigt.

Fachdienst Integrations-Beratung Berlin
Keithstraße 10, W-1000 Berlin 30
Tel.: 0 30 - 2 13 80 43, Fax: 0 30 - 2 11 47 19

Der Tradition verpflichtet



Pflegt den Stil des Hauses: A. Caesar Behrendt

Auf eine langjährige Tradition kann A. Caesar Behrendt zurückblicken: Bereits 1888 gründete sein gleichnamiger Urgroßvater das renommierte, bis heute im Familienbesitz befindliche Unternehmen; sein Großvater gehörte zu den Mitgründern des Rings Deutscher Makler (RDM).

Die Gepflogenheiten der ältesten Immobilienfirma Berlins werden auch in der 4. Generation fortgeführt. Hauptsächlich befaßt man sich mit der Vermittlung von Villen, Eigentumswohnungen, Mietshäusern in bevorzugter Lage und anderen Exklusivobjekten. Mit dem Schwerpunkt Großraum Berlin erfolgt die Akquisition bundesweit, wobei nicht selten die Stammkunden des Hauses bereits seit mehreren Generationen betreut werden – Tradition verpflichtet.

Artur Caesar Behrendt Immobilien KG
Landshuter Straße 1, W-1000 Berlin 30
Tel.: 0 30 - 8 81 38 90, Fax: 0 30 - 8 81 82 72

Fachmakler für vermietete Eigentumswohnungen

Ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Verkäufer, Makler, Mieter und Interessent ist für Eva-Maria Schülke, geschäftsführende Alleingesellschafterin der Blatz Immobilien GmbH, die ideale Basis einer erfolgreichen Geschäftsbeziehung.

Die seit 16 Jahren in der Grundstücksbranche tätige Maklerin hat den Schwerpunkt ihrer Firma auf die Vermittlung vermieteter Eigentumswohnungen zur Kapitalanlage in Berlin gesetzt. Nachdem die Preise für freie Wohnungen in der alten und neuen Hauptstadt förmlich „explodiert" sind, bleibt der Erwerb einer bereits vermieteten Einheit zu einem Durchschnittspreis von ca. DM 2.500 pro qm Wohnfläche – trotz relativ fester Mieten – langfristig hochinteressant. Wird die erworbene Wohnung frei, steht sie zwecks Selbstnutzung zur Verfügung oder kann zu einem attraktiven Marktpreis weiterveräußert werden. Da die allgemeine Nachfrage bezüglich derartiger Immobilien stark angestiegen ist, zeigt Blatz Immobilien ständiges Interesse für neue Objekte.

Als zweites Fachgebiet wird das Maklerbüro ab Juli '92 den Vertrieb von Eigentumsmaßnahmen (mit und ohne Förderung) im Berliner Umland übernehmen. Aufgrund ihrer eigenen fundierten Kenntnisse sowie die ihrer Mitarbeiter intensiviert Eva-Maria Schülke in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Bauträgern, die Neubaumaßnahmen im aufblühenden Umfeld der expandierenden Stadt planen.

Diplom-Immobilienwirt Eva-Maria Schülke, geschäftsführende Gesellschafterin der Blatz Immobilien GmbH

Blatz Immobilien GmbH
Nachodstraße 19, W-1000 Berlin 30
Tel.: 0 30 - 2 11 00 89, Fax. 0 30 - 2 11 52 92

Harmonie am Arbeitsplatz

Büroeinrichtung mit System

Nur ein Mensch, der sich an seinem Arbeitsplatz rundum wohl fühlt, kann auch eine 100%ige Leistung erbringen.

Unter diesem Aspekt widmet sich die Firma „office" einrichten mit system handelsgesellschaft mbH POHLSCHRÖDER der harmonischen Gesamtabstimmung des modernen Arbeitsplatzes. Während der umfassenden Beratung und Planung bildet stets der Mensch den Mittelpunkt, das Ausstattungskonzept strebt jeweils die optimale Verknüpfung von Funktionalitität, Ergonomie und Ambiente an. Somit erfolgt die Konstellation, Auslieferung und Montage der Büroeinrichtungen in idealer Weise – mit Systemmöbeln.

„Office" einrichten mit system
handelsgesellschaft mbH POHLSCHRÖDER
Bundesallee 220, W-1000 Berlin 15
Tel.: 030-8929066, Fax: 030-2112010

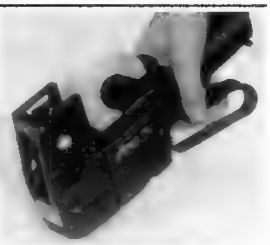
Analytik von Lebensmitteln und Wasser-Umweltproben

Analyse per Gas-Chromatograph (HRGC)

Seit 1983 befaßt sich das akkreditierte Institut Dr. E. Kirchhoff mit chemisch-analytischen Untersuchungen von Lebensmitteln, Wasser- und Umweltproben sowie mit der Altlastenerkundung in Berlin/Brandenburg. Dem engagierten Team steht eine Vielzahl von modernen Meßgeräten für die Spurenanalytik zur Verfügung.

Institut Dr. E. Kirchhoff Berlin
Albestraße 4, W-1000 Berlin 41
Tel.: 0 30 - 8 52 70 50, Fax: 0 30 - 8 59 27 43

Ausgezeichnete Preise



Individuelle Preisauszeichnung

Ein- und mehrzeilige Hand-Preisauszeichner, kundenspezifische Gestaltung von selbstklebenden Preis-, Schmuck- und Werbeetiketten sowie der Vertrieb von Kassenrollen sind das Metier von Bernd Kriegel. Ausführliche und individuelle Kundenberatung mit Muster-Sammlung findet jeweils vor Ort statt.

Bernd Kriegel Preisauszeichnung
Am Karpfenpfuhl 6, W-1000 Berlin 37
Tel.: 0 30 - 8 17 90 48, Fax: 0 30 - 8 17 96 72

Die Oase in Berlin

Einen idealen Standort bietet das First-Class-Hotel Seehof: zentral und dennoch ruhig am Lietzensee gelegen, in „Ku-Damm"-Nähe und mit optimaler Autobahn- und Verkehrsmittel-Anbindung. Luxuriöse Gesamtausstattung, Konferenzräume mit Terrassenzugang sowie zahlreiche Freizeiteinrichtungen gewährleisten einen angenehmen Aufenthalt.

Hotel Seehof Berlin, Lietzensee Ufer 11,
W-1000 Berlin 19, Tel.: 0 30 - 32 00 20

Gut beschlagen in Beschlägen

Alwin Schütze, Metallrestaurator

Mit der individuellen Restaurierung und Ergänzung von Bau- und Möbelbeschlägen befaßt sich das Kunststudio Bormann-Schütze, in dessen Räumen sich eine Ausstellung von ca. 3000 Modellen befindet. Darüber hinaus werden auch Uhren, Schmuck, Tafelsilber und Kleinskulpturen detailgetreu aufgearbeitet und hergestellt.

Kunststudio Bormann-Schütze, Landauer Str. 9,
W-1000 Berlin 33, Tel.: 0 30 - 8 21 54 54

Dienstleistungsunternehmen der HAUPTSTADT BERLIN

Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH · Telefon (0 69) 4 05 86–0. Telefax (0 69) 4 05 86–111. Telex 4 12 532 PRFFM D

Qualitätsdruck seit 1919

Lentz Druck in Berlin-Kreuzberg

Ob es sich um Offset, Farbdruck, Endlosdruck, Rollenoffset, Fotosatz oder um Repro-Herstellung handelt – die flexible, vielseitige Firma Lentz Druck vermochte während der 73 Jahre ihres Bestehens stets durch die Qualität ihrer Produktionen überzeugen. Der Spezialist für Kataloge, Prospekte und Kunstkalender sorgt darüber hinaus auch für Entwurf und Ausarbeitung von Drucksachen, wobei der Einsatz von eigens entwickelten Spezialmaschinen den innovativen Charakter des Unternehmens betont. Im Zuge der Expansion ist bei Lentz eine beträchtliche Erweiterung der Produktionsflächen bis Ende 1992 geplant.

Lentz Druck
Prinzessinnenstraße 26, W-1000 Berlin 61
Tel.:0 30 - 6 14 30 15, Fax: 0 30 - 6 14 50 92

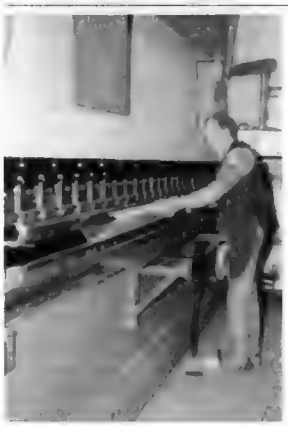
Dolce vita in Tegel

Michael Przymusinski, Geschäftsführer

Täglich frisch produziert – nach altitalienischen Rezepten – werden die bis zu 50 verschiedenen Eissorten im Eiscafé Tegel. Dabei verzichtet Rosemarie Przymusinski, Inhaberin des seit Jahrzehnten bekannten Traditionsbetriebes, auf jegliche Chemie oder Konservierungsstoffe; es kommen ausschließlich Naturprodukte zur Anwendung. Neben speziell für Diabetiker hergestellten Eissorten beinhaltet das kulinarische Gesamtangebot auch diverse Kaffeespezialitäten, Kuchen sowie zahlreiche Longdrinks.

Eiscafé Tegel, Alt Tegel 8
W-1000 Berlin 27, Tel.: 0 30 - 4 34 59 29

Blech nach Maß



Computergesteuerte Blechabkantung

Mit Flexibilität in der Produktion und kürzesten Lieferfristen hat sich die Karl Behrens GmbH als Berliner Spezialist für Blechzuschnitte und -abkantungen profiliert. Für Kunden aus Industrie, Handwerk und Baugewerbe – aber auch für Private – werden vor allem Einzelanfertigungen sowie kleinere Stückzahlen nach individuellen Vorgaben hergestellt.

Ob Blech aus Aluminium, Zink, Stahl oder Edelstahl – CNC-gesteuerte Tafelscheren und Abkantbänke ermöglichen eine Bearbeitung bis zu einer Stärke von 8 mm und einer Länge von 4 m. Selbst komplizierte Zuschnitte und Konstruktionen bedeuten für die kreativen Mitarbeiter keine Schwierigkeiten.

Karl Behrens GmbH
Sieversufer 18, W-1000 Berlin 47
Tel.: 0 30 - 6 84 70 00, Fax: 0 30 - 6 85 50 11

Ein Herz für Mollige

Aktuelles Design bei Reski Moden

Mut zum Risiko bewies Barbara Reski, als sie vor 10 Jahren das erste Spezialgeschäft für Mode ausschließlich in Sondergrößen eröffnete. Lebhafte Nachfrage und das ständig wachsende Sortiment führten schließlich zum Umzug in größere Räume in der Uhlandstraße, wo auf 265 qm das komplette Outfit für die „mollige Sie", von der Unterwäsche bis zum Wintermantel, in den Größen 44 bis 64 präsentiert wird

„Der Werdegang unserer Firma wurde stets von persönlichem Engagement begleitet" erläutert die Mode-Pionierin, „Dazu zählt nicht nur der Änderungs-Service oder unsere Modenschauen, sondern auch hauseigene Prospekte und bundesweiter Postversand. Selbst unser Personal ist auf Sondergrößen angewiesen."

Reski Moden, Uhlandstraße 104-105
W-1000 Berlin 31, Tel.:0 30 -87 30 11

Durch Symbiose zum Werbe-Erfolg

Udo Bolinski mit Partnerin Gabriele Kirsten

Aus der Symbiose von Grafik, Kunst, Hand- und „Kopf"-Werk entwickelte er seinen individuellen Stil: Udo Bolinski, (nicht nur) Grafik-Designer, fixiert das Detail und überschaut dabei das Ganze. Seine Werbekonzepte entstehen getreu der Firmenphilosophie „Es muß Spaß machen, den Punkt zu treffen." Das flexible Team hat sich klare Prioritäten gesetzt: beständiger und kreativer Dialog mit den Kunden, Klarheit und Überzeugung im Entwurf sowie Sorgfalt und Termintreue in der Ausführung.

Bolinski Grafik-Design
Zillestraße 111, W-1000 Berlin 10
Tel.: 0 30 - 3 42 51 03, Fax: 0 30 - 3 41 23 93

Immobilienservice für Private und Kommunen

Klaus Pickardt Immobilien am Kurfürstendamm

Bevor Klaus Pickardt Mitte 1985 seine Immobilienfirma etablierte, zeichnete er sich bereits durch eine 12jährige erfolgreiche Tätigkeit in der Grundstücksbranche aus. Für die zusehends wachsende Akzeptanz des Unternehmens ist nicht nur die langjährige Erfahrung des Maklers ausschlaggebend; mit Sicherheit wirkten sich auch qualifizierte Beratung, zügige Abwicklung sowie Empfehlungen des festen Kundenstammes in positiver Weise aus (keine Rechts- und Steuerberatung). Ausschließlich im Alleinauftrag – und damit der Käuferseite die Objektexklusivität gewährend – widmet sich Klaus Pickardt schwerpunktmäßig der Vermittlung von Baugrundstücken und Mietshäusern. Neben der Haus- und Grundstücksverwaltung stellt die wirtschaftliche und technische Baubetreuung ein weiteres Aktionsfeld dar; die Realisation von Modernisierungs- und Renovierungsprojekten erfolgt stets unter Einschaltung von technischen Spezialisten und in Kooperation mit Bauphysikern und Fachingenieuren (Projektsteuerung).

Anfang 1990 gründete Klaus Pickardt die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (S.T.E.G.). Die S.T.E.G. ist öffentlich bestellter Sanierungsträger im Land Sachsen-Anhalt und Mitglied des IVWSR (Internationaler Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung).

Klaus Pickardt Immobilien
Kurfürstendamm 210, W-1000 Berlin 15
Tel.: 0 30 - 8 82 55 12, Fax: 0 30 - 8 82 32 31

Fahren will gelernt sein

Firmengründer Egon Buchmann

Nicht nur pädagogische Fähigkeiten allein, sondern auch das spezialisierte Dienstleistungsangebot sind für den Erfolg der 1982 gegründeten Fahrschule am ICC mitbestimmend gewesen. Firmengründer Egon Buchmann, Fahrlehrer seit 17 Jahren, bietet ausschließlich Kurse der Klasse III an, zum Einsatz gelangen stets neuwertige Schulungsfahrzeuge (darunter ein Cabriolet). Mit insgesamt 9 Lehrkräften zählt der Familienbetrieb inzwischen zu den größten Firmen dieser Art von Gesamt-Berlin; in der behördlich konzessionierten Ferienfahrschule kann das Fahren auch in 3-Wochen-Kursen erlernt werden.

Fahrschule am ICC – Egon Buchmann
Neue Kantstraße 15, W-1000 Berlin 19
Tel.: 0 30 - 3 22 20 54

Rund um´s Haus – alles aus einer Hand

Renovierte Fassade am Mariendorfer Damm

Die konsequente Expansion des ehemals kleinen Handwerksbetriebes Ingo Wagner GmbH zu einem leistungsstarken Unternehmen mit inzwischen rund 90 Mitarbeitern läßt sich auf mehrere Ursachen zurückführen: Einerseits kooperierte der Spezialist für Fassadenrenovierungen innerhalb der 19 Jahre seines Bestehens ausschließlich mit qualifizierten Facharbeitern und Kaufleuten. Andererseits kann, durch den bewußten Verzicht auf Subunternehmer und die Betreuung der einzelnen Abteilungen durch verantwortliche Ingenieure und Meister, stets eine zügige und termingerechte Auftragserledigung aus einer Hand gewährleistet werden.

Darüber hinaus realisiert man – als Betrieb des Bauhauptgewerbes – auch den Dachgeschoßausbau und -neubau, von der Planung bis zur schlüsselfertigen Übergabe.

Ingo Wagner GmbH
Kurfürstendamm 195/196, W-1000 Berlin 15
Tel.: 0 30 - 8 82 74 74, Fax: 0 30 - 8 82 43 46

Dienstleistungsunternehmen der HAUPTSTADT BERLIN

Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH · Telefon (0 69) 4 05 86–0. Telefax (0 69) 4 05 86–111. Telex 4 12 532 PRFFM D

Schweißen verbindet Ost und West

Unter der gemeinnützigen Zielsetzung, insbesondere den Praktikern eine qualitativ orientierte Ausbildung bieten zu können, entstanden 1927 aus dem Bereich der Technischen Hochschule zunächst die Lehr- und Versuchswerkstätten für Schweißtechnik, später Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt (SLV) Berlin. Während der rasante Technologiewandel der letzten Jahrzehnte die erfolgreiche Erschließung verwandter Tätigkeitsbereiche ermöglichte, erfuhr das klassische Aktionsfeld der SLV – die Ausbildung von schweißtechnischem Personal – erst vor kurzem einen neuen Höhepunkt:

Das Röntgenmobil im Einsatz

Im Oktober 1990, begünstigt durch die politischen Ereignisse, erfolgte eine Abstimmung des Ausbildungsprogramms mit einer vergleichbaren Einrichtung in Berlin-Ost. Mit der Gründung der SLV Berlin GmbH wurden die entsprechenden Betriebsstätten Wedding und Pankow zusammengeführt.

Dadurch stehen u.a. 160 Plätze für die praktische Ausbildung zur Verfügung. Die hochqualifizierten 70 Mitarbeiter/innén sind zum überwiegenden Teil mit der Betreuung der praktischen und fachtheoretischen Ausbildung nach den Richtlinien des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik sowie fachspezifischen Seminaren befaßt.

Von den Obersten Bauaufsichtsbehörden der Bundesländer Berlin und Brandenburg wurde die SLV beauftragt, Große und Kleine Eignungsnachweise für den Stahlbau zu erteilen. Neben dieser Zuständigkeit innerhalb der Landesgrenzen erwuchs daraus die eigenverantwortliche Betreuung und Bauüberwachung von inzwischen mehr als 600 Betrieben innerhalb Europas, in Nordafrika und den GUS-Staaten.

Von Bedeutung ist ferner das bemerkenswerte Engagement der SLV in Sachen Forschung und Entwicklung. Mit dem Schwerpunkt „Schweißen im Verkehrsmittelbau" (modernste Aluminiumwerkstoffe) entwickelte sich das international anwendungsbezogen tätige Institut zu einem kompetenten Ansprechpartner für die Luft- und Raumfahrttechnik.

Zwei weitere Projekte unterstreichen den flexiblen, innovativen Charakter des Unternehmens: Innerhalb des Bereiches Werkstoffprüfung erlaubt der Einsatz des Röntgenmobils die sofortige Begutachtung vor Ort. Des weiteren bietet ein im Betriebsteil Pankow eingerichtetes Kompetenz- und Demonstrationszentrum für Arbeitschutz in der Schweißtechnik betriebsspezifische Lösungen unter Berücksichtigung von gesetzlichen Arbeitsschutzerfordernissen an. Unterstützt von Mitteln des Bundesarbeitsministeriums findet dort in erster Linie für Klein- und Mittelbetriebe eine praxisorientierte Beratung statt – letztendlich für eine Verbindung zwischen Ost und West.

Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Berlin GmbH
Luxemburger Straße 21, W-1000 Berlin 65
Tel.: 0 30 - 4 50 01 10, Fax: 0 30 - 45 00 11 11

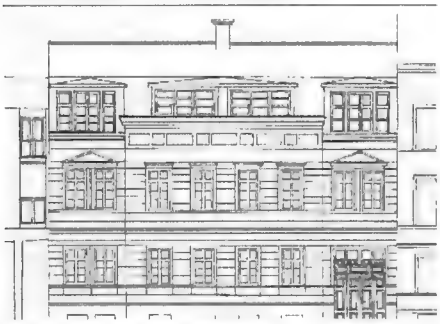
CAD komplett

Das Team von Liebers & Kirchhof

Hauptsächlich für mittlere und große Unternehmen aus Industrie und Handwerk, aber auch für technische Berufe und Ingenieur-Büros entwickelt die Liebers & Kirchhof Computer und Peripherie GmbH kundenspezifische Komplettlösungen. Mit der Priorität, dem Anwender ein schnell erlernbares, effektives Werkzeug an die Hand zu geben, wird eine umfangreiche Dienstleistungspalette angeboten – von der Planung und Beratung über Installationen bis hin zu Großrechneranbindungen einschließlich Post-Sale-Betreuung. Exklusiv für Berlin bei Liebers & Kirchhof: RoboCAD – eine spezielle, anwenderfreundliche Lösung für den Bereich „Technisches Zeichnen".

Liebers & Kirchhof
Computer und Peripherie GmbH
Wiesbadener Straße 83, W-1000 Berlin 41
Tel.: 0 30 - 8 51 20 92, Fax: 0 30 - 8 51 11 88

Immobilien mit Rendite


Projekt in der Posthofstraße (Potsdam)

„Wir beschäftigen uns nicht mit der Masse, sondern mit der Entwicklung von optimalen Projekten, die exakt den Vorstellungen unserer Kunden entsprechen" betont man bei der Brumm & Rott Immobilien GmbH. Dementsprechend werden innerhalb des Beliner Großraums vorwiegend Einzelobjekte in zentraler, verkehrsgünstiger Lage mit hoher Wohnqualität akquiriert.

Unter der Zielsetzung, der Klientel eine hohe Rendite bzw. attraktive Kapitalanlage zu verschaffen, erfolgen Vermittlung und Verkauf unter besonderer Berücksichtigung des Steueränderungsgesetzes, wobei sich das Maklerbüro jedoch nicht als Steuer- oder Rechtsberater betätigt.

Obwohl erst 1985 gegründet, beschäftigt die Immobilienfirma bereits 15 Mitarbeiter. Ausschlaggebend für den Erfolg sind wohl nicht nur die kaufmännischen Kenntnisse der beiden geschäftsführenden Gesellschafter Dipl.-Kfm. Karsten Brumm und Dipl.-Kfm. Daniel Rott, sondern auch die hauseigenen Mitarbeiter-Schulungen des Ausbildungsbetriebes.

Brumm & Rott Immobilien GmbH
Kaiserdamm 20, W-1000 Berlin 19
Tel.: 0 30 - 3 22 10 93, Fax: 0 30 - 3 22 78 68

Werbetechnik und Service – Pur

Stephan Campioni präsentiert Berlins größte Fräsanlage für grafische Produktionen

Obwohl erst 1988 etabliert, zählt die Werbetechnikfirma Campioni inzwischen zu den führenden Betrieben dieser Art in Berlin. Dazu erläutert Firmengründer Stephan Campioni seine Unternehmensphilosophie: „ Flexibilität und Service werden groß geschrieben – die optimale Vernetzung von Beratung, Entwurf und Produktion ermöglicht die individuelle und perfekte Dienstleistung". Das Profi-Team sowie das entsprechende Equipment bieten Problemlösungen bezüglich der Fertigung von Folien- und Leuchtwerbung, gefrästen und gravierten Buchstaben, Logo's, Auto- und Messebeschriftungen. Der große Ausstellungsraum gibt Gelegenheit, sich durch verschiedenste Werbemöglichkeiten inspirieren zu lassen.

Campioni Werbung
Nollendorfplatz 5, W-1000 Berlin 30
Tel.: 0 30 - 2 16 46 46, Fax: 0 30 - 2 15 36 36

Beratung mit System

Die Erstellung von betriebswirtschaftlichen Konzepten zur Steigerung bzw. langfristigen Erhaltung der Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit ist das Metier der spectrum GmbH. Dabei geht das aus langjährig tätigen Spezialisten und Praktikern bestehende Team jeweils systematisch in Form eines individuellen Stufenplans vor. Auf dem Gebiet der kommunalen Beratung befaßt man sich u.a. mit der optimalen Ausschöpfung von Fördermitteln, Ausgestaltung der Infrastruktur sowie der Haushaltsentlastung (keine Rechts- und Steuerberatung).

Dipl.-Kfm. Wolf-Gero Meier, Geschäftsführer

spectrum Unternehmensberatung für Industrie, Handel und Dienstleistung GmbH
Kuno-Fischer-Straße 8, W-1000 Berlin 19
Tel.: 0 30 - 3 21 34 29 Fax: 0 30 - 3 21 76 27

Über den Dächern von Berlin

Während der 10 Jahre ihres Bestehens konnte sich die Lamprecht GmbH stets durch ihre termingerechte und zuverlässige Qualitätsarbeit auszeichnen – unabhängig davon, ob es sich um Ziegel- oder Schieferbedachung, Flachdachabdeckung oder Wärmedämmung handelte.

Dachbegrünung mit ökologischem Schutzbelag

Der hauseigene Gerüstbau und die angeschlossene Klempnerei für Metallbedachungen verleihen der Firma Unabhängigkeit und besondere Flexibilität. Zum Gesamtangebot des Spezialbetriebes zählt darüber hinaus auch die Dachbegrünung mit der entsprechenden Schutzisolation.

Lamprecht GmbH Dachdeckerei Klempnerei
Gneisenaustraße 58, W-1000 Berlin 61
Tel.: 0 30 - 6 92 59 13, Fax: 0 30 - 6 93 03 91

Helmut Kohl, 62, Bundeskanzler, nahm Landwirtschaftsminister **Ignaz Kiechle,** 62, als Aushilfsesser in die Pflicht. Auf einer Ausstellung ostdeutscher Landwirtschaftserzeugnisse in Köln hatte Kohl genüßlich den angebotenen Kostproben zugesprochen. Am Stand mit Thüringer Bratwürsten mußte der Kanzler passen: „Ich kann nicht mehr" und fütterte seinen Minister mit Bratwurst (Foto, r.): „Der Ignaz kann immer noch was reinstopfen."

Theo Waigel, 52, Bundesfinanzminister (CSU), darf den früheren Bremer SPD-Finanzsenator Claus Grobecker, 57, weiterhin zu seinen „wenigen Duzfreunden" rechnen, auch wenn er ihm einen Herzenswunsch versagte. Der Bonner hatte sich geweigert, Grobecker zum Präsidenten der Bremer Landeszentralbank zu ernennen. Die Bundesregierung will das Geldinstitut auflösen. Grobecker, der seinen vorerst geplatzten Berufswechsel früher schon mal so begründete: „Die Republik ist voller Präsidenten. Ich bin da ganz bescheiden. Wenn ich einer davon bin, ist es ganz gut so", grollt jetzt öffentlich der Regierung. Privat bekennt sich der Bremer zum Bonner Kassenwart: „Er ist immer noch mein Freund." Das sieht Waigel genauso: „Wahre Freundschaft beweist sich erst in solchen schwierigen Situationen."

Karin Hempel-Soos, 52, Bonner Lyrikerin und Kabarettistin, sorgte im provinziellen Umfeld des Noch-Regierungssitzes am Rhein für rote Köpfe und kommunalpolitische Aufgeregtheit. Als Gast der „Dritten Wachtberger Frauenwoche", eingeladen von der örtlichen Frauenbeauftragten, las die Feministin nicht nur eigene Satire-Texte und aufgespießte Helmut-Kohl-Zitate, sondern auch Poesie von Bertolt Brecht, um den Klassiker postum als ausgemachten Frauenverächter zu entlarven: „Der hat die Frauen erst ausgebeutet, und dann hat er Liebesgedichte geschrieben." Nach einigen Kostproben („Als ich dich vögeln lehrte . . ." und: „Am besten fickt man erst und badet dann . . .") aus Brechts Zitatenschatz verließen Zuhörerinnen und Zuhörer pikiert den Saal. Zurück blieben eine irritierte Frauenbeauftragte und ein Blumenstrauß, den ein Rathaus-Beigeordneter der Kabarettistin nicht mehr überreichen mochte. Karin

Yasumasa Morimura, 40, japanischer Künstler, belebt Fotografien von Werken alter Meister mit seinem eigenen Konterfei. Ob Rembrandt, Manet, Rosetti oder van Gogh, Morimura ersetzt die dargestellten Figuren mit seinen Selbstbildnissen. Anschließend fotografiert er das verfremdete Werk und altert es mit kräftigen Firnis- und Lacküberzügen. So parodierte Morimura etwa Manets „Bar in den Folies-Bergère" (Foto u.), indem er sich als fotografierte Nudität an die Stelle des Barmädchens klebte, als besonderen Gag aber die Unterarme des Originals stehen ließ (Foto r.). In Rembrandts „Anatomischer Vorlesung des Dr. Nicolaes Tulp" ersetzte er die Gesichter der neun Figuren rigoros durch sein Gesicht (Foto l.) und verdoppelte die Maße des Bildes auf zweieinhalb mal drei Meter. Der Maler-Fotograf, dem zur Zeit eine umfangreiche Ausstellung in Chicago gewidmet ist, fühlt sich seinen Vor-Bildern weit überlegen: Er habe Rembrandts „Thema besser bearbeitet" als der Meister selbst. Seine Arbeiten, so Morimura, seien „die Gemälde, die von den Meistern heute geschaffen würden, lebten sie noch".

Hempel-Soos behielt Fassung: „Wer mich einlädt, weiß, wen er einläßt."

Pierre Bérégovoy, 66, neuer Ministerpräsident in Frankreich, hatte bereits in der ersten Woche nach seinem Amtsantritt seinen Auftritt in der französischen TV-Satire-Sendung „Bébête-Show".

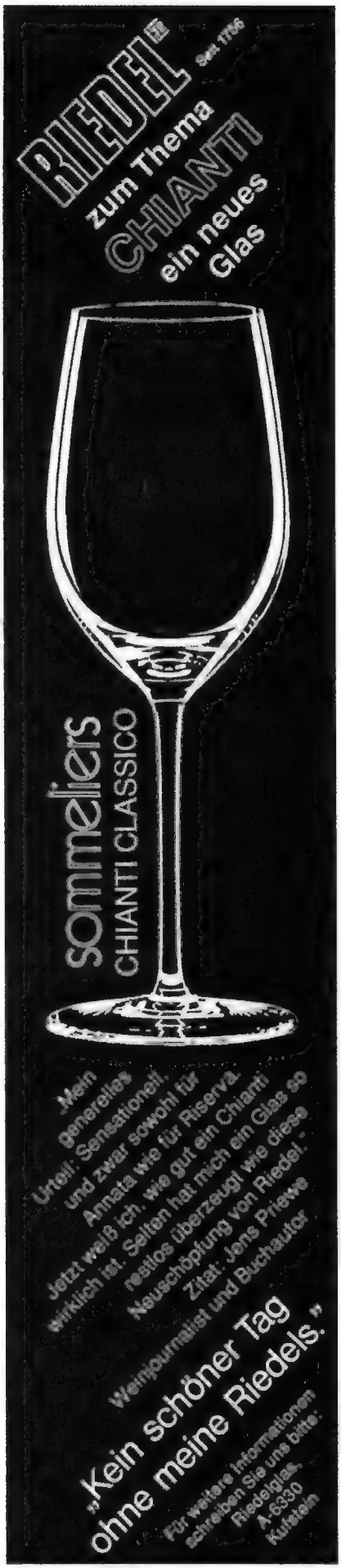
Als Kettenhund Béré-Wau-Wau (Foto, r.) verteidigt der Premier, unterstützt vom Frosch Kermitterrand (Foto, l.), die Beute, die Staatsfinanzen. Knurrend und mit einem Knochen fuchtelnd wehrt der „Hund des Präsidenten" alle Zugriffe auf den Haushaltstopf ab. Als Schätze hortendes Eichhörnchen, lästerte die Zeitung *Libération*, hätte man sich den biederen Bérégovoy besser vorstellen können. Doch diese Rolle ist in der Satire-Serie bereits vergeben an den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Laurent Fabius.

Angela Merkel, 37, stellvertretende CDU-Vorsitzende sowie Frauen- und Jugendministerin, erhellte die Gründe ihrer Parteimitgliedschaft. In einem Fernsehinterview war das frühere Mitglied des Demokratischen Aufbruchs gefragt worden, warum es nicht zur SPD gegangen sei. Sie sei von der Aufbaupolitik der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg beeindruckt gewesen, erinnerte sich die Politikerin. Der SPD beizutreten, daran habe sie der Brauch gehindert, daß „die sich mit ‚Genosse' anreden und immer ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit' singen".

Bill Clinton, 45, Gouverneur von Arkansas und demokratischer Herausforderer von US-Präsident George Bush, verzichtete vor der New Yorker Vorwahl am Dienstag voriger Woche auf ein Wahlkampfvorhaben zu Lasten von Bundeskanzler Helmut Kohl. Clinton hatte sich über die „offene Wahlhilfe für George Bush" geärgert, als Kohl Ende März Washington besuchte. Dafür wollte der Gouverneur nun Kohls Treffen mit dem international wegen seiner Kriegsvergangenheit nach wie vor geächteten österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim anprangern und um zusätzliche jüdische Wähler werben. Clinton ließ von dem Frontalangriff gegen den Bundeskanzler erst nach einer Bonner Offerte ab: Bush-Gegner Clinton könne Ende des Monats Bundespräsident Richard von Weizsäcker während dessen Staatsbesuches in den USA und einen Monat später auch noch Bush-Freund Kohl treffen.

Samira Hannoch, 16 (Foto), Schülerin in Schweden, die drei Wochen lang in der Stadt Södertälje als „Wunderheilerin" von sich reden machte, hat ihre Tätigkeit eingestellt. Am Freitag vergangener Woche versuchte die Tochter syrischer Einwanderer zum letzten Mal ihr Glück, Blinden und Lahmen zu helfen, indem sie ihnen ein angeblich aus ihren Händen getretenes „heiliges Öl" auf die Stirn übertrug. Das Gesamtergebnis ihrer

trickreichen Bemühungen mit einem präparierten Wattebausch und viel Trance-Theater liegt bei nahe Null: Außer Placebo-Effekten brachte das zunehmend lustlos wirkende Mädchen nichts zustande. Aus dem ansehnlichen Spendentopf genehmigt sich Samira nun eine Erholungsreise nach Jerusalem. Spätestens am 2. Mai – da sind die Schweden unerbittlich – hat sie zum Schulunterricht anzutreten.



DIE MINOX 35 ML
VOLLES PROGRAMM

Zugegeben,
auch die kreativsten Fotografen
müssen sich einmal ausruhen.
Kein Grund freilich, die MINOX
aus der Hand zu legen.

Die Programmautomatik
der 35 ML befreit Sie nämlich
von der Aufgabe, Blende und
Belichtungszeit exakt einzustellen
und liefert Ihnen automatisch
brillante Bilder.
Sie können die 35 ML aber auch
drehen und wenden wie Sie wollen.
Die Belichtungs-Zeitautomatik mit
Meßwertspeicher eröffnet Ihnen
alle Möglichkeiten der kreativen
Handarbeit.

Unsere Exklusivhändler freuen sich
auf eine kompetente
Programmberatung und wir
auf Ihren Anruf.
☎ 0641/6058-0

MINOX
Mehr Kamera braucht kein Mensch.

REGISTER

GESTORBEN

Ernst Fromm, 75. Die fünfziger und sechziger Jahre waren seine große Zeit. Da ging der Herr Chefarzt, oberster Standesvertreter der deutschen Mediziner, bei den Bonner Kanzlern ein und aus. Abends hielt er im Fernsehen hof, ganz in Weiß. Wie kein zweiter verstand es der großgewachsene Hamburger, Politikern und Patienten ärztliche Allmacht zu suggerieren – ein teures Vergnügen für die zahlende Kundschaft, immer noch. Die Kostenexplosion des deutschen Gesundheitswesens basiert auf Strukturen, die Fromm zusammenzimmern half, auch zum eigenen Wohl: Er setzte durch, daß jede ärztliche Handreichung vom Patienten separat bezahlt werden muß. Über die höchst profitable Methode dieser „Einzelleistung" staunte Fromms Gefolgschaft: „Ernst, ach Ernst, was du uns alles lernst." Der Sohn eines armen Seemanns liebte das Geld und den Staat. Schon 1933 trat er in die Marine-SA ein, 1934 wechselte er zur SS über. Er studierte die Heilkunst, weil der Führer ja nicht nur Matrosen, sondern auch Marine-Ärzte brauchte. An Ehren und Ämtern hat es ihm nie gefehlt: 14 Jahre lang, von 1959 bis 1973, war er Präsident der Bundesärztekammer, daneben (unter anderem) Schatzmeister des Weltärztebundes. Ernst Fromm starb am vorletzten Donnerstag in Hamburg.

◆

Käte Hamburger, 95. Literatur sei ein „Übungsplatz zur Ausbildung der Humanität", schrieb die Hamburger Bankierstochter und Philosophie-Doktorin 1929 – nicht ahnend, daß nur vier Jahre später ihr Buch über „Thomas Mann und die Romantik" vom Verlag eingestampft, sie selbst ins schwedische Exil getrieben werden würde, wo sie zunächst von Sprachunterricht lebte, aber auch über Schiller, Rilke, Tolstoi und Thomas Mann arbeitete. 1956 endlich zurückgekehrt, stand die zierliche Gelehrte, mit 61 Jahren außerplanmäßige Stuttgarter Professorin, im Forschungs-Mittelpunkt: Ihre kühl analysierende „Logik der Dichtung", bis heute immer wieder aufgelegt, wurde zur meistdiskutierten Poetik-Studie der Nachkriegszeit. In Werken über die „Philosophie der Dichter" (1966) oder „Wahrheit und ästhetische Wahrheit" (1979) setzte sie, der schon das verehrte Studienobjekt Thomas Mann „starke kritische Begabung" bescheinigt hatte, ihre Analysen unermüdlich fort; noch mit 93 Jahren legte sie ein Ibsen-Buch vor. Käte Hamburger starb am vergangenen Mittwoch in Stuttgart.

◆

Isaac Asimov, 72. In einem kleinen Laden in Brooklyn, der seinem Vater, einem eingewanderten Russen, gehörte, fiel der Groschen: Science-fiction-Heftchen, die da auslagen, fesselten den Knaben Isaac, er wurde schließlich zum Meister dieses Genres und machte es zum Meister-Genre. Asimov, im Nebenberuf Biochemie-Professor, schrieb, bestechend klar, wie ein Olympionike, 90 Worte in der Minute, rund 400 Bücher im Leben. Wegweisendes etwa zu Robotern, die entsprechend seinen berühmten drei Gesetzen zu Lebenshelfern wurden; Fundiertes zu galaktischen Imperien, die er nach Gibons Studien zum Niedergang des Römischen Reiches konzipierte. „In mir brennt der Wunsch, zu erklären", sagte er, und so erklärte er daneben auch Shakespeare, die Bibel, die Mathematik, die Wissenschaft, das Universum – populäre, aber präzise Erhellung der Welt, in der wir noch leben. Und schließlich erklärte er sich auch selbst, in seinen Memoiren. Isaac Asimov starb am vergangenen Montag in New York an Herz- und Nierenversagen.

EHRUNG

Max Schmeling, 86, wird am 7. Juni in die „Boxing Hall of Fame" des Museums für den internationalen Boxsport in Canastota (New York) aufgenommen. Der legendäre Schwergewichts-Champion wird nicht nur als erster deutscher Weltmeister ausgezeichnet, sondern vor allem wegen seines „Sensationssieges über Joe Louis 1936 und für seine faire Haltung als Sportsmann", so die Begründung des „Hall of Fame"-Direktors Ed Brophy.

DIE ALTERNATIVE ZUM BARFUSSGEHEN.

UND PLÖTZLICH LÄUFT ALLES VIEL BESSER.

INFO-COUPON:
ZUM THEMA „FUSS UND SCHUH"
● SENDEN SIE MIR KOSTENLOS DIE AKTUELLEN PROSPEKTE UND DEN HÄNDLERNACHWEIS.
● AN DER VERLOSUNG VON 1.000 FARBBROSCHÜREN „GANTER-FUSSBERATER" MÖCHTE ICH TEILNEHMEN.

01/16

NAME

STRASSE/NR.

PLZ/ORT

BITTE EINSENDEN AN:
GANTER SCHUHFABRIK GMBH
D-7808 WALDKIRCH

GANTER ORIENTIERT SICH BEI SEINER KONSTRUKTIVEN ARBEIT AN NATÜRLICHEN BEWEGUNGSABLÄUFEN.
DENN DER FUSS IST BASIS FÜR DAS GESAMTE WOHLBEFINDEN.
ALSO BRAUCHT DER MENSCH FUSSGERECHTE SCHUHE.
SCHUHE, DIE DIE FÜSSE IN IHRER NATÜRLICHEN FUNKTION UNTERSTÜTZEN.

Ganter
Wir machen Schuhe für die Füße.

Information ⓘ ⓒ: GANTER Schuhfabrik GmbH · D-7808 Waldkirch · Ⓐ: Berndorfer Schuhgroßhandel · A-4021 Linz

MONTAG

19.25 – 21.00 Uhr. ZDF.

Schulz & Schulz III

Komödie von Krystian Martinek und Neithardt Riedel (siehe Seite 271).

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Panorama

Themen: Schönhuber, Frey und Co. – der Machtkampf im rechten Lager / Postenschacher in Niedersachsen – der Wähler ist nicht mehr gefragt / Töpfer mißachtet Umweltbundesamt – Umweltgifte bleiben im Markt / Honeckers Bonn-Besuch – aus den Protokollen des DDR-Außenministeriums.

21.20 – 23.45 Uhr. Südwest III.

Sobibor

Bei „Holocaust", der TV-Sensation von 1979, hatte die ARD eine lange Lei-

Szenenfoto

tung, ehe sie das Stück ins Programm nahm. Jack Golds Produktion „Escape from Sobibor" lief in mehr als 60 Ländern, bis der Südwestfunk sie jetzt in sein Drittes Fernsehprogramm aufnahm. Der Film beruht auf der authentischen Geschichte der Flucht von 300 Juden und Russen aus dem ostpolnischen Vernichtungslager Sobibor, in dem rund 250 000 Menschen umgebracht worden sind.

21.15 – 23.10 Uhr. Sat 1.

Die Reifeprüfung

Wovon Generationen von Abiturienten träumten – durch das Bett der erfahrenen Mutter in die Arme der blühenden Tochter –, das wurde für Dustin Hoffman das Examen auf dem Weg zum Weltstar. Mike Nichols drehte 1967 diesen Film, der es auch dank des „Mrs. Robinson"-Songs von Simon & Garfunkel zum Dauerbrenner auf dem Bildschirm geschafft hat.

22.30 – 0.15 Uhr. West III.

Drei vor Mitternacht

Thema: Das Ende der Üppigkeit oder Haben wir uns überhoben? Eingeladen: Sparkassenpräsident Helmut Geiger, *Capital*-Herausgeber Johannes Gross und Schauspielerin Witta Pohl.

DIENSTAG

19.58 – 21.54 Uhr. ARD.

Sport extra: Fußball

Nach den vielen Spielen in Köln, Schalke, Istanbul und München beißt der Weltmeister der Abschiedsspiele (zwei allein für Istanbul), Toni Schumacher, gegen die Fußball-Nationalmannschaft ein letztes Mal die Zähne zusammen. Tschö Tünn.

20.20 – 20.50 Uhr. ZDF.

Studio 1

Geplant: Gewaltverbrechen – keine Gerechtigkeit für die Opfer? / Fliegen '93 – bleibt die Sicherheit auf der Strecke? / Öffnung im Vatikan – Fragen an den Kardinalstaatssekretär.

21.40 – 22.55 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Der heiße Stuhl: Mit Öko-Apokalyptiker Herbert Gruhl: „Es ist zu spät – die Erde ist nicht mehr zu retten!"

22.00 – 23.35 Uhr. Südwest III.

Pläsier

Mit seinem Episodenfilm, den er 1951 drehte, riß Max Ophüls die Kritiker zu wahren Lobeshymnen hin. Das Bayeri-

Darsteller Simone Simon, Daniel Gelin

sche Fernsehen widmet dem legendären Regisseur sogar eine Reihe, die heute mit dem Film „Die verliebte Firma" aus dem Jahr 1932 beginnt (**Bayern III, 22.40 Uhr**).

23.00 – 24.00 Uhr. ZDF.

Der Planet der Kinder

Die Südamerikanerin Valeria Sarmiento porträtiert in ihrem Dokumentarfilm eine Welt, die von ihrem Untergang keine Ahnung hat. In der Ernesto-Guevara-Modellschule in Havanna werden Kinder für eine sozialistische Zukunft erzogen, die es wohl niemals geben wird. Die nur für die Propaganda heile Welt ist zerbrochen.

MITTWOCH

14.35 – 15.58 Uhr. ZDF.

Titanic

Als der Dampfer Deutschland schon halb versunken war, drehten Herbert Selpin und Werner Klingler 1943 diesen Film über die aufsehenerregendste Schiffshavarie der Weltgeschichte. Frü-

Szenenfoto

he Variante des Traumschiffs, aber ohne Happy-End.

21.00 – 22.30 Uhr. ARD.

Schuldlos schuldig

Unter dem arg pädagogisch klingenden Titel erzählen die beiden vielfach ausgezeichneten Filmemacher Daniel Christoff (Buch) und Rainer Wolffhardt (Regie) von einer Lehrerin, die nach einer Vergewaltigung durch zwei ihrer Schüler unter Druck gerät, weil selbst ihr Partner die Zweifel nährt, ob sie nicht selbst durch ihr Verhalten zur Tat beigetragen habe. Eindrucksvolles Psychogramm menschlicher Schwächen mit Marita Marschall, Horst Kummeth, Michael Roll und Philipp Moog.

21.15 – 22.50 Uhr. Eins Plus.

Sehnsucht der Frauen

Schwedischer Sommerabend: Vier Frauen erzählen sich gegenseitig von ihren geplatzten Lebensillusionen. Keine ewig gültige Geschichte, wie Regisseur Ingmar Bergman in seinem Film (Schweden 1952) nahelegt: Ein junges Mädchen, das den Erzählungen lauscht, verschwindet aufgeschreckt samt Galan über den See.

22.50 – 0.45 Uhr. Pro 7.

Der große Frust

Mit seinem neuesten Film „Grand Canyon", der gerade auch in Deutschland anläuft, hat Regisseur Lawrence Kasdan nach Meinung der amerikanischen Zeitung *USA Today* „den Film der neunziger Jahre" gedreht. Er erhielt aber auch für diesen Film (USA 1983) das Zeitgeist-Gütesiegel des vergangenen Jahrzehnts. Glenn Close, Tom Berenger, William Hurt und Kevin Kline verkörpern die Angehörigen einer untergehenden Yuppie-Generation.

SPIEGEL SPEZIAL

1.1.1993: Alarm für die Umwelt

Ein Markt ohne Grenzen für 340 Millionen Europäer – Manager, Urlauber und Eurokraten werden feiern, wenn am 1. Januar 1993 die Personen- und Warenkontrollen in der EG fallen. Doch der Fortschritt hat einen hohen Preis: Sofern die Politiker nicht radikal umdenken, wird die Umwelt in der Gemeinschaft noch stärker geschädigt, die Lebensqualität weiter sinken – wie sehr, analysiert SPIEGEL SPEZIAL 1/1992.

Themen des Heftes:
EG-Steuervorteile für umstrittene Produkte ◆ Fördermittel fördern Landschaftszerstörung ◆ Lkw-Lawine wächst um 70 Prozent ◆ Umweltschädling Landwirtschaft ◆ Chemie verdirbt die Nahrung ◆ Arme Regionen werden noch ärmer ◆ Grenzen frei für Giftmüll.

SPIEGEL SPEZIAL 1/1992 „Europa ohne Grenzen – Gefahr für die Umwelt", 166 Seiten, DM 7,50.
Erhältlich an ausgewählten Zeitschriftenverkaufsstellen.

DONNERSTAG

21.20 – 23.20 Uhr. Bayern III.

Molière (1)

Ariane Mnouchkine, die gefeierte Bühnenregisseurin aus Paris, zelebriert den Mythos Theater voller Pathos, Farbenpracht und Eindringlichkeit auch im Film (zweiter Teil am **Samstag um 21.35 Uhr**).

22.00 – 22.30 Uhr. ARD.

Die Bastarde

Neue Kabarett-Serie mit acht völlig durchgeknallten Typen aus Berlin.

22.15 – 22.45 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Geplant: Liebe und andere Unsittlichkeiten. Gabriele Jenk und Inga Wolfram berichten über Frauen und ihr Leben in Moskau – von der zwölfjährigen Dirne Galina bis zu Nanuli Schewardnadse, der Ehefrau des ehemaligen Gorbatschow-Außenministers.

23.15 – 0.50 Uhr. ZDF.

Der Indianer

Ohne Abmilderung des Schrecklichen ist dieser Film über den langsamen Tod eines Krebskranken ein außergewöhnliches Dokument: unsentimental und sensibel. Nach einer autobiographischen Erzählung von Leonhard Lentz hatte Rolf Schübel 1987 diesen Film als Fernsehspiel inszeniert, für das er vielfach ausgezeichnet wurde.

Lentz

FREITAG

10.40 – 12.35 Uhr. ZDF.

Krieg und Frieden (1)

Kunstgenuß für Büßer: Früh am Vormittag und spät am Abend lockt das ZDF die Zuschauer vor die Bildschirme. Im Sommer 1991 brachte die Kirow-Oper in Leningrad (heute Marien-Theater, St. Petersburg) Sergej Prokofjews Oper in 13 Szenen nach dem Roman von Leo Tolstoi auf die Bühne (der zweite Teil wird von **22.55 Uhr** an ausgestrahlt).

20.15 – 21.55 Uhr. ARD.

Im ersten Kreis der Hölle (1)

„Der erste Kreis der Hölle" – das war für Alexander Solschenizyn das berüchtigte Spezialgefängnis „Scharaschka" bei Moskau, das er selbst kennenlernen mußte. Sheldon Larry drehte nach Solschenizyns Buch diese internationale Produktion, in der eindringlich Verrat, Brutalität und die Menschenverachtung des stalinistischen Willkürstaats gezeigt werden. Mit dabei: Günther Maria Halmer als inhaftierter Mathematik-Professor und Murray Abraham als krankhaft mißtrauischer Stalin (der zweite Teil folgt von **22.30 Uhr bis 0.15 Uhr**).

Abraham

20.15 – 0.15 Uhr. Pro 7.

Ben Hur

Die Mutter aller Monumentalfilme. Mit Charlton Heston, Stephen Boyd.

21.00 – 22.50 Uhr. Sat 1.

Der einzige Zeuge

Für Leute mit nur einem Videorecorder wird es eng: Zuerst kommt Peter Weirs Film (mit Harrison Ford), der eine Mischung aus spannungsgeladenem Thriller und Liebeserklärung an die Glaubensgemeinschaft der Amish ist, die noch heute in Pennsylvania nach den Sitten ihrer auch aus Württemberg eingewanderten Urväter leben. Anschließend läuft im selben Kanal Michael Ciminos meisterhafte Abrechnung mit dem Vietnamkrieg „Die durch die Hölle gehen" („The Deer Hunter").

22.00 – 24.00 Uhr. Nord III.

NDR Talk Show

Eingeladen: Katharina Thalbach, Dieter Hallervorden, Julius Hackethal.

SAMSTAG

22.10 – 23.35 Uhr. Hessen III.

Geister und Gäste

Eine poetische Zeitreise unternimmt Isa Hesse-Rabinovitch in diesem Dokumentarfilm zur Geschichte des legendären „Grand Hotel Brissago" im Tessin. Als Gäste erscheinen Tucholsky und Kästner, Mehring und Ringelnatz, aber auch Soldaten und Flüchtlinge, die der Zug der Zeit in dieses Hotel kommen ließ, das heute eine Ruine ist.

22.30 – 0.15 Uhr. ARD.

Ein Fisch namens Wanda

Mit „Monty Python" zieht er zur Zeit durch die Programme, mit seinem Ausflug ins Filmgeschäft (Großbritannien 1987) kommt er ins Erste: John Cleese, Drehbuchautor und Hauptdarsteller, sorgt mit der Geschichte vom spießigen Engländer, der einer Gangsterbraut verfällt, für köstlichen Aberwitz.

SONNTAG

18.15 – 18.57 Uhr. ZDF.

Mona Lisa

Zum vierten Geburtstag der Frauen-Sendung von Maria von Welser und Petra Gerster wird die eigene Arbeit „heiter-ironisch" unter die Lupe genommen.

20.15 – 22.20 Uhr. ARD.

James Bond 007 – Octopussy

Mehr an 08/15 als an 007 erinnert der 13. James-Bond-Film von 1983 mit Roger Moore. Die Welt scheint verloren, weil ein irrer Sowjetgeneral rot sieht. Aber James wendet das Unheil ab. Doch was schert einen der Inhalt, sehenswert sind Spezialeffekte: Ein Füllfederhalter verspritzt Salzsäure, ein Klein-Jet ist im Hinterteil eines Papp-Elefanten verborgen.

Moore mit Maud Adams

21.55 – 22.35 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Geplant: Die Hauptstadt von unten – zwölf Kamerateams beobachten eine Nacht in Berlin.

BZgA/Projekt PR, Bonn

Es gibt viele Gründe für den Griff zu Drogen. Fehlendes Vertrauen kann ein Grund sein. Schlimm genug, daß es Drogen gibt, aber das allein macht nicht süchtig.

Vertrauen

Kinder, denen es an Zuversicht und Selbstvertrauen fehlt, suchen oft Zuflucht in Alkohol, Tabletten oder Drogen. Wer seine Stärken und Schwächen kennt, weiß, daß auch schwierige Situationen überwunden werden können.

Kinder müssen Erfahrungen sammeln.
Dazu brauchen sie das Vertrauen ihrer Freunde, Eltern und Erzieher. Das Gefühl, daß jemand zu ihnen steht, hilft ihnen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Die Angst um das Wohl von Kindern macht es manchmal schwer, dieses Vertrauen zu schenken.

Gegenseitige Ehrlichkeit und Offenheit, besonders dann, wenn einmal was schief gegangen ist, ist eine Voraussetzung dafür. Verständnis, auch bei gegensätzlichen Ansichten, gehört dazu.

Miteinander reden kann Schwierigkeiten beseitigen, bevor ein Problem daraus wird.

Wir können viel dagegen tun, daß Kinder süchtig werden. Kindern Vertrauen zu schenken, ist ein Teil davon.

Kostenloses Informationsmaterial erhalten Sie bei der BZgA, Postfach 91 01 52, 5000 Köln 91
Eine Anzeige der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag der Bundesministerin für Gesundheit

HOHLSPIEGEL

Aus der *Thüringer Allgemeinen*: „Franz Josef Strauß (CSU) stürzt 1962 über die SPIEGEL-Affäre – die Durchsuchung des Magazins nach einem kritischen Artikel."

◆

Überschrift einer *dpa*-Meldung: „Hochintelligente unter sich – Deutsche Politiker nicht dabei."

◆

Raiffeisenbank informierte über das Erbrecht

Testament bereits zu Lebzeiten machen

Aus der *Gelnhäuser Neuen Zeitung*

◆

Aus der *Süddeutschen Zeitung*: „Beim Wachstum der Erwerbstätigen werde das Umland Münchens auch in den nächsten Jahren Spitzenreiter bleiben."

◆

Aus der *Main Post*: „Auf den Intensivstationen für Neugeborene in Oberbayern herrscht Pflegenotstand. Die Sterblichkeitsrate könnte laut Prof. Klaus Riegel, Ex-Leiter am Haunerschen Kinderspital in München, doppelt so gut sein."

◆

Gordischer Knoten
Wer weiß, ob es den als Knoten gibt und wie er geknotet wird. Großzügige Belohnung.
[redacted] DIE ZEIT, Postfach 10 68 20, 2000 Hamburg 1

Aus der *Zeit*

◆

Erste Oster-Reisewelle störungsfrei
Mehrere Tote und zahlreiche Schwerverletzte bei schweren Unfällen

Aus der *Chamer Zeitung*

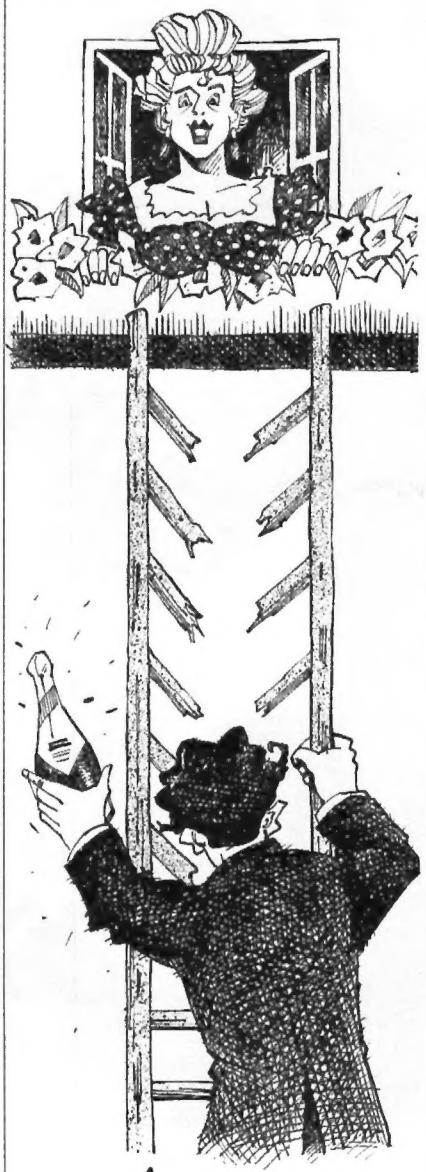
◆

Aus einer Werbebroschüre der Fastfood-Kette „McDonald's": „Einsatz von Mehrweg – Dies praktizieren wir bereits bei der Belieferung z.B. mit Brot, an weiteren Möglichkeiten wird gearbeitet."

◆

Aus der *Welt*: „Wer der unsozialen Umverteilung von Reich nach Arm (durch Inflation) oder von heute auf morgen (durch Verschuldung) vorbeugen will, muß die Solidität per ‚Gesellschaftsvertrag' hineinzwingen."

DIE KUNST DES LEBENS. (224)



Auf der untersten Sprosse der Erfolgsleiter ist die Unfallgefahr am geringsten.

Rupert Schützbach

Wer wagt, gewinnt. Und mit einem Gläschen Henkell Trocken wird man mutig.

HENKELL

HENKELL TROCKEN
Wer sonst ist klassisch trocken

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die Münchner *Abendzeitung* über die Veröffentlichung von Auszügen des Strategiepapiers angehender Generalstabsoffiziere im SPIEGEL (15/1992 Deutschland – Größenwahn der Generäle)

Rühe reagierte rasch, als der SPIEGEL Details dieses Plans aus der Führungsakademie der Bundeswehr – hinter dem Rücken von Vorgänger Stoltenberg entstanden – veröffentlichte: In Friedens- wie in Konfliktzeiten, so schrieb es der neue Minister seinen Generälen ins Stammbuch, „ist der Primat der Politik in unserer rechtsstaatlichen Demokratie gesichert". Generalinspekteur Klaus Naumann sei der „oberste militärische Berater der Bundesregierung", unterstrich Rühe, nicht mehr und nicht weniger.

◆

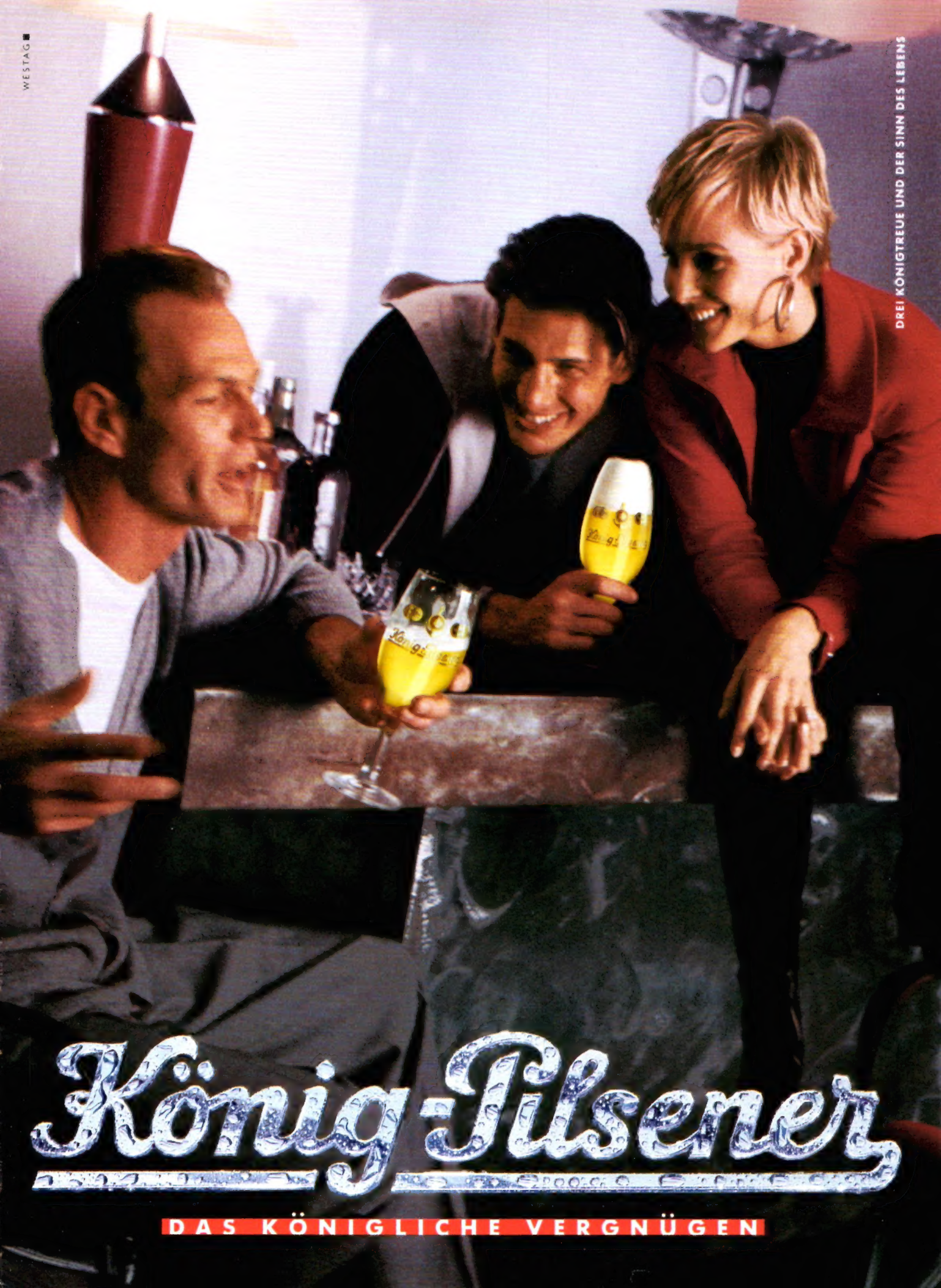
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Opel im Deutschlandfunk zu dem Offiziers-Zirkel, den der damalige Schatten-Verteidigungsminister Wörner 1973 ins Leben rief (SPIEGEL 15/1992 Deutschland – Größenwahn der Generäle):

Ich habe mit großer Bestürzung gelesen, daß es offensichtlich einen Kreis, den man Cadenabbia-Kreis nennt, gibt. Und ich möchte einfach mal nachgefragt wissen, wieso ein Kreis, wo sich sehr viele Heeresgeneräle von mindestens zwei Sternen arrangieren, wie dieser Kreis zustande kam, ob er denn in der Vergangenheit Einfluß zum Beispiel in der Personalpolitik geübt hat? . . . Hier ist das Parlament gefordert, aber auch der neue Verteidigungsminister Rühe, dieses einmal aufzuklären und zu sagen, ob es sich dabei nicht vielleicht um einen Kreis handelt, der sich personell gegenseitig hochgeschaukelt hat.

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 10/1992 PANORAMA – „Nie mehr zu spät" über teure Extravaganzen von Thüringens Minister für Soziales und Gesundheit, Hans-Henning Axthelm (CDU), der seinen nahezu neuwertigen Dienstwagen persönlich an einen Parteifreund verkauft und sich danach eine luxuriösere Limousine bestellt hatte:

Nach dem Bericht des SPIEGEL beauftragte der Haushaltsausschuß des Landtags den Thüringer Rechnungshof mit der Prüfung des ungewöhnlichen Ministergebarens. In seinem Gutachten zählt der Rechnungshof unter dem Kapitel „Haushaltsrechtliche Verstöße" gleich fünf verschiedene Vorschriften auf, die der Minister verletzt hat. Schaden für das Land: 9450 Mark. Die von der Opposition geforderte Entlassung des Ministers lehnte Regierungschef Vogel (CDU) ab. Axthelm, so Vogel, sei ein Mann der ersten Stunde und habe nicht mutwillig Fehler gemacht.


WESTAG
DREI KÖNIGTREUE UND DER SINN DES LEBENS
König-Pilsener
DAS KÖNIGLICHE VERGNÜGEN

GREY

006-202

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer) (Durchschnittswerte nach DIN)